



# BOLIVIEN IM UMBRUCH

Der schwierige Weg  
der Neugründung

QUETZAL



LEIPZIG

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2010

# **Bolivien im Umbruch**

Der schwierige Weg der Neugründung

*Herausgegeben*

*von*

*Peter Gärtner, Monika Grabow  
Muruchi Poma, Florian Quitzsch  
Sven Schaller, Gabriele Töpferwein*

Zweiter Halbband

QUETZAL LEIPZIG e.V.  
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e.V.

2010

gefördert durch



Diese Publikation wurde mit Mitteln des  
*Evangelischen Entwicklungsdienstes e.V. (EED)* (Bonn) und der  
*Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.*  
(Berlin) gefördert

ISBN 978-3-89819-352-8

- © *ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e.V. 2010*  
*Harkortstraße 10*  
*04107 Leipzig*  
*Telefon: (0341) 9 60 85 31*  
*Telefax: (0341) 2 12 58 77*  
*RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de*
- © *QUETZAL. Leipziger Lateinamerika Verein (e.V.) 2010*  
*Waldstraße 6*  
*04105 Leipzig*  
*Telefon: (0341) 2 51 60 89*  
*Kontakt@Quetzal-Leipzig.de*

Umschlaggestaltung: Jutta Damm-Fiedler / Gabriele Töpferwein  
Titelfoto: Daniel Caballero/ABI. »Spirituelle« Amtseinführung von Evo Morales, des wieder  
gewählten Präsidenten Boliviens, am 21. Januar 2010 in den Überresten der Stadt Tiawanaku  
Karten: Carlos de Ugarte  
Redaktion: Lutz Höll / Peter Gärtner  
Typographie / Layout / Satz: Lutz Höll  
Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH  
Badeweg 1, 04435 Schkeuditz

# Inhalt

## *Zweiter Halbband*

Vorwort.....	363
<b>III. Autonomie und Ethnizität .....</b>	<b>365</b>
SEBASTIAN MATTHES	
<b>Cambas vs. Collas?</b>	
Ethnisierung des Politischen und Rassismus in Bolivien .....	367
FLORIAN QUITZSCH	
<b>Autonomie als Elitenprojekt</b>	
Santa Cruz zwischen nationaler Wirtschaftsmacht und regionaler politischer Abkapselung .....	400
JHONNY LAZO ZUBIETA	
<b>Die Mojeños in Beni</b>	
Von der ethnischen zur politischen Identität .....	430
SIMÓN YAMPARA HUARACHI	
<b>Das neue bolivianische Staatsmodell</b>	
Eine kritische Reflexion aus der Perspektive der andinen <i>ayllus</i> .....	467
RENÉ MICHALSKY	
<b>Bolivianische Identitäten im Wandel</b>	
Interkulturalität im 21. Jahrhundert .....	493
<b>IV. Umwelt und internationale Beziehungen .....</b>	<b>525</b>
JORGE CHOQUEHUANCA / CARLOS DE UGARTE	
<b><i>Vivir bien</i> als neues Entwicklungsprinzip?</b>	
Die Umweltpolitik der Regierung Morales.....	527

BETTINA SCHORR

**Ernüchterung nach der Euphorie**

Bolivians drogenpolitische Reformen und ihre Folgen ..... 545

INGO NIEBEL

**Zwischen Entwicklungshilfe und Umsturz**

Deutsche Stiftungen in Bolivien ..... 562

ROBERT LESSMANN

**Zwischen Kontinuität und Neuorientierung**

Die internationale Politik Boliviens ..... 591

**Rezensiert**

Vier aktuelle Publikationen über das neue Bolivien ..... 617

**Anhang** ..... 659

Chronologie ..... 661

Kleines Bolivien-Lexikon ..... 669

Politische Parteien und Organisationen Boliviens ..... 689

Karten ..... 695

Abkürzungsverzeichnis ..... 703

Weiterführende Literatur ..... 705

**Autoren und Übersetzer** ..... 717

\* \* \*

*Inhalt des ersten Halbbandes*

Vorwort..... 9

**I. Politik und Geschichte** ..... 11

PETER GÄRTNER

**Die Neugründung Boliviens**

Historische Dimensionen eines politischen Projekts ..... 13

NANCY ROMER

<b>Basisdemokratie und soziale Bewegungen in Bolivien</b>	
Ein lateinamerikanisches Experiment .....	99
ROMINA LUZ HERMOZA CACSIRE	
<b>Der Prozess der Verfassunggebung und die neue Verfassung</b>	
Neugründung oder Reform? .....	135
ANDREAS HETZER	
<b>Eine konfliktreiche Beziehung</b>	
Politik und Medien bei der Neugründung Boliviens .....	166
MURUCHI POMA	
<b>Der Beginn einer neuen Etappe</b>	
Die Wahlen vom 6. Dezember 2009 und 4. April 2010 .....	187
<b>II. Wirtschaft und Gesellschaft.....</b>	<b>213</b>
GABRIELE TÖPFERWEIN	
<b>Bevölkerung, Migration und Regionen</b>	
Soziodemographische Differenzierungsprozesse in Bolivien .....	215
SVEN SCHALLER	
<b>Ländliche Armut, Dualismen und die indigene Frage</b>	
Ein halbes Jahrhundert Agrarreform in Bolivien .....	252
MURUCHI POMA	
<b><i>Qhapaq ñan und convivir bien</i></b>	
Eine Analyse des Wirtschaftsmodells der MAS .....	297
LUIS SANDOVAL / MARK WEISBROT	
<b>Naturressourcen, Zentralstaat und Regionen</b>	
Autonomie- und Verteilungskonflikte in Bolivien .....	337



## Vorwort

Dieser Sammelband über Bolivien ist das Ergebnis einer kollektiven Anstrengung, deren Fundament die enge inhaltliche und organisatorische Kooperation zwischen dem Leipziger Lateinamerikaverein »Quetzal« und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen bildete. Ausgangspunkt war die Idee, mehr aus dem Bolivien-Dossier des Quetzal-Online-Magazins zu machen. Dem war auch geschuldet, dass die daran Beteiligten in doppelter Eigenschaft den »harten Kern« des Projektes bildeten: als Herausgeber und Autoren dieses Bandes. Durch die Vermittlung von Muruchi Poma und Wencke Dittmann gelang es zudem, fünf bolivianische Autoren zu gewinnen, die dem Band einen interkulturellen Erfahrungshintergrund verleihen. Welch hohen Stellenwert die Einbeziehung dieser Perspektive im Gesamtkonzept besitzt, wird nicht zuletzt daran deutlich, dass die indigenen Völker sowohl des bolivianischen Tieflandes (Beitrag von Jhonny Lazo) als auch die des Altiplano (Beitrag von Simón Yampara) würdig vertreten sind. Auch die Umweltthematik hätte ohne die Mitarbeit von Jorge Choquehuanca und Carlos de Ugarte von der Schutzgebietsbehörde SERNAP unberücksichtigt bleiben müssen.

Eine dritte Gruppe wird durch Autoren aus Deutschland repräsentiert, die weitere Politikfelder thematisch abdecken, welche für eine fundierte Analyse der aktuellen Situation in Bolivien unabdingbar sind: Andreas Hetzer (Medien), Robert Lessmann (internationale Beziehungen), Sebastian Matthes (Ethnizität und Rassismus), René Michalsky (Identität und Interkulturalität), Ingo Niebel (deutsche Stiftungen in Bolivien) und Bettina Schorr (Drogenpolitik). Das Spektrum der Beiträge wird durch zwei Übersetzungen von US-amerikanischen Publikationen ergänzt. Nancy Romer berichtet auf der Grundlage eigener Erfahrungen und Gespräche über die sozialen Bewegungen und die beiden Mitarbeiter des *Center for Economic and Policy Research* (CEPR) in Washington, Luis Sandoval und Mark Weisbrot, widmen sich der zentralen Thematik der Naturressourcen.

An dieser Stelle sei auch den Übersetzern gedankt, ohne deren Hilfe und Einsatz das Projekt zum Scheitern verurteilt gewesen wäre: Christine Fischer, Elisa Gärtner, Anja Kanbach, Gerhard Mertschenk, Jürgen Mirtschink, Franziska Pfab, Katja Schmiedgen, Ariane Stark, René Steffen. Die Koordinierung

dieses Arbeitsbereichs oblag Monika Grabow, die ebenfalls zum Kreis der Herausgeber zählt. Dank gebührt ebenfalls dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) und der Rosa-Luxemburg-Stiftung – Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. (Berlin) für ihre finanzielle Förderung.

Da der konzeptionelle Aufbau des Sammelbandes aus dem Inhaltsverzeichnis ersichtlich ist, seien nur noch einige knappe Bemerkungen zu unserem Anliegen und Anspruch gestattet. Wir haben uns bemüht, nicht nur eine kompetente, sondern auch aktuelle und leserfreundliche Publikation vorzulegen. Ob und wie dies gelungen ist, müssen die Leser entscheiden. Der letzte Teil des zweiten Halbbandes enthält sowohl einen relativ umfangreichen Rezensionsteil als auch einen Anhang mit Chronologie, Begriffserklärungen im Stil eines kleinen Lexikons sowie weiteren Informationen, die das Ganze abrunden. Das Anliegen dieser »Dienstleistung« für den interessierten Leser besteht vor allem darin, die Aktualität, Einordnung und Verständlichkeit der Einzelbeiträge zu verbessern. So kann sich jeder Leser anhand der vier Rezensionen zu aktuellen Veröffentlichungen über Bolivien selbst ein Bild davon machen, inwieweit wir mit der Umsetzung dieses Anliegens erfolgreich waren. Dass wir mit dem Redaktionsschluss Mitte September 2010 ein Höchstmaß an Aktualität erreichen konnten, ist nicht zuletzt dem hohen Engagement von Lutz Höll zu danken, in dessen Händen die Endredaktion und das Layout des Doppelbandes lagen.

Zugleich haben wir uns darum bemüht, der Geschichte den ihr gebührenden Platz einzuräumen. Dies war vor allen dort erforderlich, wo zentrale Aspekte der Neugründung Boliviens wie Staatlichkeit (Peter Gärtner), Verfassunggebung (Romina Luz Hermoza Cacsire), Bevölkerungsentwicklung (Gabriele Töpferwein), Agrarreform (Sven Schaller), Wirtschaft (Muruchi Poma) und regionale Autonomie (Florian Quitzsch) behandelt werden. Der Tribut an die Geschichte findet seinen Niederschlag oftmals in der größeren Seitenzahl der betreffenden Beiträge. Wir hoffen dennoch, dass dies vom Leser als Bereicherung denn als Belastung empfunden wird. Struktur und Konzept des vorliegenden Sammelbandes spiegeln ein weiteres „Markenzeichen“ wider: die Vielfalt der – teilweise kontrovers diskutierten – Perspektiven, stilistischen Varianten, des Alters, der Herkunft und der fachlichen Verankerung der 19 Autoren. Auch in diesem Punkt obliegt es dem Leser, inwiefern er dies als Vorteil wertet und nutzt. Bei der Lektüre von »Bolivien im Umbruch. Der schwierige Weg der Neugründung« wünschen wir allen viel Freude beim Gewinnen neuer Einsichten.

Die Herausgeber  
Leipzig, 16. September 2010

### **III. Autonomie und Ethnizität**



SEBASTIAN MATTHES

## Cambas vs. Collas?

### Ethnisierung des Politischen und Rassismus in Bolivien

#### 1. Einleitung

In verschiedenen Regionen Lateinamerikas waren in den vergangenen Jahren vermehrt Prozesse auszumachen, die belegen, dass Ethnizität zunehmend zum Gegenstand des Politischen<sup>1</sup> geworden ist und (wieder) einen erheblichen Stellenwert im »politischen Raum«<sup>2</sup> erhalten hat. In der nationalen Politik vieler Staaten kann man mittlerweile eine massive Präsenz ethnisch begründeter Diskurse und Akteure feststellen. Ethnizität gerät zunehmend zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Entsprechend rückte diese »Ethnisierung des Politischen« verstärkt in den Fokus wissenschaftlicher Betrachtungen. Für die Forschungsgruppe der Universität Bielefeld<sup>3</sup> um

- 
- 1 Das Politische umfasst zahlreiche Dimensionen. So kann man parlamentarische, juristische, exekutive und mediale Ebenen unterscheiden. Es scheint äußerst schwierig, sich dem Politischen überhaupt entziehen zu können, da es bereits in die sensibelsten Bereiche des gesellschaftlichen Lebens vorgedrungen ist. Ob eine »Ethnisierung des Politischen« in allen Dimensionen stattgefunden hat oder stattfindet, kann im Rahmen dieses Beitrags daher nicht geklärt werden.
  - 2 Wobei Raum im Sinne Pierre Bourdieus als Ort bzw. Feld der politischen Kommunikation verstanden werden soll. Der Raum des Politischen wird konstruiert und geprägt von den Kommunikationsmitteln, die unterschiedliche Themen, Personen und Ereignisse als politisch (re-)präsentieren. Vgl.: Christian Büschges / Joanna Pfaff-Czarnecka (Hrsg.): Die Ethnisierung des Politischen. Identitätspolitik in Lateinamerika, Asien und den USA. Frankfurt am Main 2007. S. 10f.
  - 3 Die Forschungsgruppe untersucht die historisch veränderliche Präsenz und Bedeutung ethnisch begründeter Diskurse im politischen Kommunikationsraum verschiedener außereuropäischer Länder im 19. und 20. Jahrhundert. Der hier zitierte Sammelband ist das Ergebnis einer im November 2004 an der Universität Bielefeld durchgeführten Tagung mit dem Thema »Ethnisierung und De-Ethnisierung des Politischen. Prozesse von Inklusion und Exklusion in andinen und südasiatischen Kommunikationsräumen«.

Christian Büschges und Joanna Pfaff-Czarnecka steht fest, dass Ethnizität in der außereuropäischen Welt eine wichtige Ressource darstellt, um politische Ansprüche zu legitimieren und durchzusetzen.<sup>4</sup>

Ein Blick auf die Bevölkerungsstatistik offenbart, welches Potential diese Kategorie speziell in Bolivien besitzt. Danach bezeichnen sich über 60 Prozent der Bolivianer als einer indigenen Gemeinschaft zugehörig.<sup>5</sup> Allein die Angehörigen der beiden größten ethnischen Gruppen des Landes (Aymara und Quechua) bilden zusammen mehr als die Hälfte der Bevölkerung.<sup>6</sup> Daraus ergibt sich ein enormes Potential für die Artikulation und Durchsetzung von Interessen.

Aufgrund anhaltender sozialer Missstände sowie der weitgehenden gesellschaftlichen und politischen Exklusion der indigenen Bevölkerung kamen in verschiedenen Ländern der Andenregion (wie in Bolivien oder Ecuador) insbesondere ab den 1990er Jahren Bewegungen auf, die sich explizit mit ethnisch begründeten Forderungen an die Öffentlichkeit wandten. Innerhalb dieser Bewegungen entstanden einflussreiche Organisationen. Hier sind die Konföderation der indigenen Nationalitäten von Ecuador (*Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador* - CONAIE) sowie die Regierungspartei Bewegung zum Sozialismus (*Movimiento al Socialismo* - MAS) in Bolivien zu nennen. In Bolivien sorgte besonders die Wahl des Gewerkschaftlers Evo Morales auch über die nationalen Grenzen hinaus für große öffentliche Aufmerksamkeit. Zum ersten Mal seit der Eroberung des Kontinents durch die Europäer erlangte ein Angehöriger einer indigenen Gemeinschaft, der Aymara, das höchste Staatsamt in dem Andenstaat. In den vier Jahren seiner ersten Amtszeit von Januar 2006 bis Januar 2010 setzte Morales weitgehend Forderungen um, die aus den Reihen der indigenen Bewegungen artikuliert wurden. Das zentrale politische Ziel bildete hierbei die Neugründung Boliviens, über die Erarbeitung einer neuen Verfassung hin zu einem plurinationalen Staat.<sup>7</sup> Nach harten Auseinandersetzungen mit den politischen Gegnern (sowohl parlamentarisch als auch außerparlamentarisch) wurde am 25. Januar 2009 die neue Verfassung verabschiedet. Der Streit um die neue Verfassung führte das Land jedoch an den Rand des Bürgerkriegs und offenbarte die tiefe Spaltung der bolivianischen Gesellschaft. Die vier östli-

4 Vgl.: Christian Büschges / Joanna Pfaff-Czarnecka. Die Ethnisierung des Politischen. S. 8.

5 Vgl.: INE: Censo 2001. URL: <http://www.ine.gov.bo/cgi-bin/Redatam/RG4WebEngine.exe/PortalAction?&MODE=MAIN&BASE=TallCreac&MAIN=WebServerMain.inl> (Abruf 13.10.2009).

6 Die ausführlichen Statistiken werden weiter unten vorgestellt.

7 Die neue bolivianische Verfassung ist abrufbar unter <http://www.presidencia.gob.bo/download/constitucion.pdf> (Abruf 25.05.2010).

chen Departments Beni, Pando, Santa Cruz und Tarija drohten mit der Abspaltung vom Zentralstaat und arbeiteten Autonomiestatute aus.<sup>8</sup> Auffällig war insbesondere die ethnische Dimension der Polarisierung. So wurde die Auseinandersetzung von verschiedenen Stellen als ein ethnischer Konflikt zwischen Weißen und Indigenen interpretiert.<sup>9</sup>

In den wissenschaftlichen Ansätzen gehen die Auffassungen über Ethnizität auseinander. Es herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass es sich bei Ethnizität, wie auch bei anderen Kategorien der gemeinschaftlichen (Selbst- oder Fremd-)Identifizierung wie Rasse, Klasse oder Geschlecht um eine soziale Konstruktion handelt. Die Ethnizitätskonzepte der Instrumentalisten<sup>10</sup> verstehen ethnische Gruppen als Ansammlung von Interessengruppen. Bekannte Vertreter dieser Denkschule sind Abner Cohen<sup>11</sup> und Paul R. Brass<sup>12</sup>. Diese Autoren vertreten ein vergleichsweise weites Verständnis von Ethnizi-

8 Departements (*Departamentos*) sind die Gebietskörperschaften in Bolivien. Bolivien ist in neun *Departamentos* unterteilt. Der vehementeste Widerstand artikuliert sich in den vier östlichen gelegenen Tieflanddepartments, die aufgrund ihrer geografischen Lage auch als *Media Luna* oder bolivianischer *Oriente* bezeichnet werden. Der organisatorische und institutionelle Kern der Opposition ist insbesondere im Department Santa Cruz zu finden. Dem *Oriente* steht das bolivianische Hochland im Westen gegenüber, der auch als »Okzident« bezeichnet wird. Hierzu zählen die Departements Chuquisaca, Cochabamba, La Paz, Potosi und Oruro. Siehe hierzu den Beiträge von Romina Luz Hermoza Cacsire und Florian Quitzsch in diesem Band.

9 Vgl.: Thomas Aders: Endkampf um die Macht. Der Aufstand gegen die Indios (Weltspiegel). Ausgestrahlt am 21.08.2008. ARD. URL: [http://www.daserste.de/weltspiegel/beitrag\\_dyn-uid,onjz1ltw6oftg2t6-cm.asp](http://www.daserste.de/weltspiegel/beitrag_dyn-uid,onjz1ltw6oftg2t6-cm.asp), Abruf 19.11.08.

10 In der Soziologie werden die Ethnizitätskonzepte nach drei Hauptströmungen unterschieden: Primordialismus, Konstruktivismus und Instrumentalismus. Die Primordialisten betrachten Ethnizität als ein ursprüngliches Element menschlicher Existenz. Sie betonen die Bedeutung von objektiven Faktoren (wie z. B. Sprache oder gemeinsame Abstammung) bei der Bestimmung ethnischer Zugehörigkeit. Die Ansätze der Primordialisten finden in der gegenwärtigen Debatte vergleichsweise wenig Beachtung. Dies ist auf die vehemente Kritik an ihren Konzepten zurückzuführen. Danach können die Primordialisten wenig zur Begründung und zum Ablauf von sozialen Wandlungsprozessen aussagen. Anders argumentieren die Vertreter des Konstruktivismus. Danach sind für die ethnische Zugehörigkeit in erster Linie subjektive Faktoren (die subjektive Gruppenidentifikation der sozialen Akteure) ausschlaggebend. Die Innovation der Konstruktivistinnen besteht darin, dass sie das Konzept der Ethnizität aus seiner statischen Form heraus zu einem subjektiven, situationsbezogenen Ansatz umgewandelt haben. Kritisiert wird, dass eine zentrale Frage, warum sich überhaupt ethnische Gruppen bilden und wieso ethnische Grenzen fortbestehen, unbeantwortet bleiben. Zur Erklärung ethnischer Gruppenbildungen halte ich insbesondere die Ansätze der Instrumentalisten (hier: Cohen und Brass) für geeignet. Vgl. hierzu: Wolfgang Gabbert: Creoles – Afroamerikaner im karibischen Tiefland von Nicaragua. Münster / Hamburg 1992. S. 23-31.

11 Vgl.: Abner Cohen: The Lesson of Ethnicity. In: Werner Sollors (Hrsg.): Theories of Ethnicity. A Classical Reader. Basingstoke 1996. S. 370-384.

12 Vgl.: Paul R. Brass: Ethnicity and Nationalism. Theory and Comparison. New Delhi 1991.

tät. Im Unterschied zu älteren Konzepten gehen die Instrumentalisten über die bloße Idee der Blutsverwandtschaft hinaus. Brass versteht Ethnizität als Resultat von Konkurrenzkämpfen, die von den verschiedenen Eliten im modernen Zentralstaat um die vorhandenen Ressourcen (wie Beschäftigung, Land, politische und ökonomische Beteiligung) geführt werden. In dieser Auseinandersetzung entstehen nach Brass (ethnische) Identitäten im Ergebnis eines Mobilisierungsprozesses. Die Eliten greifen die vorhandenen kulturellen Formen, Werte und Praktiken in Gesellschaften (Sprache, Religion, Tradition) auf und instrumentalisieren sie für ihre Zwecke, indem sie diese zu ethnischen Symbolen umdeuten, die dann als konstitutive Merkmale für eine ethnische Gruppe gelten sollen.<sup>13</sup>

Die politischen Eliten haben eben dieses Potential von Ethnizität erkannt und beziehen sich in ihren Diskursen und Handlungen gezielt darauf. Die Zentralregierung um Präsident Morales und die Führer der Opposition, insbesondere aus dem Tieflanddepartment Santa Cruz<sup>14</sup>, stehen daher im Fokus meiner Betrachtungen. Ich vertrete die These, dass die Akteure aus strategischen Gründen auf dieses Mittel zurückgreifen, da es ihnen darum geht, durch die Mobilisierung der Bevölkerung<sup>15</sup> die eigene Position zu stärken und dadurch eine Legitimation ihres politischen Handelns zu erhalten. So werden Forderungen nach einer Umverteilung des Landbesitzes von Seiten der MAS damit gerechtfertigt, dass die indigenen Gemeinschaften (als Nachfahren der vorkolumbischen Völker) die rechtmäßigen Eigentümer des Landes seien.<sup>16</sup> Derartige Forderungen artikulieren sich aus einer Gesellschaft, in

13 Vgl.: Ebenda. S. 8-15.

14 Wichtige Institutionen stellen in diesem Zusammenhang die Departmentregierung sowie die Bürgervereinigung *Comité Pro Santa Cruz* (CPSC) dar. In beiden Institutionen sind Angehörige der regionalen Wirtschaftselite stark präsent. Zwischen beiden Institutionen besteht ein enger Zusammenhang. So ist der gewählte Präfekt von Santa Cruz, Rubén Costas, Expräsident des Bürgerkomitees und einer der Initiatoren der Autonomiebewegung. Vgl.: Michelle Caldas Meyer: Costas Aguilera, Rubén Armando. In: *Quetzal – Lateinamerika-Online-Magazin*. URL: <http://www.quetzal-leipzig.de/lexikon-lateinamerika/ruben-armando-costas-aguilera-19093.html> (Abruf 06.11.2009).

15 Die Mobilisierung der Bevölkerung ist für die Durchsetzung von politischen Forderungen gerade in einem Land wie Bolivien von besonderer Bedeutung. Die politische Kultur des Landes zeichnet sich dadurch aus, dass sie als »Politik auf der Straße« ausgetragen wird. Die Ursachen hierfür liegen darin begründet, dass der Staat in der Vergangenheit die Institutionen meist im eigenen Interesse nutzte und große Teile der Bevölkerung von der parlamentarischen Partizipation ausgeschlossen waren. Selbstorganisation verstehen viele Bolivianer als eine Möglichkeit der Einflussnahme auf die Politik. Vgl.: Juliane Ströbele-Gregor: Kanon mit Gegenstimme. Soziale Bewegungen und Politik in Bolivien. In: Stefan Schmalz / Anne Tittor (Hrsg.): *Jenseits von Subcommandante Marcos und Hugo Chávez. Soziale Bewegungen zwischen Autonomie und Staat*. Festschrift für Dieter Boris. Hamburg 2008. S. 130-135.

16 Vgl.: Evo Morales Ayma, (2006): *Discurso textual del presidente Evo Morales en el Con-*

der eine gravierende soziale Ungleichheit herrscht und deren Mehrheit bis vor einigen Jahren von der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe nahezu völlig ausgeschlossen war. Die Wurzeln dieser Ungleichheit reichen bis in die Kolonialzeit zurück. Die Umsetzung der Forderungen nach Partizipation und Umverteilung hätte tiefgreifende Veränderungen in den gesellschaftlichen Machtstrukturen zur Folge.<sup>17</sup> Entsprechend groß sind die Widersprüche zwischen den Bevölkerungsgruppen. Es handelt sich um einen Konflikt, in dem die eine Gruppe nicht von ihren Privilegien abrücken will, die andere Gruppe aber nach Teilhabe strebt.

Ein Bezug auf Ethnizität kann in Bolivien allerdings nicht allein bei der indigenen Bevölkerung konstatiert werden. So ist im Departement Santa Cruz eine Tendenz auszumachen, die ebenfalls eine Variante der »Ethnisierung des Politischen« darstellt. Diese Bewegung zeichnet sich dadurch aus, dass sie sich bewusst als »Nation der Cambas« von der indigenen Bevölkerung des Hochlandes abgrenzt. In Bolivien kann deshalb in doppelter Hinsicht von einer »Ethnisierung des Politischen« gesprochen werden. Das Problem liegt darin, dass mit diesem Prozess eine zunehmende Polarisierung der Gesellschaft verbunden ist, die im gewissen Sinne zu einer ethnischen Spaltung des Landes geführt hat. Und zwar insofern, als dass eine Reduzierung der Bevölkerung auf ein Gegensatzpaar beziehungsweise zwei Gruppen stattfindet: Die Indigenas im Hochland und die Cambas im Tiefland. Diese Polarisierung birgt die Gefahr in sich, dass die »Ethnisierung« in Rassismus umschlägt, dann nämlich, wenn einer Gruppe explizit negative Merkmale zugeschrieben werden.

Rassismus stellt in Bolivien keine neue Erscheinung dar. Vielmehr handelt es sich um ein Phänomen, welches seit der Kolonialzeit in der bolivianischen Gesellschaft tief verankert ist. Allerdings haben sich seine Erscheinungs- und Ausdrucksformen im Verlauf der Jahre verändert. Nach meiner Ansicht hat der Rassismus in Bolivien mit dem Erstarken der indigenen Bewegungen eine neue Qualität erreicht. So war das Jahr 2008 überschattet von einer

---

greso. 22.01.2006. Visiones Alternativas. URL: [http://www.visionesalternativas.com/index.php?option=com\\_deerpockets&task=contShow&id=54906&Itemid](http://www.visionesalternativas.com/index.php?option=com_deerpockets&task=contShow&id=54906&Itemid). (Abruf 24.11.2009).

17 Dieser Aspekt zeigt sich deutlich am Beispiel Landbesitz. In Bolivien sind die Besitzverhältnisse besonders ungleich. Ein erheblicher Teil der Ländereien ist im Besitz von wenigen Unternehmen und Privatpersonen. Dagegen gibt es einen erheblichen Anteil in der Bevölkerung, der keine Landtitel besitzt. Der Schwerpunkt des Konflikts betrifft das östliche Tiefland Boliviens (und hier insbesondere das Department Santa Cruz), da sich dort die großen Latifundien befinden. Vgl.: Florian Quitzsch: Die »Elite« von Santa Cruz. Ökonomische Basis und politischer Anspruch. In: Quetzal – Lateinamerika-Online-Magazin. URL: <http://www.quetzal-leipzig.de/lateinamerika/bolivien/die-elite-von-santa-cruz-okonomische-basis-und-politischer-anspruch-19093.html> (Abruf 07.11.2009).

Vielzahl rassistisch motivierter Übergriffe gegen »Indios«, aber auch gegen »Weiße«.

Dieser Beitrag zeigt die wesentlichen Entwicklungen auf, welche die »Ethnisierung des Politischen« in Bolivien umfassen. Anschließend gehe ich auf den Rassismus im Land, insbesondere in seiner gegenwärtigen Erscheinungsform, ein. In diesem Zusammenhang stelle ich die essentiellen Ergebnisse meiner Diplomarbeit<sup>18</sup> vor. Die Arbeit geht der Frage nach, inwieweit die politische Auseinandersetzung der letzten Jahre durch den Einsatz eines ethnischen beziehungsweise rassistischen Diskurses geprägt war. Hierzu habe ich eine Analyse ausgewählter öffentlicher Ansprachen der Eliten beider Konfliktparteien vorgenommen. Mit Hinblick auf die hier vorgestellten Aspekte werden die Erkenntnisse meiner Untersuchung in einer Schlussbetrachtung diskutiert.

## 2. Die Ethnisierung des Politischen

Dass das Thema Ethnizität in Bolivien heute präsenter als je zuvor ist, lässt sich an verschiedenen Indikatoren feststellen. Die Wahl von Evo Morales zum ersten bolivianischen Präsidenten mit indigenen Wurzeln stellt (lediglich) den vorläufigen Höhepunkt einer Entwicklung dar, die ihren Ursprung Mitte der 1980er Jahre hatte und mit einem massiven Wandel im Bewusstsein der indigenen Bevölkerung verbunden war.<sup>19</sup>

---

18 Die Diplomarbeit mit dem Titel »Ethnisierung und Rassismus in Bolivien – Die Auseinandersetzung der Regierung Morales und der Autonomiebewegung aus Santa Cruz« wurde am 06. Dezember 2009 an der Philosophischen Fakultät der Leibniz Universität Hannover im Fach Soziologie eingereicht. Die Betreuung hat Prof. Dr. Wolfgang Gabbert übernommen. Der Analyse lagen von Seiten der Zentralregierung insgesamt fünf ausgewählte Ansprachen von Präsident Evo Morales und Vizepräsident Álvaro García Linera zugrunde. Auf der Seite der Autonomiebewegung bildeten insgesamt fünf Reden von Rúben Costas (Präfekt von Santa Cruz), von Branko Marinkovic (Vorsitzenden des Bürgerkomitees Pro Santa Cruz bis Januar 2009) sowie von Luis Núñez Ribera (Nachfolger von Marinkovic als Vorsitzender des Bürgerkomitees ab Februar 2009) das empirische Material. Alle Diskurse stammen aus dem Zeitraum Januar 2006 bis Januar 2009. Bei der Auswahl habe ich darauf geachtet, dass das Material im klaren Kontext des Konflikts zwischen Zentralregierung und Autonomiebewegung steht. Ein wichtiges Anliegen bestand darin, Ansprachen zu den zentralen Ereignissen im Konfliktverlauf (wie dem Amtsantritt des Präsidenten oder dem Referendum zur neuen Verfassung) zu beschaffen. Das Material hat keinerlei Anspruch auf die vollständige Abbildung der geführten Diskurse.

19 Vgl.: Juliane Ströbele-Gregor: Für ein anderes Bolivien – aber für welches? Indigene Völker und Staat in Bolivien. In: Franziska Bopp (Hrsg.): Bolivien. Neue Wege und alte Gegensätze. Berlin 2006. S. 279ff.

Seit den 1990er Jahren verzeichnen die Statistiken einen erheblichen Anstieg des indigenen Bevölkerungsanteils. Diese allgemeine Tendenz ist länderübergreifend in den demografischen Daten Lateinamerikas erkennbar.<sup>20</sup> Sie hängt mit einem veränderten politischen Selbstbewusstsein der Bevölkerung zusammen, was sich darin äußert, dass sich wachsende Teile der Bevölkerung als »indigen« definieren.

Im Jahr 2001 führte das Nationale Institut für Statistik in Bolivien (INE) eine umfassende Volkszählung durch. Der Zensus erfasste die Gesamtbevölkerung des Landes mit 8.274.325 Einwohnern.<sup>21</sup> Parallel wurde auf Grundlage der Selbstzuschreibung die Erhebung des Bevölkerungsanteils vorgenommen, der sich als »*pueblo originario*« oder »*indígena*« bezeichnet.<sup>22</sup> Danach gaben 62 Prozent der bolivianischen Bevölkerung an, einer solchen Bevölkerungsgruppe anzugehören. Der Zensus befragte lediglich Personen, die das 15. Lebensjahr vollendet haben. Bei der vorausgegangenen Volkszählung im Jahr 1992 lag dieser Prozentsatz mit 50 Prozent deutlich niedriger als im Zensus von 2001.<sup>23</sup>

---

20 Vgl.: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH (Hrsg.): Indigene Völker in Lateinamerika und Entwicklungszusammenarbeit. Eschborn 2004. S. 1-28. Anhang 1.

21 Vgl.: INE (2007): Anuario Estadístico 2007; Anm.: Anhand der Daten aus der Erhebung von 2001 wird die heutige Bevölkerung (2009) auf 10.227.299 projiziert.

22 Der derzeit gültigen Selbstdefinition zufolge nennt sich die aymara- und quechua-sprachige Bevölkerung des andinen Hochlands *campesinos* (Kleinbauern), bzw. *pueblos originarios* (angestammte Völker); die Völker des Tieflands bezeichnen sich als *indígenas*. Vgl.: Juliane Ströbele-Gregor: Für ein anderes Bolivien – aber für welches? S. 285.

23 Bei der Erhebung im Jahr 1992 identifizierte das INE die indigene Bevölkerung anhand der Muttersprache. Die Statistiken offenbaren ein wesentliches Problem bei der Erfassung des indigenen Bevölkerungsanteils. Ethnizität ist (besonders wenn es nicht auf einer Fremdzuschreibung basiert) schwierig zu messen. Dies wird bei einem Blick auf die demografischen Angaben des indigenen Bevölkerungsanteils in den verschiedenen lateinamerikanischen Ländern erkennbar. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Erstens gibt es bis heute keine einheitlichen Standards bei den Erhebungen. So werden für die Studien unterschiedliche Bemessungskriterien herangezogen (z. B. Selbstzuschreibung, Sprache, geografische Ansiedlung). Zweitens hat sich die Definition, wer als indigen gilt, verändert. Drittens unterliegt auch die Selbstzuschreibung einem stetigen Wandel, der stark von der Beziehung zwischen Staat, Gesellschaft und Indigenen abhängig ist. Viertens bestehen in vielen Ländern des lateinamerikanischen Kontinents politische Interessen seitens »weißer« und mestizischer Gesellschaftsgruppen, die Zahlen niedrig zu halten, um das Bild des homogenen (mestizischen) Nationalstaates zu manifestieren. Vgl.: Juliane Ströbele-Gregor: Indigene Völker und Gesellschaft in Lateinamerika: Herausforderungen an die Demokratie. In: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH (Hrsg.): Indigene Völker in Lateinamerika und Entwicklungszusammenarbeit. Eschborn 2004. S. 1.

Die letzte statistische Erhebung ergab, dass in dem Andenland 36 staatlich anerkannte Völker beheimatet sind.<sup>24</sup> Die größte Volksgruppe bilden die Quechua (30,69 Prozent der Gesamtbevölkerung), gefolgt von den Aymara (25,19 Prozent). Diese beiden Volksgruppen bewohnen vornehmlich den Westen des Landes, die in den Anden liegende Region des *Altiplano*.

Weitere relativ bevölkerungsstarke indigene Völker sind die Chiquitano (2,21 Prozent der Gesamtbevölkerung), die Guaraní (1,55 Prozent) und die Mojeño (0,85 Prozent).<sup>25</sup> Die drei Letztgenannten bewohnen gemeinsam mit 31 weiteren indigenen Völkern (1,49 Prozent) überwiegend den Osten des Landes. Darüber hinaus ergab der Zensus einen Anteil von 38,03 Prozent, der sich nicht explizit als indigen begreift.<sup>26</sup> Dabei ist eine regionale Auffälligkeit festzustellen. Die nicht-indigene Bevölkerung lebt meist in den Städten, allen voran in Santa Cruz und La Paz, sowie überwiegend im Osten des Landes. Im Departement Santa Cruz betrug der Anteil derjenigen, die sich als nicht-indigen bezeichneten, 62,5 Prozent (760.556 Personen). Im Departement Tarija lag die Quote der Nicht-Indigenen bei 80,3 Prozent (192.375 Personen).<sup>27</sup>

### 2.1. Das »neue« politische Selbstbewusstsein

In den verschiedenen Phasen der bolivianischen Geschichte fiel die politische Selbstdefinition der verschiedenen subalternen sozialen Gruppen entsprechend des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kontextes sowie der politischen Rahmenbedingungen unterschiedlich aus. Das hängt primär mit dem Verhältnis von Staat, Gesellschaft und indigener Bevölkerung zusammen. Hierbei waren für den bolivianischen Kontext vor allem drei Phasen interessant, auf die im Folgenden kurz eingegangen wird:

- Erstens der Zeitraum vom Erlangen der Unabhängigkeit von Spanien 1825 bis zur Nationalen Revolution 1952;
- zweitens von 1952 bis zur Durchsetzung neoliberaler Reformen Mitte der 1980er Jahre; und
- drittens von 1985 bis zur Gegenwart.<sup>28</sup>

24 Vgl.: Hernán Ávila Montaña: Bolivia. In: International Work Group for Indigenous Affairs (IWGIA): The Indigenous World 2008. Kopenhagen 2008. S. 170.

25 Vgl.: INE: Censo 2001.

26 Vgl.: Ebenda.

27 Vgl.: Ebenda.

28 Diese Einteilung ist angelehnt an die Ausführungen von Büchges und Pfaff-Czarnecka (2007). Büschges und Pfaff-Czarnecka unterschieden drei zeitlich aufeinander folgende Phasen im Umgang mit der kulturellen Vielfalt der Bevölkerung in Ecuador und Nepal: 1) Die

In der Kolonialzeit hat die ethnische Herkunft des Individuums über seine Stellung in der Gesellschaft entschieden. Unter der Herrschaft der spanischen Krone hatte sich das so genannte *sistema de castas* ausgebildet, das die Bevölkerung in Spanier, Kreolen, Mestizen, Mulatten, »indios« und Schwarze separierte.<sup>29</sup> Die Unterschiede zwischen »indios« und Mestizen oder Mestizen und Spaniern wurden als tiefgreifender und unüberbrückbarer angesehen als die Kluft zwischen Bauern und Bürgern in Europa. Mit der Etablierung der kolonialen Verwaltung wurde die Bezeichnung »indio« zu einer rechtlich-fiskalischen Kategorie. Die »indios« waren der Krone gegenüber tributpflichtig in Form von Waren oder Geld und hatten verschiedene Arbeitsdienste zu leisten.<sup>30</sup>

Durch die mit der Zeit eintretende »biologische Vermischung« innerhalb der Bevölkerung konnten die Hautfarbe und das allgemeine physische Erscheinungsbild nicht mehr als eindeutiges Kriterium für eine klare ethnische Identifizierung gelten. Auf diese Weise wurde eine gewisse soziale Mobilität bezüglich der Veränderung des ethnischen Status möglich.

»Der ethnische Status wurde daher zunehmend zum Ergebnis selbst definierter oder fremdbestimmter kultureller Identität und sozialer Positionierung. Ausschlaggebend waren vor allem die Kriterien Sprache, Kleidung, soziale Kontakte, Einkommen und Beruf. So war es den Indianern möglich, sich durch das Erlernen des Spanischen, die Änderung der Kleidung und die Aufnahme einer traditionell nicht mit dieser ethnischen Gruppe assoziierten

---

Phase der staatlichen Festschreibung des Modells der nationalen Einheit bei gleichzeitigem Fortbestand rechtlich und/oder lokal abgegrenzter Bevölkerungsgruppen mit eigener Sprache, Religion und/oder ethnischem Brauchtum (1810-1895); 2) Die Phase der Assimilierung ethnischer Minderheiten im Zuge staatlich gelenkter Modernisierungsprozesse (1895-1970er Jahre); 3) Die Phase der politischen Aushandlung der Integration ethnisch differenzierter Bevölkerungsgruppen in einem multi-ethnischen Staat (1970er Jahre bis in die Gegenwart). Dieses Model kann m. E. vor allem in seiner zeitlichen Dimension nicht ohne weiteres für Bolivien übernommen werden. Dennoch sind diese Phasen in ihren Grundzügen auch in der bolivianischen Geschichte auszumachen.

29 Als Kreolen bezeichneten sich die in Amerika geborenen Nachfahren der Spanier. Als Mestizen galten die Nachfahren von »Weißen« und Indigenen. Als Mulatten wurden die Nachfahren von »Weißen« und »Schwarzen« bezeichnet. Der Begriff »Indianer« (span. *indio*) wurde durch Christoph Kolumbus geprägt und basiert auf der fälschlichen Annahme, dass Kolumbus glaubte, bei seiner Landung in Amerika Indien erreicht zu haben. Der Begriff wurde fortan zur Bezeichnung der Ureinwohner benutzt.

30 Vgl.: Christian Büschges: Die Erfindung des Indianers. Kolonialherrschaft und ethnische Identität im spanischen Amerika. In: Thomas Beck / Eberhard Schmitt (Hrsg.): Barrieren und Zugänge. Die Geschichte der europäischen Expansion. Festschrift für Eberhard Schmitt zum 65. Geburtstag. Wiesbaden 2004. S.85.

Tätigkeit als Mestizen auszugeben und damit den Tribut und Arbeitsforderungen zu entziehen.«<sup>31</sup>

Wer konnte, versuchte, der Tributpflicht zu entgehen und identifizierte sich als Mestize. Im Laufe der Kolonialzeit stieg auf diese Weise der Anteil der mestizischen Bevölkerung.<sup>32</sup> In dieser Phase kann von einer gewissen ethnischen Homogenisierung gesprochen werden. Dies äußerte sich darin, dass kulturelle Praktiken wie »indianische« Traditionen oder Sprachen diskriminiert und bisweilen sogar verboten wurden. Die Kultur der Aymara lebte im damaligen Hochperu (der Region, die heute in etwa den geografischen Gegebenheiten Boliviens entspricht) hauptsächlich in einigen Gegenden des Hochlands fort.<sup>33</sup>

Mit der Unabhängigkeit von der spanischen Krone 1825 wurden die »Indianer« zwar offiziell zu Bolivianern erklärt, am realen Status der vormals als »indios« klassifizierten Landbevölkerung änderte sich im Kern jedoch wenig. Die Unabhängigkeit war eine Angelegenheit der Kreolen gewesen. Als rechtmäßige Bewohner und Besitzer des Landes begriffen sich vorrangig Vertreter der europäischstämmigen Oligarchie.<sup>34</sup> Auch in der neu gegründeten Republik blieben die »Indianer« nahezu vollständig aus der bolivianischen Gesellschaft ausgeschlossen. Die Tributpflicht bestand für die »indios« während des gesamten 19. Jahrhunderts fort. Die »Indianer« befanden sich in dieser Phase in einem Zustand der Resignation. Nach den niedergeschlagenen Aufständen (1780-82) von Túpac Amáru II. und Túpac Katari<sup>35</sup> war ihre traditionelle Führungsschicht (Kaziken oder Kurakas) von den Spaniern entmachtet beziehungsweise vernichtet worden. Die Zerschlagung der Aufstände zählt zu den blutigsten Kapiteln der Kolonialherrschaft. Die bislang

31 Ebenda. S. 94.

32 Hinzu kommt die Tatsache, dass Epidemien und die elenden Lebensbedingungen die indigene Bevölkerung stark dezimierten.

33 Vgl.: Rafael Loayza Bueno: Halajtayata : etnicidad y racismo en Bolivia. La Paz 2004. S. 12f.

34 Vgl.: Juliane Ströbele-Gregor: Indigene Völker und Gesellschaft in Lateinamerika. S. 2f.

35 Túpac Amáru II führte einen Aufstand an, in dem er um die Anerkennung von Adelstiteln für die Inka, die Abschaffung des Zwangshandels sowie gegen die erzwungene Arbeitskräfterekutierung (Mita) kämpfte. Die Rebellion breitete sich schnell aus und erfasste das gesamte Hochland von Peru und Hochperu. Zehntausende »indianische« Rebellen schlossen sich binnen kurzer Zeit der Rebellion an. Ihr Ziel war die Wiederherstellung des Inkareiches ohne die Spanier. Nach seiner Gefangennahme wurde Túpac Amáru II in der Stadt Cuzco auf dem Plaza de Armas öffentlich gevierteilt. Vgl.: Quezal Online Magazin (1994): Túpac Amáru. Nach dem Tod von Túpac Amáru II setzte sich die Auflehnung fort. In Hochperu gingen die Kämpfe zunächst weiter. Julian Apaza, der sich in Gedenken an frühere Widerstandskämpfer Túpac Katari nannte, belagerte mit seinen Truppen über Monate die Stadt La Paz. Der Aufstand fand seinen Niedergang in der Gefangennahme und anschließenden öffentlichen Hinrichtung von Julian Apaza durch die Spanier. Vgl.: Thomas Pampuch / Agustín Echalar: Bolivien. 4. Auflage. München 2009. S. 42f.

»freien« indigenen Gemeinden wurden noch strenger in das koloniale System eingegliedert.<sup>36</sup> Darüber hinaus hatte die gescheiterte Rebellion negative Auswirkungen auf das »indianische« Selbstbewusstsein. In den folgenden Dekaden blieben die indigenen Akteure nicht nur auf der politischen Ebene paralysiert, sondern auch auf der wirtschaftlichen.

Mit der Nationalen Revolution 1952 ging ein sozialer und politischer Umsturz einher. Die herrschende Oligarchie und das Militär wurden abgesetzt, an die Macht kamen Vertreter einer modernisierungsorientierten Mittelschicht sowie eine starke Fraktion der Arbeiterschaft. Die Revolutionspartei Nationalistisch-Revolutionäre Bewegung (*Movimiento Nacionalista Revolucionario* - MNR) versprach einen gesellschaftlichen Umbruch, verbunden mit der nationalen Integration aller Bürger im Projekt eines kulturell homogenen Nationalstaats.<sup>37</sup>

»Diesem Nationalisierungsprojekt lag das in Lateinamerika im 20. Jahrhundert verbreitete Konzept des mestizischen Nationalstaats zugrunde, indem es um nation-building ging. Das bedeutete auch, die »Indianerfrage« politisch durch Assimilation zu lösen. [...] Es wurde davon ausgegangen, dass ethnische Identitäten (welcher Definition auch immer) in einer modernen Gesellschaft eine Übergangssituation seien.«<sup>38</sup>

Auch wenn zum ersten Mal seit der Eroberung durch die Spanier von dem Versuch der gesellschaftlichen Einbeziehung der indigenen Bevölkerung gesprochen werden kann, ist in dieser Phase m. E. keine »Ethnisierung« zu konstatieren. Zur sinnstiftenden Formel wurde der Klassendiskurs, und nicht die ethnische Zugehörigkeit. Die Arbeiterschaft, allen voran die Bergarbeiter, hatte an der Revolution erheblichen Anteil. Für die linken Kräfte des Landes war der Nationalstaat nur eine Etappe auf dem Weg zum Sozialismus. Der 1952 gegründete Gewerkschaftsdachverband (*Central Obrera Boliviana* - COB)<sup>39</sup> avancierte in den kommenden Jahren unter kommunistischer

36 Vgl.: Ebenda. S. 43.

37 Das Gesellschaftsprojekt des mestizischen Nationalstaats entstand während der mexikanischen Revolution 1910/11. Diese Idee sollte sich in den folgenden Jahrzehnten in zahlreichen lateinamerikanischen Ländern etablieren. Vgl.: Juliane Ströbele-Gregor: *Indigene Völker und Gesellschaft in Lateinamerika*. S. 4.

38 Juliane Ströbele-Gregor: *Für ein anderes Bolivien – aber für welches?* S. 290.

39 Der COB fasste einst die Minen-, Fabrik-, und Landarbeiter zu einer Klasse zusammen und organisierte sie. Beim Sturz der Diktaturen von Hugo Banzer (1971-1978) und García Meza (1980-1982) spielte er eine maßgebliche Rolle. Doch seit Mitte der 1980er Jahre befindet sich der einst mächtige Gewerkschaftsdachverband in einer tiefen Krise. Der COB selbst mobilisiert nicht mehr, sondern folgt den Mobilisierungen anderer, z.B. der MAS. Nach Ramírez Voltaire ist dies ein Grund dafür, dass »Klasse« in Bolivien derzeit nicht das strukturierende Element ist, anhand dessen eine Identifizierung und Politisierung stattfindet. Vgl.: Simón

Führung zu einem der mächtigsten Akteure des Landes.<sup>40</sup> Die Belebung eines indigenen Bewusstseins jedoch gehörte nie zu den Zielen der MNR. Stattdessen sah man die indigene Bevölkerung weiterhin als rückständig an. Durch die Integration in das homogene Nationalstaatsprojekt sollten die Indigenen »modernisiert« werden. Mit der Agrarreform von 1953 wurden das *hacienda*-System und die Zwangsarbeit abgeschafft. Die Regierung löste die Latifundien auf und übergab das Land an Kleinbauern und *Comunidades* (Gemeinschaften). Mit diesem Schritt versprach sich die Revolutionspartei (auch) die politische und ideologische Bindung der indigenen Bauern an den MNR.<sup>41</sup>

»Ideologisch wurde aus dem indio – jenem kolonialzeitlichen Konstrukt, das faktisch politische Exklusion bedeutete sowie Unterwerfung unter das Ausbeutungssystem der Kolonialherren und später unter das der europäischstämmigen Oligarchie – der *campesino*, d. h. der freie Kleinbauer.«<sup>42</sup>

Die nachhaltige Wirkung dieses neuen Konstrukts des *campesinos* war aber spätestens mit den neoliberalen Reformen Mitte der 1980er Jahre verfliegen. Das Versprechen der nationalen Integration und der damit verbundenen Gleichheit aller Bürger wurde faktisch nie eingehalten. Die Bevölkerungsmehrheit blieb auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens weiterhin benachteiligt. Wie Juliane Ströbele-Gregor konstatiert, war die Reaktion auf die nicht eingehaltenen politischen Versprechen eine verstärkt einsetzende Betonung der »kulturellen Identität«. Bereits in den 1970er Jahren waren erste Anzeichen einer Belebung ethnischer Identifizierung auszumachen. Ausdruck dieser Entwicklung war u. a. die Gründung des Dachverbands der Bauern und Landarbeiter (*Confederación Sindical Unica de Trabajadores Campesinos de Bolivia* - CSUTCB), dem sich bedeutende Aymara-Organisationen wie die Bewegung Túpac Katari<sup>43</sup> anschlossen. Thematisch beschäftigte sich der Dachverband mit Fragen der Landverteilung, der »kulturellen Identität« und der politischen Partizipation. Die Organisation avancierte gewissermaßen zum institutionellen Ausdruck eines zunehmenden ethnischen

---

Ramírez Voltaire: Túpac statt Che. Die sozialen Bewegungen Boliviens emanzipieren sich vom Klassenkampf. In: *iz3w*. Heft 282/2005. S. 30f.

40 Vgl.: Juliane Ströbele-Gregor: Für ein anderes Bolivien – aber für welches? S. 291.

41 Vgl.: Ebenda. S. 288ff.

42 Ebenda. S. 289.

43 Ende der 1960er Jahre gründeten andine Bauern und Migranten die Bewegung Túpac Katari. Diese indigene Vereinigung bezog sich stark auf ihr kulturelles Erbe und kämpfte für Landrechte, Anerkennung der kulturellen »Identität« und mehr demokratische Rechte. Vgl.: Juliane Ströbele-Gregor: Indigene Emanzipationsbewegungen in Lateinamerika. In: APuZ, H. 51-52. S. 10. URL: <http://www1.bpb.de/files/FC6NSK.pdf> (Abruf 25.11.2009).

Bewusstseins innerhalb der Bevölkerung. Der CSUTCB zählt bis in die Gegenwart zu einer der wichtigsten indigenen Organisationen.<sup>44</sup>

Mit dem wachsenden Bezug auf Ethnizität war eine relative Abnahme der Identifizierung über die Klassenzugehörigkeit verbunden, was sich nachteilig für den COB auswirkte, da dieser sich primär über letztere definierte. Diese Entwicklung verdeutlichte sich an dem massiven Machtverlust des COB, der nach der Schließung zahlreicher Minengesellschaften ab Mitte der 1980er Jahre viele seiner Mitglieder verlor. Die CSUTCB wurde zum wichtigsten Hoffnungsträger der indigenen Bevölkerung des Hochlandes.<sup>45</sup>

Damit ist für Bolivien der Übergang in die dritte Phase zu konstatieren. Diese begann mit einer schweren Wirtschaftskrise (1982-1985). Um für mehr Stabilität zu sorgen, wurden neoliberale Reformen zur Umgestaltung des Staates eingeleitet. Die Kosten dieser Strukturanpassung mussten hauptsächlich die ärmeren Schichten tragen. Die Reaktionen hierauf waren Streiks und Proteste von Seiten der Bauern, Arbeiter, Bergleute und Studenten. Dabei konnte im Diskurs der subalternen Klasse eine Veränderung in der Form ausgemacht werden, als dass zunehmend ethnisch-kulturelle Symbole und Zeichen Verwendung fanden. Damit verbunden war die Besinnung auf Ideologiekonzepte, die sich explizit auf ein andines Zusammengehörigkeitsgefühl beriefen. Soziale Akteure mit unterschiedlichen Interessenlagen (*campesinos* des Hochlands, Siedler in den Tälern, ethnische Gemeinschaften des Tieflands, sowie Migranten bäuerlich-indigener Herkunft in den Städten des Hochlands) verwendeten zunehmend ähnliche Diskurselemente. In diesem Sinne war die nicht intendierte Folge der neoliberalen Reformen der gemeinsame Aufbruch der indigenen Völker des Landes.<sup>46</sup>

Von diesem Zeitpunkt an kann von einem deutlichen Bedeutungszuwachs des Themas Ethnizität beziehungsweise von einer ansteigenden »Ethnisierung des Politischen« in Bolivien gesprochen werden. Nach Ramírez Voltaire verlor »Klasse« als bis dato sinnstiftende Kategorie an Bedeutung.<sup>47</sup> Die

44 Allerdings ist der Dachverband der Bauern und Landarbeiter CSUTCB seit dem Jahr 2000 immer stärker von internen Macht- und Richtungskämpfen geprägt. Nicht zuletzt war es der Machtkampf zwischen den charismatischen Führern Morales (als Führer der Kokabauern und der MAS) und Felipe Quispe (dem Exekutivsekretär des CSUTCB und Gründer der Partei *Movimiento Indígena Pachakuti*), der zur Spaltung des indigenen Kleinbauernverbandes beigetragen hat. Vgl.: Juliane Ströbele-Gregor: Für ein anderes Bolivien – aber für welches? S. 293-306.

45 Vgl.: Juliane Ströbele-Gregor: Indigene Emanzipationsbewegungen in Lateinamerika. S. 10.

46 Vgl.: Juliane Ströbele-Gregor: Für ein anderes Bolivien – aber für welches? S. 299.

47 Vgl.: Simón Ramírez Voltaire: Túpac statt Che. S. 37. Trotz allem blieb »Klasse« in Bolivien nach wie vor eine wichtige sinnstiftende Kategorie. Die Cocalerobewegung definiert sich nach Ströbele-Gregor bis heute in erster Linie über ihre Klassenzugehörigkeit. Vgl.: Juliane Ströbele-Gregor: Für ein anderes Bolivien – aber für welches? S. 307f. In Bolivien geht die

aufkommenden sozialen Bewegungen begannen sich in gewisser Weise vom Klassenkampf zu emanzipieren und stattdessen vermehrt ethnisch konnotierte Symbole und Argumentationen aufzugreifen.

Dieser Trend setzte sich in den 1990er Jahren fort. Begünstigt wurde die Entwicklung von der anhaltenden Armut und einer politischen Kultur, die gekennzeichnet war von Korruption, der immer noch unzureichenden Möglichkeit der politischen Partizipation sowie einem schlecht funktionierenden Rechtsstaat. Im lateinamerikanischen Vergleich galt Bolivien lange Zeit für viele, darunter etliche Befürworter der Strukturanpassungsmaßnahmen, als ein Modellland für Demokratisierung und Stabilität.<sup>48</sup> Doch in der bolivianischen Gesellschaft, insbesondere bei den sich zunehmend als indigenen verstehenden Bevölkerungssegmenten, stieg die Zahl derjenigen, die parlamentarische Demokratie ablehnten.<sup>49</sup> Dies äußerte sich vor allem im Protest auf der Straße und in dem Aufkommen von neuen sozialen Bewegungen.

Zu Beginn des neuen Jahrtausends erreichte die Entwicklung ihren bisherigen Höhepunkt. Die im Jahr 2000 aufgekommenen sozialen Bewegungen verstanden sich als Synthese der historischen Kämpfe in Bolivien. Das diskursive Element der Berufung auf das gemeinsam erlittene Leid der fünfhundertjährigen Unterdrückung durch die Spanier und deren Nachkommen stellt einen zentralen Bestandteil ihres Selbstverständnisses dar.<sup>50</sup>

In den bisherigen Ausführungen wurden die Indigenen stets als eine relativ homogene Einheit präsentiert, die gemeinsame Ziele und Interessen verfolgt sowie eine gemeinsame Kultur besitzt. Dabei sollte man jedoch nicht übersehen, dass die soziale Realität wesentlich komplexer aussieht, als es dieser Rückbezug impliziert. Der Peru- und Bolivienexperte Ulrich Goedeking weist darauf hin, dass das Spektrum indigener Organisationen nach wie vor durch starke Heterogenität und eine Vielfalt von Diskursen gekennzeichnet sei, in denen sich indianistische<sup>51</sup>, gewerkschaftliche und soziale Elemente

---

Klassenzugehörigkeit mit der indigenen Selbstzuschreibung oftmals einher. Ramírez Voltaire konstatiert, dass deshalb in Bolivien auch nicht von »Klasse« im traditionellen Sinn gesprochen werden könne. Vgl.: Simón Ramírez Voltaire: Túpac statt Che. S. 36.

48 Vgl.: Juliane Ströbele-Gregor: Für ein anderes Bolivien – aber für welches? S. 282.

49 Vgl.: Ebenda. S. 298ff.

50 Im »Krieg um das Wasser« im Jahre 2000 kam es nach der Verdopplung der Wasserpreise in und um die Stadt Cochabamba zu schweren Protesten. Weite Teile der indigenen Bevölkerung, darunter *campesinos*, Kokabauern, aber auch Studenten oder LehrerInnen protestierten im losen Zusammenschluss gemeinsam. Vgl.: Simón Ramírez Voltaire: Túpac statt Che. S. 37.

51 Die Begriffe »indigenistisch« und »indianistisch« sind zu unterscheiden. Sie werden von »Indigenismus« beziehungsweise »Indianismus« abgeleitet. Der »Indigenismus« erlangte zu Beginn des 20. Jahrhunderts größere Verbreitung. Diese Ideologie kam in (intellektuellen) Kreisen der Oberschicht auf. Das wesentliche Anliegen des »Indigenismus« war es, auf die

mischen. Quechua, Aymara, Guaraní und andere ethnische Gemeinschaften bilden keine homogene Einheit. »Die Indigenen« als kohärenter, kollektiver Akteur existieren in Bolivien nicht.«<sup>52</sup>

Auch nach Ströbele-Gregor fällt die Frage der Selbstdefinition und der »Identität« im Alltag viel komplexer aus als in den ethnisch-politischen Diskursen. Denjenigen, die sich als *indígenas* oder *pueblos originarios* definieren, ist gemeinsam, dass sie einem Teil der Gesellschaft angehören, der aufgrund der kolonialen und postkolonialen Geschichte von gesellschaftlicher Macht ausgeschlossen war und sich unter den demokratischen Regierungen Boliviens weiter benachteiligt fühlte.<sup>53</sup>

Die indigenen bzw. indigen-mestizischen Akteure haben zwar keine einheitliche politische Position und kein gemeinsames Selbstverständnis. Dennoch beinhaltet das Konstrukt *indígena* oder *pueblo originario* soziale und kulturelle Gemeinsamkeiten als Abgrenzung gegenüber europäisch-stämmigen Machtgruppen. Das Konstrukt hat seit Mitte der 1980er Jahre zunehmend an politischer Bedeutung gewonnen, zumal es – anders als der zuvor den politischen Diskurs bestimmende Klassenbegriff – eine gemeinsame gesellschaftliche Verortung von Angehörigen aus unterschiedlichen sozialen Schichten erlaubte.<sup>54</sup>

---

prekäre Situation der »Indianer« aufmerksam zu machen. Dabei zielten die Vertreter zwar auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen und eine bessere gesellschaftliche Integration der Indigenen ab, jedoch ohne die gesamtgesellschaftlichen Strukturen in Frage zu stellen. Vgl.: Marie-Chantal Barre: *Ideologías indigenistas y movimientos indios*. 3. Aufl. México 1988; Johnny Adhemar Mercado Lazarte: *Awkigemeinschaft oder Paradigmen des »Wohl-Lebens« (allin kawsay)*. Dissertation. Regensburg 2004. S. 29. Heute beschreibt der Begriff »Indigenismus« Konzepte von nicht-indigenen Personen für indigene Völker. Vgl.: Juliane Ströbele-Gregor: *Für ein anderes Bolivien – aber für welches?* S. 286. Anmerkung 7. Der »Indianismus« hingegen bezeichnet das Denken und Handeln, das von indigenen Völkern selbst ausgeht. Die Ideologie entstand in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Das Ziel ist weniger die Integration, als vielmehr die Betonung der Eigenheiten der »indianischen« Völker. Die Vertreter dieser Richtung kämpfen für speziell auf »Indianer« abgestimmte Ziele, wie etwa den Schulunterricht in »indianischen« Sprachen oder der Respektierung spezifischer »indianischer« Landrechte. Vgl.: Mark Münzel (1985): *Der vorläufige Sieg des »indianischen« Funktionärs über den »indianischen« Mediziner in Lateinamerika*. Anmerkungen zum europäischen Diskurs über ethnische Minderheiten in der Dritten Welt. In: *Peripherie*. H. 20. S. 11. An diese Ideologie anschließend hat sich in Bolivien eine radikal-»indianistische« Position herausgebildet.

52 Vgl.: Ulrich Goedeking / Moira Zuazo: *Konfliktszenarien und soziopolitische Akteure in Bolivien*. Friedrich-Ebert-Stiftung. S. 11. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/04120.pdf> (Abruf 29.04.2009).

53 Vgl.: Juliane Ströbele-Gregor: *Für ein anderes Bolivien – aber für welches?* S. 286; vgl. auch: Juliane Ströbele-Gregor: *Indigene Völker und Gesellschaft in Lateinamerika*. S. 6.

54 Vgl.: Ströbele-Gregor (2006a): *Für ein anderes Bolivien – aber für welches?* S. 285.

Wie dargestellt, findet diese Entwicklung ihren Ausdruck auch in den Bevölkerungsstatistiken, indem sich vermehrt Menschen als indigen identifizieren. Dieser Wandel in den Selbstdefinitionen ist etwa seit den 1990er Jahren zu beobachten. An die Stelle der durch Assimilationsdruck konstruierten Selbstdefinition als »mestizo« oder schlicht »Bolivianer« trat das neue kulturelle Selbstbewusstsein – mit einem positiven Bezug auf die indigene Herkunft.<sup>55</sup>

## 2.2. *Camba-Nationalismus – Die Reaktion aus Santa Cruz*

Der bereits erwähnte *Camba-Nationalismus* kam in den 1950er Jahren infolge der Auseinandersetzungen zwischen der damaligen Regierungspartei MNR und einflussreichen Bewohnern des Departements Santa Cruz auf. Dabei ging es vorrangig um die Verteilung der Erdöleinnahmen. Santa Cruz galt bereits zu diesem Zeitpunkt als rohstoffreiche Region. Das Departement beanspruchte elf Prozent der Einnahmen aus dem Erdölgeschäft für sich.<sup>56</sup> Infolge der Auseinandersetzungen mit der Regierung entwickelte sich in der regionalen Bevölkerung ein wachsendes Selbstbewusstsein, und die Bewohner begannen, sich fortan als *cambas* zu identifizieren. *Camba* war ursprünglich die abfällige Bezeichnung für die einfache Bevölkerung, innerhalb kurzer Zeit aber entwickelte sich der Ausdruck zu einer Selbstbezeichnung für die Bewohner der Stadt und der Region.<sup>57</sup>

Mit Erstarken der indigenen Bewegungen und der damit verbundenen Staatskrise seit dem Jahr 2000 setzte auch in Santa Cruz eine verstärkte »Ethnisierung des Politischen« ein. Peña Claros vertritt die These, dass die zunehmende Identifizierung mit dem Konstrukt *camba* im direkten Zusammenhang mit dem auflebenden Selbstbewusstsein der indigenen Bevölkerung steht. Die Autorin macht diesen Zusammenhang u.a. an einem zunehmenden »Identitätsdiskurs« von Seiten der *Camba*-Eliten fest.<sup>58</sup>

Aufgrund des sichtbaren Erstarkens der (zahlenmäßig überlegenden) *indigenas* befürchteten die (mehrheitlich nicht-indigenen) Tieflandbewohner Einbußen betreffs ihrer Privilegien (wie Landbesitz oder politische Partizipa-

55 Vgl.: Ebenda. S. 286f.

56 Vgl.: Thomas Pampuch / Agustín Echalar: Bolivien. S. 129f.

57 Vgl.: Ebenda.

58 Vgl.: Claudia Peña Claros: Being cruceño in October 2003: the Challenges to Identity. In: *Tinkazos*. H. 20/2006. S.85ff. URL: [http://socialsciences.scielo.org/pdf/s\\_tinkazos/v2nse/scs\\_a02.pdf](http://socialsciences.scielo.org/pdf/s_tinkazos/v2nse/scs_a02.pdf) (Abruf 06.11.2009). Peña Claros unterscheidet nicht zwischen den Begriffen *cruceños* und *camba*. Für die Autorin handelt es sich bei diesen Termini um dasselbe Konstrukt.

tion). Die Reaktion war das Aufleben der Debatte um politische Autonomie im Jahr 2001<sup>59</sup> und die Gründung der Befreiungsbewegung Nation Camba (*Movimiento Nación Camba de Liberación* - MNCL), dem ideologischen Instrument der Eliten aus Santa Cruz.<sup>60</sup>

Die Forderung nach mehr Unabhängigkeit vom Zentralstaat bestand seit längerem, allerdings hatte sie eine neue Qualität erreicht. Der veränderte Aspekt in der Autonomiedebatte war, dass sie ab dem Jahr 2001 von dem radikalen Sektor der Eliten angetrieben wurde, deren Argumentation einen kulturellen Gegenstand fokussierte, nämlich die Unterscheidung zwischen *colla* und *camba*.

»Cambas und Collas sind kulturgeografische Bezeichnungen für Menschen, die aus dem Orient oder Okzident des Landes stammen. Der Orient entspricht dabei dem Tiefland im Osten des Landes, welcher zwei Drittel der Gesamtfläche ausmacht. Der Okzident umfasst die Bergmassive und Täler des Hochlandes (Altiplano) im Westen und Südwesten; dieser umfasst einen Drittel der nationalen Fläche. Zwar existiert innerhalb beider Gruppen eine große ethnische Diversität, doch dienen die Begriffe zur Bezeichnung von zwei kulturellen Identitäten.«<sup>61</sup>

Für den Politologen Kent Eaton ist es kein Zufall, dass die qualitativ neuen Autonomieforderungen in Santa Cruz mit dem steigenden Einfluss der indigenen Bevölkerung Boliviens zusammenfallen. Über viele Dekaden hatten die ökonomischen Eliten aus Santa Cruz keine tiefgreifenden Diskrepanzen mit den nationalen Institutionen, da sie durch diese begünstigt wurden. Allerdings kann man ab den 1990er Jahren ein gegensätzlich verlaufender Prozess feststellen. Die jüngsten Autonomieforderungen sind als eine Möglichkeit für den Erhalt ihrer privilegierten Position zu interpretieren. Diese hatte durch den Machtverlust im Ergebnis der Wahl von Evo Morales eine Schwächung erfahren. Im Autonomiediskurs der Elite von Santa Cruz wird ein Konflikt um Macht und Ressourcen (wie die Verteilung der Einnahmen aus der Erdgas- und Erdölgewinnung) gewissermaßen auf eine ethnische

59 Die Autonomieforderungen waren 2001 nicht neu. Schon um das Jahr 1874 wurden erste Forderungen des Departments Santa Cruz nach mehr Handlungsfreiheiten artikuliert. Vgl.: Martin David: Autonomie: Stein des Anstoßes. In: Bolivia. H. 153/2008. S. 19.

60 Die MNCL ist eine zivil-gesellschaftliche Organisation, die dem Comité Cívico Pro Santa Cruz nahe steht. Es ist das ideologische Instrument der *cambas*. Die Organisation nimmt bei der Artikulation der Autonomieforderungen unter der Bevölkerung eine bedeutende Rolle ein.

61 Freddy Gonzáles Flores / Alex Linares Cabrera: Comité Cívico pro Santa Cruz: Grupos de poder y liderazgo regional. La Paz 2003. Anmerkung 5.

Ebene projiziert.<sup>62</sup> Die Debatte verläuft dabei zwischen zwei politischen Projekten: Auf der einen Seite die Indigenen des Hochlands, die für eine plurinationale Verfassung kämpfen, und auf der anderen Seite die *cambas* im Department Santa Cruz, die für ihr Departement Autonomie vom Zentralstaat einfordern.

»Der eine versucht auf Grundlage der Mehrheit der indigenen Bevölkerung Boliviens über die Verfassung als einen plurinationalen Staat zu gründen; Und der andere, in dem die cruceñische Elite vertreten ist, der nach Autonomie des Departements strebt, versucht über die radikale Strömung der Bewegung die ethnische Neubestimmung der ›Nation Camba‹ zu verwirklichen.«<sup>63</sup>

Diese Konfrontation zeichnet sich nicht allein durch ihre geografischen oder politischen Aspekte aus. Die Frage nach der ethnischen Zugehörigkeit ist ausschlaggebend für die Trennung zwischen der *Nación aymara* und der *Nación cambia*.<sup>64</sup> So vertreten die Eliten aus Santa Cruz die Ansicht, dass der Orient für die *cruceños* (weiß-mestizisch) und der Okzident für die »*indios*« sei.<sup>65</sup> Für den *Cruceño*-Ideologen Sergio Antelo bedeutet dies die Wahrung der kulturellen Unterschiede basierend auf der Ethnizität.<sup>66</sup>

Das Konstrukt *camba* (beziehungsweise *cruceño*) erfüllt ebenfalls die Anforderungen einer ethnischen Gemeinschaft, wie sie in den (oben erwähnten) Ethnizitätskonzepten von den Instrumentalisten<sup>67</sup> vertreten werden. Die Gemeinschaft ist, im Sinne Abner Cohens, als der Zusammenschluss zu einer Interessengruppe zu bezeichnen. Die *cruceños* vereint der Kampf um Ressourcen und die Wahrung von Privilegien gegenüber der erstarkten indigenen Bewegung. In diesem Zusammenhang haben gerade die regionalen Eliten die Konsolidierung dieser ethnischen Gemeinschaften vorangetrieben. Das konstitutive Merkmal dieser ethnischen Gruppenkonstruktion besteht darin, dass es auf der regionalen Abgrenzung zum Hochland basiert. Diese Abgrenzung findet Ausdruck in einer geografischen, kulturellen und ideologischen Differenzierung vom Rest des Landes. Der Begriff beschreibt eine spezielle Gemeinschaft im politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Sinn. Die *Cruceños* gehen in ihrer Selbstzuschreibung von einer Ab-

62 Vgl.: Kent Eaton: Backlash in Bolivia. Regional Autonomy as a Reaction against Indigenous Mobilization. In: Politics & Society. Vol. 35 (2008) 1. S. 83f.

63 Wilfredo Plata / Ximena Soruco / Gustavo Medeiros (Hrsg.): Los barones del Oriente. El poder en Santa Cruz ayer y hoy. Santa Cruz 2008. S. 102.

64 Vgl.: Ebenda. S. 147.

65 Vgl.: Ebenda. S. 102.

66 Vgl.: Sergio Antelo: Los cruceños y su derecho de libre determinación. Santa Cruz 2003. S. 165. Zitiert nach Wilfredo Plata et al.: Los barones del Oriente. S. 143.

67 Siehe hierzu die Anmerkungen 11 und 12.

stammung vom Stadtgründer und Konquistadoren Nuflo de Chávez<sup>68</sup> aus und berufen sich damit auf eine spanische Herkunft in Abgrenzung zu den »Hochperuanern«.

Im folgenden Abschnitt werden die wesentlichen Aspekte angeführt, die für die Auseinandersetzung mit dem Phänomen Rassismus in Bolivien von Bedeutung sind.

### 3. Rassismus in Bolivien

Obwohl keinesfalls die Rede davon sein kann, dass in vorkolumbischen Gesellschaften wie den Inka alle Teile der Bevölkerung gleichgestellt waren, bekam mit der Ankunft der »weißen« Konquistadoren auf dem lateinamerikanischen Kontinent die Unterscheidung von Menschen hinsichtlich ihrer »Wertigkeit« (aufgrund ihrer Herkunft und ihrer phänotypischen Erscheinung) eine neue Qualität. Im Inkareich gab es zwar auch eine Unterteilung der Bevölkerung nach ihrem Stand (politische Herrscher, Adel, Priester und Krieger auf der einen, Arbeiter und Tributpflichtige auf der anderen Seite) sowie partiell nach ihrer Herkunft (je nach Gemeinschaft: Quechua, Aymara, Uru, Pukina). Diese Heterogenität kann sogar in gewisser Weise mit der Struktur der europäischen Gesellschaften verglichen werden.<sup>69</sup> Mit der Eroberung und Kolonisation des Kontinents ging nicht nur eine weitgehende Zerstörung der bestehenden Gesellschaftssysteme einher, sondern die spanische Kolonialmacht nahm auch eine neue Kategorisierung zwischen den Menschen vor, nämlich zwischen »Weißen« und »Indios«.

Ein elementares Merkmal dieser neuen Form der Ausgrenzung war, dass »das Menschsein an sich« in Frage gestellt wurde. Die Konquistadoren glaubten zunächst entscheiden zu müssen, ob es die »unzivilisierten Wilden« verdienen, als Menschen behandelt zu werden oder nicht.<sup>70</sup> Dies rechtfertigte auch ihre Unterdrückung und Ausbeutung, zunächst beim Edelmetallabbau in den Bergwerken, später durch das *Encomienda*-System.

68 *Nuflo de Chávez*, ein spanischer Konquistador, gründete die Stadt Santa Cruz de la Sierra am 26.02.1561. Chávez kämpfte für mehr Unabhängigkeit seiner Stadt vom Vizekönig in Lima. In der Region lebten zu dieser Zeit einige indigene Gemeinschaften, die sich erfolgreich gegen die Eroberung durch das Inka-Imperium zur Wehr gesetzt hatten. Der Gründungslegende zufolge verschmolzen im *camba* die Eigenschaften der rebellischen *indígenas* mit dem Gründergeist und dem Unabhängigkeitsstreben der Spanier. Vgl.: Simón Ramírez Voltaire: Kein Programm für Santa Cruz. Die Camba-Nation und Evo Morales. In: *Ila. H.* 315/2008. S. 22.

69 Vgl.: Rafael Loayza Bueno: Halajtayata. S. 9.

70 Vgl.: Ebenda. S. 10.

Mit der Etablierung der kolonialen Verwaltung bekam der Begriff »*indio*« den Stellenwert einer rechtlich-fiskalischen Kategorie. Die Indigenen waren der Krone gegenüber tributpflichtig, den sie in Form von Waren oder Geld ausgleichen mussten und hatten verschiedene Arbeitsdienste zu leisten. Der »*indio*« wurde praktisch zum Eigentum des Kolonialherrn. Dem *encomendero* wurden eine bestimmte Anzahl »Indianer« »anvertraut«, welche er »zivilisieren« und in der christlichen Kultur unterweisen sollte.<sup>71</sup> Die Unabhängigkeit von Spanien 1825 bedeutete für die indigene Bevölkerung im Grunde keine Verbesserung ihrer Situation.

Der Begriff »*indio*« beziehungsweise »*indígena*«<sup>72</sup> implizierte lange Zeit gesellschaftliche Ausgrenzung. Die Bezeichnung »Indianer« war das Produkt einer Fremdzuschreibung durch die Spanier und somit Ausdruck der kolonialen Situation, in der sich die Eroberer von den unterworfenen Völkern abgrenzten.<sup>73</sup> Dies manifestierte sich anhand rassistischer Praktiken gegenüber der »nicht-weißen« Bevölkerung.

Der Rassismus offenbarte sich auch nach der Unabhängigkeit 1825 in einem massiven gesellschaftlichen Ausschluss. Dieser fand Ausdruck in einer Vielzahl von Handlungen, die sowohl institutionell als auch alltäglich stattfanden und die indigene Bevölkerung auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens benachteiligte. So waren Analphabeten in zahlreichen Staaten Lateinamerikas bis weit in das 20. Jahrhundert vom Wahlrecht ausgeschlossen. Das bedeutete faktisch, dass sich in Peru noch 1979 nahezu die gesamte Aymara-, Quechua- und die amazonische Bevölkerung nicht politisch beteiligen durfte.<sup>74</sup>

Heute werden die Begriffe »*indio*« und »*indígena*« unterschiedlich und bisweilen nicht frei von rassistischen Zügen verwendet. Während sich »*indígena*« zu einem vergleichsweise neutralen Begriff gewandelt hat, gestaltet sich die Verwendung von »*indio*« noch immer höchst problematisch. Selbst innerhalb der indigenen Bevölkerung ist der Begriff umstritten. Während ihn die Einen als Kampfbegriff verstehen, lehnen ihn Andere, mit dem Hinweis auf seinen abwertenden Gehalt, strikt ab.<sup>75</sup> Insbesondere in den Diskursen

71 Vgl.: Ebenda. S. 11.

72 In den ersten Verfassungen, die nach der Unabhängigkeit entstanden, wurde der Begriff »*indio*« offiziell aufgehoben. Der Begriff *indígena* wurde von den neuen Administratoren jedoch bald darauf eingeführt. Vgl.: Juliane Ströbele-Gregor: Indigene Völker und Gesellschaft in Lateinamerika: S. 4.

73 Vgl.: Guillermo Bonfil Batalla: El concepto del indio en América: una categoría de la situación colonial. In: Anales de Antropología. H. IX/1972. S. 105ff. Zitiert nach Christian Büschges: Die Erfindung des Indianers. S. 84.

74 Vgl.: Juliane Ströbele-Gregor: Indigene Völker und Gesellschaft in Lateinamerika. S. 4.

75 Vgl.: Ebenda. S. 5f.

der nicht-indigenen Gesellschaftsgruppen steht der Begriff noch häufig im Zusammenhang einer rassistischen Rhetorik, die den »*indio*« bis heute als »unzivilisierten Wilden« abtut.<sup>76</sup>

Rassismus ist nach wie vor ein gesellschaftlich relevantes Thema in Bolivien. Dabei besteht eine gewisse Analogie zum kolonialen Rassismus. Auch nach dem »politischen Erdbeben« 2005 ist der Rassismus nicht automatisch aus der bolivianischen Gesellschaft verschwunden. Mag der institutionelle Rassismus auch nachgelassen haben, so besteht im Alltag weiterhin eine rassistische Diskriminierung fort, die in der gesellschaftlichen Ausgrenzung zum Ausdruck kommt. Dies kann man vor allem an der immer noch stark ausgeprägten ethnischen Dimension der Armut festmachen. »Nicht Klasse, sondern ›Rasse‹ ist das dominante Kriterium der gesellschaftlichen Spaltung.«<sup>77</sup>

Hinzu kommt eine deutliche regionale Einkommensverteilung. Im Hochland, wo die Mehrheit der indigenen Bevölkerung siedelt, ist die Armut gravierender als im Tiefland, wo die einkommensstärkeren, mehrheitlich nicht-indigenen Bolivianer leben.<sup>78</sup> Laut der Volkszählung 2001 des INE lebten 58,6 Prozent der Bevölkerung in Armut. Im Tieflanddepartment Santa Cruz lag die Quote mit 38 Prozent am niedrigsten, wohingegen sie im Hochlanddepartment Potosí mit 79,7 Prozent am höchsten war. In einigen ländlichen Gebieten des Hochlands betrug der Anteil der Armen sogar 90 Prozent.<sup>79</sup>

Die Armut kann als eine Folge des Kolonialismus gedeutet werden, ebenso wie die bis in die Gegenwart fortwährende Diskriminierung und Ausgrenzung. Morales ist 2005 auch an die Macht gekommen, weil er versprochen hatte, die Armut zu bekämpfen und eine Umverteilung von Ressourcen vorzunehmen (z. B. durch eine Landreform, die nicht genutztes Land zur Bewirtschaftung an kleine bäuerliche Gemeinschaften verteilt, oder durch die Finanzierung von Sozialprogrammen aus den Einnahmen des Erdgas- und Erdölsektors).<sup>80</sup>

Allerdings ist anzumerken, dass der Rassismus mit dem Wahlsieg von Evo Morales eine neue Qualität erreicht hat. Die politische Auseinandersetzung zwischen der Regierung Morales und den oppositionellen Kräften des Landes schlägt sich in einer extremen Polarisierung der Gesellschaft nieder,

76 Vgl.: Anke Maria Laufer: Rassismus, ethnische Stereotype und nationale Identität in Peru. Diss. 1998. Münster 2000, S. 305f.

77 Simón Ramírez Voltaire: Túpac statt Che. S. 36.

78 Vgl.: INE: Mapa de la Pobreza. Republica de Bolivia. URL: <http://www.udape.gov.bo/mapa-Pobreza2001/id3.htm> (Abruf 11.06.2009).

79 Vgl.: INE: Mapa de Pobreza 2001. S. 5. URL: [http://www.ine.gov.bo/PDF/PUBLICACIONES/Censo\\_2001/Pobreza/PBolivia.pdf](http://www.ine.gov.bo/PDF/PUBLICACIONES/Censo_2001/Pobreza/PBolivia.pdf) (Abruf 06.11.2009).

80 Vgl.: Juliane Ströbele-Gregor: Indianischer Sozialismus in Bolivien. In: *Le Monde Diplomatique*. Ausgabe 10/2007 (12.10.2007). S. 15.

die mittlerweile auch eine rassistische Dimension beinhaltet. Entsprechende Vorwürfe werden von beiden Seiten geäußert.

Die Vorstellung, man wolle sich nicht von einem »*indio*« regieren lassen, ist in Teilen der bolivianischen Gesellschaft nach wie vor verbreitet. Besonders die weiße Mittel- und Oberschicht, die durch den »politischen Erdbeben« an Einfluss verloren hat, scheint den »*indio* an der Macht« nicht akzeptieren zu wollen. Anzeichen dafür lassen sich an verschiedenen Ereignissen ausmachen, bei denen es zu rassistisch motivierten Übergriffen auf Indigene in Bolivien kam.<sup>81</sup>

Der Konflikt hat längst auch eine ideologische Ebene erreicht. Hierfür sei auf die bereits thematisierte soziale Konstruktion des Gegensatzpaares *cambas* und *collas* verwiesen. Die *cambas* versuchen sich bewusst von der indigenen Bevölkerung (*collas*) des Hochlands abzugrenzen. Die Konstruktion dieser Divergenz hat m.E. einen rassistischen Hintergrund, da den *collas* innerhalb dieses Gegensatzpaares durchaus negative Attribute zugeschrieben werden.

»Mit dem ersten Begriff [*colla* – S.M.] wurden die Immigranten aus dem Hochland benannt – oft erweitert um den Ausdruck »*collas de mierda*« (Scheiß*collas*). Der zweite Begriff [*camba* – S.M.] wurde früher als Synonym für »Indianerbrut« und als Bezeichnung indigener Bauern aus dem Oriente verwendet, aber in diesem neuen Kontext ist der Begriff zu einem stolzen Titel geworden, mit dem sich die lokale Bevölkerung aller sozialen Niveaus identifiziert.«<sup>82</sup>

In der Selbstwahrnehmung erfüllt das Konstrukt *camba* verschiedene Charakteristika. Es stärkt die Homogenität zwischen den Gruppenmitgliedern insofern, als dass die Unterschiede in ihrem sozialen Status oder der

81 So gab es beispielsweise im Dezember 2006 einen gewaltsamen Überfall auf das Büro der Organisation *Central Indígena Paikoneka de San Javier*, an dem über 100 Personen, darunter mehrere Anhänger des Bürgerkomitees *Pro Santa Cruz*, beteiligt waren. In einem anderen Fall wurden Mitglieder der *Asamblea Permanente por los Derechos Humanos* in den Medien und von den Vertretern der Provinz öffentlich als Gegner des Bürgerkomitees diffamiert. Daraufhin misshandelten und bedrohten sieben Mitglieder der *Unión Juvenil Cruceñista*, eine dem Bürgerkomitee *Pro Santa Cruz* nahestehende paramilitärische Gruppe, verschiedene Anhänger der Organisation. Die Menschenrechtsorganisation *Federación Internacional de los Derechos Humanos* (FIDH) verurteilte die Taten in einem offenen Brief an den Vorsitzenden des CPSC, Branko Marinkovic. Darüber hinaus beschuldigten sie die Organisation, an verschiedenen rassistischen Attacken, die sich speziell gegen Indigene oder Regierungsanhänger richteten, beteiligt gewesen zu sein. Vgl.: FIDH: El Comité Cívico pro Santa Cruz, actor y promotor de la violencia y del racismo en Bolivia. 2008. URL: <http://www.fidh.org/El-Comite-Civico-pro-Santa-Cruz> (Abruf 11.06.2009).

82 Xavier Albó: *Facetas cambiantes del racismo en Bolivia y los Andes*. Unveröffentlichtes Manuskript. San Diego (Cal.) 05 / 2008. S. 4. Übersetzung durch Sebastian Matthes.

Klassezugehörigkeit vermindert werden. Die Mentalität, mit der sich die *campas* identifizieren, wird als konträr zur vermeintlichen Geisteshaltung der *collas* dargestellt. Nach ihrer Selbstwahrnehmung zeichnen sich die *campas* durch solche Eigenschaften wie Loyalität, Traditionsbewusstsein, Stolz auf ihre Wurzeln, Fortschrittlichkeit und Friedfertigkeit aus.<sup>83</sup> Den *collas* werden diese Merkmale abgesprochen. Meiner Ansicht nach stellt dies einen klaren Hinweis auf bestehende kulturrassistische Positionen dar.

An dieser Stelle sei ein kurzer Einschub aus der wissenschaftlichen Rassismusdebatte erlaubt. Wie bei Ethnizität, Klasse oder Nation handelt es sich auch bei der Kategorie Rasse um eine soziale Konstruktion. Das Rassismuskonzept von Robert Miles<sup>84</sup> geht davon aus, dass Rassen auf der Grundlage von kulturellen und/oder phänotypischen Merkmalen kreiert werden. Die gewählten Merkmale dienen der Differenzierung von Kollektivgruppen, wobei beim Rassismus die Merkmale mindestens einer Gruppe als negativ konnotiert empfunden werden.<sup>85</sup> Gemeinsamkeiten zwischen Kategorien wie Rasse und Ethnizität bestehen zudem darin, dass derartigen Gruppenkonstruktionen eine bestimmte Motivation zugrunde liegt. Wenn ein ethnisches oder rassistisches Kollektiv konstruiert wird, hat dies immer eine doppelte Funktion, indem dadurch eine Gegengruppe automatisch (mit)entsteht. Rassismus liegt vor allem dann vor, wenn die Existenz einer sozial konstruierten Gruppe als problematisch dargestellt und die Gruppe dadurch ausgeschlossen wird.<sup>86</sup>

Ein weiteres viel diskutiertes Rassismuskonzept stammt von Etienne Balibar.<sup>87</sup> Dieser konstatiert, dass der Rassismus in gewisser Weise eine Transformation hin zu einem »Neorassismus« durchlebt hat. Dabei hebt Balibar in seinem Ansatz besonders den kulturalistischen Aspekt hervor. Im Vordergrund steht nicht die phänotypische Differenz, sondern die Unaufhebbarkeit kultureller Unterschiede. Der neue Rassismus sei ein Rassismus ohne Rassen, in dem die Kultur als »neue Natur« fungiert. Die soziale Ausschließung als solche wird nicht verändert, sondern die Konstruktion ihrer Begründung.<sup>88</sup> Wie man später noch sehen kann, dominiert eben dieser kulturelle Rassismus auch gegenwärtig in Bolivien.

Die *campas* verweisen in diesem Kontext auf ihre unterschiedliche Kultur. Dabei stellen sie das Hochland als rückständig und altmodisch dar, das

83 Vgl.: Claudia Peña Claros: Being cruceño in october 2003. S. 84.

84 Vgl.: Robert Miles: Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs. Hamburg 1991.

85 Vgl.: Ebenda. S. 93ff.

86 Vgl.: Ebenda. S. 105f.

87 Vgl.: Etienne Balibar / Immanuel Wallerstein / Michael Haupt / Ilse Utz: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg 1990.

88 Vgl.: Ebenda. S. 24ff.

Tiefeland hingegen als modern und fortschrittlich.<sup>89</sup> Einen ersten anschaulichen Beleg bietet der folgende Textauszug, der auf der Homepage der MNCL nachzulesen ist:

»Im Allgemeinen kennt man Bolivien als ein ausschließlich andines Land, eingeschlossen zwischen seinen Bergen, eine Art Tibet Südamerikas, das sich hauptsächlich aus den ethnischen Gruppen der Aymara und Quechua zusammensetzt, rückständig und miserabel, wo die vorrepublikanische, unfreie, gewerkschaftliche und konservative Kultur des Konflikts innerhalb der Gemeinden vorherrscht und dessen verwaltungspolitisches Zentrum (La Paz) einen verdammenswerten kolonialen Staatszentrismus betreibt, der seine ›internen Kolonien‹ ausbeutet, der sich unseren ökonomischen Überschuss einverleibt und uns die Kultur der Unterentwicklung aufzwingt, seine Kultur. Aber es existiert auch eine andere ›Nation‹, nicht offiziell, die mehr als 30 Prozent der Bevölkerung repräsentiert und ein Territorium besiedelt, das überwiegend aus Wäldern und Flachland besteht, das sich im Herzen Südamerikas befindet und das mehr als 70 Prozent der nationalen Fläche ausmacht – 700.000 Quadratkilometer. Ein Gebiet, in dem die mestizische Kultur, eine Kreuzung aus Spaniern und Guaraní, vorherrscht. Sein IDH ist der höchste Boliviens und liegt oberhalb des lateinamerikanischen Durchschnitts. Seine Analphabetismusrate liegt unter 7 Prozent und im Bezug auf seine Produktivität ist es der fünftgrößte Sojaproduzent weltweit. In der Stadt Santa Cruz (1,2 Millionen Einwohner) finden im Jahr mehr als 600 internationale Events statt, welche ihre Integration in die globalisierte Welt veranschaulichen. Dies ist das andere Bolivien, dessen Bewegung nach einer radikalen Autonomie dieser unterdrückten Nation strebt.«<sup>90</sup>

Auch wenn sich in der Vergangenheit der Rassismus in Bolivien primär gegen die indigene Bevölkerung gerichtet hat, darf dennoch nicht übersehen werden, dass ebenfalls ein Rassismus von indigenen Akteuren gegenüber »Weißen« zu beobachten ist. Eine dieser rassistischen Positionen beinhaltet das von verschiedenen radikal-»indianistischen« Akteuren proklamierte Konzept von den »zwei Bolivien« – die kulturelle Differenzierung des Landes in einen »indigenen« und einen »weißen« Staat.<sup>91</sup> Die Forderung nach einer »indigenen Nation«, orientiert am vorkolumbischen Gesellschaftssystem, ist u.a. von dem Vorsitzenden der Indígena-Bewegung Pachakuti (*Movimiento Indígena Pachakuti* - MIP), Felipe Quispe, zu vernehmen.<sup>92</sup> Nach

89 Vgl.: Xavier Albó: *Facetas cambiantes del racismo en Bolivia y los Andes*. S.12.

90 *Nación Camba: Quienes somos*.

91 Vgl.: Juliane Ströbele-Gregor: *Kanon mit Gegenstimme*. S. 133.

92 Die Bewegung gründete sich im Jahr 2000 und versteht sich als politischer Arm des indigenen Bauernverbandes CSUTCB. Hauptakteur ist der Gründer und (ideologische) Anführer

Quispes Vorstellungen beinhaltet dieses Konzept die Konstruktion von zwei unterschiedlichen Gruppen, wobei die Existenz der einen, nämlich der »Weißen«, als negativ dargestellt wird. Der ideologische Kernpunkt hierbei ist die Wahrnehmung der Unterdrückung des »Indios« durch den »Weißen«. Diese gilt es dadurch zu überwinden, dass Autonomien innerhalb des bolivianischen Staates geschaffen werden, in denen sich eine originäre Nation nach ihren eigenen Regeln organisiert. Die Kooperation mit den »Weißen« wird konsequent abgelehnt. »Weiße« haben in dem angestrebten Gesellschaftsmodell keinen Platz.<sup>93</sup>

Der Diskurs der MIP wird von verschiedenen Seiten als rassistisch und demokratiefeindlich kritisiert.<sup>94</sup> Die Bewegung verfügt über ein relativ hohes Mobilisierungspotential<sup>95</sup>, das nicht nur auf sachlich begründeten Widerstand gegen eine bestimmte Politik, sondern ganz wesentlich auf Hass gegründet ist. Bei den Wahlen 2002 fand die MIP gerade unter jungen Leuten in den Städten El Alto und La Paz viele Anhänger und konnte beachtliche 6,09% erzielen.<sup>96</sup> Diese Ideologie hat auch in der »indianistischen« Strömung der MAS an Einfluss gewonnen. Durch das Auftreten der MAS wurde die MIP entscheidend geschwächt. Bei den Parlamentswahlen 2005 verlor die Partei von Felipe Quispe viele Wähler und erreichte nur noch 2,2%. Indem die MAS selbst begann »ethnische Forderungen« zu stellen und in ihren Diskurs aufzunehmen, nahm sie der MIP das Monopol auf die ethnische Repräsentation.<sup>97</sup> Viele Wähler entschieden sich für die »gemäßigte Linie« von Evo Morales. Wohl auch, weil die historische Chance bestand, gemeinsam einen Präsidenten mit indigenen Wurzeln ins Amt zu wählen. Bei der Un-

---

Felipe Quispe, ein Aymara, der wegen der Mitgliedschaft im *Ejército Guerrillero Túpac Katari* (EGTK) in den 1990er Jahren mehrere Jahre im Gefängnis verbrachte. Quispe versteht sich als »Rassenrebell« und stellt sich selbst als eine Art »Reinkarnation« von Túpac Katari (dem Helden des indigenen Aufstandes von 1781) dar. Politisch nimmt der MIP eine radikale bis rassistische Position ein. Auf der Agenda stehen neben der Reformierung der Agrargesetzgebung vor allem die Forderung nach einer grundlegenden Umstrukturierung des Staates, dessen Verfassung den indigenen Bauern die Herrschaft über das Land überträgt und dessen Rechtsordnung sich am überlieferten autochthonen Recht orientiert. Vgl.: Stefan Jost: Indigener Protest in Bolivien. Konrad Adenauer Stiftung. 2005. S. 71f. URL: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_6082-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_6082-544-1-30.pdf).

93 Vgl.: Ebenda.

94 Vgl.: Ebenda. S. 72f.

95 Die Stärke und Präsenz der Partei kamen besonders während der Protestaktionen im Oktober 2003 zum Vorschein. Bei dem Oktoberaufstand waren die Gefolgsleute auf dem Land und in der Stadt El Alto maßgeblich an der Organisation und Durchführung von Blockaden und gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Streitkräften beteiligt.

96 Vgl.: Juliane Ströbele-Gregor: Für ein anderes Bolivien – aber für welches? S. 297.

97 Vgl.: Ulrich Goedeking / Moira Zuazo: Konfliktszenarien und soziopolitische Akteure in Bolivien. S. 16, 22.

tersuchung der Regierungsansprachen ist von Interesse, inwiefern derartige rassistische Positionen im Diskurs der Regierungsvertreter vorkommen.

#### 4. Schlussbetrachtung

Die Untersuchung der Diskurse im Rahmen des Konflikts zwischen der Regierung Morales und der Autonomiebewegung aus Santa Cruz hat ergeben, dass hierbei Ethnizität einen erheblichen Stellenwert besitzt. Die ethnische Zugehörigkeit der Bevölkerung ist in den Fokus des Konflikts gerückt, und es wurden soziale und ökonomische Themen mit Ethnizität in Bezug gesetzt. Allerdings gibt es qualitative Unterschiede in der Weise, wie die Gruppen Ethnizität instrumentalisiert haben. Bei der MAS liegt der Schwerpunkt explizit auf einem Ethnizitätsdiskurs, der auf die ethnische Zugehörigkeit der indigenen Bevölkerung (und hier primär *Aymara* und *Quechua*) Bezug nimmt. Morales versteht sich als Stimme der unterdrückten Völker, die um mehr gesellschaftliche und politische Teilhabe im Land kämpfen. Über den Ethnizitätsdiskurs artikuliert der Präsident die Forderungen der indigenen Bevölkerung, wie z. B. die Notwendigkeit einer Landreform. Dabei betont Morales seine eigene Selbstzuschreibung als *Aymara*.<sup>98</sup> Hingegen beziehen sich die Sprecher der Autonomiebewegung auf das ethnisch-regionale Konstrukt *cruceño*. Über ihren Ethnizitätsdiskurs betreibt diese Bewegung eine Art alternativen Nationalismus. Während Morales zumindest vorgibt, eine Politik für alle Bolivianer zu betreiben, sprechen die *cambas* in ihren Diskursen offen von einem eigenen nationalstaatlichen Projekt.<sup>99</sup> In seiner radikalsten Form drohen sie mit der Abspaltung von Bolivien.

98 Ein besonders anschauliches Beispiel für die Instrumentalisierung von Ethnizität stellt die inoffizielle Amtseinführung von Evo Morales am 21. Januar 2006 bei den Ruinen von Tiawanacu dar. Bei der ehemaligen Tempelstätte der *Aymara* lies sich Morales von der indigenen Bevölkerung als ersten Präsidenten mit indigenen Wurzeln feiern. Zu diesem Anlass erklärte er die fünf-hundertjährige Unterdrückung der »*indios*« für beendet. Dieses (auch medial) initiierte Ereignis war ein Akt mit hoher symbolischer Bedeutung. Die Verwendung von indigenen Symbolen (wie die Kleidung – Morales war mit einem traditionellen Gewand bekleidet – oder die Tempelruinen) hatte einen starken identifizierenden und identitätsstiftenden Charakter. Damit unterstrich Morales geradezu den ethnizitätsbezogenen Charakter seiner Politik. Vgl.: Neue Zürcher Zeitung (NZZ Online): Huldvoller Amtsantritt von Evo Morales in Bolivien. Anklänge an ein altes und mächtiges Vor-Inka-Reich in den Anden. URL: <http://www.nzz.ch/2006/01/23/al/articleDIGVC.html> Zuletzt aktualisiert am 23.01.2006 (Abruf 06.11.2009). Vgl. auch: La Razón vom 22.01.2006: El Presidente da inicio a la era indígena.

99 Die Vorstellungen der *cambas* reichen bis zur Durchsetzung eines eigenen nationalen Projekts mit umfassenden Kompetenzen. So lässt das aus dem Department Santa Cruz vorge-

Diese »Ethnisierung des Politischen« hat stattgefunden, weil sie zweckmäßig ist. Ethnizität stellt in Bolivien eine mächtige Ressource dar, die enormes politisches Potential besitzt und mit der die Bevölkerung mobilisiert werden kann. Die ethnischen Kategorien sind soziale Konstrukte, die in gewisser Weise auf vorhandene Selbstbilder und Realitäten treffen. So scheint sich ein erheblicher Teil der Bevölkerung von dem *camba-* bzw. *cruceño*-Konstrukt angesprochen zu fühlen. Das Selbstbild vom »modernen Unternehmer mit europäischer Abstammung« findet Anklang bei Teilen der Mittel- und Oberschicht, die sich gerne von den überwiegend »bäuerlich-indigenen« Hochlandbewohnern abgrenzen wollen. Es sind eben jene Bevölkerungsschichten, die Morales als eine reelle Bedrohung betrachten und die durch seine Politik insbesondere ökonomische und politische Nachteile für sich befürchten.

Im Gegenzug erzeugt das Konstrukt der »Indigenen« (so heterogen die indigenen Gemeinschaften auch sein mögen) ein Gemeinschaftsgefühl bei jenen Bevölkerungsteilen, die sich gesellschaftlich ausgeschlossen fühlen. In Bolivien deckt sich die Klassenzugehörigkeit stark mit der ethnischen Selbstzuschreibung der indigenen Bevölkerung. Wer in Bolivien zu den Armen gehört, ist meist auch indigen. Das Feindbild von der »weißen« Oberschicht, welche die »Indios« unterdrückt und von der gesellschaftlichen Teilhabe ausschließt, findet daher breite Akzeptanz.

Die Eliten beider Konfliktparteien bedienen sich dieser Vorstellungen und legen die »Wirklichkeit« in ihren Ansprachen so aus, dass sie den beschriebenen Selbst- und Fremdbildern entspricht. Insgesamt ist in den Diskursen eine extreme Polarisierung zu erkennen. Die Handlungen können sich innerhalb dieser starken gesellschaftlichen Polarisierung bis zum Rassismus steigern. Das Handeln der Eliten bestimmt in erheblichem Maße das Verhalten der Bevölkerung. Der Diskurs spielt dabei eine wichtige Rolle. Er ist ein Instrument, mit dem die Politik Einfluss auf das Denken und Handeln der Bevölkerung zunehmen versucht. Daher kann festgehalten werden, dass die Eliten beider Konfliktparteien wesentlich zur Verschärfung der Auseinandersetzung beigetragen haben. Sie sind damit maßgeblich für den Konfliktverlauf und seine wiederholte Eskalation verantwortlich.

Diese »Ethnisierung des Politischen« ist keineswegs unproblematisch. In einem ethnisch aufgeladenen Konflikt, wie er derzeit in Bolivien abläuft und

---

legte Statut mit der Verfassung eines unabhängigen Staates vergleichen. Dies wird auch in der Qualität des Autonomiestatuts ersichtlich, welches dem Department umfangreiche Kompetenzen sichern und den Zentralstaat weitgehend aus der politischen Einflussnahme ausklammern würde. Vgl.: Juliane Ströbele-Gregor: Kampf um Land. In: Tanja Ernst / Stefan Schmalz (Hrsg.): Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales. Baden-Baden 2009. S.149-151.

in dem es verstärkt zu Gruppenbildungen kommt, besteht die Gefahr, dass die Ethnisierung in einen massiven Rassismus umschlägt. Für Bolivien hat in diesem Zusammenhang die koloniale Vergangenheit eine eklatante Bedeutung. Die bis heute bestehenden Diffamierungen und Ausgrenzungen sind auch ein Erbe des Kolonialismus. Die Auseinandersetzung zwischen »Weißen« und »*indios*« ist daher nicht wertfrei zu betrachten, sondern steht in einem besonderen Kontext. Es herrschen Vorurteile gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen, die auch in den Diskursen bedient wurden. Das Bild vom »weißen« Latifundisten und Sklavenhalter gehört ebenso dazu wie jenes vom unzivilisierten »*indio*«.

In der Analyse wurde nachgewiesen, dass sich Anzeichen für rassistische Positionen in den Aussagen der Konfliktparteien finden lassen. Sowohl die Regierungsakteure als auch die Akteure der Autonomiebewegung haben eine Exklusion der gegnerischen Gruppe betrieben. Beide Parteien stellen die Existenz der Gegengruppe als eine Bedrohung für das Bestehen der eigenen Gruppe dar. Allerdings verlaufen die Argumentationen subtiler und weniger direkt als es die im Vorfeld der Untersuchung gewonnenen Eindrücke erwarten ließen. Weder die Akteure der MAS noch die der Autonomiebewegung argumentierten dabei mit der phänotypischen Verschiedenheit der Gruppen. Die Akteure artikulierten ihre Haltungen auf indirekte Weise. Dies ist vermutlich auf den offiziellen oder halboffiziellen Charakter der Quellen zurückzuführen. Bei den untersuchten Diskursen handelt es sich um öffentliche Ansprachen, bei denen auch mediale Präsenz herrschte (z. B. die Antrittrede von Morales oder die Rede von Branko Marinkovic zum Autonomiereferendum). Die Diskurse zeichneten sich eher durch die Heraushebung positiver Attribute der Eigengruppe als durch eine explizite Herabsetzung der Fremdgruppe aus. Die Vertreter der MAS äußerten sich in ihren Ansprachen nicht direkt gegen die »Weißen«, sondern betrieben einen Ausschluss dadurch, dass sie die Indigenen zu den absoluten Eigentümern des Landes erklärten.

Bei den Verantwortlichen aus Santa Cruz steht die Betonung der kulturellen Unterschiede im Vordergrund ihrer Argumentationen. Dabei spricht man der eigenen Kultur positive Eigenschaften zu, die im Gegenzug bei der Beschreibung der Gegengruppe weggelassen werden. Dies weist auf eine Einstellung hin, wonach die Sprecher der Tiefland-Opposition die andinen Hochlandkulturen negativ bewerten. Meiner Ansicht nach steckt dahinter eine rassistische Abgrenzung von den ethnischen Gruppen des *Altiplano*. Die MAS betreibt zwar ebenfalls eine Exklusion der Gegengruppe, argumentiert dabei aber nicht explizit mit der kulturellen Andersartigkeit der Gemeinschaften. Hierin sehe ich einen qualitativen Unterschied in der Einstellung der Diskursanten und einen Hinweis, dass von Seiten der Elite von

Santa Cruz das betrieben wird, was Balibar als Neorassismus bezeichnet: die »Kultur« fungiert als »neue Natur«.

Während meiner Recherche bin ich jedoch auch auf verschiedene Hinweise gestoßen, die auf einen Rassismus innerhalb der bolivianischen Gesellschaft verweisen, der durch entsprechend direkte Äußerungen artikuliert wird. Bei der Durchsicht verschiedener Internetforen bin ich auf zum Teil extrem rassistische Aussagen gestoßen, die auf radikale Positionen und Denkweisen hindeuteten und die in dem untersuchten Material allein so nicht zu finden waren.<sup>100</sup> Die Ergebnisse haben mich insofern verwundert, als dass ich in den Diskursen der Eliten einen extremeren und radikaleren Verlauf erwartet hätte.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass in den letzten Jahren wesentliche Fortschritte und Errungenschaften bei der Beseitigung der gesellschaftlichen Ausgrenzung konstatiert werden können. Die zunehmende politische und gesellschaftliche Partizipation von bisher marginalisierten Gruppen stellt ein Indiz hierfür dar. Allerdings sind alte Verhaltensweisen nicht einfach zu beseitigen. Anhand der gegenwärtigen Polarisierung der Gesellschaft ist in diesem Bereich auch eine deutliche negative Tendenz auszumachen, insbesondere wenn sich soziale Aspekte mit jenen der ethnischen Diskriminierung verbinden. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Land gegenwärtig einen tendenziell zunehmenden Rassismus erlebt, der durch die multiplen Polarisierungen geografischer, politischer, sozioökonomischer und ethnischer Art verstärkt wird.

### Literatur

Aders, Thomas: Endkampf um die Macht. Der Aufstand gegen die Indios (Weltspiegel). Ausgestrahlt am 21.08.2008. ARD. URL: [http://www.daserste.de/weltspiegel/beitrag\\_dyn~uid,onjz1ltw6oftg2t6~cm.asp](http://www.daserste.de/weltspiegel/beitrag_dyn~uid,onjz1ltw6oftg2t6~cm.asp) (Abruf 19.11.2008).

Albó, Xavier: Facetas cambiantes del racismo en Bolivia y los Andes. Unveröffentlichtes Manuskript. San Diego (Cal.). 05/2008.

100 Hier ist das Forum der Nación Camba zu nennen (»*Foro del movimiento nacion cambia, patria cambia o muerte!*«). Diese Plattform war ab Juni 2009 nicht mehr aufrufbar. Damals hatte die Plattform über 3.000 registrierte Nutzer. Hier konnte ich eine Vielzahl von extrem rassistischen Äußerungen finden. Gewaltandrohungen gegen Indigene und MAS-Anhänger waren extrem häufig zu lesen. Die Indigenen wurden u.a. als »*collas de mierda*« bzw. »*indios de mierda*« beschimpft. Da das Forum unerwartet vom Netz genommen wurde, konnte ich nur einige Auszüge retten. Das Forum war abrufbar unter <http://www.patriacamba.com/> (letzter Abruf 07.05.2009).

- Antelo, Sergio: Los cruceños y su derecho de libre determinación. Santa Cruz 2003.
- Asamblea Constituyente de Bolivia: Nueva Constitución Política del Estado. 2008. URL: <http://www.presidencia.gob.bo/download/constitucion.pdf> (Abruf 25.05.2010).
- Balibar, Etienne / Wallerstein, Immanuel / Haupt, Michael / Utz, Ilse: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg 1990.
- Barre, Marie-Chantal: Ideologías indigenistas y movimientos indios. México 1988 (3. Auflage).
- Bonfil Batalla, Guillermo: El concepto del indio en América: una categoría de la situación colonial. In: *Anales de Antropología*. Heft IX/1972. S. 105-124.
- Brass, Paul R.: *Ethnicity and nationalism. Theory and comparison*. New Delhi 1991.
- Büschges, Christian: Die Erfindung des Indianers. Kolonialherrschaft und ethnische Identität im spanischen Amerika. In: Beck, Thomas / Schmitt, Eberhard (Hrsg.): *Barrieren und Zugänge. Die Geschichte der europäischen Expansion*. Festschrift für Eberhard Schmitt zum 65. Geburtstag. Wiesbaden 2004). S. 82-97.
- Büschges, Christian / Pfaff-Czarnecka, Joanna (Hrsg.): *Die Ethnisierung des Politischen. Identitätspolitik in Lateinamerika, Asien und den USA*. Frankfurt a. M. 2007.
- Caldas Meyer, Michelle: Costas Aguilera, Rubén Armando. *Quetzal - Leipziger Lateinamerika Verein* 2008. URL: <http://www.quetzal-leipzig.de/lexikon-lateinamerika/ruben-armando-costas-aguilera-19093.html> (Abruf 06.11.2009).
- Cohen, Abner: The Lesson of Ethnicity. In: Sollors, Werner (Hrsg.): *Theories of Ethnicity. A Classical Reader*. Basingstoke 1996. S. 370-384.
- David, Martin: Autonomie: Stein des Anstoßes. In: *Bolivia*. Heft 153/2008. S. 19-23.
- Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH (Hrsg.): *Indigene Völker in Lateinamerika und Entwicklungszusammenarbeit*. Eschborn 2004.
- Eaton, Kent: Backlash in Bolivia. Regional Autonomy as a Reaction against Indigenous Mobilization. In: *Politics & Society*. Vol. 35 (2008) 1. S. 71-102.

- Flores, Freddy Gonzáles / Cabrera, Alex Linares: Comité Cívico pro Santa Cruz: Grupos de poder y liderazgo regional. La Paz 2003.
- FIDH (2008): El Comité Cívico pro Santa Cruz, actor y promotor de la violencia y del racismo en Bolivia. URL: <http://www.fidh.org/El-Comite-Civico-pro-Santa-Cruz> (Abruf 11.06.2009).
- Gabbert, Wolfgang: Creoles - Afroamerikaner im karibischen Tiefland von Nicaragua. Münster / Hamburg 1992.
- Goedeking, Ulrich / Zuazo, Moira: Konfliktszenarien und soziopolitische Akteure in Bolivien. Friedrich-Ebert-Stiftung. 2006. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/04120.pdf> (Abruf 29.04.2009).
- INE: Censo 2001. URL: <http://www.ine.gov.bo/cgi-bin/Redatam/RG4WebEngine.exe/PortalAction?&MODE=MAIN&BASE=TallCreac&MAIN=WebServerMain.inl> (Abruf 13.10.2009).
- INE: Mapa de la Pobreza. Republica de Bolivia. URL: <http://www.udape.gov.bo/mapaPobreza2001/id3.htm> (Abruf 11.06.09).
- INE: Mapa de Pobreza 2001. URL: [http://www.ine.gov.bo/PDF/PUBLICACIONES/Censo\\_2001/Pobreza/PBolivia.pdf](http://www.ine.gov.bo/PDF/PUBLICACIONES/Censo_2001/Pobreza/PBolivia.pdf) (Abruf 06.11.2009).
- INE (2007): Anuario Estadístico 2007. URL: <http://www.ine.gov.bo/> (Abruf 26.06.2009).
- Jost, Stefan: Indigener Protest in Bolivien. Konrad Adenauer Stiftung. 2005. URL: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_6082-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_6082-544-1-30.pdf).
- La Razón (2006): El Presidente da inicio a la era indígena. In: La Razón, 22.01.2006. URL: [http://www.la-razon.com/versiones/20060122\\_005429/nota\\_244\\_240543.htm](http://www.la-razon.com/versiones/20060122_005429/nota_244_240543.htm) (Abruf 17.05.2009).
- Lauffer, Anke Maria: Rassismus, ethnische Stereotype und nationale Identität in Peru. Diss. Freiburg (Breisgau) 1998. Münster 2000.
- Loayza Bueno, Rafael: Halajtayata : etnicidad y racismo en Bolivia. La Paz 2004.
- Mercado Lazarte, Johnny Adhemar: Awkigemeinschaft oder Paradigmen des „Wohl-Lebens“ (allin kawsay). Diss. Regensburg 2004.
- Miles, Robert: Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs. Hamburg 1991.
- Montaño, Hernán Ávila: Bolivia. In: International Work Group for Indigenous Affairs (IWGIA) (Hrsg.): The Indigenous World 2008. Kopenhagen 2008. S. 170-183.

- Morales Ayma, Evo: Discurso textual del presidente Evo Morales en el Congreso. 22.01.2006. Visiones Alternativas. URL: [http://www.visionesalternativas.com/index.php?option=com\\_deepockets&task=contShow&id=54906&Itemid](http://www.visionesalternativas.com/index.php?option=com_deepockets&task=contShow&id=54906&Itemid) (Abruf 24.11.2009).
- Münzel, Mark: Der vorläufige Sieg des indianischen Funktionärs über den indianischen Mediziner in Lateinamerika. Anmerkungen zum europäischen Diskurs über ethnische Minderheiten in der Dritten Welt. In: *Peripherie*. Heft 20 / 1985. S. 5-17.
- Nación Camba (2001): *Quienes somos*. URL: [www.nacioncamba.net/quienesomos.htm](http://www.nacioncamba.net/quienesomos.htm) (Abruf 14.06.2009).
- NZZ Online: Huldvoller Amtsantritt von Evo Morales in Bolivien. Anklänge an ein altes und mächtiges Vor-Inka-Reich in den Anden. URL: <http://www.nzz.ch/2006/01/23/al/articleDIGVC.html>. Zuletzt aktualisiert am 23.01.2006 (Abruf 06.11.2009).
- Pampuch, Thomas; Echalar, Agustín: *Bolivien*. München 2009 (4. Auflage).
- Peña Claros, Claudia: Being cruceño in october 2003: the challenges to identity. In: *T'inkazos*. Heft 20/2006. S. 78–92. Zuerst veröffentlicht: [http://socialsciences.scielo.org/pdf/s\\_tinkazos/v2nse/scs\\_a02.pdf](http://socialsciences.scielo.org/pdf/s_tinkazos/v2nse/scs_a02.pdf) (Abruf 06.11.2009).
- Plata, Wilfredo / Soruco, Ximena / Medeiros, Gustavo (Hrsg.): *Los barones del Oriente. El poder en Santa Cruz ayer y hoy*. Santa Cruz 2008.
- Quetzal Online Magazin: Túpac Amaru. Quetzal - Leipziger Lateinamerika Verein 1994. URL: <http://www.quetzal-leipzig.de/lexikon-lateinamerika/tupac-amaru.html> (Abruf 27.06.2009).
- Quitisch, Florian (2009): Die »Elite« von Santa Cruz. Ökonomische Basis und politischer Anspruch. Quetzal - Leipziger Lateinamerika Verein. URL: <http://www.quetzal-leipzig.de/lateinamerika/bolivien/die-elite-von-santa-cruz-okonomische-basis-und-politischer-anspruch-19093.html> (Abruf 07.11.2009).
- Ramírez Voltaire, Simón: Túpac statt Che. Die sozialen Bewegungen Boliviens emanzipieren sich vom Klassenkampf. In: *iz3w*. Heft 282/2005. S. 36-37.
- Ramírez Voltaire, Simón: Kein Programm für Santa Cruz. Die Camba-Nation und Evo Morales. In: *Ila*. Heft 315/2008.
- Ströbele-Gregor, Juliane: Indigene Völker und Gesellschaft in Lateinamerika: Herausforderungen an die Demokratie. In: *Deutsche Gesellschaft für*

- Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH (Hrsg.): Indigene Völker in Lateinamerika und Entwicklungszusammenarbeit. Eschborn 2004. S. 1-28.
- Ströbele-Gregor, Juliane: Für ein anderes Bolivien - aber für welches? Indigene Völker und Staat in Bolivien. In: Bopp, Franziska (Hrsg.): Bolivien. Neue Wege und alte Gegensätze. Berlin 2006. S. 279-326.
- Ströbele-Gregor, Juliane: Indigene Emanzipationsbewegungen in Lateinamerika. In: APuZ. Heft 51-52 / 2006. S. 5-11. URL: <http://www1.bpb.de/files/FC6NSK.pdf> (Abruf 25.11.2009).
- Ströbele-Gregor, Juliane: Indianischer Sozialismus in Bolivien. In: Le Monde Diplomatique. Ausgabe 10/2007 (12.10.2007). S. 14-15.
- Ströbele-Gregor, Juliane: Kanon mit Gegenstimme. Soziale Bewegungen und Politik in Bolivien. In: Schmalz, Stefan Tittor Anne (Hrsg.): Jenseits von Subcomandante Marcos und Hugo Chávez. Soziale Bewegungen zwischen Autonomie und Staat. Festschrift für Dieter Boris. Hamburg 2008. S. 129-141.
- Ströbele-Gregor, Juliane: Kampf um Land. In: Ernst, Tanja; Schmalz, Stefan (Hrsg.): Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales. Baden-Baden 2009. S. 141-153.

FLORIAN QUITZSCH

## Autonomie als Elitenprojekt

### Santa Cruz zwischen nationaler Wirtschaftsmacht und regionaler politischer Abkapselung

#### *1. Einleitung*

Lateinamerika hat in den beiden letzten Jahrzehnten einen Übergang zu dezentraleren Regierungsformen genommen, ein Umschwung, dessen Bedeutung sich als ebenso wichtig herausstellen könnte wie die Transition hin zu Demokratie und Markt(wirtschaft). Die Gründe und Konsequenzen dieser gemeinsamen Entwicklung variieren in den einzelnen Ländern der Hemisphäre allerdings beträchtlich. In ausführlicher untersuchten Fällen erschien das Mittel der Dezentralisierung progressiven politischen Akteuren und demokratischen Reformern vor allem geeignet, um die Möglichkeiten einer Rückkehr zu autoritären Regierungsformen zu reduzieren. In Brasilien etwa wurde die Dezentralisierung als historische Antwort auf die Militärdiktatur der 1960er und 1970er Jahre gesehen.<sup>1</sup>

Kannte die vorherige bolivianische Verfassung explizite Autonomiebestimmungen nur für die kommunale Ebene oder die Hochschulen, sind die Autonomieregelungen der neuen Verfassung auf vier verschiedenen Ebenen angesiedelt. Zum einen die departementale Autonomie, um die es im Folgenden geht, und zum anderen regionale (Provinzen) sowie kommunale Autonomien. Eine vierte Form ist die Autonomie für indigene Territorien. Während letztere im Wesentlichen eine Reterritorialisierung nach ethnisch-kulturellen Mustern darstellt, steht die regionale Autonomie für einen geographischen Zusammenschluss von Gebieten wie im Chaco oder der Amazonasregion.<sup>2</sup>

---

1 Vgl.: Joachim Knoop: Fallbeispiel Brasilien. In: FES: Dezentralisierung und kommunale Selbstverwaltung : zur kommunalpolitischen Projektarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Afrika, Asien, Lateinamerika. Bonn 1999. S. 130.

2 In diesen Regionen gibt es neben räumlichen auch kulturelle, wirtschaftliche und adminis-

Das Streben der bolivianischen Tiefland-Departements nach Dezentralisierung politisch-administrativer und wirtschaftlich-finanzieller Kompetenzen basiert auf einer anderen Logik. Es sind keine progressiven, sondern konservative politische Akteure und Wirtschaftseliten, die eine Dezentralisierung verfechten und ihre beträchtlichen ökonomischen Ressourcen für die Forderung nach regionaler Autonomie einsetzen. Die Bemühungen dieser Eliten, die beunruhigt über den Kurs der Regierung der Bewegung zum Sozialismus (*Movimiento al Socialismo* – MAS) und eine mögliche Schwächung ihrer Eigentumspositionen sind, tragen zu einer signifikanten Verschiebung politischer und ökonomischer Macht an regionale Kräfte bei. Speerspitze der Interessenformulierung und -durchsetzung sind die in fast allen Tieflandsdepartements agierenden Bürgerkomitees (*comité cívico*), wobei das Komitee Pro Santa Cruz (*Comité Pro Santa Cruz* – CPSC) federführend ist. Dessen Vertreter rekrutieren sich aus den regionalen Eliten, zu denen auch ehemalige hochrangige Politiker der traditionellen Parteien gehören.<sup>3</sup> Zur Durchsetzung des politischen Autonomieprojektes der Tiefland-Departements haben sich außerdem die seit 2005 direkt gewählten Präfekten von Santa Cruz, Beni, Pando, Tarija und Cochabamba sowie die Präsidenten der entsprechenden Bürgerkomitees 2007 im Demokratischen Nationalen Rat (*Consejo Nacional Democrático* – CONALDE) zusammengeschlossen.<sup>4</sup>

Im Folgenden sollen die Hintergründe für die Autonomie(forderungen) von Santa Cruz, unter besonderer Beachtung der Eliten, sowie die soziale und juristische Realität der Autonomie und ihrer Implementierung skizziert werden.

---

trative Überschneidungen, die eine größere Unabhängigkeit vom Zentralstaat ermöglichen würden.

3 Vgl. dazu: Florian Quitzsch: Die »Elite« von Santa Cruz. Ökonomische Basis und politischer Anspruch. In: Online-Magazin Quetzal Leipzig. Januar 2009. URL: <http://www.quetzal-leipzig.de/lateinamerika/bolivien/die-elite-von-santa-cruz-okonomische-basis-und-politischer-anspruch-19093.html> (Abruf 15. Mai 2010).

4 Die weitaus radikalere und dem Separatismus zugeneigte Minderheit der Cruzener »Eliten« hat sich mit ihren Ideologen wie Sergio Antelo, Carlos Dabdoub oder Gustavo Pinto Mosqueira im *Movimiento Nación Camba de Liberación* vereint. Deren Bestrebung ist es, sich von der angeblich »konfliktiven, kommunalistischen, prä-republikanischen, illiberalen, syndikalistischen, konservativen und kolonialistischen« Kultur des indigenen Hochlandes abzugrenzen und sich selbst als Repräsentanten einer »mestizischen, entwickelten, liberalen und demokratischen modernen« Kultur zu präsentieren. Aufgrund ihrer diskursiven Handlungen wird die Bewegung von den meisten Beobachtern als rassistisch und rechtsradikal eingestuft.

## 2. Historische Genese der »Elite« von Santa Cruz

»Die heute im *Oriente* ansässige bolivianische Elite hat drei Momente ihrer Bildung durchlaufen: Zuerst den Höhepunkt der Kautschukproduktion am Ende des 19. Jahrhunderts, der einen Zustrom europäischer Migranten brachte und vom Geschäft mit dem Abbau und dem Verkauf von Rohstoffen sowie dem Import von Manufakturwaren lebte. Danach der Staat von 1952 und die Diktaturen (1964-1983), die versuchten, mittels Migration indigener Arbeitskräfte aus den Anden eine Agrarbourgeoisie im Osten zu schaffen. Letztendlich die Konsolidierung dieses agroindustriellen Bürgertums über das Sojageschäft mit brasilianischen Produzenten, bolivianischen *campesinos* sowie den Aufkauf und Export in den Händen des transnationalen Kapitals. Obwohl der Agrarexport der modernste Zweig dieser Elite ist, existiert ein breiter Sektor mittlerer und großer Viehzüchter, welche die Verteidigung der *hacienda* und der ihr unterworfenen Indigenen übernehmen, um ihre Akkumulationsquelle zu erhalten.«<sup>5</sup>

Nachdem Bolivien nach Erlangung seiner Unabhängigkeit im Jahr 1825 von einer kreolischen Elite gegründet und regiert wurde, die überwiegend nicht aus Alto Peru stammte, waren die ersten Jahre der Republik von Kämpfen zwischen einzelnen *Caudillos* geprägt. Von 1890 bis zur Revolution von 1952 wurde das Land dann von den liberalen Wirtschaftseliten des Hochlandes, den so genannten Zinnbaronen, dominiert. Die oligarchische Gesellschaft des Tieflandes – auch wenn ihre eigentlichen Anfänge in der kolonialen Eroberung des *Oriente* (Chaco-Amazonas-Region) liegen – bildete sich erst im Zuge des Kautschukbooms zwischen 1880 und 1915 heraus. Ihre Transformation erfolgte mit der ab der Mitte des 20. Jahrhunderts vom Nationalstaat forcierten Entwicklung (*Plan Bohan, Marcha al Oriente*) jener bis dato kaum besiedelten Region.

Als die ursprüngliche Suche nach angeblich sagenhaften Reichtümern erfolglos geblieben war und die Nahrungsmittelknappheit die spanischen Eroberer zwang, sich dem Ackerbau zu widmen, wurde der Landbesitz in und um Santa Cruz zur primären Machtquelle. Der kolonialen Phase der Eroberung, Besiedlung und Urbarmachung der Region ab Mitte des 16. Jahrhunderts folgte der Anbau von Zuckerrohr, Baumwolle und anderen Agrarprodukten im *Encomienda*-System. Die durch das Handelsmonopol von Cochabamba vertriebenen Erzeugnisse wurden bis in das 19. Jahrhundert hinein vorrangig für die Versorgung der Bergbau-Minen des Hochlandes (Potosí, Sucre) genutzt. Damit verbunden waren die Versklavung, Ausbeutung und Dezimierung der Tiefland-Indigenen infolge ihrer Heranziehung auf *encomiendas* oder *haciendas*, sowie der Versuch ihrer kulturellen As-

---

5 Adalid Cabrera: Apuntes sobre la situación en Bolivia: El conflicto boliviano desnuda el colonialismo. Interview mit Ximena Soruco. In: La Epoca, 30.09.2008.

similierung durch eine Bekehrung zum Christentum in den Missionen der Jesuiten und Franziskaner.<sup>6</sup>

In dieser Zeit bildeten sich die historischen Grundlagen der Machtverhältnisse und der aktuellen Machtakteure (Familien, Clans) in der Region heraus. Aus dieser Epoche stammt das bis heute kultivierte Selbstbild der traditionellen Familien als »kreolische Grundherren und Eigentümer mit lokaler Macht, basierend auf dem Landbesitz und dem Kampf gegen die ferne Zentralmacht«.<sup>7</sup> Die Gründung der Stadt Santa Cruz de la Sierra (1561) durch Ñuflo de Chávez und die durch eine historiographisch nicht belegbare andauernde Abwesenheit der Zentralregierung hervorgerufene Eigeninitiative der *cruceños* verkörpern wesentliche Teile des Mythos, der in starkem Maße die Cruzener Identität prägt.

Bis zum Kautschukboom zwischen 1900 und 1915 war die Region um die Stadt Santa Cruz vor allem ein Viehzuchtgebiet sowie ein Lieferant von Zucker und der medizinisch verwertbaren Chinarinde. Der Boom führte tausende Menschen in das Gebiet und verhalf den mit europäischem Kapital ausgestatteten Unternehmen wie jenen von Antonio Vaca Diez oder Nicolás Suárez, die damals als »Könige des Kautschuks« galten, zum Aufstieg. Die bereits existierenden oder sich im Zuge des Booms formierenden Handelshäuser heuerten Geschäftsführer und Buchhalter aus Europa (v.a. aus Deutschland und der Schweiz) an, von denen einige wiederum selbst in das Geschäft einstiegen und neue Unternehmen gründeten. Bedeutende Häuser, deren Namen sehr deutlich auf ihre mitteleuropäische Herkunft schließen lassen, waren z.B. Casa Zeller, Casa Schweitzer und Casa Elsner. Neben den deutschsprachigen kamen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts etliche vom Balkan stammende Migranten hinzu, die heute eine wesentliche Rolle in der regionalen Wirtschafts- und Sozialstruktur spielen. Während der Kautschuk die entscheidende Akkumulationsbasis der Eliten bildete, schufen die

6 Vgl.: Claudia Peña Claros: La conformación histórica del poder y las elites en Santa Cruz. In: Prado Salmón, Fernando / Seleme Antelo, Susana, Peña Claros, Claudia: Poder y elites en Santa Cruz: Tres vivisiones sobre un mismo tema. Santa Cruz de la Sierra 2007. S. 75ff. 90. Vgl. ebenso: Angela María Caballero Espinoza: *Iyambae*. Gestión Pública Intercultural para el Autogobierno. Camiri 2008. S. 13. Etliche Historiker, aber auch der von den Eliten geführte Diskurs, marginalisieren und verharmlosen die »Indianerfrage« im Tiefland. So ist des Öfteren die Rede von einer geglückten *mestizaje* oder »unsere« Indigenen. Der Widerstand der Guaraní bzw. Chiriguano gegen die *karai* (Weißen) – sprich: die damaligen Eliten – wie z.B. die Schlacht von Kuruyuki (1892), wird in der aktuellen Geschichtsschreibung aus und über Santa Cruz oft für den Widerstand der Region gegen den Zentralstaat – und damit für den Autonomiediskurs – umgedeutet, wenn er überhaupt Erwähnung findet.

7 Fernando Prado Salmon: Poder y elites hoy: Quiénes son y cómo ejercen su poder. In: Prado Salmón, Fernando / Seleme Antelo, Susana, Peña Claros, Claudia: Poder y elites en Santa Cruz: Tres vivisiones sobre un mismo tema. Santa Cruz de la Sierra 2007. S. 188.

europäischen Investitionen sowie das auf Europa und die USA ausgerichtete Rohstoff-Exportmodell die Grundlagen der späteren starken Weltmarkt- und geringen Binnenmarktintegration der Region. Die soziale Integration gelang den wirtschaftlichen Aufsteigern über das Einheiraten in altansässige und angesehene Cruzener Familien und durch die Übernahme gesellschaftlicher Funktionen, wie in der Handelskammer von Santa Cruz. Nachdem der Boom verebbt war, widmeten sich die verbliebenen Handelshäuser neben ihrer originären Funktion dem Ackerbau und der Viehzucht.<sup>8</sup>

*Tabelle 1: Ausgewählte statistische Daten von Santa Cruz (Departement)*

Bevölkerung Santa Cruz	Anteil an der nationalen Bevöl- kerung in Prozent	Anteil am nationalen BIP in Prozent	Human Development Index (HDI)
1950: 244.681	9,05	1970: 16,3	1976: 0,558
1976: 710.771	15,4	1980: 22,9	1992: 0,626
1992: 1.364.417	21,24	1990: 26,81	2001: 0,679
2001: 2.029.495	24,52	2003: 30,45	2004: 0,689
2009: 2.706.465*	26,46*	2008: 27,67*	2009: -

Quellen: INE 2009; PNUD Bolivia 2004; Sandoval et al. 2003.  
\* Schätzung bzw. vorläufige Zahlen

Während der verlorene Chaco-Krieg (1932-35) enorme sozialpolitische Folgen für das ganze Land zeitigte, das oligarchische Machtsystem des Hochlandes in eine existentielle Krise geriet und die »Chaco-Generation« zu den wichtigsten Akteuren des politischen Systems aufstieg, änderte sich wenig an den Besitz- und Akteursstrukturen des Tieflandes. Der liberale und bislang auf das Hochland fokussierte Nationalstaat wandte sich nach der Weltwirtschaftskrise und dem Chaco-Krieg erstmals im Zeichen der importsubstituierenden Industrialisierung gen Osten mit dem Ziel, die nationale Einheit zu stabilisieren, die Agrargüterversorgung des Binnenmarktes sicherzustellen sowie das überbevölkerte Hochland zu entlasten.<sup>9</sup> Die Zentralregierung in-

8 Vgl.: Ximena Soruco: De la goma a la soya. El proyecto histórico de la élite cruceña. In: Ximena Soruco (Hrsg.): Los barones del Oriente. El poder en Santa Cruz ayer y hoy. La Paz 2008. S. 16ff., 26.

9 Vgl.: Johannes Winter: Regionalentwicklung durch Agrarkolonisation? Erfahrungen aus Bolivien. In: Bolivia. Nr. 146/2006. S. 44.

vestierte im Rahmen des *Plan Bohan* (1941/42)<sup>10</sup> und mit Zustimmung der Eliten größere Summen in die infrastrukturelle (Straße Cochabamba – Santa Cruz), agroindustrielle (Anlagen, Kredite, maschinelle Produktionsmittel) sowie die petroindustrielle Entwicklung der Region.<sup>11</sup> Ab 1940 lässt sich der Mythos der autozentrierten Entwicklung für das Tiefland somit nicht mehr aufrechterhalten. Diese Tatsache wird im Angesicht der heutigen Fundamentalopposition der Cruzener Eliten gegen den »von La Paz aus gesteuerten Zentralstaat« gerne verschwiegen.

Noch viel signifikanter wird der Einfluss des Nationalstaates auf die Landbesitzstrukturen von Santa Cruz im Zuge der Agrarreform von 1953. Während die im Hochland existierenden Latifundien nahezu zerschlagen und an *indígenas* und *campesinos* verteilt wurden, profitierte das Tiefland genau entgegengesetzt von den kapitalistischen Entwicklungsplänen für die Region. Die *haciendas* blieben unangetastet und wuchsen im Laufe der Zeit in ihrer Größe noch an. Und das, obwohl bis dahin überwiegend kleinteilige ländliche Besitz- und Produktionsstrukturen die Verhältnisse im Osten geprägt hatten.<sup>12</sup> Das Anwachsen von Landbesitz wurde vor allem durch die Schenkungen verschiedener Regierungen an Privatpersonen, Unternehmen sowie Kooperativen begünstigt.<sup>13</sup> Der größte Kreditgeber dieser Zeit waren die Vereinigten Staaten. Infolge der Übernahme der Auslandsaktivitäten des niedergegangenen Britischen Imperiums nach dem Zweiten Weltkrieg und aufgrund des beginnenden Kalten Krieges wurden die USA angesichts der bolivianischen Revolution von 1952 und einer möglichen kommunistischen Ausrichtung des Landes unruhig. Mit ihrer finanziellen Hilfe sollte nach dem Niedergang der Zinnbarone des Hochlandes eine neue agroindustrielle Klas-

---

10 Vgl. dazu den Beitrag von Gabriele Töpferwein im ersten Halbband.

11 Vgl.: Ximena Soruco: *De la goma a la soya*. S. 31; Claudia Peña Claros: *La conformación histórica*. S. 103.

12 Vgl.: Ximena Soruco: *De la goma a la soya*. S. 53.

13 Dabei zeigten sich die Militärdiktatur von Hugo Banzer (1971–78) und die Regierung unter Jaime Paz Zamora (1989–93) am großzügigsten. Zwischen 1953 und 1994 erhielten im Departement Santa Cruz 316 Einzelpersonen Land in der Größenordnung von 5.477.444 Hektar, was einem Umfang von 14,78 Prozent der Gesamtfläche der Region entspricht. Von dieser Fläche wurden allein in den sieben Jahren unter Banzer 51 Prozent vergeben. Zusätzlich erhielt Santa Cruz im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung dieser Ländereien Produktionskredite, von denen das Departement zwischen 1955 und 1984 37 Prozent der nationalen Gesamtsumme vereinnahmte (= 214,33 Mrd. Bolivianos), wovon zumeist mittlere und größere Besitzer profitierten. Ein Teil dieser Schulden wurde 1976 unter der Regierung Banzer verstaatlicht, was die Region nicht davon abhielt, bis 1985 wiederholt zum größten regionalen Schuldner der Bolivianischen Landwirtschaftsbank (BAB) aufzusteigen. Die Gelder wurden für finanzielle und spekulative Geschäfte, aber kaum für Investitionen im Agrarsektor genutzt. Vgl.: Ebenda. S. 67ff.

se geschaffen werden, über die sich die Geschicke des Landes lenken ließen – ein politisches Projekt, das bis 1985 gefördert wurde.<sup>14</sup>

Obwohl die vom Staat fokussierte Entwicklung des Tieflandes zuerst eine Interessenkongruenz erzeugte, liegen in den Auseinandersetzungen der 1950er Jahre die Wurzeln des Konfliktes der Region Santa Cruz mit dem Zentralstaat. Die ersten Kontroversen resultierten aus den Maßnahmen der lokalen Regierung der Nationalistischen Revolutionären Bewegung (*Movimiento Nacionalista Revolucionario* – MNR), die versuchte, urbanes Land aufzuteilen und eine Devisenbeschränkung einzuführen. In dieser Periode entstanden wichtige politische Organisationen, welche die Diskurshoheit über die regionale Identität sowie die Initiative in der Abgrenzung vom Zentralstaat an sich rissen. Die wichtigste Institution war das 1950 gegründete *Comité Pro Santa Cruz* (CPSC), das sich Ende der 1950er Jahre im Kampf um die Durchsetzung eines aus dem Jahr 1938 stammenden Gesetzes über einen departementalen Förderzins aus der Erdölförderung (11 Prozent) etablierte.<sup>15</sup>

Die Cruzener Eliten betraten erstmalig unter der rechten Militärdiktatur von René Barrientos (1964-1969) die nationale politische Bühne und stellten mehrere Minister im Kabinett.<sup>16</sup> Das wiederholte sich in der Militärregierung des aus dem Departement Santa Cruz stammenden Hugo Banzer Suárez (1971-1978), da sich die Tieflandeliten, insbesondere die aus Santa Cruz, als willfährige Unterstützer des Putsches von 1971 gezeigt hatten.<sup>17</sup>

Neben den erwähnten Landverteilungen profitierten die Cruzener Eliten damit enorm von dessen Regierung. Das CPSC stellte sich Ende der 1970er Jahre allerdings gegen ein von der Regierung initiiertes Projekt der Zuckerindustrie in San Buenaventura und auch gegen ein geplantes Bürgerkomitee auf nationaler Ebene. Damit verstärkte sich die Opposition gegenüber dem als zentralistisch angesehenen Staat weiter und das Komitee ließ deutlich die Verfolgung regionaler Eigeninteressen erkennen.<sup>18</sup>

Im Zuge der von der Weltbank ab 1985 forcierten neoliberalen Umstrukturierung Boliviens orientierte sich die Region Santa Cruz verstärkt in Rich-

14 Vgl.: Ebenda. S. 73.

15 Vgl.: Claudia Peña Claros: *La conformación histórica*. S. 115.

16 Vgl.: Martín Sivak: *Santa Cruz: una tesis. El conflicto regional en Bolivia (2003-2006)*. La Paz 2007. S. 19.

17 Sivak spricht von einer »Orientalisierung« der nationalen Politik, auch da der Putsch von Banzer gegen Juan José Torres von 1971 seinen Ausgang in Santa Cruz nahm. Hier zeigen sich Parallelen zwischen dem Putsch von 1971 und dem Beinahebürgerkrieg von 2008, da Torres ebenso wie die MAS-Regierung von Evo Morales ökonomische Nationalisierungen plante bzw. durchführte, welche die Interessen der Cruzener Wirtschaftseliten tangierten (unter Torres die Zuckerindustrie, unter Morales der Erdgassektor). Vgl.: Ebenda. S. 20.

18 Vgl.: Claudia Peña Claros: *La conformación histórica*. S. 118ff.

tung des internationalen Handels und des Exportes von Agrarprodukten. Sie stieg ab diesem Zeitpunkt zur stärksten Wirtschaftsregion des Landes auf. Davon profitierte besonders der Sojaanbau, für den die Agrargrenze immer weiter verschoben und intensiver Raubbau an der Natur – in Form von großflächigen Waldrodungen – betrieben wurde.<sup>19</sup> Trotz verschiedener Subventionen (z.B. Diesel) hat sich in der Region ein international nicht wettbewerbsfähiger Exportmarkt für Soja herausgebildet, der obendrein noch von transnationalen Unternehmen beherrscht wird.<sup>20</sup> Die politischen Interessen der Cruzener Eliten wurden in der neoliberalen Epoche durch verschiedene Minister in den jeweiligen Regierungen sowie Abgeordnete und Senatoren der traditionellen Parteien (ADN, MNR, MIR, UCS) vertreten.<sup>21</sup> »Aufsteiger« der neoliberalen Episode sind die Mitglieder einer neureichen Schicht, die durch illegalen Drogenhandel (Kokain) unter den Militärdiktaturen zu Reichtum gekommen waren und unter welchen etliche Großgrundbesitzer, Viehzüchter oder ranghohe Militärs zu finden sind.<sup>22</sup>

Die sich ab dem Wasserkrieg von Cochabamba im Jahr 2000 in neuer Qualität abzeichnende politische Krise Boliviens offenbarte in den folgenden Jahren (2000-2005) das Ende der paktierten Demokratie, das Scheitern des neoliberalen Modells, die Delegitimierung des traditionellen Parteiensystem. Damit einher gingen die Zunahme von Konflikten sowie die deutliche Artikulation von gesellschaftlichen Hoffnungen auf eine transparentere Demokratie und einen besseren Lebensstandard. Die Krise generierte einen »offenen Transformationsprozess, [angetrieben] von einem Machtkampf um politische und soziale Inklusion und um den Zugang zu den wirtschaftlichen Ressourcen«.<sup>23</sup> Hinzu kam ein seitdem »gewachsenes politisches Selbstbewusstsein« der indigenen Bevölkerung, gepaart mit dem »Rückbezug auf ethnische Wurzeln«<sup>24</sup>. Zusätzlich wurden diese gesellschaftlichen Veränderungen durch die fortschreitende transnationale Einbindung (Kapitalisie-

19 Vgl.: Ximena Soruco: De la goma a la soya. S. 74ff.

20 Vgl.: Mark Weisbrot / Luis Sandoval: The Distribution of Bolivia's Most Important Natural Resources and the Autonomy Conflicts. In: Center for Economic and Policy Research. 2008. S. 6.

21 ADN = Acción Democrática Nacionalista; MIR = Movimiento de Izquierda Revolucionaria; UCS = Unidad Cívica Solidaridad. Vgl.: Marco del Río / Ada Sandoval: Santa Cruz en la democracia neoliberal. In: D. Sandoval et al.: Santa Cruz: Economía y poder 1952-1993. La Paz 2003. S. 153ff.

22 Vgl.: Robert Lessmann: Das verhüllte Gesicht der Drogenökonomie in Bolivien In: Rafael Sevilla / Ariel Benavides (Hrsg.): Bolivien – Das verkannte Land? Bad Honnef 2001. S. 250.

23 Yesko Quiroga: Bolivien: Revolution in der Demokratie? In: Institut für Ibero-Amerikakunde (Hrsg.): Lateinamerika Analysen. Hamburg, Jg. 14 (2006) H. 2. S. 79.

24 Stefan Jost: Bolivien nach dem politischen Erdbeben. In: GIGA Focus Lateinamerika. Nr. 2/2006. S. 5.

nung) der bolivianischen Ökonomie sowie eine erneute Veränderung der Verhältnisse zwischen Staat und Region/en begleitet. Vor allem die Oktoberkrise von 2003 (*guerra del gas*) und die daraus resultierende *Agenda de Octubre* der sozialen Bewegungen kann als Zäsur für die Einkapselung der Cruzener Eliten in einen regionalen Diskurs, geführt vom *Comité Pro Santa Cruz* sowie ab 2005 auch von der Präfektur, gesehen werden.

### 3. Autonomie als Elitenprojekt

»Die Autonomieforderung der so genannten ›Media Luna‹ steht in direktem Gegensatz zur Position der indigenen Völker. Sie umfasst die Verteidigung der aktuellen monokulturellen Organisation des Staates sowie die Beibehaltung der aktuellen territorialen Staatsgliederung in Departements und setzt entsprechend den Empfehlungen multilateraler Organisationen einen politischen Dezentralisierungsprozess in Gang. So will der ›Media Luna‹ die (Vor)Herrschaft über die regionalen Prozesse der Bevölkerungskontrolle und der Ressourcen durch die Eliten, als Vermittler für das transnationale Kapital, konsolidieren.«<sup>25</sup>

Die Autonomie von Santa Cruz ist, nicht nur im Ursprung, als Elitenprojekt zu charakterisieren, das von den dominanten Klassen forciert wurde, als ihr Einfluss in der bzw. auf die Zentralregierung abnahm und diese dazu überging, die regionalen Eliteninteressen von Santa Cruz nicht mehr ausreichend zu bedienen. Die Repräsentationskanäle der Cruzener Eliten verengten sich infolge des Scheiterns der »paktierten Demokratie« sowie des Wirtschaftsmodells der Neuen Politischen Ökonomie (*Nueva Política Económica*), deren Ende mit dem Sturz von Präsident Sánchez de Lozada im Oktober 2003 endgültig besiegelt wurden. Hinzu kamen die sich seit 2000 verstärkenden Forderungen der sozialen Bewegungen nach einer Reorganisation des neoliberal-patrimonialen Staates<sup>26</sup>, deren Umsetzung mit dem Wahlsieg von Evo Morales Ende 2005 realistisch erschien und welche in keiner Weise im Einklang mit den Interessen der neoliberalen Eliten (Agrarindustrie, Großunternehmen) des Tieflandes standen.<sup>27</sup> So sollte die Autonomie vor allem den

25 Pablo Regalsky: Propuestas autonómicas y crisis de gobernabilidad en Bolivia en un contexto de globalización y etnicidad. In: Revista Cultura y Religión. März 2007. S. 10.

26 Vgl.: Álvaro García Linera: La potencia plebeya: Acción colectiva e identidades indígenas, obreras y populares en Bolivia. Buenos Aires 2008. S. 334.

27 Vielmehr ging es nun darum, einen neuen Staat zu formen, der u.a vom Zugriff der mit dem Kapital verbundenen Eliten befreit werden sollte. Vgl.: Carla Espósito Guevara: El discurso del movimiento autonomista: El Comité Cívico Pro Santa Cruz y la Nación Camba. Proyecto de clase, regionalismo y discursos racistas. In: Defensoría del Pueblo / Universidad de la Cordillera: Observando el Racismo. La Paz 2009. S. 43.

Anspruch des Staates auf die regionalen Ressourcen und ihre Umverteilung verhindern.

Die diskursive Strategie des federführenden *Comité Pro Santa Cruz*, sekundiert von der Nación Camba, richtete sich demzufolge in polarisierender Weise gegen den als »internen Kolonisator« angesehenen Staat<sup>28</sup> und warb für das »moderne, liberale und demokratische« Entwicklungsmodell des Tieflandes als Gegenentwurf zum »religiösen und bürokratischen Zentralismus«<sup>29</sup> des Hochlandes. Es wurde notwendig, für das politische Projekt eine breitere Legitimation der Bevölkerung (als etwa für die Dezentralisierungsbemühungen der 1980er und 1990er Jahre) zu suchen und politische Allianzen zu bilden. Die Mobilisierung der Marginalisierten und der Mittelklassen im Departement erfolgte über ein Schema der »korporativen Kooptierung mit intelligenten Mechanismen der Anerkennung und sozialer Kontrolle«<sup>30</sup>, während die überregionale Bündnispolitik auf die anderen Tieflanddepartements abzielte. Das Bürgerkomitee fungierte als politischer Akteur, der quasi wie eine regionale Partei auftrat und mit symbolischer (Identität) und politischer Macht (Autonomie) sowie einem realen Gewaltpotential (Jugendunion Santa Cruz) ausgestattet ist.<sup>31</sup> Die symbolisch-ideologische Macht üben die Cruzener Eliten mittels kulturell-informationeller Kontrolle über die Massenmedien aus.<sup>32</sup>

Die departementalen Autonomien sind der Dreh- und Angelpunkt des reaktionären politischen Projektes in Bolivien und haben als Antwort die Initiierung und Implementierung indigener Autonomien hervorgerufen.<sup>33</sup> Dabei handelt es sich um zwei politische Projekte, die sich im Bezug auf die Machtverhältnisse, die jeweiligen Entwicklungsmodelle, kulturelle Er-

---

28 Vgl.: Willem Assies: La »Media Luna« sobre Bolivia: nación, región, etnia y clase social. In: *América Latina hoy*. 43/2006. S. 99ff.

29 Bret Gustafson: Spectacles of Autonomy and Crisis: Or, what Bulls and Beauty Queens have to do with Regionalism in Eastern Bolivia. In: *Journal of Latin American Anthropology*. Vol. 11 (2006) 2. S. 356.

30 Fernando Prado Salmon: Poder y elites hoy. S. 185. Vgl. dazu auch: Kent Eaton: Backlash in Bolivia: Regional Autonomy as a Reaction against Indigenous Mobilization. In: *Politics & Society*. Vol. 35 (2007) 1. S. 89ff., der die Kooptierung anhand einzelner Führer der regionalen Gewerkschaft Central Obrera Departamental (COD) oder von verschiedenen indigenen Organisationen des Tieflandes aufzeigt.

31 Vgl.: Fernando Prado Salmon: Poder y elites hoy. S. 185ff.

32 Vgl.:Ebenda. S. 187.

33 Vgl.: Marxa Chávez León: »Autonomías indígenas« y »Estado Plurinacional«. Proyectos políticos de los movimientos indígenas y campesinos en Bolivia. In: *OSAL*. Vol. 10 (2008) 24. S. 52.

wartungen und Identitäten sowie ein Staatsmodell kreuzen.<sup>34</sup> Beobachter machen zwei diskursiv-dominante Modelle aus: einerseits das ethnisch-kulturelle Modell der Autonomien der indigenen Völker, getragen vom Willen der Selbstbestimmung (*autodeterminación*), um sich von den dominierenden Strukturen (des Kolonialismus und Kapitalismus) zu befreien und andererseits das bürgerlich-regionale (Eliten)Modell (*cívico-regional*), das vor allem auf »das Management und die Verwaltung von Ressourcen« abzielt.<sup>35</sup> Dem ersten Modell ist eine (Re)Territorialisierung inhärent, die im Falle der Indigenen deckungsgleich mit ihren ursprünglichen (präkolonialen) oder derzeit besiedelten Gebieten ist, während die Departements des Tieflandes auf die politisch-administrativen Einheiten und deren Dezentralisierung zwecks administrativer, fiskalischer und finanzieller Dekonzentration fokussieren.<sup>36</sup> Im zweiten Fall lässt sich argumentieren, dass mittels Dezentralisierung die geopolitische Achse in Richtung des Tieflandes verschoben werden soll. Beide Modelle stehen sich in einer »*clausura discursiva*« unvereinbar gegenüber, da sie das jeweilige andere unberücksichtigt lassen, und sind damit Ausdruck der Spaltung des Landes (»die zwei Bolivien«).<sup>37</sup> Interessanterweise inkorporierten die Cruzener Eliten nach dem Sturz von Sánchez de Lozada in ihr Autonomiekonzept die Forderung der Indigenen nach *autodeterminación*,<sup>38</sup> was in Anbetracht der ursprünglichen Intentionen von Entkolonialisierung, Anerkennung und Selbstbestimmung der »Staatsbürger zweiter Klasse« einem Treppenwitz der Geschichte gleichkommt.

Um die Autonomieforderungen von Santa Cruz zu verstehen, ist vor allem die Frage nach den Gründen ihrer Emergenz sowie nach den Zielen der beteiligten Akteure und ihrer jeweiligen Position zu stellen. Monokausale Ansätze, wie der Konflikt zwischen Zentralstaat und Region, reichen keinesfalls als Erklärung aus.

### *Kurze Geschichte der Autonomiebewegung von Santa Cruz*

Die konservative Autonomiebewegung kann nur angesichts neuer Formen der indigenen Mobilisierung im Bolivien verstanden werden. Diese haben das politische System des Landes grundlegend verändert. Das gefeierte Ge-

34 Vgl.: María Teresa Zegada et al.: Intellectual tendencies in the debate for autonomies. In: *Tinkazos*. Vol. 2 (2006) 2. S. 51.

35 Ebenda. Vgl. ebenso den Beitrag von L. Sandoval / M. Weisbrot im ersten Halbband.

36 Vgl.: Fernando Mayorga Ugarte: Referéndum y asamblea constituyente: autonomías departamentales en Bolivia. In: *Colombia Internacional*. No. 64/2006. S. 60f.

37 Vgl.: Ebenda.

38 Vgl.: Marxa Chávez León: »Autonomías indígenas« y »Estado Plurinacional«. S. 56.

setz zur Volksbeteiligung von 1994 führte auf kommunaler Ebene für bisher ausgeschlossene indigene Gruppen neue Zugangsmöglichkeiten zum politischen System ein.<sup>39</sup> Neue munizipale Räume und kommunale Wahlen begünstigten den Aufstieg von Akteuren wie der MAS oder der Indígenabewegung Pachakuti (*Movimiento Indígena Pachakuti* – MIP).<sup>40</sup> Auf nationaler Ebene erlangten die indigenen Akteure ab 2003 ausreichend politische Macht und Mobilisierungspotential, um eine gewichtige Rolle beim Sturz des bolivianischen Präsidenten Gonzalo Sánchez de Lozada zu spielen. Als die Indigenen begannen, eine zentralere Rolle in der bolivianischen Politik zu fordern, stellten sie die hegemoniale Position von Wirtschaftseliten und pro-marktwirtschaftlichen politischen Parteien in der Regierung in Frage. Infolgedessen begannen wirtschaftliche Lobbygruppen des Tieflandes (CAINCO, CAO)<sup>41</sup>, Veränderungen zu fordern, welche die Bedeutung einer intermediären Regierungsebene (Departements) steigern sollten. Das ist insofern nachvollziehbar, als die durchaus legitime und von Santa Cruz u.a. Departements schon länger vertretene Forderung nach administrativer Dezentralisierung in ihrer juristischen Implementierung von 1995 (*Ley de Descentralización Administrativa*) sowie der politischen Umsetzung nicht ihre gewünschte Wirkung zeigte.<sup>42</sup>

Die Erklärung dieser Strategie erfordert das Verständnis einiger Schlüsselereignisse des subnationalen Regionalismus in Bolivien. In den 1950er und 1960er Jahren nutzte die Zentralregierung in La Paz Einnahmen aus dem Mineralienreichtum der andinen Departements im Westen, um die Ressourcen in Entwicklungsprojekte im dünn besiedelten östlichen Tieflanddepartement von Santa Cruz zu investieren. Unterstützt von der US-Behörde für internationale Entwicklung (USAID) flossen im Rahmen des von der Zentralregierung propagierten »Marsches nach Osten« größere Summen in die Infrastruktur von Santa Cruz. Dazu zählten wichtige Straßen- und Eisenbahnprojekte, die halfen, einen in den 1970er Jahren einsetzenden und anhaltenden regionalen Wirtschaftsboom auszulösen. Aufgrund des phänomenalen Aufstieges von Santa Cruz, heutzutage Heimstatt der lukrativsten Exportaktivitäten und mächtigsten Wirtschaftsverbände des Landes, erwirtschaftet das Departement momentan über 40 Prozent von Boliviens Export- und Steuereinnahmen. Stimmen aus den westlichen Landesteilen erinnern

39 Vgl.: Gonzalo Rojas Ortuste: *Cultura política de las élites en Bolivia (1982-2005)*. La Paz 2009. S. 144.

40 Vgl.: Kent Eaton: *Backlash in Bolivia*. S. 81f.

41 CAINCO = Industrie-, Handels-, Dienstleistungs- und Tourismuskammer; CAO = Landwirtschaftskammer des Ostens.

42 Vgl.: Gonzalo Rojas Ortuste: *Cultura política de las élites en Bolivia*. S. 146, 149f.

Santa Cruz an die Rolle, die der Rohstoffreichtum des Hochlandes bei dessen Wachstum gespielt hat und fordern, dass die östlichen Departements nun die Erlöse aus den jüngst entdeckten Erdgasreserven mit dem Westen teilen. Für sie ist Santa Cruz ein Spross der nationalen Entwicklung.<sup>43</sup>

Die Spannungen zwischen Osten und Westen vergrößerten sich zusehends in der Zeit von Sánchez de Lozadas desaströser zweiter Regierungsperiode (Juli 2002 bis Oktober 2003). Während des so genannten Gaskrieges im Oktober 2003, als im Westen indigene Gruppen den Präsidenten in La Paz bedrängten, schlugen ihm wirtschaftliche und politische Führer aus dem Osten vor, die nationale Hauptstadt nach Santa Cruz zu verlegen. Als der Vorschlag scheiterte und die Nachfolgeregierung von Carlos Mesa begann, direkt mit dem *Cocalero*-Führer Evo Morales zu verhandeln, organisierten die Cruze-ner Eliten eine Serie von Kundgebungen, Protesten und Unterschriftenkam-pagnen, um eine größere Autonomie von der Zentralregierung zu verlangen. Die Forderungen nach regionaler Autonomie gingen Morales' Erscheinen auf der nationalen Bühne zwar voraus, aber sie verschärfen sich drastisch als Antwort auf die wachsenden politischen Turbulenzen in La Paz.<sup>44</sup>

Die Bewegung, Santa Cruz unabhängiger von der nationalen Regierung zu machen, wurde vom mächtigen *Comité Pro Santa Cruz* angeführt, dessen Ursprünge auf die frühen 1950er Jahre und die Opposition zur nationalen Revolution dieser Zeit zurückgehen. Angeführt von den Wirtschaftseliten, die die entscheidungsrelevanten Organe dominieren, hat das CPSC in den letzten Jahren erfolgreich eine Reihe von Ereignissen inszeniert, wie z. B. die beiden Massenkundgebungen (*cabildo abierto*) im Juni 2004 und Januar 2005, als Hunderttausende *cruceños* dem Ruf nachkamen, für die Autonomie von Santa Cruz zu demonstrieren. Die Versammlung im Januar 2005, angeblich die größte jemals verzeichnete öffentliche Demonstration in der boliviani-schen Geschichte, diente als mächtige Gegenmobilisierung in Antwort auf die »indigene und sozialistische Bedrohung« aus dem Westen des Landes. Auf dieser Kundgebung verkündete der Vorsitzende des CPSC die *Agenda de Enero* (2005).<sup>45</sup> Sie steht in direktem Kontrast zur *Agenda de Octubre* (2003),

43 Die *cruceños* dagegen argumentieren, dass es eher die Abwesenheit des Zentralstaates und seiner maßlosen Bürokratie als eine Spezialbehandlung von La Paz gewesen wäre, die dem Departement ein schnelleres Wachstum als dem nationalen Durchschnitt ermöglicht hätte.

44 Vgl.: Kent Eaton: Backlash in Bolivia. S. 82f.

45 In der *Agenda de Enero* postulierten und forderten die Eliten des Oriente, allen voran die aus Santa Cruz, die departementale Autonomie, ein dahin führendes Referendum und die Direktwahl der Präfekten. Vgl.: Carlos Vacaflores R. / Pilar Lizárraga A.: La lucha por el excedente del gas y la resignificación de las contradicciones de la identidad regional en Bolivia. Proyectos de dominación y resistencia en una región productora de hidrocarburos. In: OSAL. 6 (2005) 17. S. 22. Hin und wieder ist bei einigen Autoren auch von der *Agenda*

in welcher die sozialen und indigenen Bewegungen die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung, ein Referendum über die Erdgasreserven sowie die Änderung des Erdgasgesetzes gefordert hatten. Im November 2004 initiierte das CPSC einen Streik (*paro cívico*), um die nationale Regierung zu zwingen, ein auf Departementebene bindendes Autonomiereferendum abzuhalten.<sup>46</sup>

In kurzer Zeit machte das *Comité Pro Santa Cruz* substantielle Fortschritte in Richtung seines Autonomiezieles. Im April 2005 sah sich Präsident Carlos Mesa aufgrund des politischen Druckes aus dem Tiefland veranlasst, den ersten Wahlen Boliviens zur Präfektur zuzustimmen, die im Dezember desselben Jahres zusammen mit den Präsidentschafts- und Kongresswahlen abgehalten wurden.<sup>47</sup> Rubén Costas, Landbesitzer und ehemaliger Präsident des CPSC, regierte ab diesem Zeitpunkt das Departement als erster demokratisch gewählter Präfekt. Darüber hinaus stimmte Mesa, bevor er sein Amt im Juni 2005 aufgab, einem nationalen Referendum über departementale Autonomie zu, das für den selben Tag im Juli 2006 angesetzt wurde, an dem die Bolivianer über die Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung entscheiden sollten. Mit dem Sieg der MAS und von Evo Morales in den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Dezember 2005 wurde zum ersten Mal in der Geschichte des Landes ein *indígena* zum Staatsoberhaupt gewählt. Während die sozialen Bewegungen damit die Durchsetzung ihrer in der *Agenda de Octubre* aufgestellten Forderungen verbanden, sah sich die konservative Opposition nun einem von ihr prophezeiten indianischem Sozialismus gegenüber, der sie zu weiteren Maßnahmen Richtung Autonomie veranlasste.

Eine Mehrheit der Bolivianer (57,5 Prozent) entschied sich im Referendum vom 2. Juli 2006 gegen die regionale Autonomie, aber der Großteil der Wähler in Beni (73,8 Prozent), Pando (57,7 Prozent), Santa Cruz (71,6 Prozent) und Tarija (60,8 Prozent) votierte dafür.<sup>48</sup> Präsident Evo Morales optierte gegen das Referendum, versprach aber, dass seine Partei die Ergebnisse in Santa Cruz respektieren und in der am selben Tag gewählten Verfassungsgebenden Versammlung eine Debatte über die Autonomie initiieren würde. Die MAS gewann die Mehrheit der Sitze in der Versammlung, die sich in eine die Verfassung befürwortende und eine dieselbe mehr oder weniger ablehnende Fraktion aufspaltete. Der im Dezember 2007 verabschiedete Ver-

---

de Junio (2004) die Rede. Vgl.: Xavier Albó C. / Franz X. Barrios Suvelza: Por una Bolivia plurinacional e intercultural con autonomías. La Paz 2006. S. 22.

46 Vgl.: Kent Eaton: Backlash in Bolivia. S. 83f.

47 Vgl.: Ebenda. S. 84.

48 Vgl.: Fernando Mayorga Ugarte: Referéndum y asamblea constituyente. S. 54f.

fassungsentwurf enthielt aus Sicht der Tieflandsdepartements keine ausreichenden Autonomie- bzw. Kompetenzregelungen (u.a. Gesetzgebung; Verteilung der Einnahmen aus den direkten Steuern auf Kohlenwasserstoffe). Auch die in der neuen Verfassung geregelten indigenen Autonomien waren und sind den Eliten des Tieflandes ein Dorn im Auge, konterkarieren sie doch ihr zentralistisches Autonomiemodell<sup>49</sup>, v.a. hinsichtlich der Verfügung über die Ressourcen. In der Folge setzte man in Santa Cruz für den 4. Mai 2008 ein Referendum über das zukünftige Autonomiestatut an. Bei einer Enthaltung von etwa 40 Prozent der Wahlberechtigten wurde das Statut mit über 80 Prozent der Wählerstimmen bestätigt. Das Referendum wurde allerdings schon vorab von der Regierung, dem Nationalen Wahlgericht Boliviens (CNE), dem Parlament und internationalen Akteuren wie der OAS und der EU für illegal erklärt. Trotzdem zogen im Juni 2008 die anderen drei östlichen Departements Beni, Pando und Tarija mit Referenden über ihre Autonomiestatuten nach, die in allen drei Fällen von einer Mehrheit bestätigt wurden.

Nach einem bereits im Mai vom Senat beschlossenen Abwahlreferendum am 10. August 2008 spitzte sich die Situation in Bolivien weiter zu. Da sowohl Evo Morales wie auch die oppositionellen Präfekten des Tieflandes eindeutig im Amt bestätigt worden waren, fühlten sich beide Seiten bestärkt, ihren jeweiligen Kurs fortzusetzen. Präsident Morales verfügte per Dekret ein landesweites Referendum über die neue Verfassung für den 7. Dezember, das vom Obersten Wahlgericht Anfang September aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken ausgesetzt wurde. Die Opposition ging nach dem Referendum allerdings in einer anderen Frage – vorgeschoben oder nicht – auf Konfrontationskurs gegenüber der Zentralregierung: der Verteilung der direkten Steuer auf Kohlenwasserstoffe (*Impuesto Directo a los Hidrocarburos* - IDH). Die Streik- und Blockadeaufrufe ihrer Anhänger mündeten im Tiefland in gewalttätige Aktionen, bei denen vor allem öffentliche Einrichtungen besetzt und zerstört wurden. Trauriger Höhepunkt der Unruhen war das Massaker im Departement Pando, bei dem mindestens 18 indigene *campesinos* ums Leben kamen.<sup>50</sup> Die Ausweisung des US-Botschafters, dem die MAS-Regierung die Unterstützung der rechten und gewaltbereiten Opposition vorwarf, führte zwischenzeitlich zu diplomatischen Spannungen mit den USA.

Am 12. September vereinbarte die Regierung mit der Opposition den Beginn eines Dialoges zur Beilegung der Staatskrise. Die am 15. September

49 Bezogen auf die Departmentebene.

50 Vgl. dazu: Informe público de la Oficina del Alto Comisionado de las Naciones Unidas para los derechos humanos en Bolivia sobre los hechos de violencia ocurridos en Pando en septiembre de 2008. La Paz 2009. URL: <http://www2.ohchr.org/field/bolivia/docs/Informe%20Pando.pdf> (Abruf 15. April 2010).

in Santiago de Chile zu einem Krisengipfel einberufene Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) sicherte Regierungschef Evo Morales die volle Unterstützung zu und verurteilte die bürgerkriegsähnliche Situation im bolivianischen Tiefland. Die am 18. September in Cochabamba begonnenen Gespräche zwischen den verfeindeten Lagern brachten erste Verhandlungsfortschritte. So erklärten sich die im Nationalen Demokratischen Rat (CONALDE) vereinten oppositionellen Präfekten bereit, auf 30 Prozent der Steuereinnahmen aus den IDH zu verzichten, um damit die von der Regierung eingeführte Altersrente (*renta dignidad*) zu finanzieren. Im Gegenzug wurde ihnen von der Regierung eine Autonomieregelung für die Departements in der neuen Verfassung zugesichert. Die unterschiedlichen Ansichten bezüglich wichtiger Kompetenzverteilungen zwischen Zentralstaat und Departements konnten aber nicht völlig in Einklang gebracht werden. Der Dialog, welcher u.a. wegen der im Zusammenhang mit dem Pando-Massaker stehenden Verhaftung des Präfekten Leopoldo Fernández kurz vor dem Scheitern stand, mündete am 20. Oktober doch noch in einen »Nationalen Pakt«. Darin einigte man sich auf die Durchführung des Verfassungsreferendums im Januar 2009 und die Abhaltung von nationalen Wahlen im Dezember 2009. Die Regierung musste weitreichende Zugeständnisse an die Opposition machen, was sich in der am 23. Oktober vom Kongress verabschiedeten Modifizierung von über 100 Artikeln des neuen Verfassungstextes widerspiegelt.<sup>51</sup>

### *Machtverlust und regionale politische Abkapselung*<sup>52</sup>

Ein prägnanter Erklärungsansatz für die Bestrebungen der regionalen Machtakteure, neben der Emergenz der Indigenen auf der politischen Bühne des Landes und ihren berechtigten Forderungen, ist das Scheitern des nationalen Elitenkonsenses der seit 1985 bestehenden »paktierten Demokratie«. Damit verbunden ist ein Entgleiten der Macht (bzw. einem gewichtigen Ein-

51 Präsident Morales verzichtete auf eine bis dahin in der Verfassung geplante zweite Amtsperiode. Eine weitere wichtige Veränderung betraf das Referendum über die Obergrenze von privatem Landbesitz (5.000 oder 10.000 Hektar). Dessen Ergebnis durfte nicht rückwirkend gelten und sollte somit eine gewisse Rechtssicherheit für die Grundeigentümer garantieren. Gemäß dem Ergebnis des Referendums, das parallel mit der Volksabstimmung über die neue Verfassung stattfand, gelten als Obergrenze für Latifundien nun 5.000 Hektar.

52 Im Spanischen *atrincheramiento*, dem im Deutschen der Begriff »Verschanzung« entspricht, welcher hier durch das weniger militante Wort der Abkapselung ersetzt wurde. Der spanische Begriff wird u.a. von Franklin Ramírez Gallegos / Pablo Stefanoni: *Potencia societal, empate catastrófico y contrahegemonía en Bolivia*. In: *Argumentos*. Sonderausgabe 48-49 (2005). S. 102 und Íñigo Errejón Galván: *La crisis estatal en Bolivia. De la llegada al gobierno del Movimiento Al Socialismo a los Referendos revocatorios*. In: *Papeles de trabajo »América Latina siglo XXI«*. 2008. S. S. 17 gebraucht.

fluss auf selbige) im Zentralstaat. Die Dynamik beider Prozesse wurde darüber hinaus vor dem Hintergrund der Krise des neoliberalen Staates und der generellen Schwäche der bolivianischen Nation noch verstärkt. Im Folgenden soll gezeigt werden, welche Rolle die Cruzener Eliten im Nationalstaat, vor allem nach ihrer Inkorporation im Zuge der Revolution von 1952, gespielt haben.

Während der bolivianische Staat mit der Revolution von 1952 seinen »oligarchischen Charakter abstreifte«<sup>53</sup>, unterstützte und verfestigte er die Machtstrukturen im bolivianischen Tiefland, selbst wenn dort rechte und konterrevolutionäre Ideale vorherrschten<sup>54</sup>. Die staatliche Politik, eine Kombination von Erfahrungen aus dem Chaco-Krieg und dem Ergebnis der Revolution, investierte bis in die 1980er Jahre hohe Summen im Departement Santa Cruz<sup>55</sup>, um neben La Paz und Cochabamba einen dritten Pol der Entwicklung zu generieren, der mit den erstgenannten Städten/Regionen eine zentrale Achse bilden sollte. Das über eine enorme Staatsverschuldung erzielte Wirtschaftswachstum unter Banzer Mitte der 1970er Jahre sah vor allem Importeure, Fabrikanten und die Agroindustriellen aus der Region Santa Cruz als Gewinner. In der Zeit des *banzerato* wurden etwa drei Mio. Hektar Land, zum Teil illegal, sowie landwirtschaftliche Produktionskredite in Höhe von ca. 1,6 Mrd. Bolivianos an Cruzener Unternehmen und Privatpersonen vergeben<sup>56</sup>, womit sich aufgrund der wirtschaftlichen Bereicherung mit Hilfe des Staates ein Unternehmertum herausbildete und eine lokale Elite konsolidierte, die mit jenen aus La Paz konkurrieren konnten und welche einen Teil der sozialen Basis für Banzers 1979 gegründete Partei ADN bildeten. Die weitere Konsolidierung der Cruzener Eliten erfolgte mit dem ökonomischen Aufstieg von Santa Cruz, in dessen Folge jene Akteure nach »20 Jahren der Deregulierung, der Stimulierung transnationaler, privater Investitionen als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung ... ausreichend strukturelle Macht akkumuliert[en]«.<sup>57</sup> Santa Cruz war die von den neoliberalen Reformen nach 1985 am wenigsten betroffene Region, da sie sich in der Vergangenheit be-

53 Vgl. dazu den Beitrag von Peter Gärtner im ersten Halbband.

54 Vgl.: Martín Sivak: Santa Cruz: una tesis. S. 18.

55 Vgl.: Gonzalo Rojas Ortuste: Cultura política de las élites en Bolivia. S. 115f.

56 Vgl.: Ximena Soruco: De la goma a la soya. S. 68f.

57 Íñigo Errejón Galván: La victoria siempre incompleta. Perspectivas políticas tras el referéndum constitucional. In: Viento Sur, 102 (2009). S. 25. Gustafson verdeutlicht das auf der Personenebene anhand der Beispiele von Jorge Quiroga, zunächst Vizepräsident unter Banzer und nach dessen Rücktritt selbst für kurze Zeit Präsident Boliviens, sowie von Branko Marinkovic, Sohn kroatischer Einwanderer, Unternehmer und später Präsident des *Comité Pro Santa Cruz*. Vgl.: Bret Gustafson: By means legal and otherwise: the Bolivian right regroups. In: NACLA Report on the Americas. Vol. 41 (2009) 1. S. 20ff.

reits ausreichend diversifiziert hatte.<sup>58</sup> Das *Comité Pro Santa Cruz* spielte zwar weder eine einflussreiche Rolle noch etablierte es eine eigene politische Agenda, aber es nahm immerhin Einfluss auf die Wahl der Präfekten.<sup>59</sup> Laut Sivak war »Santa Cruz Teil des Machtblockes, der [das Dekret] 21060 sowie die paktierte Demokratie unterstützte und befürwortete.« Nach dem Sturz von Präsident Sánchez de Lozada 2003, dem Scheitern des neoliberalen Elitenkonsenses der paktierten Demokratie sowie der Verschiebung des nationalen und regionalen Kräfteverhältnisses wurde ein neues Thema auf die Agenda gesetzt: die departementale Autonomie.

Der Umstand der regionalen Abkapselung reflektiert zugleich die von Soruco aufgeworfene Frage, warum mit dem beeindruckenden Wirtschaftswachstum in Santa Cruz kein nationales, politisches Hegemoniestreben seitens der Tieflandeliten einherging.<sup>60</sup> Schon Lavaud hatte erkannt, dass das Gegensatzpaar Separatismus-Hegemonie nur die zwei Seiten ein und derselben Medaille darstellt: den Anspruch auf mehr bzw. die ganze Macht für Santa Cruz.<sup>61</sup> Die Erklärung für die neoliberale Epoche liegt auf der Hand, da die politischen Eliten einerseits in den nationalen Machtblock integriert waren und den Wirtschaftseliten andererseits ausreichend Spielraum für ihre exportorientierten Unternehmungen gelassen wurde. Für den Zeitraum 2003-2006 gehen manche Autoren so weit, dem Bürgerkomitee von Santa Cruz, welches quasi als Substitut für die traditionellen Parteien diente, um mit der Zentralregierung zu verhandeln, ein politisches Projekt mit nationalem Anspruch zu unterstellen.<sup>62</sup> Die in Santa Cruz verfasste *Agenda de Enero* von 2005 kann, neben der Antwort auf die *Agenda de Octubre* der sozialen und indigenen Bewegungen von 2003, als Lösungsangebot für die Beilegung der nationalen Krise angesehen werden. Der Diskurs aus Santa Cruz, den Westen des Landes im Sinne einer Übertragung des als erfolgreich angesehenen Cruzener Modells zu »orientalisieren«, steht beispielhaft für dieses Unterfangen, war aber für die Mehrheit der Indigenen und Subalternen auf nationaler Ebene unzureichend. Zwei politische Ereignisse setzten diesem Vorhaben jedoch ein baldiges Ende: Zum einen machte der Kongress, auf Druck des Militärs und der Katholischen Kirche, die Ambitionen von Senatspräsident Hormando Vaca Díez (Santa Cruz, MNR) und Kammerpräsident Mario Cossío (Tari-

---

58 Vgl.: Alberto A. Zalles: Una pieza más en el rompecabezas boliviano. In: Nueva Sociedad. 201/2006. S. 24.

59 Vgl.: Martín Sivak: Santa Cruz: una tesis. S. 23.

60 Vgl.: Ximena Soruco: De la goma a la soya. S. 84.

61 Vgl.: Jean-Pierre Lavaud: El embrollo boliviano: turbulencias sociales y desplazamientos políticos, 1952-1982. La Paz 1998. S. 292.

62 Vgl.: Martín Sivak: Santa Cruz: una tesis. S. 47.

ja, MNR) auf die Präsidentschaft zunichte und zum anderen verlor der von den Eliten des *Oriente* favorisierte Jorge Quiroga die Präsidentschaftswahlen im Dezember 2005 gegen Evo Morales. Auch wenn der Traum von der (nationalen) Hegemonie in Santa Cruz weiter geträumt wurde, so liegen im Vorgenannten die wesentlichen Gründe für die regionale Abkapselung und das Absichern wenigstens der regionalen Hegemonie sowie der Ressourcen über die Autonomie. Die Einschätzung von Errejón Galván, in Anlehnung an García Linera, bringt es auf den Punkt: »Als ihr diskursiver Horizont nicht auf die nationale Ebene ausgeweitet werden konnte, als die neoliberalen Voraussetzungen im Westen gescheitert waren, sahen sich die Eliten des *Oriente* gezwungen, ihren Diskurs über die natürlichen Ressourcen in einen Wall der regionalen Abschottung umzuwandeln.«<sup>63</sup> Trotz allem kommen die neuen nationalen Eliten nicht mehr umhin, Santa Cruz zumindest als ökonomischen Machtpol in ihre Überlegungen einzubeziehen und täten gut daran, seine Akteure auch auf der politischen Ebene einzubinden.

#### 4. Die soziale und juristische Realität der Autonomie

Die politische Forderung nach Autonomie aus Santa Cruz ist eine Seite der Medaille, die Implementierung und ihre soziale und juristische Seite eine andere. Zunächst soll auf das 2007 verfasste Autonomiestatut eingegangen werden, das sich wesentlich an jenem der autonomen Gemeinschaft von Katalonien (Spanien) orientiert und als dessen hauptsächlicher Verfasser Juan Carlos Urenda Díaz gilt, bevor der Prozess der eigentlichen juristischen Umsetzung skizziert wird.

##### *Das Autonomiestatut von Santa Cruz*

»... die zentralen Punkte des aktuellen Autonomiestatutes von Santa Cruz, das von einem nicht vom Volk gewählten, sondern vom Bürgerkomitee ernannten Expertengremium aufgesetzt und in einem illegalen Referendum – nach der alten Verfassung, die keine departementalen Autonomien anerkannte – bestätigt wurde, sind jene, die für die Departementautoritäten die Macht über den Boden, die natürlichen und energetischen Ressourcen, die Telekommunikation, den Transport und die fiskalischen Angelegenheiten reklamieren.«<sup>64</sup>

Die historischen Entwicklungen in Bezug auf die Autonomie liefern zwar einige Erklärungsansätze, um den Charakter derselben jedoch besser zu verste-

63 Íñigo Errejón Galván: La crisis estatal en Bolivia. S. 13.

64 Ebenda. S. 16.

hen, ist es notwendig das Autonomienstatut von Santa Cruz etwas genauer zu analysieren. Die Aussage von Errejón Galván den allgemeinen Charakter des Autonomiestatutes von Santa Cruz auf den Punkt bringt, konkretisiert Ströbele-Gregor, indem sie verdeutlicht, dass es »mit der Verfassung eines unabhängigen Staates verglichen werden« kann.<sup>65</sup> Das Statut dient dazu, die »Verfügung über alle natürlichen Ressourcen« zu gewährleisten; die »Reduzierung des privaten Großgrundbesitzes und die Revision der Latifundien« auszuschließen; die Migranten aus dem Hochland von Konzessionen auf Staatsland fernzuhalten; eine »Einschränkung der politischen Teilhabe der indigenen Völker« des Tieflandes, von denen überhaupt nur die fünf zahlenmäßig stärksten anerkannt werden, vorzunehmen sowie weder die urbanen Indigenen noch die Migranten aus dem Hochland über Entwicklungsprojekte an den Einnahmen aus der Erdgas- und Erdölförderung des Departements zu beteiligen.<sup>66</sup> Das 2008 verabschiedete Autonomiestatut von Santa Cruz wird von der Regierung aufgrund einer fehlenden Regelung in der alten Verfassung nach wie vor als illegal angesehen.

Einer der größten Reibungspunkte zwischen der neuen bolivianischen Verfassung und dem Autonomiestatut von Santa Cruz ist sicherlich die Landfrage. An dieser Stelle sei vermerkt, dass das Autonomiestatut in Artikel 6 Punkt 9 Land(besitz und -verteilung) als exklusive Kompetenz der Departementregierung ansieht.<sup>67</sup> Hinzu tritt in Artikel 102 die Zuständigkeit der departementalen Regierung in Fragen des Eigentumsrechtes an Land sowie die Regulierung der Rechte, der Verteilung, Umverteilung und Verwaltung von Land in Santa Cruz. Dafür sollen ein eigenes Gesetz (*Ley departamental*) erlassen sowie ein eigener Rat (*Consejo Agrario Departamental*) und ein eigenes Institut (*Instituto Departamental de Tierras*) eingerichtet werden.<sup>68</sup> Neben der Zuständigkeit bleibt die zu klärende Frage, wer durch die Landverteilung begünstigt wird: die Tieflandindigenen, indigene Migranten aus dem Hochland und Landlose oder der privatwirtschaftliche, agroindustrielle

65 Juliana Ströbele-Gregor: Kampf um Land. In: Tanja Ernst / Stefan Schmalz (Hrsg.): Die Neugründung Boliviens. Die Regierung Morales. Baden-Baden 2009. S. 149ff.

66 Vgl.: Ebenda. Es ist zu befürchten, dass damit ein Keil zwischen Tiefland-Indigene und die sich evt. als *Cambas* definierende Bevölkerung sowie die in abwertender Weise als *Kollas* bezeichneten Migranten aus dem Hochland getrieben werden soll.

67 Vgl.: Estatuto del departamento autónomo de Santa Cruz 2007. Die Rede ist nicht nur von ausschließlicher Gesetzgebung, sondern auch von »*potestad reglamentaria*« und »*función ejecutiva*«. Der Katalog dieser exklusiven Kompetenzen umfasst 43 Punkte / Aufgabengebiete, zu welchen u.a. auch »*administración de bienes y rentas*«, »*planificación estratégica departamental*« sowie weiterhin Bildung, Kultur und Wissenschaft gehören. Was die Ordnungskräfte angeht, so findet sich in Artikel 69 des Statutes der Hinweis auf die Aufstellung eigener Einheiten, die in »Koordination« mit der nationalen Polizei arbeiten.

68 Vgl.: Ebenda. Artikel 106 und 107.

und mit den Eliten verbundene Sektor.<sup>69</sup> Wie Urioste und Sanjines feststellen, würde die Umsetzung der Autonomie in Santa Cruz nichts an der Landverteilung ändern und die momentanen ungerechten Landbesitzverhältnisse aufrechterhalten.<sup>70</sup> Eine Lösung wäre die Abänderung der exklusiven in geteilte Kompetenzen zwischen nationaler, Departement- und kommunaler Ebene, so wie im Autonomiestatut von Pando vorgesehen.<sup>71</sup>

*Tabelle 2: Ressourcen in der neuen Verfassung und im Autonomiestatut von Santa Cruz*

	Neue Verfassung	Autonomiestatut Santa Cruz
Eigentümer der natürlichen Ressourcen	Bolivianisches Volk	Departmentregierung
Konzessionsgeber	Staat	Departmentregierung
Auftraggeber / Verwaltung	Staat	Privat
Nutznieser	Öffentliche, soziale und Gemeinschaftsunternehmen	Einzelperson und Privatunternehmen
Vertragstyp	Assoziierung (gemischt)	Konzessionen
Volksbefragung	Ja	Nein
Privates Recht	Vom Staat anerkannt und vergeben	Vollständig

Quelle: Silvia Chávez Reyes / Carlos Böhrh Irahola: ¿Son compatibles los proyectos de Constitución y los de estatutos autonómicos? In: Puentes para un diálogo democrático. La Paz 2008. S. 49. Tab. 4.

Eine weitere bedeutende Frage ist jene nach den Einnahmen aus den Rohstofflösen (v.a. Erdgas) und deren Umverteilung über die direkte Steuer auf Kohlenwasserstoffe (IDH). Im Autonomiestatut wird zwar erwähnt, dass das Departement Santa Cruz an den IDH-Einnahmen partizipiert<sup>72</sup>, eine Kon-

69 Vgl.: José Antonio Peres A. et al.: Análisis de las políticas, conflictos y relaciones de poder sobre la tenencia de la tierra en Bolivia. La Paz 2008. S. 12. Zur Entwicklung des Ley INRA und der Landumverteilung bzw. -titulierung (*saneamiento*) vgl. den Beitrag von Sven Schaller im ersten Halbband.

70 Vgl.: Miguel Urioste: La demanda autonómica y la tierra. La Paz 2005. S. 4 sowie Esteban Sanjines Delgadillo: El factor tierra en los estatutos autonómicos. La Paz 2008. S. 3.

71 Vgl.: Silvia Chávez Reyes / Carlos Böhrh Irahola: ¿Son compatibles los proyectos de Constitución y los de estatutos autonómicos? In: Puentes para un diálogo democrático. La Paz 2008. S. 57.

72 Vgl.: Estatuto del departamento autónomo de Santa Cruz, 2007. Art. 122.

kretisierung bzw. ein Verteilungsschlüssel wurde jedoch nicht festgeschrieben, da dies nationale Kompetenzen tangiert hätte. Gerade der Konflikt im September 2008 hat aber gezeigt, dass die Verteilung der IDH ein sensibles Thema ist, da die so generierten Renten sowohl für die Haushalte der Zentralregierung wie auch für jene der Departements von enormer Bedeutung sind.

### *Implementierung der departementalen Autonomie*

Nach dem positiven Ausgang des Verfassungsreferendums vom 25. Januar 2009 und der Verabschiedung der Neuen Politischen Verfassung (*Nueva Constitución Política del Estado* - NCPE) durch den Kongress galt es, die potentiell gleichrangigen Autonomien (indigen, municipal, regional, departemental) mit den politischen und juristischen Realitäten Boliviens in Einklang zu bringen – ein Prozess, der sich noch in der Umsetzung befindet und von Analysten wie Zegada als langwierig und mit vielen politischen Spannungen verbunden angesehen wird.<sup>73</sup> Wie im Oktober 2009 bekannt wurde, existierten im staatlichen Haushalt so gut wie keine Gelder für die Implementierung der verschiedenen Autonomieformen, weshalb die Regierung, die bis dato keine Aussage über die Höhe der Kosten treffen konnte, bereits unterschiedliche Finanzierungsmodelle evaluierte.<sup>74</sup> Was bedeutet das nun für die Implementierung der Autonomie in Santa Cruz und auf welchem Stand befindet sich diese?

Die Umsetzung der Autonomien ist für die Jahre 2010 und 2011 vorgesehen. Die folgende Übersicht veranschaulicht den »Fahrplan«, der zur departementalen Autonomie führen soll.

---

73 Selema Meza Tiga: Autonomías: prevén largo proceso de aplicación. In: Opinión, 18. Mai 2010. URL: <http://www.opinion.com.bo/18/05/2010/implementar-las-autonomias-sera-un-proceso-largo-y-con-muchas-tensiones/> (Abruf 25. Mai 2010).

74 Vgl.: Boris Miranda Espinoza: No hay recursos para implementar la autonomía departamental en Bolivia. In: La Prensa vom 19.10.2009.

Tabelle 3: *Autonomie-»Fahrplan«*

Termin	Ereignis
30. Mai 2010	Amtsantritt der Departementabgeordneten ( <i>asambleístas departamentales</i> )
22. Juli 2010	Verkündung des Gesetzes <i>Ley Marco de Autonomías y Descentralización</i>
22. Juli 2010	Verkündung des Gesetzes <i>Ley del Tribunal Constitucional</i>
Dezember 2010	Wahl der Mitglieder des <i>Tribunal Constitucional Plurinacional</i>
Januar 2011	Amtsantritt der gewählten Mitglieder des <i>Tribunal Constitucional Plurinacional</i>
Februar 2011	Vorlage der über Referenden bestätigten Autonomiestatute
Mai 2011	Vorlage der über die Departementversammlung bestätigten Autonomiestatute
September 2011	Bestätigungsreferenden

Quelle: Abgeordnete Betty Tejada.<sup>75</sup>

Von besonderer Bedeutung ist dabei die Angleichung des Autonomiestatutes von Santa Cruz an die neue bolivianische Verfassung bzw. an das Autonomierahmengesetz im Hinblick auf die Kompetenzen der jeweiligen Regierungsebenen. Da bislang keine Einigung zwischen der Zentralregierung und der Präfektur erzielt werden konnte, liegt es in den Händen des *Consejo Departamental* bzw. der neuen *Asamblea Departamental* von Santa Cruz, einen Konsens über die Harmonisierung zu erreichen, was ab 1. Juni 2010 erfolgen soll.<sup>76</sup> Im Mai 2010 stimmten beide Kammern des bolivianischen Kongresses für das aus 20 Artikeln bestehende Autonomie-Übergangsgesetz (*Ley de transición de autonomías*, umbenannt in *Ley transitoria para el funcionamiento de las entidades territoriales autonómicas*), das bis zur Verabschiedung des Rahmengesetzes für Autonomien und Dezentralisierung (*Ley marco de autonomías y descentralización*) am 22. Juli 2010 Bestand haben wird.<sup>77</sup> Das Übergangsgesetz ist notwendig, da am 30. Mai die Präfekturen zu

75 Vgl.: Cambio: Autonomía: ley corta llenará 6 vacíos. 11. Mai 2010. URL: <http://www.cambio.bo/noticia.php?fecha=2010-05-11&idn=18894> (Abruf 15. Mai 2010).

76 Vgl.: Boris Miranda Espinoza. In: La Prensa, 19.10.2009. Das könnte sich als schwierig erweisen, da keine politische Kraft in der neuen Departementversammlung nach den Wahlen von April 2010 über die zur Modifizierung notwendigen zwei Drittel verfügt, was politische Verhandlungen erzwingt (Vgl. dazu das Interview in Cambio mit Carlos Romero, Minister für Autonomie: »Autonomía plena se rezagará hasta 2011 sin ley transitoria«. URL: <http://www.cambio.bo/noticia.php?fecha=2010-05-18&idn=19284> (Abruf 20. Mai 2010) oder einmal mehr ein »*empate catastrófico*« wahrscheinlich werden lässt.

77 Veränderungen an drei Artikeln des Gesetzes riefen den Protest der Opposition bzw. der Autonomiebefürworter hervor. Die Modifikationen sehen die Suspendierung von Amtsträgern

einer autonomen Departementregierung und der Departementrat zu einer Departementversammlung umgewandelt werden. Mit dem Übergangsgesetz gehen automatisch 36 exklusive Kompetenzen auf die Regierungen der autonomen Departements über, welche in Artikel 300 der NCPE festgelegt wurden.<sup>78</sup> Nach der Verabschiedung des Rahmengesetzes werden die Autonomiestatute der Departements an dieses angepasst, dann von der *Asamblea Departamental* bestätigt und abschließend von der *Asamblea Legislativa Plurinacional* (ehemals Kongress - ALP) ratifiziert; ein Prozess, der sich bis 2011 hinziehen wird.<sup>79</sup> Die aktuelle Debatte über das Autonomierahmengesetz in der Autonomiekommission der ALP zeigt, dass die Vertreter aus Santa Cruz den bisherigen Gesetzentwurf nicht ohne wesentliche Veränderungen akzeptieren werden und dass die politischen Eliten des Tieflandes sich über einen neuen *pacto fiscal* weitere Ressourcen sichern wollen.<sup>80</sup> Die MAS hingegen kündigte an, die Autonomiestatute von Beni, Pando, Santa Cruz und Tarija über die Departementversammlungen in ihrem Sinne abschwächen zu wollen.<sup>81</sup> Die beiderseitige Vorgehensweise, mit Vorwürfen der Opposition hinsichtlich verfassungswidriger Maßnahmen der Regierung auf der einen sowie dem Verweis der MAS auf die Illegalität der Autonomiereferenden von 2008 auf der anderen Seite, knüpft nahtlos an den Aushandlungsprozess der neuen Verfassung an und zeigt erneut die festgefahrenen politischen Verhältnisse in Bolivien.

---

(u.a. auch der Departementsgouverneure), wenn gegen sie ein juristisches Verfahren eingeleitet wird, sowie den Modus zur Neubesetzung der Posten vor. Das ist insofern relevant, als derzeit gegen die oppositionellen Gouverneure Mario Cossio (Tarija), Rubén Costas (Santa Cruz), Ernesto Suárez (Beni) und weitere Politiker wegen Verwendung von öffentlichen Mitteln im Zusammenhang mit der Durchführung der illegalen Autonomiereferenden im Jahr 2008 ermittelt wird. Vgl.: Bolivien: Senat verabschiedet Autonomie-Übergangsgesetz. In: Quetzal Leipzig vom 22. Mai 2010. URL: [http://www.quetzal-leipzig.de/nachrichten/bolivien/\\_bolivien-senat-verabschiedet-autonomie-uebergangsgesetz-19093.html](http://www.quetzal-leipzig.de/nachrichten/bolivien/_bolivien-senat-verabschiedet-autonomie-uebergangsgesetz-19093.html) (Abruf 23. Mai 2010). Die Opposition kündigte an, drei Entwürfe für das Autonomierahmengesetz in die Debatte einbringen zu wollen. Vgl.: Cambio: Autonomía: ley corta llenará 6 vacíos, 11. Mai 2010.

78 Vgl.: Seleme Meza Tiga. In: Opinión. 23. Mai 2010.

79 Vgl.: Antonio Peredo Leigue: Autonomías. El desafío es grande. In: Rebelión. 14.04.2010. URL: <http://www.rebellion.org/noticia.php?id=104074> (Abruf 24. Mai 2010).

80 Vgl.: Henry Ugarte A.: Apresuran las audiencias y el MAS encamina la ley marco. In: El Deber, 7. Juli 2010. URL: <http://www.eldeber.com.bo/2010/2010-07-07/vernotanacional.php?id=100706233812> (Abruf 7. Juli 2010).

81 Vgl.: La Prensa: El MAS pretende moderar los cuatro estatutos autonómicos. In: La Prensa, 7. Juli 2010. URL: [http://www.laprensa.com.bo/noticias/7-7-2010/noticias/07-07-2010\\_440.php](http://www.laprensa.com.bo/noticias/7-7-2010/noticias/07-07-2010_440.php) (Abruf 7. Juli 2010).

## 5. Ausblick

Im Gegensatz zur MAS, die, getragen von den sozialen Bewegungen des Landes, an die Macht gekommen ist, war und ist die Autonomiebewegung des Tieflandes ein von den Eliten aus Santa Cruz gesteuertes politisches Projekt, das keinen nationalen Gestaltungsanspruch entwickelt hat und immer mehr zu einem reinen Abwehrmechanismus aus Angst vor dem Verlust von politischem und wirtschaftlichem Einfluss degeneriert ist.<sup>82</sup> Während auf der ökonomischen Seite die Frage der Verteilung des Bodens (Agrarreform) und der Gewinne aus der Erdgas- und Erdölförderung im Vordergrund steht, ist es auf politischem Gebiet der nach dem Ende der paktierten Demokratie einsetzende Bedeutungsverlust, der den traditionellen Eliten Kopfzerbrechen bereitet. Hinzu kommt die zusätzliche Herausforderung durch die erfolgreiche Etablierung der MAS und ihres hegemonialen Projektes der »demokratisch-kulturellen Revolution«.

Das im Prozess der Verfassunggebenden Versammlung gezeigte Festhalten an der Forderung nach einem größeren Anteil bei der Allokation der nationalen Ressourcen und den daraus resultierenden Einnahmen mag aufgrund der derzeitigen Erwirtschaftung von mehr als einem Viertel des nationalen Bruttoinlandsproduktes durch das Departement Santa Cruz angemessen erscheinen. Bei historischer Betrachtung der Entwicklung von Santa Cruz, insbesondere im Hinblick auf die aktive Rolle des Zentralstaates, ist die Forderung aber nicht haltbar. In nicht allzu ferner Zukunft wird sich – Autonomie hin oder her – darüber hinaus erweisen, ob das flächenintensive und wenig nachhaltige Entwicklungsmodell (falls ein derartiges normatives Modell überhaupt existiert), auf das man in Santa Cruz setzt, auf einem soliden Fundament steht oder ob der enorme Ressourcenverbrauch (z.B. intensive Waldabholzungen im Zuge der Ausweitung monokultureller Anbauflächen für Soja) bei gleichzeitiger Abhängigkeit vom Regional- bzw. Weltmarkt nicht die falsche Richtung war, die gewählt wurde.<sup>83</sup>

Mit dem Konflikt zwischen Region und Zentralstaat, auf den neben den politischen Akteuren, wie der Präfektur oder dem *Comité Pro Santa Cruz* auch renommierte Historiker wie José Luis Roca<sup>84</sup> fokussieren, kann die po-

82 Vgl.: Helena Argirakis: Ser cruceña en el gobierno de Evo. In: Maristella Svampa / Pablo Stefanoni / Bruno Fornillo: Balance y Perspectivas. Intelectuales en el primer gobierno de Evo Morales. La Paz 2010. S. 80f.

83 Vgl. dazu: Gustavo Medeiros Urioste: Evolución y características del sector sojero en Bolivia. In: Soruco (Hg.) 2008. S. 230ff.

84 Vgl.: José Luis Roca: Regionalism revisited. In: John Crabtree / Laurence Whitehead (eds.): Unresolved tensions: Bolivia past and present. Pittsburgh, 2008. Vgl. dazu ebenfalls den Artikel von Rossana Barragán in derselben Publikation sowie die Rezension des Buches von

litische Situation des Departements Santa Cruz nur unzureichend erklärt werden, da bei genauer Betrachtung weitere Konfliktlinien zutage treten, die vor allem die internen Verhältnisse der Region widerspiegeln. Diese Konfliktlinien verlaufen »entlang der Klassenzugehörigkeit, der ethnischen und der regionalen Zugehörigkeit.«<sup>85</sup> So sind das Umland und Teile der Stadt Santa Cruz geprägt durch einen hohen Anteil an indigenen Migranten aus dem andinen Hochland, die das mediale Bild des »weißen« und europäischstämmigen Tieflandes zu einer Schimäre werden lassen und zugleich die (zunehmenden) Wahlergebnisse der MAS in Santa Cruz erklären. Jene Entwicklung stellt aber keinen »Selbstlauf« dar und die Regierung muss die politischen und sozialen Besonderheiten und Interessen der Region und ihrer Eliten wesentlich mehr artikulieren und in ihre Politik einbeziehen. Nur der von beiden Seiten angestrebte Dialog verhindert ein weiteres Auseinanderdriften zwischen Hoch- und Tiefland bzw. den Regionen, welches zwar nicht in einem offenen Separatismus, aber in jenem schon des Öfteren bemühten »katastrophalen Patt« münden würde. Dafür ist auch eine Demokratisierung des bislang vor allem von den Eliten dominierten politischen Diskurses (inkl. Autonomieprozess) in Santa Cruz notwendig, was ein Aufbrechen der existierenden Machtstrukturen und die Emergenz neuer, starker Akteure unabdingbar erscheinen lässt.<sup>86</sup>

### *Literatur*

- Albó C., Xavier / Barrios Suvelza, Franz X.: Por una Bolivia plurinacional e intercultural con autonomías. La Paz, 2006.
- Argirakis, Helena: Ser cruceña en el gobierno de Evo. In: Svampa, Maristella / Stefanoni, Pablo / Fornillo, Bruno: Balance y Perspectivas. Intelectuales en el primer gobierno de Evo Morales. La Paz 2010. S. 75-95.
- Assies, Willem: La »Media Luna« sobre Bolivia: nación, región, etnia y clase social. In: América Latina hoy. 43 (2006). S. 87-105.

---

Jeffery R. Webber in International Socialism. Issue 125/ 2010. URL: <http://www.isj.org.uk/index.php?id=620&tissue=125> (Abruf 25. Mai 2010).

- 85 Ströbele-Gregor 2009. S. 141. Die internen Strukturen und Konflikte von Santa Cruz aufzuzeigen, muss aus Platzgründen an anderer Stelle getan werden. Vgl. dazu: Claudia Peña Claros / Alejandra Boschetti: Desafiar el mito cambia-colla. Interculturalidad, poder y resistencia en el Oriente boliviano. La Paz 2008.
- 86 Die eindimensionale Ausrichtung der Eliten aus Santa Cruz hat bereits zur Entstehung des Mittelklassebündnisses »Santa Cruz somos todos« beigetragen und Kritik aus den eigenen Reihen auf sich gezogen. Vgl.: Pablo J. Deheza: Autonomía: el fracaso de la estrategia. In: Semanario Uno. Nr. 321 (2009). S. 4-6.

- Caballero Espinoza, Angela María: *Iyambae. Gestión Pública Intercultural para el Autogobierno*. Camiri 2008.
- Cabrera, Adalid: *Apuntes sobre la situación en Bolivia: El conflicto boliviano desnuda el colonialismo*. Interview mit Ximena Soruco. In: *La Epoca*, 30.09.2008.
- Cambio: »Autonomía: ley corta llenará 6 vacíos«. 11. Mai 2010. URL: <http://www.cambio.bo/noticia.php?fecha=2010-05-11&idn=18894> (Abruf 15. Mai 2010).
- Cambio: »Autonomía plena se rezagará hasta 2011 sin ley transitoria«. 18. Mai 2010. URL: <http://www.cambio.bo/noticia.php?fecha=2010-05-18&idn=19284> (Abruf 20. Mai 2010).
- Chávez León, Marxa N.: »Autonomías indígenas« y »Estado Plurinacional«. *Proyectos políticos de los movimientos indígenas y campesinos en Bolivia*. In: *OSAL*. IX (2008) 24. S. 51-71.
- Chávez Reyes, Silvia / Böhrtr Irahola, Carlos: *¿Son compatibles los proyectos de Constitución y los de estatutos autonómicos?* In: *Puentes para un diálogo democrático*. La Paz 2008.
- Deheza, Pablo J.: *Autonomía: el fracaso de la estrategia*. In: *Semanario Uno*. Nr. 321/2009. S. 4-6.
- del Río, Marco A. / Sandoval, Ada: *Santa Cruz en la democracia neoliberal*. In: Sandoval, D. et al.: *Santa Cruz: Economía y poder 1952-1993*. La Paz 2003.
- Eaton, Kent: *Backlash in Bolivia: Regional Autonomy as a Reaction against Indigenous Mobilization*. In: *Politics & Society*. Vol. 35 (2007) 1. S. 71-102.
- Errejón Galván, Íñigo: *La crisis estatal en Bolivia. De la llegada al gobierno del Movimiento Al Socialismo a los Referendos revocatorios*. In: *Papeles de trabajo »América Latina siglo XXI«*. 2008. S. 1-30.
- Errejón Galván, Íñigo: *La victoria siempre incompleta. Perspectivas políticas tras el referéndum constitucional*. In: *Viento Sur*. Nr. 102/2009. S. 23-30.
- Espósito Guevara, Carla: *El discurso del movimiento autonomista: El Comité Cívico Pro Santa Cruz y la Nación Camba. Proyecto de clase, regionalismo y discursos racistas*. In: *Defensoría del Pueblo / Universidad de la Cordillera: Observando el Racismo*. La Paz 2009.
- Estatuto del departamento autónomo de Santa Cruz*. Santa Cruz de la Sierra 2007.
- García Linera, Álvaro: *La potencia plebeya: Acción colectiva e identidades indígenas, obreras y populares en Bolivia*. Buenos Aires 2008.

- Gustafson, Bret: Spectacles of Autonomy and Crisis: Or, what Bulls and Beauty Queens have to do with Regionalism in Eastern Bolivia. In: Journal of Latin American Anthropology. Vol. 11 (2006) 2. S. 351-379.
- Gustafson, Bret: By means legal and otherwise: the Bolivian right regroup. In: NACLA Report on the Americas. Vol. 41 (2008) 1. S. 20-25.
- Instituto Nacional de Estadística (INE): Estadísticas e indicadores socioeconómicos del departamento de Santa Cruz. La Paz 2009.
- Jost, Stefan: Bolivien nach dem politischen Erdbeben. In: GIGA Focus Lateinamerika. Nr. 2/2006. S. 1-15.
- Knoop, Joachim: Fallbeispiel: Brasilien. In: FES: Dezentralisierung und kommunale Selbstverwaltung : zur kommunalpolitischen Projektarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Afrika, Asien, Lateinamerika. Bonn 1999. S. 130-137.
- La Prensa: El MAS pretende moderar los cuatro estatutos autonómicos. In: La Prensa. 7. Juli 2010. URL: [http://www.laprensa.com.bo/noticias/7-7-2010/noticias/07-07-2010\\_440.php](http://www.laprensa.com.bo/noticias/7-7-2010/noticias/07-07-2010_440.php) (Abruf 7. Juli 2010).
- Lavaud, Jean-Pierre: El embrollo boliviano: turbulencias sociales y desplazamientos políticos, 1952-1982. La Paz 1998.
- Lessmann, Robert: Das verhüllte Gesicht der Drogenökonomie in Bolivien. In: Sevilla, Rafael / Benavides, Ariel (Hrsg.): Bolivien – Das verkannte Land? Bad Honnef 2001. S. 246-257.
- Mayorga Ugarte, Fernando: Referéndum y asamblea constituyente: autonomías departamentales en Bolivia. In: Colombia Internacional. No. 64/2006. S. 50-67.
- Medeiros Urioste, Gustavo: Evolución y características del sector sojero en Bolivia. In: Soruco, Ximena (Hrsg.): Los barones del Oriente. El poder en Santa Cruz ayer y hoy. La Paz 2008. S. 173-240.
- Meza Tiga, Selema: Autonomías: prevén largo proceso de aplicación. In: Opinión. 18. Mai 2010. URL: <http://www.opinion.com.bo/18/05/2010/implementar-las-autonomias-sera-un-proceso-largo-y-con-muchas-tensiones/> (Abruf 25. Mai 2010).
- Miranda Espinoza, Boris: No hay recursos para implementar la autonomía departamental en Bolivia. In: La Prensa vom 19.10.2009.

- Peña Claros, Claudia: La conformación histórica del poder y las elites en Santa Cruz. In: Prado Salmón, Fernando / Seleme Antelo, Susana, Peña Claros, Claudia: Poder y elites en Santa Cruz: Tres visiones sobre un mismo tema. Santa Cruz de la Sierra 2007. S. 69-145.
- Peredo Leigue, Antonio: Autonomías. El desafío es grande. In: Rebelión. 14.04.2010. URL: <http://www.rebelion.org/noticia.php?id=104074> (Abruf 24. Mai 2010).
- Peres A., José Antonio et al.: Análisis de las políticas, conflictos y relaciones de poder sobre la tenencia de la tierra en Bolivia. La Paz 2008.
- Prado Salmon, Fernando: Poder y elites hoy: Quiénes son y cómo ejercen su poder. In: Prado Salmón, Fernando / Seleme Antelo, Susana, Peña Claros, Claudia: Poder y elites en Santa Cruz: Tres visiones sobre un mismo tema. Editorial El País: Santa Cruz de la Sierra 2007. S. 147-210.
- Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo (PNUD): Informe de desarrollo humano en Santa Cruz 2004. La Paz, 2004.
- Quiroga, Yesko: Bolivien: Revolution in der Demokratie? In: Institut für Ibero-Amerikakunde (Hrsg.): Lateinamerika Analysen. Jg. 14 (2006) 2. S. 75-111.
- Quitzsch, Florian: Die »Elite« von Santa Cruz. Ökonomische Basis und politischer Anspruch. In: Online-Magazin Quetzal Leipzig. Januar 2009. URL: <http://www.quetzal-leipzig.de/lateinamerika/bolivien/die-elite-von-santa-cruz-okonomische-basis-und-politischer-anspruch-19093.html> (Abruf 15. Mai 2010).
- Ramírez Gallegos, Franklin / Stefanoni, Pablo: Potencia societal, empate castrófico y contrahegemonía en Bolivia. In: Argumentos. Sonderausgabe 48-49 (2005). S. 91-105.
- Regalsky, Pablo: Propuestas autonómicas y crisis de gobernabilidad en Bolivia en un contexto de globalización y etnicidad. In: Revista Cultura y Religión. März 2007. S. 1-13.
- Roca, José Luis: Regionalism revisited. In: Crabtree, John / Whitehead, Laurence (eds.): Unresolved tensions: Bolivia past and present. Pittsburgh 2008. S.
- Rojas Ortuste, Gonazalo: Cultura política de las élites en Bolivia (1982-2005). La Paz 2009.
- Sivak, Martín: Santa Cruz: una tesis. El conflicto regional en Bolivia (2003-2006). La Paz 2007.

- Soruco, Ximena: De la goma a la soya. El proyecto histórico de la élite cruceña. In: Soruco, Ximena (Hrsg.): Los barones del Oriente. El poder en Santa Cruz ayer y hoy. La Paz 2008. S. 1-100.
- Ströbele-Gregor, Juliana: Kampf um Land. In: Ernst, Tanja / Stefan Schmalz (Hrsg.): Die Neugründung Boliviens. Die Regierung Morales. Baden-Baden, 2009. S. 141-153.
- Ugarte A., Henry: Apresuran las audiencias y el MAS encamina la ley marco. In: El Deber. 7. Juli 2010. URL: <http://www.eldeber.com.bo/2010/2010-07-07/vernotanacional.php?id=100706233812> (Abruf 7. Juli 2010).
- Vacaflares R., Carlos / Lizárraga, Pilar A.: La lucha por el excedente del gas y la resignificación de las contradicciones de la identidad regional en Bolivia. Proyectos de dominación y resistencia en una región productora de hidrocarburos. In: OSAL. 6 (2005) 17. S. 21-31.
- Weisbrot, Mark / Sandoval, Luis: The Distribution of Bolivia's Most Important Natural Resources and the Autonomy Conflicts. In: Center for Economic and Policy Research. 2008. S. 1-17.
- Winter, Johannes: Regionalentwicklung durch Agrarkolonisation? Erfahrungen aus Bolivien. In: Bolivia. Nr. 146/ 2006. S. 42-45.
- Zalles, Alberto A.: Una pieza más en el rompecabezas boliviano. In: Nueva Sociedad. 201/ 2006. S. 20-32.
- Zegada, María Teresa et al.: Intellectual tendencies in the debate for autonomies. In: T'inkazos. Vol. 2 (2006) 2. S. 41-56.

JHONNY LAZO ZUBIETA

## Die Mojeños in Beni Von der ethnischen zur politischen Identität

### *Einleitung*

Der vorliegende Artikel soll die Frage klären, ob der Marsch der indigenen Bevölkerung aus der Mojos-Ebene als »soziale Bewegung« zu bewerten ist. Gleichzeitig soll untersucht werden, ob die Mojeños durch den »Marsch für Land und Würde« im Jahr 1990 den Übergang von einer ethnischen Identität zu einer politischen, aber nicht parteilichen Identität vollzogen haben. Es werden also zwei Ziele verfolgt: Erstens soll gezeigt werden, dass die Mojeño-Bewegung eine soziale Bewegung ist und zweitens soll nachgewiesen werden, dass diese indigenen Völker den Übergang von einer ethnischen zu einer politischen Identität ohne parteilichen Charakter vollzogen haben.

Zunächst sollen drei Perspektiven betrachtet werden, die Touraine als notwendige Bedingungen formuliert, um eine Gemeinschaft in Aktion (in diesem Fall die Mojeño-Bevölkerung) auch als »soziale Bewegung« zu definieren. Nachfolgend werden die Fragen untersucht, mit deren Hilfe Raquel Gutiérrez festzustellen versucht, ob die Gruppierung als »soziale Bewegung« eingestuft werden kann.

Nachdem die Mojeño-Bewegung als »soziale Bewegung« definiert wurde, soll am Beispiel des Marsches dieser Bevölkerungsgruppe im Jahr 1990 der *Übergang von der ethnischen Identität zur politischen Identität* ohne parteilichen Charakter gezeigt werden. Dieser zweite Teil der Analyse basiert auf den Theorien von Klandermans.<sup>1</sup>

Klandermans legt fünf Bedingungen für soziale Bewegungen fest. Sie markieren den Übergang von der kollektiven ethnischen Identität zur kol-

---

1 Vgl.: Bert Klandermans: La construcción social de la protesta y los campos pluriorganizados. In: Enrique Laraña / Joseph R. Gusfield.: Los nuevos movimientos sociales: de la ideología a la identidad. Centro de Investigaciones Sociológicas. Madrid 1994. S. 166-189.

lektiven politischen Identität. Soziale Bedeutungsräume und Dispositionen spielen auf dem Weg von der ethnischen Identität zum kollektiven politischen Handeln eine entscheidende Rolle.

Im Anschluss soll der Vergleich untersucht werden, den Alberto Melucci zwischen »sozialen Bewegungen« und »kollektiver Identität« zieht. Er erwähnt wichtige Aspekte, mit deren Hilfe der »Marsch für Land und Würde« als »soziale Bewegung« und als Entstehungsphase einer »kollektiven Identität« klassifiziert werden kann, durch die der Übergang von der ethnischen Identität zur politischen Identität möglich wurde.

Abschließend soll analysiert werden, ob die territorialen Forderungen der indigenen Bevölkerung durch den neuen Staatspräsidenten Evo Morales umgesetzt wurden und wie stark die politische Partizipation der indigenen Bewegung Boliviens unter der Regierung der Bewegung zum Sozialismus (*Movimiento al Socialismo* – MAS) ist.

Zu Beginn muss erwähnt werden, dass die Marschroute der indigenen Bewegung nach dem Vorbild des Mojeños Pedro Ignacio Muiba<sup>2</sup> abgesteckt wurde, der zu Beginn des 19. Jahrhunderts von Trinidad über Lima nach Buenos Aires und zurück über La Paz nach Trinidad lief, um mit den Kämpfern für die Unabhängigkeit Lateinamerikas zusammenzutreffen.<sup>3</sup>

## 1. Die Mojeños als »soziale Bewegung«

### 1.1. Grundlegende Aspekte sozialer Bewegungen

*Alain Touraine* nennt drei grundlegende Aspekte, die soziale Bewegungen aufweisen müssen, um als solche eingestuft zu werden<sup>4</sup>.

a. *Das Prinzip der Identität* verlangt die Identifikation des Akteurs oder der Beteiligten mit der Bewegung, die sich stets in einem bewussten Konflikt befindet<sup>5</sup>, welcher sich wiederum auf das historische Handlungssystem an sich bezieht und nicht nur auf seine Kontroll- oder Organisationsmechanismen. Die Identität der Mojeño-Bewegung als Akteur des kollektiven Handelns ba-

2 Die Verachtung und die Überheblichkeit, die den wahren Vätern Boliviens entgegengebracht wird und sie an den Rand der Gesellschaft drängt, waren sicher mit entscheidend dafür, dass die Leistungen eines Volkes, das seit Beginn des Befreiungskampfes sein Blut für den Aufbau unserer Republik einsetzt, dem Vergessen anheim fielen. Vgl.: Antonio Carvalho Ürey: Pedro Ignacio Muiba, el héroe. La Paz 1977.

3 Vgl.: Ebenda. S. 15.

4 Vgl.: Alain Touraine: La producción de la sociedad. México, D.F. 1995. S. 360.

5 Ein rationaler, gesuchter Konflikt, im Gegensatz zum spontanen Konflikt.

siert auf ihrer *ethnischen* Herkunft. Diese Gemeinsamkeit tritt zutage, wenn sich die Betroffenen in Gefahr sehen: »Wird die Regierung unser Land an Unternehmen verkaufen? Lassen Sie uns kein Land, um unser Überleben zu sichern?«<sup>6</sup> Die systematische Beschlagnahmung ihres Bodens, die Diskriminierung und die Schwierigkeiten, unter denen die Mojeños leiden (das historische Handlungssystem), machen deutlich, dass ein Konflikt existiert, der gelöst werden muss.

b. *Das Prinzip der Opposition* erfordert die Identifikation eines Gegners, der ebenfalls Teil des Konfliktes im historischen Handlungssystem ist. Die Einschätzung der Konfliktsituation führt dazu, dass die indigene Bevölkerung die Viehzüchter und Holzhändler als ihre Gegner betrachtet, die in den amazonischen Regenwald eingedrungen sind und sie vom Land ihrer Ahnen vertrieben haben. Aufgrund der Ungerechtigkeiten, unter denen sie leiden und angesichts der ökonomischen und politischen Benachteiligung im Vergleich zu ihren Gegnern sind die Mojeños gezwungen, Strategien für kollektives Handeln zu entwickeln.

c. *Das Prinzip der Totalität* beschreibt das historische Handlungssystem, auf das sich der Konflikt bezieht. Das Prinzip der Totalität, das zunächst die beiden Konfliktparteien gegenüberstellt und später zum Antrieb des kollektiven Handelns wird, ist in diesem Falle der geographische Raum, der jahrhundertlang Lebensraum der Mojeños war. In diesem geographischen Raum manifestieren sich alle Aspekte ihrer Kultur, sowohl politische als auch kulturelle und wirtschaftliche. Dieser geographische Raum wird durch den Marsch zu dem Konzept »Territorio«<sup>7</sup> (Territorium bzw. Land). Die historische Handlung ist also nach Touraine der »Marsch für Land und Würde« der indigenen Bevölkerung aus dem Departement Beni, die sich auf die Forderung nach ihren »Territorios«, nach ihrem Land, das von den Viehzüchtern und Holzhändlern beschlagnahmt wurde, stützt. Die drei Prinzipien, die nach der Analyse von Alain Touraine eine »soziale Bewegung« ausmachen, kennzeichnen die Mojeño-Bevölkerung und ihr kollektives Handeln im Jahr 1990 als eine solche.

6 Documento No. 5. Carta al Ministro de Asuntos Campesinos de Bolivia. San Ignacio 2 de octubre de 1988.

7 »Das Land ist der Raum, in dem sich das soziale Leben, die wirtschaftliche Aktivität, die politische Organisation..., die Gegenwart und die Zukunft einer sozialen Gemeinschaft abspielt. Über die rein geografische Definition hinaus umfasst dieser Raum ein wirtschaftliches und soziales Netzwerk, das aus einer Gesamtheit von Menschen, Ländereien, Kulturen und verschiedensten Aktivitäten besteht.« URL: <http://www.infodal.org/old/>

## 1.2. Schritte zum Verständnis sozialer Bewegungen

Um die Frage nach dem Verständnis der sozialen Bewegungen in Lateinamerika zu beantworten, schlägt *Raquel Gutiérrez* drei Schritte vor:

Erstens verstehen, wer an der Bewegung beteiligt ist und wie sie agiert; zweitens feststellen, wie die Bewegung organisiert ist und wie sie argumentiert; sowie drittens überblicken, welche Bedeutungsräume sie sich mit ihrem kollektiven Handeln eröffnet.<sup>8</sup>

### a. Die Handlungssubjekte

Die Handlungssubjekte der Bewegung waren alle indigenen Völker der Mojos-Ebene aus dem Departement Beni. Doch die Mojeños (Trinidad, San Ignacio, San Javier und Loreto) übernahmen die Organisation und Durchführung. Wie agieren sie? Mit dem »Marsch für Land und Würde«, der am 15. August 1990 in Trinidad begann und bei dem die Menschen ihre Heimatorte verließen, um bis in die Hauptstadt La Paz zu laufen und für ihr Recht auf Land und Würde einzutreten, machten sie die Regierung, den Staat und die internationale Gemeinschaft auf ihre Existenz aufmerksam, die bisher konsequent ignoriert worden war.

### b. Wie sind sie organisiert und wie argumentieren sie?

Die Organisation basiert auf der traditionellen Gesellschaftsform der Mojeños, den *cabildos*<sup>9</sup>. Der Cabildo von Trinidad schließt auch die übrigen indigenen Bevölkerungsgruppen des Mojeño-Gebiets ein: Gruppen, die an den Ufern des Mamoré leben, die Mojeños, die den Nationalpark Isiboro Sécure bewohnen und die Bevölkerung von San Lorenzo, San Francisco, San Ignacio und San Javier und Loreto. Sie haben sich vor allem zusammengefunden, um Landforderungen durchzusetzen und gegen die ungerechte Behandlung durch die Viehzüchter und Holzhändler vorzugehen. Bei einer Zusammenkunft in Trinidad am 7. März 1987 gründeten 200 Delegierte aller Mojeño-Völker die Zentrale der Indigenen Cabildos der Mojeños (*Central de Cabildos Indigenales Mojeños – CCIM*), um ihr Land und ihre natürlichen Ressourcen zu verteidigen, sowie andere Probleme auf die Tagungsordnung zu bringen, wie etwa Gesundheit, Bildung, Arbeit, Entwicklung und kulturelle Identität.

<sup>8</sup> Vgl.: Raquel Gutiérrez Aguilar: *Nuevos Movimientos Sociales en América del Sur*. URL: [http://www.nodo50.org/cubasigloXXI/taller/aguilar\\_290204.htm](http://www.nodo50.org/cubasigloXXI/taller/aguilar_290204.htm)

<sup>9</sup> Als die Jesuiten 1682 in das Mojeño-Gebiet kamen, errichteten sie indigene Cabildos, Selbstverwaltungsräte nach dem Vorbild der Karibikinseln, die dem jeweiligen Gouverneur (zuerst Peru, später Rio de la Plata) unterstanden. Vgl. URL: <http://www.jesuitas.org.bo/>

Zwei Jahre später wurde vor dem Hintergrund weiteren Aufbegehrens anderer indigener Bevölkerungsgruppen des Departements Beni, die nicht zu den Mojeños zu rechnen sind, aber über ähnliche Probleme klagen, eine neue Organisation gegründet, in der auch die übrigen 17 indigenen Bevölkerungsgruppen der Region zusammengefasst sind: die Zentrale der Indigenen Völker von Beni (*Central de Pueblos Indígenas del Beni* – CPIB). In dieser sind 18 indigene Völker vertreten. Die Organisation versteht sich als Sprachrohr für die Forderungen der 18 Mitgliedsgruppen an den bolivianischen Staat und weitere lokale und nationale Behörden.

Der Marsch führte zur Anerkennung der indigenen Territorien der Chimanen, der Sirionó, und des indigenen Territoriums Nationalpark Isiboro Sécure durch die Regierung. Darüber hinaus wurde der Regierung das Versprechen abgerungen, ein Gesetz über die indigenen Völker des Tieflands zu verabschieden.

### *Die Hauptargumente der indigenen Bevölkerung*

*Land und Territorium.* Diese beiden Punkte sind die zentralen Elemente ihres Diskurses. Dies geht einerseits darauf zurück, dass die Indigenen in mobilen Gruppen zusammenleben und andererseits ist ihr Land das Fundament ihrer Kultur. Das gemeinsame Land bedeutet für sie die Möglichkeit, ihr soziales, kulturelles, politisches und wirtschaftliches Leben im Einklang mit dieser Kultur zu führen.

*Umwelt.* Der Umweltaspekt ist ein wichtiger Baustein ihrer Argumentation. Die Wälder, die den Viehzüchtern und Holzhändlern zugesprochen wurden, werden ausgebeutet, was zu einem Verlust des ökologischen Gleichgewichts führt. Wenn diese Wälder wieder von ihren eigentlichen Bewohnern genutzt würden, ließe sich das empfindliche Gleichgewicht wieder herstellen.

*Identität und Kultur.* Ein weiteres charakteristisches Merkmal der Bewegung ist ihre andauernde Suche nach Anerkennung und Zugehörigkeit, danach, jemand zu sein, Würde zu haben. In ihrer Argumentation ist eine starke theokratische Gewichtung erkennbar, die eine direkte Konfrontation zu vermeiden sucht. Das Ziel ist vielmehr, respektiert und beachtet zu werden.

*Ursprüngliche Bindung.* Das Zugehörigkeitsgefühl zu einem indigenen Volk mit einer langen Geschichte und Tradition und damit auch die Zugehörigkeit zu den Ebenen des Beni, in denen schon die Vorfahren gelebt haben, bildet den Rahmen für die drei erstgenannten Argumente.

### c. Bedeutungsräume

Durch das kollektive Handeln der indigenen Bevölkerung entstehen vier Bedeutungsräume.

*Wirtschaftliche Dimension:* besonders Gebietsforderungen, nicht nur für sich selbst, sondern auch für die indigene Bevölkerung im Osten und Westen des Landes.

*Juristische Dimension:* Anerkennung als Bürger durch den Staat und durch die Gesetze auf nationaler und internationaler Ebene und die Abschaffung der Bezeichnung »Waldbewohner« in Gesetzestexten.

*Soziokulturelle Dimension:* Wiedererlangung der ethnischen Identität und des Respekts für ihre Kultur und Bräuche. Darüber hinaus existiert die Forderung nach Anerkennung im täglichen Leben.

*Politische Dimension:* »Wir wollen uns an der politischen Struktur dieses bolivianischen Staates beteiligen.«<sup>10</sup> Zusätzlich wird die politische Autonomie der indigenen Bevölkerung gefordert.

In Übereinstimmung mit den oben genannten drei Schritten wird deutlich, dass die Bewegung der indigenen Mojeños mit ihrem kollektiven Handeln eine »soziale Bewegung« darstellt.

## 2. Analyse der Interpretationsrahmen

Die Interpretationsrahmen manifestieren sich in den kollektiven Prozessen der Darstellung, Auswertung und sozialen Konstruktion, die eine Möglichkeit vom konkreten Handeln trennen.<sup>11</sup> Deshalb müssen die Bedeutungsräume, Taktiken und wichtigen Strategien im ideologischen Diskurs der indigenen Bevölkerung der Mojos-Ebene genau eingegrenzt werden. Dafür wird Material aus Feldstudien genutzt: Dokumente, öffentliche Erklärungen der Anführer und vor allem die Befragungen der Teilnehmer am Marsch von 1990.

Unter einem Abgrenzungsprozess versteht man bewusste strategische Maßnahmen, die von Personengruppen ergriffen werden, um ihre Identität als Gruppe zu konstruieren, die sich auch nach außen hin mitteilt und das kollektive Handeln begründet und motiviert.<sup>12</sup> Dieser Prozess legitimiert auch den Übergang von der ethnischen Identität zur politischen Identität.

10 Hugo José Suárez: *Nuevos Actores Sociales: Los indígenas del Beni*. In: Cuaderno de Futuro, Vol. I. (s/f) <http://www.amazonia.bo/bibli/beni.pdf>

11 Vgl.: Dough McAdam / John McCarthy / Mayer N. Zald (Hrsg.): *Movimientos sociales: perspectivas comparadas*. Madrid 1999. S. 6.

12 Vgl.: Ebenda.

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, postuliert Bert Klandermans fünf Elemente, die soziale Bewegungen als solche kennzeichnen und den Übergang von der kollektiven ethnischen Identität zur kollektiven politischen Identität ermöglichen.

### 2.1. Der Prozess der kognitiven Befreiung

Dieses Konzept geht auf Doug McAdam<sup>13</sup> zurück. Der Prozess der kognitiven Befreiung bezieht sich darauf, wie, wann und weshalb sich der Übergang vom ethnischen Sozialbewusstsein zum politischen Sozialbewusstsein vollzieht, der schließlich kollektives Handeln zur Folge hat: Sozusagen »der Sprung von der ethnischen zur politischen Identität, der durch den Prozess der kognitiven Befreiung möglich wird«. <sup>14</sup> García Selgas stellt fest, dass die kognitive Befreiung in zwei Konstruktionsphasen abläuft, <sup>15</sup> die bei der Analyse der Identitäten der ethnischen Gruppen eine Rolle spielen. Die erste Phase bringt das Kulturgut eines Volkes mit seinem ethnischen Selbstbild in Verbindung. In der zweiten Phase wird dagegen Bezug auf das Vorgehen bei der politischen Rationalisierung genommen, »welche die Kopplung von ethnischer und politischer Identität ermöglicht. Sie verweist auf ethnische Aspekte, mit denen die politischen Ziele gerechtfertigt werden«. <sup>16</sup>

Trotz jahrhundertelanger Unterwerfung und kultureller Unterdrückung der Bevölkerung der Mojos-Ebene, unter anderem durch massive Migration der *Criollos* aus dem Departement Santa Cruz de la Sierra, konnten sich die indigenen Völker der Region ihre Identität erhalten, wenn auch auf niedrigem Niveau. Wenn es überhaupt ein öffentliches Ausleben der Kultur gab, manifestierte es sich in der Folklore und in der Musik. Die Probleme, mit denen die Bevölkerung im täglichen Leben konfrontiert war, »führten zu einer Erneuerung der ursprünglichen Identität«. <sup>17</sup> Der Jesuit Enrique Jordá schreibt dazu, »es war die Beharrlichkeit und die Vitalität dieses Volkes, das hier in der Region die Weisheit einer zweitausend Jahre alten fortschrittlichen

13 Vgl.: Doug McAdam: Political process and the development of black insurgency 1930-1970. Chicago 1982.

14 Doug McAdam: Micromobilization contexts and recruitment to activism. In: Bert Klandermans / Hanspeter Kriesi / Sidney Tarrow (Hrsg.): From structure to action. Greenwich 1988. S. 125-154.

15 Vgl.: Juan Manuel Delgado / Juan Gutiérrez (Hrsg.): Métodos y técnicas cualitativas de investigación en ciencias sociales. Madrid 1999.

16 Dough McAdam / John McCarthy / Mayer N. Zald (Hrsg.): Movimientos sociales: perspectivas comparadas.

17 Hernán Ávila Montaña: El Ichini Mojeño ha despertado. Santa Cruz de la Sierra 2006.

Zivilisation geerbt hat, und die Art, wie es die Sklaverei überwunden und langsam aber stetig seinen früheren Ruhm im Kampf um Land und Würde wiederhergestellt hat«<sup>18</sup>, die es ihm ermöglichten, seine kollektive ethnische Identität wieder aufzubauen und zu festigen.

Das heißt, dass der Schritt von der ethnischen hin zur politischen Identität eine Folge der Fremdeinwirkung auf das Territorium der Mojeños ist: Die Beschlagnahme des gemeinschaftlichen Landes durch Viehzüchter und Holzhändler mit schwerwiegenden Konsequenzen für die indigene Bevölkerung, wie etwa der Verlust des Territoriums und die Unterdrückung der alten Bräuche; alles in allem die kulturelle, wirtschaftliche und politische Unterwerfung unter die Machthaber. Diese Einwirkungen beeinflussten das kulturelle Umfeld innerhalb der indigenen Gemeinschaften und wirkten später bei der Schaffung neuer Rahmenbedingungen, die Organisationen wie die CCIM und die CPIB als eine Art politisches Fenster erst möglich machten.<sup>19</sup>

Die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Umstände, unter denen die Mojeños seit »dem gnadenlosen Eindringen der Holzhändler [zu leiden hatten], setzten ihrer Geduld ein Ende. Die Rechte der Holzhändler wurden in einem Gesetz aus dem Jahre 1971 geregelt, demzufolge der Bosque de Chimanes<sup>20</sup>, zu dem auch ein großer Teil der Mojos-Ebene gehört, keine Kommunen sondern nur Nomadenstämme beherberge«.<sup>21</sup> Diese Entwicklung führte zur Wandlung von vereinzelt, leisen, vopolitischen Diskursen hin zu sichtbaren politischen und ideologischen Aussagen und Interpretationen. Damit ließen sie auch den individuellen Kampf hinter sich und schufen die organisatorischen Instrumente, die in der Versammlung der indigenen Völker des bolivianischen Tieflands und im Marsch auf La Paz kulminierten. Diese unerwarteten Legitimationstaktiken überraschen wegen ihres Ziels: die Forderung nach gemeinschaftlichem oder kollektivem Land. »Plötzlich reagierten die Unternehmerkreise und beschwerten sich über die mögliche Gefahr einer Zerrüttung des Staates.«<sup>22</sup>

Die Rekonstruktion der politischen Identität der Mojeños wurde zweifellos durch zwei Institutionen ermöglicht: Die katholische Kirche, die den Mitgliedern der indigenen Gemeinschaften Foren bot, in denen sie sich gegenseitig

---

18 Ebenda. S. 12.

19 Vgl.: William A. Gamson / David S. Meyer: Marcos interpretativos de la oportunidad política. In: Dough McAdam / John McCarthy / Mayer N. Zald (Hrsg.): Movimientos sociales: perspectivas comparadas. S. 397.

20 Wald der Chimanes

21 Hernán Ávila Montaña: El Ichini Mojeño ha despertado. S. 13.

22 Pablo Regalsky: América Latina: Bolivia indígena y campesina. Una larga marcha para liberar sus territorios y un contexto para el gobierno de Evo Morales. S.4. URL: <http://www.cebem.org/cmsfiles/archivos/regalsky.pdf>

kennen lernen und austauschen konnten<sup>23</sup>, und die Nichtregierungsorganisation CIDDEBENI, die im rechten Moment eine Begleiterin der im Konflikt befindlichen indigenen Bevölkerung war.<sup>24</sup> Die indigenen Anführer kamen bei einem außerordentlichen Treffen zusammen und wurden zu »charismatischen, mystischen Propheten, die das Herz in der Hand trugen (...), ganz Bolivien überzeugten (...) und damit eine 180-Grad-Wende herbeiführten, die nie wieder rückgängig zu machen sein wird.«<sup>25</sup>

Die Rolle der Konföderation indigener Völker in Bolivien (*Confederación de Pueblos Indígenas de Bolivia* – CIDOB) war weniger hilfreich: Die CIDOB war nicht an der Vorbereitung des Marsches beteiligt, sondern half erst bei logistischen Fragen, als bereits viele Kilometer zurückgelegt worden waren. Trotzdem »zog sie ihre Unterstützung [in der Nähe von San Borja] mit dem Argument zurück, der Marsch sei politisch manipuliert«. Aus diesem Grund schickte die CIDOB einen »Vertreter, der den Marsch aufhalten soll«, diesmal mit einem neuen Argument: »Die Regierung hat alles geklärt.« Das Marschkomitee betonte dagegen noch einmal energisch »die Kraft und Autonomie, die dieser Bewegung innewohnt«. Die Reaktion der CIDOB ließ nicht auf sich warten. »Die CIDOB zog ihren Lastwagen ab, der Kleidung und Lebensmittel aus Yucumu geliefert hatte.«<sup>26</sup>

An dieser Stelle scheint es nötig festzustellen, dass das fragwürdige Verhalten der CIDOB gegenüber der Mojeño-Bevölkerung nicht zum endgültigen Bruch geführt hat, da alle Kommunen des Tieflands denselben Problemen mit den Großgrundbesitzern ausgesetzt sind. Dadurch sind sie gezwungen, ihre Differenzen und Aversionen zu überwinden und gemeinsam für ihre Interessen einzutreten. Deshalb ist auch die Mojeño-Bevölkerung, die durch die CPIB vertreten wird, Mitglied in der CIDOB. Bei verschiedenen Verhandlungen hatten die Mojeños auch die Präsidentschaft der CIDOB inne.<sup>27</sup>

Es ist deutlich geworden, dass der Übergang von der ethnischen zur politischen Identität, die kognitive Befreiung, nur durch einen Prozess der Abgrenzung möglich ist, bei dem dialektisch vernetzte Akteure und Ereignisse zusammen kommen. Dieser Prozess wird durch die Annäherung der verschiedenen ethnischen Gruppen in Beni inspiriert und legitimiert. Durch ihn

23 José Guasebe, ehemaliger Präsident der CPIB. Vgl.: Interview in Trinidad (Beni), August 2006.

24 Manuel Eguiguren, Hilfsbischof im Vikariat Beni. Vgl.: Interview in Trinidad (Beni), August 2006.

25 Hernán Ávila Montaña: *El Ichini Mojeño ha despertado*. S. 13.

26 Arnaldo Lijeron: *De la resistencia pacífica a la interpelación histórica*. CIDDEBENI, Trinidad 1991. S. 10.

27 So war Marcial Fabricano von 1994 bis 1998 Präsident der CIDOB. Gegenwärtig übt Pedro Nuny die Funktion des Vizepräsidenten aus.

erlangen sie eine politische Orientierung in ihrer »Identität, Geschichte und ihrem sozialem Ethos, wodurch sie eine erneute Unterdrückung [durch die Besetzer ihres Territoriums, die Viehzüchter und Holzhändler,] verhindern«. <sup>28</sup> Dadurch festigen sie ihre Identität und legitimieren sich als politische Teilnehmer an der Modernisierung des bolivianischen Staates. »Die Auswirkungen und Ergebnisse der indigenen Bewegung reichen über die konkreten und kurzfristigen Folgen für die Bevölkerung in Beni hinaus. Im Grunde hat die Situation der indigenen Völker im Tiefland durch die Bewegung eine nationale Dimension bekommen, und die Frage der Plurikulturalität und der ethnischen Vielfalt der bolivianischen Gesellschaft wurde als Zeichen der Modernisierung zu einem der zentralen Themen im demokratischen Prozess.« <sup>29</sup>

Andererseits lassen sich die politischen Identitäten durch ihre relationale und kollektive Eigenschaft charakterisieren. Da politische Identität einem Prozess entspringt, ist sie per se einer permanenten Veränderung unterworfen, die an den Wandel in ihren Beziehungen, politischen Möglichkeiten und Strategien gekoppelt ist. Ihre Machbarkeit wird am Grad der Zustimmung oder Ablehnung bei den Gegnern der Bewegung gemessen. Ein Beispiel dafür ist die Reaktion der Gegner der indigenen Bewegung. »Die bolivianischen Unternehmer sind der Auffassung, dass die territorialen Rechte der indigenen Bevölkerung die Zirkulation und die Reproduktion des Kapitals sowie den Zugang zu natürlichen Ressourcen beeinträchtigen.« <sup>30</sup> Die privaten Unternehmer lehnen in erster Linie das kollektive Handeln ab und agieren zweitens, ähnlich wie die Mojeños, in einer geografischen Dimension, die über die Grenzen des Departements Beni hinausgeht.

Das Mojeño-Volk präsentiert seine ethnische Identität als ein Prinzip der Zugehörigkeit – »wir sind stolz auf unseren indigenen Hintergrund, (...) unser indianisches Blut beschämt uns nicht« <sup>31</sup> – und ebenso durch die ganzheitliche Sicht der Einheit von Mensch, Natur und Gesellschaft, die ein breites Publikum erreichen und sensibilisieren soll. <sup>32</sup> »Die Bewegung hat eine ethnische Umstellung im Staat, bei den Parteien und in der Arbeiter- und Bauernbewegung ausgelöst. Seit Beginn der indigenen Bewegung beziehen

28 Adolfo Colombres: *Diversidad cultural y proceso civilizatorio. La comunidad frente al vacío*. In: *Ecotopia. Revista Disidente*. Cochabamba 1(2006)1. S. 27.

29 Wilder Molina: *Las luchas indígenas en el Beni: Organización, movilización e institucionalización*. CIDDEBENI Publicación (1996)37. S. 13.

30 Pablo Regalsky: *América latina: Bolivia indígena y campesina*. S. 4.

31 Durán, Vorsteher der indigenen Kommune San Pablo (Beni). Interview in San Joaquín, September 2006.

32 David A. Snow / Scott A. Hunt / Robert D. Benford: *Framing proceses and identity construction in collective action*. Presented at the Annual Meetings of the Midwest Sociological Society. Chicago 1993.

sie alle, auf ihre Weise, den ethnischen Aspekt in ihren Diskurs und ihre Handlungen ein.«<sup>33</sup>

## 2.2. Die Auswirkung des öffentlichen Diskurses

Die Bedeutung der Medien für das kollektive Handeln jedweder sozialen Bewegung ist essentiell. Besonders Gamson<sup>34</sup> hat sich mit dieser Frage befasst, und auch mit den Massenmedien, die ihm zufolge eine wichtige Rolle für das kollektive Handeln spielen. Diese Rolle ist dem Umstand geschuldet, dass soziale Bewegungen in symbolische Kämpfe um Interpretationen und Bedeutungen verwickelt sind. Die Beobachtung der Argumentation und ihrer Transformation in den Medien lässt Elemente zu Tage treten, an denen die zukünftige Ausrichtung und das Potential einer Bewegung vorhersehbar sind.

Die Argumentation der Mojeños, die in den Dokumenten der Kongresse zusammengefasst und von CIDDEBENI veröffentlicht wurde und in vielen Befragungen deutlich wird, vertritt die Forderung an die nationalen Behörden, die Territorialgesetze einzuhalten: »Dass der Nationalpark Isiboro Sécure ein Gebiet für die indigene Bevölkerung ist, das gesetzlich geschützt ist, steht bisher nur auf dem Papier.«<sup>35</sup>

Gleichzeitig besteht die Notwendigkeit einer kulturellen und sprachlichen Umstellung. »Die Schule bringt den Kindern der indigenen Bevölkerung viele Vorteile (...) doch sie bedeutet auch Hispanisierung und einen Verlust der indigenen Sprache. [Deshalb] sollen nun die indigenen Sprachen von Lehrern aus der Region unterrichtet werden.«<sup>36</sup> Diese Forderung ist durch die jahrhundertelange kulturelle Unterdrückung der indigenen Bevölkerung durch die Weißen begründet. Das Ziel besteht deshalb darin, das Fortbestehen und Überleben des Mojeño-Volkes durch die Einhaltung und nötigenfalls Änderung der Gesetze zu gewährleisten. Dabei sollen einige grundlegende Aspekte beachtet werden.

- Die Anerkennung und Respektierung des indigenen Territoriums. »Die Vorstände und Vertreter der indigenen Bevölkerung aus San Ignacio [ha-

33 Wilder Molina: Las luchas indígenas en el Beni. S. 15.

34 William A. Gamson: The social psychology of collective action. In: Aldo D. Morris / Carol McClurg Mueller (Hrsg.): The frontiers in social movement theory. New Haven 1992.

35 CIDDEBENI: Pueblos indígenas y movimiento regional en el Beni. Trinidad (1988)9. S. 18.

36 Ebenda. S. 6f.

- ben beschlossen] von Seiner Exzellenz, dem Präsidenten der Republik, ein Territorium mit den folgenden Grenzen zu verlangen.«<sup>37</sup>
- Der Schutz der Umwelt. »Auf diesem Land lebten schon unsere Vorfahren seit Jahrhunderten. Deshalb haben wir gelernt, es zu pflegen und zu erhalten, denn wir wissen, dass es die Garantie für unser Überleben ist.«<sup>38</sup>

Diese beiden Forderungen bilden eine intrinsische Einheit und übertragen den indigenen Völkern des Amazonastieflands eine besondere Rolle beim »Marsch für Land und Würde«: Sie machten darauf aufmerksam, dass der Raubbau an der Natur, der nicht nur zum Aussterben indigener Völker, sondern der ganzen Welt führe, beendet werden muss. »Die Rechte der indigenen Bevölkerung gründen sich auch darauf, dass sie die Einzigen sind, die im Lauf der Geschichte in der Lage waren, die Umwelt der Region intakt zu halten. Sie lebten über Jahrhunderte in der Region, doch zu ersten Zerstörungserscheinungen kam es erst durch das Eingreifen der Fremden.«<sup>39</sup> Das macht die indigene Bevölkerung, und nicht die so genannten *Carayanas*<sup>40</sup>, zu den Menschen, die am ehesten geeignet sind, die biologische Vielfalt der Mojos-Ebene zu erhalten.

Diese öffentlichen Äußerungen lösten vor allem bei drei Gruppen Reaktionen aus:

1. Bei den Menschen im Departement Beni im Allgemeinen und bei der indigenen Bevölkerung im Besonderen – »mit der Unterstützung aller Vertreter der Kommunen haben wir die Deklaration für unser Territorium durchgesetzt und bei den Vertretern der CCIM und der übrigen Institutionen in Beni auf uns aufmerksam gemacht.«<sup>41</sup>
2. Beim bolivianischen Volk und der politischen Führung des Landes – »Am 15. August dieses Jahres machten sich über 700 Angehörige der indigenen Bevölkerung in Trinidad auf den Weg zum Regierungssitz in La Paz, um vom Staat und von der Gesellschaft die gesetzliche Anerkennung und den Respekt für ihre Territorien einzufordern.«<sup>42</sup>
3. Bei der internationalen Gemeinschaft – »Der Aufstand der indigenen Bevölkerung und die Anerkennung ihrer Rechte war auch eine Investition in

37 Brief an den Ministro de Asuntos Campesinos Bolivia, San Ignacio, 2.10. 1988. In: CIDDE-BENI: Pueblos indígenas y movimiento regional en el Beni. Trinidad (1988)9. S. 15-17.

38 Ebenda.

39 Protokoll der ersten indigenen Versammlung des Isiboro Sécore. November 1988.

40 Bezeichnung der indigenen Bevölkerung im Osten Boliviens für einen weißen Landbesitzer. Seit kurzem wird die Bezeichnung auch für Mestizen im Westen Boliviens verwendet.

41 Bericht der Comisión de Territorio. Puerto San Lorenzo. Río Sécore 22. Juli 1988.

42 Wilder Molina: Las luchas indígenas en el Beni. S. 8.

die Außenwirkung Boliviens als demokratisch regiertes, umweltbewusstes Land unter Jaime Paz Zamora, dessen Regierung sich international mit der Rehabilitierung der indigenen Bevölkerung und dem Umweltschutz schmücken konnte.«<sup>43</sup>

Die Reaktionen dieser drei Gruppen führten zu einer Verstärkung der Energie und damit des Erfolges der Mojeño-Bewegung. Carlos Navia sagte dazu: »Die indigene Bewegung in Beni löste nach und nach eine immer stärkere soziale und politische Solidarität mit ihren Forderungen aus, zunächst in der Region, später auch im ganzen Land.«<sup>44</sup> Navia weist aber darauf hin, dass all dies ohne die Unterstützung und das Engagement der Medien nicht möglich gewesen wäre. »Die Präsenz in den nationalen Medien seit Beginn der Bewegung, und später in den internationalen Medien, war bemerkenswert.«<sup>45</sup>

Es ist zu beobachten, dass die Strategie der indigenen Völker des Tieflands auf der Bedeutung ihrer schweren sozialen und historischen Konflikte aufbaut und damit ein Resultat ihrer ethnischen Identität ist. Mit diesem Argument gelang es ihnen, weite Teile der bolivianischen Gesellschaft für sich einzunehmen und so eine soziale Bewegung in eine nicht-parteiliche politische Bewegung umzuwandeln. »Die Forderungen der indigenen Bevölkerung nach Anerkennung ihrer Rechte auf die Gebiete, in denen sie traditionsgemäß lebt, war vielleicht das bedeutendste Ereignis im ländlichen Tiefland Boliviens in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Dadurch wurden nicht nur die Kriterien zur Landvergabe neu bemessen, sondern es war auch die Geburtsstunde eines neuen sozialen Akteurs, die einen Paradigmenwechsel in der ländlichen Entwicklung herbeigeführt hat.«<sup>46</sup>

### 2.3. Die Konsensbildung und -mobilisierung

Die Konsensbildung und -mobilisierung wird von Klandermans<sup>47</sup> erklärt. Ihm zufolge finden diese zu verschiedenen Zeitpunkten und auf verschiedenen Ebenen des kollektiven Handelns statt. In einer Studie waren dabei vier zentrale Punkte festzustellen. Es wurde bereits erwähnt, dass die Hauptforderung der indigenen Völker in ihren Territorialansprüchen besteht. Diese

43 Ebenda. S. 14.

44 Carlos Navia: La cuestión indígena en el Beni. Santa Cruz de la Sierra 2003. S. 28.

45 Carlos Navia, Leiter von CIDDEBENI. Interview in Trinidad (Beni), August 2006.

46 Carlos Navia: La cuestión indígena en el Beni. S. 5.

47 Vgl.: Bert Klandermans: The formation and mobilization of consensus. In: Bert Klandermans / Hanspeter Kriesi / Sidney Tarrow (Hrsg.): From structure to action. S. 173-196.

sind somit auch der erste zentrale Punkt, der direkt mit einem zweiten verbunden ist: dem Umweltschutz. Dieser Punkt zieht den dritten nach sich: die Rolle der Viehzüchter, Holzfäller und Siedler als Umweltzerstörer. Aus den politischen Überlegungen der indigenen Bewegung, die ohne Zögern öffentlich kundgetan wurden, wird ersichtlich, wen sie für den Verlust des ökologischen Gleichgewichts in ihrer Lebenswelt verantwortlich machen: die »Viehzüchter, Holzhändler und ihre Verbündeten mit ihrer ausbeuterischen Logik«. <sup>48</sup> Sie sind die Verantwortlichen für ein mögliches Verschwinden der indigenen Völker. Das ist der vierte zentrale Punkt.

Wie aber war schließlich die graduelle Entwicklung der genannten Punkte in Bezug auf die Adressaten der Forderungen nach eigenem Territorium? »Die indigenen Territorialforderungen waren zunächst an die nächstgelegene Kommune, San Ignacio, gerichtet. Im Fall der Chimanen-Gebiete war die am stärksten involvierte Verwaltungseinheit das Forstwirtschaftliche Entwicklungszentrum/ Region Nord<sup>49</sup>. Später richteten sich die Forderungen an die Behörden ganzer Departements und schließlich an den Staat als Ganzes, an die einzelnen Ministerien und an den Präsidenten der Republik. Durch ihre Präsenz in den wichtigsten nationalen Zeitungen verschaffte sich die Bewegung landesweit Gehör.«<sup>50</sup>

Der Marsch machte großen Eindruck. Man muss nur einmal eine Zeitung aus dieser Zeit lesen, um zu sehen, welche Wogen die Bewegung geschlagen hat. Sie deckte die Ignoranz und das unsensible Verhalten des bolivianischen Staates in Bezug auf das Amazonastiefland auf. Doch auch die Solidarität der Bolivianer wird hier deutlich, die zunächst besonders im Mediensektor großes Interesse für das Thema zeigten und die Forderungen der indigenen Bevölkerung aus dem Departement Beni wohlwollend aufnahmen.

#### 2.4. *Die Rahmung*

Laut Snow<sup>51</sup> und seinen Mitarbeitern erfordert die Erreichung der Ziele einer sozialen Bewegung eine hohe Effizienz im Abgrenzungsprozess. Deshalb ist die immer neue Anpassung und Rücksprache innerhalb der Bewegung wich-

48 Hernán Ávila Montaña: Presente y perspectiva de la presencia de los pueblos indígenas del Beni, en los sistemas de representación política del Estado. Trinidad 2006. S. 41.

49 Centro de Desarrollo Forestal / Región Norte – CDF.

50 Carlos Navia: La cuestión indígena en el Beni. S. 28.

51 Vgl.: David A. Snow / E. Burke Rochford, Jr. / Steven Worden / Robert D. Benford: Frame alignment process micromobilization and movement participation. In: American Sociological Review. Washington 51(1986)2. S. 464-481.

tig, aber auch mit Gruppen am Rande der Bewegung, also denen, an die man sich richtet.<sup>52</sup>

*Erstens* die Anpassung: Elemente, die innerhalb der Organisation die soziale Bewegung antreiben (Ideologie, Aktionen und Ziele)<sup>53</sup> müssen mit den Interessen, Werten und Glaubensbekenntnissen der sozialen Bewegung übereinstimmen. Mit anderen Worten, die Abgrenzungsstrategie sollte eine Brücke darstellen, die innerhalb der Kommunen, die sie repräsentiert, den Übergang von der ethnischen zur politischen Identität ermöglicht. In diesem Falle, den indigenen Mojeños, muss es also eine Vision geben, die alle teilen, und eine gemeinsame Zielsetzung des Einzelnen als Individuum und der Kommune als Organisation, die zur Erreichung der Ziele beiträgt.

Im Falle der hier untersuchten Ereignisse gibt es eine Verbindung zwischen dem ethnischen und dem politischen Aspekt der Identität (*frame bridging*)<sup>54</sup>. Diese begann mit der Gründung der CCIM, die ausschließlich für die Völker und Kommunen des Mojeño-Gebietes zuständig war. Später wurde ihr Einflussgebiet durch die Einrichtung der CPIB erweitert. Schließlich umfasste sie alle 18 indigenen Völker des Departements Beni und wurde in der gesamten Gesellschaft bekannt: »Der Marsch für Land und Würde nach La Paz war ein erster Anstoß für einen Diskurs, der auf eine Annäherung der Interessen der indigenen Bevölkerung und bestimmter Sektoren der Gesellschaft abzielt, ausgehend von dem Verständnis, dass die indigene Bevölkerung am meisten zum Schutz der Umwelt beitragen kann.«<sup>55</sup>

Es wird deutlich, dass die hier erwähnten Aspekte nicht nur die Lebenswelt der indigenen Bevölkerung, sondern aller Einwohner der Mojos-Ebene beeinflussen. Das steigerte die Glaubwürdigkeit der CCIM und ermöglichte zwei Jahre nach ihrer Gründung die Einrichtung einer größeren Organisation, der Zentrale der Indigenen Völker von Beni (CPIB). Diese sollte die Aktionen aller indigenen Gruppen auf Basis ihrer gemeinsamen ethnischen Identität als Bewohner des Amazonastieflands in einer grundlegenden For-

52 Vgl.: David A. Snow / Scott A. Hunt / Robert D. Benford: Framing proceses and identity construction in collective action. Presented at the Annual Meetings of the Midwest Sociological Society. Chicago 1993.

53 Vgl.: Ebenda.

54 Der Begriff *frame bridging* bezeichnet die Verbindung von zwei oder mehr ideologisch kongruenten, aber strukturell unverbundenen Rahmungen eines bestimmten Themas oder Problems. Er befasst sich mit einer Ansammlung von Individuen, die ein gemeinsames Gefühl von erfahrener Ungerechtigkeit teilen und gleiche Orientierungsmerkmale aufweisen, denen jedoch die organisatorische Basis fehlt, um ihre Unzufriedenheit auszudrücken und ihre Interessen aktiv zu vertreten.

55 Hernán Ávila Montaña: Presente y perspectiva de la presencia de los pueblos indígenas del Beni. S. 41.

derung bündeln: die gesetzliche Anerkennung ihrer Territorien.<sup>56</sup> Später im Verlauf des Protestmarsches wurde das Forderungsspektrum erweitert.

Die politische Rahmung, die durch die Führer der indigenen Bewegung in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen abgesteckt wurde, schuf eine starke ethnische Identität, die auf dem gegenseitigen Respekt und dem Zusammengehörigkeitsgefühl der Bewohner der Mojeño-Gebiete und später weiterer indigener Gruppen aufbaute. Mit anderen Worten: Es gelang, die 18 verschiedenen indigenen Völker des Departements Beni auf eine einzige ethnische Identität – als Bewohner der Mojos-Ebene im Amazonastiefland – festzulegen. Obwohl sie unterschiedlichen Völkern angehören und heterogene kulturelle Hintergründe haben, teilen sie seit Urzeiten einen Lebensraum und erleiden seit der Kolonialisierung bis heute die Ungerechtigkeiten der *Carayanas*. Das allein ist hinreichend für eine stabile ethnische Identität. Bestärkt wurde diese durch die Einigkeit, die zwischen allen Mitgliedern der unter dem Oberbegriff Mojeños zusammengefassten Völker bestand: »Jede Gemeinschaft verfolgte dieselbe Forderung wie die anderen: Land, natürliche Ressourcen, das Recht auf Leben und die Anerkennung jedes einzelnen Volkes.«<sup>57</sup>

Der ethnische Gemeinschaftssinn bei den Mojeños und den übrigen indigenen Völkern führte zu einem einheitlichen und natürlichen politischen Bewusstsein. Zulema Lehm bemerkt, dass sich dieses Bewusstsein sogar bei den *Buscadores de la Loma Santa*<sup>58</sup>, die wohl eher als religiöse Bewegung zu bezeichnen sind, und bei anderen indigenen Völkern durchgesetzt hat. »Am Anfang war das Konzept des Territoriums nur eine Parole, die von den indigenen Anführern in den Städten ausgegeben worden war. Erst der Zusammenschluss mit den ländlichen Gemeinden und insbesondere mit den *Buscadores de la Loma Santa* führte dazu, dass sich die Losung mit zugkräftigem Inhalt füllte.«<sup>59</sup>

Durch diese Einigkeit erhielt der politische Rahmen bei den indigenen Völkern in Beni mehr Kraft und Legitimität. »Diejenigen, die nicht den *Buscadores de la Loma Santa* angehörten, also auch die Anführer der indigenen Bewegung, brachten die säkularen Elemente ein, mit deren Hilfe die Territorialforderungen der Außenwelt begrifflich gemacht wurden. Damit

56 Vgl.: Wilder Molina: *Las luchas indígenas en el Beni*. S. 10.

57 Pablo Madal, *Comunario de Aserradero de Magdalena*. Interview in Magdalena, August 2006.

58 Religiöse Bewegung in Bolivien, die auf der Suche nach einem »gelobten Ort« im Regenwald ist.

59 Ardaya Z. Lehm: *Milenarismo y movimientos sociales en la amazonía boliviana. La búsqueda de la Loma Santa y la Marcha Indígena por el Territorio y la Dignidad*. La Paz 1999. S. 107.

konnte ein breiter Konsens erzielt werden, der später zur Mobilisierung aller Gemeinden führte.«<sup>60</sup> Diese einheitliche Interpretation und Zielsetzung gibt den Anführern der indigenen Bewegung größere Legitimität als den Anführern der einzelnen indigenen Völker.

*Zweitens* müssen die Auswirkungen der politischen Rahmung der Mojeños untersucht werden, die zur Politisierung des Anliegens der indigenen Bevölkerung auf nationaler Ebene führte. »Die gegenwärtigen Kämpfe der indigenen Bevölkerung des Departements Beni, vor allem der ›Marsch für Land und Würde‹, bewirkten die Politisierung der indigenen Frage in all ihren Dimensionen, mit allen Forderungen, Konflikten und sozialen Akteuren. Die Politiker wiesen den Kämpfen einen folkloristischen Status von untergeordneter Bedeutung zu, der mit Vorurteilen behaftet war.«<sup>61</sup>

An dieser Stelle soll noch einmal die Bedeutung hervorgehoben werden, die der Politikwissenschaftler Luis Tapia aus La Paz dem Konzept der Politisierung beimisst. Diese kann verstanden werden als »ein Prozess der Sinnbildung, als Zuordnung einer politischen Dimension zu Bereichen und Aktionen, die vorher keine hatten oder auch als Einführung neuer Aktionen. Die Politisierung als Ausweitung und Intensivierung ist ein Prozess der Semantisierung und Resemantisierung, der verschiedenen Problemen eine politische Bedeutung gibt.«<sup>62</sup> Das bedeutet, dass die Mojeño-Völker ihre Forderungen nach Land und Territorium, Umweltschutz, kultureller Identität und dem Respekt für ihre ursprünglichen Bindungen<sup>63</sup> zusätzlich mit einem politischen Fundament untermauerten.

## 2.5. Die kollektive Identität

Melucci definiert die kollektive Identität als »einen Prozess, bei dem die Akteure gemeinsame kognitive Strukturen errichten, mit deren Hilfe sie den Kontext und die möglichen Kosten und den Nutzen einer Handlung bewerten können. Diese Strukturen sind einerseits das Ergebnis von Verhandlungen und Einflussnahme und andererseits das Ergebnis von emotionaler Anerkennung.«<sup>64</sup> Deshalb »sind wir, die Yuracaré, nicht umsonst an diesem

60 Ebenda. S. 107f.

61 Wilder Molina: Las luchas indígenas en el Beni. S. 14.

62 Luis Tapia: Politización, ensayos teóricos - metodológico para el análisis político. La Paz 1996. S. 33.

63 Zur Erläuterung vgl. Abschnitt 1.2.b. in diesem Text.

64 Alberto Melucci: Asumir un compromiso: identidad y movilización en los movimientos sociales. In: Zona Abierta. 1994(69). S. 173.

Kampf beteiligt, zusammen mit unseren Brüdern, den Mojeños aus Trinidad, den Chimanen, den Sirionós und den Movimsa. Zum ersten Mal haben sich die indigenen Völker des Departements Beni und ganz Boliviens zusammengetan, denn wir hatten gemeinsame Probleme und sahen uns gezwungen, diesen großen Marsch zu unternehmen.«<sup>65</sup> Melucci zufolge erkennen und bewerten soziale Bewegungen ihre Gemeinsamkeiten und entscheiden gemeinsam über ihr Handeln.<sup>66</sup> Bei den indigenen Gemeinden im bolivianischen Amazonasgebiet geht diese Erkenntnis auf das Zusammenleben mit den *Carayanas* und auf die schlechte Behandlung der indigenen Völker als Gesamtheit zurück. »Die Holzhändler, die Viehzüchter und einige andere wollen sich der Gebiete bemächtigen, in denen wir leben, und deshalb haben wir, die indigene Bevölkerung, uns mobilisiert, um unser Recht und unsere Würde einzufordern.«<sup>67</sup>

Durch die Vertreibung und Unterdrückung seitens der Holzhändler entdeckten die indigenen Völker in Beni ihre gemeinsamen Probleme. Sie erkannten auch die Notwendigkeit, ihren Kampf gemeinsam zu organisieren. »In der ersten Hälfte des Jahres 1990 wurden drei multiethnische Veranstaltungen abgehalten mit dem Ziel, alle indigenen Völker für die Forderung nach Land zu mobilisieren.«<sup>68</sup> Nachdem die gemeinsamen Probleme erkannt waren, entstand die Idee, sich zu organisieren: »Die Probleme wurden in verschiedenen Gremien angesprochen, beim Rat von Sirionó (Consejo Sirionó) und bei der Unterzentrale des Nationalparks Isiboro Sécure (Subcentral del Parque Nacional Isiboro Sécure). Nach verschiedenen Lösungsversuchen beschlossen die in der CPIB organisierten indigenen Völker im August 1990 einen Marsch zu beginnen, der die Geschichte der indigenen Bewegung Boliviens maßgeblich beeinflussen sollte.«<sup>69</sup> Der Wendepunkt für die indigenen Kommunen in Beni lag in der Entscheidung, durch eine Organisationsstruktur, die CPIB, gemeinsam aktiv zu werden und kollektiv zu handeln, was später in dem Marsch gipfelte. Im August 1990 verfügte die indigene Bewegung bereits über die notwendigen Mittel, um sich zu mobilisieren, über gefestigte Strukturen und über charismatische Anführer.<sup>70</sup>

Die Fähigkeit der indigenen Bewegung, eine kollektive Identität anzunehmen, bewies sich in ihrer Organisationsform: stets von unten nach oben,

65 Hernán Vilche: Yuracaré del Bosque de Chimanes. Santa Cruz 1993. Zitiert nach: Wilder Molina: Las luchas contemporáneas. S. 61.

66 Vgl.: Ebenda.

67 Wilder Molina: Las luchas indígenas en el Beni. S. 61.

68 Ebenda.

69 Hernán Ávila Montañó: El Ichini Mojeño ha despertado. S. 28.

70 Vgl.: Alberto Melucci: Asumir un compromiso: identidad y movilización en los movimientos sociales. In: Zona Abierta. 1994(69).

bei ständiger Rücksprache mit der sozialen Basis durch einvernehmliche Abstimmungen etc. »Jede Kommune, jede Siedlung spielte eine wichtige Rolle bei der Entstehung der Forderung nach einem Territorium, doch auch an den Fehlern und Rückschlägen waren alle gleich beteiligt.«<sup>71</sup> Ein Zeichen der Vielfalt dieser kollektiven Identität ist die spontane Beteiligung am Marsch, die ohne Druckmittel oder Anreize zustande kam: Allein das Gemeinschaftsgefühl und die Identifikation mit den Forderungen waren ausreichend. »Die Kommunen und ihre Anführer wuchsen langsam in die Bewegung hinein. Wenn sie auch 1988 noch mit dem Fortgang der Bewegung unzufrieden waren und Bedenken hatten, sich mit anderen zusammenzuschließen, sich gegen lokale Behörden und die Regierung aufzulehnen, so diskutierten sie zwei Jahre später schon regelmäßig mit Staatsministern und verlangten schließlich sogar, den Präsidenten persönlich zu sprechen. Das heißt, dass in der Organisation zwar nur langsame, dafür aber stetige Fortschritte zu verzeichnen waren. Jeder kleine Schritt nach vorn reflektierte gleichzeitig einen Anstieg des Selbstbewusstseins der Bewegung, aber auch der Unterstützung, die sie erfuhr.«<sup>72</sup>

Diese Aktionen, die durch ein starkes Zugehörigkeitsgefühl zur indigenen Bevölkerung des Departements Beni motiviert wurden, lassen sich von der Annahme her erklären, dass die indigene soziale Bewegung von einer gemeinsamen kollektiven Identität getragen wurde. Diese kollektive Identität basiert auf sozialen und multikulturellen Allianzen der 18 beteiligten Völker. Die Artikulation ihrer gemeinsamen Interessen zu einem politisch günstigen Zeitpunkt ermöglichte es den indigenen Mojeño-Völkern, ihren Status als »Randfiguren« hinter sich zu lassen und entscheidende Handlungsträger in einem Wandlungsprozess zu werden. So sind die kollektive Identität und das kollektive Handeln soziale Konstrukte, die durch Kommunikationsnetzwerke und die Unterstützung aus der Bewegung selbst und aus dem unmittelbaren Umfeld entstehen. Die kollektive Identität ist eine reziproke Beziehung zwischen verschiedenen Subjekten, die eine bestimmte Taktik verfolgen. Es handelt sich dabei um Individuen, die sich der wirtschaftlichen Gesamtlage und der Begrenzungen ihres unmittelbaren Handlungsspielraums bewusst sind.<sup>73</sup> Deshalb, so schlussfolgert Melucci, ist die kollektive Identität der wichtigste Baustein einer Bewegung und ihres Erfolges.<sup>74</sup>

---

71 Carlos Navia: La cuestión indígena en el Beni. S. 26.

72 Ebenda. S. 28.

73 Vgl.: Alberto Melucci: Nomads of the Present: Social Movements and Individual Needs in Contemporary Society. London 1989. S. 26.

74 Alberto Melucci: Challenging Codes: Collective Action in the Information Age. New York / Cambridge 1996.

Im Folgenden soll die kollektive Identität aus dem Blickwinkel von José Vargas beleuchtet werden, demzufolge soziale Bewegungen als Teil ihrer eigentlichen Bestimmung eine kollektive Identität entwickeln.<sup>75</sup> Im Falle des hier untersuchten Ereignisses »hat die organisatorische Entwicklung in der starken indigenen Mojeño-Identität einen unerschöpflicher Quell der Energie gefunden, der ihr die Kraft gibt, den ausufernden Diskriminierungen durch die *Carayanas*, die Holzhändler und Viehzüchter zu widerstehen.«<sup>76</sup> Man kann also sagen, dass der Ausgangspunkt nicht eine Tabula rasa ist, sondern ein komplexer Prozess der Identifikation von verschiedenen am Konflikt beteiligten Gruppen mit jeweils eigenen Zielen.

Des Weiteren zeigt Vargas, dass soziale Bewegungen immer mit der Entstehung neuer politischer, sozialer und wirtschaftlicher Identitäten verbunden sind, die mit den bestehenden Normen und Werten in Konflikt treten, und von denen einige vom Staat oder Markt verleugnet werden.<sup>77</sup> Die indigene Bewegung im Departement Beni entstand mit der Feststellung, dass es kein Territorium mehr gibt, in das sich die indigene Bevölkerung zurückziehen könnte<sup>78</sup>, weil alles Land um sie herum schon besetzt sei. Ávila äußert dazu: »Sie (die *Carayanas*) tun mit ihrem Eroberergeist alles, um die unberührten Gebiete und die dort lebenden Mojeños zu unterwerfen und die Rohstoffe aus Land und Wald für sich zu beanspruchen. Sie benutzen den Staat und die Behörden, um ihre Interessen durchzusetzen und rechtfertigen sich mit ethnozentristischen und sozialdarwinistischen Theorien.«<sup>79</sup> Aus diesem Grunde schufen sich die sozialen Bewegungen des bolivianischen Tieflandes neue, auf der Vergangenheit basierende Identitäten. Vargas zufolge ist dies eine Alternative zu denjenigen indigenen Bewegungen, die ein neues Gesellschaftsmodell allein auf Grundlage der vorkolonialistischen Zeit vorschlagen.<sup>80</sup>

---

75 Vgl.: José Guadalupe Vargas H.: Movimientos sociales para el reconocimiento de los movimientos indígenas y la ecología política indígena. In: Ra Ximhai. Mexiko 1(2005)3. S. 453-470. URL: <http://www.uaim.edu.mx/webraximhai/Ej-03articulosPDF/02%20mov%20sociales.pdf>

76 Hernán Ávila Montaña: El Ichini Mojeño ha despertado. S. 17.

77 Vgl.: José Guadalupe Vargas H.: Nuevos movimientos sociales ambientales en México. En Revista Venezolana de Ciencias Sociales. Cabimas 10(2006)001. S. 37-54. URL: <http://redalyc.uaemex.mx/src/inicio/ArtPdfRed.jsp?iCve=30910103>

78 Vgl.: Carlos Navia: La cuestión indígena en el Beni. S. 24.

79 Hernán Ávila Montaña: El Ichini Mojeño ha despertado. S. 17.

80 Vgl.: José Guadalupe Vargas H.: Nuevos movimientos sociales ambientales en México. S. 37-54.

### 3. Alberto Melucci: Soziale Bewegungen und kollektive Identität

Auf die Frage, was eine soziale Bewegung im allgemeinen Sinne sei, antwortet Alberto Melucci sehr konkret, es handele sich um eine Form des kollektiven Handelns.<sup>81</sup> In diesem Sinne war der »Marsch für Land und Würde« zweifellos die am breitesten angelegte kollektive Handlung der indigenen Völker in den neunziger Jahren.<sup>82</sup> Darüber hinaus berufen die Akteure sich laut Melucci auf die Solidarität und festigen damit ihre kollektive Identität, denn sie betrachten sich alle als einer gemeinsamen sozialen Schicht zugehörig.<sup>83</sup> Genau diese kollektive Identität als indigenes Volk führte dazu, dass die Bewegung auch die Solidarität der übrigen Bevölkerung Boliviens genoss, angenommen die der Vieh- und Holzhändler.

In der Homilie der Heiligen Messe für die indigene Bevölkerung in der Kathedrale von La Paz fasst Monseñor Juárez die Solidarität mit der indigenen Bewegung wie folgt zusammen: »Wir wollen die indigene Bevölkerung als Bolivianer erster Klasse anerkennen (...) Lasst uns kein Bündnis eingehen mit den Unterdrückern unserer bolivianischen Brüder, damit uns die gute Nachricht des Herrn im Jahr der Gnade erreicht und uns zu Erbauern einer gerechteren, solidarischeren Gesellschaft macht, die den Menschen wirklich als Geschöpf Gottes respektiert, die seine Würde respektiert und ihn nicht mit Geschäften manipuliert (...) Ich bewundere euch und ich beglückwünsche euch, weil ihr diesen Marsch durchgeführt habt, bei dem niemand zu Schaden kam, beleidigt oder betrogen wurde. Ein Marsch, mit dem ihr die Blinden in unserem Land aufgefordert habt, die Augen zu öffnen und die Ungerechtigkeit zu sehen. Die katholische Kirche solidarisiert sich mit euch und eurer Sache und deshalb sind heute auch der Präsident der Bischofskonferenz und die Bischöfe aus Ost- und Westbolivien anwesend, um euch willkommen zu heißen und gemeinsam zu Gott, dem Herrn zu beten, damit

81 Vgl.: Albert Melucci: *Challenging Codes: Collective Action in the Information Age*. New York/ Cambridge 1996. S.112. In: Joseph Gusfield/ Enrique Laraña (Hrsg.): *Los nuevos movimientos sociales: de la ideología a la identidad*. Madrid 1994.

82 In der Literatur werden die indigenen Bewegungen Lateinamerikas und der Marsch für Land und Würde häufig übergangen. Wenn überhaupt darauf Bezug genommen wird, werden sie als eine von vielen Bewegungen abgehandelt und die eigentliche Dimension tritt nicht klar hervor. Ich hebe dies hervor, weil der Marsch vier Jahre vor dem Aufstand der Zapatisten und zwei Jahre vor Beginn der indigenen Bewegung in Ecuador statt fand. José Guasebe war aufgrund seiner Erfahrungen aus dem Jahr 1990 auch nach Ecuador eingeladen worden.

83 Vgl.: Alberto Melucci: *Asumir un compromiso: identidad y movilización en los movimientos sociales*. In: *Zona Abierta*. Madrid (1994)69.

dieser Marsch für Land und Würde einen glücklichen Ausgang nimmt, wie es im Evangelium geschrieben steht.«<sup>84</sup>

Melucci zufolge expliziert eine soziale Bewegung einen Konflikt und sprengt die Grenzen des Systems, in dem er entstanden ist.<sup>85</sup> Eine kollektive Handlung setzt also einen Kampf zwischen zwei oder mehr Parteien voraus, einen Kampf um »die Anpassung und Orientierung sozialer Werte und der Mittel. Doch die kollektive Handlung schließt auch noch einen zweiten Aspekt ein: das Verhalten und die soziale Rolle, die durch institutionalisierte Normen jedem Mitglied der Gesellschaft vorgegeben sind.«<sup>86</sup> Es handelt sich hierbei um eine Spaltung, die sich durch die gesamte Gesellschaft zieht.

Nach Melucci bestehen soziale Bewegungen aus kollektiven Handlungen, die sich sowohl nach dem ersten als auch nach dem zweiten Aspekt richten. Daher sind soziale Bewegungen also keine empirischen Objekte, sondern analytische Konstruktionen.<sup>87</sup> So verhielt es sich auch im Falle der Mojeños. »Bei ihrem Marsch nach La Paz benannten die Teilnehmer nicht nur ihre konkreten Widersacher, also jene Akteure, die ihr Land beschlagnahmten und ihre Ressourcen ausbeuteten, sondern sie lenkten die Aufmerksamkeit auch auf widrige Umstände im Allgemeinen, in der Politik, in der Kultur, beim Staat und den lokalen Behörden und im Werte- und Glaubenssystem, das die indigene Bevölkerung und ihre Lebensweise stigmatisiert.«<sup>88</sup> Im Falle der indigenen Bevölkerung in Beni wird deutlich, dass es sich nicht um feststehende empirische Objekte handelt, sondern dass die Bewegung sich stetig wandelt und ihre konkreten Gegner erst in diesem Prozess definiert.

Die Forderung nach gemeinsamem Land war neu und innovativ im indigenen Diskurs. Da sie noch nicht im Gesetz verankert war, betrachteten die Viehzüchter diese Forderung als einen Bruch der indigenen Bevölkerung mit dem bolivianischen Staat. Deshalb stelle auch das Ersuchen, das Konzept des gemeinsamen Territoriums in den rechtlichen Rahmen einzubinden, eine Verletzung der Grenzen des Rechtssystems dar, ohne jedoch den bolivianischen Staat direkt anzugreifen. Marcial Fabricano war um die Aufklärung der Anschuldigungen bemüht: »Der bolivianische Staat muss unser Recht auf Land, auf unsere eigenen Organisationsformen und auf die Wahl unserer traditionellen Anführer anerkennen. Es bedeutet ja nicht, dass wir die

---

84 Monseñor Jesús Juárez: Homilie des 17. September 1990. Archiv der Bischofskonferenz Bolivien, La Paz.

85 Vgl.: Alberto Melucci: *Asumir un compromiso*. S. 122.

86 Ebenda

87 Vgl.: Alberto Melucci: *Sistema político, partidos e movimientos sociales*. Mailand 1989.

88 Hernán Ávila Montaño: *Presente y perspectiva de la presencia de los pueblos indígenas del Beni en los sistemas de representación política del Estado*. Trinidad 2006. S. 41

Autorität der bolivianischen Behörden anzweifeln. Wir wollen einfach die gleichen Rechte für alle, als Bolivianer und als Kinder Gottes.«<sup>89</sup>

Die Indigenen des Tieflandes fordern das Land zurück, das ihnen genommen wurde. Damit versuchen sie nicht, ihre Unterdrücker zu vertreiben, sondern sie wollen vielmehr die Bodennutzung demokratisieren. Das hat nichts mit sozialistischen Forderungen zu tun, sondern steht ganz im Zeichen der liberalen Verfassung des Landes.

Das bisher Gesagte lässt annehmen, dass der »Marsch für Land und Würde« eine soziale Bewegung ist, die mit ihrer kollektiven Identität an die Solidarität appelliert, da ihre Akteure einander als Mitglieder derselben sozialen Schicht akzeptieren, einer Schicht, aus der ein Konflikt hervorging, der »die Grenzen des Systems, in dem er entstanden ist, durchbricht«.<sup>90</sup> Diese Gleichberechtigung kam durch Interaktion und Kontinuität über einen langen Zeitraum zustande, so dass die Bewegung nun als notwendige Einheit verstanden werden kann, in der die Mitglieder gemeinsame Ideen vertreten, sich zur Bewegung zugehörig fühlen, untereinander Solidarität entwickeln etc. Es handelt sich hierbei nicht um eine Ansammlung von Individuen, sondern um Gemeinschaften, die einen Lebensraum teilen: die Mojos-Ebene.

Die Strategie besteht aus zwei Elementen: Das erste ist die solidarische Mobilisierung, die auf einem antagonistischen Kern basiert, denn wie Guasebe deutlich macht: »Sie sind unsere Feinde, weil es ihnen nicht genügt, unser bestes Land zu nehmen. Jetzt wollen sie uns ganz ohne Land sitzen lassen. Jeden Tag verkleinern sie unser Territorium weiter. Wir haben keinen Platz zum Leben mehr, und sie lassen uns nicht einmal unsere traditionellen Organisationsformen. Deshalb haben sich alle indigenen Gemeinschaften solidarisch organisiert.«<sup>91</sup>

Das zweite Element ist die starke Medienpräsenz der Bewegung.<sup>92</sup> Die Medien wurden, zumindest während des Marsches, zu wichtigen Kanälen für die Verbreitung der Argumentation der indigenen Bevölkerung in der Gesellschaft. Die Forderungen der Bewegung beschränken sich nicht nur auf ihre Organisationsform oder die Kontrolle von Ressourcen. Sie bestehen auch darin, das Anliegen und die Ansichten der indigenen Bevölkerung durch eine dauerhafte Medienpräsenz nach außen zu bringen.<sup>93</sup> Die Akteure publizieren ihre Forderungen durch die Massenmedien und sind somit außerhalb des herkömmlichen Systems der Vermittlung durch Politik und Behörden aktiv.

---

89 BOLIVIA. Última Hora. 15. September 1990. La Paz.

90 Alberto Melucci: *Asumir un compromiso*. S. 119.

91 José Guasebe, ehemaliger Präsident der CPIB. Interview in Trinidad (Beni), August 2006.

92 Vgl.: Alberto Melucci: *Asumir un compromiso*.

93 Vgl.: Ebenda.

Anstatt die indigene Bewegung zu marginalisieren, wurde die ursprünglich antagonistische Diplomatie letztendlich zur Brücke in das politische Parteiensystem. Das bedeutet allerdings nicht, dass sich die gesamte indigene Bewegung in das Parteiensystem eingegliedert hat, und auch der Marsch 1990 fand außerhalb des parteilichen Rahmens statt.

Wie bereits weiter oben erwähnt, besteht laut Melucci die wichtigste Manifestation einer sozialen Bewegung in der Aktion als Teil der Entwicklung der Bewegung. Daher stellt Melucci auch fest: »Soziales Handeln geht immer von einem Prozess aus, deshalb besteht die Bedeutung des Handelns in der sozialen Interaktion (...) Die sozialen Akteure weisen ihren Handlungen durch die Beziehungen untereinander Sinn zu.«<sup>94</sup>

Im Falle der Mojeño-Bewegung ging der Prozess der Sinnbildung vom Zusammentreffen der indigenen Völker aus, die gemeinsame Probleme aufdeckten und ihre Forderungen institutionalisierten. Dieser Prozess begann beim *Cabildo* von Trinidad mit einer lokalen Angelegenheit, mit der Aufforderung an die Behörde, einige Straßen ausbessern zu lassen. Später wurden auch von anderen *Cabildos* im Mojeño-Gebiet Anfragen gestellt. Die rechtliche Anerkennung ihres Territoriums, Sondergesetze für die indigene Bevölkerung, Verfassungsreformen und die Anerkennung der traditionellen Organisationsstruktur der indigenen Gemeinschaften wurden mit dem Marsch auf La Paz zu allgemeinen und institutionalisierten Forderungen. »Gleichzeitig bestehen sie darauf, dass der Staat die traditionellen Organisationsformen und ›Autoritäten‹ anerkennt (...) und ihnen damit die Erlaubnis erteilt, interne Entscheidungen zu treffen.«<sup>95</sup>

Nach Alberto Melucci ist die Bewegung des Tieflandes eine alternative soziale Bewegung, da eine ihrer Herausforderungen ihre Ausübungsform ist, die die institutionalisierte wirtschaftliche und politische Macht einiger weniger Familien infrage stellt. So werden die Forderungen vor allem darin sichtbar, dass sie das bestehende System, seine Organisationsformen und sein Machtgefüge anfechten. Die sozialen Bewegungen werden so zu offenen Räumen, in denen verhandelbare Kompromisse geschlossen werden können. Melucci zufolge führt die Errichtung »neuer kultureller Rahmenbedingungen für den Protest dazu, dass sich die sozialen Bewegungen symbolischen Herausforderungen stellen.«<sup>96</sup>

Die Diskurse der indigenen Bewegung, die stets von christlich religiösen Inhalten geprägt sind, verleihen ihr Legitimität. Ausgangspunkt ist die Gleichheit des Menschen vor Gott. Wir sind alle Kinder Gottes, argumen-

94 Ebenda. S. 127.

95 Hernán Ávila Montaño: Presente y perspectiva de la presencia. S. 39.

96 Alberto Melucci: Asumir un compromiso. S. 143.

tieren sie. Der Staat jedoch, der die katholische Religion als offizielle Doktrin anerkennt und verbreitet, »versagt in Bezug auf die indigenen Völker«. <sup>97</sup> Folglich stellt die Bewegung den Ausschluss der indigenen Bevölkerung von den »Kindern Gottes« in einem verfassungsgemäß katholischen Land infrage.

Wenn man der Analyse Meluccis folgt, stellt man fest, dass die Machtstrukturen in gegenwärtigen Gesellschaften immer auf Information und der Konstruktion von Bedeutungen für bestimmte Situationen aufbauen. Das soziale Handeln und die sozialen Bewegungen decken diese beiden Punkte ab, da sie an sich eine Botschaft verkörpern, die die Gesellschaft durchdringt und auch die Machthaber erreicht. Die Mojeño-Völker stellen also mit ihrer kollektiven Identität die instrumentelle Rationalität als alleinige Logik, mit der eine Gesellschaft regiert werden kann und die andere Formen einer pluralistischen Gesellschaft ausschließt, infrage. Gleiches geschieht hinsichtlich der instrumentellen Vernunft, mit der die Territorialfrage angegangen wird. Die indigene Bewegung stellt dem privaten Grundbesitz ihr Konzept des Gemeindlands entgegen. Die damit verbundene Logik ist der merkantilistischen Denkweise der Machthaber völlig fremd.

Des Weiteren stellt Melucci fest, dass man die Tiefe der in komplexen Systemen ablaufenden Veränderungen unterschätzt, wenn man annimmt, dass die Essenz der Demokratie weiterhin darin bestehe, den Wettbewerb verschiedener Interessen und die Regeln, die ihn ermöglichen, zu garantieren. Seiner Meinung nach »stehen wir vor der Unsicherheit, die wir durch politische Entscheidungen reduzieren wollen, aber diese Entscheidungen verschleiern die Tatsache, dass es für die großen Dilemmas einer Gesellschaft, in der alle voneinander abhängig sind, keine Lösung gibt«. <sup>98</sup>

Dazu stellt auch Hugo Suárez fest: »Ob er will oder nicht, der Staat ist für die Regulierung, Flurbereinigung und Vergabe des Landes zuständig. Das versetzt die Bürokratie in eine schwierige Lage, da sie im Osten des Landes sowohl dem Druck der indigenen Bevölkerung als dem auch der Unternehmer, der Wirtschaft und der internationalen Gemeinschaft standhalten muss.« <sup>99</sup>

Laut Melucci ist in der Demokratie die Existenz von autonomen öffentlichen Sphären, wie politischen Parteien, staatlichen Institutionen und Strukturen, eine zwingende Bedingung. Seiner Meinung nach sind diese öffentlichen Sphären Verbindungspunkte zwischen den politischen Institutionen und den kollektiven Forderungen, zwischen den Aufgaben der Regierung

97 Hernán Ávila Montaña: *Presente y perspectiva de la presencia*. S. 39.

98 Alberto Melucci: *Vivencia y convivencia*. Madrid 2001. S. 58.

99 Hugo José Suárez: *Nuevos Actores Sociales*. S. 17.

und den existierenden Konflikten.<sup>100</sup> Solche öffentlichen Sphären sollen durch die Kontrolle der indigenen Territorien geschaffen werden. In ihrem Rahmen können indigene soziale Bewegungen agieren, ohne ihre Einzigartigkeit einzubüßen. Die Hauptaufgabe dieser Sphären ist, die Forderungen der sozialen Bewegungen in eine klare und gemeinschaftliche sprachliche Form zu bringen.

#### *4. Die Mojeño-Bevölkerung, ihre Forderungen und die friedliche Revolution in Bolivien*

Die Analyse der gegenwärtigen Situation der Mojeño-Bevölkerung ergibt folgende zentrale Forderungen: erstens Territorium und zweitens politische Teilhabe an der Staatsregierung. In diesen beiden Forderungen konzentrieren sich die Probleme und Rechte der indigenen Bevölkerung. Auf dem Marsch 1990 erstmals formuliert, stellen sie die thematischen Richtlinien aller nachfolgenden indigenen Bewegungen und Märsche dar, bis hin zum Wahlsieg von Evo Morales 2005. Daher sollen im Folgenden auch die neue Verfassung und die Gesetze des bolivianischen Staates in die Analyse einbezogen werden.

##### *4.1. Die Forderung nach Territorium.*

Die beharrliche Forderung der indigenen Bevölkerung nach »Territorium« zeigt, dass diese Forderung auch symbolisch für andere Probleme steht. Mit diesem zentralen Anspruch sind die indigenen Völker auf die politische Bühne Boliviens gestürzt. Damit haben sie ihre Marginalisierung aufgegeben und sind zu sichtbaren Akteuren der Zivilgesellschaft und der nationalen Politik geworden. In diesem Zusammenhang gewann der Anführer der indigenen Bewegung, Evo Morales Ayma, die Präsidentschaftswahlen 2005 mit breiter Unterstützung der indigenen Bevölkerung im Westen und Osten des Landes, die davon überzeugt war, dass ein indigener Präsident mit Hilfe der Verfassungsgebenden Versammlung der jahrhundertelangen territorialen Ausbeutung und sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Ausgrenzung ein Ende setzen würde.<sup>101</sup> Die Realität entsprach diesem Wunsch jedoch nicht.

<sup>100</sup> Vgl.: Alberto Melucci: Nomads of the Present.

<sup>101</sup> Für die indigene Bevölkerung bedeutet die Berücksichtigung des Territoriums in der Verfassung die Möglichkeit, politisch-administrative Gewalt über diese Gebiete und Zugang zu

Durch die neue Verfassung Boliviens, die im Kongress ausgehandelt wurde, ändert sich nichts an den Latifundien. Einige Artikel sollen dies hier belegen.

*Artikel 399 I:* »Die neuen Grenzen des landwirtschaftlichen Besitzes gelten für Grundstücke, die nach Inkrafttreten dieser Verfassung erworben wurden. Besitzrechte für landwirtschaftliche Flächen werden nicht rückwirkend anerkannt.«<sup>102</sup>

Das Prinzip der Nichtrückwirkung erwies sich als unhaltbar. Jede Verfügung zur Änderung einer ungerechten Bodenverteilung hätte auch rückwirkend gelten müssen. Die Nichtrückwirkung, die der Kongress beschloss, legalisierte den Großgrundbesitz erneut.

*Artikel 394:* »Die Rechte für Grundbesitz innerhalb der Schutzgebiete für die indigene Bevölkerung<sup>103</sup> bleiben unberührt.«<sup>104</sup>

Das bedeutet, dass das indigene Territorium in der neuen Verfassung nicht garantiert wird. Die indigenen Gemeinschaften müssten also die Verfassung anfechten, wenn sie ihr Land wirklich verteidigen und zurückgewinnen wollen.

Da das Nichtrückwirkungsprinzip des Gesetzes nicht haltbar war, modifizierte der Kongress den Inhalt und nicht nur die Form des Abschnittes *Tierra y Territorio* (Grundbesitz und Territorium) des Verfassungsentwurfs, der im Dezember 2007 von der Verfassunggebenden Versammlung angenommen wurde. Der Großgrundbesitz ist nicht ein Risiko, das vermieden werden sollte, sondern ein Übel, das die Gesellschaft von innen auffrisst. Die Regierungsberater hatten „vergessen“, dass zum System des Großgrundbesitzes auch ein politisches System gehört, bei dem die Macht auf sehr wenigen Schultern ruht.

*Artikel 315. I:* »Der Staat erkennt den Grundbesitz aller juristischen Personen an, der rechtmäßig erworben wurde, solange dieser Grundbesitz für die Schaffung von Arbeitsplätzen und/ oder die Produktion und Vermarktung von Waren und Dienstleistungen genutzt wird.«<sup>105</sup>

---

ihren natürlichen Ressourcen zu erlangen. Vgl. Bolivia. Centro Gregorio Apaza: Derechos humanos de los pueblos en la nueva constitución. Heft 4. S. 20.

102 Bolivia: Constitución Política del Estado. La Paz 2009. S. 95.

103 Tierras Comunitarias de Origen (TCO). ebenda. S. 93.

104 Bolivia: Constitución Política del Estado. La Paz 2009.

105 Ebenda. S. 78.

Die Unterstreichung zeigt, dass der Artikel das Besitzrecht für Land garantiert, das nicht als Produktionsmittel, sondern als Kapital genutzt wird, was bedeutet, dass die wirtschaftliche und soziale Funktion des Grundbesitzes auch dann als erfüllt angesehen wird, wenn das Land brachliegt oder der Boden nicht fruchtbar ist.

Überraschend ist der Widerspruch zu *Artikel 398*: »Großgrundbesitz ist verboten... da er dem kollektiven Interesse und der Entwicklung des Landes im Wege steht.«<sup>106</sup> Die Verfassung scheint also mehrere Deutungsvarianten zu haben. Wenn der Großgrundbesitz verboten ist, befindet er sich zusammen mit aller darauf verrichteter Arbeit am Rande des Gesetzes. Weitere Änderungen, die nicht am Kapitel zu Land und Territorium, sondern am Kapitel über die Autonomien vorgenommen wurden, begünstigen den Grundbesitz sogar noch. Denn durch die Änderungen wird den autonomen Behörden legislative Gewalt verliehen und die bereits vergebenen Kompetenzen werden nochmals verteilt. Mit diesen Modifikationen wird der juristische Rahmen abgelehnt, der unbedingt erforderlich gewesen wäre, um ein Ende des ungerechten Landverteilungssystems herbeizuführen. Die Tür zur gesetzlichen Konsolidierung dieses Systems bleibt weiterhin offen. Denn jetzt verletzt riesiger Landbesitz in den Händen einer einzigen Person nicht mehr das allgemeine Interesse, obwohl dieser Besitz in einem unermesslichen Reichtum für eine einzelne Person resultiert und Tausenden von Menschen den Zugang zu Ressourcen verwehrt, die sie zum Überleben brauchen. Der politische Pakt im Kongress bedeutet die Vernichtung von Errungenschaften, für die das bolivianische Volk gekämpft und geblutet hat. An dieser Stelle kommen drei Fragen auf, die für die Forschung von Interesse sind.

*Erstens: Wie stehen die Mojeños zu dieser rechtlichen Situation?*

Sie akzeptieren den kompletten Verfassungstext: »Als legitimes Mitglied der großen Mojeño-Nation möchte ich die Freude der Mojeño-Völker über die neue Verfassung des Staates zum Ausdruck bringen.« Alle Schichten, aus denen das bolivianische Volk besteht, »haben der Verfassung mit bestem Gewissen zugestimmt. Endlich finden wir unsere historischen Forderungen im Gesetz verankert«.<sup>107</sup> Pedro Nuny versichert außerdem, dass die 34 indigenen Völker des Tieflands, des Chacos und des Amazonasgebietes sich in der Verfassung berücksichtigt finden.

---

106 Ebenda. S. 94.

107 Pedro Nuny, Vizepräsident der CIDOM und indigener Kandidat der MAS für den Sonderwahlbezirk Beni. 29.10.09. <http://www.cidob-bo.org>

*Zweitens: Sind die Mojeños mit den Tierras Comunitarias de Origen (TCOs) zufrieden?*

Nicht nur das, mit Nachdruck fordern sie die Titulierung aller TCOs im Mojeño-Gebiet. »Es ist die Aufgabe der Regierung, die verfassungsmäßige Anerkennung der TCO durch die INRA<sup>108</sup> zu garantieren.«<sup>109</sup> Weiterhin fordern die Mojeños von der Regierung und der internationalen Gemeinschaft finanzielle Unterstützung für die TCOs, bei denen eine Finanzierung noch aussteht.

*Drittens: Wie ist die Beziehung der Mojeños zur Regierung Evo Morales in den bevorstehenden Wahlen?*

Die Mojeño-Völker und auch alle anderen indigenen Völker des Tieflandes unterstützen den Präsidenten und die Veränderungen im Land. Im Namen der Völker des Chacos und des bolivianischen Amazonasgebiets »wurde gemeinsam und mit politischem Willen die Entscheidung getroffen, die Wiederwahl von Evo Morales und García Linera zu unterstützen und zum Erfolg zu führen«.<sup>110</sup> Der nächste Abschnitt wird zeigen, dass dieser Enthusiasmus in Bezug auf das Übergangswahlgesetz nicht zu spüren ist.

#### *4.2. Politische Partizipation*

Das Übergangswahlgesetz stellt einen »Verrat« der Regierung Morales an der indigenen Bevölkerung dar, sagte Adolfo Chávez, Präsident der Konföderation der Indigenen Völker Boliviens (*Confederación de Pueblos Indígenas de Bolivia* – CIDOB).

An ihrer politischen Vertretung hat die indigene Landbevölkerung seit 2004 gearbeitet.<sup>111</sup> Ihre Vorschläge wurden der Verfassungsgebenden Versammlung vorgelegt, von dieser jedoch kaum diskutiert. Daher kann man sagen, dass die politischen Rechte der indigenen Bevölkerung von Anfang an nicht beachtet wurden, obwohl diese den Prozess überhaupt erst angestoßen hatte.

---

108 Nationales Institut für Agrarreform (Instituto Nacional de Reforma Agraria)

109 Asamblea Consultiva Resolución Comisión Tierra y Territorio. Trinidad. 13.Juni 2009. <http://www.ftierra.org>

110 Pedro Nuny: Rede bei Periódico Cambio. La Paz 5.Oktober 2009.

111 CIPCA – Fundación Tierra.

»Es verhält sich so«, bestätigt Iván Bascopé, Rechtsberater der indigenen Tieflandbewohner, »dass die indigene Bevölkerung sich nicht nach ihren eigenen Regeln und durch ihre eigenen Organisationen postulieren durfte, obwohl es für solche Fälle international gültige Gesetze gibt, und nun wird sie in einem konkurrenzorientierten Wahlsystem wie irgendeine politische Partei oder Bürgerbewegung behandelt.«<sup>112</sup>

Darüber hinaus werden die Wahlbezirke vom Nationalen Wahlgerichtshof (*Corte Nacional Electoral* – CNE) festgelegt. Das heißt, alle indigenen Völker müssen die Bestimmung der Sonderwahlbezirke durch den Wahlgerichtshof akzeptieren. Die ablehnende Haltung der CIDOB wird verständlich, wenn man in Betracht zieht, dass der CNE nur mit Landkarten arbeitet, die nichts über die anthropologische Entwicklung oder die Kultur dieser Völker aussagen.

Der Jesuitenpriester Xavier Albó bestätigt in Bezug auf die Sonderwahlbezirke für indigene und afrobolivianische Minderheiten, dass »sie nur in den Regionen gelten, wo diese Bevölkerungsgruppen tatsächlich eine Minderheit darstellen. Deshalb sind sie für die Quechuas und Aymaras in den Andenregionen kaum relevant«.<sup>113</sup> Die Partizipation der Mojeño-Völker ist insofern unbedeutend, als dass sie nur einen Abgeordneten haben. Das Gesetz ist eindeutig verfassungswidrig und riskiert innere Konflikte bei den indigenen Gemeinschaften. Trotz der indigenen Proteste missachtete das Parlament, »dass die Ernennung der Abgeordneten in der jeweiligen Gemeinschaft und in strikter Übereinstimmung mit ihren Regeln und Normen stattfinden muss (CPE Art. 211-II)«.<sup>114</sup>

Es ist schwierig und schmerzhaft, diese Probleme objektiv zu betrachten. Schwierig, weil es keine Erklärung für die Irrwege der Regierungspartei gibt, die an die Jahre kurz nach der Revolution 1952 erinnern. Schmerzhaft, weil sich trotz allem in den Augen und Gesichtern der Landbevölkerung noch Hoffnung spiegelt. Weil wir uns machtlos fühlen. Weil wir wissen, was wir wissen und doch nichts tun können.

### *Schlussfolgerungen*

Das Aufbegehren der indigenen Mojeños war die Konsequenz der andauernden Unterdrückung durch die Großgrundbesitzer und die Holzhändler,

112 <http://www.kaosenlared.net/>

113 Xavier Albó: *Padrón biométrico y michi-circunscripciones indígenas*. Bolpress, 19. Mai 2009.

114 Ebenda

die ihr Land besetzen. Die Gegner der Indigenen sind fast ausschließlich die Viehzüchter und Holzhändler aus Beni. Das zentrale Problem ist der Grundbesitz, die Definition, wem der Boden rechtmäßig gehört.

Die indigene Bewegung hat sich als Volk mit eigener Kultur und eigenen Traditionen in der bolivianischen Öffentlichkeit, bei den Behörden und bei der Regierung Gehör verschafft. Sie hat deutlich gemacht, dass sie eigene Machtbereiche anstrebt, in denen sie sich selbst verwaltet.

Die Protestaktionen und Forderungen der Mojeños verbinden innerhalb der indigenen Bewegung moralische, ökologische, kulturelle und religiöse Faktoren, die Teil der Weltanschauung und der Logik der territorialen Wahrnehmung sind. Die indigene Bewegung der Mojeños hat eine starke politische Komponente, zusätzlich zu den ethnischen Aspekten. Trotzdem bleibt sie eine Bewegung, die aufgrund ihrer Merkmale und Besonderheiten als »soziale Bewegung« definiert werden kann.

Aus Sicht der in die Analyse einbezogenen Autoren stellen die indigenen Völker, die 1990 am »Marsch für Land und Würde« beteiligt waren, insgesamt eine soziale Bewegung dar. Sie definierten sich zuerst über eine kollektive ethnische Identität, die später zu einer politischen Identität mit eigenen Besonderheiten wurde.

Abschließend bleibt festzustellen, dass die indigene Bevölkerung Evo Morales Ayma und Álvaro García Linera bei den Wahlen am 6. Dezember 2009 nach wie vor den Rücken stärken wird, auch wenn sie nicht zu den Begünstigten der Landreform und des Übergangswahlgesetzes gehören.

Übersetzung aus dem Spanischen: Ariane Stark

## *Anhang*

### *Übersicht: Organisationen indigener Völker des bolivianischen Oriente, die der CIDOB angehören*

#### 1. Asamblea del Pueblo Guaraní (APG)

Gegründet	7. Februar 1987 in Arakuarenda - Piedritas
Teil- oder Unterorganisationen	Zusammenschluss von 28 Kapitanien der Guaraní und Tapiete in Santa Cruz, Chuquisaca und Tarija
Präsident, Vizepräsident	Wilson Changaray Taborga, Alejandrina Avenante Montero
Forderungen und Ziele	Verteidigung der eigenen Territorien gegen den zunehmenden Druck der Großgrundbesitzer

## 2. Central de Pueblos Indígenas del Beni (CPIB)

Gegründet	10. November 1989 in Trinidad
Teil- oder Unterorganisationen	18 indigene Völker und 26 Subzentren des Departements Beni (darunter: Baure, Canichana, Cayuababa, Itonama, More, Movina, Moxeño-trinitario, Moxeño-javeriano, Sirionó und Tsimane) sowie die Zentrale der Indigenen Frauen von Beni (Central de Mujeres Indígenas del Beni - CMIB)
Präsident, Vizepräsident	Remberto Justiniano, Aldemir Saldaña (Organisationssekretär)
Forderungen und Ziele	Verteidigung des eigenen Territoriums gegen den zunehmenden Druck der Viehzüchter, Holzhändler und Siedler; Forderung nach Recht auf Selbstregierung

## 3. Central de Pueblos Indígenas de La Paz (CPILAP)

Gegründet	1997 in der Stadt La Paz
Teil- oder Unterorganisationen	Consejo Indígena del Pueblo Tacana (CIPTA - *1990); Organización Indígena del Pueblo Mosekene (OPIM - *1994); Central Indígena del Pueblo Leco de Apolo (CIPLA - *1997); Pueblo Indígena Leco y Comunidades Originarias de Larecaja (PILCOL - *1998)
Präsident, Vizepräsident	José Ortiz; Juan Cerda A.
Forderungen und Ziele	Verteidigung der eigenen Territorien und Kampf für deren legale Anerkennung; Schutz vor den eindringenden Grundbesitzern, Holzhändlern und Siedlern

## 4. Central Indígena de la Región Amazónica de Bolivia (CIRABO)

Gegründet	1991 in Riberalta (Departement Beni)
Teil- oder Unterorganisationen	indigene Völker der Araona, Cavineño, Chácobo, Esse Eja, Pacahuara und Takana
Präsident, Vizepräsident	Fanor Amapo, Alberto Montero (Sekretär für Bildung)
Forderungen und Ziele	Sicherung der Einheit der indigenen Völker der Amazonas-Region in Bolivien im Kampf für die Verteidigung der territorialen Rechte und gegen deren Bedrohung durch die großen Agrarunternehmen

## 5. Central Indígena de Pueblos Amazónicos de Pando (CIPOAP)

Gegründet	2001 in Bolpebra
Teil- oder Unterorganisationen	indigene Völker der Cavineño, Esse Eja, Machineri, Tacana und Yaminahua sowie die Indigene Zentrale der Frauen des Amazonischen Pando (Central Indígena de Mujeres de la Amazonía de Pando - CIMAP)
Präsident, Vizepräsident	Danilo Guary Cartagena, Javier Fernández Teño
Forderungen und Ziele	Verteidigung der grundlegenden Rechte der indigenen Völker und Gemeinschaften, Sicherung der eigenen Territorien und Kampf für deren Anerkennung als TCO und gegen deren Vereinnahmung durch die großen Agrarunternehmen und Holzhändler

## 6. Central Oriental del Pueblos Nativo Guarayo (COPNAG)

Gegründet	Provinz Guarayo (Departement Santa Cruz)
Teil- oder Unterorganisationen	Zusammenschluss von Gruppen, die zwischen 1827 und 1900 von den Franziskanern in sechs Missionen organisiert waren und heute in 13 Gemeindeverbänden leben
Präsident, Vizepräsident	Elida Urapuca, Ricardo Moye
Forderungen und Ziele	Kampf für indigene Autonomie der Völker von Guarayo, Verteidigung und Wiedergewinnung der eigenen Territorien gegen den zunehmenden Druck der Viehzüchter, Holzhändler und Bergbauunternehmen

## 7. Central Regional de Pueblos Indígenas del Trópico de Cochabamba (CRPITC)

Gegründet	30. April 1997 in Villa Tunari
Teil- oder Unterorganisationen	Consejo Yuquí, Consejo Yuracaré, Consejo Indígena del Río Ichilo (CIRI) und Consejo Indígena del Isiboro Sécuré-Sur (CONISUR)
Präsident, Vizepräsident	Rosa Chao, Víctor Gonzáles Guari
Forderungen und Ziele	Verteidigung der eigenen Territorien gegen den Zugriff der Großgrundbesitzer und Holzhändler

## 8. Coordinadora de los Pueblos Étnicos de Santa Cruz (CPESC)

Gegründet	24. Februar 1995; 2002 organisatorische Trennung von der CIDOB
Teil- oder Unter-organisationen	Zusammenschluss der Zentralen der vier indigenen Völker Ayoreo, Chiquitano, Guarayo (siehe 6.) und Yuracaré-Mojeño
Präsident, Vizepräsident	Diego Faldin, Lázaro Tacoó (Exekutivsekretär)
Forderungen und Ziele	Verteidigung der indigenen Rechte und Territorien gegen den Zugriff der Eliten des Departements Santa Cruz

## 9. Organización de Capitanes Weenhayek y Tapietas (ORCAWETA)

Gegründet	1994 in Capirendita
Teil- oder Unterorganisationen	Gemeinschaften von Tuntey, San Antonio, Kilometro 1, Capirendita, Quebrachal, El Cruce, Tres Pozos, Cuevas de León, Algarrobal, San Bernardo, Bella Esperanza, Resistencia, Vizcacheral, La Purísima, Antezana, Yuchán, Crevaux, Sauzal, Las Moras, Samayhuate und Timboy Galindo Sardina, Alfredo Cortes
Präsident, Vizepräsident	
Forderungen und Ziele	Verteidigung der eigenen Territorien, Widerstand gegen Viehzüchter und Bergbauunternehmen; Kampf gegen die Verunreinigung des Río Pilcomayo

### *Literatur*

Albó, Xavier: Padrón biométrico y michi-circunscripciones indígenas, Bolpress. 19. Mai 2009.

Asamblea Consultativa. Resolución Comisión Tierra y Territorio. Trinidad (Beni). 13. Juni 2009. URL: <http://www.ftierra.org>

Ávila Montaña, Hernán: El Ichini Mojeño ha despertado. Santa Cruz de la Sierra 2006.

Ávila Montaña, Hernán: Presente y perspectiva de la presencia de los pueblos indígenas del Beni en los sistemas de representación política del Estado. Trinidad 2006.

Bolivia. Centro Gregorio Apaza: Derechos humanos de los pueblos en la nueva constitución. Heft 4. S. 20.

Bolivia: Constitución Política del Estado. La Paz 2009.

Carvalho Urey, Antonio: Pedro Ignacio Muiba, el héroe. La Paz 1977.

CIDDEBENI: Pueblos indígenas y movimiento regional en el Beni. Publicación No.9. Trinidad. November 1988.

Colombres, Adolfo: Diversidad cultural y proceso civilizatorio. La comunidad frente al vacío. In: Ecotopia. Revista Disidente. Cochabamba. 1(2006)1.

Delgado, Juan Manuel/ Gutiérrez, Juan (Hg.): Métodos y técnicas de investigación cualitativa en ciencias sociales. Madrid 1999.

Documento No. 5. Carta al Ministro de Asuntos Campesinos de Bolivia. San Ignacio 2 de octubre de 1988.

Gamson, William A. / Meyer, David S.: Marcos interpretativos de la oportunidad política. In: McAdam, Dough /McCarthy, John / Zald, Mayer N. (Hrsg.): Movimientos sociales: perspectivas comparadas. Madrid 1999. S. 383-412.

Gamson, William A.: The social psychology of collective action. In: Morris, Aldo/ Mueller, Carol (Hrsg.): The frontiers in social movement theory. New Haven 1992.

Gusfield, Joseph / Laraña, Enrique (Hrsg.): Los nuevos movimientos sociales: de la ideología a la identidad. Madrid 1994.

Gutiérrez Aguilar, Raquel: Nuevos Movimientos Sociales en América del Sur. URL: [http://www.nodo50.org/cubasigloXXI/taller/aguilar\\_290204.htm](http://www.nodo50.org/cubasigloXXI/taller/aguilar_290204.htm)

Klandermans, Bert: La construcción social de la protesta y los campos pluri-organizativos. In: Gusfield, Joseph / Laraña, Enrique (Hrsg.): Los nuevos movimientos sociales: de la ideología a la identidad. Madrid 1994. S. 183-220.

Klandermans, Bert: The formation and mobilization of consensus. In: Klandermans, Bert / Kriesi, Hanspeter / Tarrow, Sidney (Hrsg.): From structure to action. Greenwich 1988. S. 173-196.

Lehm, Ardaya Z.: Milenarismo y movimientos sociales en la amazonía boliviana. La búsqueda de la Loma Santa y la Marcha Indígena por el Territorio y la Dignidad. La Paz 1999.

Lijerón, Arnaldo: De la resistencia pacífica a la interpelación histórica. In: CIDDEBENI. Trinidad 1991.

McAdam, Dough / McCarthy, John/ Mayer, N. Zald (Hrsg.): Movimientos sociales: perspectivas comparadas. Madrid 1999.

McAdam, Doug: Political process and the development of black insurgency 1930-1970. Chicago 1982.

- McAdam, Doug: Micromobilization contexts and recruitment to activism. In: Klandermans, Bert / Kriesi, Hanspeter / Tarrow, Sidney (Hrsg.): From structure to action. Greenwich 1988. S.125-154.
- Melucci, Alberto: Vivencia y convivencia. Madrid 2001.
- Melucci, Alberto: Challenging Codes: Collective Action in the Information Age. New York / Cambridge 1996.
- Melucci, Alberto: Asumir un compromiso: identidad y movilización en los movimientos sociales. In: Zona Abierta. Madrid (1994)69.
- Melucci, Alberto: Nomads of the Present: Social Movements and Individual Needs in Contemporary Society. London 1989.
- Melucci, Alberto: Sistema político, partidi e movimenti social. Mailand 1989.
- Molina, Wilder: Las luchas indígenas en el Beni: Organización, movilización e institucionalización. In: CIDDEBENI. Publicación N° 37. Juli 1996.
- Monseñor Juárez, Jesús: Homilie des 17. September 1990. Archiv der Bischofskonferenz Bolivien. La Paz 1990.
- Navia, Carlos: La cuestión indígena en el Beni. Santa Cruz de la Sierra 2003.
- Nuny, Pedro: Rede bei Periódico Cambio. La Paz 5. Oktober 2009.
- Regalsky, Pablo: América latina: Bolivia indígena y campesina. Una larga marcha para liberar sus territorios y un contexto para el gobierno de Evo Morales. URL: <http://www.cebem.org/cmsfiles/archivos/regalsky.pdf>
- Snow, David A. / Hunt, Scott A. / Benford, Robert D.: Framing proceses and identity construction in collective action. Presented at the Annual Meetings of the Midwest Sociological Society. Chicago 1993.
- Snow, David A. / Rochford Jr., E. Burke / Worden, Steven/ Benford, Robert D.: Frame alignment process micromobilization and movement participation. In: American Sociological Review. Washington 51(1986)2. S. 464-481.
- Suárez., Hugo José: Nuevos Actores Sociales: Los indígenas del Beni. In: Cuadernos del Futuro. Vol. I. URL: <http://www.amazonia.bo/bibli/beni.pdf>
- Tapia, Luis: Politización. Ensayos teórico-metodológicos para el análisis político. La Paz 1996.
- Touraine, Alain: La producción de la sociedad. México 1995.

Vargas H., José Guadalupe: Movimientos sociales para el reconocimiento de los movimientos indígenas y la ecología política indígena. In: Ra Ximhai. Mexiko 1(2005)3. S. 453-470. URL: <http://www.uaim.edu.mx/webraximhai/Ej-03articulosPDF/02%20mov%20sociales.pdf>

Vargas H., José Guadalupe: Nuevos movimientos sociales ambientales en México. En Revista Venezolana de Ciencias Sociales. Cabimas 10(2006)001. S. 37-54. URL: <http://redalyc.uaemex.mx/src/inicio/ArtPdf-Red.jsp?iCve=30910103>

Vilche, Hernán: Yuracaré del Bosque de Chimanes. Santa Cruz de la Sierra 1993.

### *Interviews*

Durán, der indigenen Kommune San Pablo - Beni. Interview in San Joaquín. September 2006.

Eguiguren, Manuel. Hilfsbischof im Vikariat Beni. Interview in Trinidad – Beni. August 2006.

Guasebe, José. EhemaligerPräsident der CPIB. Interview in Trinidad – Beni. August 2006.

Madal, Pablo. Comunario de Aserradero de Magdalena. Interview in Magdalena. August 2006.

SIMÓN YAMPARA HUARACHI\*

## Das neue bolivianische Staatsmodell Eine kritische Reflexion aus der Perspektive der andinen *ayllus*

Erinnerung an die Zukunft; man muss hervorheben und sichtbar machen, was seit Beginn der Menschheit in allen Gemeinschaften dieser Welt unantastbar und wesentlich ist: die Ursprünge der menschlichen Werte.

*Bartolomé Melía & Dominique Temple*

Die Weltsicht der Vorfahren sagt und erzählt uns, die Zukunft hinter uns zu sehen, in der Vergangenheit, um das Wohlergehen und die Harmonie unserer Völker zu suchen und wiederzubeleben.

*Simón Yampara Huarachi*

---

\* Simón Yampara Huarachi gilt als einer der »originellsten und wichtigsten Aymara-Denker unserer Zeit« (Javier Medina). Sein hier abgedruckter Beitrag versteht sich als eine Art politisches Manifest, in dem die Konzepte des plurinationalen Staates und der Interkulturalität aus indianistischer Sicht kritisiert werden. Die von Simón Yampara vorgebrachten Argumente widerspiegeln die Auffassungen jenes Teils der indigenen Bewegung, dem das neue Staatsprojekt und der unter Evo Morales eingeleitete Prozess der Entkolonisierung nicht weit genug gehen. Aus Bolivien soll vielmehr das *Qullanasuyu*, der Staat der indigenen Bevölkerungsmehrheit, werden. Diese Forderung, die ihren Ursprung im Katarismo hat, basiert auf der Vorstellung, dass sich bis heute zwei Bolivien diametral gegenüberstehen. Allein durch ein *Pachakuti* können die nach wie vor bestehenden kolonialen Strukturen und Mentalitäten zerschlagen werden. Aus dieser Perspektive erscheinen Linke und Rechte als zwei Seiten ein und derselben Medaille, da beide in der westlichen Zivilisation verwurzelt sind und demzufolge für die indigenen Völkern keine Alternative bieten. Nur die Rückbesinnung auf die Basisstrukturen der andinen Zivilisation, wie sie *ayllu*, *marka* und *suyu* verkörpern, biete die Gewähr, die westliche Zivilisationsmatrix zu überwinden. Anders als Felipe Quispe tritt Simón Yampara mit seiner Politik der *Convivialidad*, des *Miteinanderlebens*, für einen interzivilisatorischen Dialog ein. Mit dem Abdruck des nachfolgenden Beitrags greifen die Herausgeber dieses Anliegen auf und bieten dem Leser die Möglichkeit, aus erster Hand mehr über alternative Vorstellungen zur Neugründung Boliviens zu erfahren.

## Einleitung

Die Veränderung und Transformation fortbestehender kolonialer Strukturen und Denkweisen hat zwei Ursprünge und drei Visionen bzw. Formen der Wahrnehmung, die sich aufgrund einer Art kolonialen *chhakhi*<sup>1</sup> nicht immer angemessen offenbaren und den richtigen Weg nehmen. Daher sehen die einen eine strukturelle Veränderung und Transformation der kolonialen Situation, ein *Pachakuti*<sup>2</sup>, während andere von einer »demokratischen kulturellen Revolution« sprechen, von schrittweise durchgeführten Reformen, die als Wandel verstanden werden. Auf Grundlage kolonialer Strukturen und Werte sollen schrittweise Reformen durchgesetzt werden, obwohl nicht auszuschließen ist, dass andere in Randpositionen danach streben, die koloniale Kontinuität zu wahren. Sie klammern sich an den Gedanken, dass Kolonialität zu Globalisierung führte, zu Modernisierung, zu Märkten und zu Kapitalisierung als Synonym für die Verwestlichung. Dabei scheinen sie nicht zu bemerken, dass sich die indigenen Völker trotz kolonialer Invasion und einer Politik der republikanischen Verschleierung weiterhin im Prozess des Widerstandes, der kontinuierlichen Selbstvergewisserung und Neustrukturierung befinden. Jetzt geht es innerhalb dieses Prozesses darum, Jahrtausende alte, überlieferte Strukturen wiederherzustellen, die gegenüber dem geltenden unmenschlichen, antiökologischen, kapitalistischen System, dem es an kosmogonischen, ökologischen und menschlichen Werten fehlt, eine Alternative darstellen.

*Wiederherstellung:* Daran halten die Völker des *Tawantinsuyu*<sup>3</sup> seit Gründung der Republiken fest, die sich heute auf dessen Gebiet befinden. In diesem *Tawantinsuyu* bilden die Republiken des Systems die KONTUR, und seine UMWELT ist der integrative Raum des Zusammenlebens, was in der Konsequenz zur Koexistenz des Nächsten mit der Umwelt führt.

Innerhalb dieser Umwelt gibt es heute Menschen anderer Kontinente mit einer »guten Absicht der Brüderlichkeit«. Es gibt in ihr aber auch andere Bürger, die mit der bösen Absicht kamen, das zusammengehörige Territorium zu zerteilen und zu zerstören; das Zusammenleben interessiert sie nicht. Sie sehen lediglich die wirtschaftlichen und natürlichen Reichtümer und das

1 Unangenehmer Zustand nach dem Genuss von Alkohol; Rausch der beim Erwachen Unwohlsein, Verwirrung bis hin zu Kopfschmerzen verursacht (Kater).

2 Begriff aus dem Quechua bzw. Aymara, der »Rückkehr/Umkehr der Zeit« bedeutet. Hier hat er die Bedeutung einer grundlegenden Zeitenwende im Sinne einer Umwälzung der Gesellschaftsstrukturen als Voraussetzung für die Errichtung einer erneuerten Weltordnung, in der die Grundprinzipien der andinen Zivilisation wiederhergestellt werden. Damit stehen »Pachakuti« und »Wiederherstellung« im wechselseitigen Zusammenhang.

3 *Tawantinsuyu* ist der Name für das Inkaimperium.

Geld der Staatskasse, das Volk kümmert sie nicht, die Republik interessiert sie nicht und auch der Staat nicht. Letztendlich sind sie Staatenlose, die ihre ursprüngliche Heimat leugnen und nun auch ihre Wahlheimat. Unter diesem Blickwinkel ist die soziale Revolution vom Oktober 2003 zu betrachten, die Transformation, bei der man zu keinem Zeitpunkt an Autonomie dachte. Die Oligarchen aber klammern sich an die Demokratie; ebenso wie die Großgrundbesitzer, die Freimaurer, die die Institution der Demokratie seit 1825 ausnutzen. Jene Personen und Familien sind es, die mit ihren Medien, der Presse, dem Radio, dem Fernsehen nun Autonomie propagieren und das mit der Bürde und dem Stigma des Rassismus.

In dieser Situation werden die Gemeinden zur Selbstbestimmung gedrängt. Das beinhaltet eine Wiederherstellung des Räumlich-territorialen und des Denkens, jedoch immer innerhalb des *Qullana-suyu*<sup>4</sup> zusammen mit dem Tiefland des *Antisuyu*<sup>5</sup> und ohne das Wesen des *tiwa* (aymara: vier) und *tawa* (quechua: vier) aus den Augen zu verlieren, womit die die vier Himmelsrichtungen und Räume des *Tawantinsuyu* gemeint sind.

In diesem Handlungsrahmen muss man die Unterschiedlichkeit der Prozesse und die Öffnung hin zu einer Debatte verstehen. Der Kampf der *qullana*/indigenen Völker steht vor einem doppelten Weg: Dem *Pachakuti*, dem grundlegenden strukturellen Wandel mit doppelter Kraft und Energie, hin und zurück, und dem Weg der schrittweisen Reformen und der neuen Verfassung (CPE – *Constitución Política del Estado*). Das heißt, so wie es bereits die Kataristen, die Anhänger Kataris, sagten: »Millionenfach werden wir zurückkehren mit den Bildern der Sterne, der Pumas und von Katari«. Die Nachfahren des Moctezuma bestätigen dies ebenfalls mit den Worten: »Für eine Welt kämpfen, in der andere Welten möglich sind.« Dies bedeutet: Die Völker von Hunderten (aymara: *patakas*) und Tausenden (aymara: *waranqas*) werden millionenfach (aymara: *warwanqas*) zurückkehren, um das Wissen über Brüderlichkeit und Gemeinschaft zu pflegen. Das Wissen tausender Jahre und das Wissen hunderter Jahre ergeben zusammen ein Bewusstsein des Wohlergehens und der Harmonie, das wir *Suma qamaña*<sup>6</sup> nennen.

*Selbstbestimmung* der indigenen Völker, heute bekannt als die Völker des Tief- und des Hochlands. Sie umfasst die Freiheit zu arbeiten, Arbeit in Gemeinschaften zu leisten, über Ressourcen und Mittel zu verfügen, und all dies unter Führung der eigenen Autoritäten und einer einheitlichen Regierung

4 *Qulla-suyu* war der südliche Teil des Inkaimperiums (*Tawantinsuyu*).

5 *Anti-suyu* war der östliche Teil des Inkaimperiums.

6 Siehe unter »vivir bien« im Kleinen Bolivien-Lexikon im Anhang.

wie in den *tentas*<sup>7</sup> und *ayllus*<sup>8</sup>, welche die weltanschauliche Harmonie des *paytiti*<sup>9</sup> und *Pachakuti* formen. Hier bedeutet wirtschaftliche Entwicklung lebensfrohe Arbeit, Nahrung und Freude für alle Gemeinschaften und Völker.

### 1. Zwei Ursprünge

In diesem transzendentalen Wandel der kolonialen Strukturen, dem *Pachakuti*, mit seiner »Rückkehr der Millionen«, die von der Vorstellung und der Energie des Archäopteryx genährt werden, von den prähistorischen Quellen einer Schlange und eines Vogels der Ikonografie des *Tiwanaku*, die wir in unserem Kontext als Kondor-Katari (Schlange) übersetzen, geht es beim Kampf der indigenen Völker darum, einen Raum zu finden, »in dem andere Welten möglich sind«. Nicht nur schrittweise Reformen.

In unserem Fall bedeutet dies, das Miteinander der beiden Ursprünge zu verstehen und in Einklang zu bringen: Jahrtausende alte überlieferte Ursprünge sowie Jahrhunderte alte westliche Ursprünge. Im Andenraum geht es trotz der *awqa*<sup>10</sup>, des Gegensatzes beider Systeme, darum, zu Logik und einem Prozess der *ayni*<sup>11</sup>, der Gegenseitigkeit, zu kommen, zu einem Wettstreit sich ergänzender materiell-spirituelle Kräfte und Energien statt zu einem Ausgrenzen und gegenseitiger Auslöschung. In Bolivien sind beide in einem unumgänglichen, asymmetrischen Miteinander präsent – infolge eines »Kolonialismus des Wissens und der Macht«, des Andauerns und der Gültigkeit kolonialer Werte in der Republik. In diesem Prozess stellt sich stets die Frage, ob und wie sich Autonomie, Selbstbestimmung und Wiederherstellung vereinbaren lassen oder nicht. Fragestellungen, die uns bei den Überlegungen in diesem Aufsatz leiten.

Wir gehen vom Vorhandensein zweier Ereignisse und Prozesse aus, welche die beiden Ursprünge verdeutlichen:

- Das kosmische Zusammenleben der vorkolonialen Völker, die eine Jahrtausende alte überlieferte Zivilisation bilden, deren Ausdruck und Quelle das *Tiwanaku* und der *Inkario* sind.
- Die koloniale Invasion des *Tawantinsuyu* von 1532 bis 1535 und die Geburt der westlichen hundertjährigen Zivilisation (das Aufeinandertreffen vorkolonialer und kolonialer Völker bzw. Zivilisationen).

7 Wort aus dem Guaraní, das »Gemeinde« bedeutet.

8 Siehe Kleines Bolivien-Lexikon im Anhang.

9 *Paytiti* beschreibt die Suche nach dem gelobten Land ohne Übel und *pachakuti* die Rückkehr einer neuen Raum-Zeit.

10 Wort aus den Quechua, das »Gegensatz« bedeutet.

11 Wort aus den Quechua, das »Gegenseitigkeit« bedeutet.

Heute sehen wir uns zwei Weltansichten und Lebensmodellen gegenüber: Zum einen das Nebeneinander verschiedener Welten – die Tier- und Pflanzenwelt, die Welt der Götter, der Erde und der Menschen – die eine natürliche öko-biotische Gemeinschaft für das *suma qamaña* bilden; zum anderen das Vorrecht der Initiative, die Stärkung des Privaten, das Vorrecht des Handelns für einen Teil der Menschen weltweit, die Strukturierung der lateinamerikanischen Staaten gemäß dieser Logik und das Paradigma der Entwicklung und des Fortschritts.

In diesem Rahmen und Kontext entwickeln sich die heutigen Vorstellungen des *pachakuti* und der »demokratischen und kulturellen Revolution« mit ihren jeweiligen Entwicklungsstrategien.

Erstere werden geleitet von der doppelten Kraft und Energie der *pacha*<sup>12</sup>, in der die indigenen Völker zwei Beine zum Gehen darstellen: Das eine ist die Wiederherstellung, das andere die Konsolidierung der überlieferten originären eigenen Strukturen, der Institutionen des *ayllu-marka*<sup>13</sup>, der *tenta-tekoa*<sup>14</sup> und ihrer politischen Autoritäten, ohne sich vom universellen Naturrecht zu distanzieren. Sie bewegen sich auf dem breiten Weg in Richtung der Wiederherstellung des Staates *Qullana-suyu*. Unterstützt werden sie dabei von den Prinzipien der »freien Selbstbestimmung« indigener Völker, wie sie in der Konvention Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker festgeschrieben sind. Dies ist eine Herausforderung, die über die bloße Pluralisierung der rechtlichen Prozesse und Instrumente hinausgeht, und in der sich der Ausspruch »Für eine Welt kämpfen, in der anderen Welten möglich sind«, widerspiegelt. Es geht darum, andere rechtliche Mittel aufzuzeigen und auf den Weg zu bringen. Dies reicht über die rechtliche Konstruktion eines Nationalstaates weit hinaus. Es handelt sich um geopolitische und territoriale Probleme mit Nachbarländern und -staaten, in denen Teile der indigenen Völker leben, die – genau wie ihre anonymen Helden und Märtyrer des tausendjährigen Kampfes – durch die republikanischen Staaten enturzelt und getrennt wurden. Hier bewegt sich der Diskurs der indigenen Völker (wenn auch nicht explizit) vor allem in seiner Struktur und seinem überlieferten Denken in Richtung eines Prozesses der Öffnung und Vorbereitung der Re-Territorialisierung des Landes. Die koloniale Grundlage soll so erschüttert werden, dass gemäß der überlieferten Prinzipien und Praktiken der Kontrolle von Raum-Zeit zusammenhängende Territorien wiedererste-

12 Interaktion von Raum-Zeit als doppelte Kraft und Lebensenergie.

13 Siehe Kleines Bolivien-Lexikon im Anhang.

14 »Tenta« ist ein Wort aus dem Guaraní, das eine ähnliche Bedeutung wie »ayllu« hat. »Tekoa« – ebenfalls ein Begriff aus dem Guaraní – entspricht der »marka«.

hen. Es kommt darauf an, bislang geteilte Territorien, in denen unterschiedliche Ökosysteme sowie Völker und mestizisch-kreolische Schichten vor allem des Tieflandes beheimatet sind, unter der Logik, wie sie in den Bildern der steinernen Ikonografien am Sonnentor von *Tiwanaku* ihren Ausdruck findet, zusammenzuführen.

Die zweite Vorstellung beschränkt sich trotz der Bemühungen um eine pluralistische Öffnung auf Räume und Handlungen im Rahmen der bestehenden republikanischen Strukturen. Sie orientiert sich an einem juristischen Instrumentarium, das positives, privates und individualisiertes Recht privilegiert. Darüber hinaus wird sie von den geografischen Grenzen geleitet, die von den kolonialen Reduktionen eines Toledo<sup>15</sup> definiert wurden und die bis heute die politische, territoriale Unterteilung Boliviens in Departements, Provinzen und Gemeinden bestimmen. Im Rahmen dieser kolonial-republikanischen Strukturen spricht man heute von Autonomie der indigenen Völker, die den Departements und Gemeinden unterstellt ist, wenn auch mit eigenen Methoden im Rahmen der neuen Verfassung (CPE). Zwar ist im Artikel 276 festgelegt, dass sie »gleichwertigen konstitutionellen Rang« besitzen, aber in der weiterhin bestehenden kolonialen Praxis und den geltenden republikanischen Strukturen werden sie dem Kolonialismus untergeordnet, ohne die republikanische Struktur anzutasten. Begleitet wird dies durch das Stigma des Rassismus, wie er sich beispielsweise im Verfassungstext findet, wenn es heißt: »und« die »indigenen Autonomien«.

Das Jahrtausende währende Zusammenleben der präkolonialen Völker, Nationen und Staaten, die eine uralte Zivilisation bildeten, befand sich zum Zeitpunkt der Invasion im Übergang von *tiwa* (vier auf *Aymara*), was sich auf die vier Ecken der Welt bezieht, nach *tawa* (vier auf *Quechua*), was sich auf die vier Räume der Welt bezieht. Während dieses Übergangs von ***Tiwanaku*** zum Aufbau des ***Tawantinsuyu*** traf die Invasion von 1535 auf das ***Tawantinsuyu***. Dieses Ereignis kann man sich aus der Sichtweise und der axiomatischen Logik des Zusammenlebens der indigenen Völker vorstellen: a) als die Begegnung präkolonialer und kolonialer Völker, Nationen und Staaten; b) als Invasion und Herrschaft, verbunden mit Komplexen der Übermacht und des Rassismus gegenüber den eingeborenen Völkern; und c) als

---

15 Dies bezieht sich auf die koloniale Neuordnung unter Vizekönig Francisco de Toledo (1569-1581), der die feudalseparatistischen Bestrebungen der Konquistadoren entschlossen unterdrückte und die Ausbeutung der indigenen Bevölkerung in Sinne der spanischen Krone organisierte. Bestandteil dieser Politik war die gewaltsame Umsiedlung der »Indios« in sog. Reduktionen, wo sie besser kontrolliert und ausgebeutet werden konnten (Anmerkung der Herausgeber).

die Verschleierung der Werte der Systeme, Strukturen und der Entstehungsgeschichte der Jahrtausende alten Zivilisation.

Das bringt uns zu der Behauptung – und darauf bestehe ich und wiederhole es, dass wir uns zwei kulturellen und zivilisatorischen Grundmustern gegenübersehen: dem Jahrtausende alten überlieferten und dem Jahrhunderte alten westlichen, jedes mit eigenen Organisationsmodellen und Lebensmustern. Eines ist das überlieferte tausendjährige Andine, das sich entstehungsgeschichtlich im Gleichgewicht befindet. Es ist durch einen Zyklus von Visionen und Prozessen von Menschen mit Zugehörigkeit zum bzw. dem Bezug auf das Vorhergehende sowie einen gewissen Atavismus gekennzeichnet. Es stützt sich auf die institutionalisierte Organisation des *jatha qulqa uttawi*<sup>16</sup> und den durch *ayllu-marka*<sup>17</sup> kultivierten Reichtum, gegründet auf dem universellen Naturrecht und gestützt auf die Logik des dreifachen *tiwatawa*, mit dem Paradigma des *suma qamaña*, womit »gut Zusammenleben« in integraler Harmonie gemeint ist, dessen Keime ins *Tawantinsuyo* und *Inkario* zurückreichen. Dieses Verständnis von der Welt geht nach unsere Meinung auf erkenntnistheoretischem Niveau über die Dialektik des historischen Materialismus und die Grundlagen des westlichen Neoliberalismus hinaus, denn es basiert auf den wesentlichen tetraelektischen<sup>18</sup> Elementen und der Logik des Zusammenlebens der verschiedenen öko-biotischen Welten der Natur des Lebens. Damit entsteht auch als erkenntnistheoretisches Problem eine Herausforderung für die Gesellschafts- und Politikwissenschaften sowie die akademischen Kreise, deren Aufgabe darin besteht, die westlichen Kenntnisse zu reproduzieren und zu kultivieren. Diesen Kreisen ist eine gewisse Blindheit hinsichtlich des Verständnisses des andinen Zusammenlebens (*cosmo-convivencia*) eigen.

Das andere Grundmuster ist das Jahrhunderte alte westliche, das auf der Grundlage der europäischen Weltansicht republikanisiert wurde. Es basiert auf dem Privileg des Privateigentums und folgt dem positiven, individualisierten, privaten Recht, welches sich vom römischen und französischen Kodex ableitet und Charakteristiken und Praktiken der extensiven Monokultur, der westlich zentrierten Mono-Kulturwelt besitzt. Dieses Grundmuster bringt ein einseitiges Denken hervor, das aus dem christlichen Monotheismus stammt, mit einer Geradlinigkeit der Lebensprozesse, die höchstens vom »rechtlichen Monismus«, von der »Mono-Dialektik« zur Pluralisierung derselben führen, mit den Paradigmen von Entwicklung und Fortschritt, die seit der Invasion und dem Überstülpen der kolonialen Werte in den Anden und besonders

16 Begriff aus dem Aymara, der »Lager der Naturressourcen« bedeutet.

17 Siehe Kleines Bolivien-Lexikon zum Thema *ayllu*.

18 Neologismus für vierseitige Betrachtungsweise.

im *Tawantinsuyu* seit Jahrhunderten gültig sind. Das begann 1535 und geht über die 474 Jahre der Kolonialisierung, was die 184 Jahre republikanischen Lebens in Bolivien einschließt. Es erscheint in allgemeiner Form auf latein-amerikanischer Ebene als der einzig gültige und am meisten ausgefahrene Weg. Da es aber nicht der Praxis des reziproken und komplementären Wettbewerbs folgt, leisten ihm die indigenen Völker Widerstand.

Heute, da beide Grundmuster in Bolivien in Raum, Gesellschaftsprozess und Sozialstruktur nebeneinander existieren, unterscheiden sie sich nicht nur in ihrer Verfasstheit und Dynamik, sondern in Sinn und Orientierung der Entstehung der Paradigmen des Lebens.

Auf der einen Seite die indigenen Völker: Die tausendjährige Zivilisation verhält sich und lebt in der Welt der Menschen nicht als großer oder geringer Teil der anderen lebenden Welten des biotischen Systems, sondern als deren integraler Bestandteil. Als solcher handelt und erneuert sie ihre Lebensenergien durch *ayni*, die Gegenseitigkeit, wobei die rituellen Zeremonien des Wettstreites der spirituellen Energien mit der Materialität der Dinge an Bedeutung gewinnen. Darüber hinaus mobilisiert sie die Energien des Privat-Gemeinschaftlichen, des Materiell-Spirituellen als Grundlage der interaktiven und sich ergänzenden Tetralektik des Lebens.

Auf der anderen Seite wird die Jahrhunderte alte Zivilisation durch die legale juristische Konstruktion des »politischen Egos der Erkenntnis« geleitet, bei dem *der Europäer an der Stelle Gottes sein will*; »kaiserlich, in einer globalen Machtposition der Dominanz und der Ausbeutung des Restes der Welt« (Grosfoguel 2007). Totalitäre politische Regimes haben oft ernsthaft die Autonomie ihrer Untertanen eingeschränkt und sie dabei zerstört, entpersonalisiert und entmenschlicht. Mit dem Privileg des Nutznießens und der privaten Akkumulation werden unwiederbringlich die Werte des *ayni*, der Gegenseitigkeit und Ergänzbarkeit sowie die rituellen Zeremonien des Wettstreites der Kräfte und Energien des Lebens negiert. Stattdessen wird dieser Raum der Kirche und dem Christentum überlassen. Dies resultiert aus der Schaffung und der Aneignung des Privateigentums sowie der juristisch-legalen Kodifizierung des positiven, individualisierten Privatrechts, das durch den Nießbrauch und die Vorherrschaft des Privaten und der Materialität der Dinge ausgeübt wird, und dessen Ziel die Akkumulation und der private Nutzen sind. Dafür werden die territorialen Räume und die einheimischen Organisationssysteme ihrer Struktur beraubt und die autochthonen und ökologischen Werte entmenschlicht. Man trennt die kosmogonischen tetralektischen Faktoren und privilegiert das binäre System des Privaten und Materiellen. In diesem Sinne werden das Private vom Gemeinschaftlichen und das Materielle vom Spirituellen getrennt. Das heißt, man stellt sie außerhalb des

*pacha* (Zeit – Raum), um die Welt zu beherrschen und auszubeuten. Darin liegt die Ursache für die Verschleierung und Invasion der kosmogonischen Werte des anderen Zivilisationsmusters, der überlieferten tausendjährigen Andenzivilisation.

Wenn wir von Verschleierung sprechen, ist es interessant, zu sehen, dass es einen doppelten Prozess mit zweifachem Weg gibt. Auf dem einen Weg wird die Vision und das *cosmocimiento*, das Wissen unter Einbeziehung des Kosmos, des Jahrtausende alten anderen durch die Praxis des »politischen Egos der Erkenntnis« verschleiert. Der andere Weg ist die Verschleierung beim Handeln des westlichen Systems selbst, in dem die Rechte der europäischen und amerikanischen Einwanderer privilegiert werden. Mit der Legitimierung ihrer »Nationalisierung«, ihres Lebensweges und ihrer Rechte erscheinen die Europäer durch den Schutz und das Privileg der Ausübung von Rechten sozialer Kasten und kolonialer Werte wie verschleiert durch andere Nationalitäten, als Balkanvölker wie einige Kroaten-Bolivianer, die Engländer als Angloamerikaner. Das heißt, der »bolivianisierte« Ausländer hat den Vorrang. Er genießt viele ökonomisch-finanzielle und politische Erleichterungen bis hin zum Schutz durch die juristisch-gesetzlichen Instrumentarien, die aus seinem eigenen Zivilisationsmuster erdacht und gestaltet wurden, was sich augenscheinlich in einer bolivianisierten »Nationalisierung« zeigt.

Durch das Vorgehen der Familien, die im Komitee »Pro Santa Cruz« organisiert sind, wissen wir heute alle, dass diese Leute nur an der Beherrschung der verfluchten Latifundien und dem Geschäft mit den Kohlenwasserstoffen interessiert sind und nicht an der Entwicklung des Landes. Dazu dienen das von ihnen oder ihren Vorgängern geschaffene Organisationssystem und die juristisch-gesetzliche Verfasstheit, die in der täglichen Praxis mehr Rechte, Möglichkeiten und Kompetenzen hervorbringt, als sie die eingeborenen Menschen haben. All dies passiert auf dem amerikanischen Kontinent, in *Awya-yala* und *Tawantinsuyo*, aber nicht umgekehrt in Europa den indigenen Völkern im allgemeinen. Warum?

## 2. Strategien und Alternativen eines Auswegs

Das asymmetrische und in Un-Gleichheit verlaufende Zusammenleben der kulturellen Zivilisationsmuster verkümmert durch die Kolonisierung und die Kolonialität – den internen und externen Kolonialismus –, denn der Aufbau und die Bauweise der Welt wurden wie ihr Gott nach dem Ebenbild des westeuropäischen Menschen geschaffen, unter dem Blickwinkel der westlichen Weltansicht. Heute bewegen sich die Menschen beeinflusst durch *chakhi*,

als Folge der kolonialen Trunkenheit, und schaffen ein *chinkhu*<sup>19</sup>, d.h. Konfusion und Verwirrung der Positionen und Haltungen.

Angesichts dieses Prozesses zeigen sich nach unserer Ansicht drei Alternativen oder Auswege. Bei der ersten Alternative öffnet sich, trotz der Verschleierung der eigenen Strukturen und Werte sowie 474 Jahren der Kolonisierung, erneut die Würdigung des eigenen Weges, des überlieferten kosmogonischen tausendjährigen, der von größerer Nachhaltigkeit geprägt ist. Die Prozesse sollen so ergänzt werden, dass »eine Welt, in der andere Welten möglich sind« erbaut werden kann. Das Potential, das dem praktischen Zusammenleben der Welt der Menschen mit den verschiedenen Welten der öko-biotischen Gemeinschaft und dem *ayni*, der Gegenseitigkeit, innewohnt, sind edle und würdige Werte. Dieser biotische Reichtum des *ayllu-marka* führt zum Paradigma des *suma qamaña*.

Bei einer anderen Alternative<sup>20</sup> versuchen sich die beiden polarisierten Wege gegenseitig auszulöschen, und zwar innerhalb der gleichen Matrix, der Jahrhunderte alten westlichen. Dabei verkünden die einen die Hegemonie über die anderen. Dies ist die Position solcher unternehmerischer Rechten wie der Bürgerkomitees des »Halbmondes«<sup>21</sup>. Die Haltung der prostaatlichen, sozialistischen, proindigenen Linken besteht darin, die Öffnung zur Pluralisierung der Prozesse zu verkünden. Aber beide – die Hegemonisten und die Pluralisten – teilen nicht nur das gleiche westliche Lebensmuster, sondern werden auch vom System des Kapitalismus und der Globalisierung des Marktes gespeist, die antiökologische, antihumane und antiindigene Aktionen bewirken. Diese Dynamiken und Prozesse wollen wir im Einzelnen darstellen.

---

19 *Chinkhu* ist ein Quechua-Wort und bedeutet »Verwirrung«.

20 Wie im weiteren (2.2.) zu erkennen ist, handelt es sich dabei um zwei Alternativen oder (Aus-)Wege, die innerhalb des westlichen Paradigmas angesiedelt sind. Eine wird durch die »Hegemonisten« verkörpert, die rechte Positionen vertreten und als Protagonisten der neoliberalen Globalisierung agieren (Position b). Die andere Alternative repräsentieren die linken »Pluralisten«, die zwar Multi- und Interkulturalismus propagieren, aber nach Meinung des Autors die kolonialen Grundlagen unangetastet lassen (Position c).

21 Umfasst die vier Tiefland-Departements im Osten Boliviens (Pando, Beni, Santa Cruz und Tarija).

2.1. *Widerstand/Fortbestand des überlieferten, Jahrtausende alten andinen Lebensmusters, das durch das kosmische Zusammenleben charakterisiert wird*

Die kosmogonische Logik des Zusammenlebens führt dazu, dass heute das Modell und die Denkweise des *ayllu-marka/ tenta tekoa* aus den Räumen der Völker des bolivianischen Hoch- und Tieflandes dem Grab, der Anonymität und der westlichen Verschleierung entsteigen. Sie werden eingefordert durch die Kräfte und Energien des *pachakuti*, der Rückkehr neuer Zeiten, mit dem überlieferten Atavismus, zu neuen Begegnungen, dem *tinkhu*<sup>22</sup>, rituellem Wettbewerb, und *apthapi*<sup>23</sup>, der Zusammenkunft und Beratung, zu Wissen und Kenntnissen über Forderungen des Grundmusters, und um das Lebensmuster des *suma quamaña* neu zu orientieren.

- a) Die Herausforderung, die Würde und den gegenseitigen Respekt zu erreichen, entstammt exakt der Praxis des kosmischen Zusammenlebens der Menschen des *ayllu-marka*, die mit den verschiedenen Welten der natürlichen öko-biotischen Gemeinschaft zusammenleben. Dieses Zusammenleben führt dazu, dass sie sich gegenseitig herausfordern, dass in einer Welt, die sich global nennt, andere Welten möglich sind, dass es darum geht, das Lebensmuster zu erreichen, mit der es zur Begegnung kommt, zu dem *tinkhu*, dem Wettstreit des Wissens und der Kenntnisse von Völkern und Zivilisationen der Welt. Was mit der Kartoffel passiert ist<sup>24</sup>, gilt auch für Werte, Wissen und Kenntnisse sowie die biotische Ethik des zivilisatorisch-kulturellen andinen Lebensmusters: Sie leisten einen Beitrag zu einem interzivilisatorischen Prozess des gegenseitigen Lernens in der Welt.

22 *Tinkhu* ist ein Quechua-Wort und steht für »Zusammentreffen« und »Wettspiel mit rituellem Charakter«.

23 *Apthapi* ist ein Aymara-Wort und heißt so viel wie »Zusammentun der Sachen zur Nutzung und zum Nutzen aller«.

24 Diese Analogie oder Metapher bezieht sich auf dem Umstand, dass die Kartoffel, die ursprünglich ein Produkt der andinen Zivilisation ist, inzwischen weltweit Verbreitung gefunden hat und auch in Europa als nicht mehr wegzudenkendes Grundnahrungsmittel angebaut und konsumiert wird. Damit symbolisiert die Kartoffel den umfassenden Beitrag, den die indigenen Völker Amerikas für die menschliche Zivilisation als Ganze geleistet haben. Für Simón Yampara ist es nun an der Zeit, dass auch die Werte der andinen Zivilisation im Ergebnis eines interzivilisatorischen Lernprozesses globale Verbreitung und Akzeptanz finden (Anmerkung der Hrsg.).

Wenn man den gegenseitigen Respekt zwischen den Zivilisationen schmiedet, ist es wichtig, darüber nachzudenken und zu verstehen, dass das auch beinhaltet, das Verborgene aufzudecken, die Würde des Marginalisierten, Ausgeschlossenen und Kolonisierten wiederherzustellen, um Bedingungen für den Dialog zu schaffen. Nur so entsteht gegenseitiger Respekt zwischen den Partnern. Wenn man die uralten Werte wiederentdeckt, den gegenseitigen Respekt hergestellt und aufgewertet hat, kommt es zum *apthapi*, der gegenseitigen Ergänzung des Wissens und der Kenntnisse zwischen den Zivilisationen. Das geht über die pluri- und interkulturellen Positionen und Haltungen hinaus. Diese setzen lediglich die koloniale Unterwerfung und Verschleierung der überlieferten Jahrtausende alten Zivilisation fort.

## *2.2. Das Jahrhunderte alte monotheistische und vielfältig pluralistische westliche Grundmuster*

Um sich ideologisch-politisch von Rechten und Linken zu unterscheiden, stellen einige mestizisch-kreolische »nationalisierte« Familien in diesem Lebensmuster die These auf, dass man die private Initiative durch die Begünstigung privater Unternehmen fördern und im Kapitalismus verwurzelt sein muss. Andere haben als Antithese die Absicht, den Klassenkampf zwischen Reichen und Armen in Angriff zu nehmen. Eine Dichotomie und monodialektische Überhöhung der Neokolonialisierung, denn beide schließen sich aus, statt sich zu ergänzen und wollen sich gegenseitig auslöschen. Sie spielen mit der politischen Ideologie der progressiven unternehmerischen Rechten und der staatlichen, stalinistischen und proindigenen revolutionären Linken, die eine als Feind und die andere als »natürlicher« Alliierte der indigenen Völker. Aufgrund ihrer Grundmuster kommen beide, die privatunternehmerische Rechte als Feind des Pluralismus der staatlichen Linken, die vom Sozialismus träumt, und umgekehrt, aus dem gleichen westlichen kulturell-zivilisatorischen Muster. Folgende sind ihre Positionen:

- b) Die Hegemonie eines über den anderen; das Westliche als Träger der Globalisierung des kapitalistischen Systems, der Ausdehnung des Marktes, gestützt auf die Ideologie der privatwirtschaftlichen Rechten als Ausdruck des Zusammenschlusses von Familien in Bolivien, wie die Bürgerkomitees von Santa Cruz, Beni, Pando, Tarija, die selbsternannten Vertreter des Halbmonds, der Nation Camba ... Sie möchten nicht an den kolonialen Werten und Privilegien rühren, die mit dem Kapitalismus und dem Markt verbunden sind, sie verteidigen ihre Latifundien und Unternehmen, die stark kolonial und mit rassistischen Vorurteilen belastet sind. Für sie sind

die indigenen Völker exotische ethnische Gruppen, deren Reichtum an kulturellen Äußerungen etwas Folkloristisches und Dekoratives darstellt. Aber gemäß den hegemonialen Kräften des Kapitalismus, die den Monotheismus, das westliche einseitige Denken und die scheinbare Globalisierung des Marktes pflegen, müssen sich die indigenen Völker diesen Kräften und der Logik des Kapitals und der westlichen liberalen Ideologie unterordnen.

- c) Der pluri-multi-nationalistische Prozess und die interkulturalistischen Vorschläge stellen sich als Fortschritt und Alternative zum westlichen Monotheismus, Monokulturalismus und einseitigen Denken dar. Obwohl sie als Lüftungsfenster oder Sprungbrett fungieren, um weiter voranzukommen, stellen sie in Wahrheit nur eine Art pluralistischen Lack für das westliche einseitige Denken dar; ein Pluri-Schirm, der weder die Struktur oder die politisch-territoriale Teilung Boliviens noch das koloniale westliche Denken angreift. Genau darin zeigt sich der *ajayu*<sup>25</sup>, der Geist der Kolonialisierung. Das heißt, man will pluralisieren und interkulturalisieren, ohne die kolonialen Grundlagen anzugreifen. Das ist nach unserer Auffassung ein Mittel zur neokolonialen Aufwertung, zur Simulation des Fortschritts, bei gleichzeitiger Verewigung des kapitalistischen und kolonialen Denkens. Zwar ist eine Wende zum Sozialismus als Alternative vorgesehen, aber für eine andine Zivilisation, die eine ganz andere Tradition hat.

Dieser ganze Prozess platziert die drei Wege (a, b, c) in jenem doppelten Grundmuster, das im Punkt 1 dieses Dokumentes aufgezeigt wird. Es bedarf der Klärung, Aufdeckung, angemessener Studien und der Würdigung und des gegenseitigen Respekts, um ein harmonisches Leben in den Beziehungen und der Interaktion beider zu erreichen. Das erhellt und erläutert auch besser die Wege der Selbstbestimmung und der Wiederherstellung der alten/ neuen Strukturen sowie der realen alternativen Denkweisen der andinen Völker gegenüber dem System des Kapitalismus.

Die Herausforderung besteht darin, zu erkennen, dass wir aus verschiedenen zivilisatorisch-kulturellen Grundmustern kommen, die sogar **entgegengesetzte** Werte beinhalten. Hier sollte man als Metapher auf das menschliche Paar (Mann-Frau) verweisen, das, obwohl gegensätzlich, sich in der Institution der Familie ergänzt. Das gleiche sollte im Lebensprozess unseres Landes geschehen. Trotz der Kolonialisierung und Inquisition durch die nationalisti-

---

25 *Ajayu* ist ein Aymara-Wort und steht für »Seele«.

sche Politik des westlichen einseitigen Denkens, existieren die Werte beider Grundmuster miteinander. Sie müssen erkannt und anerkannt werden, um sich ergänzende Strategien und Logiken zu finden, statt sich gegenseitig auszuschließen, zu negieren oder zu annullieren. So wäre nicht nur die durch den Westen und die Logik des Kapitals erdachte und geschaffene Welt möglich, sondern durch den Beitrag der kosmisch zusammenlebenden andinen Kultur wird die Gültigkeit anderer Welten zugelassen und das Zusammenleben mit und von anderen Welten ermöglicht. Die Summierung des Wissens und der Kenntnisse verschafft uns dabei neuere und tiefere Einsichten. Dazu ist es notwendig, *apthapi*, den Beitrag, und *tinkhu*, die Begegnung der Zivilisationen und das Lernen voneinander zu stärken, als einen Prozess, der über die pluri- und interkulturellen Prozesse hinausgeht.

### 3. Selbstbestimmung, Wiederherstellung und Autonomie

Zunächst ist es erforderlich, Bezug zu nehmen auf das Verständnis und die Ausübung des Rechtes der indigenen Völker im Rahmen des überlieferten, Jahrtausende alten Grundmusters und auf den gesellschaftspolitischen Prozess in Bolivien.

Einen ersten Punkt stellt der Blick aus dem Haus dar, in diesem Falle aus dem Organisationsmodell der kosmogonische Quelle, wie es *ayllu-marka* bei den Völkern des Hochlandes und *tenta tekoa* bei denen der Tiefebene sind – mit ihren vier Pfeilern, die mit den vier Arten der Ordnung zusammenhängen: Land-Territorium, die wirtschaftliche Produktion, das Geflecht aus Kultur, Ritualen und Erziehung sowie die soziale Organisation mit der Ausübung der Rechte und der diarchischen politischen Führung. Durch ihr Zusammenwirken im Prozess des Lebens ergeben sie letztendlich das Lebensmuster des *suma qumamaña*. Das wird in der interaktiven Dynamik des Privat-Familiären mit dem Gemeinschaftlichen sowie im Zusammenwirken der spirituellen mit der materiellen Dimension genutzt. Die Tetralektik (Vierfaltigkeit) der Elemente dynamisiert die Faktoren der vier Säulen und den Prozess der Wiederherstellung der Strukturen und tausendjähriger Denkweisen, bis hin zu Vorschlägen für einen neuen Staat des *Qullasuyu*. Das ist eine andere Art, das Recht der indigenen Völker zu fordern und auszudrücken, die einen neuen gesetzlich-juristischen Kodex beinhaltet, der interaktiv zwischen dem Privat-Gemeinschaftlichen und dem Materiell-Spirituellen entsteht.

An zweiter Stelle ist das Ergebnis der Verfassungsgebenden Versammlung zu nennen. Hier bietet sich seitens des Staates und der Politiker ein neuer Blick auf die Rechte der indigenen Völker, die in der neuen plurinationalen

Verfassung (CEP) ihren Ausdruck finden, allerdings im Rahmen der legalen juristischen Instrumente des juristischen Monismus.

Drittens muss die Sicht auf die internationale Ebene einbezogen werden. Beispiele dafür sind das Abkommen 169 der ILO (Gesetz 1257) und die Deklaration der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker (Gesetz 3760), in denen es Elemente der Selbstbestimmung, der freien Bestimmung und der Autonomie gibt, die allerdings weiterhin dem internationalen juristischen Monismus unterworfen sind.

Hier ist es erforderlich, alle drei Horizonte zu verarbeiten, um besser das Recht der indigenen Völker und die Vorschläge zur Wiederherstellung und Autonomie zu verstehen. Andernfalls unterwirft man sich dem zweiten Horizont, indem man denkt und träumt, dass das schon alles ist und man nur noch die indigenen Autonomien einführen muss, so wie die der Departements, Regionen und Gemeinden. Das ist aber aufgrund der festgestellten Faktoren nicht immer so, denn die indigenen Völker bestehen weiter auf ihrer Wiederherstellung und das impliziert auch die Entkolonialisierung und Bestätigung der eigenen Strukturen und des eigenen Denkens.

In diesem Horizont des bolivianischen politischen Prozesses, der seinen Ausdruck in der Verfassungsgebenden Versammlung findet und der durch den Gegensatz zwischen Rechten und Linken bestimmt wird, konzentrierte man sich darauf, festzustellen, wer die sozialen Bewegungen besser kontrolliert, um die Strukturen der staatlichen Macht zu nutzen. Ergebnis dessen ist die neue Verfassung (CEP). In den Debatten kam man nicht zu zufriedenstellenden Schlussfolgerungen, erst recht nicht zu angemessenen Übereinstimmungen. Wir wissen aber, dass sich die unternehmerische Rechte und Gruppen von selbst ernannten Bürgerkomitees, statt zur Vertiefung der Debatte und zur Suche nach adäquaten Wegen beizutragen, sich die Aufgabe gestellt haben, den normalen Betrieb der Verfassungsgebenden Versammlung (*Asamblea Constituyente* – AC) zu stören und zu erschweren. So überlassen sie der Linken in der Regierung das konjunkturelle Bündnis mit Vertretern der politischen Kreise und der indigenen Völker. Die Linken führen die AC auf einen begrenzten Weg mit Kompromissen für die indigenen Völker bei der Ausübung ihrer Rechte als absolute Mehrheit des Landes. Wir sehen heute, dass sie damit nur die Situation der kolonialen Strukturen und Denkweisen mit dem Vorschlag eines plurinationalen und interkulturalistischen Staates mit Autonomien variieren wollen. Nach unserer Auffassung hat das Grenzen, denn es tastet die kolonialen Grundlagen nicht an, sondern vertieft sie. Dabei beziehe ich mich auf die territoriale Struktur Boliviens. Man hat die Idee der zwei Bolivien, die von Fausto Reynaga aufgestellt und 2000 von Felipe Quispe wieder belebt wurde, nicht ernst genommen. Die Debatte mit den

aufgezeigten Einschränkungen blieb bei den Positionen des einseitigen Denkens und des Monotheismus stehen und es gelang nicht, die Wiederherstellung des neuen Staates des *Qullana-suyus* zu erkennen oder zu behandeln.

Jetzt, da die Leute von der Regierung wieder das Banner der konstituierten Autonomie aufnehmen, scheint man uns sagen zu wollen, dass der Ausweg in der Selbstbestimmung und indigenen Autonomie liegt. Das ist aber nach unserer Meinung ein Mangel an Visionen und zeugt von fehlendem Verständnis für den historischen strategischen Kampf der indigenen Völker. Das hängt mit der Handhabung der Logiken und Lebensparadigmen der beiden zivilisatorischen Grundmuster zusammen, die in den Punkten 1 und 2 dieses Dokuments behandelt wurden. Die indigenen Völker mit dem uralten tausendjährigen Lebensmuster bewegen sich innerhalb der Logik der Interaktion der Parität *urin-aran*<sup>26</sup>, der vier interaktiven Faktoren der Vierheit der Elemente des Lebensmuster *suma qamaña*.

Die mestizisch-kreolischen Schichten stützen sich auf die Logik des »Mono-Denkens« und des »juristischen Monismus« in der Tradition der monokulturalistischen Staatsführung. Die Einheit verstehen sie als etwas Individuelles und Losgelöstes, deshalb wird die private Initiative wie das positive, individualisierte private Recht privilegiert, geprägt und vorangetrieben vom Lebensmuster »Entwicklung und Fortschritt«. Oft entwickeln sich nur die Taschen und Privatschatullen der Politiker, die gerade an der Regierung sind. Die Praktiken und Lebensweisen der indigenen Völker dienen lediglich dazu, sie zu begrüßen und als kollektivistische Aktionen zu empfinden.

All das führt zu einem anderen Gebiet, dem der Erkenntnistheorie der Politischen und Gesellschaftswissenschaften und deren Grenzen, sowie in das Gebiet der Methodologie der Erforschung und des Verständnisses der Realität. Hier bedeutet *uta*<sup>27</sup> nicht nur das Bewegungsverständnis der Lebensenergien, von Tag und Nacht, in einem dritten Element des *taypi*<sup>28</sup>, das wir seinerseits für die Methode *UTA* halten, die Ergänzenbarkeit der Parität der Faktoren. Durch den Gebrauch des westlichen Wissens sind wir es gewohnt, dass die Gedanken durch These, Antithese und Synthese – TAS – fließen, wobei die Synthese nichts weiter ist als die Bestätigung oder die Negation der These oder Antithese. Das *taypi* ist die Schaffung eines dritten Elementes des *urin-aran*. In diesem Sinne unterscheidet sich das *taypi* von der Synthese.

26 Beides Begriffe aus dem Quechua, wobei *urin* »das Untere« und *aran* »das Obere« (aus vertikalem Sicht gesehen) bedeuten.

27 *Uta* ist ein Aymara-Wort und es steht für »Dach«.

28 *Taypi* ist ein Begriff aus dem Aymara und steht für »Mitte« bzw. »Bindeglied«.

### 3.1. *Pachakuti: Selbstbestimmung und Wiederherstellung der Völker und Nationen mit Jahrtausende alter Tradition*

Unter *Pachakuti* verstehen wir einen Wechsel, eine langsame, zyklische Transformation einer Situation in eine andere. *Pa*=zwei, *cha*=Kraft-Energie, *kuti*=Rückkehr, wobei wir darunter die Rückkehr paritätischer Kraft-Energien des Lebens verstehen. Deshalb muss die koloniale und republikanische Situation, wegen ihres Weiterbestehens auf den kolonialen Werten, tiefgehend verändert werden. Das heißt Entkolonialisierung, alles andere wäre Vortäuschung eines Neokolonialismus. Und es ist darüber hinaus die Handhabung der neuen natürlichen Energien des Lebens.

Zurzeit gewinnen diese Elemente dank der Anstrengungen und des hartnäckigen Kampfes der »indigenen« Völker (*Qullana/ Mapuchi*<sup>29/</sup> *Warani*<sup>30/</sup>) an Kraft.

Denn diese zehren stärker von den natürlichen Kräften und Energien als von den geschriebenen Aufzeichnungen. Sie zehren von den Erinnerungen der Natur, der Menschen, den Bildern und Vorstellungen der Ikonen von *Tiwanaku* und *Machu Picchu*. Warum nicht auch vom Titicacasee (*titqaqa*), den kosmogonischen Gottheiten der *pacha-mama*<sup>31</sup>, der Gottheit der Mutter Natur, den *pacha-achachilas*<sup>32</sup>, der Gottheit der *apu*<sup>33</sup>, den Großvätern der Natur, *tata*<sup>34</sup> *inti*<sup>35</sup>, dem Vater, der die Sonnenenergie, die Helligkeit und das Tageslicht bringt, und *mama killa/ phaxi mama*<sup>36</sup>, der Mondmutter, die die Energie der Nacht und der Dunkelheit bringt, jede mit ihrem eigenen *ajayu/ qamasa*<sup>37</sup>, dem kosmogonischen Geist, der die Materialität der Dinge ergänzt.

Das beinhaltet eine andere Vision, eine andere Kosmogonie, ein anderer Horizont – die *ayllu-marka* als anderes Modell und Lebensmuster. Die Handhabung dieser Elemente hat zu tun mit der Selbstbestimmung und Wiederherstellung der überlieferten ursprünglichen Strukturen und Autoritäten,

29 *Mapuchi* (dt.: Mapuche) ist ein indigenes Volk, das im heutige Chile lebt.

30 *Warani* wird meistens als *Huarani* geschrieben. Es handelt sich ebenfalls um ein indigenes Volk aus Südamerika.

31 *Pacha-mama* (quechua und aymara) steht für »Mutter Erde«.

32 Der Gegensatz von *pacha-mama* ist *pacha-achachila*, wobei *achachila* für Urahren steht.

33 *Apu* (quechua und aymara) bedeutet »höchste«, kann auch als Synonym für *achachila* verwendet werden.

34 *Tata* (quechua und aymara) steht für »Vater«.

35 *Inti* (quechua und aymara) steht für »Sonne«.

36 *Killa* (quechua) und *phaxi* (aymara) sind Bezeichnungen für »Mond«.

37 *Qamasa* ist ein Aymara-Wort und bedeutet »Energie des Seins« oder »Energie des Ortes«.

nicht um in einer statischen und vorkolonialen Situation verankert zu sein, sondern um das Denken und die Kenntnisse projektiv zu aktualisieren.

Betrachtet man die Problematik dieser Völker unter dem anderen – nicht-indigenen – Blickwinkel, vor allem im Zusammenhang mit den kulturellen Werten, dem Wissens der Völker – dem kosmischen Wissen (*cosmocimiento*), dann gibt es nur geringe Unterschiede zwischen der Rechten und der Linken. Besonders hinsichtlich der Bildungsreform spricht man davon, Werte »zu retten«, »wiederzuerlangen«, »einzubeziehen«, »einzugliedern«, um sie für das westliche kulturelle Zivilisationsmuster des einseitigen Denkens und des Monotheismus neu zu formatieren, und um sie auf diese Weise zu verwässern und die Werte des überlieferten kulturellen Zivilisationsmuster mit tausendjähriger Tradition zu verschleiern.

Heute stehen die indigenen Autonomien als Synonym für die Selbstbestimmung der indigenen Völker, ohne sie mit der Wiederherstellung der ursprünglichen Strukturen und Autoritäten zu vergleichen. Man hat höchstens daran gedacht, das Land innerhalb des juristischen kolonialen Monismus zu re-territorialisieren, ohne sich über die Idee der zwei Bolivien klar zu sein. Man glaubt, mit dem plurinationalen Staat komme automatisch der juristische Pluralismus.

Leider hat das gleichzeitig mit der Herausbildung und Nicht-Herausbildung der menschlichen Fähigkeiten zu tun. Man begreift aber weder mit dem Kopf noch mit dem Herzen, dass man zwei Identitäten akzeptieren muss, die durch zwei Logiken gestützt werden: eine paritätische überlieferte tausendjährige und eine monotheistische hundertjährige. Die Anerkennung der einen wie der anderen beinhaltet, den gegenseitigen Respekts zu stärken, miteinander zu reden, zu debattieren, *thinkus* des Wissens und der Kenntnisse zu veranstalten, um eine erneuerte und tiefere Erkenntnis über das Leben zu erlangen. Für die indigenen Völker heißt das, ihre eigene Weltsicht des kosmischen Zusammenlebens, ihr Organisationsmodell zu respektieren, es in ihrem Denken als überlieferte tausendjährige andine Zivilisation zu würdigen und zu entwickeln, und es weder den neoliberalen Positionen noch der orthodoxen marxistischen Utopie zu überlassen.

Heute, bei dem Gemisch von Ideologien innerhalb der Regierung, links-stalinistisch-indigenistisch, lenkt man sich mit dem Marxismus und der sozialistischen Utopie sowie einem Gemisch des Kommunitarismus von schein-indigenen Leuten ab. Das verwirrt und führt geradewegs zum *chhaki*, der Verwirrung zwischen der Bestätigung des Eigenen und der kolonialen Situation. Das Plurale und der Plurinationalismus verschleiern nämlich die Autonomie und die Selbstbestimmung der Identitäten der indigenen Völker. Hier müssen wir den Leuten der politischen Linken mit indigenistischer Ideologie

sagen, dass sie zwar so denken dürfen, aber dass sie kein Recht haben, dies im Namen oder in Vertretung der »indigenen« Völker zu tun. Zumindest dabei müssen wir autonom, pluralistisch, »demokratisch« und respektvoll sein.

### 3.2. »Demokratisch-kulturelle Revolution«: Plurinationale Autonomie und Interkulturalismus mit den andinen, ursprünglichen und ländlichen Völkern

Zwischen dem Neoliberalismus auf der einen Seite und *Pachakuti* auf der anderen scheint man die »demokratische Revolution« als Ausweg ohne Gewalt zu platzieren. Man macht Revolution in der Demokratie mit schrittweisen kulturellen »Veränderungen«. Wenn wir es genau bedenken und das Grundmuster berücksichtigen, dann geschieht es innerhalb der gleichen westlichen Matrix, möglicherweise mit Veränderungen und einer Wachablösung, aber die koloniale Struktur und ihr Wesen bleiben.

Prozesse wie diese habe ich in meinen Überlegungen »Interkulturalität« oder »Stärkung« der Neokolonialisierung genannt (Simón Yampara 2001). Wenn man unter einer reflexiven Vision der Interkulturalität zwischen den Völkern den Prozess der Stärkung der Neokolonialisierung versteht, dann bezieht sich dies darauf, dass man nur vorgibt etwas zu verändern, »man variiert, um es wie einen Wechsel aussehen zu lassen«.

Mit anderen Worten, in diesem Prozess der Stärkung der Neokolonialität werden die Systeme der kolonialen Herrschaft modernisiert oder verfeinert, wobei die Werte der Kultur des kosmischen andinen Zusammenlebens und das Organisationsmodell des *ayllu-marka* negiert werden. Das heißt, es werden andere über ihnen geschaffen, die Assoziationen, Kooperativen, Mikro-Unternehmen, Mikrokredite, lokale Gewalten, lokales *empowerment*. Sie werden über überliefertes Wissen und Macht gestellt und das wird dann als Wechsel und Modernisierung des Systems, darunter der Bildung, dargestellt. Ich wiederhole, dies vollzieht sich innerhalb des kapitalistischen Systems und um es mit liberaler Ideologie auszustatten.

Darüber hinaus, auf der Ebene der Schaffung von Ideologien und der Pflege der Denkweisen sagen die proindigenen Linken im Namen von Marx, Lenin, Stalin und Trotzki, dass sie ein antikapitalistisches, antifaschistisches Werk vollbringen und für den Aufbau einer sozialistischen Utopie, eines kollektiven und staatlichen Modells eintreten. Allerdings wollen sie weder mit dem Kapitalismus noch mit dem Markt brechen, weil deren Existenz ihnen Ideologie, Diskurse und politische Anerkennung verschafft.

Wir bekräftigen, dass sowohl der Kapitalismus als auch der Sozialismus nicht nur vom selben Kontinent und aus derselben Quelle stammen, sondern auch aus dem gleichen westlichen Zivilisationsmuster. Deshalb verdecken sie andere Modelle, Wissensbestände, Gedanken und Kenntnisse, denn ihnen sind die Modelle des kosmischen Zusammenlebens und die Lebensmuster der indigenen Völker *Qullana/ Mapuci/ Warani* fremd. Der Unterschied zwischen den Liberalen und den Sozialisten ist mehr ein politisch-ideologisches Gerede als Gefühle und Gedanken, die aus dem Herzen kommen, dem *taqi*<sup>38</sup> *chumay*<sup>39</sup>, der mit dem Herzen verbundenen Lunge. Kapitalismus und Sozialismus haben beide am Marktaustausch und den kulturellen Werten des westlichen Monodenkens teil. Sie sind nicht Gegner an der Klassenfront, wie sie uns vormachen. Das schreibt Medina (2007), wenn er die Gedanken von Dominique Temple über Fronten der Zivilisationen aufgreift, die noch vor dem Klassenkampf kommen. Die Teilung der Werte der gleichen sozialen Matrix und Quelle führt dazu, dass Elemente gepflegt werden, die bis zum Stigma des menschlichen Rassismus gegenüber der »indigenen« Völker und anderen Zivilisationen reichen.

Nach meiner Europareise 2006 verstehe ich, dass das aus der Praxis der extensiven Monokultur in Landwirtschaft und Viehzucht kommt, dem Gottzentristischen Monotheismus, dem individualistischen Monokulturalismus und dem anscheinend »universellen« Mono-Denken, dem Machtmonopol, europäisierenden Attributen, bis zu einem Mono-Juristischen« im positiven anthropozentrischen, individualisierten privaten Recht. All dies ist hegemonial, ausgestattet mit der Macht, andere Völker, andere Zivilisationen und die Erde zu beherrschen.

Wenn man in dieser Tradition und dem kolonial-kapitalistischen Kontext von »kultureller Vielfalt« und »Interkulturalität« als Beitrag und möglichen Ausweg aus dem einseitigen Denken spricht, ohne damit brechen zu wollen, dann ist das mehr oder weniger eine Politik der ausländischen Einwanderer, nationalisiert oder nicht, mit (lediglich) hundertjähriger und jahrzehntelanger Gültigkeit, die den Monismus wie einen Fächer zum Pluralismus öffnen wollen.

Aber von welcher Zivilisationsmatrix gehen sie dabei aus? Man erwartet »interkulturelle Politik« für das Bildungssystem und will sie kurz-, mittel- und langfristig ausbauen. Ist das aber nicht immer das Gleiche? Warum wertet man den Pluralismus als Fortschritt und nicht umgekehrt? Interkulturalität: Verbergen oder Aufdecken der kulturell-zivilisatorischen Lebenswei-

38 *Taqi* (aymara) steht nach Ludovico Bertonio für »alles« (spanisch: *todo*).

39 *Chumay* (aymara) steht für »Herz«.

sen? Interkulturalität oder Zusammentreffen der Zivilisationen mit ihrem jeweiligen Erbe? Ist der Prozess der Autonomie wirklich ein Ausweg oder eine Alternative, oder dient er nur den heimatlosen Familien, die sich um die Nutzung und das Geschäft mit den natürlichen Ressourcen kümmern? Diese Fragen stehen immer noch auf der Tagesordnung.

#### *4. Prozesse und Elemente der Reflexion*

Wir befinden uns hier vor historischen Prozessen und Matrixstrukturen, aber man muss es statt als einfache politische Konjunktur auch unter folgender Dimension und Reichweite behandeln: das Andere, das Pluri und die Interkulturalismen, sowie die Autonomien in ihren vier Varianten – des Departments, der Region, der Gemeinde und der indigenen Völker – ebenso wie die Partizipation der Bevölkerung und die Munizipalisierung der Provinzen des Landes; auch wenn all dies bezüglich der Sachbezogenheit, der Vision und der Matrix eine konjunkturelle Lösung darstellt, bleibt es dennoch eine Täuschung und Stärkung der Neokolonialisierung. Das Denken an einen »Wechsel, um etwas zu bewegen und nichts zu ändern«, erlaubt lediglich die soziale und strukturelle Regeneration der kreolischen Mestizen in ihrem System sowie der kolonialen und kapitalistischen Denkweise, ohne Veränderungen zu erkennen oder reale Alternativen dagegen zu stellen. Es geht lediglich darum, das Ganze zu verjüngen. Für jene, die dem Veränderungsprozess verpflichtet sind, ist es eine Herausforderung von Generationen jenseits der politischen Farben. Es berührt das Ethos, die Sensibilität und das Bewusstsein von Generationen. Während die einen in ihrem Denken und ihren Kenntnissen zu einem Prozess des Zusammenlebens und der interzivilisatorischen Austauschs voranschreiten, bleiben andere hingegen im kolonialen Bewusstsein und der kolonialen Macht verankert.

Beim Studium des Grundmusters und der Kultur des öko-biotischen Zusammenlebens reicht es nicht aus, die Hegemonie der einen über die anderen zu analysieren. Ebenso gehören Monotheismus und westliches einseitiges Denken der Vergangenheit an und sind obsolet. Auch wenn das kolonial-kapitalistische Denken auf diesem Teil des Planeten seit Jahrzehnten und Jahrhunderten seine Vertreter hat, bedeutet das nicht, dass wir dem kolonialen Wissen und seiner Macht hinterherlaufen.

Wenn man andererseits zu Prozessen des Pluri- und Interkulturalismus vorangeschritten ist, dann ist das gerade einmal eine Fenster, damit wir nicht ersticken, ein Sprungbrett für die Umwandlung und den Wechsel der Situation des kolonialen Fortbestehens. Wenn sich die kolonialen Grundlagen

nicht durch die territoriale Neugliederung des Landes bewegen und dabei die tetraelektischen Elemente sowie die des *chakana*<sup>40</sup>, des viereckigen andinen Kreuzes des *ayllu-marka*<sup>41</sup>, mobilisiert werden, dann hat man weder einen Fortschritt erreicht noch irgendeine Revolution; man hat noch nicht einmal mit der Entkolonialisierung begonnen.

Hier wird das Modell des *ayllu-marka*, das auf Aymara als *jatha-qulqa-uttawi*, als die Erschaffung der kosmogonischen Quelle, als Schöpfer der natürlichen Ressourcen und des Reichtums der Völker verstanden wird, weder verinnerlicht noch als Beitrag der Anden der gesamten Gesellschaft zugänglich gemacht. Wir kolonialisieren weiterhin Hirne und Völker mit Modellen, die von außen stammen, wie der Sozialismus, ohne in den Prozess der Entkolonialisierung einzutreten. Der gegenseitige Respekt der Völker wird weder hergestellt noch gestärkt, und es kommt auch nicht zu einer Mobilisierung der Energien des Zusammenwirkens der verschiedenen miteinander zusammenlebenden Welten der öko-biotischen Gemeinschaft, zum *ayni*, der Reziprozität der öko-biotischen Gemeinschaft. Die pluralistischen und autonomistischen Positionen sind konjunkturelle Beruhigungsmittel, aber noch kein Wechsel, denn viele der Regionen, Gemeinden und Departements verfügen nicht über die Bedingungen für eine regionale Autonomie, schon gar nicht die indigenen Völker.

Diese haben weder genügend Bevölkerung noch angemessene finanzielle Mittel, auch keine definierten Territorien oder das entsprechende Verständnis für das *uraq-pacha*<sup>42</sup> der andinen Völker. Das bedeutet nicht, die Werte und regionalen Möglichkeiten der indigenen Völker zu unterschätzen, sondern an die erneute regionale und territoriale Artikulierung zu denken, mit produktiver interökologischer Betonung in Gebieten, die zusammengehören oder auch nicht, die aber ungeachtet dessen von den Völkern gemeinsam genutzt werden und eine reziproke atavistische Komplementarität besitzen. Das entspricht exakt dem Prozess der territorialen Neugliederung des Landes mit inter-ökologischer Erschließung und Wechselwirkung der Ökosysteme der Produktion, die von den (indigenen) Völkern und den mestizisch-kreolischen Sektoren gemeinsam und einander ergänzend genutzt werden. Auf dieser Grundlage muss man über Autonomie nachdenken und nicht auf der Grundlage der republikanischen Territorialstruktur, die fragmentiert und weiterhin kolonial ist.

---

40 *Chakana*, ein Aymara- und Quechua-Begriff, steht auch für Leiter und Treppe.

41 Dieses andine Symbol bezieht sich hier auf die Vier-Einigheit von Land-Territorium, Produktion-Wirtschaft, kulturellem Geflecht-Spiritualität sowie die soziale Organisation mit diarchischem Recht und politischer Führung.

42 *Uraq* (quechua) bedeutet »das Untere«.

Darüber hinaus tritt hier eine andere Problematik in Erscheinung, die historische Forderung der indigenen Völker nach der Wiederherstellung der *ayllu-markas* und ihrer politischen Autoritäten, wie CONAMAQ, CONSAQ, CAOP<sup>43</sup>, um nur einige zu nennen. Das geht in Richtung der Wiederherstellung der neuen/alten staatlichen Strukturen, für einen neuen Staat des »*Qullana-suyu*« und der Herstellung eines historischen Bündnisses zwischen den »indigenen« Völkern und den bolivianisierten mestizisch-kreolischen Sektoren, um den oder die Staatstypen zu definieren. In diesem dynamischen Prozess bleiben die öffentlich verkündeten Autonomien verschiedener ideologischer Richtungen und politischer Farbe klein und zwerghaft auf der Strecke. Die Forderung dieser Völker, unter dem Bild ihrer gevierteilten historischen Helden Tupaq Katari, Bartolina Sisa, Pablo Zarate Willka ... nach Wiederherstellung und Konsolidierung der andinen Strukturen und ihrer Autoritäten verlangt eine größere Weitsicht und Vorausschau in ihrer Behandlung sowie eine wirkliche Entkolonialisierung des Prozesses. Sie bekräftigt, dass »Millionen zurückkehren, um das Unrige wiederzuerlangen und wiederherzustellen«, um uns auf diesen Weg zu leiten.

*Altu-pata, anata phaxsi*, 2. Februar 2009

Übersetzung aus dem Spanischen: Jürgen Mirtschink

Übersetzung der Begriffe aus dem Aymara und Quechua: Muruchi Poma

*Schriften, die von Simón Yampara (mit)verfasst oder herausgegeben wurden:*

Cosmovisión Territorial Ecología y Medio Ambiente. El Alto-La Paz 2005.

Cosmovisión y lógica soio-económica del Qhathu 16 de julio de El Alto de La Paz. La Paz 2007.

El ayllu y la territorialidad en los Andes: Una aproximación a Chambi Grande. El Alto-La Paz 2001.

Guía para un diagnostico de producción y vida comunitaria. La Paz 2007.

La Cosmovisión »Indígena« y el Qhathu de la 16 de julio de El Alto de La Paz. Ponencia presentada en una conferencia internacional organizado por el Fondo Indígena, en Bruselas Bélgica 2007 (unveröffentlicht).

---

<sup>43</sup> Siehe unter CONAMAQ im Kleinen Bolivien-Lexikon.

La economía comunitaria andina. In: Cosmovisión aymara. La Paz 1985.  
Movimiento katarista de Katari. La Paz 2010.

*Weitere Literaturempfehlungen*

Ayala, Alex: Ferias campesinas a todo color. Revista ESCAPE. La Paz 2005.

Bautista, Juan José: Hacia una crítica ética del pensamiento latinoamericano:  
Introducción al pensamiento crítico de Franz J. Hinkelammert. La Paz  
2007.

Bernabe Uño, Adalid: Las ferias campesinas: una estrategia socioeconómica.  
Estudio realizado en la Provincia Cercado y Saucarí del Departamento de  
Oruro. La Paz 2002.

CADA: Documento de trabajo: Empresa ayllu. El Alto – La Paz 2002.

Canavesi de Sahonero, Lissette: Ferias y Mercados Paceños. Museo Nacional  
de Etnografía y Folklore. La Paz 1987.

Condarco Morales, Ramiro: El escenario Andino y el Hombre. La Paz 1970.

Deler, J. Paul / Mesclier, Evelyne (Editores): Los Andes y el resto del espacio  
mundo: Homenaje a Oliver Dollfus. Lima 2004.

Deverux, Paul / Steele, John / Kubrin, David: Gaia. La tierra inteligente. El  
libro clave de la nueva era. Barcelona 1991.

Earls, John: Ecología y agronomía en los andes. La Paz 1998.

Gobierno Municipal, El Alto: El Alto: 9 aspectos que configuran la ciudad.  
Gobierno Municipal El Alto con el apoyo de la Unión Europea. Proyecto  
PAR EL ALTO. La Paz 2005.

Godelier, Maurice: El Enigma del Don. Barcelona 1998.

Golte, Jürgen: La racionalidad de la Organización Andina. Lima 1980.

Harris, Olivia: El trabajo y el producto de una economía étnica en el norte de  
Potosí. In: Economía Étnica. La Paz 1987.

Haverkor, Bertus / Hooft, Katrien v´ant / Hiemstra, Win: Antiguas raíces,  
nuevos retoños: el desarrollo endógeno en la práctica. La Paz 2002.

Kirigin De Calvo, M. Angélica: El Alto: Capital Andina de Oportunidades.  
Gobierno Municipal de El Alto – La Paz 2005.

- Lajo, Javier: *Qhapaq Ñan: La Ruta Inka de sabiduría*. Perú 2005.
- Larson, Brooke: *Explotación y economía moral en los Andes del sur: hacia una reconsideración crítica*. In: Moreno, Segundo / Salomón, Frank (comp.): *Reproducción y transformación de sociedades andinas, siglos XVI-XX*. Quito 1991. Bd. II. S. 441-470.
- Layne Pairumani, Félix: *Diccionario Bilingüe: Aymará castellano-Castellano aymará*. La Paz 1997 (2. Auflage).
- Lovelock, James: *Gaia. Una Visión de la vida sobre la tierra*. Madrid 1983.
- Lovelock, J. et al: *Gaia. Implicaciones de la nueva biología*. Barcelona 1983.
- Mauss, Marcel: *Sobre los dones y sobre la obligación de hacer regalos*. 1971.
- Medina, Javier: *Diarquía: Nuevo paradigma, dialogo de civilizaciones y Asamblea constituyente*. La Paz 2006.
- Medina, Javier: *¿Qué Bolivia es posible y deseable?: Repensar lo local desde lo global*. La Paz 2006.
- Medina, Javier: *Repensar Bolivia: Cicatrices de un viaje hacia si mismo*. La Paz 2006.
- Medina, Javier: *Suma Qamaña: Por una convivencia postindustrial*. La Paz 2006.
- Melía, Bartolomé / Temple, Dominique: *El Don, la venganza y otras formas de economía guaraní*. Asunción del Paraguay 2004.
- Murra V., John: *Formaciones Económicas y Políticas del Mundo Andino*. Lima 1975.
- Polanyi, Karl / Arensberg, Conrad M. / Pearson, Harry W.: *Comercio y Mercado en los Imperios Antiguos*. Barcelona 1976.
- Platt, Tristian: *Estado Boliviano y ayllu andino: tierra y tributo en el Norte de Potosí*. Lima 1982.
- Rostworowski de Diez Canseco, Maria: *Etnia y Sociedad*. Lima 1977.
- Russell, Peter: *La tierra inteligente. El amanecer de la conciencia global*. Madrid 1993.
- Saavedra, José Luís (compilador): *Educación superior, interculturalidad y Descolonización*. La Paz 2007.
- Sandoval, Godofred / Sostres M., Fernanda: *La ciudad prometida: Rasgos de la nueva ciudad*. El Alto-La Paz 1989.
- Sahlins, Marshall: *Economía de la edad de piedra: El Espíritu del Don sobre Marcel Mauss*. Madrid 1977-1983.

Spedding Pallet, Alison: Gracias a dios y a los achachilas: ensayos de sociología de la religión en los Andes. La Paz 2004.

Temple, Dominique: Teoría de la Reciprocidad. Tomo I: La reciprocidad y el nacimiento de los valores humanos. Tomo II: El frente de civilización. Tomo III: La economía de reciprocidad. La Paz 2003.

Ticona Alejo, Estebán: Memoria política y antropología en los Andes Bolivianos: historia oral y Saberes locales. La Paz 2002.

Ticona Alejo, Estebán: Andinismo. La Paz 2002.

Untoja Choque, Fernando: Retorno al Ayllu I. La Paz 1992.

Wachtel, Nathan: La visión de los vencidos. Paris 1973.

RENÉ MICHALSKY<sup>1</sup>

## **Bolivianische Identitäten im Wandel** Interkulturalität im 21. Jahrhundert

### *Einleitung*

Nach der Euphorie, welche der Machtantritt Evo Morales bei vielen Bolivianern ausgelöst hat, sieht sich Bolivien derzeit mit sozialen Konflikten und Problemen der politischen Repräsentation sowie mit der sozialen Artikulation verschiedenster Gruppen der Gesellschaft konfrontiert. So besteht Bolivien nicht nur aus einer Vielzahl von Menschen, welche sich selbst eine indigene ethnische Identität zuschreiben, sondern auch aus Nachfahren europäischer Migrant\*innen sowie anderen nichtindigenen Bevölkerungsgruppen, welche hauptsächlich in den städtischen Zonen leben. Das Land selbst ist einer der Hauptadressaten der internationalen Zusammenarbeit. Staatliche wie auch nichtstaatliche Akteure sind in allen Teilen Boliviens anzutreffen. In den letzten Jahren haben sich Vorbehalte und Kritikpunkte ihnen gegenüber vermehrt. Hierbei offenbaren sich einerseits Kritikdimensionen im Bereich der Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit<sup>2</sup> und eine ablehnende

---

1 Der Autor arbeitet derzeit an seiner Dissertation, welche den Titel »Ethnographie und Biographieanalyse entwicklungspolitischer Organisationen in Lateinamerika und Deutschland« trägt und für die er neun Monate in Mittelamerika und weitere zwölf Monate in Bolivien Feldforschung betrieben hat. Um die Rationalitätsdifferenzen und Perspektivenvielfalt der verschiedenen entwicklungspolitischen Akteure in Deutschland und Bolivien/Mexiko zu erforschen, wählte er Methoden der qualitativen Sozialforschung, welche sich durch Kontextsensitivität, Offenheit und ihren kommunikativen-teilnehmenden Charakter auszeichnen. Der vorliegende Text beinhaltet sowohl theoretisch-reflektierende Passagen als auch ethnographisch-beschreibende Elemente. Des Weiteren fließen Informationen aus den Interviews mit Mitarbeitern entwicklungspolitischer Organisationen ein. Die Arbeit wird von der Friedrich-Ebert-Stiftung gefördert und voraussichtlich Ende 2010 eingereicht.

2 Nach Osterhammel ist der hier gebrauchte Kolonialismusbegriff wie folgt zu verstehen: »Kolonialismus ist eine Herrschaftsbeziehung zwischen Kollektiven, bei welcher die fundamentalen Entscheidungen über die Lebensführung der Kolonisierten durch eine kulturell

Haltung gegenüber wirtschaftlichen Interventionen ausländischer Akteure, andererseits auch Vorbehalte hinsichtlich allgemeinen globalen Orientierungen und Perspektiven, welche gemeinhin unter Begriffe wie Neoliberalismus oder Kapitalismus subsumiert werden.

Sowohl bei der Suche nach einem nationalen Identitätsmodell als auch bei der Positionierung gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft spielt der Begriff der Interkulturalität eine zentrale Rolle. Das Konzept der Interkulturalität hebt auf ein herrschaftsfreies, dekolonialisiertes<sup>3</sup>, komplementäres Interaktionsverhältnis zwischen verschiedenen sozialen Gruppen ab, welches zur Generierung universeller und globaler Entwicklungsperspektiven beitragen soll.

Durch die Präsentation empirischen Materials (ethnographische Daten<sup>4</sup>) und eine Diskursanalyse zum Begriff der Interkulturalität sollen die zentralen Herausforderungen für die bolivianische Gesellschaft im Bezug auf die Organisation kultureller Vielfalt im nationalen Kontext, das alltägliche Zusammenleben verschiedener Personengruppen und die internationalen Beziehungen aufgezeigt werden.

---

andersartige und kaum anpassungswillige Minderheit von Kolonialherren unter vorrangiger Berücksichtigung externer Interessen getroffen und tatsächlich durchgesetzt werden. Damit verbinden sich in der Neuzeit in der Regel sendungsideologische Rechtfertigungsdoktrinen, die auf der Überzeugung der Kolonialherren von ihrer eigenen kulturellen Höherwertigkeit beruhen.« (Jürgen Osterhammel: *Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen*. München 2006. S. 21.) Laut demselben Autor »... lassen sich drei Grundelemente kolonialen Denkens identifizieren: die Idee der unversöhnlichen Fremdheit, der Glaube an die höheren Weihen der Kolonisation und die Utopie der reinigenden Verwaltung«. (Ebenda. S. 113.)

3 Maul definiert Dekolonisation (Dekolonialisierung) wie folgt: »Dekolonisation umschreibt eine intensive materielle und geistige Auseinandersetzung mit der Kolonialherrschaft und ihrem politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Erbe.« (Daniel Maul: *Internationale Organisationen als historische Akteure. Die ILO und die Auflösung der europäischen Kolonialreiche 1940 – 1970*. In: Anja Kruke (Hrsg.): *Dekolonisation, Prozesse und Verflechtungen 1945-1990*. Bonn 2009, S. 22.) Laut Eckart hat »... deutsche Geschichtsschreibung, die jenseits zumeist konventioneller Untersuchungen im Feld der internationalen Beziehungen mit Fokus auf den nordatlantischen Raum traditionell eher wenig Interesse an der außer-europäischen Welt zeigte, (...) den Prozess der Dekolonialisierung weitgehend verschlafen.« (Andreas Eckert: *Spätkoloniale Herrschaft. Dekolonialisierung und internationale Ordnung*. Einführende Bemerkungen. In: Ebenda. S. 3.)

4 Ethnographische Daten werden im Rahmen teilnehmender Beobachtungen erhoben. Qualitative Forschungsmethoden verschreiben sich einer an die Hermeneutik angelehnten Forschungsmethodologie und stehen in der Tradition des interpretativen Paradigmas.

*Wer ist »wir« und wer sind »die Anderen«?*

Bolivien ist ohne Zweifel ein Land, das stark mit der Neubestimmung seiner Identität beschäftigt ist. Im nationalen und südamerikanischen wie im internationalen Kontext spielt die Suche nach einer Selbstverortung, Positionierung und Artikulation von Interessen sowie Meinungen eine wichtige Rolle. Schaut man sich die öffentlichen und von der Regierung geförderten Medien an, bekommt man das Gefühl, dass Bolivien zu 90 Prozent aus Indígenas bestünde.<sup>5</sup> Der letzte Zensus wurde im Jahr 2001 erhoben. In diesem schreiben sich über 60 Prozent selbst eine indigene Identität zu.<sup>6</sup> Diesen oft zitierten Zahlenwert sollte man jedoch mit zwei anderen Erhebungsdimensionen kontrastieren: der Prozentsatz der Personen, welche eine indigene Muttersprache haben (34 Prozent)<sup>7</sup> und die Prozentverteilungen im Hinblick auf die Wohngebiete Stadt (62,5 Prozent) und Land (37,5 Prozent)<sup>8</sup>. Die Existenz von indigenen Gemeinschaften und Gruppen in städtischen Zonen Lateinamerikas ist ein immer häufiger werdendes Phänomen.<sup>9</sup> In Bolivien ist das Konzept des modernen Indígena gelebte Realität. Insbesondere Jugendliche aus ländlichen Gebieten streben ein Leben in den urbanen Zonen an. Sie erhoffen sich bessere Ausbildungsmöglichkeiten, Zugänge zu Ressourcen jeder Art und wollen sich den rassistischen und stigmatisierenden Tendenzen gegenüber den *campesinos originarios*<sup>10</sup> entziehen.

Die politische und soziale Repräsentation der ethnischen Gruppen im nationalen Kontext ist derzeit eine der größten Herausforderungen der boliviana-

5 Vgl.: Rodrigo Valenzuela Fernández: *Inequidad, ciudadanía y pueblos indígenas en Bolivia*. Santiago de Chile 2004. S. 7. URL: [http://www.eclac.org/publicaciones/xml/2/27522/sps83\\_lcl2089.pdf](http://www.eclac.org/publicaciones/xml/2/27522/sps83_lcl2089.pdf) (Abruf 31.08.10).

6 [http://www.ine.gov.bo:8082/censo/make\\_table.jsp?query=poblacion\\_06](http://www.ine.gov.bo:8082/censo/make_table.jsp?query=poblacion_06) (Auto identificación con Pueblos Originarios o Indígenas de la Población de 15 años o más de edad – Selbstzuschreibung einer indigenen Identität von Personen, die älter als 15 Jahre sind).

7 [http://www.ine.gov.bo:8082/censo/make\\_table.jsp?query=poblacion\\_15](http://www.ine.gov.bo:8082/censo/make_table.jsp?query=poblacion_15) (Idioma Materno de la Población de 4 años de edad y más – Muttersprache von Personen, die mindestens vier Jahre alt sind).

8 [http://www.ine.gov.bo:8082/censo/make\\_table.jsp?query=poblacion\\_01](http://www.ine.gov.bo:8082/censo/make_table.jsp?query=poblacion_01) (Población Total - Ubicación, área geográfica, sexo y edad – Gesamtbevölkerung nach Geschlecht, Alter und Wohnort).

9 »Robert Albro (2005) argues that the majority of indigenous peoples now reside in periurban areas and have transported the concept to those new spaces.« Nicole Fabricant: *Between the Romance of Collectivism and the Reality of Individualism: Ayllu Rhetoric in Bolivia's Landless Peasant Movement*. In: *Latin American Perspectives* 37 (July 2010) 4. S. 93; siehe auch *Fondo Indígena: Pueblos Indígenas y Ciudadanía. Los Indígenas Urbanos*. La Paz 2007.

10 Aktuell gebrauchter Terminus für indigene Landbevölkerung.

nischen Gesellschaft.<sup>11</sup> Die neue Verfassung von 2009, nach welcher Bolivien als ein plurinationaler Staat zu verstehen ist, erkennt traditionelle soziale Gemeinschaften (u.a. Ayllus<sup>12</sup>) an und spricht ihnen mehr Autonomie zu. Die Umsetzung dieser Reformen benötigt Zeit und Aushandlungsprozesse. Seitens der großen sozialen Organisationen Konföderation der Indigenen Völker Boliviens (*Confederación de Pueblos Indígenas de Bolivia* – CIDOB)<sup>13</sup> und Nationalrat der Ayllus und Markas von Qullasuyu (*Consejo Nacional de Ayllus y Markas del Qullasuyu* – CONAMAQ)<sup>14</sup>, welche sich als repräsentative Organe der indigenen Bevölkerungsteile verstehen, wird die Kritik an der Regierung lauter.<sup>15</sup> Sie beziehen immer offenkundiger Stellung gegen den Kurs der Regierungspartei Bewegung zum Sozialismus (*Movimiento al Socialismo* – MAS).<sup>16</sup> Im Vordergrund der Kritik steht der Vorwurf, dass Regierungsversprechen nicht eingelöst würden.

Daneben sehen sich nichtindigene Personen von der derzeitigen Regierung vernachlässigt und meinen, dass Evo Morales vor allem ländliche und indigene Bevölkerungsgruppen unterstützen würde. Insbesondere Mittelständler und Reiche sehen sich übervorteilt. Ländereien, welche brach liegen, werden in Städten und auf dem Land zunehmend besetzt. Keinesfalls sollte man zudem glauben, dass innerhalb und zwischen indigenen Gruppen keine Konflikte bestehen würden. Zwischen den verschiedenen ethnischen Kollektiven des Tieflands, den hochgelegenen Tälern und den andinen Bergregionen gibt es Spannungen und Vorbehalte. So sehen sich die Aymaras von den Quechuas kolonisiert und in Migrationsgebieten wie dem Chapare, wo verschiedene ethnische Gruppen aufeinandertreffen, lassen sich Konflikte verzeichnen.<sup>17</sup> Die Binnenmigration aus den Hochlagen in die tropischen Zonen des Landes

11 Vgl. hierzu auch: Olaf Kaltmeier: Das Land neu gründen. Gesellschaftliche Kontexte, politische Kulturen und indigene Bewegungen in Südamerika. In: Georg Ismar / Jürgen Mittag (Hrsg.): *El pueblo unido? Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas*. Münster 2009. S. 361: »Bolivien stellt mit dem Versuch, mit kolonialen Tiefenstrukturen zu brechen und eine neue Imagination der Nation zu erzielen, zweifelsohne einen neuen Referenzpunkt für die Kämpfe indigener sozialer Bewegungen dar.«

12 Siehe dazu den Lexikonteil im Anhang.

13 Siehe dazu den Lexikonteil im Anhang. Weitere Informationen unter: <http://www.cidob-bo.org>.

14 Siehe dazu den Lexikonteil im Anhang. Weitere Informationen unter: <http://www.conamaq.org.bo>.

15 Laut Schorr gilt »Bolivien (...) als das Land mit den mobilisierungsstärksten sozialen Bewegungen in Südamerika.« Bettina Schorr: *Die mobilisierte Gesellschaft: Soziale Bewegungen in Bolivien*. In: Georg Ismar / Jürgen Mittag (Hrsg.): *El pueblo unido?* S. 212.

16 Die CIDOB rief im Juni 2010 zu einem Protestmarsch nach La Paz auf und die CONAMAQ organisierte im Rahmen des Klimagipfels in Cochabamba im selben Jahr einen runden Tisch, der von der Regierung offiziell ausgeschlossen wurde.

17 Siehe hierzu: Fernando Antezana / Carlos Crespo: *Racismo y transparencia en la gestión*

ist in den letzten Jahren massiv angestiegen. Hauptgrund ist die liberale Politik der MAS gegenüber der Kultivierung von Koka. Die Migration erfolgt in vielen Fällen temporär und konfrontiert die Ursprungsgemeinschaften der Migranten mit neuen Herausforderungen. Neue Erfahrungen und Einflüsse müssen in ihre Lebenswelten integriert werden.<sup>18</sup>

In der bolivianischen Gesellschaft kann man viele Vorurteile und teilweise auch Generalisierungen von Personengruppen antreffen, welche rassistischen Charakter besitzen. So werden die im Hochland lebenden Indígenas als »trinkende Barbaren« und die im Tiefland lebenden *campesinos* als »faule Hochnäsige« dargestellt. Die wachsende Binnenmigration und Mobilität relativiert jedoch rassistische Wahrnehmungsmuster und Haltungen. In ihrem Gefolge sehen sich Regionen, Gemeinden und Städte mit bislang nicht bekannten Herausforderungen im Bereich der Identitätssuche konfrontiert.<sup>19</sup>

Das Verhältnis der Bolivianer zu ihren Nachbarn ist teilweise durch Resentiments geprägt. Als ich eines Abends einen freien Radiosender in La Paz höre, ruft der Sprecher seine Landsleute auf, ihre Erfahrungen im lateinamerikanischen Ausland zu kommentieren. Zahlreiche Anrufe gehen ein. Die Bolivianer gälten bei anderen Lateinamerikanern als dumm und faul, meint eine Anruferin. Im Vergleich mit Brasilien, Chile, Argentinien und Peru schneide Bolivien eher schlecht ab. Diese Länder seien weiterentwickelt und scheinbar reicher. Die verlorenen Kriege<sup>20</sup> sitzen tief im kollektiven Gedächtnis. Argentinien und Brasilien gelten als Hauptmigrationsgebiete von Bolivianern. Die vermittelten Migrationserfahrungen sind selten positiven Charakters. Man werde dort schlecht behandelt, heißt es oft. Im Verhältnis zu den Nachbarn dominiert ein Gefühl von Minderwertigkeit. In persönlichen Gesprächen haben mir viele Bolivianer diesen Eindruck bestätigt. Besonders gegenüber Europäern und Nordamerikanern, aber auch gegenüber lateinamerikanischen Nachbarstaaten fühlen sich viele Menschen rückständig. Man weiß um den Reichtum des Landes ebenso wie um das Unvermögen, diesen für die eigene Entwicklung zu nutzen. Bolivien verfügt über unzählige

---

municipal campesina. Los casos de Tiquipaya y Bolívar. In: Manuel de la Fuente (Hrsg.): *Descentralización. Derechos humanos y ciudadanía*. La Paz 2010.

18 »Eindeutig ist, dass beinahe alle indigenen Personengruppen langsam aber sicher Grundzüge der westlichen Welt adaptieren; dies vor allem in technischen und ökonomischen Zusammenhängen.« Hugo Celso Felipe Mansilla: *Tradicionalismo y modernización en la cultura política iberoamericana*. In: Francisco Colom González (Hrsg.): *Modernidad iberoamericana (cultura, política y cambio social)* Frankfurt a. M. 2009. S. 418.

19 Vgl.: Ebenda.

20 Dies bezieht sich vor allem auf den Pazifikkrieg 1879–1882 gegen Chile, bei dem Bolivien seinen Meereszugang verlor, sowie den Chacokrieg 1932–1935 gegen Paraguay. Siehe dazu auch den Lexikonteil im Anhang.

Ressourcen (u.a. Wasser, Eisen, Gold, Silber, Lithium, Gas). Dennoch ist die Bevölkerung in großen Teilen bitterarm. Die Erklärungen hierfür sind vielfältig. Einerseits sagen die Bolivianer, es sei ihnen zu viel am unbeschwerten Leben gelegen, als dass man Anstrengungen unternehmen wolle, um sich aus der Armut zu befreien. Andere sehen die Schuldigen in den ehemaligen Kolonialherren und den neuen neoliberalen Entwicklungsagenten. In den offiziellen Stellungnahmen der Regierung wird immer wieder auf die letzten 500 Jahre Unterdrückung und Ausbeutung verwiesen, welche Bolivien in diesen Zustand geführt haben. Evo Morales Stellungnahmen gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft sind häufig provokativ und nicht selten populistisch.<sup>21</sup>

Im Jahre 2006 wurden verschiedene US-amerikanische Entwicklungsorganisation (u.a. USAID, Corpus Cristi, PCI) aus den Kokaanbaugebieten Chapare und den Yungas verbannt. Die US-amerikanische Drogenbehörde DEA wurde am Neujahrstag 2008 des Landes verwiesen. Im Juni 2010 eröffnete Vizepräsident Álvaro García Linera zudem, dass alle durch US-amerikanische Mittel unterstützten NGOs unter Beobachtung stünden. Es besteht der Verdacht, dass sie durch die CIA instrumentalisiert werden. Das Verhältnis zu den internationalen Entwicklungsorganisationen und NGOs, welche durch die internationalen Geber finanziert werden, ist stark belastet. Der Aufenthalt ausländischer Mitarbeiter im Land wird erschwert, und als ich Anfang 2010 versuchte, ein Visum als Freiwilliger einer bolivianischen NGO zu bekommen, gab ich nach einem viermonatigen Gang durch die Institutionen auf. Hauptsächlich zwei Gründe haben mich dazu bewegt: Einerseits hätte ich einen AIDS-Test vorweisen müssen und zweitens erklärte mir der Direktor der Abteilung für Ausländerrecht, dass NGOs nicht vertrauenswürdig wären und deshalb ein geregelteres *Procedere* für Praktikanten und Volunteure nicht vorgesehen sei.<sup>22</sup>

Europa stellte in den letzten Jahren eines der Hauptmigrationsgebiete der Bolivianer dar. Viele Menschen haben einige Jahre in Italien, Spanien oder

---

21 In der Eröffnungsrede zum Klimagipfel behauptete Evo Morales, dass der Konsum von »Coca Cola« zu Haarausfall führen würde: »Was die Kahlköpfigkeit angeht, so ist diese in Europa stärker verbreitet. Die Kahlköpfigkeit ist – was normal scheint – eine Krankheit in Europa, wo fast alle Glatze haben und zwar wegen der Dinge, die sie essen. Bei den indigenen Völkern hingegen gibt es keine Kahlköpfigen, weil unsere Ernährung anders ist ...« Auszug aus: <http://www.jornada.unam.mx/2010/04/21/index.php?section=mundo&article=031n1mun> (Abruf 13.08.2010)

Evo Morales populistische Maßnahmen wurden vom US-Botschafter in diesem Artikel kritisiert: <http://www.jornadanet.com/n.php?a=50816-1> (Abruf 13.08.2010).

22 Deutsche Freiwillige, welche im Rahmen des vom BMZ finanzierten Programms »weltwärts« ausreisen, bekommen ohne Probleme ein Visum.

Schweden gearbeitet, sich so ein finanzielles Polster angelegt, mit welchem sie ein Geschäft aufbauen, ein Haus kaufen oder die Ausbildung ihrer Kinder bezahlen wollen. Unzählige Rückkehrer haben mir von ihren Aufenthalten berichtet. In der Regel heben sie die harte Arbeit, den guten Verdienst, aber auch die Ausgrenzung hervor. Es ist der Traum vieler Bolivianer Europa kennen zu lernen. Es ist jedoch nicht ihr Traum, Europäer in Bolivien kennen zu lernen. So habe ich in vielen Situationen im alltäglichen Leben gespürt, dass die Menschen mich beobachten, sich aber damit schwer tun, ein Gespräch aufzunehmen. Offene Ablehnung ist mir selten begegnet, eher eine ignorante Haltung gegenüber allen *gringos* (Europäern und US-Amerikanern). In Gesprächen mit Freunden und Bekannten zu diesem Thema sagte man mir, dass dies v.a. von der fehlenden Erfahrung im Umgang mit Ausländern herrühre. Tatsächlich sind Personen aus anderen Regionen der Welt außerhalb der Tourismuszentren La Paz und Santa Cruz eher selten anzutreffen. Boliviens außenpolitische Positionierung wird von einem Willen zur Dekolonisation geleitet. Hierbei wird Bolivien als Nation von Indigenen dem Westen gegenübergestellt, eine notwendige Reflexion der Kolonialepoche eingeklagt und die Herstellung symmetrischer Kommunikationsbeziehungen zwischen allen Regionen der Welt gefordert.<sup>23</sup>

Die bolivianische Gesellschaft hat sich mit einer Vielzahl von Prozessen und Dynamiken auseinanderzusetzen, für welche Räume des Austauschs und der Konsensbildung hilfreich sein könnten. Der strikte Kurs der Regierung belastet dabei eher die Beziehungen im nationalen und internationalen Kontext, als dass er Ergebnisse produziert. Viele Ämter sind nach dem Machtübernahme Evo Morales mit unerfahrenen Personen besetzt worden, welche ihre indigene Herkunft betonen.<sup>24</sup> Die Kritik an der Regierung wird immer schwieriger und alle Opponenten stehen unter dem Verdacht, den »Fürsten« entthronen zu wollen. Die indigene Kultur wird in Bolivien instrumentalisiert und politisiert. Sie steht für Harmonie sowie Authentizität und wird als Antwort auf die globalen Krisen ins Feld geführt. Die soziale Realität weist jedoch eine Vielzahl von Veränderungsprozessen in indigenen Bevölkerungsgruppen auf, in deren Ergebnis sich indigene Kulturen von ih-

23 In Anlehnung an Edward Saids Konzept des Orientalismus (Edward Said: *Orientalism. Western Conceptions of the Orient*. New York 1978) kann man sowohl von einem »Lateinamerikanismus« als auch von einem »Okzidentalismus« sprechen, da sowohl der Westen verschiedene lateinamerikanische Länder konzeptionell zusammenfasst, als auch Tendenzen in verschiedenen Regionen der Welt bestehen, den Westen unter verschiedenen Attributen zu subsumieren. Vgl. dazu Tanja Ernst: Postkoloniale Theorie und politische Praxis: Die Dekolonialisierung Boliviens. In: PROKLA. 40 (März 2010) 1. S. 50.

24 Vgl. hierzu auch: Xavier Albó / Víctor Quispe: *Quiénes son indígenas en los gobiernos municipales*. La Paz 2004.

rer Ursprünglichkeit entfernen und die im Diskurs der MAS nicht erwähnt werden. So werden zunehmend Bildung und Migration von indigenen Personen als Handlungsschema begriffen. Indigene Kulturen sind keineswegs pur und authentisch, sondern sehen sich mit Herausforderungen der Integration neuer Lebensmodelle, Techniken und Praktiken konfrontiert.

Entwicklungsorganisationen versuchen vor allem durch Ausbildungsprogramme (*capacitación*), Menschen durch die Vermittlung von Techniken und Praktiken zu befähigen, Anschluss an politische, nationale Räume zu gewinnen und ihre Meinungen in der globalen Welt zu artikulieren. Im Folgenden sollen verschiedene Feldbesuche, die ich mit entwicklungspolitischen Organisationen unternommen habe, ethnographisch dargestellt werden. Diese Beschreibungen dienen der Illustration der komplexen und mannigfaltigen Probleme und Herausforderungen in der Zusammenarbeit mit indigenen Personengruppen und zeigen Aspekte der interkulturellen Realität auf.<sup>25</sup> Im Anschluss daran werden diese Darstellungen dem wissenschaftlichen Diskurs in Bolivien zur Interkulturalität gegenübergestellt.

### *Die Situation im Hochland*

Unbestritten ist, dass besonders in den Hochlandregionen die Auswirkungen des vom Menschen verursachten Klimawandels spürbar sind. So gibt es zwar immer noch die gleiche Menge an Niederschlag, sie fällt heute jedoch in einem anderen Zeitfenster und in einer kürzeren Periode, was u.a. Bodenerosion zur Folge hat. Die Ackerflächen sind zudem überwirtschaftet. Der traditionelle Kalender, welcher Aussagen darüber macht, wann man das Land zu bestellen hat und wann Zeit für die Ernte ist, kann keinen Dienst mehr leisten. Beginnt man zu früh mit der Aussaat, verdorren die Pflänzchen angesichts des fehlenden Wassers; beginnt man jedoch zu spät, dann reicht kurz vor der Ernte der Niederschlag nicht mehr aus, um den vollen Ertrag zu erlangen. Ratlosigkeit breitet sich unter den Menschen aus. Doch wer oder was vermag Abhilfe zu schaffen?

In der Region Norte de Potosí (Norden des Bezirks Potosí) leben laut Zensus 98 Prozent der Bevölkerung in Armut. Armutsindikatoren sind die monetären Einnahmen. Die Menschen leben von Viehzucht und Landwirtschaft. Sie betreiben Subsistenzwirtschaft. Geld hat hier wie auch in anderen Regionen Lateinamerikas erst vor einigen Jahrzehnten als Tauschmittel Einzug

<sup>25</sup> Dem mannigfaltigen Diskurs zur Interkulturalität steht eine Leere an empirischen Untersuchungen zur interkulturellen Praxis gegenüber, weshalb diese hier mit ethnographischen Daten gefüllt wird.

gehalten. Erst vor rund zehn Jahren sind die Dörfer durch Wege, auf denen Kraftfahrzeuge fahren können, erschlossen worden. Vormalig hatte man sich per pedes zu bewegen.

Die bolivianische NGO Pusicuy<sup>26</sup> ist seit gut 25 Jahren in der Region tätig. Als junge Studenten der Agrarökonomie und Sozialwissenschaften hatten sich ihre Mitarbeiter vorgenommen, in den Landstrichen zu arbeiten, in denen ihre Vorfahren lebten. Daraufhin haben sie eine Organisation mit Sitz in Cochabamba gegründet, welche in den letzten Jahren durch das BMZ und terre des hommes Deutschland kofinanziert wurde. Als die Region infrastrukturell noch nicht erschlossen war, mussten sie ca. 120 Kilometer zu Fuß zurücklegen, um in die Dörfer zu gelangen. Da der Zugang äußerst schwierig war, haben sie ihre Arbeitsaufenthalte erst nach drei Monaten beendet, um zu ihren Familien zurückzukehren. Alle Mitarbeiter sprechen Quechua und kennen die Bräuche und Gewohnheiten ihrer Ahnen. Dennoch hatten alle im Bezug auf das Leben und die Kultur in den indigenen Dörfern Lernprozesse zu durchlaufen. Sie mussten zunächst einmal lernen, welche Pflanzen kultiviert werden und wozu sie zu gebrauchen sind. Das Wissen, welches sie an der Hochschule erworben hatten, war nur begrenzt einsatzfähig. Die Pusicuyus traten in einen Austausch mit der indigenen Bevölkerung und versuchten, ihre Spiritualität und Perspektiven zu verstehen. Der Zugang zu den Menschen wurde nach Aussagen der Mitarbeiter v.a. durch den permanenten Aufenthalt in den Arbeitsgebieten, die Beherrschung der Sprache und das gemeinsame Musizieren ermöglicht, denn Pusicuy ist nicht nur eine entwicklungspolitische Organisation, sondern auch eine Musikgruppe, welche Themen der autochthonen Musik spielt.

Die Zielgruppe wird durch Projekte im landwirtschaftlichen Bereich unterstützt, welche im Zusammenhang mit Seminaren durchgeführt werden. Der Bau von Gewächshäusern, Futterkrippen und Bewässerungsanlagen hat zu Ertragssteigerung und Umstellung von Ernährungsgewohnheiten geführt, so dass viele Personen nun auch Gemüse konsumieren. Die Bewahrung der

---

26 Servicios Andinos Pusicuy ist ein bolivianischer eingetragener Verein, der seit über 20 Jahren hauptsächlich im Altiplano Boliviens arbeitet. Seine Aufgaben sieht er in der hilfestellenden Begleitung von Prozessen im Bereich der Politik, Kultur, des Sozialen und der Produktion in den indigenen Gemeinden. Die verschiedenen Projekte wurden von diversen internationalen Organisationen und staatlichen Stellen finanziert. Bis Dezember 2009 arbeitete Pusicuy in einem Projekt, welches von terre des hommes Deutschland und dem BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) finanziert wurde. Neben den hauptamtlichen Mitarbeitern gibt es eine Reihe von Ehrenamtlichen und eine eigene Musikgruppe gleichen Namens, welche autochthone Musik spielt. Der Sitz der Organisation ist Cochabamba, Bolivien. Weitere Informationen unter: <http://www.pusicuy.org/>

Artenvielfalt (Biodiversität) ist nach Meinung der PISISUYUS der geeignete Weg, um einerseits absatzfähige Produkte bereitzuhalten und andererseits über Möglichkeiten zu verfügen, auf Klimaveränderungen und neue Umweltfaktoren (Boden, Schädlinge etc.) einzugehen. Im Rahmen der Zusammenarbeit versuchen sie, Formen der kollektiven Arbeit (*qoros, minka, ayni*) zu fördern, um damit die soziale Kohäsion zu stärken.

Die Bauern aus dem Hochland haben eins gemeinsam: Alle wünschen sich für die Kinder eine gute Ausbildung und ein besseres Leben. Die Schule im Dorf Kamani ist erst vor kurzem ausgebaut worden. Neben neuen Klassenzimmern gibt es Toiletten und einen Sportplatz. Die jungen Lehrer kommen aus dem Hochland, jedoch nicht direkt aus den Dörfern. Alle Lehrer müssen nach dem Studium für zwei Jahre in ländlichen Regionen arbeiten. Von den Dorfbewohnern werden sie als Akademiker (*licenciados*) angesprochen. Die PISISUYUS werden teilweise als Ingenieure angesprochen. Allzu oft hat man versucht, die Indígenas davon abzubringen, ohne Erfolg. Es besteht eine klare Trennung zwischen dem Arzt, dem Lehrer und den PISISUYUS einerseits und der Dorfbevölkerung andererseits. Die Haltung gegenüber den Akademikern reicht von freundschaftlicher Beziehung bis hin zu kompromissloser Inanspruchnahme. Schon lange sind die PISISUYUS aufgrund ihres permanenten Pendelns zwischen Stadt und Land zu einer Art Transportinstitution geworden. So benötigt man im Dorf z. B. Rohre und Zement und möchte andererseits in der Stadt Teile seiner Ernte absetzen. Dies geht den PISISUYUS manchmal zu weit. Zumal es von einigen Dorfbewohnern eine nicht nachvollziehbare Forderungshaltung gibt. Schon einige Male sind die PISISUYUS deshalb darüber mit den Indígenas in Streit geraten. Für sie ist es kein einfaches Unterfangen, ihre Rolle in der Dorfwelt zu definieren, da dies ein permanenter und kommunikativer Prozess ist.

### *Gemeinschaft und Individuum*

Bolivien hat aufgrund der Revolution von 1952 bis hinunter auf die lokale Ebene eine starke Versammlungskultur. Wer dreimal nicht an den Gemeindeversammlungen teilnimmt, kann unter Umständen seine Rechte als Gemeinshaftsmittglied verlieren. Die Versammlungsleiter (*dirigentes*) nehmen Notiz von der Anwesenheit aller Gemeindemitglieder. Anders als beispielsweise in Mexiko sind so alle Gesellschaftsmittglieder aufgrund ihrer Partizipationsmöglichkeiten in die politischen Prozesse des Staates eingebunden.

Die PISISUYUS nutzen bestehende soziale Räume und nehmen hier eine Moderatorenrolle ein. Sie hoffen, Diskurszusammenhänge zu generieren, in

welchen sich die Gemeinde mit der Zukunft der Dorfgemeinschaft auseinandersetzt. Die Aufgaben und Hindernisse sind vielfältig. Die wichtigsten Probleme und Herausforderungen für das Dorf bestehen in der Beseitigung des Hungers und der gesellschaftlichen Randstellung. Anders als im oftmals vermittelten Bild von stark zusammenhängenden Dorfgemeinschaften<sup>27</sup> offenbart sich bei den Feldbesuchen ein Szenario von sozialer Distorsion, Exklusion und Innovationsfeindlichkeit. Besonders innovative Personen haben keine andere Chance, als das Dorf zu verlassen, da man ihnen keine Möglichkeit zur Entfaltung ihrer Lebenspläne innerhalb der Dorfgrenzen gibt. Wie in anderen Regionen der Welt auch, gibt es in Bolivien innerhalb der Dorfzusammenhänge Mechanismen, welche ökonomische Differenzen nivellieren. Man darf in dieser Hinsicht nicht »zu anders« werden. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist bindend und ein Ausstieg impliziert das Ausscheiden aus der Gemeinschaft.<sup>28</sup> Zu früheren Zeitpunkten bedeutete dies neben dem Verlust der kulturellen Identität auch das Fehlen einer Existenzgrundlage, da man sein Land verlor. Soziale Praktiken haben für alle Personen verbindlichen Charakter. So muss man die Feste im Dorf unterstützen und seinen Dienst an der Gemeinschaft durch die Übernahme eines traditionellen Amtes ableisten.<sup>29</sup> Jede Art von religiöser Abkehr (Konversion zu einer evangelikalen Kirche etc.), Ablehnung eines Amtes, übermäßigem ökonomischen Wachstum und sozialer Entwicklung werden als Störfaktoren für den kollektiven Zusammenhalt begriffen und durch die traditionellen Autoritäten sanktioniert, da sie die traditionelle soziale Ordnung stören.

---

27 Die hier thematisierten »Bilder« werden von den aktuellen politischen Akteuren in Bolivien, einigen Intellektuellen und sogenannten Pachamamistas produziert, welche den Gemeinden ein hohes Maß an Potential zusprechen, basisdemokratische Entscheidungsfindungsprozesse zu generieren, um so »interne« Konflikte zu lösen und Wandlungsprozesse zu vollziehen.

28 In diesem Sinne ist die Migration in städtische Zonen eine direkte Konsequenz der sanktionierenden Haltungen in indigenen Gemeinden gegenüber Personen, welche Innovationen anstreben, die laut Meinung des Kollektivs nicht mit deren Vorstellungen in Einklang zu bringen sind. Siehe auch vergleichend über Migration und Vertreibung in Mexiko (Chiapas): María Isabel Pérez Enríquez: *El impacto de las migraciones y expulsiones indígenas de Chiapas (San Pedro Chenalho y San Andrés Sacamch' en Larráinzar)*. Tuxtla Guitérrez 1998.

29 Ähnlich wie auch in anderen indigenen Kulturen gibt es die Parallelstruktur zwischen politischen und traditionellen Ämtern. Traditionelle Ämter werden rotierend vergeben. Nicht selten wird man für ein Amt benannt und hat dieses ein bis zwei Jahre unentgeltlich abzuleisten, was oft zur Verschuldung führt.

*Hindernisse für die Entwicklungszusammenarbeit*

Viele Entwicklungshemmnisse kommen aus den Dörfern selbst. Die Vielzahl an Feierlichkeiten, welche in den Dörfern abgehalten werden, führen zum Erliegen der landwirtschaftlichen Aktivitäten, was mitunter auch zu Ernteaussfällen führt. Für viele Organisationen ist es nicht möglich, während der Festzyklen in den Dörfern zu arbeiten, da alle Menschen an den Feierlichkeiten teilnehmen, was auch die intensive Einnahme von alkoholischen Substanzen bedeutet. Der Weg zu den Zielgruppen führt viele entwicklungspolitische Organisationen zunächst zu den verschiedenen Autoritäten (traditionell und politisch), um mit ihnen die Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit zu vereinbaren. Die Kooperationsverträge zwischen entwicklungspolitischen Organisationen und den Gemeinden werden auf der Ebene der Bürgermeister (*alcaldía*) geschlossen. In der Regel haben die Gemeinden einen Eigenanteil zu erbringen. Aufgrund der massiven Präsenz unterschiedlicher entwicklungspolitischer Akteure kommt es gegenwärtig zu Situationen, in denen die Geber mit den Gemeinden über die Konditionen der Verträge feilschen. Mir wurde berichtet, dass die Repräsentanten der Gemeinden auf die Angebote anderer Geberorganisationen Bezug nehmen und andere Prozentverteilungen bei den Anteilen fordern. Sind die Verträge abgeschlossen, haben sich die entwicklungspolitischen Akteure stark nach den Interessen der »Gastgeber« zu richten. Die Bolivianer sind für ihre Unpünktlichkeit bekannt. Sind sie einmal unpünktlich, so hat man dies zu respektieren, so ein Angestellter einer deutschen Organisation. Ist man hingegen selber unpünktlich, so kann man dafür auch eine Abmahnung bekommen. Mir wurde von einem Fall berichtet, in dem zwei bolivianische Angestellte einer Entwicklungsorganisation in einer Dorfversammlung zu mehreren Peitschenhieben verurteilt worden sind, da sie in den Augen der Gemeinde ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen seien. Das Urteil wurde an Ort und Stelle ausgeführt.

Mit den Pusicuyus war ich im Herbst 2009 auf einer Dorfversammlung, in der der Jahresorganisationsplan (POA) unter Teilnahme der Dorfgemeinschaft beschlossen wurde. Die Pusicuyus wollten diese Versammlung zum Anlass nehmen, um am Rande mit den Gemeindevorstehern den Kooperationsvertrag für das nächste Jahr zu besprechen. Zwei Versuche, zu einem Abschluss der Verhandlungen zu kommen, waren im Vorfeld gescheitert. Mehrere Male wurde die Organisation an diesem Tag seitens der Verantwortlichen vertröstet, bis ich mir die Frage erlaubte, was der Grund hierfür sei. Die Antwort war nicht direkt, aber eindeutig. Man erwartete, dass man den Repräsentanten des Dorfes rund 10 Prozent des Projektetats als Prämie

offeriere. Am Abend ergab sich dann eine Übereinkunft, in welcher kein Platz für derartige Leistungen war.

Die Pusicuyus sind zu einem Bestandteil des sozialen Kosmos in der Region geworden und haben die Interventionsmöglichkeiten anderer entwicklungspolitischer Akteure verbessert, da man nunmehr die Anwesenheit von offenkundig städtischen oder ausländischen Personen gewohnt ist. Sie bieten Personen aus der Region die Teilnahme an Austauschprojekten in Peru oder anderen Regionen des Landes an. Insbesondere jüngere Menschen zeigen sich aufgeschlossen und interessiert an anderen Lebenswelten.

### *Die Situation im Tiefland*

Neben den Städten gelten die Tieflandregionen<sup>30</sup> immer häufiger als Ziel von Migranten aus dem Hochland. Der naheliegendste Grund hierfür sind die klimatischen Bedingungen, welche bis zu drei Ernten in einem Jahr erlauben. Ein häufig auffindbares Lebensschema ist deshalb die temporäre Migration aus dem Hochland in die Tieflandregionen, um dort bei Ernten Geld zu erwerben oder/und um sich später ein Stück Land kaufen und es bestellen zu können. Das Amazonasbecken ist in den letzten Jahren zu einem Anlaufpunkt für Personen aus den verschiedensten Regionen des Landes geworden. Die Dörfer wachsen zu Kleinstädten, abgelegene Gemeinden werden zunehmend an das Elektrizitätsnetz angeschlossen. Allerorts entstehen Schulen und Sportplätze. Begünstigt wird diese Entwicklung durch Evo Morales' Versprechen, die legale Fläche für den Kokaanbau auszuweiten. Mit Koka kann man dreimal mehr Geld verdienen als mit jeder anderen Pflanze. Es dient als Tauschmittel, und besonders in ländlichen Gegenden wird es viel konsumiert. Zudem ist Koka kein anspruchsvolles Gewächs, was es aus Sicht vieler Bauern besonders interessant macht.

Mit der bolivianischen NGO *Fundación Ayni* bin ich im April 2009 im Chapare – einer Region, in der Evo Morales einst selbst als Kokabauer gearbeitet hat. Die Arbeitsziele der kleinen Organisation liegen aufgrund der aktuellen Förderung im Bereich Gender (Geschlechter) und kulturelle Affirmation. Gleich am ersten Tag meines Feldbesuches fahre ich mit zwei jungen Mitarbeitern der Organisation in ein Dorf, in dem an diesem Tag die monatlich stattfindende Versammlung abgehalten wird. Die Menschen sitzen den ganzen Tag auf dem überdachten Sportplatz und besprechen die Angelegen-

---

30 Im Folgenden beziehe ich mich hauptsächlich auf die Kokaanbaugebiete in den Provinzen Chapare und Carrasco.

heiten des Dorfes. Bei unserer Ankunft am Morgen sagt man uns, dass es wohl noch ein wenig dauern würde, da man noch einige Punkte besprechen werde. Wir warten bis zum frühen Nachmittag. Nach einer Stunde hitziger Debatte über die Wahl der Trikotfarbe für die Schulfußballmannschaft sind wir an der Reihe. Die junge Mitarbeiterin Sandy begrüßt die Anwesenden und stellt die Organisation vor. Hugo, der noch nicht einmal volljährige zweite Mitarbeiter, kommt aus diesem Dorf. Seine Funktion liegt hauptsächlich in der Übersetzung der Redebeiträge von Sandy, da sie des Quechua nicht mächtig ist. Ich stehe hilfstellend zur Seite. Sandy beginnt mit der Präsentation. Schon nach wenigen Minuten führen dann Hugo und ich ein kurzes Theaterstück auf, das Werteverfall zum Thema hat. Die Menschen sind eher belustigt über unsere sperrige Darstellung als über den Inhalt. Die Aussage des Stücks scheint jedoch bei den Dorfbewohnern anzukommen und die Stimmung ist dank unserer schauspielerischen (Fehl-)Leistung auch ein wenig gelockert, so dass ein guter Zeitpunkt gefunden ist, um die Gruppe zur Stellungnahme und Diskussion aufzufordern. Was verstehe man unter einem guten Leben (*Allin Kawsay* in Quechua)? Der Diskussionsbedarf hält sich zunächst in Grenzen. In den Antworten lassen sich v.a. materielle und weniger kulturelle Gesichtspunkte erkennen. Man erwarte für die Zukunft, dass die Kinder einmal besser leben werden, dass man die Region durch Elektrizität erschließe und Krankheiten zurückgedrängt werden. Auf kulturelle Aspekte wird nicht explizit eingegangen. Die Dorfbewohner sind an einer Zusammenarbeit mit der NGO interessiert und es werden weitere Termine vereinbart sowie Verantwortliche benannt. Zwei Tage später sind wir zu einem ähnlichen Termin in einem anderen Dorf. An diesem Tag regnet es am Morgen furchtbar, so dass kaum jemand zum Treffen kommt. Die Gruppe besteht bis auf einen Mann aus weiblichen Dorfbewohnern. Lediglich zwei der ca. 15 anwesenden Frauen kommen aus der Region. Alle anderen sind Zugezogene. Während der Unterredung offenbart sich das große Interesse jenseits der vorhandenen Räume (Dorfversammlungen) und Institutionen (politische und kulturelle) über soziale Themen zu sprechen und hierüber neue Wege für Identitätsarbeit zu etablieren.

### *Zusammenfassung*

Eine bloße Rückkehr indigener Personengruppe zu alten<sup>31</sup> Werten und Formen des Zusammenlebens scheint einerseits aufgrund des Einzugs techni-

---

31 Im Sinne von ursprünglich oder authentisch. Dies bezieht sich auf Diskurse, welche indigene

scher und sozialer Innovationen, deren Agenten die Dorfbewohner selbst sind, unrealistisch. Andererseits haben sich neue soziale Konstellationen ergeben (u.a. durch Migration) und neue biographische Ablaufprozesse institutionalisiert (Ausbildung, Studium), welche die Notwendigkeit kollektiver Bearbeitung<sup>32</sup> nach sich ziehen.

Die entwicklungspolitischen Organisationen sind in Bolivien Teil des öffentlichen Lebens geworden. Da in den letzten Jahren ihre Vielfalt zugenommen hat, ist der Konkurrenzdruck gewachsen. Die Ansprüche seitens der internationalen Geldgeber werden immer größer, der Druck zur Bürokratisierung und Professionalisierung höher. Innerhalb weniger Jahrzehnte haben sich die im Hochland lebenden Menschen an die Unterstützung durch die Entwicklungszusammenarbeit gewöhnt. Einen wirklichen partnerschaftlichen Dialog kann es nach Meinung vieler kleinerer NGOs nicht geben, wenn die großen Player flächendeckende Programme durchführen und damit die Erwartungshaltungen der Zielgruppe in die Höhe schnellen. Ansätze zur Geberharmonisierung unter Beteiligung aller in der Region tätigen Akteure gibt es kaum.<sup>33</sup>

Viele entwicklungspolitische Akteure präsentieren sich als bloße Vermittler von Techniken und Praktiken und blenden ihren Veränderungseinfluss aus, da sie nicht unter Paternalismusverdacht geraten wollen. Besonders in Seminaren, in denen Vertreter der Zielgruppe reflektieren und diskutieren sollen, offenbart sich der Einfluss der moderierenden Organisationen, welche Themen generieren sowie Strategien präsentieren und kaum Platz für Eigendynamiken lassen.<sup>34</sup> In vielen Arbeitszusammenhängen wird so die Orientierung auf Planerfüllung, d.h. Umsetzung der Erfolgsindikatoren des Projektes, erkennbar.

In erster Linie interessiert die Menschen in den Zielgruppen, was eine Organisation bieten kann. Schnell spricht sich herum, welche entwicklungspolitischen Akteure welche Arten von Leistungen in welchem Umfang finan-

---

Gemeinschaften als statische kulturelle Entitäten wahrnehmen.

32 Bezeichnet kollektive Aushandlungsprozesse, welche zur Konsensbildung führen. Siehe Andrew Canessa: Who is Indigenous? Self-Identification, Indigeneity, and Claims to Justice In Contemporary Bolivia. In: *Urban Anthropology*, 36 (2007) 3. S. 197, sowie Mercedes Olivera Bustamante: Construcción, cambio y resignificación de las identidades étnicas y genéricas en Chiapas. In: Dieselbe (Hrsg.): *Identidades indígenas y género (Proyecto de investigación CONACYT UNACH: construcción y cambio de las identidades étnicas y genéricas de las indígenas de Chiapas)*. San Cristóbal de las Casas 2000. S. 14.

33 Vgl.: Antonio Rodríguez-Carmona: *El proyectorado. Bolivia tras 20 años de ayuda externa*. La Paz 2009.

34 Einige Organisationen bezahlen Aufwandsentschädigungen und reichen im Rahmen der Veranstaltungen verschiedene Mahlzeiten, was Seminare ohne derartige Leistungen für Viele uninteressant macht.

zieren. Bei Befragungen zur ökonomischen Situation werden falsche Angaben gemacht, da man befürchtet, von den Zuwendungen ausgeschlossen zu werden. Sowohl auf Seiten der Dorfbewölkerung als auch der entwicklungspolitischen Organisationen bestehen Verschwiegenheitskontexte, welche nur durch vertrauensbildende Maßnahmen aufgelöst werden können. Dies erfordert die permanente Anwesenheit im Dorf, durch welche man sich an die Kultur »heranrobt«, sich eine Rolle erschließt und somit zum Teil der sozialen Welt wird. Die persönlichen Kontakte zwischen entwicklungspolitischen Mitarbeitern und Vertretern der Zielgruppe sind die Grundlage für die Generierung gemeinsam geteilter Orientierungen, Perspektivenübernahmen und Konsensbildung.

### *Der wissenschaftliche Diskurs über die Interkulturalität*

Die Bereitstellung von Räumen zur Aushandlung gemeinschaftlicher Visionen sowie die Diskussion von verschiedenen Meinungen sind in Bolivien im kleinen Maßstab, aber auch im großen Stil eher rar. Die etablierten politischen Arenen können dieser Aufgabenstellung nicht Herr werden. Hierfür sprechen sowohl die öffentlichen Debatten, welche in allen Medien auftauchen als auch die ethnographischen Beobachtungen in verschiedenen Gemeinden. Die Einflüsse und Veränderungen in der Gesellschaft sind zu bearbeiten; Standpunkte und Orientierungen zu artikulieren.

»Das Problem Boliviens ist, dass es keinen institutionellen und politischen Kontext gibt, welcher den räumlichen Zusammenhängen gerecht würde und den Dialog zwischen verschiedenen Akteuren und Dimensionen unterstützt.«<sup>35</sup>

In diesem Zusammenhang betonen viele Intellektuelle in Bolivien die positiven Elemente der indigenen Kulturen. Die Frage ist für viele, wie man die technischen Innovationen in Verbindung mit sozialen Aspekten des Lebens bringt. Einige militante Traditionalisten (*pachamamistas*) streben hingegen nach dem Authentischen und Reinen. Die peruanische Popsängerin Damaris meint in einem Fernsehinterview, man müsse die ursprüngliche Kultur (in diesem Fall die der Quechua) von dem Schmutz befreien, der auf ihr liegt. Man müsse die Kultur sozusagen purifizieren. Viele Mitarbeiter entwicklungspolitischer Organisationen, welche über Felderfahrungen verfügen, sehen dies anders. Abgesehen davon, dass die indigenen Kulturen immer

---

35 Ministerio de la presidencia: Gestión Pública Intercultural (GPI). La Paz 2008. S. 54. URL: <http://www.forodac.org.bo/upload/699.pdf> (Abruf 13.01.2010).

Veränderungsdynamiken freigesetzt haben, sind grundlegende Wandlungsprozesse in den indigenen Kulturen schon vollzogen, die Anbindung an die globale Welt abgeschlossen und die Gemeinschaften keineswegs so homogen, wie man ihnen nachsagt.

Essentialistische Definitionen von Kultur(en) werden zunehmend von Wissenschaftlern kritisiert und der Diskurs zum Essentialismus wird als politische Methode begriffen.<sup>36</sup> Darüber hinaus werfen immer mehr Wissenschaftler die Frage auf, wann man von einer kulturellen Zugehörigkeit sprechen kann. Albó hat einen Begriff von Ethnizität entworfen, welche von drei Faktoren abhängt.<sup>37</sup>

»Wir haben eine Ordinalskala erstellt, welche zwischen höheren und niederen Graden von Ethnizität unterscheidet. Dabei sind die Indikatoren Selbstzuschreibung, Sprache und Geburtsort ausschlaggebend. An erster Stelle steht das Kriterium der Selbstzuschreibung, weil der Begriff der Ethnizität im Endeffekt ein soziokulturelles Konzept ist, welches unbezweifelbar eine starke subjektive Komponente beinhaltet.«<sup>38</sup>

Kulturen und die hiermit in Zusammenhang stehenden kollektiven Identitäten sind zudem keinesfalls statisch:

»Es besteht immer ein Risiko, jede Kultur und kulturelle Identität aus einer statischen und essentialistischen Perspektive wahrzunehmen. Aber in der Realität – wie es für jedes Lebewesen zutrifft – befinden sich diese Kulturen und Identitäten in einem Prozess des permanenten Wandels, um sich am Leben zu halten. Sei dies durch interne Prozesse oder – wie es immer häufiger auftritt – durch den Austausch mit anderen Kulturen und Erfahrungen in ihrer Umgebung. Hier gelangen wir zum zentralen Thema der Interkulturalität.«<sup>39</sup>

36 »Zum Verständnis dieser Sichtbarkeit der Indigenen ist ein identitätspolitischer Ansatz hilfreich, der Identität nicht als »Wesen«, sondern als »Positionalisierung« begreift.« Olaf Kaltmeier: Das Land neu gründen. S. 339. Siehe auch: Dieter Goetze: Gemeinschaftsbegriffe in der Soziologie und Sozialanthropologie. In: Reinhart Kößler / Dieter Neubert / Achim von Oppen (Hrsg.): Gemeinschaften in einer entgrenzten Welt. Berlin, 1999. S. 16f. Im mexikanischen Diskurs gibt es aufschlußreiche Texte hierzu: Vgl. Mercedes Olivera Bustamente: Construcción, cambio y resignificación de las identidades étnicas y genéricas en Chiapas. S. 12; Aida Rosalva Castillo Hernández: La otra frontera: identidades múltiples en el Chiapas postcolonial. México D.F. 2002 S. 303; José Alejos García: El otro y yo. Identidad ladina en Tumbalá, Chiapas. In: Anuario 1994 (CIESAS). Tuxtla Gutiérrez 1995. S. 132.

37 Ausgangspunkt für seine Untersuchungen sind u.a. die von mir am Anfang des Textes zitierten statistischen Daten.

38 Xavier Albó / Víctor Quispe: Quiénes son indígenas en los gobiernos municipales. S. 142.

39 Xavier Albó: Interculturalidad y formación política para América Latina. S. 6. URL: <http://www.uca.edu.sv/publica/cidai/INTERCULTURALIDAD-Xavier-Albo.pdf> (Abruf 13.03.2010).

»Die kollektive Identität ist nichts Festes oder Natürliches, sondern eine Konstruktion mit politischem und sozialem Charakter.«<sup>40</sup>

Albó kritisiert die in seinen Augen zu kurz greifenden Kulturdefinition von Ökonomen und Politologen, welche Kultur als a) Beziehung zur Natur, b) Summe der sozialen Beziehungen und c) Fundus an symbolischen und imaginären Zusammenhängen, die eine Gruppe unterhält, definieren. Auch die Produktion, die Ökonomie und die Politik sind seiner Meinung nach kulturell bestimmt. Daneben spricht er sich ausdrücklich für das Hinzufügen von zwei weiteren Definitionsebenen aus: Zum einen müssen auch die kulturellen Elemente und Techniken analysiert werden, durch die sich Personen mit einer Gruppe identifizieren oder sich von einer anderen abheben bzw. unterscheiden. Zum anderen findet man bei der Betrachtung verschiedener kultureller Gruppen immer häufiger gemeinsame Elemente und muss deshalb auch die Beziehungen zwischen den Kulturen betrachten, durch welche Austauschprozesse angestoßen werden. Diese beiden Gesichtspunkte schaffen nach Albó die Grundlage für die Interkulturalität.<sup>41</sup>

Interkulturalität bezeichnet in einer stark vereinfachten Form zunächst einmal die Beziehungen zwischen verschiedenen Gruppen, welche sich durch klare Grenzen definieren lassen. Haas sieht im westeuropäischen Diskurs starke Parallelen zwischen der Interkulturalitätsforschung und der Nationalcharakterforschung, welche essentialistisch geprägt ist.<sup>42</sup> Die Beziehungen zwischen den verschiedenen Gruppen werden hier nicht in Begriffen der Dominanz und Unterordnung beschrieben. Die Beziehung zwischen verschiedenen kulturellen Gruppen muß jedoch immer auch die Machtverhältnisse zwischen den Gruppen im Blick haben. Albó führt deswegen eine bipolare Unterscheidung zwischen den möglichen positiven und negativen Effekten der Interkulturalität ein. Negativ sei sie, wenn sich eine Kultur gegenüber einer anderen durchsetze und somit zur Minderung, zum Verschwinden oder Absorbieren kultureller Elemente beitrage. Diese Effekte seien in vielen Situationen des Kolonialismus und der Konquista beobachtbar. Positive Effekte der Interkulturalität seien hingegen der gegenseitige Respekt und der Austausch zwischen den Gruppen, welcher zur beiderseitigen Bereicherung führe, ohne dass dabei die verschiedenen kollektiven Identitäten verloren gingen.

40 Catherine Walsh: (De-)Construir la interculturalidad. S. 21. URL: [http://www.aulaintercultural.org/article.php3?id\\_article=51](http://www.aulaintercultural.org/article.php3?id_article=51) (Abruf 13.01.2010).

41 Vgl.: Xavier Albó: Interculturalidad y formación política para América Latina. S. 3.

42 Vgl.: Helene Haas: Das interkulturelle Paradigma. Passau 2009.

In diesem Zusammenhang äußert Rivera Cusicanqui Kritik an Canclinis Konzept der Hybridität.<sup>43</sup> Der Begriff der Hybridität sei ein Begriff, der aus der Genetik stamme und die Vermischung zweier verschiedener Entitäten bezeichne, aus der eine dritte Entität hervorgehe, die sich durch komplett neue Eigenschaften auszeichne. Als Beispiel führt sie das Maultier als eine hybride Spezies an, die steril wäre. Stattdessen spricht sie sich für die Idee des *chhixi* der Aymara aus, wonach etwas in der Logik des inkludierten Dritten (*tercero incluido*) ist und zugleich nicht ist.

»Der Begriff *chhixi* entspricht im Gegensatz dazu [zum Konzept der Hybridität – Anm. d. Verf.] dem Konzept Zavaletas von der ›vielfarbigen Gesellschaft‹ und setzt auf Koexistenz von verschiedenen, parallelen, multiplen Kulturen, ohne dass diese dabei verschmelzen, sondern sich gegenüberstehen und komplementieren. Jede von ihnen reproduziert sich auf ihre eigene Weise aus der Tiefe ihrer Geschichte und sie stehen in einer Beziehung, die durch Auseinandersetzung gekennzeichnet ist.«<sup>44</sup>

Die Interkulturalität habe die Etablierung von gleichberechtigten Beziehungen zwischen verschiedenen kulturellen Gruppen zum Ziel, durch die jede Seite ihre eigenen kulturellen Schätze erweitern und sich zudem in der Ausübung friedlicher Beziehungen zu anderen Gruppen üben könne. In der Theorie sind sich fast alle Autoren einig, dass der Begriff der Interkulturalität für Gleichberechtigung und ein Miteinander steht. Folgende Fragen werden aber von der Interkulturalitätsforschung übersehen bzw. unzureichend thematisiert.

Erstens: Kann durch Interkulturalität eine Schnittmenge gemeinsamer kultureller Elemente ausgebildet werden?

Zweitens: Wie sehen die prinzipiellen Unterschiede der Interkulturalität im nationalen bzw. globalen Maßstab aus?

Drittens: Lässt sich die Interkulturalität auch auf innere Aushandlungsprozesse übertragen (sowohl innerhalb der Gruppe als auch im Individuum)?

Im Folgenden soll der Versuch unternommen werden, auf diese Fragen unter Bezugnahme auf die im lateinamerikanischen Raum in den vergangenen Jahren publizierte Literatur einzugehen.

Die erste Frage spiegelt die ambivalente Haltung gegenüber Austausch und Fusion wieder. Die Etablierung von gleichberechtigtem Austausch (positive Interkulturalität im Sinne Albós) sagt nichts über die Konsensbildung

43 Vgl.: Silvia Rivera Cusicanqui: Chhixinakax utxiwa. Una reflexión sobre prácticas y discursos des colonizadores. In: Mario Yapu et.al. (Hrsg.): Publicación Memoria Seminario Internacional: Modernidad y pensamiento descolonizador. La Paz 2006, S. 11.

44 Ebenda.

im Bezug auf globale Fragestellungen wie z. B. normative Werteuniversen als Grundlage eines globalen Gesellschaftsvertrages, umwelt- und handelspolitische Problemkomplexe etc. aus. Es scheint, dass diese Betrachtung von Interkulturalität in erster Linie auf die Gleichberechtigung und Autonomie der beteiligten Gruppen abzielt und zwar in einer Art und Weise, welche mehr die Eigenständigkeit als die Gemeinsamkeit im Auge hat. Dies ist der kolonialen Vergangenheit der kulturellen Beziehungen geschuldet, die durch asymmetrische Machtbeziehungen gekennzeichnet waren. Demnach kann man für die Interkulturalitätsforschung eine politische Konnotation konstatieren, welche zunächst einmal Abstand von einem globalen Identitätsrahmen nimmt und vielmehr die kulturelle Autonomie von jahrhundertlang unterdrückten Gruppen propagiert.

Kaum einer der Autoren nimmt explizit Bezug auf die Trennung zwischen globalen und nationalen Rahmungen von Interkulturalitätsfragen (siehe zweite Frage). Oftmals wird zwischen verschiedenen Zeitlinien und territorialen Abgrenzungen und Rahmungen hin- und hergesprungen. Im Zusammenhang mit (post-)kolonialen Fragestellungen hat man immer auch die globale Dimension mit einzubeziehen. Fragen der Nationalstaatenbildung und die Verfassungsänderungen in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern während der letzten Jahre, durch die sich diese ausdrücklich als plurikulturell definieren, stellen die politische Praxis der verschiedenen Nationalstaaten vor gegenständliche Herausforderungen und sind weniger im globalen Kontext zu verorten. Die beiden Themenkomplexe »globale Rahmung« und »nationale Rahmung von Interkulturalitätsfragen« werden selten trennscharf voneinander abgegrenzt und untersucht. Viele Autoren nehmen in ihren Ausführungen Bezug auf die Konzepte der Multi- und Plurikulturalität, die auch im deutschen Kontext eine Rolle spielen. Diese beiden Konzepte erkennen laut Aussagen vieler Interkulturalitätsverfechter<sup>45</sup> zwar kulturelle Differenz an und räumen somit Kulturen das Recht auf eine Ausübung ihrer kulturellen Identität – und den damit in Zusammenhang stehenden kulturellen Praktiken – ein, sehen aber qualitative Unterschiede zwischen den Kulturen. Der Begriff der Multikulturalität<sup>46</sup> bezieht sich auf nationale Räume; der Begriff der Plurikulturalität wird hingegen sowohl in nationalen als auch internationalen Kontexten gebraucht.

45 Vgl. stellvertretend dafür Albó, Walsh und GPI.

46 Siehe zu diesem Konzept die Schriften von Kymlicka: Will Kymlicka: Culturally Responsive Policies. Human Development Report Office. Background paper for HDR 2004. URL: [http://hdr.undp.org/docs/publications/background\\_papers/2004/HDR2004\\_Will\\_Kymlicka.pdf](http://hdr.undp.org/docs/publications/background_papers/2004/HDR2004_Will_Kymlicka.pdf) (Abruf 13.03.2010); derselbe: La política vernácula. Nacionalismo, multiculturalismo y ciudadanía. Barcelona 2003.

Im Fall der Multikulturalität sind die auf dem nationalen Niveau ausgehandelte Verfassung und die historisch gewachsene Nationalkultur mit ihren Symbolen und normativen Bezugspunkten maßgebend. Es gibt demnach eine verbindliche öffentliche Kultur und daneben kulturelle Minderheiten, die bis zu einem gewissen Grad ihre kulturelle Autonomie besitzen. Das bedeutet zum Beispiel, dass im Falle des Aufeinanderprallens von Gesetz und kultureller Praktik dem Gesetz Vorrang zu geben ist.

Das erste Problem bei der näheren Betrachtung des Konzepts der Multikulturalität zeigt sich bei der Konzeptualisierung von Kollektiven im Rahmen von Nationalstaaten. Quechuas findet man nicht nur in Bolivien, sondern auch in Peru. Das zweite Problem besteht darin, dass in diesem Konzept klare Machtbeziehungen zwischen den verschiedenen kulturellen Gruppen festgeschrieben sind. Im Multikulturalismus gibt es immer eine dominierende nationale Kultur und daneben kulturelle Minoritäten, welche toleriert werden. Zum dritten wird im Konzept der Multikulturalität nicht auf die koloniale Vergangenheit Bezug genommen und man ist deshalb blind für die aktuellen (neo-)kolonialen Machtbeziehungen. Nicht zuletzt steht im Zusammenhang mit der Multikulturalität auch immer ein Modernisierungsaspekt. In vielen lateinamerikanischen Ländern galten die kulturellen Minderheiten lange als Bremsen der Modernisierung. Demnach erkennt man die Existenz kultureller Gruppen zwar an, hofft jedoch auf deren Auflösung zu Gunsten einer modernisierungszugewandten, nationalen Identität.

Der Begriff der Plurikulturalität ist unabhängiger von nationalen Diskurswelten zu sehen. Aber auch hier wird bestimmten Kulturen zwar ein Recht auf Existenz eingeräumt, doch behandelt man sie eher als eine vom Aussterben bedrohte Art, welche man im Interesse des Menschheitserbes vor dem Untergang retten müsse. Wirkliches Interesse an ihnen im Sinne eines Austausches zeigt man indes nicht. Kulturen werden in diesem Zusammenhang nach Hochkulturen und traditionellen oder – wie man früher zu sagen pflegte – primitiven Kulturen klassifiziert. Diese traditionellen Kulturen dienen als Schauplätze von Abenteuerfilmen und als Nährstoff für allerlei Mythen und romantische Vorstellungen vom »glücklichen Wilden«. In diesem Zusammenhang sei auch auf die aktuellen Diversitätsdiskurse hingewiesen, welche in Deutschland stattfinden. Hier werden in einem Wort (Diversität) biologische und kulturelle Vielfalt zusammengefasst. Die Andersartigkeit wird zwar begrüßt und der »Artenerhalt« angestrebt, einer wirklichen Auseinandersetzung aber kein Platz eingeräumt.

»Die Interkulturalität ist nicht nur das bloße ›Nebeneinander‹, sondern das Akzeptieren der Vielfalt des ›Seins‹ in seinen Bedürfnissen, Meinungen, Wünschen, Kenntnissen (Wissen), Perspektiven etc.«<sup>47</sup>

Eine weitere Sphäre, welche oft in wissenschaftlichen Texten angesprochen wird, ist die Anwendung des Konzepts der Interkulturalität in der Wissenschaft selbst. Die kulturelle Identität steht zweifelsohne in Verbindung mit der spirituellen Erschließung der Welt. Ein Mitarbeiter einer deutschen NGO, der mehr als zehn Jahre in Bolivien lebte, sagte mir einmal, dass bei den Bolivianern alles irgendwie religiös sei. Spirituelle Dimensionen haben in der Wissenschaft keinen Platz. Das Wissen über die Welt würden die Quechua nie als Wissenschaft bezeichnen. Zu Recht, würden westliche Wissenschaftler sagen, denn sie besitzen keine Methoden zur Überprüfung ihres Wissens.<sup>48</sup> Die Pfadabhängigkeit von Diskursen über Kulturen wird zunehmend von lateinamerikanischen Intellektuellen kritisiert. Texte über Bolivien sind durch westliche Diskurse geprägt. Man denke in Foucault, Bourdieu oder Touraine.

»Die bolivianischen Eliten sind eine Karikatur des Westens. Damit meine ich nicht nur die politische Klasse oder die staatliche Bürokratie, sondern ebenso die Intellektuellen, welche postmoderne bis postkoloniale Haltungen übernehmen, und die US-amerikanischen Universitäten und ihre Anhänger, welche pyramidale Strukturen von Macht und symbolischem Kapital errichten.«<sup>49</sup>

Hier werden unmittelbar Parallelen zu Said und Spivak erkennbar. In ihrem Text geht Rivera Cusicanqui direkt auf die beiden schon zuvor genannten Autoren Mignolo und Walsh (Schülerin Mignolos) ein, grenzt sich von ihnen ab und wirft ihnen vor, Ideen, welche ursprünglich aus dem »Süden« kamen, modifiziert zu haben und nun als neue Ideen an den Süden wieder zurück zu verkaufen.<sup>50</sup> So kritisiert sie z. B., dass das von Pablo Gonzáles Casanova 1969 entwickelte Konzept des inneren Kolonialismus (*colonialismo interno*) von Quijano im Konzept des Kolonialismus des Wissens aufgenommen wurde und heute als Referenzpunkt dient. Von Gonzáles Casanovas Konzept sei jedoch keine Rede mehr. Von Mignolo wurde das Konzept der Geopolitik des Wissens entworfen, das die Diffundierung von Ideen von ressourcenstarken

47 Catherine Walsh: Las geopolíticas del conocimiento y colonialidad del poder (Entrevista a Walter Mignolo). URL: <http://www.oei.es/salactsi/walsh.htm> (Abruf 11.03.2010).

48 Die Debatte zum lokalen Wissen (local knowledge, conocimiento local) wird seit Jahrzehnten geführt. Hierbei werden wissenschaftstheoretische Programme, welche aus der Erkenntnistheorie abgeleitet werden, den Wissenswelten traditioneller Kulturen gegenübergestellt. Siehe hierzu u.a. Clifford Geertz: *Conocimiento local*. Barcelona 1994 (1983).

49 Silvia Rivera Cusicanqui: *Chhixinakax utxiwa*. S. 5.

50 Vgl.: Ebenda. S. 10.

Zentren aus thematisiert. Rivera wirft ihm nun genau diesen Umstand vor. So werden durch US-amerikanische Wissenschaftler und deren Ressourcen neue akademische Kanons angestoßen. Dies passiert direkt – so Rivera – durch die Ressourcen (Stipendien, Einladungen zu Vorträgen und Kongressen etc.), welche den nordamerikanischen Universitäten zur Verfügung stehen.<sup>51</sup> Mignolo und Walsh würden die neokolonialen Machtbeziehungen theoretisieren und deshalb keinen Blick für den inneren Kampf kolonisierter Individuen haben.<sup>52</sup> Neokolonialismus sei weniger ein theoretisches Konzept, sondern vielmehr alltägliche Realität.

»Für die indigenen Bewegungen ist die Interkulturalität ein Schlüsselbegriff, um die kolonialen Differenzen zu interpretieren und zu transformieren; dies vollzieht sich ebenso in sozialen und politischen Belangen wie auch jüngst in akademischen...«<sup>53</sup>

Walsh und Mignolo scheinen sich dieser Dimension durchaus bewusst zu sein. An dem Umstand, dass es bestimmte Gravitationszentren des Wissens gibt, werden ihre Einsichten aber so schnell nichts ändern.<sup>54</sup> Der Interkulturalitätsbegriff ist auf keinen Fall nur ein theoretisches Konzept, sondern im lateinamerikanischen Kontext ein politischer Begriff, ja eine Forderung nach Neugestaltung der Beziehungsstrukturen zwischen verschiedenen Gruppen nach Anerkennung von verschiedenen Lebensformen und Wissensbeständen geworden.

Wofür viele Wissenschaftler blind zu sein scheinen, ist der Umstand, dass die Interkulturalitätsdebatten in den letzten Jahren auch deshalb so massiv betrieben werden, weil aufgrund des technischen Fortschritts, der infrastrukturellen Erschließung, der wachsenden Bildung und Etablierung von Migrationswegen etc. die so genannte Globalisierung zunehmend Einzug in die abgelegensten Winkel der Erde hält. Die Agenten des Wandels sind nicht Neoliberale, Kapitalisten, Gringos oder sonst wer, sondern die Menschen in den Regionen selbst. Besonders von den technischen Errungenschaften der modernen Welt wollen die Menschen auch ein Stück genießen.<sup>55</sup> Wer diese Menschen als Opfer von Massenmedien und Neoliberalismus darstellt,

51 Siehe hierzu auch: Tanja Ernst: Postkoloniale Theorie und politische Praxis.

52 Vgl.: Silvia Rivera Cusicanqui: *Chhixinakax utxiwa*. S. 9.

53 Catherine Walsh: (De-)Construir la interculturalidad.

54 Indes dürften diese Zentren nicht nur für den lateinamerikanischen, sondern auch für den nordamerikanischen Raum keine unwesentliche Rolle bei der Bestimmung von aktuellen Diskurswegen spielen.

55 Vgl.: H. C. F. Mansilla: Los procesos de globalización en el área andina. Los fenómenos de interculturalidad y la influencia normativa de la modernidad. *Derecho penal y pluralidad cultural*. Anuario de Derecho Penal 2006. S. 326. URL: [http://www.unifr.ch/ddp1/derecho-penal/anuario/an\\_2006\\_17.pdf](http://www.unifr.ch/ddp1/derecho-penal/anuario/an_2006_17.pdf) (Abruf 11.03.2010).

begeht den gleichen Fehler wie viele Linke in Westeuropa: Er spricht den Menschen ihre Mündigkeit ab. Im Falle Lateinamerikas würde dies bedeuten, die dort lebenden Menschen einmal mehr als Objekte statt als Subjekte darzustellen bzw. wahrzunehmen.

Durch die Etablierung neuer Techniken und Wissensbestände (Beispiel: Migration) werden in vielen kulturellen Gruppen innerweltliche (innerkulturelle) Aushandlungsprozesse angestoßen (dritte Frage), die sich sowohl als Antwort auf die Herausforderungen einer kulturellen Integration in die globale Welt als auch auf das Aufkommen neuer sozialer Praktiken in den Lebenswelten verstehen lassen. In diesem Zusammenhang wird Interkulturalität auch zu einem Phänomen, welches sich nicht nur zwischen verschiedenen Gruppen abspielt, sondern zunehmend die kulturelle Gruppe selbst, aber auch das Individuum als Schauplatz hat.

»... verglichen mit den früheren Generationen hat die aktuelle Jugend und insbesondere die indigenen Ursprungs die beste Schulbildung genossen, die mit Abstand höchste Rate an Universitätsabsolventen, die Spanisch spricht – teilweise sogar als einzige Sprache –, die einen überdurchschnittlichen hohen Anteil an Städtlern verfügt und sich den modernen Normen und Orientierungen des Individualismus und Konsumismus verschreibt.«<sup>56</sup>

In diesem Sinne kann man sagen, dass viele indigene Kulturen durchaus interkulturelle Prozesse durchlaufen, durch die sie neue kollektive normative Grundlagen definieren und ihre Position gegenüber generalisierten Anderen im nationalen und internationalen Kontext bestimmen. Für viele indigene Kulturen sind diese interkulturellen Lernprozesse notwendige Schritte, um die sozialen Praktiken der bestimmenden Diskurswelten zu erlernen und um somit diskursfähig zu werden. In diesem Sinne kann man die indigene Kultur wie Gómez Martínez als interkulturelle Realität sehen. Diese Perspektive wurde auch durch die ethnographischen Daten in den vorherigen Abschnitten aufgezeigt, in denen deutlich wurde, dass innere<sup>57</sup> Konflikte eher die Lebensrealitäten von Menschen bestimmten als die Auseinandersetzung mit anderen sozialen Welten/ Kulturen. Die Daten haben auch offenbart, dass die Rahmen, in denen interkulturelle Interaktionsprozesse stattfinden, nicht nur politische Szenarien sind, sondern auch die direkten Interaktionsbeziehungen zwischen Personen, welche unterschiedliche biographische Ursprünge haben, sein können. Die Mikrostrukturen interkultureller Austauschbezie-

---

<sup>56</sup> Ebenda. S. 327.

<sup>57</sup> Innerhalb einer Gruppe, welche sich eine kulturelle Identität zuschreibt oder der eine zugeschrieben wird.

lungen und – komplementär – integrierende Identitätsmodelle<sup>58</sup> sind bis dato kaum erforscht worden.<sup>59</sup>

### *Interkulturelle Akteure*

Im Jahr 2008 ist das Werk »Gestión Pública Intercultural (GPI)«<sup>60</sup> veröffentlicht worden, welches sich dieser Thematik annähert und versucht, Ansätze für die Umsetzung der Interkulturalität auf der Mikroebene zu geben. Den in den Gemeinden bereits existierenden Räumen wie z. B. *asamblea* (Versammlung) und *cabildo* (traditionelle Form des Gemeinderates) hat man sich zu nähern und hier neue Akteure zu etablieren, so dass zwischen den verschiedenen Kräften der Zivilgesellschaft und den Gemeinden ein dauerhafter Austausch stattfinden kann, so der Vorschlag des GPI. Des Weiteren können Feiern, Märkte und andere Zusammenkünfte dazu genutzt werden, neue Akteure zu etablieren bzw. Prozesse des Austauschs zu schaffen.<sup>61</sup> Leider werden in diesem Werk die neuen Wohngebiete in verschiedenen Städten, deren Bevölkerung sich oftmals aus Migranten mit dem gleichen biographischen Ursprung zusammensetzt, nicht thematisiert. Allzu stark liegt der Fokus auf den ländlichen Gebieten.

Ein immenses Problem liegt in der Befähigung von Sprechern und Repräsentanten verschiedener kultureller Gruppen. Im bolivianischen Kontext spricht man von *liderazgo*. Es gibt kaum Personen, welche die notwendigen politischen Techniken handhaben bzw. die angemessenen sozialen Praktiken beherrschen, um in politischen Räumen handlungsfähig zu sein. Die Rede ist hier von der Art und Weise des Redens, Überzeugens und Argumentierens, wie sie für politische Szenarien typisch sind. Seit einigen Jahren gibt es die Universidad Indígena Intercultural (UII), die in ganz Lateinamerika versucht, Indígenas mittels neuer Medien (beispielsweise e-learning) auf die Übernahme von repräsentativen Rollen vorzubereiten, den Austausch unter verschiedenen ethnischen Gruppen anzuregen und die Artikulation gemeinsamer In-

58 Bezeichnet biographische Selbstkonzeptionen, nach denen sich Personen verschiedenen kulturellen Gruppen zugehörig fühlen bzw. neue Identitätskonzepte erstellen, welche Elemente verschiedener Kulturen zusammenbringen.

59 Untersuchungen hierzu werden im Text »Ethnographie und Biographieanalyse entwicklungspolitischer Organisationen in Lateinamerika und Europa« (Michalsky) publiziert. Vgl. Ministerio de la presidencia; Gestión Pública Intercultural (GPI).

60 Dt.: »Die öffentliche interkulturelle Amtsführung«. Die Publikation wurde von der GTZ und deren spanischem Äquivalent (AECID) gefördert. Vgl. Ministerio de la presidencia: Gestión Pública Intercultural (GPI).

61 Vgl.: Ebenda. S. 90ff.

teressen und Standpunkt zu fördern. Doch auch hier besteht die Gefahr – so ein Mitarbeiter der UII, dass man Köpfe ohne Körper erhalte. Das will sagen, dass die Repräsentanten mitunter nicht für die Gruppe sprechen bzw. ihnen der Rückhalt aus der Gruppe fehlt. Die in Konferenzen und Versammlungen vorgetragenen Meinungen von ernannten Repräsentanten spiegeln nur begrenzt die Ansichten indigener Personengruppen und deren Lebensrealität wieder. Autorisiert sind sie jedoch von diesem »Körper«, weil man sich in erster Linie eine Verbesserung der Lebensumstände erhofft. Ethnisierung ist somit zu einem Teil auch eine Politisierung von Lebensnöten bzw. Interessen. Die Menschen schließen sich aufgrund ihrer scheinbar ausweglosen Lage den vielversprechendsten Kräften an. Deshalb haben viele Indígenas Evo Morales gewählt und deswegen werden sie sich auch irgendwann gegen ihn entscheiden, sollte sich eine bessere Alternative bieten. Indigene Gruppen bzw. alle lateinamerikanischen Gesellschaften haben die Vorteile und Chancen politischer und sozialer Organisation erkannt und probieren sich hierin aus. In vielerlei Hinsicht scheint das *demos* in Lateinamerika mehr Einfluss zu nehmen als in Europa.

»Laut dem Bericht von NACLA (2006) über ländliche (soziale) Bewegungen, besitzen diese Bewegungen eine zentrale Position in den nationalen, politischen Debatten.«<sup>62</sup>

NGOs und Neue Soziale Bewegungen dienen nicht nur der Artikulation politischer Interessen, sie sind v.a. auch Anlaufpunkte für engagierte Menschen und bilden den Rahmen für kollektive Aushandlungs- und individuelle Lernprozesse, welche die Grundlage für interkulturelle Interaktionsformen bilden.

### Fazit

Was mir Jahre früher schon in Chiapas (Mexiko) auffiel, bestätigt sich in Bolivien: Wir erleben die erste Generation von indigenen Personen, die über eine umfassende Schulausbildung verfügt bzw. in der ein außerordentlich großer Anteil eine überdurchschnittliche Ausbildung hat und somit Zugang zu Diskursen, Räumen, Ressourcen und Information besitzt.<sup>63</sup> Auf der an-

62 Norma Giarracca: América Latina. Nuevas ruralidades, viejas y nuevas acciones colectivas. In: Ruralidades latinoamericanas. Identidades y luchas sociales. Buenos Aires 2004. S. 23.

63 »Zentrale Akteure der Mobilisierungsprozesse seit den 1970ern waren junge Indigene, die die modernen Bildungsinstanzen durchlaufen hatten, und die somit die Codes der mestizisch-westlichen Gesellschaft ebenso beherrschten wie die indigenen Alltagskulturen in den Dorfgemeinschaften (comunidades).« Olaf Kaltmeier: Das Land neu gründen. S. 351.

deren Seite ist diese junge Generation überaus motiviert und zeigt ein reges Interesse an politischen, kulturellen und sozialen Fragestellungen.<sup>64</sup> Das Wissen um soziale Techniken öffnet die Türen zu nationalen und internationalen Räumen, in denen sich überhaupt erst interkulturelle Prozesse vollziehen lassen. Entwicklungspolitische Organisationen etablieren eben diese Techniken durch spezielle Ausbildungsangebote. Die sozialen Beziehungen zwischen Projektmitarbeitern und Zielgruppe bieten die Grundlage für die Durchführung von Vorhaben, da sie zur Vertrauensbildung und Entstehung von sozialer Reziprozität beitragen. Daneben führen sie zur Implementierung neuer kollektiver und individueller Orientierungen. Dennoch hat Bolivien noch einen weiten Weg zu absolvieren, bis es dem Selbstanspruch einer plurikulturellen Gesellschaft gerecht werden kann.

Die Kategorien »wir« und »die Anderen« sind im Falle Boliviens stark kontextgebunden. Nicht nur in der Gesellschaft gibt es aufgrund von Herkunft und Wohnort starke Differenzen, sondern auch in vielen Gemeinden. Unter anderem zwischen den Geschlechtern und den Generationen findet man Meinungsverschiedenheiten, welche zu politischer und sozialer Organisation sowie Konfrontation führen. Dabei geht es neben territorialen Konflikten immer mehr um den politischen und kulturellen Raum, den verschiedene Gruppen für sich beanspruchen.

Daneben provoziert die Vielfalt an Lebensmodellen und -wegen, welche durch die Etablierung neuer sozialer Praktiken und die infrastrukturelle Anbindung an die globale Welt entstanden ist, eine enorme gesellschaftsinterne Dynamik, in welcher jeder nach individueller Identität und Anbindung an kollektive/ kulturelle Identitäten sucht. Die oftmals in Europa vertretende Meinung eines starken Zusammenhalts unter den Ärmsten (Indígenas, Lateinamerikaner etc.), der zu einer kollektiven Identität beiträgt, bestätigt sich nicht. Politische Institutionalisierung, Mehr-Ebenen-Demokratie und zunehmende Individualisierung sowie neue Identitätsmuster scheinen die gesellschaftlichen Antworten auf die enormen Wandlungsprozesse in Bolivien zu sein. Die Anderen werden mehr und sie werden es auch in einem selbst.

---

64 Vgl. Mario Yapu: Jóvenes aymaras, sus movimientos. Demandas y políticas públicas. La Paz 2008.

*Literatur*

- Albó, Xavier / Quispe, Víctor: Quiénes son indígenas en los gobiernos municipales. La Paz 2004.
- Albó, Xavier: Interculturalidad y formación política para América Latina, <http://www.uca.edu.sv/publica/cidai/INTERCULTURALIDAD-Xavier-Albo.pdf> (Abruf 13.03.2010)
- Albro, Robert: The indigenous in the plural in Bolivian oppositional politics. In: Bulletin of Latin American Research (24), 2005. S. 433-454.
- Alejos García, José: El otro y yo. Identidad ladina en Tumbalá, Chiapas. In: Anuario 1994 (CIESAS). Tuxtla Gutiérrez 1995. S. 132-145.
- Antezana, Fernando / Crespo, Carlos: Racismo y transparencia en la gestión municipal campesina. Los casos de Tiquipaya y Bolívar. In: Fuente, Manuel de la (Hg.): Descentralización. Derechos humanos y ciudadanía. La Paz 2010. S. 143-224.
- Bustamente, Mercedes Olivera: Construcción, cambio y resignificación de las identidades étnicas y genéricas en Chiapas. In: Dieselbe (Hg.): Identidades indígenas y genero (Proyecto de investigación CONACYT UNACH: construcción y cambio de las identidades étnicas y genéricas de las indígenas de Chiapas). San Cristóbal de las Casas 2000. S. 12-24.
- Canessa, Andrew: Who is Indigenous? Self-Identification, Indigeneity, and Claims to Justice in Contemporary Bolivia. In: Urban Anthropology. 36 (2007) 3. S. 195-237.
- Castillo Hernández, Aida Rosalva: La otra frontera: identidades múltiples en el Chiapas postcolonial. México D.F. 2002.
- Castro Gómez, Santiago / Grosfoguel, Ramón: Prólogo: Giro decolonial, teoría crítica y pensamiento heterárquico. In: El giro decolonial. Reflexiones para una diversidad epistémica mas allá del capitalismo global. Bogotá 2007. S. 9-23.
- Cunningham Kain, Mirna: Indigenous Education, Interculturality and Self Determined Development. Bilwi (Puerto Cabezas) 2009.
- Eckert, Andreas; Spätkoloniale Herrschaft. Dekolonialisierung und internationale Ordnung (Einführende Bemerkungen). In: Kruke, Anja (Hrsg.): Dekolonialisierung, Prozesse und Verflechtungen 1945-1990. Bonn 2009. S. 3-20.
- Ernst, Tanja: Postkoloniale Theorie und politische Praxis: Die Dekolonialisierung Boliviens. In: PROKLA. 40 (März 2010) 1. S. 49-66.

- Estermann, Josef: Si el sur fuera el norte. Chakanas interculturales entre Andes y Occidente. La Paz 2008.
- Fabricant, Nicole: Between the Romance of Collectivism and the Reality of Individualism: Ayllu Rhetoric in Bolivia's Landless Peasant Movement. In: Latin American Perspectives 37 (July 2010) 4. S. 88-107.
- Fondo Indígena: Pueblos Indígenas y Ciudadanía. Los Indígenas Urbanos. La Paz 2007.
- Geertz, Clifford: Conocimiento local. Barcelona 1994 (1983).
- Giarracca, Norma: América Latina. Nuevas ruralidades, viejas y nuevas acciones colectivas. In: Ruralidades latinoamericanas. Identidades y luchas sociales, Buenos Aires 2004. S.13-42.
- Goetze, Dieter: Gemeinschaftsbegriffe in der Soziologie und Sozialanthropologie. In: Kößler, Reinhart / Neubert, Dieter / von Oppen, Achim (Hrsg.): Gemeinschaften in einer entgrenzten Welt. Berlin 1999. S. 13-34.
- Gómez Martínez, José Luís: La cultura »indígena« como realidad intercultural. URL: <http://www.ensayistas.org/critica/teoria/gomez/gomez2d.htm> (Abruf 13.01.2010).
- González Casanova, Pablo: Sociología de la explotación. Mexiko 1969.
- Haas, Helene: Das interkulturelle Paradigma. Passau 2009.
- Hoffmann-Riem, Christa: Die Sozialforschung einer interpretativen Soziologie. Der Datengewinn. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 32. Jg. (1980). S. 339-372.
- Laruta, Carlos Hugo: Interculturalidad y desarrollo. Reflexiones a partir del hoy. El Alto 2005.
- Kaltmeier, Olaf: Das Land neu gründen. Gesellschaftliche Kontexte, politische Kulturen und indigene Bewegungen in Südamerika. In: Ismar, Georg / Mittag, Jürgen (Hrsg.): El pueblo unido? Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas. Münster 2009. S. 339-363.
- Kymlicka, Will: Human Development Report Office (Background paper for HDR 2004 - Culturally Responsive Policies). URL: [http://hdr.undp.org/docs/publications/background\\_papers/2004/HDR2004\\_Will\\_Kymlicka.pdf](http://hdr.undp.org/docs/publications/background_papers/2004/HDR2004_Will_Kymlicka.pdf) (Abruf 13.03.2010).
- Kymlicka Will: La política vernácula. Nacionalismo, multiculturalismo y ciudadanía. Barcelona 2003.

- Mansilla, Hugo Celso Felipe: Tradicionalismo y modernización en la cultura política iberoamericana. In: Francisco Colom González (Hrsg.): Modernidad iberoamericana (cultura, política y cambio social). Vervuert 2009. S. 411-438.
- Mansilla, Hugo Celso Felipe: Los procesos de globalización en el área andina. Los fenómenos de interculturalidad y la influencia normativa de la modernidad. Derecho penal y pluralidad cultural. Anuario de Derecho Penal 2006. URL: [http://www.unifr.ch/ddp1/derechopenal/anuario/an\\_2006\\_17.pdf](http://www.unifr.ch/ddp1/derechopenal/anuario/an_2006_17.pdf) (Abruf 11.03.2010).
- Maul, Daniel: Internationale Organisationen als historische Akteure. Die ILO und die Auflösung der europäischen Kolonialreiche 1940 – 1970. In: Kruke, Anja (Hrsg.): Dekolonisation, Prozesse und Verflechtungen 1945-1990. Bonn 2009. S. 21-52.
- Ministerio de la Presidencia: Gestión Pública Intercultural (GPI). La Paz 2008. URL: <http://www.forodac.org.bo/upload/699.pdf> (Abruf 13.01.2010).
- Osterhammel, Jürgen: Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen. München 2006.
- Pérez Enríquez, María Isabel: El impacto de las migraciones y expulsiones indígenas de Chiapas (San Pedro Chenalho y San Andrés Sacamch' en Larráinzar). Tuxtla Guitérrez 1998.
- Regalsky, Pablo: Etnicidad y clase. El Estado boliviano y las estrategias andinas de manejo de su espacio. La Paz 2007.
- Rivera Cusicanqui, Silvia: Chhixinakax utxiwa. Una reflexión sobre prácticas y discursos des colonizadores. In: Yapu, Mario et.al. (Hrsg.): Publicación Memoria Seminario Internacional: Modernidad y pensamiento descolonizador. La Paz 2006. S. 3-16.
- Rivera Cusicanqui, Silvia: Oprimidos pero no vencidos. Luchas del campesinado aymara y quechwa 1900-1980. La Paz 1984.
- Rodríguez-Carmona, Antonio: El proyectorado. Bolivia tras 20 años de ayuda externa. La Paz 2009.
- Said, Edward: Orientalism. Western Conceptions of the Orient. New York 1978.
- Schorr, Betina: Die mobilisierte Gesellschaft: Soziale Bewegungen in Bolivien. In: Ismar, Georg / Jürgen Mittag (Hrsg.): El pueblo unido? Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas. Münster 2009. S. 185-216.

Valenzuela Fernández, Rodrigo: Inequidad, ciudadanía y pueblos indígenas en Bolivia, Santiago de Chile, 2004. URL: [http://www.eclac.org/publicaciones/xml/2/27522/sps83\\_lcl2089.pdf](http://www.eclac.org/publicaciones/xml/2/27522/sps83_lcl2089.pdf) (Abruf 31.08.2010)

Vargas, Manuel: Historia de Bolivia. La Paz 2000.

Walsh, Catherine: (De-)Construir la interculturalidad. URL: [http://www.aulaintercultural.org/article.php3?id\\_article=51](http://www.aulaintercultural.org/article.php3?id_article=51) (Abruf 13.01.2010)

Walsh, Catherine: Las geopolíticas del conocimiento y colonialidad del poder (Entrevista a Walter Mignolo). URL: <http://www.oei.es/salactsi/walsh.htm> (Abruf 11.03.2010)

Yapu, Mario: Jóvenes aymaras, sus movimientos. Demandas y políticas públicas. La Paz 2008.

Zizek, Slavoj: Tu puedes. URL: [http://www.infoamerica.org/documentos\\_pdf/zizek02.pdf](http://www.infoamerica.org/documentos_pdf/zizek02.pdf) (Abruf 13.03.2010).



## **IV. Umwelt und internationale Beziehungen**



JORGE CHOQUEHUANCA  
CARLOS DE UGARTE

## ***Vivir bien* als neues Entwicklungsprinzip?** Die Umweltpolitik der Regierung Morales

### *1. Einleitung*

Bolivien befindet sich im Herzen Südamerikas und gehört zu den Ländern, die zugleich von beträchtlichem Reichtum an Rohstoffen und weit verbreiteter Armut geprägt sind. Seit Anfang des 21. Jahrhunderts erlebt das Land eine Vielzahl tiefgreifender Veränderungen in gesellschaftlicher wie auch umweltpolitischer Hinsicht. Im vorliegenden Artikel wird der Versuch unternommen, die umweltpolitischen Grundzüge des neuen Staatsmodells Boliviens zu erläutern. Dafür werden wir die jüngste Geschichte des Landes nachzeichnen und uns auf die politischen Umbrüche sowie die Nutzung und Ausbeutung der natürlichen Ressourcen konzentrieren, um die aktuellen Probleme und Perspektiven im Umweltschutz aufzuzeigen. Die bolivianische Umweltpolitik erschließt sich dabei im Kontext des neuen Staatsmodells, das in der Verfassung von 2007 verankert ist und sich am Konzept des »*Vivir bien*« (»Gut Leben« bzw. »Gut Zusammenleben«)<sup>1</sup> orientiert. Da sich Bolivien auf internationaler Ebene für die Anerkennung der Rechte der »Mutter Erde« (*Pachamama*) einsetzt, werden die Entwicklungen in Bolivien auch außerhalb des Landes mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Wir möchten daher mit unserem Artikel zum besseren Verständnis der bolivianischen Umweltpolitik beitragen.

---

1 Zum Konzept des »*Vivir bien*« siehe auch den entsprechenden Beitrag im Kleinen Bolivien-Lexikon im Anhang des Sammelbandes. »*Vivir bien*« wird hier mit »Gut Leben« übersetzt. Dieses Konzept hat unter dem Begriff des »*Buen Vivir*« auch Eingang in die Verfassung von Ecuador gefunden. Vgl. dazu: Alberto Acosta: Das »*Buen Vivir*«. Die Schaffung einer Utopie. In: Juridikum 4/2009. S. 219-223.

## 2. Eine notwendige historische Aufarbeitung

Bolivien zählt zu den 15 so genannten megadiversen Ländern mit der höchsten Biodiversität weltweit.<sup>2</sup> Durch seine Lage im Zentrum Südamerikas vereint es die wichtigsten Biome<sup>3</sup> des Kontinentes: im Westen die Andenregion mit Höhenlagen von 1000 bis 6000 Metern und im Osten die Amazonasregion, das Tiefland des Gran Chaco und das Feuchtgebiet des bolivianischen Pantanal. Darüber hinaus finden sich auf etwa 60 Prozent des bolivianischen Staatsgebietes quasi unberührte Naturlandschaften in gutem Konservierungszustand und auf einem Großteil dieser Fläche (insgesamt 22 Prozent des Staatsgebietes) wurden Naturschutzgebiete eingerichtet.<sup>4</sup> Diese natürlichen Gegebenheiten sind die wichtige Grundlage für Boliviens große Biodiversität.

Bolivien zählt 10 Millionen Einwohner. Der Westen des Landes ist zwar dichter besiedelt, aber das Bevölkerungswachstum war im letzten Jahrzehnt im Ostteil Boliviens größer.<sup>5</sup> Die bolivianische Gesellschaft ist von kultureller Vielfalt und den indigenen Völkern geprägt, die mit 60 Prozent die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Während in den Andenregionen vorwiegend Aymara und Quechua ansässig sind, ist das Tiefland von zahlreichen indigenen Ethnien bewohnt. Im Gegensatz zur kulturellen und biologischen Vielfalt ist im sozialen Bereich eine gewisse Einheitlichkeit feststellbar, denn 59 Prozent der Bevölkerung gelten als arm.<sup>6</sup> Ökonomisch betrachtet ist die Geschichte Boliviens in weiten Teilen von der Ausbeutung seiner nichterneuerbaren Rohstoffe und von sozialer Ausgrenzung geprägt. 1825 erlangte es die Unabhängigkeit von Spanien und stützte seine Wirtschaft während der folgenden 150 Jahre auf die Ausbeutung der Vorkommen an Silber, Zinn und anderen Mineralien, deren Lagerstätten sich vorwiegend im Hochland befinden.<sup>7</sup> 1952 setzte ein soziopolitischer revolutionärer Prozess ein, der einige Verbesserungen für die indigene und bäuerliche Bevölkerung mit sich brachte, wie etwa das Recht auf Boden und das allgemeine Wahlrecht. Trotzdem wurde die Konzentration des ökonomischen Wohlstandes in den Händen einer ge-

2 Vgl.: Pierre L. Ibisch et al. (eds.): Biodiversidad: la riqueza de Bolivia. Estado de conocimiento y conservación. Ministerio de Desarrollo Sostenible. Santa Cruz de la Sierra 2004.

3 Ein Biom ist ein Großlebensraum der Biosphäre, zur Abgrenzung werden die Pflanzenformationen herangezogen. In Bolivien sind 8 von den 18 weltweit unterschiedenen Biomen zu finden.

4 Vgl.: Pierre L. Ibisch et al. (eds.): Biodiversidad.

5 Vgl.: Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo (PNUD): Informe Nacional sobre Desarrollo Humano. La Paz 2008.

6 Ebenda.

7 Vgl. dazu Karte 2 im Anhang.

sellschaftlichen Minderheit nicht aufgehoben, sondern verschob sich nur auf eine andere kleine Bevölkerungsgruppe im bolivianischen Tiefland.

In den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts begann der Aufbau der industrialisierten Landwirtschaft in den tropischen Tieflandregionen und durch die enormen staatlichen Subventionen kam es zur Bildung einer Elite von Landbesitzern. Gleichzeitig setzte eine Binnenwanderung aus dem andinen Hochland in die Tieflandregionen ein, obwohl die Migranten auf keinerlei staatliche Unterstützung zählen konnten. In den achtziger Jahren wurde Bolivien von einer starken Wirtschaftskrise erfasst. Deren Auslöser waren der Preisverfall für Mineralerze, die weiterhin Boliviens Haupteinnahmequelle darstellten, und eine fatale Dürre in wichtigen Anbauregionen, die besonders die Nahrungsmittelversorgung in den ärmeren Landesteilen traf. Um die Krise zu überwinden, setzte die Regierung auf eine neoliberale Wirtschaftspolitik, basierend auf den Prinzipien des Freihandels und dem Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, der sich damit auf eine reine Kontrollfunktion zurückzog.

Diese Politik war zwar in der Lage, die Makroökonomie zu regeln, vermochte es aber nicht, die Armut der Bevölkerungsmehrheit zu beseitigen. Dadurch wurde eine Reihe von nachteiligen sozialen Phänomenen hervorgerufen, darunter das durch die Landflucht ausgelöste rasante Wachstum der Städte, der Ausbau des Kokaanbaus (der auch durch die steigenden Preise befördert wird) und die Ausweitung des informellen Arbeitsmarktes im Bereich des Kleinhandels und des Schmuggels. Nachdem die indigenen Völker des Tieflandes bereits in entlegene Regionen verdrängt wurden, sahen sie nun ihren Grund und Boden zusätzlich von der zunehmenden Binnenmigration aus dem Hochland bedroht. Aus diesem Grund veranstalteten sie 1990 den »Historischen Marsch für Territorium und Würde« und erreichten damit erstmalig eine Anerkennung der indigenen Territorialansprüche.

In dieser Zeit wurde die bolivianische Politik von der so genannten »paktierten Demokratie«<sup>8</sup> bestimmt, ein System von politischen Zugeständnissen zwischen wenigen alten Parteien, die die politische Macht auf sich vereinten und die gesellschaftliche Mehrheit der indigenen und armen Bevölkerung marginalisierten. Trotz der verschiedenen Versuche in den neunziger Jahren, einen Strukturwandel und eine vorsichtige Öffnung des politischen Systems herbeizuführen, krankten die Regierungen an ausufernder Korruption und gesellschaftlichem Vertrauensverlust. In diesen Jahren öffnete Bolivien die Ausbeutung seiner fossiler Rohstoffe und Waldgebiete dem Zugriff transnationaler Unternehmen, deren Profite nicht der Bevölkerungsmehrheit zu-

---

8 Siehe dazu den entsprechenden Beitrag im Kleinen Bolivien-Lexikon im Anhang.

gute kommen. Seit dem Jahrtausendwechsel wuchs die Unzufriedenheit der Bolivianer stetig an und rief mehrere politische Krisen hervor (2002, 2003, 2005), wodurch sich in einem Zeitraum von drei Jahren vier Präsidenten abwechselten.

Eine herausragende Rolle des sozialen Widerstandes gegen die neoliberale Politik nahmen die Organisationen der Kokabauern ein, die sich den Regierungsplänen zur Ausrottung der Kokapflanze, die in Bolivien als Kulturerbe gilt, entgegenstellten. Die Kokabauern wurden, geführt von Evo Morales, zu einem wichtigen demokratischen Akteur und stellten sich an die Spitze der sozialen Proteste. Eine ihrer Hauptforderungen war die Wiedererlangung der staatlichen Verfügungsmacht über die natürlichen Rohstoffe (z.B. Erdgas), die von den neoliberalen Regierungen von 1993 bis 1997 durch Konzessionen an private Investoren vergeben worden war.

2005 gewann Evo Morales dank der Unterstützung der Bevölkerungsmehrheit der armen Landbevölkerung und der indigenen Völker die Präsidentschaftswahlen und wurde somit zum ersten indigenen Präsidenten in der Geschichte Boliviens. Seine Politik zielt auf radikale Veränderungen der politischen und gesellschaftlichen Strukturen. Eine der ersten politischen Handlungen als Präsident war die Einsetzung einer Verfassungsgebenden Versammlung. Nach einer schwierigen Anfangsphase (2006-2008) und einem drohenden Bürgerkrieg wurde eine neue Verfassung verabschiedet, die die Kriterien eines neuen Staatsverständnisses festschreibt und klare Prinzipien für die staatliche Souveränität über die Rohstoffe des Landes beinhaltet. Zu diesem neuen Staatsverständnis gehört die Multinationalität Boliviens, die jedem indigenen Volk, das sich anhand seiner Gebräuche, seiner gesellschaftlichen Organisation und seiner Lebensweise als solches definiert, die Anerkennung als Nation garantiert.<sup>9</sup>

### 3. Aktuelle Probleme des Umweltschutzes

Ein Großteil des bolivianischen Staatsgebietes weist im Allgemeinen einen hohen Konservierungsgrad auf und verfügt über weite Naturlandschaften, die gar keine oder nur wenige menschliche Eingriffe bewältigen mussten. Dies liegt unter anderem an der niedrigen Bevölkerungsdichte und damit einhergehend an der nur schwach ausgebauten Infrastruktur.<sup>10</sup>

9 José de Mesa / Teresa Gisbert / Carlos Mesa Gisbert: Historia de Bolivia. La Paz 2008 (7. Auflage); Albó, Xavier: Movimientos y poder indígena en Bolivia, Ecuador y Perú. La Paz 2008.

10 Vgl.: P. L. Ibisch / G. Merida (eds.): Biodiversidad.

2001 ließ die damalige bolivianische Regierung die Nationale Strategie zur Konservierung der Biodiversität ausarbeiten.<sup>11</sup> Dabei wurden verschiedenste Akteure einbezogen, neben staatlichen und unabhängigen wissenschaftlichen Einrichtungen waren auch zahlreiche Experten und soziale Organisationen beteiligt. Bereits in der Ausarbeitungsphase wurde die Notwendigkeit betont, das menschliche Handeln mit den natürlichen Prozessen in Einklang zu bringen. Die sozialen Organisationen forderten mit dieser Maxime den erforderlichen Respekt gegenüber der »Mutter Erde«. Das Strategiepapier bilanziert, dass »der aktuelle Konservierungsgrad der Ökosysteme zwischen den Regionen des Landes variiert. Die am stärksten beeinträchtigten Ökoregionen sind die Puna, die andinen Täler und der Chaco. Die Hauptursachen für die Beeinträchtigungen sind Überweidung, falsche Bewirtschaftung, die Abholzung und die Rodung von Wäldern und Weiden.«<sup>12</sup>

Diese Darstellung bestätigt die ungeeigneten Bewirtschaftungsformen und die übermäßige Ausbeutung der natürlichen Ressourcen in den vergangenen 50 bis 60 Jahren, die trotz des weiterhin guten Konservierungsgrades zu einem besorgniserregenden Zerstörungsprozess führten. Eine zusätzliche Bedrohung stellen die geplanten Großprojekte zum Ausbau der Infrastruktur und der Ausbeutung nichterneuerbarer Rohstoffe dar. Beispiele dafür sind der Minenkomplex von San Cristóbal im Departement Potosí und der Abbau fossiler Energieträger, der sich von den traditionellen Abbaugebieten zunehmend in den Nordosten Boliviens ausbreitet und dadurch die Biodiversität im subandinen Norden und in den Yungas (Täler im Übergang der Anden zu den tropischen Gebieten im Norden) gefährdet. Weiterhin wurde festgestellt, dass sich die bisherigen Erhebungs- und Monitoringmaßnahmen noch im Anfangsstadium befinden und somit nicht genügend Daten zur Beurteilung der Lage liefern.

Zudem umreißt das Strategiepapier kurz den Konservierungsgrad der genetischen Ressourcen und den diesbezüglich noch spärlichen Informationsstand, um eine weiterführende Erforschung der bis dato geleisteten Forschungsarbeit mit dem Ziel anzuregen, diese Ressourcen und das Wissen um deren Nutzung zu sichern. Die Autoren kamen zu dem Schluss, dass dieses Wissen »den Kenntnissen und Bemühungen der indigenen und bäuerlichen Gemeinden zu verdanken ist, da sie diese Ressourcen gemäß eines integralen Verständnisses von Nutzung und Konservierung bewirtschafteten«.<sup>13</sup>

---

11 Vgl.: Ministerio de Desarrollo Sostenible y Planificación (MDSP): Estrategia Nacional de Conservación y Uso Sostenible de la Biodiversidad. La Paz 2001.

12 Ebenda.

13 Ebenda.

Eine weitere Studie unter dem Titel »Estudio de Vacios de Representatividad del Servicio Nacional de Áreas Protegidas« (dt.: Studie über die Lücken der Repräsentation im Nationalen Dienst der Schutzgebiete)<sup>14</sup> stellt eine Auswahl von bedrohten Gebieten mit zentraler Bedeutung für die Konservierungsbemühungen zusammen. Diese Gebiete sind für das Funktionieren der Ökosysteme aufgrund ihres Konservierungsgrades, ihrer Regulierungsfunktion für Klima und Wasserhaushalt, ihres Repräsentationsgrades hinsichtlich der Artenvielfalt und ihrer ökologischen Lebensfähigkeit essentiell. Die Lebensfähigkeit bezeichnet die Fähigkeit eines Ökosystems zur Erhaltung von Populationen und biologischen Prozessen, die Interaktionen, Wanderungen, Spezialisierung und Anpassung an Veränderungen der Umwelt ermöglichen. Diese Studie kommt trotz des generell guten Konservierungsgrades zu einem bedenklichen Fazit: »Der Fortbestand vieler Arten und Ökosysteme ist durch Temperaturanstieg, Veränderungen des Wasserhaushaltes oder durch die allgemeine Instabilität gefährdet. Die Analyse der möglichen Auswirkungen des Klimawandels in Bolivien muss bestimmte qualitative Faktoren umfassen, da die bisherigen Szenarien des zukünftigen Klimas nur wenig verlässlich sind.«<sup>15</sup> Obwohl die Datenlage zu den Auswirkungen des Klimawandels noch nicht ausreichend ist, versucht die Studie Territorien herauszuarbeiten, die als sogenannte Rettungskorridore fungieren können, um bedrohte Arten oder ganze Familien von Arten umzusiedeln. Diese Territorien dienen auch als Forschungsreservoir, um die Prioritäten des Nationalen Planes zur Konservierung festzulegen.

Zusammenfassend können wir feststellen, dass eine Vielzahl von Studien und Experten einen hohen Konservierungsgrad der in Bolivien vorkommenden Ökosysteme bezeugen, zugleich aber vor mittelfristigen und akuten Gefahren warnen, wie etwa durch die intensive Fischerei im Osten des Landes und die großangelegten Projekte zum Infrastrukturausbau und zur Ausbeutung von nichterneuerbaren Rohstoffen. Da viele Arten und Ökosysteme sehr empfindlich auf die Auswirkungen des Klimawandels reagieren, müssen Strategien entwickelt werden, um diese Effekte auszugleichen. Diese Strategien müssen den Staat und seine Bevölkerung darauf vorbereiten, angemessen auf die Herausforderungen durch den Klimawandel zu reagieren.

---

14 Servicio Nacional de Áreas Protegidas (SERNAP): Estudio de Vacios de Representatividad del Servicio Nacional de Áreas Protegidas. Proyecto Sostenibilidad del SNAP GEF II. La Paz 2005 (unveröffentlichtes Dokument).

15 Ebenda.

#### 4. »*Vivir Bien*« als zentrale Entwicklungsperspektive

Seit 2006 basiert die Entwicklungspolitik Boliviens auf dem Konzept des »*Vivir Bien*«, das sich aus den Grundsätzen der autochthonen Völker des Landes ableitet und in der Verfassung von 2009 festgeschrieben wurde. Das »*Gut Leben*« steht für ein gemeinschaftliches Leben in allgemeinem Wohlstand und ohne Hierarchien, basierend auf einem Verständnis des Menschen als Teil der Natur und damit als Teil der »Mutter Erde« (*Pachamama* in den indigenen Sprachen Aymara und Quechua). Dadurch unterscheidet sich dieses Konzept von der ethnozentrischen Sichtweise der westlichen Entwicklungsmodelle, die vom Menschen als Zentrum ausgehen.

Das »*Gut Leben*« im Sinne der indigenen Kulturen erfordert die Aufwertung der Beziehung des Menschen zur Natur und deren Übertragung auf ein nationales Entwicklungsmodell, welches dem Grundsatz folgt, dass das Wohlbefinden des Einzelnen nur durch das Wohlbefinden der Gemeinschaft und der Natur zu erreichen ist. Laut David Choquehuanca, dem bolivianischen Außenminister, strebt das »*Gut Leben*« statt nach Akkumulation materieller Werte nach Wiederherstellung der Einheit aller Völker, Konzentration auf die Natur und nicht auf den Menschen sowie Wertschätzung der kulturellen Identität.

#### *Konzept des »Gut Lebens« in einigen indigenen Kulturen*

*Aymara:* Die früheren Bewohner der Aymara-Gebiete strebten nach einem Leben als *Qamiris* (Menschen, die gut leben).

*Quechua:* In der Quechua-Kultur geht Wohlbefinden nicht mit ökonomischen Umständen einher, sondern mit dem Leben als *Qhapaj* (Mensch, der gut lebt).

*Guaraní:* Ein Guaraní strebt danach, in Harmonie mit der Natur zu leben und somit zum *Iyambae* (Mensch, der frei lebt) zu werden.

*Grundsätze des »Gut Lebens«*

	<p><i>Priorität der Natur vor dem Menschen</i></p> <p>Streben nach dem Leben                  Leben in Ergänzung                  Gleichgewicht mit der Natur                  Erhalt und Schutz der Samen                  Gebrauch des Wassers                  Rückbesinnung in der Landwirtschaft</p>	
<p><i>Wiederherstellung der Einheit aller Völker</i></p> <p>Konsensentscheidungen                  Unterschiede respektieren                  Unterschiede akzeptieren                  Primat kosmischer Rechte                  Abya Yala<sup>16</sup></p>	<p><i>GUT LEBEN</i></p> <p>(Suma Qamaña, Sumaj Kausay, Ñandareco)</p>	<p><i>Gut Leben statt des kapitalistischen Credos vom Besser Leben</i></p> <p>soziale Kontrolle                  Arbeit als Wechselbeziehung                  nicht stehlen und nicht lügen                  Respekt gegenüber Frauen                  Wiederaneignung der Ressourcen                  wahre Souveränität                  Erfahrung der Alten</p>
	<p><i>Aufwertung der kulturellen Identität</i></p> <p>Identität verteidigen                  Wissen um das Essen                  Wissen um das Trinken                  Wissen um das Tanzen                  Wissen um das Arbeiten                  Wissen um die Kommunikation</p>	

<sup>16</sup> Abya Yalya ist eine Bezeichnung für den amerikanischen Kontinent in der Sprache der Kuna. Sie wird von vielen indigenen Völkern dem Begriff »Amerika« vorgezogen, da dieser der Definitionsmacht der Kolonisatoren entspringt.

Um die Prinzipien des »Vivir bien« näher zu erläutern, werden im folgenden längere Passagen aus einem Interview mit David Choquehuanca (bolivianischer Außenminister und Experte für andine Philosophie) wiedergegeben<sup>17</sup>:

*A. Die Einheit aller Völker wiederzuerlangen ist einer der Grundsätze des »Gut Lebens«.*

*Abya Yala:* »Gut Leben« ist das Streben danach, dass sich die Völker in einer großen Familie vereinen und die Regionen des Landes von neuem eine Gesellschaft nach Vorbild präkolonialer Epochen bilden. Dieser Grundsatz muss in allen Ländern gelten und wir sehen bereits positive Signale seitens einiger Staatspräsidenten, die sich für die Wiedervereinigung aller Völker in der Abya Yala einsetzen.

*Unterschiede respektieren:* »Gut Leben« bedeutet den Anderen zu respektieren, jedem zuzuhören, der sprechen möchte, ohne Diskriminierung oder Zwang. Damit ist Respekt gemeint, nicht bloße Toleranz, denn obwohl jede Kultur oder Region eine eigene Denk- und Lebensweise kennt, ist es notwendig, diese Unterschiede zu respektieren. Dieser Grundsatz gilt für alle Wesen des Planeten, Tiere und Pflanzen eingeschlossen.

*Unterschiede akzeptieren:* »Gut Leben« beinhaltet den Respekt gegenüber den Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen den Wesen des Planeten und reicht über das Konzept der Diversität hinaus, das nur den Menschen und nicht deren Gemeinsamkeiten und Unterschieden behandelt.

*Kosmische Rechte achten:* »Gut Leben« räumt den kosmischen Rechten die Priorität vor den Menschenrechten ein. Deshalb werden laut Präsident Morales die Rechte der »Mutter Erde« in Zukunft wichtiger als die Menschenrechte sein.

*Konsensentscheidungen:* »Gut Leben« ist die Suche nach dem Konsens aller. Denn trotz der Unterschiede zwischen den Menschen kann durch Diskussion und Dialog ein neutraler Punkt erreicht werden, in dem alle

17 David Choquehuanca: Postulados para entender el »Vivir Bien«. In: La Razón. La Paz. Ausgabe vom 31. 01. 2010.

konfliktlos übereinstimmen. Das ist keine Absage an die Demokratie, aber deren Vertiefung, denn auch Demokratie funktioniert durch Unterwerfung und seinen Nächsten zu unterwerfen ist nicht »Gut Leben«.

*B. »Gut Leben« stellt die Natur über den Menschen.*

*Das Leben achten:* »Gut Leben« ist die Suche nach einem Leben in einer Gemeinschaft in der alle füreinander sorgen. Der höchste Wert ist nicht der Mensch (wie im Sozialismus) oder das Geld (wie im Kapitalismus), sondern das Leben. Es ist der Versuch ein einfacheres Leben zu führen, denn das ist der Weg zur Harmonie mit der Natur und dem Leben, um unseren Planeten zu retten und die Menschlichkeit zu verwirklichen.

*Leben in Ergänzung:* »Gut Leben« geht davon aus, dass alle Wesen des Planeten einander ergänzen. In den indigenen Gemeinden ergänzt das Kind den Alten, der Mann die Frau, etc. Deshalb soll der Mensch auch keine Pflanzen töten, da diese sein Leben ergänzen und sein Überleben sichern.

*Gleichgewicht mit der Natur:* »Gut Leben« bedeutet ein Leben im Gleichgewicht mit allen Individuen einer Gemeinschaft. Nicht nur die Demokratie, auch die Justiz ist ausgrenzend, da sie nur die Menschen einer Gemeinschaft betrachtet und nicht die wichtigeren Dinge: das Leben und die Harmonie von Mensch und Natur. Deshalb strebt »Gut Leben« nach einer Gemeinschaft der Gleichheit.

*Wiederaneignung der Ressourcen:* »Gut Leben« ist die Wiederaneignung der natürlichen Reichtümer des Landes, damit alle in gleicher Weise von ihnen profitieren. Das Konzept des »Gut Lebens« zielt letztendlich auf die Nationalisierung der strategischen Unternehmen des Landes unter den Vorzeichen des Gleichgewichtes zwischen dem Menschen und der Natur als Gegenentwurf zur irrationalen und rücksichtslosen Ausbeutung der natürlichen Ressourcen.

*Schutz der Samen:* »Gut Leben« schützt und erhält die Samen, um den zukünftigen Einsatz von genetisch veränderten Produkten zu vermeiden. Dafür werden Samenbanken zum Schutz der ererbten landwirt-

schaftlichen Reichtümer eingerichtet, denn die zur Produktivitätssteigerung eingeführten Industriesamen und Chemikalien schädigen und vernichten die jahrtausendealten Samen.

*Gebrauch des Wassers:* »Gut Leben« bedeutet, das Wasser rational zu verteilen und es angemessen zu gebrauchen. Das Wasser ist das Lebenselixier aller Wesen des Planeten.

*Rückbesinnung in der Landwirtschaft:* »Gut Leben« gibt den Gemeinden die Kontrolle über die Landwirtschaft. Deshalb fördert der Plurinationale Staat die Reorganisation gemeinschaftlicher Lebensweisen, so etwa die gemeinsame Bestellung des Landes und die ländliche Subsistenzwirtschaft. Das Land wird den Gemeinden zurückübertragen, um die lokale Wirtschaft zu beleben.

*C. »Gut Leben« strebt nicht nach Anhäufung materieller Werte. Es ist nicht gleichbedeutend mit dem besseren Leben, das der Kapitalismus propagiert.*

*Gut Leben, nicht besser:* »Gut Leben« heisst nicht besser Leben. Die neue Doktrin des Plurinationalen Staates verbindet mit »besser Leben« im kapitalistischen Sinne Egoismus, Gleichgültigkeit gegenüber Anderen, Individualismus und Profitstreben. Der Kapitalismus setzt auf die Ausbeutung von Menschen zur Konzentration von Reichtum in wenigen Händen. Demgegenüber strebt »Gut Leben« nach einem einfachen Leben, das eine ausgeglichene Produktionsweise ermöglicht.

*Wahre Souveränität:* »Gut Leben« ermöglicht, ausgehend von den Gemeinden, die Souveränität eines Landes. In dem Buch »Das Gut Leben als Antwort auf die globale Krise« wird geschildert, wie Souveränität mittels eines gesellschaftlichen Konsens erreicht wird, der auf Einheit und Verantwortlichkeit zum Wohle aller abzielt. Dies ist der Leitfaden zur Reorganisation der Gemeinden und Nationen des Landes, um eine souveräne Gesellschaft aufzubauen, in Harmonie mit dem Individuum, der Natur und dem Kosmos.

*Soziale Kontrolle:* »Gut Leben« schafft eine notwendige Kontrolle unter den Bewohnern einer Gemeinde. In früherer Zeit waren alle mit der Kontrolle der Autoritäten befasst.

*Arbeit als Wechselbeziehung:* »Gut Leben« stellt die Wechselbeziehungen der Arbeit wieder her. In den indigenen Gemeinden nennt man das ayni. Dies bedeutet, dass jeder seiner Familie für deren Hilfe etwas durch seine Mitarbeit bei der Aussaat oder der Ernte zurück gibt. Dieses Prinzip hilft auch, die großen Dürren zu überstehen.

*Nicht stehlen, nicht lügen:* »Gut Leben« basiert auf Ama Sua und Ama Qhilla (Quechua für »nicht stehlen« und »nicht lügen«). Diese beiden Prinzipien sind auch in der neuen bolivianischen Verfassung verankert und der Präsident gelobte deren Einhaltung.

*Respekt gegenüber Frauen:* »Gut Leben« respektiert die Frauen, denn sie repräsentieren die Pachamama, die »Mutter Erde«, die das Leben schenkt und alle ihre Früchte versorgt. Aus diesem Grund werden die Frauen in den Gemeinden geachtet und haben Anteil an allen Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Leben, der Kinderfürsorge, der Bildung und der Kulturförderung. Die Einwohner der indigenen Gemeinden achten die Frauen als Basis der sozialen Organisation, weil sie ihren Kindern ihr kulturelles Wissen weitergeben.

*Erfahrung der Alten:* »Gut Leben« lässt uns in den Falten der Alten lesen, um darin den Weg wiederzufinden. Eine der wichtigsten Quellen der Erkenntnis sind die älteren Mitglieder einer Gemeinde. Sie erhalten das Wissen und die Gebräuche, die sonst im Laufe der Zeit verloren gingen.

*D. »Gut Leben« achtet die Kultur.*

*Identität verteidigen:* »Gut Leben« achtet und stärkt die Identität der Völker, denn sie ist wichtiger als die Würde. Die Identität ermöglicht es ein Leben zu führen, das auf Werten basiert, die auch die 500 Jahre seit der spanischen Eroberung überstanden haben. Sie wurden von den Familien und den Gemeinden, die in Harmonie mit der Natur und dem Kosmos leben, weitergetragen.

*Wissen um das Essen:* »Gut Leben« beinhaltet das Wissen sich zu ernähren, das Wissen um die den Jahreszeiten entsprechenden Nahrungsmittel. Es orientiert sich an den Gewohnheiten der Vorfahren, die eine ganze Jahreszeit hindurch eine bestimmte Frucht aßen. Richtige Ernährung hält gesund.

*Wissen um das Trinken:* »Gut Leben« bedeutet Alkohol mit Mäßigung zu trinken. In den indigenen Gemeinden hat jede Feier ihre Bedeutung und Alkohol ist ein Teil der Feste, jedoch ohne Übermaß und Gewalt hervorzurufen.

*Wissen um das Tanzen:* »Gut Leben« heißt wirklich Tanzen zu können und sich nicht nur zu amüsieren. Der Tanz steht mit verschiedenen Ereignissen in Verbindung, zum Beispiel mit der Aussaat oder der Ernte. Die Gemeinden ehren mit ihren Tänzen und ihrer Musik die Pachamama, hauptsächlich im Zusammenhang mit den landwirtschaftlichen Abläufen. Trotzdem werden die ursprünglichen Tänze in den Städten als folkloristische Elemente angesehen. In der neuen Doktrin wird dem Tanz seine wirkliche Bedeutung wiedergegeben.

*Wissen um das Arbeiten:* »Gut Leben« macht aus der Arbeit ein Fest. »Für uns ist die Arbeit ein Glück.« sagt dazu Außenminister David Choquehuanca, denn im Unterschied zum kapitalistischen Konzept »Geld gegen Arbeit« lebe im neuen bolivianischen Gesellschaftsmodell der alte Gedanke der Arbeit als Fest wieder auf. Es ist eine gänzlich andere Philosophie und deswegen ist Arbeit in den indigenen Kulturen bereits für die Jüngsten Teil ihres Lebens.

*Wissen um die Kommunikation:* »Gut Leben« bedeutet, sich verständigen zu können. Im neuen Plurinationalen Staat soll die überlieferte Kommunikationsweise der früheren Gemeinden wiederbelebt werden. Choquehuanca drückt dies so aus: »Wir müssen uns wieder so verständigen wie unsere Väter es taten, so können wir Probleme konfliktfrei lösen.«

Das Konzept des »Gut Lebens« wurde den umweltpolitischen Aspekten des Nationalen Entwicklungsplanes 2006-2011<sup>18</sup> zugrunde gelegt, um einen Ausgleich zwischen Fortschritt und Umweltschutz zu erreichen. Durch den stärkeren Einsatz des Staates auf der Basis breiter sozialer Beteiligung in den Bereichen Prävention, Konservierung und Sanierung sowie der Datenerhebung zum Umwelt- und Naturschutz soll dieses Ziel erreicht werden. Doch die politischen Ambitionen werden einerseits durch juristische Hindernisse

18 Vgl.: Ministerio de Planificación del Desarrollo: Plan Nacional de Desarrollo "Bolivia Digna, Soberana, Productiva y Democrática para Vivir Bien". La Paz 2007.

gebremst und sind andererseits mit der herkömmlichen Entwicklungspolitik konfrontiert, die auf erhöhtes Wirtschaftswachstum durch infrastrukturelle Großprojekte und Rohstoffausbeutung setzt.

### *Die neue Verfassung*<sup>19</sup>

Aufgrund der sozialen und politischen Veränderungen war es notwendig, die alte Verfassung zu ändern, um auf die neuen Anforderungen durch Naturkatastrophen, Wassermangel und Klimawandel reagieren zu können. 2009 wurde nach einem schwierigen und konfliktreichen Prozess eine neue Verfassung verabschiedet, in der allerdings die Rechte der »Mutter Erde« nicht so eindeutig festgeschrieben sind wie beispielsweise in der Verfassung von Ecuador.<sup>20</sup> Dies war den schwierigen Auseinandersetzungen im Entstehungsprozess der Verfassung geschuldet, in dem das Hauptaugenmerk auf der Umverteilung der politischen Macht und der Ressourcen lag. Trotzdem wurde das Konzept des »Gut Lebens« in die Verfassung aufgenommen und damit auch die Voraussetzung, um die Rechte der »Mutter Erde« anzuerkennen. Zudem wird ausdrücklich das Recht auf eine gesunde Umwelt anerkannt, womit sich auch eine Informationspflicht des Staates im Vorfeld von umweltpolitischen Entscheidungen verbindet.

Die Verfassung von 2009 begünstigt eine nachhaltige Entwicklungspolitik, die nicht nur einseitig dem Wirtschaftswachstum dient, und somit wird auch die Einheit von Gesellschaft und Natur wiedererlangt. Dadurch steht die Wirtschaft nicht mehr im Widerspruch zu den Anforderungen des Umweltschutzes. Der Biodiversität, und der kulturellen Diversität als Teil davon, wird im Verfassungstext eine strategische Bedeutung für die nationale Entwicklung zugesprochen. Dadurch werden die Bedeutung und die Rechte der indigenen Völker und ländlichen Gemeinden im Umweltschutz anerkannt. Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass der Politikwechsel in Bolivien in der Territorialverwaltung und der Entwicklungspolitik eine nachhaltige Umweltschutzperspektive eröffnet hat.

---

19 Vgl. dazu auch den Beitrag von Romina Luz Hermoza Cacsire im ersten Halbband.

20 Vgl.: Eduardo Gudynas: Politische Ökologie. Natur in den Verfassungen von Bolivien und Ecuador. In: Juridikum 4/ 2009. S. 214-218. Zu einem weiter gefassten Vergleich siehe auch: Klaus Meschkat: Verfassungsprozesse und soziale Konflikte in den Andenländern: neue Entwicklungen in Bolivien und Ecuador. Heinrich Böll Stiftung 2008.

### *Instrumente einer partizipativen Verwaltung*

Der neue umweltpolitische Ansatz muss mit Hilfe der aktiven Beteiligung der Bevölkerung, insbesondere der indigenen und ländlichen Gemeinden, umgesetzt werden. Dafür sind von staatlicher Seite verschiedene Mechanismen entwickelt worden, um die Teilhabe bei der Ausarbeitung der politischen Entwürfe und die gesellschaftliche Kontrolle zu ermöglichen. So wurden beispielsweise gemeinsame Arbeitstreffen mit Vertretern der Regierung und der wichtigsten sozialen Organisationen einberufen und die Verwaltung von Schutzgebieten wurde unter gemeinsame Aufsicht von Staat und Bevölkerung gestellt.

Die Beteiligung der sozialen Organisationen an der umweltpolitischen Entscheidungsfindung hat die Beziehungen der indigenen Völker mit dem Staat vertieft. Die neue politische Ausrichtung des bolivianischen Staates betrachtet die Einbeziehung der Bevölkerung als unumgänglich für nachhaltigen Umwelt- und Naturschutz. In den bestehenden Schutzgebieten wurden wichtige Erfahrungen im Hinblick auf die Zusammenarbeit von staatlichen Stellen und gesellschaftlichen Akteuren gemacht. Diese können als Ausgangspunkt für weitere gemischt verwaltete Projekte dienen, denn die Konkurrenz und die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure, die an der Nutzung der Ressourcen und des Landes beteiligt sind, ist in diesem Prozess notwendig. Der Staat übernimmt die Aufgabe, diesen Prozess politisch auszurichten, den nötigen rechtlichen Rahmen zu schaffen und die Finanzierung der Maßnahmen zu gewährleisten, denn gesunde Ökosysteme sind für das »Gut Leben« essentiell. Bei der Erarbeitung konkreter Projekte muss der Staatsapparat seine technischen Möglichkeiten mit der sozialen, kulturellen und ökonomischen Basis des Landes abstimmen.

### *Anerkennung der Rechte der »Mutter Erde«*

Am 22. April 2009 stellte Bolivien aus Anlass des internationalen Tages der »Mutter Erde« in der UNO-Vollversammlung den Antrag, sich von der bloßen Rhetorik zu lösen und eine »Universelle Erklärung der Rechte der »Mutter Erde« zu verabschieden.<sup>21</sup> Folgende Rechte sollten garantiert werden:

1. Das Recht auf Leben
2. Das Recht auf Regeneration

<sup>21</sup> Vgl.: Ministerio de Relaciones Exteriores: La tierra no nos pertenece, nosotros pertenecemos a la tierra. Mensajes del Presidente Evo Morales Ayma sobre la Pachamama y el cambio Climático 2006-2009. La Paz 2009.

3. Das Recht auf Sauberkeit
4. Das Recht auf Harmonie und die Gleichheit aller

Der bolivianische Antrag wurde von der Vollversammlung nicht angenommen, doch die Dringlichkeit, den globalen Klimawandel aufzuhalten, wurde während des trotz aufwendiger Vorbereitung erfolglosen Klimagipfels in Kopenhagen deutlich.<sup>22</sup> Die Rechte der »Mutter Erde« haben nun angesichts des Mangels an Alternativen inzwischen an Gültigkeit und Dringlichkeit hinzugewonnen. Doch die Berücksichtigung dieser Rechte würde einen grundlegenden Wandel im Umgang mit den natürlichen Ressourcen voraussetzen. Auch wenn dafür kein radikaler Bruch mit den Mechanismen der Marktwirtschaft nötig wird, müssten sich die wirtschaftlichen Prozesse und die zwischenstaatlichen Beziehungen verändern, und dafür fehlt es vielen Staaten noch an Einsicht. Aus Sicht Boliviens ist die Anerkennung der Rechte der »Mutter Erde« notwendig, um das Konzept des »Gut Lebens« zu verwirklichen.

### *5. Perspektiven und Herausforderungen*

Wie jedes andere Land auch, versucht Bolivien, die Armut in der Bevölkerung zu überwinden. Deswegen richtet es seine Entwicklungspolitik am Konzept des »Gut Lebens« aus. Dieses neue Paradigma ist auch in der Verfassung verankert, denn der Schutz der »Mutter Erde« ist die Voraussetzung für das Wohlergehen von Natur und Mensch. Auch die bolivianische Bevölkerung unterstützt diese Politik, aber die wirtschaftliche Entwicklung benötigt den Infrastrukturausbau, den Abbau fossiler Brennstoffe und die Ausbeutung der natürlichen Rohstoffe. Das birgt für die derzeit weitestgehend gesunden Naturräume Boliviens beträchtliche Bedrohungen. Daher muss ein Weg gefunden werden, um Wirtschaftswachstum in Harmonie mit der Natur zu erreichen. Oft genug ist diese Feststellung ein bloßes Lippenbekenntnis, doch im Falle Boliviens handelt es sich um eine Überzeugung, die der neuen Politik zugrunde liegt, und die Herausforderung besteht darin, diese Überzeugung nun in die Tat umzusetzen.

Übersetzung aus dem Spanischen: René Steffen

---

<sup>22</sup> Vgl.: United Nations Climate Change Conference: Copenhagen Accord. Copenhagen 18. Dez. 2009.

## *Literatur*

- Acosta, Alberto: Das »Buen Vivir«. Die Schaffung einer Utopie. In: *Juridikum* 4/2009. S. 219-223.
- Albó, Xavier: *Movimientos y poder indígena en Bolivia, Ecuador y Perú*. La Paz 2008.
- Choquehuanca, David: Postulados para entender el »Vivir Bien«. In: *La Razón*. La Paz. Ausgabe vom 31.01.2010.
- Choquehuanca, Jorge: *Land owners and biodiversity: Analysis of the potential of conservation on private land in the East of Bolivia*. Göttingen 2005 (Dissertation).
- Constitución Política del Estado Plurinacional de Bolivia (verabschiedet am 7. Feb. 2009). La Paz 2009.
- Gudynas, Eduardo: Politische Ökologie. Natur in den Verfassungen von Bolivien und Ecuador. In: *Juridikum* 4/2009. S. 214-218.
- Ibisch, Pierre: Biodiversity Conservation in Bolivia. History, Trends and Challenges. In: Romero, A. / West, S. E. (eds.): *Environment Issues in Latin America and the Caribbean*. Dordrecht 2005. S. 55-71.
- Ibisch, Pierre L. et al. (eds.): *Biodiversidad: la riqueza de Bolivia. Estado de conocimiento y conservación*. Ministerio de Desarrollo Sostenible. Santa Cruz de la Sierra 2004.
- Mesa, José de / Gisbert, Teresa / Mesa Gisbert, Carlos: *Historia de Bolivia*. La Paz 2008 (7. Auflage).
- Meschkat, Klaus: *Verfassungsprozesse und soziale Konflikte in den Andenländern: neue Entwicklungen in Bolivien und Ecuador*. Heinrich Böll Stiftung 2008.
- Ministerio de Desarrollo Sostenible y Planificación (MDSP): *Estrategia Nacional de Conservación y Uso Sostenible de la Biodiversidad*. La Paz 2001.
- Ministerio de Planificación del Desarrollo: *Plan Nacional de Desarrollo »Bolivia Digna, Soberana, Productiva y Democrática para Vivir Bien«*. La Paz 2007.
- Ministerio de Relaciones Exteriores: *La tierra no nos pertenece, nosotros pertenecemos a la tierra. Mensajes del Presidente Evo Morales Ayma sobre la Pachamama y el cambio Climático 2006-2009*. La Paz 2009.

Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo (PNUD): Informe Nacional sobre Desarrollo Humano. La Paz 2008.

Servicio Nacional de Áreas Protegidas (SERNAP): Estudio de Vacíos de Representatividad del Servicio Nacional de Áreas Protegidas. Proyecto Sostenibilidad del SNAP GEF II. La Paz 2005 (unveröffentlichtes Dokument).

United Nations Climate Change Conference: Copenhagen Accord. Copenhagen 18. Dezember 2009.

BETTINA SCHORR

## Ernüchterung nach der Euphorie Boliviens drogenpolitische Reformen und ihre Folgen

Die Kokapflanze wird im Andenraum seit jeher angebaut und zu unterschiedlichen Zwecken verwendet: in Ritualen, als Medizin und als Genussmittel. In Bolivien orientierte sich der Kokaanbau bis in die 1970er Jahre weitgehend am nationalen und traditionellen Konsum. Infolge eines beträchtlichen Anstiegs der Nachfrage nach Kokain in den Industrieländern, allen voran in den USA, schoss die Kokaproduktion in den Folgejahren kontinuierlich in die Höhe. Parallel dazu etablierte sich im Land eine mächtige Drogenmafia, die von politischer Seite so gut wie keine Einschränkungen zu fürchten hatte. Die letzte bolivianische Diktatur von Luis García Meza wurde sogar offen von den nationalen Kokainkartellen unterstützt.<sup>1</sup> Mit der Rückkehr Boliviens zur Demokratie im Jahr 1982 flaute die staatliche Toleranz gegenüber dem Drogenhandel ab. Seither stellt der Umgang mit der Kokaproduktion und, damit einhergehend, mit dem Drogengeschäft eines der komplexesten nationalen Politikfelder dar, das eine Vielzahl von Interessen berührt. Neben den Kokabauern, für die angesichts fehlender ökonomischer Alternativen der Anbau von Koka häufig die einzige Überlebenschance darstellt, waren die Vereinigten Staaten in der bolivianischen Drogenpolitik lange Zeit der einflussreichste Akteur. Bis zur Präsidentschaft von Carlos Mesa (2003-2005) folgten die Regierungen Boliviens den drogenpolitischen Vorgaben aus den USA ohne größere Widerstände. Mit Evo Morales, der 2006 das Präsidentenamt übernahm, fand in Bolivien schließlich ein drogenpolitischer Kurswechsel statt. Seine Drogenbekämpfungsstrategie firmiert unter dem Motto »*Null Kokain*«, konzentriert sich auf die Strafverfolgung von Drogenproduzenten und -händlern und sieht vor, die über den traditionellen Bedarf hinausgehende Kokaproduktion (*producción excedentaria*) durch eine rigide »soziale

---

1 Vgl.: Robert Lessmann: Drogenökonomie und internationale Politik. Frankfurt a. M. 1996.

Kontrolle« zu reduzieren beziehungsweise ganz zu unterbinden. Damit wird erstmalig die organisierte Zivilgesellschaft, namentlich die Gewerkschaften in den Kokaanbaugebieten, im Kampf gegen die Drogen in die Pflicht genommen.

Wurde die neue Drogenbekämpfungsstrategie anfänglich noch mit großer Zuversicht verkündet und bisweilen euphorisch gefeiert, sind ihre Resultate nach mehr als drei Jahren ernüchternd. Einigen positiven Ergebnissen stehen viele negative Entwicklungen gegenüber, die Bolivien zukünftig schwerwiegende politische und soziale Probleme bescheren könnten.

Der vorliegende Beitrag befasst sich mit Boliviens neuer Antidrogenstrategie und ihren Resultaten. Um das spezifisch »Neue« der Strategie verstehen zu können, wird zunächst die drogenpolitische Entwicklung Boliviens bis zur Wahl von Evo Morales skizziert. Diese ist geprägt von der Dominanz der, schwerpunktmäßig auf die Vernichtung der Kokaproduktion abzielenden, drogenpolitischen Rezepte der USA. Im Anschluss beschreibt der Hauptteil zunächst die wesentlichen drogenpolitischen Neuerungen, die von der Regierung Morales (zum Teil schon von Morales' Vorgänger Carlos Mesa) eingeführt wurden. Daraufhin werden die ambivalenten Folgen des drogenpolitischen Kurswechsels in den Blick genommen. Auf der positiven Seite fällt vor allem die Befriedung der Kokaanbauregion Chapare ins Gewicht, während die negativen Konsequenzen vielgestaltig bleiben, aber auf eine klare Tendenz zurückgehen: den bedeutenden Anstieg sowohl der Kokaproduktion als auch der Kokainproduktion. Das Schlusskapitel stellt noch einmal die wichtigsten Punkte des Beitrages gebündelt dar und versucht sich in einem Ausblick auf die nahe drogenpolitische Zukunft Boliviens.

### 1. *Boliviens Drogenkrieg*

Die Kokapflanze wird im Andenraum seit mehreren tausend Jahren angebaut und besitzt eine außerordentliche Bedeutung für die dortigen autochthonen Völker. Ihre Blätter haben noch heute eine wichtige rituelle Funktion und werden zur Heilung zahlreicher Krankheiten verwendet.<sup>2</sup> Daneben sind sie auch aus dem Alltag der Andenländer nicht wegzudenken: Vor allem der Kokatee (*mate de coca*), ob mit Blättern frisch aufgegossen oder im Teebeutel, trifft nicht zuletzt auch bei Touristen auf große Beliebtheit, da er die lästigen Symptome der Höhenkrankheit (*soroche*) reduziert. Am weitesten verbreitet,

2 Das gilt für die andinen Regionen der Länder Bolivien und Peru. In Ecuador wurde der Kokakonsum schon während der Kolonialzeit erfolgreich unterdrückt und schließlich abgeschafft.

mehr noch in Bolivien als in Peru, ist allerdings der *acullico*, das Kauen der anregend wirkenden Blätter.<sup>3</sup> Insgesamt gilt die Koka aufgrund ihrer hohen spirituellen und sozialen Bedeutung als »sozialer Kitt«, insbesondere (aber nicht nur) für die autochthonen Bevölkerungsteile des andinen Hochlandes erfüllt sie die Funktion eines Identitäts- und Gemeinschaftsstifters.<sup>4</sup>

In Bolivien stieg die Kokaproduktion in den 1980er Jahren infolge einer sprunghaften Erhöhung der Nachfrage nach Kokain und seinen Derivaten (z.B. *crack*) vor allem in den USA steil an.<sup>5</sup> Nach massiven internen Migrationswellen in die illegale tropische Kokaanbauregion Chapare im Departamento von Cochabamba erreichte sie Mitte der neunziger Jahre mit ca. 48.000 Hektar ihre bislang größte Ausdehnung.<sup>6</sup>

Parallel dazu verschärfen die USA ab Mitte der 1980er Jahre sowohl ihre nationale als auch die internationale Drogengesetzgebung erheblich. 1986 führte der US-Kongress den so genannten »Zertifizierungsprozess« ein, mit dem die Auszahlung von US-Finanzhilfen an die Kooperationsbereitschaft in der Drogenbekämpfung von als Produzenten- und Transitländer klassifizierten Staaten geknüpft wurde. Seither ist der US-Präsident verpflichtet, dem Kongress jeweils zum ersten März jedes Jahres den Kooperationswillen der betroffenen Länder zu bestätigen.<sup>7</sup> Tut er dies nicht, kürzen die USA ihre Finanzleistungen an das betroffene Land.<sup>8</sup> Getreu dem Motto »going to the source« standen ab 1990 die Kokaanbauländer Bolivien, Peru und Kolumbien im Zentrum der auswärtigen US-Drogenkontrolle. Dabei projizierten die Vereinigten Staaten ihre repressiv ausgerichteten Drogenbekämpfungsansätze auf die Andenländer und setzten gegenüber den Regierungen zum einen die Reduzierung der Kokabestände und zum anderen eine immer stärkere

3 Zudem verringern die Kokablätter das Hungergefühl und reduzieren das Kälteempfinden. Deswegen wird Koka vor allem von Bergarbeitern gekaut, die in Bolivien unter extrem widrigen Bedingungen arbeiten müssen.

4 Vgl.: William Carter / Mauricio Mamani: *Coca en Bolivia*. La Paz 1986; Catherine Allen: *The Hold Life Has: Coca and Cultural Identity in an Andean Community*. Washington 1988.

5 Vgl.: Robert Lessmann: *Drogenökonomie und internationale Politik*.

6 Vgl.: Fernando Salazar Ortuño: *De la coca al poder. Políticas públicas de sustitución de la economía de la coca y pobreza en Bolivia [1975-2004]*. Buenos Aires 2008

7 Vgl.: Elizabeth Joyce: *Packaging Drugs: Certification and the Acquisition of Leverage*. In: Bulmer-Thomas, Victor / Dunkerley, James (Hrsg.): *The United States and Latin America: The New Agenda*. Cambridge 1999. S. 212.

8 Die betroffenen Staaten verlieren den Anspruch auf Hilfsleistungen und müssen mit einem US-Veto in den internationalen Kreditinstitutionen wie Weltbank und IWF sowie mit Restriktionen von Handelsbegünstigungen rechnen. Von den Kürzungen sind weder humanitäre Leistungen noch das Antidrogenbudget oder Leistungen aus dem Etat des Verteidigungsministeriums betroffen. Darüber hinaus hat der US-Präsident die Möglichkeit, die Folgen der Dezertifizierung mit einem so genannten »National Interest Waiver« aus vitalem nationalen Interesse auszusetzen.

Beteiligung sowohl des eigenen als auch des US-amerikanischen Militärs in der Drogenbekämpfung durch. Damit wurde der ursprünglich in den USA geführte »Drogenkrieg« auf Lateinamerika ausgedehnt.

Das chronisch bankrotte und politisch instabile Bolivien, das Anfang der 1980er Jahre nach achtzehn Jahren fast ununterbrochener Militärherrschaft zur Demokratie zurückgekehrt und dessen letzter und brutalster Diktator direkt ins Kokaingeschäft verwickelt gewesen war, hatte den drogenpolitischen Anforderungen der USA nichts entgegenzusetzen.<sup>9</sup> So gelang es den Vereinigten Staaten, die bolivianische Drogenpolitik in ihrem Sinne zu lenken, meist durch die Androhung finanzieller Kürzungen. Angesichts der Tatsache, dass die USA Boliviens größter bilateraler Geldgeber waren, zog der »finanzielle Hebel« fast immer. Auf ihren Einfluss gehen u.a. der Aufbau einer speziellen Antidrogenpolizei (*Unidad Móvil de Patrullaje Rural* - UMOPAR; *Fuerza Especial de Lucha Contra el Narcotráfico* - FELCN) sowie ein drakonisches Antidrogengesetz (Gesetz 1008) zurück, das nur noch 12.000 Hektar Koka für den traditionellen Bedarf erlaubte und den Rest unter Strafe stellte beziehungsweise Transitionszonen einrichtete, in denen die Koka schrittweise vernichtet werden sollte. Die bolivianische Regierung verpflichtete sich, unter Beteiligung der Sicherheitskräfte jährlich mindestens 5.000 Hektar Koka zu zerstören und einen bilateralen Auslieferungsvertrag zu unterzeichnen.<sup>10</sup>

Hatten die bolivianischen Regierungen bis 1998 den drogenpolitischen Forderungen der USA immer nur punktuell und zum Teil erst nach massivem Druck nachgegeben, erklärte die Regierung von Hugo Banzer (1997-2001) den Kampf gegen die Drogen zur obersten Priorität ihrer Amtszeit. Innerhalb von nur fünf Jahren sollte Bolivien aus den »Klauen des Drogengeschäftes« befreit werden. Obwohl Banzers Drogenbekämpfungsstrategie »*Plan Dignidad*« schwerpunktmäßig die Förderung alternativer Einkommensmöglichkeiten für die Kokaproduzenten vorsah, führte sie in der Praxis zu einer permanenten Militarisierung der illegalen Kokaanbauregion Chapare – mit katastrophalen Folgen.<sup>11</sup> Kombinierte Polizei-Militär-Einheiten (*Fuerza de Tarea Conjunta* – FTC) durchzogen täglich die Region, um die Kokapflanzen zu vernichten. Die gut organisierten Kokaproduzenten widersetzten sich der Zerstörung ihrer Lebensgrundlage, immer häufiger kam es zu blutigen

9 Vgl.: Robert Lessmann: Drogenökonomie und internationale Politik.

10 Vgl. Anna Daun / Daniel Bergfeld / Bettina Schorr: Koka: Kokain und die bolivianisch-amerikanischen Beziehungen. In: Franziska Bopp / Georg Ismar (Hrsg.): Bolivien: Neue Wege und alte Gegensätze. Berlin 2006. S. 502.

11 Vgl.: Bettina Schorr: Von nützlichen Feinden und verfehlter Politik: Der Drogenkrieg der USA in Bolivien. In: Thomas Jäger (Hrsg.): Staatszerfall als Kollateralschaden. Wiesbaden 2009. S. 175-204

Zusammenstößen mit den Ordnungskräften. Zugleich wurden mit der Militarisierung der Region elementare Bürgerrechte der Einwohner außer Kraft gesetzt. Die Militärs machten sich schlimmer Verbrechen schuldig: Körperverletzung, Folter, Diebstahl, Vergewaltigungen, grundlose Verhaftungen und willkürliche Hausdurchsuchungen standen auf der Tagesordnung. Immer wieder wurden Menschen getötet. Als die Regierung 2001 beschloss, eine eigens für die Zerschlagung der Proteste der *Cocaleros* zuständige und von den USA bezahlte Söldnertruppe in den Chapare zu schicken (*Fuerza de Tarea Expedicionaria* – FTE), verschlimmerte sich die Situation um ein Vielfaches. Die Kokaproduzenten organisierten »Selbstverteidigungskomitees«, an denen auch Frauen und Kinder teilnahmen, und belagerten die Camps der Truppen, um sie am Ausrücken zu hindern. Teilweise wurden Anschläge auf die Soldaten mit hausgemachten „Caza Bobos“, einer Art kleinem Molotowcocktail, verübt.<sup>12</sup>

Ende des Jahres 2000 verkündete Präsident Banzer »Coca Cero«, die vollständige Beseitigung der illegalen Kokapflanzungen und damit die Erfüllung seiner drogenpolitischen Ziele. Zwar war die Angabe falsch, im Chapare standen noch mehrere hundert Hektar unter Koka, doch wurde Bolivien international als beispielhaft für eine entschlossene Drogenbekämpfung gefeiert. Vor allem die USA, die den »Plan Dignidad« logistisch und finanziell unterstützten, lobten Banzer in höchsten Tönen. Von den unhaltbaren Zuständen im Chapare hingegen hörte man kein Wort.

Der Erfolg war jedoch nur von kurzer Dauer. Schon bald wurde deutlich, dass Bolivien sich nicht aus dem Koka-Kokain-Kreislauf verabschiedet hatte.<sup>13</sup> Zwar sank die bolivianische Kokaproduktion durch die massive Zerstörung der Bestände im Chapare kurzfristig auf ein historisch niedriges Niveau, sie nahm aber danach schnell wieder zu. Zudem verlagerte sich die illegale Kokaproduktion aus dem Chapare in die traditionellen Anbaugebiete der Yungas und in die ökologisch fragilen Nationalparks im amazonischen Hinterland.<sup>14</sup>

---

12 Vgl.: Kathryn Ledebur: *Coca and Conflict in the Chapare*. WOLA Briefing Series. Washington 2002; Kathryn Ledebur: *Bolivia: Clear Consequences*. In: Coletta Youngers / Eileen Rosin (Hrsg.): *Drugs and Democracy in Latin America: The Impact of U.S. Policy*. London / Boulder-Colorado 2004.

13 Vgl.: U.S. Department of State, *International Narcotic Control Strategy Report 2002*.

14 Dieses Phänomen der Verlagerung ist als *Balloon*-Effekt bekannt. Analog zu einem Luftballon, dem die Luft an einer Stelle abgedrückt wird, führt die Zerstörung von Kokafeldern in einer Region bei konstanter Nachfrage aus den Konsumentenländern und gleichbleibenden ökonomischen Druck der Bevölkerung lediglich zu einer Verlagerung des Kokaanbaus in andere Gegenden. Der *Balloon*-Effekt wirkt sowohl innerhalb der kokaproduzierenden Länder

## 2. Von »Null Koka« zu »Null Kokain«

Der anhaltende Konflikt im Chapare strahlte auch auf den Rest des Landes aus. Die Kokaproduzenten blockierten aus Protest gegen die Vernichtung ihrer Kokapflanzen wiederholt wochenlang die wirtschaftlich wichtige Verbindungsstraße zwischen Cochabamba und Santa Cruz, was zu teilweise chaotischen Zuständen und hohen wirtschaftlichen Verlusten führte. Zudem marschierten sie in Delegationen mehrere Male nach La Paz beziehungsweise noch viel häufiger in die Stadt Cochabamba, um auf ihre unhaltbare Lage aufmerksam zu machen. Die schwerwiegendsten Folgen verursachte der im Chapare auf Druck der USA geführte »Drogenkrieg« allerdings auf der politischen Ebene. Schon Anfang der neunziger Jahre hatten die Kokaföderationen im Verbund mit anderen ländlichen Gewerkschaftsdachverbänden und indigenen Organisationen die Gründung eines »politischen Arms« beschlossen. 1995 wurde die »Versammlung für die Souveränität der Völker« (*Asamblea por la Soberanía de los Pueblos* - ASP) gegründet, aus der 1999 die Partei »Bewegung zum Sozialismus« (*Movimiento al Socialismo* - MAS) unter dem Vorsitz von Evo Morales hervorging.<sup>15</sup> Bei den Parlamentswahlen von 1997 erreichten vier Kandidaten aus den Reihen der (damals noch) ASP ein Direktmandat, darunter auch Morales. Diese Abgeordneten brachten das komplexe Thema der Kokaproduktion und die mit dem Drogenkrieg einhergehenden Menschenrechtsverletzungen erstmalig in die breite bolivianische Öffentlichkeit im Allgemeinen und auf die Agenda des Kongresses im Besonderen. Vor allem Evo Morales nutzte seinen Status als Abgeordneter, die damit verbundenen Ressourcen und den Zugang zur Öffentlichkeit geschickt, um für die Sache der *Cocaleros* nationale und internationale Unterstützung einzuwerben. Danach konnte das »politische Instrument« zunächst große Erfolge auf der kommunalen Ebene verbuchen, wobei die besten Ergebnisse stets im Chapare erzielt wurden. Schon bei den Gemeindewahlen von 1999 erreichte die MAS 39 Prozent der Wählerstimmen im Departement Cocha-

---

als auch zwischen den drei Kokaproduzenten Bolivien, Peru und Kolumbien (vgl. Bettina Schorr: Von nützlichen Feinden und verfehlter Politik. S. 188).

15 Der ASP, nach internen Differenzen später in ASP und Politisches Instrument für die Souveränität der Völker (*Instrumento Político por la Soberanía de los Pueblos* - IPSP) gespalten, wurde wegen vermeintlicher formaler Fehler die Anerkennung als offizielle Partei vom Nationalen Wahlgerichtshof verweigert. 1999 übernahm das IPSP das Kürzel MAS (*Movimiento al Socialismo*). Dabei handelte es sich um eine Partei, die seit 1987 offiziell beim Wahlgerichtshof registriert war und von ihrem Vorsitzenden David Añez Pedraza an das IPSP »verschenkt« wurde.

bamba. Davon entfielen fast 99 Prozent auf die Provinzen, die große Mehrheit davon auf den Chapare.<sup>16</sup>

Mit ihrem antineoliberalen und nationalen Diskurs, in dem die Koka als Symbol der nationalen Souveränität gegen jedwede Einmischung von außen – vor allem durch die USA – eine große Rolle spielte, hatte die MAS auch in den Parlamentswahlen der Folgejahre immer größeren Erfolg. 2002 erreichte die Partei in den Präsidentschaftswahlen 20,37 Prozent der Stimmen und avancierte zur zweitstärksten Kraft im Parlament. 2005 gelang schließlich der Aufstieg an die Spitze des Staates: Mit einem Stimmenanteil von fast 54 Prozent, und damit zum ersten Mal in der Geschichte des Landes durch eine absolute Mehrheit legitimiert, zog der Kokabauer Evo Morales im Januar 2006 in den Präsidentenpalast ein.

Der Drogenkrieg im Chapare wurde sowohl aus humanitären als auch aus sicherheitspolitischen Gründen aber schon vor dem Wahlsieg des MAS beendet. In den Jahren 2001-2003 glich der Chapare immer mehr einem Bürgerkriegsgebiet, dessen Gewaltspirale kaum noch aufhaltbar schien. Deswegen griff Präsident Carlos Mesa, der nach den blutigen Auseinandersetzungen des so genannten „Schwarzen Oktober“ 2003 die Amtsgeschäfte von dem geflohenen Gonzalo Sánchez de Lozada übernommen hatte, eine alte Forderung der Kokaproduzenten auf. Per Dekret verfügte er Mitte 2004, dass jede Familie im Chapare einen *c´ato* (das sind etwa 0,16 Hektar) Koka legal bestellen durfte.<sup>17</sup> Damit kam der Chapare nach Jahren des Konflikts wieder zur Ruhe.

Mit der Wahl von Evo Morales in das höchste Staatsamt 2006 erfuhr die bolivianische Drogenkontrollpolitik grundlegende Veränderungen. Gemäß dem Postulat »Koka ist nicht Kokain« basiert dieser drogenpolitische Kurswechsel in erster Linie auf einem viel toleranteren Umgang mit Kokaproduktion und -handel. In diesem Sinne bekräftigte Morales zunächst das Dekret seines Vorgängers Mesa, änderte es allerdings in einem entscheidenden Punkt ab. Die Regelung des *c´ato* gilt nun pro Gewerkschaftsmitglied und nicht mehr pro Familie, was die geduldete Menge Koka im Chapare signifikant erhöhte. Zudem wurde der *c´ato* Koka auf einige Gebiete in den Yungas ausgedehnt, die nicht als traditionelle Anbauzonen gelten.<sup>18</sup> Zuletzt liberalisierte die Re-

16 Jorge Komadina / Céline Geffroy: El poder del movimiento político. La Paz / Cochabamba 2007. S. 33.

17 Mesa war als parteiloser Präsident auf die stillschweigende Zusammenarbeit mit der MAS-Fraktion im Parlament angewiesen und hatte auch deswegen ein Interesse an der Befriedung des Chapare.

18 Vgl.: Robert Lessmann »La Hoja de Coca no es Droga«: *Cocaleros* als soziale Bewegung in der Andenregion. In Jürgen Mittag / Georg Ismar (Hrsg.): *El Pueblo Unido?* Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas. Münster 2009. S. 477.

gierung Morales den Vertrieb von Koka innerhalb Boliviens weitgehend. Anstelle der bis dahin legalen zwei Auffangmärkte in Villa Fatima (Yungas) und Sacaba (Chapare) kann Koka nun auch über andere Märkte gehandelt werden. War dies früher nur lizenzierten Zwischenhändlern erlaubt, dürfen die Bauern ihre Ernte heute selbst vermarkten.

Ende 2006 legte die Regierung Morales eine neue Antidrogenstrategie mit dem Namen »Strategie für den Kampf gegen Drogen und für die Neubewertung des Kokablattes« vor (*Estrategia de Lucha contra el Narcotráfico y Revalorización de la Hoja de Coca*).<sup>19</sup> Das Motto der neuen Strategie lautet »Null Kokain«, im Gegensatz zum früheren »Null Koka«, und soll die Schwerpunktverlagerung der Drogenkontrolle weg von der bisherigen Vernichtung von Kokapflanzen hin zu einer effektiven Strafverfolgung der Drogenproduzenten und -schmuggler sowie der Implementierung von Entwicklungsprojekten unter Beteiligung der Produzenten ausdrücken.

Um den Anbau von Koka auf nationaler Ebene zu entkriminalisieren, sieht die Strategie eine Reform des Gesetzes 1008 aus dem Jahr 1988 vor, die allerdings seither auf sich warten lässt. Geplant ist seine Aufspaltung in zwei Teile: in ein »Kokagesetz« (*Régimen de la Coca*), das die Produktion, Kommerzialisierung und Verarbeitung (*transformación productiva*) der im Naturzustand harmlosen Pflanze reglementiert, und ein »Drogenstrafrecht« (*Régimen de Sustancias Controladas*), das den Umgang mit drogenstrafrechtlichen Delikten fixiert (Handel, Schmuggel, Geldwäsche usw.). Darüber hinaus ist geplant, die legale Kokaanbaufläche im Jahr 2010 auf 20.000 Hektar anzuheben, wobei die Produktionszonen selbst weiterhin begrenzt bleiben (*Yungas* und *Chapare*). Diese Maßnahme rechtfertigt die Regierung einerseits mit einem gestiegenen internen Kokakonsum, der in einer offiziellen Studie nachgewiesen werden soll. Nachdem lange Zeit keine Finanzierung für diese Studie vorlag, hat sich inzwischen die Europäische Union bereiterklärt, einen großen Teil der Kosten zu übernehmen. Wegen Differenzen bezüglich der Methodologie und der Frage, wer die Untersuchung letztendlich durchführen wird, liegt sie allerdings seit 2007 trotz finanzieller Mittel auf Eis. Auf der anderen Seite basiert die Anhebung der legalen Produktionsfläche auf der Überzeugung, dass eine vollständige Vernichtung der Kokaproduktion aufgrund verschiedenster Dynamiken, vor allem wegen der hohen Armutsquote im Land, unmöglich ist. Realistischerweise sei einzig ihre »Rationalisierung« zu erreichen, womit die freiwillige Vernichtung überschüssiger Koka durch die Produzenten selbst sowie eine Umleitung des Großteils der Produktion in legale Bahnen, für die traditionellen Konsumformen (Blätter, Mate) und

---

19 Vgl.: La Prensa vom 19.12.2006.

für die industrielle Herstellung kokahaltiger Produkte (Tee, Medizin oder Kosmetika), gemeint ist.<sup>20</sup> An dieser Stelle findet sich das wohl innovativste Element der neuen Handhabung der Kokaproduktion in Bolivien: Eine rigide »soziale Kontrolle«, ausgeführt von den hoch organisierten Gewerkschaften, soll gewährleisten, dass der Kokaanbau nicht die von der *c'ato*-Regelung vorgeschriebene Menge überschreitet und keine Kokablätter für die Drogenproduktion abgezweigt werden.

Schließlich hat die neue Drogenkontrollstrategie der Regierung Morales auch eine internationale Dimension. Vor den Vereinten Nationen will sich Bolivien für die internationale Legalisierung der Koka einsetzen, die seit 1961 als „narkotische Substanz“ in der *UN-Single Convention on Narcotic Drugs*, dem internationalen Drogenrecht, verboten ist. Die Fakten sprechen für diese Entkriminalisierung: Die Kokablätter selbst wirken nicht narkotisierend, gesundheitliche Gefahren gehen davon nicht aus, wie wissenschaftliche Studien der UN selbst beziehungsweise ihrer Behörden mehrfach festgestellt haben.<sup>21</sup> Im Rahmen dieses Vorhabens stellte Bolivien jüngst einen Antrag auf Streichung einer Klausel aus der *Single Convention*, die vorsieht, das Kokakauen müsse binnen 25 Jahre verboten werden.<sup>22</sup> Der verantwortliche ECOSOC (*UN Economic and Social Council*) der Vereinten Nationen hat den Antrag bewilligt und inzwischen an die Unterzeichnerstaaten zur Überprüfung weitergeleitet.

### 3. Ernüchternde Resultate

Die Drogenkontrollstrategie der Regierung Morales, von der einige Elemente schon von Morales' Vorgänger Mesa initiiert worden sind, bricht so klar mit der bisherigen Drogenpolitik im Land, dass mit Fug und Recht von einem drogenpolitischen Paradigmenwechsel gesprochen werden kann. Obwohl

20 Dazu ist mit venezolanischer Hilfe die Errichtung von drei neuen Fabriken vorgesehen. Neben Venezuela haben auch Kuba und Südafrika Interesse an Kokaprodukten bekundet.

21 So in einer 1994 von der Weltgesundheitsorganisation veröffentlichten Studie, die zunächst der Öffentlichkeit vorenthalten wurde, inzwischen aber wieder zugänglich ist, siehe unter <http://www.tni.org/archives/docs/200703081409275046.pdf>. Eine exzellente Zusammenstellung der positiven und negativen »Mythen«, die sich um das Kokablatt ranken findet sich in *Drugs&Conflict*, Nr. 17, 2009 [http://www.tni.org/sites/www.tni.org/files/download/debate17\\_0.pdf](http://www.tni.org/sites/www.tni.org/files/download/debate17_0.pdf)

22 Die 25 Jahre wurden ursprünglich vom Jahr der Vertragsratifizierung durch die UN (1961) an gerechnet. Die Frist ist also längst vergangen. Der bolivianischen Regierung geht es allerdings darum, grundsätzlich die Aufforderung zu einem künftigen Verbot der Koka aus dem internationalen Vertragswerk zu tilgen

von der Regierung stets als einschlägiger Erfolg dargestellt, sind die Resultate der neuen Drogenkontrollpolitik keineswegs eindeutig. Bei genauem Hinsehen überwiegen sogar eher die negativen Folgen, was mittel- und längerfristig zu gravierenden Problemen führen könnte.

Auf der positiven Seite des drogenpolitischen Kurswechsels ist in erster Linie die Pazifizierung des Chapare zu verbuchen. Nach mehr als einem Jahrzehnt gewaltvoller Auseinandersetzungen, die am Ende in einen offenen Bürgerkrieg zu münden drohten, kam die konfliktgebeutelte Region mit der Gewährung des *c'ato* endlich wieder zur Ruhe. Nicht zuletzt ermöglicht die Befriedung des Chapare eine effektive Durchführung von Projekten der alternativen Entwicklung jenseits der Kokaproduktion, die eine unbedingte Voraussetzung für den Austritt aus der Kokawirtschaft darstellen. Während der Jahre der permanenten Zusammenstöße zwischen organisierter Basis und Sicherheitskräften war dies noch undenkbar. Gleiches lässt sich im Übrigen für die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt sagen, denn der Chapare hat beispielsweise ein großes touristisches Potential, das in den Konfliktzeiten völlig brachlag. Daneben kann auch die drogenpolitische Schwerpunktverlagerung weg von der Zerstörung der Kokapflanzen hin zu einer effektiveren Verfolgung von Drogenproduzenten und -händlern erstaunliche Resultate vorweisen. Die Abfangquoten für Kokain (sowohl für reines Kokainhydrochlorid als auch für Kokainbase) sind seit 2005 konstant gestiegen. Nach Angaben der US-Regierung verzeichnete das Jahr 2008 mit fast 29 Tonnen konfiszierten Kokainprodukten einen historischen Rekord. Auch 2009 war die Quote mit beinahe 27 Tonnen noch immer vergleichsweise hoch.<sup>23</sup>

Mit diesen Daten ist die positive Seite ausgeschöpft. Die Erfolgswerte der Abfangstatistik kontrastieren nämlich mit einer beständig anwachsenden Kokaproduktion und mit einer bedenklich schnellen Ausbreitung des Drogengeschäftes im Land. Gründe hierfür liegen nicht nur in der anhaltenden wirtschaftlichen Not der Menschen, sondern auch in der duldsamen Haltung der Regierung gegenüber der Kokaproduktion und in den hohen Kokapreisen, die für den Chapare im Jahr 2009 bei 6 US-Dollar pro Kilogramm lagen.<sup>24</sup> Die Koka ist damit rentabler als fast jedes andere Agrarprodukt im Land. Was die Gesamtkokaproduktion anbelangt, variieren die zur Verfügung stehenden Daten. Die USA sprechen von aktuell insgesamt 35.000 Hektar, die 2009 in Bolivien mit Koka bepflanzt waren, während die Drogenkontrollbehörde der Vereinten Nationen (*United Nations Office on Drugs and Crime* - UNODC) 30.500 Hektar zählt. Beide Quellen stellen jedoch einen signifikan-

<sup>23</sup> Vgl.: U.S. Department of State, International Narcotic Control Strategy Report 2010.

<sup>24</sup> Vgl.: UNODC 2009. S. 65.

ten Produktionsanstieg fest. Der UNODC zufolge gab es 2009 sechs Prozent mehr Koka in Bolivien als im Vorjahr. Nationale wie internationale Experten schätzen, dass die Produktion auch in den nächsten Jahren weiter wachsen wird.<sup>25</sup> Selbst Felipe Cáceres, Verantwortlicher der Regierung Morales für die Drogenbekämpfung, gestand vor kurzem ein, dass die Kokapflanzen »wie Pilze aus dem Boden schießen« und inzwischen in Gegenden zu finden sind, in denen bislang keine Koka angepflanzt wurde.<sup>26</sup>

Mit der gewachsenen Kokaproduktion ist auch die potentielle Kokainproduktion des Landes angestiegen, nach US-Angaben in den letzten beiden Jahren um 50 Prozent (von 160 Tonnen auf 195 Tonnen). Darauf deuten nicht zuletzt auch die gestiegenen Abfangquoten hin, die ambivalent sind: Je mehr Kokain gefunden wird, desto größer die Produktion, so die gängige Meinung unter Experten.

Aus der Erhöhung der Koka- und Kokainproduktion in Bolivien ergeben sich schwerwiegende Folgeprobleme. Zum einen hat der gestiegene Kokaanbau eine sensible ökologische Dimension. Vor allem im Chapare sind die Kokaproduzenten in den letzten Jahren immer weiter ins tropische Hinterland und in die dortigen Naturparks eingedrungen. Brandrodungen, die vor der Aussaat der Koka durchgeführt werden, fügen den empfindlichen Ökosystemen großen Schaden zu. Zudem führte das Vordringen der Kokaproduzenten schon häufiger zu Konflikten mit lokalen indigenen Gemeinschaften, die nicht nur die Okkupation, sondern auch die Zerstörung ihres Lebensraumes beklagen. Im September 2009 kam es im indigenen Nationalpark Isiboro Sécure (*Territorio Indígena Parque Nacional Isiboro-Sécure* - TIPNIS) zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Kokaproduzenten und lokalen Einwohnern mit dem traurigen Saldo von einem Toten und mehreren Verletzten.<sup>27</sup> Kurz zuvor hatte die Nachricht vom Bau einer Verbindungsstraße zwischen der Kleinstadt Villa Tunari und der Ortschaft Villa Copacabana mitten durch einen Nationalpark (*Parque Machía*) für große Empörung gesorgt. Über die Straße, die ein Wahlversprechen des Bürgermeisters war, sollen die Bauern ihre Agrarprodukte zu den lokalen Märkten transportieren. Dabei handelt es sich in erster Linie um Koka.<sup>28</sup>

In den Yungas, wo nach dem geltenden bolivianischen Drogenrecht 12.000 Hektar für den traditionellen Bedarf erlaubt sind, ist die Kokaproduktion von einem bereits überhöhten Niveau weiter gestiegen, allein in den letzten

25 Vgl.: Fernando Salazar: Narcotráfico: más fracasos que éxitos. In: Semanario Pulso. Nr. 514 / 2009. S. 12-14.

26 Vgl.: El Diario vom 06.03.2010.

27 Vgl.: La Razón vom 27.09.2009.

28 Vgl.: Los Tiempos vom 04.09.2009.

beiden Jahren um 10 Prozent auf insgesamt 23.000 Hektar.<sup>29</sup> Der finanzielle Anreiz, der von der Koka ausgeht, scheint einfach zu hoch. Die Agrargrenze wird nicht nur durch die Anlage neuer Felder auf Kosten unberührter Landstriche beständig ausgedehnt, die Koka verdrängt außerdem zunehmend legale Produkte, die zwar durchaus rentabel sind, dem finanziellen Vergleich mit der Koka aber trotzdem nicht standhalten können.

Zum anderen hat sich nach Angaben der bolivianischen Drogenpolizei FELCN mit der Koka auch das Drogengeschäft in Bolivien wieder ausgebreitet, was im Kleinen wie im Großen gilt, für nationale wie für internationale Akteure. Mehrfach sind in den letzten Jahren ganze Dörfer oder *comunidades* entdeckt worden, die kollektiv Kokain herstellten, u.a. in der kargen Andenregion und im Departement Cochabamba. Im Tal von Cochabamba hat die Herstellung von Kokain in einigen Gegenden sogar zur Verschmutzung des Grundwassers geführt, was Konflikte zwischen kokainproduzierenden und ackerbaubetreibenden Gemeinden provozierte.<sup>30</sup> Es ist zu vermuten, dass sich die nationalen Drogenkartelle immer häufiger bedürftiger bäuerlicher *comunidades* für die Drogenproduktion bedienen, woraus Abhängigkeiten entstehen, die in der Zukunft schwer zu lösen sein werden. Auch im Chapare ist der *narcotráfico* seit einiger Zeit wieder auf dem Vormarsch, was vor allem eines zeigt: Die »soziale Kontrolle« der Gewerkschaften funktioniert, wenn überhaupt, nur sehr eingeschränkt. Mehr noch, das Drogengeschäft scheint sich ebenfalls in den Gewerkschaften festgesetzt und nicht zuletzt Parteigänger der MAS erreicht zu haben. Der bislang brisanteste Fall in diesem Zusammenhang ereignete sich im Oktober 2008, als Angehörige von Margarita Terán, eine der engsten Vertrauten von Präsident Morales, mit 147 kg Kokainpaste festgenommen wurden. Hinzu kommt, dass viele der älteren Gewerkschafter, die die schwierige Zeit des Drogenkriegs überstanden haben und politisch absolut loyal gegenüber der politischen Stoßrichtung von Präsident Morales sind, inzwischen politische Ämter bekleiden und sich nicht mehr vor Ort befinden. Die neue Generation der Gewerkschaftsfunktionäre hingegen pflegt weniger politische Utopien als ihre eigenen Kassen. Die FELCN schätzt, dass sich die Anzahl der im Chapare operierenden Klans, wie der Klan Terán, seit 2007 von 17 auf 22 erhöht hat. Neben dem Produktionsanstieg in den ländlichen Gebieten wachsen Drogenproduktion, -handel und -konsum, ein oft vergessener Trend, auch in den bolivianischen Städten schnell an. Dies scheint insbesondere für die Armenstadt El Alto zu gelten, wo in letzter Zeit gehäuft Kokainlaboratorien und -lager entdeckt wurden.

<sup>29</sup> Vgl.: U.S. Department of State, International Narcotic Control Strategy Report 2010.

<sup>30</sup> Vgl.: Fernando Salazar: *Narcotráfico*.

Was die internationalen Akteure angeht, gehen der US-amerikanische Geheimdienst und die nationalen Behörden davon aus, dass sich inzwischen mexikanische und kolumbianische Kartelle in Bolivien niedergelassen haben.<sup>31</sup> Das hat nicht nur technologische Innovationen zur Folge, mit denen die Kokainproduktion schneller und effektiver wird (z.B. durch „mobile Laboratorien“ und Vorrichtungen zum Recycling von *Precursor*-Chemikalien, die zur Herstellung von Kokain benötigt werden). Wegen seines illegalen Charakters geht das Drogengeschäft immer mit der Verbreitung von Gewalt einher. Gelten die nationalen Klans noch als zurückhaltend, was die Anwendung von Gewalt betrifft, sind sowohl die mexikanische als auch die kolumbianische Drogenmafia für ihre Brutalität und Gewalttätigkeit umso bekannter. Infolgedessen steht zu befürchten, dass sich große, unkontrollierbare Gewaltmärkte im Land konstituieren, die nur schwer wieder abzuschaffen sein werden. Mexiko mit seinem andauernden Kartellkrieg und Kolumbien gehen hier mit abschreckendem Beispiel voran. Nicht zuletzt stellt das wachsende Drogengeschäft eine Gefahr für die bolivianische Demokratie dar. Drogenkartelle versuchen ihr Geschäft nicht nur durch den Einsatz von Waffengewalt zu schützen, sondern auch durch die weitaus stillere Korruption von Politikern. Was passiert, wenn politische Entscheidungsträger Drogenhändlern und nicht mehr dem Gemeinwohl verpflichtet sind, lässt sich ebenfalls in Kolumbien und Mexiko beobachten. Vor den Augen der korrumpierten Politiker finden massivste Menschenrechtsverletzungen durch die Mitglieder der Drogenkartelle statt.

#### 4. Große Herausforderungen

In den 1980er Jahre verzeichnete Bolivien einen steilen Anstieg der Kokaproduktion weit über den traditionellen Bedarf hinaus, dessen Ursache vor allem die gewachsene Nachfrage nach Kokain in den Vereinigten Staaten war. Während die Kokainbranche unter den Militärregimen noch weitgehend unbehelligt agieren konnte, versuchten die demokratischen Regierungen die Koka- und Kokainproduktion im Land mit US-amerikanischen Rezepten einzudämmen. Das bedeutete in erster Linie die massive Zerstörung der Kokapflanzen durch das Militär und ein drakonisches Vorgehen gegen Drogenproduktion und -handel. Die Folgen dieser Politik in der als illegal klassifizierten Kokaanbauzone des Chapare waren katastrophal. Angesichts fehlender ökonomischer Alternativen widersetzten sich die hoch organisierten

---

31 Vgl.: La Razón vom 30.10.2009.

Kokaproduzentengewerkschaften der Zerstörung ihrer Pflanzen, was bald zu permanenten, bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen Kokabauern und Militäreinheiten führte. Zahlreiche Menschen starben, etliche wurden verletzt. Erst Präsident Carlos Mesa gelang es, die Region durch die Gewährung einer geringfügigen Kokaproduktion pro Familie, dem *c'ato*, zu befrieden. Sein Nachfolger Evo Morales, seines Zeichens selbst Kokaproduzent und auch als Präsident noch erster Vorsitzender der Kokaproduzentengewerkschaften, vollführte schließlich einen drastischen drogenpolitischen Kurswechsel, der die Kokaproblematik mehr als Armut- denn als Sicherheitsproblem begreift. Infolgedessen wurde die *c'ato*-Regelung im Chapare erweitert und auf die traditionelle Kokaanbauregion der Yungas ausgedehnt. Grundsätzlich gilt heute für die drogenpolitische Stoßrichtung »Null Koka« und nicht mehr wie in der Vergangenheit »Null Koka«.

Obwohl die neue bolivianische Drogenpolitik einige Erfolge aufzuweisen hat, neben der Befriedung des Chapare vor allem der Anstieg der Abfangquoten für Kokainprodukte, überwiegen in der Praxis die negativen Entwicklungen. Die duldsame Haltung der Regierung Morales gegenüber den Kokaproduzenten ließ die Kokaproduktion in den letzten Jahren signifikant ansteigen. Mit, je nach evaluierender Behörde, zwischen 30.000 und 35.000 Hektar Koka bei steigender Tendenz bewegt sich Bolivien scheinbar unaufhaltsam wieder auf den historischen Kokahöchststand der neunziger Jahre zu. Mit der angewachsenen Kokaproduktion haben sich auch die Herstellung von und der Handel mit Drogen wieder bedenklich in Bolivien ausgebreitet. Die Konsequenzen daraus könnten fatal sein: von der Entstehung unkontrollierbarer Gewaltmärkte bis hin zur Untergrabung der Demokratie durch die korrumpierende Hand des Drogenhandels. Hinzu kommt, dass der Anstieg der Kokaproduktion in den Anbaugebieten eine Reihe ökologischer Probleme verursacht, deren Langzeitfolgen derzeit kaum abschätzbar sind.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich die Unfähigkeit der Regierung Morales, ihre eigenen drogenpolitischen Pläne zu erfüllen. Im Besonderen wird deutlich, dass die von Gewerkschaften und Regierung stets als Innovation gelobte Komponente der »sozialen Kontrolle« ganz offensichtlich nicht funktioniert: weder in den Yungas noch im Chapare. Die finanziellen Anreize, die von Koka- und Kokainproduktion ausgehen, scheinen jeden sozialen Kontrollmechanismus auszuhebeln.

Präsident Morales befindet sich hinsichtlich des Umgangs mit der Kokaproduktion im Land freilich in einem Dilemma. Auf der einen Seite hat Bolivien internationale Verpflichtungen, die auch seine Regierung anerkennt und die ein entschiedenes Vorgehen gegen Drogenproduktion und -handel verlangen. Beide wachsen aber mit der Kokaproduktion. Und hier liegt das

Problem: Die Kokaproduzentengewerkschaften des Chapare, aus deren Reihen Morales stammt, bilden den stärksten Rückhalt seiner Regierung und stellen damit eine Klientel dar, deren Forderungen erfüllt werden müssen. Von daher ist ein strengeres Vorgehen gegen die ausufernde Kokaproduktion für Morales aus machtpolitischen Erwägungen nur begrenzt möglich. Schon mehrfach wurden Operationen der Sicherheitskräfte zur Vernichtung illegaler Kokabestände auf Geheiß der Regierung abgebrochen. Insbesondere vor den äußerst bedenklichen Entwicklungen im Chapare scheint sie beide Augen zu verschließen, um ihre Machtbasis nicht zu verprellen.

In der Rhetorik von Regierung und Kokabauern spielt die unzweifelhaft hohe kulturelle Bedeutung der Kokapflanze für die indigenen Völker seit langem eine wichtige Rolle, auch für die Ausrichtung der Drogenpolitik. Insofern hat man sich demonstrativ vom »Null Koka« der Vorgängerregierungen verabschiedet. Außerdem wurde die Koka inzwischen auf Betreiben der MAS-Fraktion in der Verfassungsgebenden Versammlung sogar als nationales Symbol verfassungsmäßig anerkannt. Davon geht eine klare Botschaft aus: Koka wird es in Bolivien immer geben, aus Gründen, die mit Drogenproduktion und -konsum nichts zu tun haben. Dennoch, oder vielleicht gerade deswegen, steht die Regierung Morales (und ihre Nachfolger) vor der gewaltigen Herausforderung, den Kokaanbau im Land zu beschränken und die sich ausbreitenden Drogenkartelle entschieden zurückzudrängen, eben auch gegen (partei-)interne Widerstände. Ob sie dieser Herausforderung gerecht werden kann oder gerecht werden will, bleibt abzuwarten. Zumindest in nächster Zeit sieht es nicht danach aus. Vor kurzem gaben die USA bekannt, dass Bolivien aufgrund mangelnder Bereitschaft zum Kampf gegen die Drogen zum zweiten Mal in Folge dezertifiziert würde. Verärgert über diese als Einmischung in nationale Angelegenheiten empfundene Maßnahme, verkündete Evo Morales eine drogenpolitische Schwerpunktverlagerung. 2010 wolle man sich in erster Linie auf die Kontrolle der, ebenfalls anwachsenden, Marihuanaproduktion konzentrieren.<sup>32</sup> Diese Ankündigung klingt zynisch. Die Produktion von Marihuana in Bolivien hat nicht annähernd die Ausmaße und Negativfolgen der Koka- und Kokainproduktion, die bei einer derartigen Schwerpunktverlagerung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in historische Höhen schießen würden.

---

32 Vgl.: La Prensa vom 05.03.2010.

*Literatur*

Allen, Catherine: *The Hold Life Has: Coca and Cultural Identity in an Andean Community*. Washington 1988.

Carter, William / Mamani, Mauricio: *Coca en Bolivia*. La Paz 1986.

Daun, Anna / Bergfeld, Daniel / Schorr, Bettina: Koka, Kokain und die bolivianisch-amerikanischen Beziehungen. In: Bopp, Franziska / Ismar, Georg (Hrsg.): *Bolivien: Neue Wege und alte Gegensätze*. Berlin 2006. S. 496-523.

Joyce, Elizabeth: *Packaging Drugs: Certification and the Acquisition of Leverage*. In: Bulmer-Thomas, Victor / Dunkerley, James (Hrsg.): *The United States and Latin America: The New Agenda*. Cambridge 1999. S. 207-225.

Komadina, Jorge / Geffroy, Céline: *El poder del movimiento político*. La Paz / Cochabamba 2007.

Ledebur, Kathryn: *Bolivia: Clear Consequences*. In: Youngers, Coletta / Rosin, Eileen (Hrsg.): *Drugs and Democracy in Latin America: The Impact of U.S. Policy*. London / Boulder (Colorado) 2004.

Ledebur, Kathryn: *Coca and Conflict in the Chapare*. WOLA Briefing Series. Washington 2002.

Lessmann, Robert: »La Hoja de Coca no es Droga«: *Cocaleros als soziale Bewegung in der Andenregion*. In: Mittag, Jürgen / Ismar, Georg (Hrsg.): *El Pueblo Unido? Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas*. Münster 2009.

Lessmann, Robert: *Drogenökonomie und internationale Politik*. Frankfurt a. M. 1996.

Salazar, Fernando: *Narcotráfico: más fracasos que éxitos*. In: *Semanario Pulso*. Nr. 514/2009. S. 12-14.

Salazar Ortuño, Fernando: *De la coca al poder. Políticas públicas de sustitución de la economía de la coca y pobreza en Bolivia [1975-2004]*, Buenos Aires 2008.

Schorr, Bettina: *Von nützlichen Feinden und verfehlter Politik: Der Drogenkrieg der USA in Bolivien*. In: Thomas Jäger (Hrsg.): *Bolivien - Staatszerfall als Kollateralschaden*. Wiesbaden 2009. S. 175-204.

U.S. Department of State. International Narcotics Control Strategy Report 2002.

U.S. Department of State. International Narcotics Control Strategy Report 2010.

UNODC 2009. World Drug Report 2009.

INGO NIEBEL

## Zwischen Entwicklungshilfe und Umsturz Deutsche Stiftungen in Bolivien

*Bolivien im Fadenkreuz*

Vom Einkommen her gilt Bolivien als das ärmste Land Südamerikas. Aber das könnte sich in den kommenden Jahrzehnten ändern, wenn es weiterhin frei über seine immensen Bodenschätze verfügen kann. Dank Erdgas und Lithium sowie eines selbstbewussten Präsidenten namens Evo Morales besteht die reale Möglichkeit, die Mehrheit der Bolivianer aus dem Elend zu holen. Aber auch das genaue Gegenteil wäre möglich, nämlich wenn die USA, EU und Deutschland es schaffen würden, den seit 2006 laufenden Transformationsprozess zu beenden. Die Gefahr ist nicht fiktiv, sondern sehr real, seitdem die FDP-nahe »Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit« (FNS) 2009 die Putschisten in Honduras vor, während und nach ihrem Staatsstreich gegen Präsident Manuel »Mel« Zelaya unterstützt hat.<sup>1</sup> Damit steht die »Stiftungsaußenpolitik« parteinaher Einrichtungen aus Deutschland wieder im Fokus der Lateinamerika-Berichterstattung.

Der vorliegende Artikel beleuchtet die aktuelle Tätigkeit von vier der sechs Stiftungen, die jenen Parteien nahe stehen, die im Bundestag vertreten sind. Die Grundlage bilden die Selbstdarstellungen der vier Institutionen. Aus Zeit- und Platzgründen wird darauf verzichtet, die Arbeit der Stiftungen vor 2006 zu untersuchen. Die Auswahl der untersuchten Stiftungen erklärt sich aufgrund ihrer Tätigkeiten in Bolivien. Die Heinrich Böll Stiftung sowie die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die den Grünen bzw. der Partei Die Linke nahe stehen, bleiben unberücksichtigt, da sie in Bolivien (noch) über keine Büros verfügen. Das ist zwar ebenso bei der FNS der Fall, aber die FDP-nahe

---

1 Eine detaillierte und mit Quellen versehene Zusammenfassung der FNS-Aktivitäten findet sich in Ingo Niebel: Obamas zweiter Staatsstreichversuch. GEHEIM 24(2009)2. S. 22-27.

Einrichtung hat seit 2006 wie keine andere deutsche Stiftung offen ihre Bereitschaft gezeigt, in Bolivien und Honduras auch mit rechtswidrigen Mitteln gegen demokratisch legitimierte Regierungen vorzugehen.

Die folgende Beschreibung beruht auf der Ansicht, dass die deutschen Stiftungen Instrumente und Akteure der deutschen Außenpolitik sind. Dies impliziert, dass sie auf die eine oder andere Weise deutsche Wirtschaftsinteressen vertreten, auch wenn das Einzelfall abhängig untersucht werden müsste. Aus Platzgründen ist es nur skizzenhaft möglich, auf die außen- und wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen La Paz und Berlin einzugehen.

Die Arbeit deutscher Stiftungen im Ausland bleibt unverständlich, wenn nicht auch ihre Finanzierung durch den deutschen Staat erklärt wird, da dies zwangsläufig zu ihrer Einbindung in die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik führt. Ob sich Stiftungen instrumentalisieren lassen oder im Rahmen der »Auftragstaktik« ein zuvor mit anderen deutschen oder ausländischen Akteuren abgestecktes Ziel verfolgen, bedarf wiederum der Einzelfallprüfung. Die Stiftungen als einfache Befehlsempfänger der deutschen Politik und Industrie zu betrachten, hieße ihre Selbstständigkeit zu ignorieren.

Des Weiteren erweist es sich in der globalisierten Welt des frühen 21. Jahrhunderts als notwendig, die Stiftungsaußenpolitik in Bolivien auch im geopolitischen und geostrategischen Kontext zu sehen. Die wirtschaftliche, politische und militärische Schwäche der »einzigsten Weltmacht« USA hat zu einer zunehmenden Kooperation mit EU-Partnern gegen die progressiven und revolutionären Bewegungen in Lateinamerika geführt. Besonders das Staatenbündnis ALBA ist zur Zielscheibe derartiger Aktivitäten geworden. Dabei stimmt die CDU ihr Vorgehen in der Region mit US-Partnern ab. Bolivien stellt dafür ein Beispiel dar und bedarf deshalb einer ausführlicheren Analyse. Der globale Aspekt der Stiftungsaußenpolitik ergibt sich aus den Verbindungen von ALBA zum Iran und der aktuellen Eskalation am Golf.

Jenseits des politischen Drucks, den die Bundesregierung und die deutschen Parteien auf Bolivien ausüben, wie im Folgenden gezeigt wird, sei an dieser Stelle noch auf die privatwirtschaftliche Bertelsmann-Stiftung und die Nichtregierungsorganisation Transparency International verwiesen, die neben anderen vergleichbaren Einrichtungen mit ihrem Transformationsbeziehungsweise Korruptionsindex die Wahrnehmung von Bolivien als »demokratischen« Staat beeinflussen. Ähnliches unternimmt die CDU-nahe Konrad Adenauer Stiftung mit ihrem »Demokratie-Index Lateinamerika«. Diese Mittel zur Beeinflussung des Bolivien-Bildes hierzulande wie auch die politische Arbeit, die die Parteien zu diesem Zweck über ihre jeweiligen internationalen Zusammenschlüsse in den Regionen realisieren, können hier nicht behandelt werden. Somit stellt dieser Text lediglich eine kurze Mo-

mentaufnahme der deutschen Stiftungsarbeit in Bolivien dar, die aufgrund des Umfangs dieses Beitrages sowie der raschen Entwicklung des Landes und der internationalen Politik keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann.

Bolivien erstreckt sich auf einer Fläche von über einer Million Quadratkilometern und ist somit dreimal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland. Der Andenstaat zählt etwa zehn Millionen Einwohner. Das Bruttoinlandsprodukt lag 2008 bei 17 Milliarden US-Dollar (USD), das Prokopfeinkommen bei 1.720 USD.<sup>2</sup> Mindestens 60 Prozent der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze. Über 72 Prozent der Bewohner gehören den indigenen Völkern an, 28 Prozent gelten als »Weiße« und zählen zu den Nachkommen der spanischen Kolonisten. Die Amtssprache ist Spanisch. Quechua und Aymara werden erst seit 1995 in den Schulen unterrichtet. Laut Angaben des Auswärtigen Amtes gelten 78 Prozent der Bolivianer als katholisch und etwa 10 Prozent gehören evangelikalen Sekten an.<sup>3</sup> Die Hauptstadt ist Sucre; der Regierungssitz befindet sich in La Paz.

Bolivien ist reich an Bodenschätzen: Dazu zählen in erster Linie die Gasvorkommen, die mit einem Umfang von 680 Milliarden Kubikmetern als die zweitgrößten Vorkommen nach denen Venezuelas in Südamerika gelten. Das Land verfügt auch über die weltgrößten Vorkommen an Lithium, das für die Herstellung von Mobiltelefonen, Laptops und für die Batterien von Elektroautos Verwendung findet, und somit zu einem Schlüsselement für die technologische und wirtschaftliche Entwicklung Europas und der USA wird.<sup>4</sup>

Nachdem mit Evo Morales 2006 erstmalig ein *indígena* das Präsidentamt bekleidet, emanzipierte sich Bolivien, wie zuvor schon Venezuela, von der Bevormundung durch die reichen Staaten des Nordens. Ein wichtiger Schritt, um die Bodenschätze und die daraus resultierenden Gewinne zu kontrollieren, bestand darin, die Verfassung entsprechend zu ändern. Das ging einher mit der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien (gegen Entschädigung), zum Beispiel im Gassektor, und der Neuordnung der Gewinne, von denen jetzt 82 Prozent dem Staat zukommen und 18 Prozent bei den ausländischen Firmen verbleiben.

Dadurch sowie dank der hohen Rohstoffpreise gelang es 2008 der Regierung Morales, aus eigener Kraft die Schulden von 4,4 Milliarden USD auf 2,4 Milliarden zu reduzieren. Gleichzeitig stiegen die Devisenreserven in die bis dato unbekannte Höhe von 6,8 Milliarden USD (2008), ein Plus von

2 Vgl.: URL: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/01-Laender/Bolivien.html> (Abruf 28.1.2010).

3 Vgl.: Ebenda.

4 Vgl.: Salziges Gold. »Süddeutsche Zeitung« vom 21.9.2009.

78 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Bei der Armutsbekämpfung im Land selbst setzte Morales auf die kubanischen Modelle der Alphabetisierung (*Yo, sí puedo* – Ich kann's doch) und der Gesundheitsversorgung im Armenviertel, die bereits in Venezuela erfolgreich waren. So lernten 82.4101 Bolivianer das Lesen und Schreiben, etwa 38.000 in den Indígena-Sprachen Aymara und Quechua.

Angesichts des Drucks, den die einheimische Oligarchie mit Hilfe der USA, der EU und Deutschlands gegen Evo Morales ausübte<sup>5</sup>, war für ihn die Integration in die linke Bolivarianische Allianz der Völker unseres Amerikas (*Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América – ALBA*) überlebenswichtig. Ohne die praktische, ökonomische und politische Hilfe aus Venezuela und Kuba hätten es der Präsident und seine Bewegung zum Sozialismus (*Movimiento al Socialismo – MAS*) sehr viel schwerer gehabt, die gesetzten Ziele wie zum Beispiel die Gesundheitsversorgung der armen Bevölkerung und die Befreiung vom Analphabetismus zu erreichen. In diesem Kontext spielt auch die politische, industrielle und wirtschaftliche Kooperation mit dem Iran eine wichtige Rolle.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich ebenfalls, warum Morales die Präsidentschaftswahlen am 6. Dezember 2009 mit 63 Prozent der Stimmen gewinnen konnte. Die MAS verfügt seitdem über zwei Drittel der Parlamentssitze. Dieser Triumph markiert das definitive Ende des alten Parteiensystems. Nach Venezuela 1998 müssen sich die vier deutschen Stiftungen mit der Tatsache auseinandersetzen, dass auch in Bolivien keine ihrer Partnerparteien mehr an der Regierung beteiligt ist. Hinzu kommt, dass viele ihrer befreundeten Akteure in der Bedeutungslosigkeit verschwanden. Und die noch vorhandenen Organisationen und Personen sind nicht in der Lage, in absehbarer Zeit an die Macht zurückzukehren. Daher verfügt momentan nur noch die Bundesregierung über die Mittel, um wesentlichen Druck auf die Exekutive in La Paz ausüben. Und diese setzt sie auch ein.

5 Hierzu zählen u.a. die Unterstützung der Sezessionsbewegung in den reichen Departements, das angedachte Streichen von US-Finanzhilfen 2009, die negative Berichterstattung der Mainstream-Medien des Nordens über bolivianische Regierungspolitik, die EU-Visumpflicht für Bolivianer und das Agieren gewaltbereiter Gruppen mit CIA-Anbindung, wie der Fall des im April 2009 zerschlagenen Söldnerkommandos in Santa Cruz zeigt. Vgl.: Evo Morales spaltet das Land. »Die Welt« vom 24.6.2007; Muss Präsident Evo Morales bald gehen. »Die Welt« vom 10.8.2008; Ingo Niebel: Autonomistische Wahlberichterstattung. [amerika21.de](http://amerika21.de), 7.5.2008. URL: <http://amerika21.de/blog/Wahlberichterstattung>; Ingo Niebel: Mordplan gegen Morales aufgedeckt. [amerika21.de](http://amerika21.de), 22.12.2008 [http://amerika21.de/nachrichten/inhalt/2008/dez/Mordplan\\_gegen\\_Morales](http://amerika21.de/nachrichten/inhalt/2008/dez/Mordplan_gegen_Morales); Evo Morales difunde pruebas de una »gran infiltración« de la CIA en Bolivia. EuropaPress, 25.2.2009; Líderes autonomistas de las regiones ricas de Bolivia financiaron un grupo armado. [rebelion.org](http://rebelion.org), 26.6.2009. Vgl: URL: <http://www.rebelion.org/noticia.php?id=86608> (Abruf 26.6.2009).

*Bolivien und Deutschland – Eine ungleiche Beziehung mit Konfliktstoff*

2008 nahm der Handel zwischen Deutschland und Bolivien wieder zu. Die deutschen Exporte stiegen auf 78,6 Millionen USD, die deutschen Importe sogar auf 111,5 Millionen USD. Auf diese Weise erzielte Bolivien erstmalig einen deutlichen Überschuss (32,9 Mio. USD) in der Handelsbilanz.<sup>6</sup> Trotzdem gilt Bolivien derzeit als Schwerpunktland und größter Pro-Kopf-Empfänger deutscher Entwicklungszusammenarbeit (EZ) in Südamerika. Darauf verweisen auch immer wieder jene deutschen Parteien, die unzufrieden mit Morales' Regierungspolitik sind. Seit den 1970er Jahren flossen rund eine Milliarde Euro in den Andenstaat. Bei den letzten Regierungsverhandlungen im August 2009 in La Paz versprachen die Deutschen weitere 62 Millionen Euro. Deutschland ist nach Venezuela, Brasilien und Spanien der viergrößte bilaterale Geber.

Ob und wie lange diese Gelder noch nach Bolivien fließen, hängt von den (welt)politischen Umständen ab. »Eine Belastung der wirtschaftlichen Beziehungen könnte sich aus der weiterhin ungelösten Entschädigungsfrage für ein verstaatlichtes deutsch-peruanisches Unternehmen entwickeln«, schreibt das Auswärtige Amt (AA) auf seiner Internetseite.<sup>7</sup> Dabei handelt es sich um die Firma *Oiltanking*, die zur Hamburger *Marquard & Bahls AG* gehört. Sie war Teil des Öl-Logistikunternehmens *Compañía Logística de Hidrocarburos Boliviana S.A.* (CLHB), das im Mai 2008 ins Staatsbesitz übergegangen war.

Obwohl Morales' Politik darauf gerichtet ist, das Land aus eigener Kraft aus der Armut zu führen und die damit verbundenen Probleme zu lösen, findet das nicht die Zustimmung der offiziellen deutschen Stellen, die genau das immer gefordert haben. Der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) stellt fest: »Allerdings haben bisherige Regierungen – auch die amtierende Regierung Morales – noch nicht die strategisch-politischen und administrativen Kapazitäten entwickelt, diesen Veränderungsprozess unter Beachtung demokratischer Grundsätze wirksam zu lenken.«<sup>8</sup>

Diese Kritik ist nicht kohärent, wenn man berücksichtigt, dass die CDU/CSU-Fraktion in ihrem Antrag vom 11. November 2003 die rotgrüne Bundesregierung dazu aufforderte, »zusammen mit den europäischen und internationalen Partnern die bolivianische Regierung in ihrem Bemühen, das Projekt

6 Vgl.: URL: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Bolivien/Wirtschaftsdatenblatt.html> (Abruf 23.8.2010).

7 URL: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Bolivien/Bilateral.html> (Abruf 15.1.2010).

8 URL: [http://www.ded.de/cipp/ded/custom/pub/content,lang,1/oid,266/ticket,g\\_u\\_e\\_s\\_t/~Bolivien.html](http://www.ded.de/cipp/ded/custom/pub/content,lang,1/oid,266/ticket,g_u_e_s_t/~Bolivien.html) (Abruf 20.1.2010).

der Gasexporte weiterzuführen, zu unterstützen. Der Gasexport wird dem bolivianischen Staat zu einer festen und verlässlichen Einkommensquelle verhelfen. Dabei sind ausreichend Vorkehrungen zu treffen, dass die Erlöse aus den Gasexporten tatsächlich dem bolivianischen Staatshaushalt und Projekten zum wirtschaftlichen und sozialen Aufbau des Landes zufließen.«<sup>9</sup>

Genau das hat Evo Morales nach seiner Amtseinführung – auch zum Nachteil der Energie-Konzerne aus der EU wie *Repsol*, *Total* und *British Gas* – umgesetzt. Faktisch bedeuten sein fortdauernder politischer Erfolg und die Fortführung seiner Politik ein Scheitern der deutschen Einflussnahme auf Regierungsebene. Unmittelbar nach Morales' Amtseinführung 2006 versuchte die damalige Entwicklungsministerin, Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD), den Politiker zu bewegen, sich von Kuba und Venezuela, dem so genannten »roten Bogen« zu trennen und stattdessen mit Chile, Argentinien und Brasilien auf der »rosa Welle« zu surfen.<sup>10</sup> Auch die Energie-Konzerne empfanden die »Bolivien-Krise« als eine Belastung.

Morales blieb bei seiner Politik und sagte beim EU-Lateinamerika-Gipfel im Mai 2006 der Deutschen Welle: »Europa muss verstehen, dass dem Volk historischer Schaden zugefügt worden ist. Das indianische Volk will das nun reparieren, indem es über seine Ressourcen selbst entscheidet.« Der damalige deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier ignorierte dies und erklärte bei dem Treffen, »Lateinamerika besteht nicht nur aus den sozialistischen Populisten Hugo Chávez aus Venezuela und Evo Morales aus Bolivien.«<sup>11</sup>

Bis Anfang 2010 ist der Gegensatz zwischen Bolivien auf der einen Seite und Deutschland, der EU und den USA auf der anderen immer deutlicher zutage getreten. Die USA führen ihre harte Gangart gegenüber den ALBA-Ländern im Allgemeinen und Bolivien im Besonderen auch unter Präsident Barack Obama fort. Am 5. Juli 2009 sah sich Boliviens Präsident Evo Morales erneut gezwungen, die »offene Einmischung« der USA in die inneren Angelegenheiten seines Landes anzuprangern. Der Grund war diesmal, dass Washington der Exekutive in La Paz wegen der neuen Verfassung Hilfgelder strich. »Das Überraschendste ist, dass die neue Regierung in den USA nicht mehr nur aus dem Coca-Anbau oder dem Drogenhandel eine Frage macht, sondern sogar aus der Politik, die wir hier umsetzen«, sagte das Staatsoberhaupt.<sup>12</sup> Morales bezog sich auf ein US-Dokument, das seine Regierungspolitik ab 2006, dem Jahr seines Amtsantritts, analysierte und dem State Depart-

---

9 DS 15/1980.

10 Vgl.: German Foreign Policy. Steinmeier und Boliviens Erdgasreserven. 27.4.2006 URL: <http://www.german-foreign-policy.com>

11 URL: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,2018233,00.html> (Abruf 31.1.2010).

12 Denuncia Evo Morales »abierta intromisión« estadounidense en asuntos internos de Boli-

ment riet, Finanzhilfen und Zollvergünstigungen für Bolivien zu streichen. Auch in Nicaragua benutzen Washington und Brüssel ihre Hilfsgelder, um die Regierung des sandinistischen Präsidenten Daniel Ortega unter Druck zu setzen.

Gegenüber Bolivien legte Brüssel ab 2007 ebenfalls eine härtere Gangart an den Tag: Zuerst beschloss die EU, die Visa-Pflicht für Bolivianer, die nach Europa reisten. In der Diplomatie gilt die Abschaffung der Visa-Pflicht in der Regel als Zeichen des guten Willens, um die Beziehungen zwischen zwei Staaten oder Regionen zu verbessern. Ihre Einführung hingegen wird meistens als ein Mittel verstanden, das die Verschlechterung im bilateralen Verhältnis ausdrückt. 2008 folgte die Maßnahme, dass EU-weit Ausländer ohne gültige Aufenthaltserlaubnis künftig für maximal 18 Monate in Abschiebehaft zu nehmen sind. Diese Entscheidung betraf besonders die halbe Million der in Europa lebenden Bolivianer. Die bolivianische Botschaft in Madrid teilte 2007 mit, dass sich 350.000 ihrer Staatsbürger in Spanien aufhielten, von denen aber nur 65.000 eine gültige Aufenthaltserlaubnis besäßen. Morales brachte das eigentliche Ziel der EU-Maßnahmen auf den Punkt: »Für uns stellen unsere Migranten eine Hilfe zur Entwicklung dar, die uns die Europäer nicht geben – da ja nur wenige Länder tatsächlich das Minimalziel von 0,7 Prozent ihres BIP für die Entwicklungshilfe erreichen. Lateinamerika erhielt 2006 68 Mrd. Dollar Geldüberweisungen von Migranten, das ist mehr als die Gesamtheit der ausländischen Investitionen in unseren Ländern. In der gesamten Welt erreichen diese Rücküberweisungen 300 Mrd. Dollar, sie übersteigen die 104 Mrd. Dollar, die als Entwicklungshilfe gewährt werden. Mein eigenes Land, Bolivien, empfing mehr als 10 Prozent seines BIP in Migrantenüberweisungen (1,1 Mrd. Dollar) oder ein Drittel unserer jährlichen Gasexporte.«<sup>13</sup>

Bolivien und die übrigen ALBA-Staaten bemühen sich daher, das Erpressungspotential der USA und EU dadurch zu reduzieren, indem sie sich neue Partner suchen. Damit sind vor allem China, der Iran und Russland gemeint. Neben dem verdeckten Wirtschaftskrieg gegen Bolivien versuchen die USA auch mittels ihrer bekannten »dirty tricks«, Morales Schwierigkeiten zu bereiten. Die Unterstützung der Autonomiebewegung im »Media Luna« durch den US-Botschafter gehörte dazu.<sup>14</sup> 2008 machte der bolivianische Präsident

---

via. apporea.org, 5.7.2009 Vgl.: URL: [www.aporeea.org/internacionales/n1138031.html](http://www.aporeea.org/internacionales/n1138031.html) (Abruf 5.7.2009)

13 Morales, Evo. Macht die Migranten nicht zu Sündenböcken! »Neues Deutschland« vom 18.6.2008 gekürzt auf URL: <http://www.linksfraktion.de/wortlaut.php?artikel=1570966175> (Abruf 23.8.2010)

14 Vgl.: EEUU expulsó a embajador de Venezuela. teleSur, 12.9.2008. Vgl.: URL: <http://www.>

dem Treiben ein Ende, indem er Washingtons Botschafter zu »persona non grata« erklärte und des Landes verwies. Die USA reagierten mit einer entsprechenden Gegenmaßnahme.

Im Dezember 2009 erreichte das bilaterale Verhältnis einen weiteren Tiefpunkt. Nach Morales' überragenden Wahlsieg machte US-Außenministerin Hillary Clinton deutlich, wie eng die Zukunft der ALBA-Länder mit der Krise am Persischen Golf verbunden ist. Sie warnte ausdrücklich Venezuela und Bolivien: »Wenn Leute mit dem Iran flirten wollen, sollten sie daran denken, welche Folgen das für sie haben könnte.« Clinton forderte die beiden Länder auf, besser »zwei Mal zu überlegen«, bevor sie enge Beziehungen zum Iran aufnehmen. Dies wäre eine »schlechte Idee«, fuhr die Politikerin fort. Unverhüllt drohte sie mit »Konsequenzen«, falls diese ihrer »Empfehlung« nicht nachkämen.<sup>15</sup> Ähnlich hatte sich der israelische Präsident Shimon Peres einen Monat zuvor in Buenos Aires geäußert. Damit wollte er die Lateinamerikareise seines iranischen Amtskollegen Mahmud Ahmadinedschad konterkarieren, der mit Bolivien und Venezuela eine »strategische Partnerschaft« unterhält.<sup>16</sup>

### *Deutsche Stiftungen – Akteure und Instrumente deutscher Außenpolitik*

#### *Die Finanzierung der Stiftungsarbeit*

Jede der sechs im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien verfügt über eine ihr »nahe stehende« Stiftung. Das sind im Jahr 2010:

Stiftung	Partei
Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)	SPD
Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)	CDU
Heinrich-Böll-Stiftung (HBS)	Bündnis 90/Die Grünen
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNS)	FDP
Hanns-Seidel-Stiftung (HSS)	CSU
Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS)	Die Linke

[telesurtv.net/noticias/secciones/nota/32662-NN/eeuu-expulso-a-embajador-venezolano/](http://telesurtv.net/noticias/secciones/nota/32662-NN/eeuu-expulso-a-embajador-venezolano/)  
(Abruf 12.9.2009).

15 Hillary advierte a los aliados latinos de Irán. AFP-Reuters, 12.12.2009

16 Israel's Peres: Chávez, Ahmadinejad will fall. Associated Press. 17.11.2009

Obwohl sich diese Institutionen »Stiftungen« nennen, sind sie rechtlich gesehen »Vereine«. Die Ausnahme, die die Regel bestätigt, ist die FDP-nahe FNS, die tatsächlich den Rechtsstatus einer Stiftung besitzt. Neben diesen bundesweit und international operierenden Einrichtungen verfügen die im Bundestag vertretenen Parteien auch auf Landesebene über regionale »Stiftungen«. In Deutschland obliegt es der so genannten Stiftungsaufsicht, der Gründung einer solchen Institution zuzustimmen, sie in das Stiftungsregister aufzunehmen und sie zu kontrollieren. Alles Weitere bestimmen das Bürgerliche Gesetzbuch und die entsprechenden Landesgesetze.

Obgleich jede der sechs genannten Stiftungen mit einer Partei eng verbunden ist, darf sie aus juristischen Gründen nur als »parteinah« bezeichnet werden. »Die Stiftungen erfüllen ihre satzungsgemäßen Aufgaben in organisatorischer und personeller Unabhängigkeit von den ihnen nahestehenden Parteien«, erklärt das Bundesinnenministerium auf seiner Internetseite.<sup>17</sup> Aber die Abhängigkeit der Stiftungen von den im Bundestag vertretenen Parteien tritt bei der Finanzierung offen zutage: Das Parlament entscheidet über den Bundeshaushalt, und aus dem erhalten die Stiftungen die so genannten »Globalzuschüsse zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit«.

Dieser Etatposten ist im vergangenen Jahr von knapp 90 Millionen Euro (2008) auf 95 Millionen Euro (2009) gestiegen. Die Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt 2009 verteilten sich folgendermaßen auf die einzelnen Stiftungen:

Stiftung	Summe in Euro
Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)	31.163.000
Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)	27.655.000
Heinrich-Böll-Stiftung (HBS)	9.804.000
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNS)	9.804.000
Hanns-Seidel-Stiftung (HSS)	9.804.000
Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS)	6.641.000
<b>Total:</b>	<b>94.871.000</b>

17 URL: [http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/PolitikGesellschaft/PolitBildGesellZusammen/PolitStiftungen/PolitStiftungen\\_node.html](http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/PolitikGesellschaft/PolitBildGesellZusammen/PolitStiftungen/PolitStiftungen_node.html) (Abruf 31.1.2010)

Diese Zuwendungen machen 90 Prozent des jeweiligen Stiftungsetats aus. Sie unterliegen der Kontrolle durch Parlament und Bundesrechnungshof. Die restlichen zehn Prozent speisen sich aus Spenden und Eigenkapital.<sup>18</sup>

Aber die Bundeshaushaltsordnung lässt auch zu, dass den Stiftungen weitere – projektgebundene – Zuwendungen aus »anderen Titeln des Bundeshaushalts gewährt werden können«. In der Regel sind es das Auswärtige Amt (AA) und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), die in ihren Etats einen entsprechenden Posten bereitstellen. Im Bundeshaushalt 2009 erhöhte das AA seine Zuwendungen für die »gesellschaftspolitische Maßnahmen der politischen Stiftungen« um 2,5 Millionen Euro auf 14,6 Millionen Euro für die Jahre 2010-2012. Im Einzelplan 05 des Bundeshaushalts für das AA heißt es dazu unter Titel 687 07-029: »Die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Friedrich-Naumann-Stiftung, die Hanns-Seidel-Stiftung, die Heinrich-Böll-Stiftung und die Rosa-Luxemburg-Stiftung fördern im Rahmen ihrer internationalen gesellschaftspolitischen Arbeit das wechselseitige Verständnis politischer, wirtschaftlicher, sozialer, umweltpolitischer und soziokultureller Entwicklungen. Die Maßnahmen dienen dem Informations-, Meinungs- und Erfahrungsaustausch sowie der Schulung gesellschaftlicher und politischer Schlüsselgruppen. Aus den Mitteln können im Rahmen zeitlich befristeter Projekte in angemessenem Umfang personelle und sächliche Kosten übernommen werden.«

Und aus dem Einzelplan 23 des Bundeshaushalts geht hervor, dass das BMZ für den Zeitraum 2010-2012 insgesamt 216 Millionen Euro für die »Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben der politischen Stiftungen« eingestellt hat. Im Großen und Ganzen stellt der Staat den sechs deutschen Parteistiftungen um die 326 Millionen Euro für ihre Tätigkeit zur Verfügung. Diese Großzügigkeit wird nachvollziehbar, wenn man die Bedeutung der Stiftungen für die (bundes)deutsche Außenpolitik berücksichtigt.

---

18 Zur Geschichte und Finanzierung der Stiftungen in Deutschland vgl.: Norbert Lepszy: Politische Stiftungen. In: Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik. URL: [http://www1.bpb.de/wissen/00535353734752910608864644565424,4,0,Politische\\_Stiftungen.html](http://www1.bpb.de/wissen/00535353734752910608864644565424,4,0,Politische_Stiftungen.html). Die FES gibt auf ihrer bolivianischen Internetseite an, sie setze ihre Gelder je zur Hälfte für die Arbeit in Deutschland und im Ausland ein: Vgl. FES: La FES dedica la mitad de sus recursos a actividades en Alemania y a su trabajo internacional respectivamente. URL: <http://www.fes-bol.org/>.

*Die Parteistiftungen: Akteure und Instrumente der Außenpolitik*

In ihrer Untersuchung zum außenpolitischen Handeln der deutschen Stiftungen kommt die Politologin Swetlana W. Pogorelskaja zu dem Schluss: »Sie sind weder ›Instrumente‹ noch ›Akteure‹ der Außenpolitik – sie sind beides in einem.«<sup>19</sup> Bundespräsident Roman Herzog (CDU) bezeichnete sie als »wirksamste und bewährteste Instrumente der deutschen Außenpolitik«.<sup>20</sup> Die FES wirbt auf ihrer bolivianischen Internetseite mit einem Zitat von Ex-Bundeskanzler Willy Brandt (SPD), das in der deutschen Rückübersetzung lautet: »Die internationale Zusammenarbeit ist zu wichtig, um sie exklusiv den Regierungen zu überlassen.«<sup>21</sup>

Die Bonner Außenpolitik erkannte den Wert der parteinahen Stiftungen als ihre Instrumente schon in den 1960er Jahren. Als Kriterium für die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den so genannten Entwicklungsländern galt damals deren Haltung zum westdeutschen Alleinvertretungsanspruch gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik. Bereits vor 50 Jahren sollten die Stiftungen als Vorfelddorganisationen der bundesrepublikanischen Außenpolitik in jenen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas dienen, wo es aus politischen Gründen nicht angebracht war, dass die Bonner Regierung direkt als Geldgeber auftrat.

Die verdeckte politische Einflussnahme sah auch vor, dass bundesdeutsche Parteien und Stiftungen tatkräftig agierten, um die Interessen des Bonner Staates und seines westlichen Hauptverbündeten, den USA, in Europa und Lateinamerika umzusetzen. Während die CIA ab 1970 den Putsch gegen Chiles demokratischen Präsidenten Salvador Allende vorbereitete, finanzierten Bundestagsabgeordnete von CDU, CSU und SPD heimlich die bürgerliche Opposition. Bundeskanzler Brandt (SPD) flankierte die verdeckten Maßnahmen, indem er unter anderem die Entwicklungshilfe für seinen sozialistischen Amtskollegen einstellte.<sup>22</sup> Als 1975 der faschistische Diktator Francisco Franco starb, erhielten SPD, FDP, CDU und CSU etwa 40 Millionen D-Mark aus dem Geheimfonds des Bundesnachrichtendienstes.<sup>23</sup> Die Gelder flossen

19 Vgl.: Swetlana W. Pogorelskaja: Die parteinahen Stiftungen als Akteure und Instrumente der deutschen Außenpolitik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. 6-7(2002). S. 29-38 [http://www1.bpb.de/publikationen/0AOFr7,2,0,Die\\_parteinahen\\_Stiftungen\\_als\\_Akteure\\_und\\_Instrumente\\_der\\_deutschen\\_Au%DFenpolitik.html](http://www1.bpb.de/publikationen/0AOFr7,2,0,Die_parteinahen_Stiftungen_als_Akteure_und_Instrumente_der_deutschen_Au%DFenpolitik.html).

20 Ebenda.

21 Vgl.: <http://www.fes-bol.org/> (Abruf 28.1.2010).

22 Zu Brandts Aktivitäten gegen Chile und in Spanien vgl.: Ingo Niebel: *Venezuela not for sale*. Berlin: 2006. S. 94-96.

23 Regierung Schmidt richtete Geheimfonds ein. »Süddeutsche Zeitung« vom 1.2.2000. Das Vorgehen zeigt, wie deutsche Stiftungen arbeiten und welche Ziele sie verfolgen. Es bedarf

ihren Partnerorganisationen in Spanien und in Portugal zu. Damit sollte verhindert werden, dass sich die Menschen in den beiden ehemals faschistischen Diktaturen von der NATO abwandten oder gar den sozialistischen Ländern Europas anschlossen. Der »demokratische Wandel« à la EG und Atlantikpakt trug wesentlich zum internationalen Renommee der Stiftungen bei, schreibt die Politikwissenschaftlerin Pogorelskaja.<sup>24</sup>

Diesen Wert für die Berliner Außenpolitik haben die deutschen Parteienstiftungen auch im 21. Jahrhundert nicht eingebüßt, selbst wenn man meinen könnte, dass die zahlreichen Nichtregierungsorganisationen (NRO), die in den letzten Jahrzehnten entstanden sind, eine Konkurrenz darstellen könnten. Das dies nicht so ist, liegt an einer wesentlichen Eigenheit des deutschen Parteistiftungswesens: Nach außen hin können die Stiftungen als NRO auftreten, weil sie – juristisch und organisatorisch betrachtet – keine Regierungsorganisationen darstellen. Nach innen hin verfügen sie dank ihrer »Nähe« zu den entsprechenden Parteien eben doch über jene Verbindungen zu Regierung, Parlament und Staatsapparat sowie zu internationalen Organisationen, für die sie jede NRO nur beneiden kann. Im Gegenzug ermöglichen die Stiftungen »die Umsetzung langfristiger außenpolitischer Prioritäten dort, wo sie mit den klassischen Mitteln des Auswärtigen Dienstes prinzipiell nicht zu erreichen sind und wo auch andere entwicklungspolitische Trägerorganisationen kaum einzusetzen sind.«<sup>25</sup> Nicht selten war es in der Vergangenheit möglich, dass die eine deutsche Stiftung die Regierungspartei im Gastland unterstützte, während die andere mit den wichtigsten Oppositionskräften zusammenarbeitete. Das brachte die deutsche Außenpolitik in eine Win-win-Situation: Egal wer im Gastland an die Macht kam, irgendeine deutsche Partei stand ihm nahe.

Auch wenn das AA es nicht gerne zugibt, durch ihre Workshops und andere Aktivitäten jenseits des diplomatischen Parketts kommen die Stiftungsmitarbeiter an Informationsquellen, die Berufsdiplomaten verschlossen bleiben. Ein weiterer strategischer Vorteil für eine Stiftung besteht darin, dass sie über einen längeren Zeitraum Kontakte zu erfolgversprechenden Politikern und den potentiellen Entscheidungsträgern von morgen aufbauen kann.<sup>26</sup> Der Diplomatische Dienst der Bundesrepublik hinkt hinterher, da sein Per-

---

aber besonderer Umstände, wie der Aufdeckung der CDU-Spendenaffäre 2000, das brisante Details, wie zum Beispiel über die geflossenen Gelder, publik werden. Sie geben aber Aufschluss über den Modus Operandi von bundesdeutschen Stiftungen.

24 Vgl.: Svetlana W. Pogorelskaja: Die parteinahen Stiftungen als Akteure und Instrumente der deutschen Außenpolitik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. 6-7(2002).

25 Ebenda.

26 In den 1970er Jahren baute Willy Brandt den bis dato unbekannt spanischen Politiker Felipe González zum wichtigsten Mann der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE)

sonal in der Regel global und nicht in einer spezifischen Region eingesetzt wird, wie das zum Beispiel im Auswärtigen Dienst der DDR der Fall war. In diesem Zusammenhang unterstreicht Pogorelskaja noch einmal die Rolle der Stiftungen: »Sie sind kein ‚Werkzeug‘ der Außenpolitik, dafür sind sie viel zu selbstständig, manchmal sogar eigenwillig.« Ihre Tätigkeiten können sogar im Widerspruch zur offiziellen Außenpolitik stehen. Die Politologin verweist auf die Beispiele der Tibet-Konferenz der FNS in Bonn 1996 und der Iran-Tagung der HBS 2000 in Berlin.<sup>27</sup>

Die Regel dürfte aber weiterhin sein, dass sich die Stiftungen einerseits über die Leitertreffen ihrer internationalen Abteilungen untereinander abstimmen, andererseits weiterhin den Kontakt zum BMZ und AA pflegen, die über die Finanzierung von Projekten im Gastland mitentscheiden. Dem Außenamt kommt insofern eine besondere Rolle zu, da die zuständige Botschaft sowohl wegen der Förderung eines Projekts gefragt wird als auch, wenn es darum geht, dass eine Stiftung ein Büro dort eröffnen will. Bereits 2002 soll es an einzelnen Deutschen Botschaften regelmäßige »Stiftungsrunden« gegeben haben, in denen sich die Beteiligten gegenseitig austauschten.<sup>28</sup>

Inwieweit die deutschen Parteienstiftungen ihre Arbeit in einem Land oder in einer Region mit ihren internationalen Partnerorganisationen, zum Beispiel aus den USA abstimmen, bedarf der Einzelfallprüfung, wie dies im Folgenden geschehen wird. »Speziell in Bezug auf Lateinamerika warf man den Stiftungen gelegentlich vor, durch die Unterstützung der demokratischen Eliten, die aus diversen Gründen die Zusammenarbeit mit den USA ablehnten, die nordamerikanische Politik auf dem südlichen Kontinent indirekt zu ergänzen und zu fördern«, stellt Pogorelskaja fest.<sup>29</sup> Das galt in der Zeit des Kalten Krieges in erster Linie für die FES, KAS und HSS. Nach ihrem Honduras-Engagement darf man getrost die FNS mit hinzunehmen.

Alles in allem bedeutet das, dass keine deutsche Parteienstiftung vom Verdacht frei ist, in irgendeiner Weise die »deutschen Interessen« im Gastland zu vertreten. Allerdings muss sie durch entsprechendes Handeln zeigen, dass sie sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Projektlandes einmischet. Dies impliziert, dass sich Parteien, Bundestag, Bundesregierung, Auswärtiges Amt und BMZ gegebenenfalls zu den Aktivitäten bestimmter Stiftungen im Ausland positionieren müssen.

---

auf. Uruguays Ex-Präsident Tabaré Vázquez hatte als Bürgermeister von Montevideo 1989 eng mit dem Regionalbüro der FES zusammengearbeitet.

27 Svetlana W. Pogorelskaja: Die parteinahen Stiftungen als Akteure und Instrumente der deutschen Außenpolitik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. 6-7(2002).

28 Vgl.: Ebenda.

29 Ebenda.

*Bolivien – Ein schwieriges Terrain für die Stiftungsarbeit zwischen Bildung und Putsch*

*CDU und Konrad-Adenauer-Stiftung: Das Feindbild stimmt, die Koordination mit den USA auch*

Der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kann man im Gegensatz zur SPD nicht vorwerfen, sie hätte kein klares Lateinamerika-Konzept. Unmittelbar vor dem EU-Gipfel mit den lateinamerikanischen Staaten in Lima im Mai 2008 legte sie ihren Beschluss »Lateinamerika, Deutschland und Europa – Partnerschaft für das 21. Jahrhundert« vor.<sup>30</sup>

Darin hält sie einleitend fest: »Lateinamerika hat sich immer als Teil der westlichen Welt und der Gemeinschaft der Demokratien verstanden. Damit ist und bleibt Lateinamerika für Deutschland und Europa als Partner für ‚global governance‘ wichtig, um eine auf Regeln gegründete internationale Ordnung zu schaffen.«

»Good governance« ist ein Begriff aus dem neoliberalen Neusprech, für den es keine allgemeinverbindliche Definition gibt. Er lässt sich vage mit »guter Regierungsführung« übersetzen. »Gut« ist dabei alles, was den Regeln des Wirtschaftens, Handels und des Regierens entspricht, die die neoliberalen Exekutiven des Nordens untereinander für den Rest der Welt festgelegt haben. Die CDU/CSU-Fraktion weiß auch sehr genau, wer das »Good Governance« beherrscht und wer nicht: »Auf der einen Seite stehen konservative und sozialdemokratische Regierungen (u. a. Chile, Kolumbien, Mexiko), die mit großem Erfolg ein ‚Modell des offenen Marktes‘ mit hoher Weltmarktintegration verfolgen. Auf der anderen Seite bemühen sich die populistischen Regierungen in Venezuela, Bolivien, Ecuador und Nicaragua, staatszentrierte Wirtschaftskonzepte neu zu beleben. Die venezolanische Regierung zielt gar darauf, eine Unternehmerrolle des Staates im regionalen Maßstab zu etablieren. Es ist daher wichtig, dass Deutschland und Europa einen differenzierten ordnungspolitischen Dialog mit Lateinamerika führen und sich an dieser offenen Debatte in Lateinamerika aktiv beteiligen (z.B. als Partner der CEPAL oder der BID).«<sup>31</sup>

30 Vgl.: URL: [http://www.cducsu.de/Titel\\_Texte\\_und\\_Interviews/TabID\\_6/SubTabID\\_9/InhaltTypID\\_3/InhaltID\\_9747/Inhalte.aspx](http://www.cducsu.de/Titel_Texte_und_Interviews/TabID_6/SubTabID_9/InhaltTypID_3/InhaltID_9747/Inhalte.aspx), (Abruf 30.1.2010)

31 Ebenda. Die CEPAL (Comisión Económica para América Latina y el Caribe), die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik wurde 1948 vom Wirtschafts- und Sozialrat der UN mit Sitz in Santiago de Chile gegründet. Die BID ist die Banco Interamericano de Desarrollo, die 1959 gegründete Interamerikanische Entwicklungsbank. Deutschland ist einer der 21 Mitgliedsstaaten, gehört aber nicht zu den Kreditnehmern und wird vertreten

Weiter heißt es: »Die deutschen politischen Stiftungen, die auf eine jahrzehntelange erfolgreiche Arbeit vor Ort zurückschauen können, sollten sich verstärkt der Aufgabe stellen, sozialstaatliches Denken und Verantwortungsbewusstsein unter den lateinamerikanischen Eliten, und ein besseres Demokratieverständnis in der Bevölkerung zu fördern.«<sup>32</sup>

Dass die Menschen zum Beispiel in Bolivien und Venezuela über ein ausgeprägtes Demokratieverständnis verfügen, zeigten sie in mehreren Wahlen und Abstimmungen, aus denen progressive Regierungen und Verfassungen hervorgegangen sind. Diese sind aber weder mit der alten politischen und wirtschaftlichen Ordnung kompatibel, die CDU, CSU, SPD und FDP bisher mitgetragen haben, noch mit der, die sie einführen wollen. In ihrem politischen Diskurs diffamieren CDU, CSU und FDP die ALBA-Regierungen als »populistisch« und »antiamerikanisch«. Der letzte Begriff ist in sich nicht schlüssig, da die ALBA-Staaten auch in Amerika liegen und daher nicht »anti-amerikanisch« sein können. Aber die deutschen Christdemokraten meinen mit ihrem propagandistischen Fehlbegriff jenen »Anti-US-Amerikanismus«, der aufgrund der gewalttätigen US-Interventionen in die Belange der Länder des Südens im Verlauf der letzten 180 Jahren stetig zugenommen hat. Die wachsende Ablehnung des US-Modells in Lateinamerika ist der Stoff, der Konservative in Deutschland und den USA gegen Bolivien und andere ALBA-Staaten zusammenbringt.

### *Die Konrad-Adenauer-Stiftung kooperiert mit US-Partnern in Lateinamerika*

2007 erörterte die KAS mit ihrer Partnerorganisation in den USA, dem *International Republican Institute* (IRI), das der Republikanischen Partei nahesteht, die gemeinsame Lateinamerika-Politik. Die Kooperation kommt nicht von ungefähr: Beim ersten »Event« der IRI-Niederlassung in Bolivien 2004 war auch die KAS zugegen.

Die beiden Parteistiftungen arbeiten mit derselben bolivianischen Organisation zusammen, der Bolivianischen Vereinigung der Politikwissenschaftler (*Asociación Boliviana de Ciencias Políticas* – ABCP).<sup>33</sup> Die Bolivianische Vereinigung der Politikwissenschaftler und die KAS führten zuletzt im April

---

von Hans Hamann im Vorstand der Bank. Weitere Informationen vgl. URL: <http://www.iadb.org>.

<sup>32</sup> Ebenda.

<sup>33</sup> Vgl.: URL: <http://www.iri.org/lac/bolivia/2004-03-31-Bolivia.asp> (Abruf 29.1.2010).

2009 eine gemeinsame Versammlung über das neue Wahlgesetz mit Politikwissenschaftlern und Journalisten in La Paz durch.<sup>34</sup>

Das US-Institut ist wie ihr deutsches Pendant eine Vorfelddorganisation der US-Neocons<sup>35</sup>, die je nach politischer Gesamtlage in Washington die US-Interessen in Zusammenarbeit mit dem State Departement, dem Auslandsgeheimdienst CIA, den Regierungsorganisationen USAID und National Endowment for Democracy (NED) im lateinamerikanischen »Hinterhof« umsetzt.<sup>36</sup> Die Geschichte und Gegenwart des Kontinents zeigen, dass die genannten US-Institutionen in der einen oder anderen Form in den Sturz von Regierungen involviert waren, die sich den Direktiven aus Washington widersetzten. Wer heutzutage mit dem IRI zusammenarbeitet, steht daher per se im Verdacht, selbiges im Schild zu führen.

Dass dies kein Auswuchs von »Verschwörungstheorien« ist, belegt eine gemeinsame Konferenz, die das Washingtoner KAS-Büro im Mai 2007 mit dem IRI und dem *National Democratic Institute* (NDI), das der Demokratischen Partei nahesteht, abhielt. Die Veranstaltung lief unter dem Titel »The Challenges of Promoting Democracy in Latin America«. Der Anstoß ging, wie die KAS besonders betont, »erstmalig« von US-amerikanischer Seite aus. Die gemeinsame Ausgangsposition beschreibt die KAS so: »Der nord-amerikanischen Politik weht in Lateinamerika ein immer stärkerer Wind ins Gesicht. Im Zuge der Prioritätenverschiebung nach dem 11.9.2001 und den immer stärker werdenden populistischen Strömungen in Lateinamerika, die sich unter anderem den latenten Antiamerikanismus zu Nutze machen, sowie die Tatsache, dass auch das europäische Engagement in der Region eher rückläufig ist, ist die Frage naheliegend, inwieweit amerikanische und europäische Positionen in Lateinamerika übereinstimmen oder in Einklang gebracht werden können. Dabei spielen neben den staatlichen Instanzen die politischen Stiftungen eine wichtige Rolle.«<sup>37</sup>

Zu dem Treffen entsandte die KAS zum einen ihren »Teamleiter Lateinamerika« aus Berlin, Hans-Hartwig Blomeier, sowie ihre Vertreter in Mexiko

34 Vgl.: URL: [http://www.kas.de/proj/home/pub/50/1/year-2009/dokument\\_id-16262/index.html](http://www.kas.de/proj/home/pub/50/1/year-2009/dokument_id-16262/index.html) (Abruf 29.1.2010).

35 »Neocons« ist die US-amerikanische Abkürzung für »neoconservative« und steht für eine »neokonservative« Strömung, die im 21. Jahrhundert mit allen Mitteln die Stellung der USA als »einzige Weltmacht« verteidigen will. Sie orientiert sich am Politikstil des US-Präsidenten Ronald Reagan (1981-1989). Ihr wichtigster Verfechter war US-Präsident George W. Bush (2001-2009).

36 Vgl. hierzu: Eva Golinger: Kreuzzug gegen Venezuela. Der Chávez Code. Frankfurt a. M. 2006. Aufgrund der schlechten Übersetzung empfiehlt sich das englische Original *The Chávez Code. Cracking U.S. Intervention in Venezuela*. La Habana 2005.

37 URL: <http://www.kas.de/wf/de/33.11168/> (Abruf 28.1.2010).

und Brasilien, Frank Priess und Wilhelm Hofmeister. Die beiden lateinamerikanischen Länder sind wegen der starken Präsenz deutscher Unternehmen für die hiesige Industrie und Außenpolitik besonders wichtig. Zum anderen reisten die »Auslandsmitarbeiter« aus Bolivien und Venezuela, Peter Alberto Behrens und Hubert Gehring, an. Des Weiteren kamen aus Kolumbien der dortige KAS-Repräsentant Carsten Wieland sowie aus dem »Partnerbereich der KAS« der Kolumbianer Vicente Albornoiz und der Ecuadorianer Mauricio Cardenas.

Auf US-amerikanischer Seite stachen die Anwesenheit von Daniel Fisk, in seiner Funktion als *Special Assistant to the President*<sup>38</sup> und als *Senior Director for Western Hemisphere Affairs* im Nationalen Sicherheitsrat, und Michael Shifter als Vizepräsident des rechten Think-Tanks *Inter American Dialogue* vor. Laut KAS wurden sich alle drei Seiten ziemlich schnell einig, und es »zeichneten sich konkrete Kooperationsmöglichkeiten ab, die über die bestehenden punktuellen Maßnahmen in den nächsten Jahren deutlich hinausgehen können.«<sup>39</sup> Durch die ungewohnte Bereitschaft der US-Seite ergab sich für die KAS »ein völlig neues Feld der Dreiecksoperation in Lateinamerika«<sup>40</sup>. Ihre Rolle in dieser Dreierbeziehung beschreibt die deutsche Stiftung so: »Aus der Erfahrung der Kooperation mit den lateinamerikanischen Partnern weiß die KAS, dass auch dort das Interesse an gemeinsamen Aktionen groß ist, wobei die KAS mit ihrer langjährigen Tradition vor Ort ein wesentlicher Faktor für die Kompetenz und Glaubwürdigkeit dieser Aktionen wäre.«<sup>41</sup>

Der deutsche Ruf ist in Bolivien – trotz der Verbrechen eines Klaus Barbie – immer noch besser als der der »Gringos« aus den USA. Die Kooperation mit dem IRI brächte der KAS auch Vorteile für die praktische Arbeit vor Ort: Ihre US-Partnerstiftung arbeitet in Bolivien mit dem Meinungsforschungsinstitut *Encuestas & Estudios* (E&E) zusammen, das zum international operierenden *Gallup*-Konzern gehört. E&E verfügt nicht nur über einen seit 2001 regelmäßig aktualisierten Volkszensus, sondern kann seine Umfrageresultate auch mittels des Geographic Information Systems (GIS) auf Landkarten übertragen.<sup>42</sup> Das hilft, die politische Feldarbeit effizienter zu gestalten. Und das ist eine der Hauptaufgaben der KAS-Aktivitäten vor Ort.<sup>43</sup>

---

38 George W. Bush.

39 URL: <http://www.kas.de/wf/de/33.11168/> (Abruf 28.1.2010).

40 Ebenda.

41 Ebenda.

42 Vgl.: URL: <http://www.iri.org/lac/bolivia/2009-05-06-Bolivia.asp> (Abruf 29.1.2010)

43 Vgl.: Ebenda.

### *Die Konrad Adenauer-Stiftung in Bolivien*

Noch bevor sich die CDU-nahe Stiftung mit ihren US-Partnern absprach, organisierte sie ihre Arbeit in Bolivien neu. Das war nötig geworden, nachdem Evo Morales' Wahlsieg die Bedeutung der traditionellen Parteien gegen Null reduziert hat. Zum Jahreswechsel 2006/ 2007 kündigte die KAS an, dass sie nach sieben Jahren nicht mehr mit vier Partnereinrichtungen zusammenarbeiten würde, sondern zukünftig nur noch mit einer: der Stiftung zur Unterstützung des Parlamentes und der Bürgerbeteiligung (Fundación de Apoyo al Parlamento y a la Participación Ciudadana – FUNDAPPAC). Gegründet 1997, ist sie »eine überparteiliche Stiftung, deren Mitglieder die ehemaligen Präsidenten und Vizepräsidenten des Kongresses, Senats und Abgeordnetenhauses sind«, heißt es auf der KAS-Seite: »Durch Fortbildungsmaßnahmen, Foren, Studien und Publikationen soll zur Qualifizierung der Parlamentsarbeit, zur Stärkung der politischen Institutionen, zur Umsetzung von Reformvorhaben und zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen Parlament und Bürgern beigetragen werden.«<sup>44</sup>

Zu den strategischen Achsen der neuen Arbeit zählt zum einen die »qualifizierte politische Beteiligung«.<sup>45</sup> Darunter versteht die KAS die Ausbildung »neuer Leute«, die angesichts einer diagnostizierten »Unregierbarkeit« in der Lage sind, »professioneller« als andere in den Institutionen zu arbeiten. Zum anderen möchte der KAS-Vertreter Behrens »auf wirtschaftlichem und politischem Level mehr Möglichkeiten zur Eigeninitiative geben«. Die dritte Ebene sieht die Verankerung Boliviens in den internationalen Integrationsprozess vor. Damit meint die KAS, die Öffnung des Landes für die neoliberale Globalisierung und nicht seine Abschottung.<sup>46</sup>

Diese Ziele will die Stiftung erreichen, indem sie ihre Arbeit von urbanen Zentren weg nach »Oruro, Potosí, Tarija und in andere Departements« verlegt. Die neue Priorität liegt im ländlichen Bereich und bei Frauen- und *Indígena*-Themen. Über die bewährte Kooperation mit der Bolivianischen Vereinigung der Politischen Wissenschaften (Asociación Boliviana de Ciencias Políticas – ASCP) will die KAS Seminare »in indigener Version und in ihren Ursprachen« anbieten. Die KAS wird sich dabei auf jene Indigenen konzentrieren, die nicht zur MAS tendieren.<sup>47</sup>

44 URL: <http://www.kas.de/proj/home/partners/50/1/index.html> (Abruf 28.1.2010).

45 URL: [http://www.kas.de/proj/home/home/50/4/webseite\\_id-3359/index.html](http://www.kas.de/proj/home/home/50/4/webseite_id-3359/index.html) (Abruf 28.1.2010).

46 Vgl.: Ebenda.

47 Vgl.: Ebenda. Die KAS führt auf ihrer Internetseite (Vgl.: Fußnote 45) die ASCP als einen ihrer Partner. So entsteht scheinbar ein Widerspruch, da sie ja festgestellt hat, dass sie nur

Wie sich die zukünftige Zusammenarbeit mit den politischen Parteien entwickeln wird, lässt sich angesichts der offensichtlichen Probleme der ehemaligen Partner nicht voraussehen. Der Kontakt zur christdemokratischen PDC (Partido Demócrata Cristiana) schmolz auf ein Minimum zusammen. Grund dafür ist ihr schlechtes Abschneiden bei den Wahlen 2005, als die Schwesterpartei die Drei-Prozent-Hürde nicht überwinden konnte und somit die staatliche Finanzierung verlor. Hinzu kamen interne Probleme zwischen den »Dinosauriern« (KAS über PDC)<sup>48</sup> und der jüngeren Politikergeneration.

Seit 2007 steht die Stiftung wieder in Kontakt mit der Nationalistisch-Revolutionären Bewegung (Movimiento Nacionalista Revolucionario – MNR). Diese hatte 2003 ihre Beziehungen zur KAS abgebrochen und war aus der Christdemokratischen Organisation Amerikas (Organización Demócrata Cristiana de América – ODCA) ausgetreten. Angesichts der internen Querelen bei der MNR sorgte sich die KAS darüber nicht weiter, sondern nutzte den »größeren Spielraum, um Kontakte zu neuen politischen Akteuren herzustellen«<sup>49</sup>. Sie ging sogar einen Schritt weiter: »Hinzu kommt, dass die KAS aufgrund des Mangels an potentiellen, schon organisierten und strukturierten Partnerorganisationen selbst aktiv wurde und nahestehende Gruppierungen unterstützte und weiterhin unterstützt. Ziel ist mittelfristig die Bildung bürgerlicher politischer Organisationen.«<sup>50</sup> Als wichtigsten Partner sieht sie dabei die FUNDAPPAC an: »Weil dieser Partner qua Satzung eine überparteilich ausgerichtete Stiftung ist, erlaubt er bei Bedarf einen bevorzugten Zugang zu allen parlamentarisch vertretenen Parteien.«<sup>51</sup> Zu den neuen Partnern, die »für die KAS explizit infrage« kommen, zählt die Stiftung die »regionalistische Mitte-Rechts-Gruppierung« Autonomie für Bolivien (*Autonomía para Bolivia* – APB).<sup>52</sup> Die KAS ist sich bewusst, dass der politische Umbruch noch nicht beendet ist. »Deswegen hat die KAS auf eigene Initiative eine Reihe unterschiedlicher Foren und Aktivitäten ins Leben gerufen, die gezielt potentielle Nachwuchspolitiker ansprechen, also junge, berufstätige

---

noch mit einer Partnerorganisation, der FUNDAPPAC, zusammenarbeiten will. Dieser löst sich auf, wenn sie mit letzterer die politisch-parlamentarische Zusammenarbeit am Regierungssitz fortführen will, während über die ASCP in den indigenen Gebieten Strukturen für eine zukünftige Partei entstehen könnten.

48 KAS: Parteien und Parteien-Kooperationen der KAS in Lateinamerika. Berlin 2008. S. 17.

49 Ebenda. S. 18.

50 Ebenda.

51 Ebenda.

52 Im März 2009 trafen die oppositionellen Präfekten Rubén Costas Aguilera und Mario Cossío Cortez mit Vertretern der Hessen-CDU in Frankfurt zusammen. Vgl. Harald Neuber: Lob und Kritik nach Delegationsreise aus Bolivien. URL: <http://amerika21.de/nachrichten/inhalt/2009/maerz/delegation-bolivien/> (Abruf 23.3.2009).

und größtenteils politisch noch ungebundene Menschen, die jedoch ein starkes Interesse an praktischer politischer Betätigung aufweisen.«<sup>53</sup>

Trotzdem hat sie auch der MNR praktische Hilfestellung gegeben: Die Fraktion erhielt Unterstützung in der Verfassungsgebenden Versammlung; einem Politiker wurde ein »Media Training« vermittelt, ein weiterer erhielt »Informationen zur Erleichterung der Eintragung in das Wahlregister«.<sup>54</sup> Ob diese Maßnahmen aber helfen werden, weiß die KAS selbst nicht: »Ein großes Defizit liegt im Mangel an qualifizierten politischen Akteuren. [...] Die ältere Generation ist politisch (noch) größtenteils diskreditiert und die jüngere hat kaum Erfahrung in systematischer Parteiarbeit.« Weiter heißt es: »Potenziale liegen gerade in der Phase des Neuanfangs. Solange noch demokratische Garantien bestehen, kann die KAS die (Neu-)Gründung oder Neuausrichtung von Parteien und Organisationen gezielt begleiten und beeinflussen.«<sup>55</sup> Wenn das nicht mehr geht, dann liegt das »in der wachsenden autokratischen Ausrichtung der Regierung Morales, die im schlimmsten Falle die freie politische Betätigung ganz unterbinden könnte.«<sup>56</sup>

In diese Kerben schlagen dann auch unmittelbar nach dem überwältigenden Wahlsieg von Evo Morales der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Holger Haibach, und der Bolivien-Beauftragte der Deutsch-Südamerikanischen Parlamentariergruppe, Bernhard Kaster. Am 7. Dezember 2009 erklären sie: »Angesichts der Wiederwahl des bolivianischen Präsidenten Evo Morales und der neuen Mehrheitsverhältnisse der Regierungspartei MAS ergeht der dringliche Appell an die bolivianische Regierung, die Zukunftschancen des Landes effektiv zu nutzen. Diese Chancen sollten nicht durch die Kooperation mit sozialistischen, undemokratischen Regimen in Südamerika gefährdet werden. Insbesondere der Einfluss Venezuelas und Kubas sind für die Entwicklung Boliviens schädlich.«<sup>57</sup>

Falls Präsident Morales das nicht so sehen sollte, winken die beiden Christdemokraten schon einmal mit dem außen- und entwicklungspolitischen Zaunpfahl: »Bolivien ist ein Schwerpunktland deutscher Entwicklungspolitik und größter Pro-Kopf-Empfänger deutscher Entwicklungszusammenarbeit in Südamerika. Umso mehr geben die politischen und gesellschaftlichen Differenzen in der Andenrepublik Anlass zur Sorge. Angesichts des ekla-

53 KAS: Parteien und Parteienkooperationen der KAS in Lateinamerika. St. Augustin: 2008. S. 18.

54 Ebenda.

55 Ebenda.

56 Ebenda.

57 URL: [http://www.cducusu.de/Titel\\_\\_pressemitteilung\\_bolivien\\_muss\\_zum\\_rechtsstaat\\_werden/TabID\\_\\_6/SubTabID\\_\\_7/InhaltTypID\\_\\_1/InhaltID\\_\\_14399/Inhalte.aspx](http://www.cducusu.de/Titel__pressemitteilung_bolivien_muss_zum_rechtsstaat_werden/TabID__6/SubTabID__7/InhaltTypID__1/InhaltID__14399/Inhalte.aspx) (Abruf 29.1.2010).

tanten Linksruks, der durch große Teile Südamerikas geht, sei daher ange-  
mahnt, dass eine positive wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung  
auch gerade in den ärmsten Ländern der Welt rechtsstaatliche Strukturen  
erfordert.«<sup>58</sup>

*Die Hans-Seidel-Stiftung in Bolivien – Suche nach Orientierung und  
Partnern*

Auf Bundesebene unterstützt die CSU die Bolivienpolitik ihrer Schwester-  
partei CDU. In dem Andenland verfolgt sie als Projektziel, »die Handlungs-  
kompetenz von Führungskräften aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu  
erhöhen und den gesellschaftlichen Dialog, der die nationale Entwicklungs-  
politik gestaltet, zu konsolidieren.«<sup>59</sup> Damit sucht sie primär ihre Zielgrup-  
pe erwartungsgemäß im Milieu der Oligarchie, die seit 2005 zunehmend an  
politischen Einfluss verloren hat. Sicherheitshalber nennt sie aber als weitere  
Zielgruppe »Entscheidungsträger aller staatlichen Ebenen, d.h. Mitglieder  
der Regierung auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene, Angehörige  
der verfassungsgebenden Versammlung, der Legislative, der kommunalen  
und departementalen Räte, Beamte und Funktionsträger des Staates, Nach-  
wuchspolitiker und Kandidaten für öffentliche Ämter, Führungskräfte der  
politischen Parteien, der Bürgergruppierungen und der indigenen Völker,  
sowie Meinungsführer im städtischen und ländlichen Bereich.«<sup>60</sup> In Bolivien  
nennt sie als Projektpartner die Bolivianische Stiftung für demokratische Bil-  
dung und Forschung (*Fundación Boliviana para la Capacitación Democrática  
y la Investigación* – FUNDEMOS), deren Internetseite wurde aber seit Ende  
2008 nicht mehr aktualisiert.<sup>61</sup>

In La Paz fungiert als Projektleiter Hartwig Meyer-Norbisrath. Ihn vertritt  
Boliviens ehemaliger Botschafter in Berlin, Ariel Benavides Gisbert. Letz-  
terer schrieb im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2009: »Es ist wirklich  
überraschend, dass die bolivianische Wählerschaft aus Gründen der sozialen  
Identität und Selbstidentifizierung diesen so genannten Prozess des Wandels,  
der ihr bisher keinen realen und nachhaltigen Nutzen zur Verbesserung ihrer  
Lebensbedingungen gebracht hat, weiterhin militant unterstützt.«<sup>62</sup> Über die  
Lage der Morales-Gegner heißt es: »Die Opposition ist so desorientiert und

58 Ebenda.

59 URL: <http://www.hss.de/internationale-arbeit/regionen-projekte/amerika/bolivien.html>  
(Abruf 1.2.2010).

60 Ebenda.

61 URL: <http://www.fundemos.org/> (Abruf 1.2.2010)

62 HSS. Projektland Bolivien. Quartalsbericht III/ 2009. S.3.

geteilt, dass es nicht eine bedeutende Persönlichkeit gibt, die momentan deren Führung hätte übernehmen wollen, was ihren Werdegang in den nächsten Jahren stark beeinträchtigen könnte.«<sup>63</sup> Da der IV. Quartalsbericht des Bolivien-Büros der HSS bei Abgabe dieses Artikels (Anfang Februar 2010) noch nicht vorlag, lässt sich nicht sagen, wie die CSU-nahe Stiftung künftig in La Paz und Umgebung operieren wird.

### *Die SPD in Bolivien - Genauso orientierungslos wie in Deutschland*

Obwohl (oder weil) die SPD im Mai 2008 ihr Lateinamerika-Konzept einige Tage vor der CDU/CSU-Erklärung veröffentlichte, ergeht sie sich in Allgemeinplätzen. So erklärte der damalige SPD-Vorsitzende Kurt Beck: »Sozialdemokratische Lateinamerika-Politik hat eine lange Tradition und steht für Ausgleich, Dialog und die Suche nach gemeinsamen Interessen auf der Basis von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.«<sup>64</sup> Zu den Veränderungen in der Region sagte Beck: »Die politischen Umwälzungen der letzten Jahre und das Erstarken der Linken in der Region sind auch verknüpft mit dem gescheiterten neoliberalen Wirtschaftsmodell. Dieses hat in Lateinamerika und der Karibik die weltweit größte Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen und Besitz weiter verschärft. Daher steht die soziale Frage verstärkt auf der politischen Agenda. Als deutsche und europäische Sozialdemokraten wollen wir gemeinsam mit unseren Partnern in Lateinamerika und der Karibik tragfähige Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung für Sozialstaat, Wachstum und Beschäftigung finden.«<sup>65</sup>

Die Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul (ebenfalls SPD) bewies aber, wie bereits beschrieben, mit ihrer Haltung gegenüber den ALBA-Staaten Bolivien und Nicaragua genau das Gegenteil. Abschließend zählte Beck zwölf Punkte auf, die die Partnerschaft mit Lateinamerika charakterisieren sollen. Zu diesen gehörten ein leistungsfähiges System von *Global Governance*, die Stabilität der Finanzmärkte, die Abrüstung und ein gerechter Welthandel sowie Armutsbekämpfung. Den Dialog will die SPD mit »Nicht-Regierungsorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen, privaten Partnerschaftsinitiativen und Verbänden sowie zwischen den Parlamenten«<sup>66</sup> führen. Abschließend heißt es: »Um die Partnerschaft mit Lateinamerika und der Karibik mit Le-

63 Ebenda. S. 2.

64 URL: [http://www.spd-eichstetten.de/index.php?nr=11275&menu=1&mod=article&op=show&schrift\\_kleiner](http://www.spd-eichstetten.de/index.php?nr=11275&menu=1&mod=article&op=show&schrift_kleiner) (Abruf 31.1.2010).

65 Ebenda.

66 URL: [http://www.spd-eichstetten.de/index.php?nr=11275&menu=1&mod=article&op=show&schrift\\_kleiner](http://www.spd-eichstetten.de/index.php?nr=11275&menu=1&mod=article&op=show&schrift_kleiner) (Abruf 31.1.2010).

ben zu füllen, brauchen wir ein tragfähiges und langfristiges Bündnis. Wir wissen, dass die globalen Herausforderungen nur im Dialog mit den Menschen lösbar sind.«<sup>67</sup>

Im Mai 2008 holte sich die Stiftung für Grundwerte und Völkerverständigung, der die SPD-Politiker Hans-Jochen Vogel und Manfred Stolpe angehören, den bolivianischen Senatspräsidenten Oscar Ortiz Antelo als Dialogpartner nach Berlin. Das Mitglied der Partei PODEMOS gilt als ultrarechter Anführer der Autonomistenbewegung in Santa Cruz.<sup>68</sup>

Wie die Umsetzung der SPD-Lateinamerikapolitik in Bolivien aussehen kann, bleibt unklar und widersprüchlich. In dem Land ist die FES seit Ende der 1970er Jahre tätig. Ihr Büro richtete sie offiziell 1985 ein. Es firmiert, wie für die FES in Lateinamerika üblich, unter der spanischen Bezeichnung *Instituto Latinoamericano de Investigaciones Sociales* (ILDIS - Lateinamerikanisches Sozialforschungsinstitut). Auf der deutschsprachigen Bolivien-Seite nennt die FES als Probleme vor Ort die »Reformblockade der Arbeitsbeziehungen und insbesondere der nachlassenden Interessenvertretungsfähigkeit der Gewerkschaften.« Im Gegensatz zu den christdemokratischen Stiftungen erwähnt die FES/ ILDIS ihre Projektpartner weder auf der deutschen noch auf der bolivianischen Internetpräsenz.

In der deutschen Version nennt die Stiftung drei Themenbereiche ihrer Bolivien-Arbeit: »Initiativen zur Gestaltung des wirtschaftlichen Transformationsprozesses unter Berücksichtigung von Kriterien sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit; Stärkung demokratischer Formen der sozialen und politischen Repräsentation und Anpassung an die neuen Herausforderungen; Entwicklung institutioneller Voraussetzungen für eine bessere politische Regierbarkeit (gobernabilidad).«<sup>69</sup>

Auf ihrer bolivianischen Webseite führt sie insgesamt sieben Arbeitsschwerpunkte auf. Ihre Unterstützung zielt auf:

- die Entwicklung von grundlegenden Elementen der Wirtschaft und die Entwicklung des Gemeinschaftssinnes;
- die Stärkung der politischen und gesellschaftlichen Akteure im Aufbauprozess demokratischer repräsentativer Institutionen;
- die Neugestaltung der Dezentralisierung und der Autonomien der Departements und der Indígenas;

---

<sup>67</sup> Ebenda.

<sup>68</sup> Vgl.: Maxim Graubner: Establishment hofiert Separatisten. *amerika21*. 30.5.2008. URL: <http://amerika21.de/nachrichten/inhalt/2008/mai/Grundwerte-u-Voelkerverstaendigung>

<sup>69</sup> URL: [http://www.fes.de/lateinamerika/in\\_la/boliv.htm](http://www.fes.de/lateinamerika/in_la/boliv.htm) (Abruf 28.1.2010).

- die Bewusstseinsbildung bei politischen Akteuren und Multiplikatoren bezüglich der Wichtigkeit der öffentlichen Kommunikation für die Demokratie;
- die verstärkte Beteiligung von jungen Politikern in ihren Organisationen;
- die Werbung für eine nachhaltige Energiepolitik;
- die politische Arbeit der Gewerkschaften, damit diese demokratischer und politisch verantwortungsvoller wird.<sup>70</sup>

Des Weiteren beteiligte sich die FES/ILDIS an der Diskussion der neuen Verfassung. Aber nach dem 4. Juli 2009 nennt die bolivianische Internetseite keine weiteren Aktivitäten der Stiftung. Die jüngste Publikation, die zum Download bereitsteht, handelt von der Entwicklung des Staatenbündnisses ALBA und stammt aus der Feder des venezolanischen Politikers und Akademikers Félix Gerardo Arellano, der an der Universidad Central de Venezuela tätig ist. Arellano kommt zu dem Schluss, dass »ALBA eine größere Desintegration und Zersplitterung der Region hervorrufen könnte«<sup>71</sup>. Des Weiteren vergleicht er ALBA mit dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) der sozialistischen Länder Europas, wobei er Venezuela in der Rolle der UdSSR sieht.<sup>72</sup> Diese Ausführungen mögen seinen deutschen Auftraggebern gefallen, Morales, der keinen Hehl aus seiner politischen wie persönlichen Nähe zu Hugo Chávez und Fidel Castro macht, vermag er damit nicht zu beeindrucken. In Zukunft wird die SPD-nahe Stiftung wohl versuchen, ihre Kräfte in jenen Ländern zu bündeln, wo sie noch über operative Ansprechpartner verfügt.

### *Die FDP – Neoliberale Putschunterstützer*

Die FDP besitzt zwar keine offizielle Vertretung in Bolivien, mischt sich aber bereits seit 2007 auf verschiedenen Ebenen in die Belange des Landes ein. Im Juni 2007, damals noch in der Opposition, brachte ihr Vorsitzender Westerwelle den Antrag DS 16/5615 im Bundestag ein: »Die Bundesregierung muss des Weiteren ihren Einfluss bei den Regierungsverhandlungen mit der bolivianischen Regierung nutzen, um die Verstaatlichung der Erdöl- und Gasindustrie zu verurteilen. Das Recht am Eigentum ist ein Grundpfeiler des Rechtsstaates und Grundvoraussetzung für das Funktionieren von

<sup>70</sup> Vgl.: Ebenda.

<sup>71</sup> Félix Gerardo Arellano: *Nacimiento, Evolución y Perspectivas de la Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América*. ILDIS/ FES. 2009. S. 22.

<sup>72</sup> Vgl.: Ebenda.

Marktwirtschaft.«<sup>73</sup> Die Große Koalition von CDU und SPD wurde aufgerufen, »die Regierungsverhandlungen [zu] nutzen, um die bolivianische Regierung aufzufordern, eine neue Strategie zur Armutursachenbekämpfung vorzulegen.«<sup>74</sup> Das heißt nichts anderes, als dass Kanzlerin Merkel und ihr Außenminister Steinmeier darauf drängen sollten, die Verstaatlichung der Erdöl- und Gasindustrie rückgängig zu machen.

Dem nicht genug: Über das 2004 geschaffene Liberale Netz Lateinamerikas (RELIAL) intervenierte die FDP-nahe FNS auch im Land selbst. Dazu protegierte sie die bolivianische Stiftung Freiheit und Demokratie (*Fundación Libertad y Democracia* - FULIDE). Die Stiftung trat für die Autonomie der reichen Ostdepartements des Landes ein. Dazu gehörte das Szenario einer »Balkanisierung« Boliviens, demzufolge sich die an natürlichen Ressourcen reichen Regionen vom armen Westen, wo Morales' MAS dominierte, abspalten könnten. 2007 referierte der FULIDE-Direktor Walter Justiniano vor der RELIAL über die Autonomiebestrebungen. Nach Angaben des unabhängigen außenpolitischen Nachrichtendienstes *German Foreign Policy* ließ der FNS-Vertreter unter Bezugnahme auf den Vortrag verlauten, dass es der RELIAL damit möglich sei, »auf eine direktere Art in die Situation in dem südamerikanischen Land einzugreifen.«<sup>75</sup> Das liberale Netz unterstütze ebenfalls die verfassungswidrigen Referenden, die die Autonomiebefürworter in ihren Departements abhalten wollen. In ihrem Kommuniké »Decentralization is not division« vom Mai 2007 zeigte die RELIAL, wes Geistes Kind sie ist: »Evo Morales versucht gerade, in die Fußstapfen seines Vorbildes Hugo Chávez zu treten, indem er versucht, die gesamte Staatsmacht in seiner Person zu vereinigen, um sein diktatorisches Projekt zu vollenden.«<sup>76</sup> Die FDP-nahe Stiftung zeigt sich auch bei der Auswahl ihrer bolivianischen Bündnisgenossen wenig zimperlich: Als Sprecher von FULIDE fungierte seinerzeit der Großgrundbesitzer kroatischer Abstammung Branko Marinkovic. Dieser war gleichzeitig Präsident des proautonomistischen Comité pro Santa Cruz. Deren Jugendorganisation pflegte Hakenkreuze zu führen und gewaltsam gegen ihre Gegner vorzugehen.<sup>77</sup>

Am 16. April 2009 stellten die bolivianischen Sicherheitsbehörden eine Gruppe schwer bewaffneter Männer, die im Verdacht standen, Attentate ge-

73 URL <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/056/1605615.pdf>. S. 3.

74 Ebenda. S. 2.

75 Vgl.: Profit und Autonomie. *German Foreign Policy*, 14.10.2008. URL: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57364>

76 URL: <http://www.hacer.org/current/RELIAL00.php> (Abruf 20.8.2010)

77 Zu Marinkovics Hintergrund vgl. auch: URL: <http://www.quetzal-leipzig.de/lateinamerika/bolivien/branko-marinkovic-magnat-politiker-und-heimlicher-kriegsherr-19093.html> (Abruf 20.1.2010).

gen den Präsidenten, den Vizepräsidenten und weitere Regierungsmitglieder geplant zu haben. Bei dem Feuergefecht starben drei Personen, eine weitere wurde festgenommen. Da einige der mutmaßlichen Attentäter die kroatische Staatsbürgerschaft besaßen, ermittelte die Staatsanwaltschaft ebenfalls in Richtung Marinkovic. Der hält sich seitdem im benachbarten Ausland auf. Am 2. Februar 2010 erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen Marinkovic wegen der Finanzierung der Tätergruppe. 2009 organisierte die FNS zusammen mit RELIAL die Lesereise von Martín Simonetta durch Südamerika, der »erfolgreich sein Buch ›Erfolgreiche liberale Politiken‹ vorstellte. Die Veranstaltung in Bolivien erfolgte mit Unterstützung der FULIDE.<sup>78</sup>

Während die FDP der Regierung Morales gegenüber ständig die Achtung der Bürgerrechte und der Rechtsstaatlichkeit anmahnt, schweigt sie, wenn ihre Verbündeten gegen eben diese Maxime »freiheitlich demokratischer« Politik verstoßen. So blieben die deutschen Liberalen stumm, als am 8. Juni 2009 die 73jährige Tante des Staatsoberhauptes, Rufina Morales Ayma, verschwand. Sie hatte gerade ihre Mindestrente von 200 Bolivianos (20 Euro) abgeholt. Nach zwei Wochen wurde ihr verstümmelter Leichnam gefunden. »Der Tod meiner Tante ist sehr verdächtig«, erklärte Morales. Der Indígena-Führer sah in der Tat den Versuch, ihn persönlich einzuschüchtern. Zur gleichen Zeit bereitete man im ALBA-Land Honduras mit Unterstützung der FNS die Festnahme von Präsident Manuel »Mel« Zelaya und seine gewaltsame Deportation nach Costa Rica vor.

Unter den sechs deutschen Stiftungen ist die FNS damit die einzige, deren Nähe zu putsch- und gewaltbereiten Kräften so offensichtlich ist. Da ihr Agieren in Honduras und Bolivien bisher keine strafrechtlichen oder politischen Konsequenzen nach sich gezogen hat, liegt der Schluss nahe, dass weder Regierung noch Parlament darin einen Schaden für das Ansehen der Bundesrepublik sehen.

### *Fazit: Stiftungen zwischen Machtpolitik, Putsch und Krieg*

Mit dem Putsch in Honduras hat die Rollback-Politik, die von den USA, der EU und Deutschland gegen die Ausweitung des ALBA-Bündnisses betrieben wird, in Zentralamerika einen ersten Sieg errungen. Gleichzeitig ist der Staatsstreich – als der kleine Bruder der konventionellen Militärintervention – wieder Mittel der Politik des Nordens gegen den Süden geworden. Der

<sup>78</sup> Vgl.: URL: [http://www.freiheit.org/webcom/show\\_article.php/\\_c-617/\\_nr-2476/\\_p-1/i.html](http://www.freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-617/_nr-2476/_p-1/i.html) (Abruf 20.1.2010).

Erfolg der Putschisten in Tegucigalpa lässt befürchten, dass weitere Aktionen dieser Art in anderen ALBA-Staaten folgen könnten.

Ein weiterer Grund, in diese Richtung zu denken, liegt in den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, die die ALBA-Staaten mit dem Iran verbinden. Die zunehmende Eskalation am Persischen Golf wirkt sich aus geostrategischen und militärpolitischen Notwendigkeiten auch auf Lateinamerika aus: Bevor sich die Lage in der Golf-Region weiter zuspitzt und auf einen Krieg hinausläuft, müssen sich die USA die für sie so lebenswichtige Ölversorgung aus dem ALBA-Land Venezuela sichern.

Neben der militärischen Option bleibt den USA, der EU und Deutschland als Alternative zum Staatsstreich nur noch ein letzter globaler Akteur, der ihnen helfen kann, das Vordringen linker Ideen zu stoppen: die Katholische Kirche. Deren Stellung ist zwar nicht unumstritten, weil die Amtskirche seit der Conquista bis in die Gegenwart die Ausbeutung Lateinamerikas gerechtfertigt hat, aber immerhin existiert ihre Organisation im Gegensatz zu vielen »christdemokratischen« Parteien noch, die mittlerweile Geschichte sind. Der Schwäche des Heiligen Stuhls in der Region ist sich die CDU/CSU bewusst: »Besorgniserregend ist auch die Tatsache, dass der Katholischen Kirche in Bolivien, die über viele Jahre ein Mediator in gesellschaftlichen Konflikten war, diese Rolle nicht mehr zukommt«, führten die Unions-Bundestagsabgeordneten Haibach und Kaster im Dezember 2009 aus.<sup>79</sup>

Trotzdem – oder gerade deswegen – veranstaltete die KAS Anfang 2010 verschiedene Seminare in Südamerika, um die christliche Soziallehre zu verbreiten. Dreh- und Angelpunkt ist ihr in Brasilien angesiedeltes Regionalprogramm »Soziale Ordnungspolitik in Lateinamerika« (SOPLA). »Die KAS will auf der Basis der Sozialen Marktwirtschaft zu einer Veränderung der politischen Rahmenbedingungen beitragen: Hin zu einer wettbewerbsorientierten Wirtschaftsordnung, die für mehr Verteilung der Wohlstandsgewinne sorgt und damit die Demokratie in Lateinamerika stärkt«<sup>80</sup>, heißt es auf der Internetseite der Stiftung, obwohl gerade eine Ursache für die Armut in Lateinamerika in eben dieser Form des Wirtschaftens zu suchen ist. Als Ziel ihrer Wirtschaftsordnung nennt die KAS: »Krasse soziale Ungleichheit ist der Nährboden für Populismus und Instabilität in Lateinamerika.«<sup>81</sup> Die Kirche soll das richten, wozu sie in den letzten 500 Jahren weder willens noch in der Lage war. Dessen ungeachtet darf man diesen Versuch nicht unterschätzen:

79 URL: [http://www.educlu.de/Titel\\_\\_pressemittelung\\_bolivien\\_muss\\_zum\\_rechtsstaat\\_werden/TabID\\_\\_6/SubTabID\\_\\_7/InhaltTypID\\_\\_1/InhaltID\\_\\_14399/Inhalte.aspx](http://www.educlu.de/Titel__pressemittelung_bolivien_muss_zum_rechtsstaat_werden/TabID__6/SubTabID__7/InhaltTypID__1/InhaltID__14399/Inhalte.aspx) (Abruf 29.1.2010).

80 URL: <http://www.kas.de/proj/home/home/102/1/> (Abruf 20.8.2010).

81 Ebenda.

In Kombination mit den USA, den herrschenden Eliten in Lateinamerika und angesichts der Tatsache, dass die Mehrheit der Lateinamerikaner Christen sind, birgt er genügend Potential, um aus Sicht der internationalen Phalanx der Rechten erfolgversprechend zu wirken. Dieser Eindruck wächst umso mehr, da die europäische Sozialdemokratie ihre einstige Stärke längerfristig verloren hat und nicht mehr als alternatives Mittel taugt, um die lateinamerikanischen Interpretationen des »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« einzudämmen.

Daher werden zukünftig die Rechten des Nordens maßgeblich die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der lateinamerikanischen Länder lenken. Eine besondere Rolle kommt dabei der FDP und ihrer FNS zu. Mit ihrem Engagement in Honduras hat sie »Mut« zum politischen Abenteuerertum im Rahmen ihrer »Stiftungsaußenpolitik« bewiesen. Ob sie sich ihres Tuns und der Folgen bewusst ist, muss andernorts geklärt werden. Fakt bleibt, dass es ihr mit den Partnern vor Ort gelang, einen legitimen Präsidenten gewaltsam aus seinem Amt zu entfernen. Der Erfolg schützte sie vor Repressalien, die andernfalls jede Exekutive ergreift, wenn sie einen von Ausländern angezettelten Staatsstreich überstanden hat. Aber letztendlich errang die FDP einen Pyrrhus-Sieg: Aus den illegitimen Wahlen ging ein neuer Amtsinhaber hervor, der nicht zum liberalen, sondern zum konservativen Lager gehört und beste Kontakte zur KAS und zum IRI pflegt und in La Paz eng zusammenarbeiten. Die Positionen der FDP zu Bolivien und die Tatsache, dass sie in der Regierung Merkel die beiden Schlüsselressorts für die Stiftungsarbeit im Ausland führt – ihr Parteivorsitzender Guido Westerwelle als Außenminister und Dirk Niebel<sup>82</sup> als Entwicklungshilfeminister – lassen allerdings Schlimmes für die verbleibenden ALBA-Staaten befürchten.

Ob die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit ihren Regionalbüros in Lateinamerika einen Gegenakzent zum Gebaren der genannten deutschen Stiftungen setzen kann, wird die Zukunft zeigen. Ein Mensch zeichnet sich durch seine Taten aus, eine Stiftung ebenso.

### *Literatur*

Golinger, Eva: *The Chávez Code. Cracking U.S. Intervention in Venezuela.* La Habana 2005.

---

82 Um Missverständnissen vorzubeugen, erklärt der Autor dieses Artikels, dass er mit dem gleichnamigen FDP-Politiker und Minister weder verwandt noch verschwägert ist.

Lepszy, Norbert: Politische Stiftungen. In: Andersen, Uwe / Woyke, Wichard: Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 2003. S. 524f.

KAS. Parteien und Parteienkooperationen der KAS in Lateinamerika. St. Augustin 2008.

Niebel, Ingo: Venezuela not for sale. Berlin 2006.

Pogorelskaja, Swetlana W.: Die parteinahen Stiftungen als Akteure und Instrumente der deutschen Außenpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ). 6-7(2002). S. 29-38.

Pogorelskaja, Swetlana W.: Frei von den Zwängen der Tagespolitik. Die deutschen politischen Stiftungen im Ausland. Frankfurt a. M. 2009.

ROBERT LESSMANN

## Zwischen Kontinuität und Neuorientierung Die internationale Politik Boliviens

Zweiunddreißig Staaten der Rio-Gruppe beschlossen Ende Februar 2010 im mexikanischen Cancún die Schaffung einer Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten (*Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños* – CELAC), eines Integrationsinstruments, das einstweilen noch keine festen Züge trägt, bis auf jenen, dass es Kuba ein-, die Vereinigten Staaten und Kanada aber ausschließt.<sup>1</sup> Das meldete die bolivianische Tageszeitung *La Razón* und zitierte den in Cancún anwesenden bolivianischen Vizepräsidenten Álvaro García Linera mit folgenden Worten: »In den kommenden Monaten wird man die Struktur [der Organisation] schaffen, die uns mehr Souveränität und Selbstbestimmung geben wird gegenüber diesen Ländern, die bis zum heutigen Tage fortfahren, uns als ihren Hinterhof zu behandeln.«<sup>2</sup>

Mit der Gründung des Rio-Paktes (1947) und der Organisation Amerikanischer Staaten (1948) war Lateinamerika straff in die imperiale Ordnung der Vereinigten Staaten eingebunden, was unter dem Vorzeichen des Washington Consensus von 1990 auch nach dem Ende des Kalten Krieges so blieb. Ausbrüche im Sinne einer Anti-Status-quo-Politik blieben die Ausnahme, obwohl man sich in Lateinamerika durchaus als Teil und sogar Vordenker der »Dritten Welt« verstand.<sup>3</sup> Im Großen und Ganzen setzte sich die »Einnor-

---

1 Die »Comunidad« soll letztlich 33 Mitglieder umfassen: Der honduranische »Präsident« Porfilio Lobo war wegen der Ablehnung des Putsches gegen Manuel Zelaya nicht zum Gipfel nach Mexiko eingeladen worden.

2 *La Razón* vom 24. Februar 2010. Übersetzung: Robert Lessmann.

3 In Gestalt des »CEPALismo« und der Dependenz-Theorie haben lateinamerikanische Intellektuelle in den 1960er und 1970er Jahren einen wichtigen Beitrag für die Erklärung der Entwicklungsunterschiede innerhalb des kapitalistischen Weltsystems geleistet. Vgl. dazu: Dieter Nohlen (Hrsg.): *Lexikon Dritte Welt*. Reinbek b. Hamburg 1991. S. 125, 158-163.

«*respice polum*» der Außenbeziehungen fort<sup>4</sup>, und zur Debatte standen allenfalls mögliche Erweiterungen einer *autonomía periférica* im Sinne eines »Verdünnens der Beziehungen Lateinamerikas zu den USA, bei gleichzeitigem Verstärken der Beziehungen des Subkontinents zu Westeuropa, Osteuropa, Japan und jüngst auch Schwarzafrika und den asiatischen Staaten.«<sup>5</sup>

Das hat sich geändert: Der Beschluss von Cancún ist der vorläufig letzte AUS-Dollarruck eines neuen außenpolitischen Selbstbewusstseins in Lateinamerika. Dem gingen die Zurückweisung ungeliebter Freihandelsabkommen, die Aufforderung der Union Südamerikanischer Staaten (UNASUR) an Washington, Erklärungen über den Sinn und Charakter der sieben in Kolumbien geplanten Militärbasen zu liefern, sowie die Lösung der bolivianischen Septemberkrise 2008 durch ebendiese UNASUR und ohne Beteiligung der traditionellen Hegemonialmacht voraus. Die Ausweisung des US-Botschafters durch eines der kleinsten und schwächsten Länder – Bolivien im September 2008 – wäre noch vor wenigen Jahren vollkommen undenkbar gewesen.

Ein Jahr nach der Amtsübernahme durch Präsident Barack Obama herrschen südlich des Rio Grande Ernüchterung und Enttäuschung vor. Dabei stehen die De-facto-Anerkennung des Status quo nach dem Putsch gegen Manuel Zelaya in Honduras durch Washington, die Fortsetzung der Militarisierungspolitik im Anschluss an den *Plan Colombia* in Kolumbien und die *Merida-Initiative* in Mexiko im Zentrum der Kritik. Allgemein wird die als Fortsetzung der Bush-Politik gegenüber einer »guten Linken« (Brasilien, Chile, Uruguay) und einer »bösen Linken« in Venezuela, Ecuador und Bolivien verstanden.

Das »neue Bolivien« spielt – über das singuläre Ereignis der Ausweisung des U.S. Botschafters hinaus – eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung dieses neuen lateinamerikanischen Selbstbewusstseins in der Außenpolitik. Seit dem 22. April 2009 begehen die Vereinten Nationen auf Initiative Boliviens alljährlich an diesem Datum den Tag der »Madre Tierra«, und als Reaktion auf das Scheitern des Weltklimagipfels der Präsidenten von Kopenhagen rief Präsident Evo Morales für den 20.-22. April 2010 zu einer »Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte von Mutter Erde« in Cochabamba auf.<sup>6</sup> Bei der Eröffnung betonte er: »Ein Leben im Einklang mit der

4 Vgl.: Gerhard Drekonja-Kornat / Juan Gabriel Tokatlian (Hrsg.): *Teoría y práctica de la política exterior latinoamericana*. CERES/C.E.I. Uniandes. Bogotá 1983.

5 Gerhard Drekonja-Kornat: *Grundmuster lateinamerikanischer Außenpolitik*. Wien 1986. S. 13.

6 Hintergrund dieser Initiativen bildet das andine Konzept der *Pachamama*, die mehr Naturgesamtheit als einfach nur »Mutter Erde« ist – ein ganzheitliches Konzept von Nachhaltigkeit. Präsident Evo Morales' Okodiskurs versteht sich daher als ein explizit antikapitalistischer, gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur gerichteter. In diesem Sinne muss auch

Natur ist nicht möglich, wenn ein Prozent der Menschheit fünfzig Prozent des Reichtums beansprucht.« In seinem kapitalismuskritischen Diskurs stellte er westlichem Denken (»Macht euch die Erde untertan!«) ein indigenes Menschenbild als Alternative entgegen, das den Menschen als Teil der Natur betrachtet. Vizepräsident Álvaro García Linera warnte davor, dass man die Natur nicht als Werkzeug begreifen dürfe, sondern als etwas Lebendiges. Der Mensch sei nur ein Teil davon und müsse sein Handeln nach dem Prinzip der andinen Reziprozität ausrichten: Als ständiges Geben und Nehmen.

Vertreter von 47 Regierungen, Repräsentanten der Zivilgesellschaft und Delegationen indigener Völker aus 142 Ländern forderten in ihrer Abschlusserklärung unter anderem:

- Eine verbindliche Reduzierung der Treibhausgase, die eine Begrenzung der Klimaerwärmung auf 1-1,5 Grad Celsius ermöglichen;
- die Einrichtung eines internationalen Klimatribunals gegen Verstöße gegen diese verbindlichen Normen;
- die Verabschiedung einer »Allgemeinen Erklärung der Rechte der Mutter Erde« (nach dem Vorbild der UN Menschenrechtscharta);
- die Anerkennung der historischen Klimaschuld durch die Industrieländer sowie
- die Durchführung eines weltweiten Referendums zur Unterstützung dieser Forderungen.

Das kapitalistische Wachstumsmodell mit seiner seit der industriellen Revolution beschleunigten Ressourcenausbeutung sei gescheitert und habe die Erde an die Grenzen der Belastbarkeit gebracht. Doch auch das Modell des Sozialismus sowjetischer Prägung, das den Kapitalismus noch überholen wollen, sei keine Alternative, betonte Morales auf der Abschlusskundgebung.

Der Weltklimagipfel von Cochabamba war ein starkes Signal aus dem Süden angesichts fortgesetzten Politikversagens in Sachen Klimaschutz. Nie zuvor hatte Bolivien als Gastgeber eine so große internationale Veranstaltung organisiert und so die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf sich gezogen, obwohl die großen Nachrichtenagenturen der Welt den Gipfel bewusst herunterspielten. Zwar entsprachen die Beschlüsse von Cochabamba den Ankündigungen der Veranstalter, und die Liste der hohen Staatsgäste blieb auf die Mitgliedsstaaten der ALBA-Initiative beschränkt.

---

sein Eintreten für eine UN-Charta der »Rechte der Mutter Erde« verstanden werden: Als Forderung nach einem verbindlichen Regelwerk mit entsprechenden Sanktionsmechanismen zum Schutz der Lebensgrundlagen auf dem Planeten Erde.

Das Signal von Cochabamba könnte jedoch den Druck auf den Klimagipfel von Cancún/Mexiko erhöhen, der Ende 2010 stattfinden soll. Bei der Vorbereitung des Cancún-Gipfels in Bonn hatte die bolivianische Diplomatie noch eine Verlängerung der Frist zur Einreichung von Vorschlägen bis zum 26. April erreicht, damit jene von Cochabamba dort noch berücksichtigt werden können. Umso enttäuschender war die Nachricht, dass kein einziger davon im offiziellen Vorbereitungspapier zur Konferenz von Cancún Berücksichtigung fand.<sup>7</sup>

### *Innenpolitische Grundlagen der neuen Außenpolitik*

Mit dem Erdrutschsieg von Evo Morales Bewegung zum Sozialismus (*Movimiento al Socialismo* – MAS) bei den Wahlen vom Dezember 2005 hat sich im Herzen Südamerikas eine Alternative zum Neoliberalismus und eine Chance für bisher marginalisierte Schichten und Völker eröffnet – ein sozial-reformistisches, emanzipatorisches Projekt von historischer Reichweite.<sup>8</sup> Obwohl sich dieser Prozess des Wandels (*proceso de cambio*) und der Neugründung (*refundación*) über eine neue Verfassung primär auf die interne Verfasstheit der bolivianischen Gesellschaft bezieht, hat er doch auch – wie die bolivianische Krise selbst, auf die er eine Antwort zu geben sucht – außenpolitische Dimensionen. Die mit der Volksabstimmung vom Januar 2009 angenommene neue Verfassung – es ist übrigens die sechzehnte in der 185-jährigen Geschichte der Republik und die erste, die den Bolivianerinnen und Bolivianern zur Abstimmung vorgelegt wurde – beinhaltet ein Pazifismusprinzip sowie ein Verbot ausländischer Militärbasen (Artikel 10). Nach Artikel 266 wird sich der bolivianische Staat um gerechte und gleichberechtigte Beziehungen – bei Anerkennung historischer Asymmetrien – ebenso bemühen wie um die lateinamerikanische Integration (Absatz I). Dies gilt nach Absatz II gerade auch für die Integration der indigenen Völker und Nationen. Artikel 268 bekräftigt die historische Forderung nach einem souveränen Zugang zum Pazifik, um den sich der Staat mit friedlichen Mitteln bemühen soll. Es geht

7 Zu Verlauf und Ergebnissen der Weltkonferenz vgl.: <http://cmpcc.org>. Die Übersetzung der Abschlusserklärung von Cochabamba ins Deutsche ist auf der Seite von attac Deutschland abrufbar unter: <http://www.attac-netzwerk.de>. Vgl. außerdem: Eduardo Gudynas: Reflexión crítica acerca de la Cumbre sobre Cambio Climático en Bolivia. <http://plataformaenergetica.org/content/375> (Abruf 14.9.2010); Tadzio Müller: Der Klimagipfel in Bolivien: Auftrieb für die globale Klimabewegung. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS). Standpunkte international. 5/2010. Der vollständige spanische Text der Rede von Evo Morales kann unter <http://www.komiteinternazionalistak.org> abgerufen werden.

8 Vgl.: Robert Lessmann: Das neue Bolivien. Zürich 2010.

um eine in der Praxis nicht immer kohärente, gleichwohl aber signifikante Neuorientierung der Außenpolitik.

Die bolivianische Krise, die das Land in der ersten Hälfte des Jahrzehnts mit dem Sturz zweier Präsidenten an den Rand der Unregierbarkeit geführt hatte, lässt sich auf fünf Aspekte zurückführen: eine soziokulturelle Krise, eine Legitimationskrise von Parteien und politischem System, eine sozioökonomische Krise, ein Ressourcentrauma und ein Souveränitätstrauma – von denen zumindest die drei Letztgenannten starke internationale Konnotationen haben.

Die bolivianische Souveränitätskrise hat einen politischen und einen wirtschaftlichen Aspekt, die beide miteinander verknüpft sind. Die Revolution von 1952 war von einem nationalistischen Geist getragen und von der Nationalistisch-Revolutionären Bewegung (*Movimiento Nacionalista Revolucionario* – MNR) organisiert. Mit der Wirtschaftskrise und der wachsenden Abhängigkeit des Herrschaftsmodells vom Ausland wurde diese »nationale Kompetenz« – beginnend mit der neoliberalen Strukturanpassung von 1985/ 86 – jedoch aus den Händen gegeben. Diese Kehrtwende macht neben Korruptions- und Nepotismusvorwürfen einen wichtigen Teil der Legitimationskrise der traditionellen Parteien aus. Die traditionsreiche MNR kämpfte zu Beginn des neuen Jahrtausends mit Stimmanteilen von 6 Prozent um das politische Überleben und trat zu den Wahlen vom Dezember 2009 gar nicht erst an.

Nach dem Ende des auf den Bergbau gestützten staatskapitalistischen Modells der Revolution von 1952 wurde Bolivien im Gefolge der neoliberalen Strukturanpassung ab 1985 zum *Aid Regime* und zum Experimentierfeld der internationalen Entwicklungskooperation. Bolivien ist ein rohstoffexportierendes Binnenland mit vielen Standortnachteilen. Sein Außenhandel gestaltete sich lange Zeit chronisch defizitär: Die Terms of Trade haben von 1980 (100 Prozent) bis zur Jahrtausendwende 2000 (53 Prozent) 47 Prozentpunkte eingebüßt.<sup>9</sup> Trotz mehrerer Schuldenerlasse blieb die Auslandsverschuldung erheblich, weshalb Bolivien in hohem Maße von Vorzugskrediten und Zuschüssen abhängig blieb. Zur Jahrtausendwende entsprachen die beiden genannten Posten 9,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und finanzierten praktisch zu 100 Prozent die öffentlichen Ausgaben.<sup>10</sup> Es gab immer wieder Zeiten, da reichten die Steuereinnahmen nicht aus, um die Staatsbediensteten zu bezahlen.

9 Vgl.: Robert Lessmann: »La autonomía clandestina«: raíces, rasgos y marco político del proceso autonómico en el trópico de Cochabamba. In: Gabriel, Leo / López y Rivas, Gilberto (ed.): *Autonomías Indígenas en América Latina*. México 2005. S 169f.

10 Vgl.: Ebenda.

Mit einem ehrgeizigen Projekt sogenannter neoliberaler Reformen der zweiten Generation (weitere Privatisierungen, Verwaltungsreformen, Bildungsreform und anderes mehr) versuchte man Mitte der 1990er Jahre, das Modell zu modernisieren. Die Reformen waren zum großen Teil von ausländischen Entwicklungsagenturen konzipiert und von der Regierung relativ unsensibel von oben nach unten durchgepeitscht worden. Zweimal musste im Jahr 1995 zu ihrer Durchsetzung der Ausnahmezustand verhängt werden. Die Ergebnisse blieben bescheiden. Bolivien belegt Platz 113 (von 177) im Index für menschliche Entwicklung der Vereinten Nationen und ist damit das Schlusslicht in Südamerika.<sup>11</sup> 63 Prozent der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze von zwei US-Dollar pro Tag. Beinahe jeder vierte Bolivianer muss mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen. Zudem weist Bolivien die höchste soziale Ungleichheit in Südamerika auf: Auf die ärmsten 10 Prozent der Bevölkerung entfallen ganze 0,3 Prozent der Einkommen und des Konsums; auf die reichsten 10 Prozent kommen 47,2 Prozent.<sup>12</sup>

Evo Morales und die MAS haben es bereits in der Opposition verstanden, die nationale Kompetenz an sich zu ziehen und das Ringen um nationale Souveränität glaubwürdig zu verkörpern. Sie sind aus den Reihen der organisierten Kokabauern hervorgegangen und können als »Kollateralschaden« einer Drogenbekämpfungs- und Kokavernichtungspolitik bezeichnet werden, welche Bolivien von der internationalen Gemeinschaft unter Führung der USA aufgezwungen und die vor allem auf dem Rücken der Kokabauern ausgetragen wurde. Bereits im Jahr 1995 hatte die 12. Nationalkonferenz der Kokaproduzenten die Schaffung eines eigenen *instrumento político* (in Abgrenzung zu den Altparteien) beschlossen. Zwei Gründungskongresse und diverse Registrierungsversuche beim Wahlgerichtshof scheiterten, bevor schließlich 1999 die Bewegung zum Sozialismus – Politisches Instrument für die Souveränität der Völker (*Movimiento al Socialismo – Instrumento Político para la Soberanía de los Pueblos – MAS-IPSP*) gegründet und offiziell registriert wurde. Durch die deutlichen Wahlsiege von Evo Morales im Dezember 2005 (54 Prozent) und 2009 (64 Prozent) offenbarte sich nicht nur die Absage an das neoliberale Modell durch die Bevölkerung, sondern es verschwanden auch weitgehend die politischen Träger des vormaligen außengesteuerten Reformprozesses in Bolivien.

---

11 Vgl.: United Nations Development Program (UNDP): World Development Report. New York 2009.

12 Vgl.: Ebenda.

### Wirtschaft und Außenwirtschaft

Lateinamerikanische Außenpolitik war und ist vorwiegend Außenwirtschaftspolitik. Eine Diversifizierung der bolivianischen Wirtschaftsbeziehungen fand bereits seit vielen Jahren mehr oder weniger stillschweigend statt. Lateinamerikanische Nachbarn – allen voran Brasilien und Argentinien – gewannen und die Vereinigten Staaten verloren an Gewicht. Mit Morales kam es nicht nur zu einer verstärkten Anlehnung an Venezuela, sondern auch zu einer Hinwendung zu neuen Partnern aus den aufstrebenden Volkswirtschaften des Südens, wie China, Indien, Korea, aber auch dem Iran. Im März 2009 unterzeichnete Bolivien in Kairo ein Kooperationsabkommen mit der Arabischen Liga. Kooperationen mit einem indischen Unternehmen (Eisen) und einem koreanischen (Lithium) stehen für eine Belebung des Gedankens einer Süd-Süd-Kooperation, wie er vor einem Vierteljahrhundert in der entwicklungspolitischen Debatte als *collective-self-reliance* diskutiert wurde.<sup>13</sup>

Bolivien konnte für sein Projekt des Wandels von guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen profitieren, wobei vor allem die Nationalisierung der Erdgas- und Erdölressourcen eine wichtige Weichenstellung war. Daneben kam eine glückliche Fügung der »Unterentwicklung« zu Hilfe. Denn aufgrund der eher mangelhaften Integration in das kapitalistische Weltfinanzsystem überstand Bolivien die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise besser als viele Nachbarländer. Mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um fast sechs Prozent konnte Bolivien im Jahr 2008 das höchste Wachstum seit Jahren verbuchen.<sup>14</sup> Dieses lag auch über dem lateinamerikanischen Durchschnitt. Nach Auskunft des Ministers für Wirtschaft und Finanzen, Luis Arce Catacora, vom Dezember 2009 erreiche das BIP inzwischen ein Niveau von 19 Milliarden US-Dollar. Bolivien wäre damit nicht mehr das ärmste Land Südamerikas. Wenngleich diese Prognose angesichts von Kalkulationen der UN mit 13,1 Milliarden im Jahr 2007 etwas überoptimistisch erscheint: Der Trend ist positiv. Auch das *BIP pro Kopf* stieg in den Jahren seit 2006 kontinuierlich – und die Prognosen bleiben günstig:

2006	2007	2008	2009	2010
1.200 €	1.350 €	1.740 €	1.780 €	1.910 €

13 Vgl.: Robert Lessmann: Das neue Bolivien. S. 173ff.

14 Vgl.: ECLAC: Anuario estadístico 2008. [http://websie.eclac.cl/anuario\\_estadistico/anuario\\_2008/datos/2.1.1.1./xls](http://websie.eclac.cl/anuario_estadistico/anuario_2008/datos/2.1.1.1./xls) (Abruf 9.9.2010).

Doch die Abhängigkeit von Rohstoffexporten ist ungebrochen: Vor allem der Inbetriebnahme der Zinn- und Silbermine San Cristóbal Ende 2007 ist es zu verdanken, dass die Einbußen aus dem 20-prozentigen Rückgang bei der Förderung von Erdöl- und Erdgas abgefangen werden konnten. Zwar erlaubten die neuen Geschäftsbedingungen eine deutliche Erhöhung der Staatseinnahmen und ermöglichten Ausgaben für Sozialleistungen und Renten, doch muss dieser Goldesel erst noch auf eine nachhaltige Basis gestellt werden. Die Investitionen der ausländischen Partner sind zwar nicht eingebrochen, aber verhalten.<sup>15</sup>

Auch der *Außenhandel* entwickelte sich nach Angaben der bolivianischen Exportkammer positiv (in Millionen US-Dollar):

2003	2004	2005	2006	2007	2008
1.300	1.495	1.986	2.371	3.668	4.259 (Schätzung) <sup>16</sup>

Die wichtigsten *Exportprodukte 2007* waren (in Millionen US-Dollar):<sup>17</sup>

Erdgas	1.983
Zink	691
Rohöl	284
Soya	219
Silber	213
Zinn	173
Gold	122

Die *Zahlungsbilanz*, die bis zum Jahr 2002 über viele Jahre negativ war, hat sich geradezu dramatisch verbessert (in Mio. US-Dollar).<sup>18</sup>

2003	2004	2005	2006	2007
75,6	337,5	622,7	1.317,6	1.762,7

15 Vgl.: [www.gtai.de/DE/Content/\\_ShareDocs/Links-Einzeldokumente-Datenbanken//fachdokument.html?flident=MKT201006288010](http://www.gtai.de/DE/Content/_ShareDocs/Links-Einzeldokumente-Datenbanken//fachdokument.html?flident=MKT201006288010) (Abruf 9.9.10).

16 Vgl.: Robert Lessmann: Das neue Bolivien. S. 177.

17 Vgl.: [http://websie.eclac.cl/anoario\\_estadistico/anoario\\_2008/datos/2.2.1.14./xls](http://websie.eclac.cl/anoario_estadistico/anoario_2008/datos/2.2.1.14./xls) (Abruf 9.9.2010).

18 Vgl.: [http://websie.eclac.cl/anoario\\_estadistico/anoario\\_2008/datos/2.2.1.13/xls](http://websie.eclac.cl/anoario_estadistico/anoario_2008/datos/2.2.1.13/xls) (Abruf 9.9.2010).

Das Gewicht der öffentlichen Investitionen nahm erwartungsgemäß von 6,3 Prozent des BIP (2005) auf 10,5 Prozent des BIP (2009 geschätzt) zu. An die Stelle des Auslandskapital ist der Staat als wichtigster Investor getreten.

*Verschuldung Boliviens* in Mrd. US-Dollar

2005	2006	2008
4,9	2,2	2,5 <sup>19</sup>

Die Verschuldung – seit vielen Jahren ein enormes Problem im *Aid regime* Bolivien – ist niedriger geworden. Boliviens jährlicher Schuldendienst (Zinsen und Tilgung) liegt heute mit 150 Millionen US-Dollar deutlich unter dem früherer Jahre. Zuletzt hat Spanien im September 2009 Schulden in Höhe von 70 Millionen Euro (rund 105 Millionen US-Dollar) erlassen. Spanien ist der drittgrößte bilaterale Gläubiger Boliviens nach Venezuela (273,8 Millionen US-Dollar) und Brasilien (101,4 Millionen US-Dollar). Die Verpflichtungen gegenüber Venezuela gehen hauptsächlich auf das Konto von Dieselimporten (zu 62,3 Prozent), da Bolivien selbst nie entsprechende Raffineriekapazitäten aufgebaut hat. Sie entsprechen 41,6 Prozent der bilateralen Schulden, die insgesamt bei über 650 Millionen US-Dollar liegen. Evo Morales und seine Regierung haben die Macht in einem *Aid regime* erlangt, wo ausländische Entwicklungshilfen im Durchschnitt des letzten Jahrzehnts stets zwischen 7 und 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen und fast 100 Prozent der öffentlichen Investitionen finanzierten.<sup>20</sup>

Entsprechend gestalteten sich die Handlungsspielräume. Mit steigendem BIP und sinkenden Hilfeleistungen scheint sich dieses Verhältnis zu entspannen, bei gleichzeitiger Diversifizierung des Geberspektrums. Bislang verhielt sich die ausländische Kooperation abwartend und signalisierte Bereitschaft zu *business as usual*. Insgesamt sind die Hilfeleistungen an Bolivien trotzdem deutlich von 844 Mio. US-Dollar (2006) auf 476 Mio. US-Dollar (2007) und 628 Millionen US-Dollar (2008) zurückgegangen, doch liegen sie noch immer im Bereich einer nicht unüblichen Schwankungsbreite, sodass man allein daraus noch keine eventuell politisch motivierte Trendwende ablesen kann.<sup>21</sup> Mit Venezuela und Kuba betraten zwei neue Akteure die Bühne, was für große Aufmerksamkeit sorgte. Im Reich der Zahlen lagen (nach unbestätigten Quellen) die Zuwendungen aus Venezuela im Jahr 2006 bei 40 Mio.

19 Vgl.: Robert Lessmann: Das neue Bolivien. S. 177.

20 Vgl.: zu den Angaben in diesem Abschnitt: Ebenda. S. 177f.

21 Vgl.: OECD 2009. <http://stats.oecd.org/Index.aspx?DatasetCode=TABLE2A>.

US-Dollar, die der Bundesrepublik bei 45 Mio. US-Dollar und die der USA bei 120 Mio. US-Dollar. Die EU verabschiedete kürzlich ein Budget von 234 Millionen Euro über fünf Jahre. Die venezolanischen Zuwendungen für das Programm *Evo Cuple* dürften bei rund 200 Millionen US-Dollar liegen. Daneben gibt es Klagen über mangelnde Transparenz und Gerüchte über venezolanische Direktzahlungen an die *Presidencia*, die nicht in die Statistiken eingehen.

Regelrecht eingebrochen sind die multilateralen Hilfen – und zwar bereits seit den Krisenjahren vor dem Regierungswechsel im Januar 2006: Von 424,4 Millionen US-Dollar (2003) über 176,3 (2004), 210,0 (2005) und 182,3 (2006). Nach der Amtsübernahme von Evo Morales sind sie auf 33,3 Millionen US-Dollar gesunken.<sup>22</sup> Der Berichtszeitraum endet leider im Jahr 2007. Vormalss entscheidende Geber wie die Weltbank, die Interamerikanische Entwicklungsbank und der IWF spielen nun praktisch keine Rolle mehr. Dagegen blieben die Hilfen der EU über den gesamten Zeitraum mit jährlich rund 300 Millionen US-Dollar relativ konstant.<sup>23</sup>

### *Die Nationalisierung der Kohlenwasserstoffressourcen und der Bergbau*

Erdöl und Erdgas machen inzwischen fast 48 Prozent der bolivianischen Exporte aus. Wichtigste Abnehmer sind Brasilien und Argentinien, zugleich mit Abstand die bedeutendsten Handelspartner Boliviens. Zusammen nehmen sie 49 Prozent der Exporte auf und liefern 39 Prozent der Importe. Als Investoren – der größte ist die halbstaatliche Petrobras – waren sie auch von den Nationalisierungen des 1. Mai 2006 betroffen. Trotz der konzilianten Haltung des Präsidenten Luis Inázio »Lula« da Silva kam es vor allem in der Anfangsphase (die in Brasilien vom Wahlkampf geprägt war) zu ernsthaftem Streit. Das Petrobras-Management und die brasilianische Opposition sträubten sich, neue Verträge zu schlechteren Konditionen zu unterschreiben, taten es schließlich aber doch. Interessenunterschiede und gelegentliche Missklänge bleiben, doch scheint man in der täglichen Zusammenarbeit mit Petrobras zur Normalität zurückgefunden zu haben, und Präsident »Lula« da Silva kündigte bei seinem Besuch in La Paz im Dezember 2007 neue brasilianische Investitionen im bolivianischen Energiesektor in Höhe von einer Milliarde US-Dollar an. Brasilien bezieht 60 Prozent seines Erdgaskonsums aus Bolivien. Bolivien profitiert hier offenbar auch von der globalen Ressourcenknapp-

---

<sup>22</sup> Vgl.: Ebenda.

<sup>23</sup> Vgl.: Ebenda.

heit. Doch für hohe Preise sorgt sie nicht immer verlässlich: Brasilien hat ein Milliardenprogramm mit dem Ziel aufgelegt, sich von Energieimporten unabhängig zu machen. Und die *Cámara Boliviana de Hidrocarburos* rechnete kurz vor Jahresende damit, dass die bolivianischen Einnahmen aus Erdöl- und Erdgasexporten im Jahr 2009 wegen der Preisentwicklung von 2 Milliarden US-Dollar auf 1,1 Milliarden sinken werden. Im Energiebereich gingen außerdem die ausländischen Investitionen von vormals durchschnittlich 440 Millionen US-Dollar (1997-2002) auf 150 Millionen (2007) zurück.<sup>24</sup>

Bolivien braucht ausländische Investoren als Partner. Und diese akzeptieren nicht nur ungern schlechtere Konditionen und niedrigere Gewinne, sie klagten auch über handwerkliche Schwächen und die Langsamkeit im bolivianischen Energieministerium sowie beim staatliche Erdöl- und Erdgasunternehmen YPFB (*Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos*), wo es bereits wiederholt zu Auswechslungen des Führungspersonals und einem Korruptionsskandal gekommen war. Trotz venezolanischer Unterstützung ist Bolivien mit einschlägigen Experten und technischem Fachpersonal nicht im Übermaß gesegnet. Häufig ist die Produktion zu niedrig, um die vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Argentinien und Brasilien erfüllen zu können. Eine seit Jahren geplante Pipeline nach Argentinien wurde noch immer nicht gebaut und beim Aufbau eines *Polo Petroquímico* ist man bisher nicht vorangekommen. Ein erstes wichtiges Beispiel für die außenwirtschaftliche Neuorientierung sind die Eisenerzvorkommen im brasilianischen Grenzgebiet (»El Mutún«) – mit geschätzten 40 Milliarden Tonnen Erz die größten Lateinamerikas. Die indische Jindal Steel & Power Ltd. wird mehr als 2 Milliarden US-Dollar in Förderung und Verarbeitung investieren, einschließlich des Baus eines Stahlwerkes. La Paz erhofft sich aus dem Mutún-Projekt für die Staatskasse jährliche Einnahmen in Höhe von 300 Millionen US-Dollar. Im Salar de Uyuni, einem mehr als zwölftausend Quadratkilometer großen Salzsee auf 3.650 Metern Höhe unweit von Potosí, lagern Schätzungen zufolge mehr als die Hälfte der weltweiten Lithium-Vorkommen. Das extrem leichte Metall wird für die Herstellung von Lithium-Ionen-Batterien benötigt, wie sie bisher vor allem für Handys und Laptops Verwendung finden. Sollte es zur Entwicklung von Elektroautos kommen, würde Lithium als Rohstoff strategische Bedeutung gewinnen. Schon heute liegt der Preis für eine Tonne Lithium mit 3.000 US-Dollar achtmal so hoch wie noch vor sechs Jahren. Bolivien braucht ausländische Technologie für die Gewinnung und Verarbeitung. Die Regierung ist mit einer Reihe von Unternehmen im Gespräch, von denen die Verhandlungen mit der südkoreanischen Kores am weitesten

---

24 Zum gesamten Abschnitt vgl.: Robert Lessmann: Das neue Bolivien. S. 167ff.

gediehen scheinen. Evo Morales besteht darauf, dass auch die Weiterverarbeitung zu Batterien in Bolivien stattfindet. Der staatliche Bergbaukonzern COMIBOL baut mit ausländischer Hilfe bereits eine Pilotanlage zur Herstellung von Lithiumkarbonat. Geht es nach dem bolivianischen Präsidenten, so sollen in Zukunft auch ganze Elektroautos in den Anden gebaut werden. Auch die Nachbarländer Chile und Argentinien verfügen freilich über bedeutende Lithiumvorkommen sowie über direkten Zugang zum Meer, was die bolivianische Verhandlungsposition schwächt.<sup>25</sup>

### *Exkurs: Die Septemberkrise 2008 und ihre außenpolitischen Aspekte*

Der Niedergang der traditionellen Parteien führte zu einer parteipolitischen Heimatlosigkeit der alten Eliten und der politischen Rechten in Bolivien, die sich nunmehr um die oppositionellen Präfekten der reichen Departements im Tiefland und ihre Autonomieforderungen scharten. Nachdem Morales ein Abwahlreferendum vom 10. August 2008 mit 67 Prozent der Stimmen gewonnen hatte, gingen sie dazu über, Fakten bezüglich der Autonomie zu schaffen und systematisch Regierungsbehörden zu besetzen und zu verwüsten. Die Regierung in La Paz sprach von einem »Zivilputsch«, setzte dem Treiben im Rahmen einer Politik der Duldsamkeit anfangs jedoch kaum etwas entgegen. Erst als am 11. September regierungsnahe Bauern im Departement Pando von Angehörigen der Präfektur regelrecht zusammengeschossen wurden – die Rede ist von 18 Toten und Dutzenden Verletzten –, schickte Morales das Militär und verhängte dort den Ausnahmezustand. Bereits am 10. September wurde U.S.-Botschafter Philip Goldberg zur *Persona non grata* erklärt und aufgefordert, das Land zu verlassen. Ihm wird vorgeworfen, die oppositionellen Präfekten unterstützt zu haben. Am 16. September wurde der Präfekt des Departements Pando, Leopoldo Fernández, verhaftet. Er wird für das Massaker in Pando verantwortlich gemacht. Am selben Tag verurteilten die 12 Mitgliedsländer der Union der Südamerikanischen Nationen (UNASUR) auf einem Sondergipfel zur bolivianischen Krise in Santiago de Chile die Gewaltaktionen und erklärten »... ihre volle und entschiedene Unterstützung der verfassungsmäßigen Regierung von Evo Morales«. Eine Unterbrechung des demokratischen Prozesses in Bolivien werde man nicht tolerieren. Eine Untersuchungskommission der UNASUR zu den Vorfällen in Pando stützte

---

<sup>25</sup> Zu diesem Abschnitt vgl.: Ebenda, S. 173ff.

später weitgehend die Darstellungen der Regierung und sprach ebenfalls von einem Massaker an den Bauern.<sup>26</sup>

Die Opposition war mit ihrer Gewaltstrategie gescheitert, was zu ihrer Spaltung und Auflösungserscheinungen führte, die sich im Wahlfiasko vom Dezember 2009 zeigten. Mit ihren Blockadeaktionen schädeten die »Zivilkomitees« (*comités cívicos*)<sup>27</sup> vor allem der eigenen Bevölkerung, bei der auch verbrecherische Aktionen wie die Verwüstung von Regierungsgebäuden sowie gewalttätige Übergriffe gegen *Indios* und (mutmaßliche) Anhänger der Regierungspartei auf Ablehnung stießen. Das Massaker von Pando wurde einhellig verurteilt, und die Ablehnung durch die Nachbarländer war eine Breitseite gegen alle Überlegungen hinsichtlich eines separatistischen Projekts auf der Basis des Erdöl- und Erdgasreichtums. Die wichtigsten Abnehmer, Brasilien und Argentinien, sagten dazu unmissverständlich: »Nein!«<sup>28</sup>

### *Die Beziehungen zu den USA und die »Entnarkotisierung« der Außenbeziehungen*

Die Vereinigten Staaten von Amerika waren für das kleine Binnenland Bolivien in ganz besonderem Maße »Nordstern«, auf den sich die Außenpolitik orientierte. Die Investitionen (und Enteignung) von Standard Oil waren ebenso historische Fixgrößen wie die Zinnlieferungen an die alliierte Kriegswirtschaft im Rahmen der Anti-Hitler-Koalition. Der Zweite Weltkrieg war übrigens der einzige Krieg, den Bolivien »gewonnen« hat, das seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1825 mehr als die Hälfte seines ursprünglichen Staatsgebietes einbüßte. Nach der Revolution von 1952 begann bald die schon damals umstrittene Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfond zur Inflationsbekämpfung, und nach der kubanischen Revolution (1959) nahmen die US-Hilfeleistungen im Rahmen von Präsident Kennedys »Allianz für den Fortschritt« zu.<sup>29</sup> Die USA waren lange der mit Abstand wichtigste Handelspartner und zu Zeiten des neoliberalen *Aid Regime* waren meist mehr als 50 Prozent der für Bolivien so wichtigen Auslandshilfen direkt oder indirekt (über multilaterale Organisationen) unter der Kontrolle Washingtons. Die Tatsache, dass im neuen Jahrtausend Hilfe schließlich nicht mehr umstandslos als Rettung in der Not gewährt wurde, hat nicht unwesentlich zum Sturz

26 Zu diesem Abschnitt vgl.: Ebenda. S. 136-151.

27 Bürgerkomitees, die an die Stelle der Oppositionsparteien getreten waren. Vor allem ihre Jugendorganisationen bildeten die Speerspitze der Aktionen vom September 2008.

28 Vgl.: Robert Lessmann: Das neue Bolivien. S. 147.

29 Vgl.: Ebenda. S. 87ff.

von Präsident »Goni« Sánchez de Lozada im Oktober 2003 und damit zum Ende des neoliberalen Modells beigetragen.<sup>30</sup>

U.S.-Special-Forces-Ausbilder waren mit von der Partie, als die bolivianische Armee im Jahr 1967 den Guerilla-Fokus des Ché Guevara zerschlug<sup>31</sup> und Hugo Banzer absolvierte – wie so viele lateinamerikanische Militärdiktatoren jener Zeit – die U.S. Army School of the Americas. Unter Führung von Präsident Carter brach Anfang der 1980er Jahre praktisch die gesamte demokratische Staatenwelt die Beziehungen zur »Narcokratie« von General Luis García Meza ab und half, das Ende der Epoche der Militärdiktaturen in Bolivien einzuleiten.

Als zu Beginn der Demokratisierung im November 1981 wieder ein U.S.-Botschafter nach La Paz geschickt wurde, waren Drogenhandel und Drogenkontrolle zum Dreh- und Angelpunkt der bilateralen Beziehungen geworden. Schon damals standen die Kokavernichtung (Eradikation) sowie die daran gebundene Konditionierung der U.S.-Hilfen im Vordergrund. Ein Abkommen von 1983 sah die Schaffung einer paramilitärischen Spezialpolizei (*Unidad Móvil Policial para Áreas Rurales* – UMOPAR) vor, die von den USA ausgebildet und ausgerüstet wurde. Die UMOPAR rückte als Teil einer polizeilich-militärischen *Fuerza de Tarea Conjunta* am 11. August 1984 im wichtigsten Kokaanbaugesbiet, dem Chapare, ein.<sup>32</sup> Kurze Zeit später begannen Protestaktionen und Straßenblockaden der organisierten Kokabauern. Auseinandersetzungen um die verschiedenen Programme der teils freiwilligen (bei Kompensation), teils zwanghaften Kokaeradikation blieben von da an zwei Jahrzehnte lang an der Tagesordnung. Während dieser Zeit stellte die Kokaeradikation die wichtigste Ursache sozialer Auseinandersetzungen im Land dar, welche immer wieder Todesopfer forderten und Menschenrechtsverletzungen mit sich brachten – jedoch keine nachhaltigen drogenpolitischen Erfolge.<sup>33</sup> Die gewerkschaftsähnlichen *Sindicato*-Organisationen der Kokabauern entwickelten sich in diesem Kontext zu den mit am besten organisierten, stärksten und schlagkräftigsten Organisationen der Zivilgesellschaft in Lateinamerika und zur Keimzelle der Regierungspartei MAS.<sup>34</sup>

Die von den USA gesteuerte Politik der Kokaeradikation hat sich als Nachhaltigkeitsdesaster erwiesen. Die maximale Kokaanbaufläche wurde in Bolivien mit 50.300 Hektar im Jahr 1990 angegeben. Seit dem Beginn syste-

30 Vgl.: Ebenda. S. 109ff.

31 Vgl.: Robert Lessmann: Che Guevara. München / Kreuzlingen 2006.

32 Vgl.: Robert Lessmann: Drogenökonomie und internationale Politik. Frankfurt a. M. 1996. S. 109.

33 Vgl.: Tabelle zur Kokaanbaufläche weiter unten S. 608..

34 Vgl.: Robert Lessmann. Das neue Bolivien. Zürich 2010. S. 117ff., 123ff., 129ff.

matischer Aufzeichnungen durch die Vereinten Nationen bis einschließlich des Jahres 2005 wurden jedoch 125.873 Hektar vernichtet – zweieinhalb Mal so viel. Die Politik der Kokavernichtung ohne Nachhaltigkeit dürfte – den Gesamtflächenverbrauch hochgerechnet – über die Jahre allein im Anbau-gebiet des Chapare mindestens 200.000 Hektar subtropischen Regenwald gekostet haben, zuzüglich der fortschreitenden Vergiftung von Böden und Gewässern durch die Chemikalien, die zur Herstellung von *Pasta Básica de Cocaína* eingesetzt werden.<sup>35</sup>

Nach dem Erdbeben von Evo Morales bei den Wahlen vom Dezember 2005 machte bereits die Regierungsumbildung im Januar 2006 den beabsichtigten Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik deutlich. Die beiden für Koka- und Drogenkontrolle zuständigen Vizeministerien wurden jeweils mit altgedienten Kämpfern aus den *sindicatos* der Kokabauern besetzt und das Kokablatt schließlich durch die neue Verfassung vom Januar 2009 nach Artikel 384 als Kulturerbe unter staatlichen Schutz gestellt. Befürchtungen, dass es mit einem Kokabauern als Präsidenten zu einer ungezügelten Expansion von Kokaanbau und Kokainproduktion kommen würde, haben sich jedoch nicht bestätigt. Unter dem Motto »*Coca Sí, Cocaína No*« hat zwar eine Neubewertung des Kokablattes stattgefunden, in der Praxis änderte sich aber nicht allzu viel. Die Fahndungs- und Beschlagnahmungserfolge sind besser als die vorangegangener Regierungen. Die Eradikation von Kokafeldern heißt nun *racionalización* und findet im Konsens mit den *sindicatos* der Bauern statt. Ein historischer Dauerkonflikt konnte so zu den Akten gelegt werden, was für das Land eine große Erleichterung bedeutet. Reduziert werden jährlich zwischen 5.000 und 6.000 Hektar, was in etwa dem Mittel der ersten Hälfte der 1990er Jahre entspricht. Allerdings ist unter dem Strich eine Fortsetzung des ab dem Jahr 2000 einsetzenden Zuwachses der Anbauflächen zu verzeichnen; seit dem Amtsantritt von Präsident Morales um etwas mehr als 10 Prozent. Dieser Neuanbau geschieht ganz überwiegend in neu erschlossenen Gebieten sowie vor allem in Schutzzonen und Nationalparks, wohin der Ansatz einer Reduzierung über soziale Kontrolle nicht reicht.<sup>36</sup>

Auch die von der internationalen Gemeinschaft mit Spannung und Skepsis erwarteten Initiativen zur Streichung des Kokablattes von der Liste No. 1 der UN-Drogenkonvention von 1961 haben noch nicht stattgefunden. Bolivien beantragte im März 2009 lediglich die Streichung zweier Artikel (49/1c und 49/2e), die das Kokakaueen verbieten.

---

<sup>35</sup> Vgl.: Ebenda. S. 183.

<sup>36</sup> Vgl.: Wbenda. S. 182ff.

Die Reaktionen Washingtons auf den Politikwechsel in La Paz waren ablehnend, aber letztlich widersprüchlich. Das Pentagon stellte die Kooperation mit Bolivien ein, das INL<sup>37</sup> bewilligte im Fiskaljahr (FY) 2007 33,8 Millionen US-Dollar Anti-Drogen-Hilfe, 25% weniger als im Vorjahr; im FY 2008 waren es 30,1, im FY 2008 26 Millionen.<sup>38</sup> Ein Zwischenbericht zur *certification* forderte die bolivianische Regierung ultimativ zur Rückkehr zur alten Politik der Kokavernichtung auf, eine Forderung, die Präsident Morales in seiner Rede vor der 61. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 19. September 2006 in New York scharf zurückwies. Trotzdem erhielt Bolivien im Jahr 2007 die *certification* und ein Zollbegünstigungsabkommen für so genannte drogenproduzierende Länder. Das ATPDEA (*Andean Trade Promotion and Drug Eradication Act*), das am 31. Dezember 2006 ausgelaufen war, wurde für Bolivien provisorisch verlängert. Washington wollte dieses ATP-DEA, das die Stärkung der legalen Exportwirtschaft der betroffenen Länder zum Ziel hatte, in reguläre Freihandelsabkommen überführen, was La Paz ablehnte. Im Folgejahr 2008 wurden die Vergünstigungen des ATPDEA für Bolivien gestrichen.

Nach der Ausweisung des U.S. Botschafters Philip Goldberg im Zuge des so genannten »Zivilputsches« vom September 2008 wies die Regierung Boliviens im November 2008 auch die Mitarbeiter der US-amerikanischen Drogenbehörde DEA (*Drug Enforcement Administration*) aus, denen Spionage gegen die Regierung vorgeworfen wurde. Die 35 DEA-Agenten mussten das Land bis zum Januar 2009 verlassen. Damit erfüllte die Regierung von Evo Morales drei Jahre nach ihrem Amtsantritt eine viele Jahre alte Forderung der Kokabauern, die den Agenten der DEA stets Kompetenzüberschreitungen, Einmischung in innere Angelegenheiten und Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen hatten.<sup>39</sup> Die Beziehungen zwischen La Paz und Washington erreichten damit – just vor dem Amtsantritt von Präsident Barack Obama – einen historischen Tiefpunkt.

Nach dem Gipfel von Trinidad und Tobago im April 2009, auf dem Präsident Obama und Außenministerin Hillary Clinton ihre Absicht erklärt hatten, die beschädigten Beziehungen zu Lateinamerika zu reparieren, kam es im Mai in La Paz zu einem ersten bilateralen Treffen zur Ausarbeitung eines Rahmenabkommens für gegenseitigen Respekt. Ein drittes Treffen, das für den 30. November bereits zur Unterzeichnung des gegenständlichen Abkommens vorgesehen war, wurde von den USA kurzfristig abgesagt. Hintergrund

37 Bureau for International Narcotics Matters and Law Enforcement Affairs im U.S. State Department.

38 Vgl.: INCSR 2010. INL-Budget. S. 32-34.

39 Vgl.: Das neue Bolivien. Zürich 2010. S. 184f.

dürfte der Besuch des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad vom 24. November gewesen sein, der zu einem (un)diplomatischen Schlagabtausch zwischen Hillary Clinton und der bolivianischen Regierungsspitze führte.<sup>40</sup>

Nach einem zweiten Treffen im Oktober 2009 hatte Außenminister David Choquehuanca noch von »exzellenten Fortschritten« gesprochen. Dies, obwohl Präsident Obama im Juni das ATPDEA für Bolivien nicht verlängert hatte und Bolivien mit praktisch identischer Begründung wie die Bush-Administration weiterhin die *certification* für drogenpolitisches Wohlverhalten verweigerte. Trotz der diplomatischen Zerwürfnisse: Am 7. April 2009 hatten Bolivien und die USA ein neues bilaterales Abkommen zur Drogenkontrolle im Umfang von 26 Millionen US-Dollar zur Kokareduzierung unterschrieben. Im Februar 2010 gab es Verhandlungen mit dem State Department über die Rücknahme weiterer Kürzungen.<sup>41</sup>

Mit dem International Narcotics Control Strategy Report des INL vom 1. März 2010 wurde die *decertification* Boliviens verlängert und wie folgt begründet: »In his determination, the President raised concern with rising Bolivian coca cultivation and cocaine production and explained that the GOB's expulsion of the Drug Enforcement Administration (DEA) severely undermined Bolivian law enforcement efforts to identify and dismantle drug trafficking organizations. The President noted that despite Bolivia's success in meeting minimum eradication goals, the total effort by the GOB fell short of its obligations as outlined in the United Nations (UN) Conventions and bilateral agreements.«<sup>42</sup> Als Gründe werden genannt: Erstens, die steigende Kokaproduktion, zweitens die Schwäche der nationalen Spezialkräfte für den Kampf gegen den Drogenhandel nach der Ausweisung der DEA, drittens die gestiegenen Herausforderungen, insbesondere ein höheres Kokainproduktionspotential infolge der Anwendung effizienterer Verarbeitungsmethoden; viertens die sinkenden Beschlagnahmungszahlen für Kokain und seine Vorprodukte als Ausdruck der Schwäche der bolivianischen Anti-Drogenkräfte.<sup>43</sup>

40 Vgl.: Ebenda. S. 212f.

41 Vgl.: Robert Lessmann: Flying Dutchman? Internationale U.S. Drogenpolitik nach einem Jahr Obama – Administration. In: ZFAS – Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. Köln / Wiesbaden. 3(Juli 2010)3.

42 INCSR 2010. S. 149.

43 Ebenda.

Über den *Anstieg der Kokaanbauflächen* wurde bereits gesprochen. Er stellt sich wie folgt dar (in Hektar):<sup>44</sup>

	1986	1990	1995	2000	2005	2008
Bolivien	25.800	38.300	48.600	14.600	25.400	30.500
Kolumbien	24.400	40.100	50.900	163.300	86.000	81.000
Peru	150.400	210.000	115.300	43.400	48.200	56.100
Total	200.440	288.400	214.800	221.300	159.600	167.600

Die Kokaanbauflächen wachsen in Bolivien langsam und kontinuierlich bereits seit dem Jahr 2000; seit Evo Morales Amtsantritt im Jahr 2006 um etwas mehr als 10 Prozent. Auf höherem Niveau und unter gänzlich anderen politischen Rahmenbedingungen tun sie das übrigens auch im Nachbarland Peru.<sup>45</sup>

Tatsache ist auch, dass Bolivien in beträchtlichem Ausmaß zum Transitland für Kokain aus Peru auf dem Wege nach Brasilien, Argentinien und Europa geworden ist. Der INCSR 2010 geht jedoch insbesondere von einem deutlich gesteigerten Potenzial der Kokainherstellung aus den Kokablättern durch die Anwendung effizienterer Extraktionsmethoden (*método colombiano*) aus. Die gibt es auch, doch eine zitierfähige Quelle über diese neuen Umrechnungsverhältnisse existiert nach Auskunft der Vereinten Nationen (noch) nicht.<sup>46</sup> Es ist völlig unklar, wie weit verbreitet die *método colombiano* in Bolivien ist. Der behauptete Anstieg der potenziellen Kokainproduktion in Bolivien ist insofern – was die tatsächlichen Quantitäten betrifft – rein spekulativ. Doch mit diesem Kniff bläst das INL die gestiegene Kokaproduktion zu einem (potenziellen) drogenpolitischen Dammbbruch auf.

Die behauptete Schwäche der bolivianischen Behörden wird an einem Rückgang der Beschlagnahmungen von Kokain und seinen Vorprodukten von 28,8 Tonnen (2008) auf 26,8 Tonnen (2009) festgemacht. Eine solche Differenz mag in der Praxis im Scheitern oder Gelingen einer einzigen großen

44 Vgl.: United Nations Office on Drug Control and Crime Prevention (UNODCCP): Global Illicit Drug Trends 1999. New York 1999. Tab. 9. S. 41 (bis einschl. 1990); United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC): World Drug Report 2009. New York 2009. Tab. 6. S. 64 (ab 1995).

45 Die behauptete Schwäche oder »begrenzten Kapazitäten« der bolivianischen Spezialkräfte für den Kampf gegen den Drogenhandel sollte nicht zuletzt den US-Rechnungshof (GAO) interessieren, sind diese Kräfte doch mit den oben erwähnten Abkommen von 1983 auf US-Initiative geschaffen – und seither 27 Jahre lang im Rahmen von INL-Programmen ausgerüstet und ausgebildet worden. Das INL stellt sich selbst insofern kein gutes Zeugnis für die Effizienz und Nachhaltigkeit seiner Programme aus.

46 Information auf der Basis einer persönlichen Nachfrage.

Fahndungsaktion liegen. Die Zahlenreihe selbst scheint konsistent mit einem fast kontinuierlichen Anstieg, gerade auch in der Amtszeit der Regierung Morales.

*Beschlagnahmungen von Kokain und Kokain(vor)produkten* in Bolivien (in mt)<sup>47</sup>

2009	2008	2007	2006	2005	2004	2003
26.8	28.8	17.8	14.0	11.5	8.7	12.9

Der Rückgang der Beschlagnahmungszahlen als Argument für die *decertification* ist alles andere als überzeugend, erfolgte doch die erstmalige *decertification* im Jahr 2008 nach einer Steigerung der Beschlagnahmungen um mehr als ein Drittel, aber sechs Tage nach der Ausweisung des US-Botschafters.. Nun mag eine solche Steigerung auch auf vermehrte Aktivitäten des Drogenhandels im Land oder auch ein erhöhtes Kokainproduktionspotenzial hinweisen, belegt aber nicht automatisch die Untätigkeit der Behörden.

Die Probleme und Herausforderungen des Kampfes gegen den Drogenhandel in Bolivien sollen hier nicht kleingeredet werden. Aber die Kürzung der US-Hilfen in diesem Bereich und ein (zwischenzeitlich wieder korrigierter) zeitgleicher Teilabzug des Drogenkontrollprogramms der UNO aus Bolivien leisten gewiss keinen Beitrag zu ihrer Bewältigung. Das INL begründet sein »Verdikt« – wie bereits früher häufig kritisiert wurde – unter Zuhilfenahme nicht nachprüfbarer Behauptungen, konstruierter Realitäten, willkürlicher Interpretationen und Doppelstandards. Das eigentlich Bemerkenswerte an den genannten Argumenten für die *decertification* ist, dass sie heute auch von einer Obama-Administration offenbar nicht gründlicher hinterfragt oder kontextualisiert werden.

Zusammen mit Bolivien stehen weiterhin Birma und Venezuela am drogenpolitischen Pranger Washingtons – wie unter der Regierung Bush. Dies kurioserweise ganz im Gegensatz zu Afghanistan (weltgrößter Schlafmohnproduzent und Quelle für 90 Prozent des Welt-Heroinangebots), Mexiko<sup>48</sup> und Kolumbien.<sup>49</sup> Kolumbien erfuhr im gleichen Zeitraum wie Bolivien einen Rückgang der Beschlagnahmungen von Kokain und Kokain(vor)pro-

47 Vgl.: INCSR 2010, S. 154f.

48 Mexiko ist Transitland für 90 Prozent des Kokains auf den US-Märkten. Vgl.: Ebenda, S. 433.

49 Kolumbien ist Quelle von 90 Prozent des Kokains und 60 Prozent des Heroins, die in den USA beschlagnahmt werden. Vgl.: Ebenda, S. 201.

dukten von 223,8 Tonnen (2008) auf 205,85 (2009)<sup>50</sup>, und in Peru sind sie von 27,9 (2008) auf 19,7 (2009) gesunken, was beides offenbar zu keinen ähnlich gelagerten Befürchtungen Anlass gibt wie der Rückgang um zwei Tonnen in Bolivien. Übrigens: Im dezertifizierten Venezuela sind die Beschlagnahmen – gänzlich ohne Hilfe der DEA – von 40 Tonnen (2008) auf 60,2 (2009) gestiegen.<sup>51</sup>

Unter Evo Morales hat der erwartete drogenpolitische Paradigmenwechsel eingesetzt. Allerdings ändert sich in der Praxis vorerst nur wenig. Es handelt sich um eine pragmatische, nicht widerspruchsfreie Politik des Ausgleichs zwischen internen Erwartungen und externen Verpflichtungen, die den nationalen Interessen Boliviens Priorität einräumt. Insofern ist vor allem der Konsenscharakter der Reduzierungspolitik hervorzuheben, durch den bisherige Dauerkonflikte und gewalttätige Auseinandersetzungen um die Kokareduzierung ad acta gelegt werden konnten. Das ist ein großer Gewinn für die Menschen und die Stabilität des Landes. Durch ihre neue Drogenpolitik des »*Coca Sí, Cocaina No!*« konnte die Regierung die staatszersetzende Sprengkraft dieses Konfliktthemas bisher signifikant reduzieren, ohne dass es zu einer befürchteten explosionsartigen Zunahme von Kokaanbau und Kokainproduktion gekommen wäre.

Das Thema Koka und Drogenbekämpfung ist unter der Präsidentschaft des Kokabauernführers Evo Morales vom Thema Nummer 1 der außenpolitischen Agenda zu einem wichtigen unter vielen geworden. Auch das ist eine bemerkenswerte Leistung. Von einer befürchteten unkontrollierten Ausweitung des Kokaanbaus und des Drogenhandels kann keine Rede sein. Angesichts des Nachhaltigkeitsdesasters der Kokapolitik der letzten 20 Jahre und ihrer hohen sozialen und politischen Begleitkosten, nicht nur in Bolivien, sondern im Andenraum insgesamt<sup>52</sup>, ist der internationalen Gemeinschaft auch angesichts langsamerer Reduzierungsraten zur Gelassenheit zu raten: Diese konsensualen Reduzierungen haben womöglich größere Nachhaltigkeitschancen als die bisher zwanghaft und über die Köpfe der betroffenen Bauern hinweg erzielten.

Unter Präsident George W. Bush wurde die externe US-Anti-Drogenpolitik in den »Krieg gegen den Terror« eingegliedert. Die beiden wichtigsten

50 Vgl.: Ebenda. S. 212.

51 Vgl.: Ebenda. S. 649. Dazu ausführlicher vgl.: Robert Lessmann: *Flying Dutchman?*

52 Kolumbien ist mit seiner umstrittenen Besprühungskampagne das Paradebeispiel für jenes Nachhaltigkeitsdesaster: Zwischen 1994 und 2006 wurden dort 1.184.851 Hektar Koka aus der Luft mit Pflanzengift besprüht. Der Anbau hat sich in derselben Zeit verdoppelt (nach Zahlen des U.S. State Department sogar verdreifacht!). Waren es am Beginn der Besprühungskampagne sechs Provinzen, so gibt es heute Kokaanbau in 23 der 33 kolumbianischen Departements. Vgl.: UNODC: *World Drug Report 2009*. New York 2009. S. 63ff.

Empfängerländer für US-Anti-Drogenhilfe sind Afghanistan (272,5) und Kolumbien (244,6 Millionen US-Dollar); zusammen erhalten sie deutlich mehr als 50 Prozent des INL-Gesamtbudgets von 878,7 Millionen US-Dollar. Andere Länder – wie Bolivien – verloren währenddessen an Bedeutung und an Zuwendungen. Doch die Anti-Drogenpolitik der USA läuft mit den gleichen Führungspersonen und den gleichen Bürokratien auch unter der Präsidentschaft Obamas »auf Autopilot« weiter. Das macht nicht nur die abziehbildhafte Zertifizierungspolitik deutlich.<sup>53</sup>

### *Neue Partner: Kuba, Venezuela, ALBA, Süd-Süd-Kooperationen*

Verschiedentlich wird die außenpolitische Hinwendung Boliviens zu Venezuela und Kuba beklagt. In der Tat: Mehr als tausend kubanische Ärzte helfen im Gesundheitswesen des Andenstaates, junge Bolivianerinnen und Bolivianer studieren in Havanna unentgeltlich Medizin; dafür wurden von Kuba 5.000 Stipendien vergeben. Am Titicaca-See ist mit kubanischer Hilfe eine Augenklinik entstanden, die auch von peruanischer Seite her Zulauf hat. Landesweit wurden mehr als 200.000 unentgeltliche Augenoperationen durchgeführt, mit kubanisch-venezolanischer Hilfe wurde ein Alphabetisierungsprogramm erfolgreich abgeschlossen. Am 20. Dezember 2008 erklärte die UNESCO Bolivien zum Land »frei von Analphabetismus«<sup>54</sup> – als drittes Land in Lateinamerika nach Kuba und Venezuela übrigens und vor vielen reicheren Ländern.

Am 29. April 2006 trat Bolivien dem Wirtschaftsverbund ALBA (*Alternativa Bolivariana para las Américas*) bei, der sich als solidarwirtschaftliche Alternative zum US-Projekt einer lateinamerikanischen Freihandelszone versteht und dem neben Venezuela und Kuba auch Ecuador und Nicaragua, Honduras und eine Reihe karibischer Inselstaaten angehören; Paraguay und Grenada haben Beobachterstatus. Venezuela bekommt bolivianische Soja und liefert dem Erdölproduzenten Bolivien monatlich 200.000 Fässer Diesel, da das Andenland nicht über entsprechende Raffineriekapazitäten verfügt. Anfang Oktober 2006 wurde ein Militärpakt mit Venezuela unterschrieben.<sup>55</sup>

Bolivien unterhält seit dem Jahr 2008 diplomatische Beziehungen mit dem Iran. Das Niveau der in Aussicht gestellten iranischen Kooperation mit Bolivien soll bei 1,2 Milliarden US-Dollar in den Bereichen Agrarförderung (Traktoren, Molkereien) und Energie liegen; darüber hinaus sei der Bau eine

53 Vgl.: Robert Lessmann: Flying Dutchman?

54 Vgl.: Robert Lessmann: Das neue Bolivien. Zürich 2010. S. 208f.

55 Vgl.: Ebenda. S. 163; 209.

Zementfabrik geplant.<sup>56</sup> Nun ist eine Zusammenarbeit energieexportierender Länder im Rahmen einer Süd-Süd-Kooperation sicherlich eine vernünftige Sache. Andererseits stellt der Iran für Bolivien weder einen attraktiven Exportmarkt dar, noch hat er im Bereich der Kooperation Angebote parat, die andere Länder nicht auch böten. Zwei Besuche von Präsident Ahmadi-nedschad in kurzer Zeit sind womöglich der politische Preis für diese Kooperation, die es ihm erlauben, zu Hause eine vermeintliche Überwindung der politischen Isolation zu dokumentieren. Außenpolitische Souveränität ist eine Sache und Maßregelungen im Stile einer Kolonialmacht durch die US-Außenministerin eine andere: Doch ob es sich für Bolivien lohnt, diesen Preis zu zahlen, ist durchaus eine bis zwei Überlegungen wert. Insoweit hat auch Hillary Clinton Recht.

### *Die Beziehungen zu den Nachbarländern*

Bolivien ist derzeit umgeben von freundlichen Nachbarn, selbst die Beziehungen zum historischen »Erzfeind« Chile<sup>57</sup> erleben ein heftiges Tauwetter. Ob dies auch nach dem Regierungswechsel in Santiago Anfang 2010 so bleibt, muss sich erst zeigen. Der »Hegemon« USA ist in anderen Regionen überbeschäftigt. Die notorische Präsenz und das gönnerhafte Verhalten von Hugo Chávez haben in der Anfangsphase der Regierung Morales das bolivianische Souveränitätstrauma neu belebt und Anlass zu kritischen Kommentaren gegeben. Zu einer bisweilen prognostizierten Entfremdung zur regionalen Vormacht Brasilien ist es durch die außenpolitische Neuorientierung nicht gekommen. Anfänglich waren die Reaktionen dort auch durch den Wahlkampf beeinflusst. Darüber hinaus ist das Projekt ALBA durch ein (allerdings stockendes) transkontinentales Pipeline-Vorhaben sowie durch die Mitgliedschaften Venezuelas und Boliviens (assoziiert) im MERCOSUR eng mit Brasilien und Argentinien verschränkt. Bolivien kommt an einer Zusammenarbeit mit Brasilien schon wegen dessen politischen und wirtschaftlichen Gewichts nicht vorbei. Der brasilianische Präsident »Lula« da Silva hat sich mehr als einmal als verlässlicher Verbündeter erwiesen, der ohne großen rhetorischen Trommelwirbel Morales den Rücken stärkte – durch Besuche in La Paz in Krisensituationen und die Ankündigung brasilianischer Investitionen, vor allem aber durch die eindeutige Parteinahme im Rahmen der UNASUR während des »Zivilputsches« vom September 2008. Je nach dem

<sup>56</sup> Vgl.: Ebenda, S. 213.

<sup>57</sup> Dies bezieht sich vor allem auf den Verlust seiner Küstenprovinz Litoral im sogenannten Salpeterkrieg gegen Chile Ende des 19. Jahrhunderts.

Ausgang der Wahlen 2010 in Brasilien könnten allerdings die Karten in den bilateralen Beziehungen neu gemischt werden.

Gewisse Irritationen gibt es hingegen in den Beziehungen zum Nachbarn Peru. Zum einen betrifft das die Frage der im Salpeterkrieg mit Chile (1879–1883) verlorenen Pazifikprovinzen. Lima sieht die Annäherung Morales/Bachelet mit gewisser Skepsis und hat deshalb einen eigenen Vorstoß beim internationalen Seegerichtshof in Den Haag unternommen, den wiederum La Paz als potenzielle Gefährdung seiner eigenen Bemühungen wahrnimmt. Zum anderen spielt natürlich die ideologische Ausrichtung eine Rolle. Lima und Bogotá sind die einzigen Hauptstädte Südamerikas, wo nach wie vor Anhänger des neoliberalen *Washington Consensus* und uneingeschränkte Verbündete der USA amtieren. Der bolivianische *proceso de cambio* stellt mit der Anerkennung der kulturellen Vielfalt und von Indígena-Rechten durch die neue Verfassung eine regionale Herausforderung von beträchtlicher Wirkung dar. Das gilt in ähnlicher Weise für Perus nördliches Nachbarland Ecuador und seine neue Verfassung von 2008. Peru weist sehr viele Ähnlichkeiten mit Bolivien auf, nicht nur geographisch und kulturell: Die sozioökonomische Krise, die wie in Bolivien parallel zu einer soziokulturellen verläuft, die Legitimationskrise der traditionellen Parteien und die Frage der Kokavernichtung, die unter dem Druck der USA großen sozialen und politischen Sprengstoff birgt. Für viele Indígenas und Unterprivilegierte in Peru ist der Präsident des südlichen Nachbarlandes zur Identifikationsfigur geworden. Das kann die Zentralregierung in Lima nicht unberührt lassen. Und so gefallen sich die Präsidenten Alan García und Evo Morales immer mal wieder in verbalem Schlagabtausch – und verweisen dabei unterhalb diplomatischer Gepflogenheiten gegenseitig auf ihre Leibesfülle beziehungsweise auf ihre »mentale Einfachheit«. Lima hat im Juni 2009 deshalb sogar seinen Botschafter abgezogen. Doch die Karrierediplomatie auf beiden Seiten wusste bislang, das Schlimmste zu verhindern. Der Botschafterposten in La Paz wurde am 4. Dezember 2009 mit Manuel Rodríguez Cuadros, einem ehemaligen Außenminister unter Präsident Alejandro Toledo (2001–2006), sogar hochkarätig wieder besetzt.<sup>58</sup>

---

58 Vgl. Robert Lessmann: Das neue Bolivien. Zürich 2010. S. 210f.

### Fazit

»Die Entwicklung Lateinamerikas ist zyklisch, das Ergebnis Stagnation«, schrieben Bodemer und Gratius in ihrem Fazit zur Befindlichkeit »Lateinamerika(s) im internationalen System«. <sup>59</sup> Wie beim argentinischen Tango gehe es stets einen Schritt vor und zwei zurück. So würde man das heute nicht mehr sehen. Inzwischen haben dynamische Akteure das Parkett betreten. Wenngleich oft nicht ganz klar ist, in welche Richtung sie ihre Schritte lenken: Es ist doch Bewegung in die lateinamerikanische Außenpolitik gekommen.

Auch Bolivien hat sich seinen – häufig gar nicht so klar formulierten – Zielen ein Stück angenähert: Wiedererlangung der nationalen Souveränität über die Rohstoffe, Vergrößerung der außenpolitischen Options- und Handelsspielräume, Diversifizierung der Außenwirtschaftsbeziehungen, Entnarkotisierung der Außenbeziehungen, regionale Integration. Hatte Bolivien auf dem internationalen Parkett stets eine passive oder defensive Rolle gespielt, so tritt es nun durch Initiativen zur Klimapolitik hervor. Bolivien spielt heute eine Rolle bei den UN Friedensmissionen in Haiti und schickt UN-Beobachter in den Sudan, nach Nepal und in den Kosovo.

Vizepräsident Álvaro García Linera nannte es unlängst ein Manko, dass man nicht über eine professionelle, den Zielen der Regierung verpflichtete Bürokratie verfüge. <sup>60</sup> Das gilt natürlich auch für die Diplomatie. Aus der Nähe und von innen betrachtet macht (nicht nur) die bolivianische Außenpolitik oft einen überforderten Eindruck. Die Botschaften sind dünn gestreut und unterbesetzt, das Personal manchmal nicht ausreichend qualifiziert. Und es gibt unter den Karrierediplomaten durchaus solche, die dem *proceso de cambio* skeptisch bis ablehnend gegenüber stehen. Man hat es andererseits auch nicht verstanden, die Welle der Sympathie für die neue Regierung seitens der Auslandsbolivianer und der internationalen Solidaritätsgruppen adäquat zu nutzen, auch wenn der Präsident bei seinen Auslandsbesuchen auf solche Kontakte großen Wert legt und mit Leonilda Zurita eine der prominentesten Frauen aus der MAS mit der Aufgabe betraut hat, diese Beziehungen zu knüpfen und auszubauen. Einschlägige Initiativen klagen jedoch darüber, dass die Kommunikation viel zu oft ins Leere läuft, Abmachungen

59 Klaus Bodemer / Susanne Gratius (Hrsg.): Lateinamerika im internationalen System. Opladen 2003. S. 325.

60 Vgl.: Maristella Svampa / Pablo Stefanoni: Entretien avec Álvaro García Linera, vice-président de la Bolivie. In: Alternatives Sud: La Bolivie d' Evo. Centre Tricontinental. Louvain-la-Neuve 2009. S. 141-162.

und Verabredungen nicht eingehalten werden und sie sich in die Rolle des »Grüßaugust« versetzt fühlen.

Manche Themen konnten hier nicht behandelt oder nur angerissen werden. Das Verhältnis zur Europäischen Union, die Krise der Andengemeinschaft (CAN), Perspektiven der Integrationssysteme vom Mercosur bis zur dynamischen und manchmal lautstarken bolivarianischen Variante. Mitunter zeigt man sich über die neuen Töne aus La Paz geschockt. Weit weniger schockierend wirkt offenbar die Erkenntnis, auf welche Politikmodelle man in der Vergangenheit gesetzt und welche Führer man unterstützt hat. Ein Blick hinter die Kulissen tagespolitischer Rhetorik – etwa in den Beziehungen zu den USA – zeigt, dass es häufig gar nicht so sehr Bolivien ist, das da »abrückt« und »sich distanziert«. Vielmehr strebt das Andenland eine Erweiterung der *autonomía periférica* im Sinne Drekonja-Kornats an. Und viel häufiger sind es beleidigte Reaktionen aus Washington (und Europa) gegenüber Versuchen von Emanzipation und Korrekturen am Status quo, die kontraproduktiv wirken und Distanz herstellen.

### Literatur

Bodemer, Klaus / Gratius, Susanne (Hrsg.): Lateinamerika im internationalen System. Opladen 2003.

Drekonja-Kornat, Gerhard / Tokatlian, Juan Gabriel (Hrsg.): Teoría y Práctica de la Política Exterior Latinoamericana. CERES/C.E.I. Uniandes. Bogotá 1983.

Drekonja-Kornat, Gerhard: Grundmuster lateinamerikanischer Außenpolitik. Wien 1986.

Gudynas, Eduardo: Reflexión crítica acerca de la Cumbre sobre Cambio Climático en Bolivia. <http://plataformaenergetica.org/content/375> (Abruf 14.9.2010).

Lessmann, Robert: Drogenökonomie und internationale Politik. Frankfurt a. M. 1996.

Lessmann, Robert: Amerikanisierung und Militarisierung: Die auswärtige Drogenpolitik der USA. In: Rudolf, Peter / Wilzewski, Jürgen (Hrsg.): Weltmacht ohne Gegner – Amerikanische Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Baden-Baden 2000.

Lessmann, Robert: »La autonomía clandestina«: raíces, rasgos y marco político del proceso autonómico en el trópico de Cochabamba. In: Gabriel, Leo / López y Rivas, Gilberto (ed.): Autonomías Indígenas en América Latina. México 2005.

Lessmann, Robert: Che Guevara. München / Kreuzlingen 2006.

Lessmann, Robert: Das neue Bolivien. Zürich 2010.

Lessmann, Robert: Flying Dutchman? Internationale U.S. Drogenpolitik nach einem Jahr Obama – Administration. In: ZFAS – Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. Köln / Wiesbaden. Vol. 3 (Juli 2010).

Müller, Tadzio: Der Klimagipfel in Bolivien: Auftrieb für die globale Klimabewegung. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS). Standpunkte international. 5/2010.

NACLA Report on the Americas. January / February 2010. Washington D.C.

OECD: Geographical Distribution of Financial Flows to Less Developed Countries. Paris 2009.

Svampa, Maristella / Stefanoni, Pablo: Entretien avec Álvaro García Linera, vice-président de la Bolivie. In: Alternatives Sud: La Bolivie d' Evo. Centre Tricontinental. Louvain-la-Neuve 2009. S. 141-162.

United Nations Development Program (UNDP): World Development Report. New York 2009.

United Nations Office on Drug Control and Crime Prevention (UNODCCP). Global Illicit Drug Trends. New York 1999.

United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC). World Drug Report 2009. New York, 2009.

U.S. Department of State – Bureau for International Narcotics Control and Law Enforcement Affairs: International Narcotics Control Strategy Report (INCSR). Washington D.C. März 2010.

HELGE BUTTKEREIT  
PETER GÄRTNER  
JEFFERY R. WEBBER

## Rezensiert

### Vier aktuelle Publikationen über das neue Bolivien

Benjamin Kohl / Rosalind Bresnahan (Hrsg.): *Bolivia under Morales. Latin American Perspectives*. Mai & Juli 2010 (zus. 430 S.).

Lessmann, Robert: *Das neue Bolivien. Evo Morales und seine demokratische Revolution*. Rotpunktverlag, Zürich 2010 (252 S.).

Tanja Ernst / Stefan Schmalz (Hrsg.): *Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Evo Morales. Nomos*. Baden Baden 2009 (236 S.).

Crabtree, John / Laurence Whitehead (Hrsg.): *Unresolved tensions. Bolivia past and present*. University of Pittsburgh Press, Pittsburgh 2008 (309 S.).

*Benjamin Kohl / Rosalind Bresnahan (eds.): Bolivia under Morales.*

*Part 1: Consolidating Power, Initiating Decolonization. In: Latin American Perspectives. 37 (Mai 2010) 3. S. 5-195.*

*Part 2: National Agenda, Regional Challenges, and the Struggle for Hegemony. In: Latin American Perspectives. 37 (Juli 2010) 4. S. 5-244.*

Benjamin Kohl und Rosalind Bresnahan haben für das englischsprachige Fachjournal *Latin American Perspectives* zwei Ausgaben editiert, in denen die Entwicklung in Bolivien unter Evo Morales analysiert wird.<sup>1</sup> Während

---

<sup>1</sup> Der Wahlsieg und die erste Amtszeit von Evo Morales bildeten ebenfalls den thematischen Schwerpunkt anderer Zeitschriften außerhalb Boliviens. Als Beispiele seien folgende genannt: *Observatorio Social de América Latina (OSAL)* No. 19/ Jan.-April 2006; *América Latina Hoy*, Salamanca, vol. 43/ August 2006; *Asuntos Indígenas*, IWGIA Kopenhagen, 1-2/ 2007;

sich die Mai-Ausgabe mit der Konsolidierung der Machtverhältnisse und dem Beginn der Entkolonialisierung beschäftigt, widmet sich das Juli-Heft vor allem den Regionalkonflikten, wobei die Hegemoniefrage den Fokus bildet. Auf insgesamt 430 Seiten äußern sich vornehmlich Autoren aus den USA und Großbritannien zu den genannten Themen. Von bolivianischer Seite kommen Álvaro García Linera, führender Intellektueller und Vizepräsident des Landes, sowie drei andere renommierte Experten zu Wort (Pablo Regalsky, Fernando Oviedo Obarrio sowie Claudia Peña). Der Beitrag über den Nationalen Entwicklungsplan stammt aus der Feder von brasilianischen Wissenschaftlern. Abgerundet wird das Ganze durch einen Fotobeitrag, der die Wahlkampagne von Evo Morales dokumentiert. Die Tatsache, dass neben Benjamin Kohl und Linda Farthing, die bereits 2006 ein Buch über den Widerstand der sozialen Bewegungen Boliviens gegen die neoliberale Hegemonie veröffentlicht haben, auch jüngere Autoren zu Wort kommen, welche vor allem in den letzten drei Jahren publizierten (Nancy Postero, Robert Albro, Bret Gustafson) bzw. noch in diesem Jahr eigene Bücher herausbringen werden (Jeffery Webber)<sup>2</sup>, verweist auf die große fachliche Kompetenz der Beiträge. Andere der jüngeren Autoren können auf fundierte Feldstudien in Bolivien verweisen. Die durch die Themenwahl und die Autorennamen geweckten hohen Erwartungen werden größtenteils erfüllt, auch wenn – wie noch zu zeigen sein wird – einige Themen unterbelichtet bleiben.

### *Entkolonialisierung als zentrales Problem*

In der Einleitung des Mai-Heftes werfen die beiden Herausgeber Fragen auf, die um ein zentrales Problem kreisen: Welche Chancen hat das ärmste Land Südamerikas, mit seinem Erbe von fast 500 Jahren kolonialer und abhängiger Entwicklung zu brechen? Welche Schritte sind notwendig, um dieses Ziel zu erreichen, und wie können diese Schritte umgesetzt werden? Was hat sich bis jetzt wirklich verändert und was steht noch aus? Als Fokus der Analyse dient das Konzept der Entkolonialisierung. Dieses geht davon aus, dass auch nach fast 200 Jahren Eigenstaatlichkeit die koloniale Situation fortbesteht. Zwar bezieht sich die Entkolonialisierung vor allem auf die indigene Bevölkerungsmehrheit; es stellt sich aber auch die Frage, inwiefern dieser Prozess für das Land als Ganzes notwendig ist. An dieser Stelle sei bereits ein erster kritischer Einwand angebracht: Obwohl vielfach mit dem Begriff der Entko-

---

Nueva Sociedad, No. 209/ Mai-Juni 2007; Hemisphere, vol. 18/ Fall 2007 sowie ila 315/ Mai 2008.

2 Vgl. zu den angegebenen Autoren die entsprechenden Titel in der Literaturliste des Anhangs in diesem Halbband.

lonialisierung gearbeitet wird und er im Titel des Heftes sowie in der Überschrift zweier Beiträge (Brian Johnson und Rosaleen Howard) vorkommt, bleibt seine genaue Bedeutung unscharf. Dies liegt zum einen daran, dass sich der historische Bezug in der Nennung englischsprachiger Standardwerke von Herbert Klein (1992 / 2003), Waltraud Queiser Morales (1992), Brooke Larson (1988 / 1998), James Dunkerley (1984) und Sinclair Thomson (2002)<sup>3</sup> sowie in einem kurzen Abriss im Beitrag von Nancy Postero (Nr. 3-2010, S. 19-21) erschöpft. Zum anderen fehlt eine systematische Darstellung der kolonialen Situation, aus der sich die Notwendigkeit einer Entkolonialisierung ableitet. Für beides – einen historischen Rückblick und eine begriffliche Klärung – hätte die Einleitung Platz und Gelegenheit geboten.

Nach der Lektüre der einzelnen Beiträge, die anschließend genauer rezensiert werden, fallen weitere Punkte auf, die im Gesamtbild fehlen. Dies gilt in erster Linie für den Bereich der internationalen Beziehungen. Dieser wird nur an drei Stellen kurz gestreift: Benjamin Kohl geht in seinem Beitrag (ebenda, S. 107-122), der sich mit den Spielräumen einer Transformation Boliviens beschäftigt, auf die internationalen Rahmenbedingungen und Kräfteverhältnisse ein. Brent Kaup, der dieser Frage speziell unter dem Aspekt des auf Rohstoffexport ausgerichteten Wirtschafts- und Entwicklungsmodells nachgeht (ebenda, S. 123-138), untersucht besonders die Rolle der transnationalen Großunternehmen im Erdöl- und Gassektor. Jessica Camille Aguirre und Elizabeth Sonia Cooper schneiden mit dem Klimawandel einen zentralen Aspekt globaler Probleme an (Nr. 4-2010, S. 238-244).

Ein zweiter Kritikpunkt bezieht sich auf die Behandlung des Agrarproblems. Dieses wird zwar in mehreren Beiträgen des Juli-Heftes diskutiert – allerdings nur im Kontext des östlichen Tieflandes (Santa Cruz, Gran Chaco), nicht jedoch als gesamt nationales Entwicklungsproblem. Ähnliches ließe sich zum Verhältnis Stadt-Land sagen. Dieses Thema wird ebenfalls in verschiedenen Beiträgen in Bezug auf Migration, politisches Verhalten und subregionale Konflikte behandelt, erfährt aber an keiner Stelle eine systematische Betrachtung. Ein letzter Einwand sei mit Blick auf das Problem der Identität vorgebracht. Einerseits wird es immer wieder als eine der zentralen Fragen Boliviens im Allgemeinen und der Entkolonialisierung im Besonderen benannt, andererseits bleiben die Ursachen des Identitätsproblems, seine Wechselwirkung mit anderen Problemfeldern und die daraus resultierenden Konflikte zumeist im Dunkeln. Es mag berechnete Argumente geben, die diese Defizite erklären können, und es sei auch nochmals darauf verwiesen, dass die Artikel von der Kompetenz der Verfasser und der Relevanz der be-

---

3 Vgl.: Ebenda.

handelten Themen zeugen. Dennoch bedauert der Rezensent diese Defizite, da es sich um Themen handelt, deren Berücksichtigung zu einem besseren Verständnis der Komplexität des Gesamtprozesses hätten beitragen können. Als Letztes sei an dieser Stelle noch bemerkt, dass beide Hefte in bemerkenswerter Weise bezeugen, dass die bekundete Sympathie mit dem Prozess des Wandels unter der Regierung von Evo Morales sich durchaus mit einer kritischen und klaren Analyse desselben vereinbaren lässt.

### *Charakter und Akteure der Neugründung*

Die Einzelbeiträge des Mai-Heftes lassen sich drei Problemkreisen zuordnen. Fünf Autoren (Nancy Postero, Pablo Regalsky, Jeffery Webber, Robert Albro und Fernando Oviedo) befassen sich mit verschiedenen Aspekten der Politik der MAS und der Staatstransformation vorrangig aus der Akteursperspektive. Zwei weitere (Benjamin Kohl und Brent Kaup) widmen sich der Frage der Spielräume und Grenzen des Transformationsprozesses, wobei sowohl konjunkturelle (situationsbedingte) als auch strukturelle Faktoren analysiert werden. Eine dritte Gruppe (Brian Johnson, Katherine McGurn Centellas und Rosaleen Howard) untersucht anhand von einzelnen Politik- und Konfliktfeldern (Gesundheitswesen, Wissenschaft, Sprache und Diskurs) den Prozess der Entkolonialisierung im Detail. Besonders kritisch fallen die Beiträge von Regalsky und Webber aus, wobei ersterer die Regierungspolitik aus der Sicht der indigenen Bewegungen bewertet, während letzterer von einem klassenkämpferischen Standpunkt aus argumentiert. Beide stimmen darin überein, dass die Politik von Evo Morales eher als reformistisch denn als revolutionär zu charakterisieren sei.

Posteros Beitrag unter dem Titel »Morales' MAS Government. Building Indigenous Popular Hegemony in Bolivia« (S. 18-34) beschäftigt sich mit der Frage, wie Aufstieg und Hegemonie des »indigenen Nationalismus« (P. Stefanoni), den sie vor allem in der MAS und in der Person von Evo Morales verkörpert sieht, zu erklären sind. Nach einem kurzen historischen Abriss unter Einschluss der neoliberalen Ära (1985-2005) und der Charakterisierung der MAS sowie des Verhältnisses zwischen Evo Morales und Álvaro García Linera kommt sie zu dem Schluss, dass der politische Eklektizismus der MAS, der von vielen als Schwäche oder Reformismus interpretiert wird, eine wesentliche Quelle ihrer Stärke ist, da gerade darin die Verbindung von indigener Bewegung, Streben nach nationaler Souveränität und Volksverbundenheit zum Ausdruck kommt. Die daraus resultierende »indigenous popular hegemony« sieht sie eher als Ergebnis eines längeren Prozesses denn als bereits feststehendes Resultat.

Regalsky widmet sich dem Thema »Political Processes and the Reconfiguration of the State in Bolivia« (S. 35-50). Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist ein Vergleich der Situation 1952 und 2006. Als wesentlichen Unterschied benennt er den jeweiligen globalen Kontext. Während die Revolution von 1952 eine Rekonfiguration des bolivianischen Nationalstaats und der Staatsbürgerschaft auf der Grundlage der Umwandlung des »indio« in den »campesino« anstrebte, sieht sich der gegenwärtige Transformationsprozess mit den Folgen der neoliberalen Globalisierung konfrontiert, die das Projekt einer homogenen mestizischen Nation endgültig obsolet werden lassen. Ethnisierung und Stärkung der lokalen (bzw. regionalen) Macht führen dazu, dass sich die Autonomie zur neuen Grundlage für die Wiederherstellung von Staatlichkeit entwickelt. Diese Form der Reterritorialisierung, vor allem die indigene Autonomie, könne jedoch nicht ihre volle Wirksamkeit entfalten, da sich die MAS die sozialen und indigenen Bewegungen zunehmend unterordne, wobei ihr bei der Umsetzung ihrer Kooptationsstrategie die günstige Wirtschaftslage zugute käme.

Webbers Artikel steht unter der Überschrift »Carlos Mesa, Evo Morales, and a Divided Bolivia (2003-2005)« (S. 51-70). Der Autor konstatiert während der Regierungszeit von Carlos Mesa (17. Oktober 2003 – 6. Juni 2005) eine tiefe politische Polarisierung, die durch zwei antagonistische gesellschaftliche Blöcke gekennzeichnet ist, wobei die Bruchlinien klassenmäßiger, ethnisch-kultureller und regionaler Natur sind. Der eine Pol wird durch die zahlreichen indigenen und sozialen Bewegungen repräsentiert, die in der »Agenda de Octubre« ihre wichtigsten Minimalforderungen (Nationalisierung der Naturressourcen, Verfassunggebende Versammlung, Agrarreform) formuliert haben. Den anderen Pol bildet der regionalistisch-bourgeoise Block des östlichen »Halbmonds« (*Media Luna*), der seine wichtigsten Ziele in der »Agenda de Enero« niedergelegt hat, in der die regionale Autonomie gegenüber dem Zentralstaat mit weitgehender Verfügungsgewalt über die Gas- und Erdölressourcen sowie der Landbesitz eingefordert wird. Zwischen diesen Blöcken platziert Webber die Gruppe der »schwankenden Akteure«, zu der neben Carlos Mesa und den städtischen Mittelschichten auch Evo Morales, die MAS und die *Cocaleros* gehören. Die Rolle von Carlos Mesa wird als die eines »bonapartistischen Vermittlers« beschrieben, dessen wichtigster politischer Verbündeter Evo Morales mit seinen Anhängern ist (S. 52f.). Erst relativ spät (ab März 2005) und auch nur, weil Mesa zuvor einen klaren Rechtsschwenk hin zum regionalistischen Block vollzieht<sup>4</sup>, schließen sich die

4 Vgl. dazu auch den Beitrag von Luis Tapia: El presidente colonial. In: Álvaro García Linera et. al.: Horizontes y límites del estado y el poder. La Paz 2005. S. 77-112. Für Tapia stellt Mesa die typische Verkörperung des kolonialen Präsidenten dar.

MAS und ihr Führer dem Block der indigenen und sozialen Bewegungen an. In dieser Ausgangskonstellation während des »Ciclo Rebelde« von 2000 bis 2005 sieht Webber die Ursache für die – nach seiner Einschätzung – reformistische Politik der MAS-Regierung seit 2006.

An dieser Stelle ist es angebracht, kurz zum Juli-Heft zu wechseln. Dort findet der Leser Ausschnitte aus einem Interview, das Linda Farthing am 20. Juni 2009 mit dem bolivianischen Vizepräsidenten Álvaro García Linera geführt hat, sowie die englische Übersetzung eines Beitrages von ihm, der 2008 veröffentlicht worden war.<sup>5</sup> Ausgehend von einer Periodisierung des Zeitraumes vom »Wasserkrieg« in Cochabamba 2000 bis zur politischen Krise im August 2008 analysiert Linera den Zusammenhang von Protestzyklus, Staatskrise und Staatstransformation. Den Wahlsieg von Evo Morales im Dezember 2005 und die Umsetzung der »Agenda de Octubre« bis 2008 interpretiert er als die Ablösung eines Machtblocks durch einen neuen, welcher sich hinsichtlich seiner Klassen- und ethnischen Basis klar vom vorhergehenden unterscheidet. Damit kommt er zu einem anderen Schluss als Webber: 2006 hat sich nicht nur ein Regierungs-, sondern vielmehr ein Machtwechsel vollzogen, der einen tiefen Bruch mit der Vergangenheit darstellt (Nr. 4- 2010, S. 38ff.). Auch wenn dies das Ergebnis einer Synthese von sozialer Rebellion und demokratischer Wahlentscheidung war, so erfüllen die aufgeführten Punkte doch wesentliche Kriterien einer Revolution. Im Rückblick identifiziert Linera die Ereignisse vom September 2008 als jenen »Bifurkationspunkt« (ebenda, S. 33 sowie S. 46f.), an dem sich der neue »Übergangsstaat« zu stabilisieren beginne. Der eindeutige Wahlsieg von Evo Morales im Dezember 2009 bestätigt diese Einschätzung Lineras.

Robert Albros Beitrag »Confounding Cultural Citizenship and Constitutional Reform in Bolivia« (S. 71-90) geht der Frage nach, was das »neue Bolivien« eigentlich ausmacht.<sup>6</sup> Ausgehend von den Ergebnissen seiner Feldforschung in Quillacollo, einer Stadt im Tal von Cochabamba, übt er Kritik an der neuen Verfassung von 2009. Diese berücksichtige – allerdings unbeabsichtigt – nur ungenügend die urbanen indigenen Erfahrungen und Identitäten (S. 85). Mit Verweis auf die »indigenous mestizos« von Cuzco<sup>7</sup> und die »multiple mestizajes« in Bolivien<sup>8</sup> plädiert er für die Vielfalt der Identitäten,

5 Vgl.: Álvaro García Linera: El Estado en transición. Bloque de poder y punto de bifurcación. In: Derselbe: La potencia plebeya: acción colectiva e identidades indígenas, obreras y populares en Bolivia. Buenos Aires 2008. S. 392-412.

6 Vgl. dazu auch: Robert Lessmann: Das neue Bolivien. Zürich 2010.

7 Vgl.: Marisol de la Cadena: Indigenous Mestizos. The Politics of Race and Culture in Cuzco, Peru, 1919-1991. Durham & London 2000.

8 Vgl.: Carlos Toranzo Roca: Let the mestizos stand up and be counted. In: John Crabtree/

was auch und besonders für die indigene Bevölkerung gelte. Im Unterschied zu El Alto, der Aymara-geprägten Zwillingstadt von La Paz (S. 77f.)<sup>9</sup>, zeichne sich Quillacollo durch eine »cholo citizenship« aus, in der indigene und nicht-indigene Identitäten vertreten seien (S. 81). Zusammen würden sie die »popular-indigenous identity« von Quillacollo ausmachen (S. 84). Fügt man noch die Erfahrungen der Migranten von Santa Cruz de la Sierra hinzu<sup>10</sup>, repräsentiert jede der drei Groß- bzw. Millionenstädte einen jeweils eigenständigen Typus indigener urbaner Identität. In diesem Punkt weist die neue Verfassung, in der in ethnisch-kultureller Hinsicht zuzunehmend ländlich geprägte indigene Identitäten berücksichtigt werden, tatsächlich eine Leerstelle auf. Um noch einmal auf die eingangs von Albro gestellte Frage zurückzukommen, so macht dieser das »Neue« im gegenwärtigen Bolivien an der staatsrechtlichen Verankerung der »kulturellen Staatsbürgerschaft« und der daraus abgeleiteten Autonomie fest (S. 73f. sowie 76f.). Bei der Begründung dieser Position greift er auf den Ansatz des »Staatsbürgerschaftsregimes« von Deborah Yashar zurück.<sup>11</sup>

Fernando Oviedo Obarrio (S. 91-106) analysiert die Wahlgeographie der Jahre 2002 bis 2008, um auf dieser Grundlage die Erfolge der MAS zu bewerten, die schließlich im Dezember 2009 ihren Wahlsieg von 2005 noch einmal übertreffen konnte. Trotz dieser Erfolgsserie verweist die Analyse von Oviedo auf einige widersprüchliche Entwicklungen. Zum einen hat Evo Morales seinen Einfluss in den Departements des östlichen »Halbmonds« schrittweise ausbauen können, besonders dann, wenn es um Entscheidungen von nationaler Tragweite ging. Zum anderen zeigt sich, dass die Unterstützung des Präsidenten und seiner Politik gerade in den Städten starken Schwankungen unterworfen ist. Diese Einschätzung wird durch einen anderen Trend ergänzt: Eine wachsende Gruppe von Wählern, vor allem im Osten des Landes, »splittet« ihre Stimmen. Das bedeutet, dass die Zustimmung zur Politik der Zentralregierung durchaus mit einer Entscheidung zugunsten der Opposition auf regionaler Ebene einhergehen kann. Dabei spielt der »Evo-Faktor« eine wichtige Rolle. Dieser zeigt sich in der Tatsache, dass dem Regierungschef kein gleichwertiger Konkurrent gegenübersteht, weshalb – so Oviedo

---

Laurence Whitehead (eds.): *Unresolved Tensions. Bolivia Past and Present*. Pittsburgh 2008. S. 50.

9 Vgl.: Sian Lazar: *El Alto, Rebel City: Self and Citizenship in Andean Bolivia*. Durham 2008; Raul Zibechi: *Bolivien – Die Zersplitterung der Macht*. Hamburg 2008.

10 Vgl.: Joshua Kirshner: *Migrant's Voices: Negotiating Autonomy in Santa Cruz*. In: *Latin American Perspectives*. Vol. 37 (July 2010) 4. S. 108-124.

11 Vgl.: Deborah Yashar: *Contesting Citizenship in Latin America. The Rise of Indigenous Movements and the Postliberal Challenge*. Cambridge (NY) 2005. S. 31ff.

– trotz wachsender Bedeutung des Regionalismus die politische Hegemonie der MAS bislang nicht gefährdet sei (S. 105).

### *Spielräume und Politikfelder der Transformation*

Benjamin Kohl (S. 107-122) geht ausführlicher auf ein Thema ein, das für die Bewertung des Charakters (Reform oder Revolution?) und der Reichweite des Transformationsprozesses (Entkolonialisierung und neuer Entwicklungspfad) von zentraler Bedeutung ist. Er wirft die Frage auf, welche Spielräume die neue Regierung hat und wie es um ihre Chancen steht, mit der kolonial ererbten »Extraktionsmaschine« zu brechen. Für ihn geben fünf miteinander verbundene Faktoren den Ausschlag für eine Antwort: (1) der Druck seitens der einheimischen Oligarchie, (2) die (unzureichenden) Kapazitäten des Staates, (3) die tief verwurzelte Korruption, (4) die Stärke des Druckes von unten und (5) der Einfluss transnationaler Akteure (S. 108). Nach der ausführlichen Gewichtung der einzelnen Faktoren kommt er zu dem Schluss, dass die innere Opposition in Gestalt der traditionellen bzw. regionalistischen Elite, welche zudem die Massenmedien kontrolliert, sowie die beschränkten Kapazitäten der Regierung die Haupthindernisse für die konsequente Umsetzung der erforderlichen Transformationsmaßnahmen darstellen. Diese seien – eine weitere Schlussfolgerung aus der vorangegangenen Analyse – ihrem Charakter nach eher anspruchsvolle Reformen, aber (noch?) keine Revolution (S. 119).

Brent Kaup geht unter der Überschrift »A Neoliberal Nationalization? The Constraints on Natural-Gas-Led Development in Bolivia« (S. 123-138) derselben Frage nach wie Kohl. Für ihn stellt die Pfadabhängigkeit des tradierten Entwicklungstyps, der auf dem Export eines oder einiger weniger Rohstoffe (früher v.a. Silber und Zinn, heute Erdöl und Erdgas) basiert, das entscheidende Hindernis für den Wechsel zu einem alternativen, nachhaltigen Entwicklungstyp dar (S. 124f.). Zusätzlich kommen die strukturellen Folgen der »Neoliberalisierung« (1985-2005) hinzu (S. 125-129). Beides zusammen – neoliberale Zwänge *und* die soziomaterielle Realität des Rohstoffexports (S. 131ff.) – verhindert trotz der Rückgewinnung der staatlichen Kontrolle über den entscheidenden Gassektor, die nach den Worten eines Interviewpartners von Kaup eher einer »feindlichen Übernahme« als einer »echten« Nationalisierung ähnelt, bislang einen Ausbruch aus der ererbten Pfadabhängigkeit. Der Autor weist der Fähigkeit der Regierung, den Gas- und Erdölsektor zum »Motor des sozioökonomischen Wechsels« zu machen, eine Schlüsselrolle bei der künftigen Entscheidung über einen neuen Entwicklungspfad zu. Für

ihn hat Bolivien in dieser Hinsicht die Bedeutung eines Testfalls von globaler Relevanz (S. 135).

Auch an dieser Stelle ist ein Blick in das Juli-Heft erforderlich. Dort analysieren zwei brasilianische Wissenschaftler (Clayton Mendonca Cunha Filho & Rodrigo Santaella Goncalves) den »Nationalen Entwicklungsplan 2006-2011«<sup>12</sup> unter dem Gesichtspunkt seiner Eignung als Instrument für die Durchsetzung eines neuen Entwicklungsmodells (Nr. 4-2010, S. 177-196). Indem sie zwischen den Konzepten des »Neo-Developmentalismus« und des »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« differenzieren, gelingt es ihnen, mit Verweis auf George Gray Molina<sup>13</sup> eine für die Bewertung des Planes wichtige Unterscheidung vorzunehmen: Während sich in der bolivianischen Geschichte das Wirtschaftsmodell zwischen den Polen Staat und Markt mehrfach gewandelt hat, kann dies in Hinblick auf die Entwicklungsstruktur bislang nicht behauptet werden (S. 179f.). Auf dieser Grundlage nehmen sie eine Bewertung der vier zentralen Säulen des Nationalen Entwicklungsplans (Würde, Demokratie, Produktivität und Souveränität) vor (S. 180-184). Anschließend untersuchen sie die für die Implementierung des Plans entscheidenden Wirtschaftssektoren (Gas- und Erdöl, Bergbau, Telekommunikation, Energie, Infrastruktur, verarbeitende Industrie – S. 184-187). Auf einer weiteren Analyseebene werden die nichtökonomischen Faktoren diskutiert, die bei der Umsetzung des Plans zu berücksichtigen sind: die internationale Rolle Boliviens, die Bedeutung der Agrarreform, der Bildung, des Gesundheitswesens, des Wohnungsbaus und der Altersversorgung sowie der bislang erreichte Stand bei der Durchsetzung von Demokratie und Plurikulturalismus (S. 187-190). Die Bilanz dieser detaillierten Analyse des Nationalen Entwicklungsplans fällt eher skeptisch aus: Zwar habe sich ein (erneuter) Wechsel des Wirtschaftsmodells von einer »freien Marktwirtschaft« zu einer gemischten Wirtschaft mit starker Staatskontrolle in den strategischen Wirtschaftssektoren vollzogen, die Entwicklungsstruktur, welche entscheidend dafür sei, was produziert wird, habe sich jedoch nicht verändert (S. 191). Obwohl der Plan durchaus für eine Veränderung dieser Strukturen plädiere, mangle es an der praktischen Umsetzung, wofür mehrere Beispiele – so auch der jüngste Lithium-Boom – angeführt werden. Am Schluss äußern die Autoren ihre Hoffnung, dass sich mit dem neuen politischen Kräfteverhältnis für die Re-

12 Vgl.: Ministerio de Planificación del Desarrollo: Decreto Supremo 29272: Plan Nacional de Desarrollo: Bolivia Digna, Soberana, Productiva y democrática para Vivir Bien. Lineamentos Estratégicos 2006-2011. La Paz 2007. Vgl. außerdem den Beitrag von Muruchi Poma zum Wirtschaftsmodell der MAS im ersten Halbband.

13 Vgl.: George Gray Molina: La economía boliviana más allá del gas. In: *América Latina Hoy*. No. 43/2006. S. 65.

gierung Morales die Möglichkeit eröffnet, die Ankündigungen des Nationalen Entwicklungsplans in die Realität umzusetzen.

In den letzten beiden Beiträgen des Juli-Heftes, die sich mit der Koka-Politik der neuen Regierung (Linda Farthing & Benjamin Kohl auf den Seiten 197-213) sowie der Klimapolitik (Jessica Camille Aguirre & Elizabeth Sonia Cooper auf den Seiten 238-244) beschäftigen, werden die oben getroffenen Einschätzungen teilweise bestätigt. So habe der neue Ansatz der »sozialen Kontrolle« in den bolivianischen Kokaanbaugebieten (Chapare und Yungas) zu einer deutlichen Entspannung auf diesem »verminten« und konfliktgeladenen Politikfeld geführt, in Hinblick auf die globale Dimension des Koka-inhandels sei die Regierung jedoch überfordert.<sup>14</sup> In ihrem Kommentar zur Klima-Konferenz in Cochabamba, zu der Evo Morales nach dem Scheitern des Klima-Gipfels in Kopenhagen im April 2010 eingeladen hatte, gelangen die beiden Autorinnen zu dem Schluss, dass zwischen der ökologischen Rhetorik von Evo Morales auf der internationalen Bühne und seiner Politik im nationalen Rahmen eine Diskrepanz bestehe. Dies sei zum einen darauf zurückzuführen, dass er zu Hause als Präsident des Landes agiere und wegen seiner wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen von verschiedenen sozialen Bewegungen kritisiert werde, während er in der Weltöffentlichkeit als Repräsentant der indigenen Völker und der Marginalisierten gelte. Zum anderen sei seine Wirtschaftspolitik in sich widersprüchlich, da sie in starkem Maße auf umweltschädigende Großprojekte setze und alternative Ansätze der gemeinschaftlichen Produktion von Basisgütern vernachlässige, obwohl diese im Interesse seiner ursprünglichen sozialen Basis sind und von dieser auch gefordert werden.

Der Beitrag von Paul Dosh, Nicole Kligerman und James Leranger (ebenfalls im Juli-Heft, S. 214-237), der zwei zentrale Politikfelder – Gender- und Ressourcenpolitik – in ihrer gegenseitigen Verzahnung untersucht, kommt anhand des Vergleichs zwischen Bolivien und Ecuador zu dem Schluss, dass die Ausübung politischer Ämter durch Frauen im letzteren Fall weiter vorangeschritten sei. Als Grund werden vor allem spezielle Trainingsprogramme und andere Fördermaßnahmen angegeben. Die Überwindung des Sexismus könne sich in Bolivien nur als langwieriger Prozess vollziehen.

Im letzten Teil des Mai-Heftes werden drei weitere Politikfelder einer genaueren Betrachtung unterzogen: Gesundheitspolitik (von Brian Johnson – S. 139-159), Wissenschaftspolitik (von Katherine McGurn Centellas – S. 160-175) sowie Sprache und Kultur (von Rosaleen Howard – S. 176-194). Dies geschieht zumeist im Fokus des Entkolonialisierungsprozesses, welcher eben-

---

<sup>14</sup> Vgl. dazu die Beiträge von Bettina Schorr und Robert Lessmann in diesem Halbband.

falls in seiner inneren Widersprüchlichkeit dargestellt wird. Im Ergebnis der Lektüre kommt der Leser zu dem Ergebnis, dass die Selbstbefreiung Boliviens vom Kolonialismus mit der Verabschiedung der neuen Verfassung gerade erst begonnen hat und sich keineswegs auf die zentralen Bereiche des Staates und der Ökonomie beschränkt, sondern gleichermaßen die »weichen« Politikfelder wie Gesundheit, Wissenschaft und Kultur einschließt. Gerade dort spielt die Frage der Identität(en) eine wesentliche Rolle, die – wie der nächste Abschnitt zeigt – im Kampf um die Entkolonialisierung Boliviens entscheidend ist.

### *Identität(en) und Hegemonie im Spiegel des Regionalismus*

Im letzten Abschnitt dieser Rezension geht es um sieben Beiträge, die sich aus unterschiedlicher Perspektive mit der komplexen Situation im östlichen Tiefland und in Chuquisaca auseinandersetzen. Dabei stehen die Autonomiebewegungen der verschiedenen Departements im Zentrum der Aufmerksamkeit. Die konkrete Auslotung der identitätsstiftenden Dreierbeziehung von Region, Klasse und Ethnizität, die überall in Bolivien den zentralen Rahmen für politische Mobilisierung und Hegemonie bildet, stellt den gemeinsamen Ausgangspunkt dieser Beiträge dar, die mit insgesamt 130 Seiten weit mehr als die Hälfte des Umfangs des Juli-Heftes ausmachen. Zum Beitrag von Robert Albro im Mai-Heft, der sich ebenfalls mit der Frage der Identität(en) beschäftigt, gibt es wichtige inhaltliche Bezugspunkte. Der territoriale Fokus reicht von verschiedenen Teilen des Departements Santa Cruz über das im Süden des »Media Luna« gelegene Tarija bis nach Chuquisaca, in dem Sucre, die formelle Hauptstadt des Landes, liegt. Im Folgenden werden zunächst kurz die einzelnen Beiträge kommentiert, um daran anschließend einige verallgemeinerungswürdige Thesen zum Regionalismus in Bolivien zu formulieren.

Bret Gustafson richtet seine Aufmerksamkeit unter der Überschrift »When States Act Like Movements: Dismantling Local Power and Seating Sovereignty in Post-Neoliberal Bolivia« (S. 48–66) auf die Situation in Alto Parepetí, einem Gebiet im Süden des Departements Santa Cruz, in dem es am 13. April 2008 zu schweren Auseinandersetzungen gekommen war: Dabei standen sich Aktivisten der Guaraní, die zusammen mit Mitarbeitern des INRA in einem Autokonvoi unterwegs waren, und lokale Rancher mit ihrem Anhang gegenüber. Einer der Führer der Guaraní, ein Rechtsanwalt, war von Angehörigen der lokalen Elite öffentlich gedemütigt und gefoltert worden. Der Fokus des Beitrages von Gustafson ist auf das Verhältnis von Ethnizität und (lokalem) Territorium gerichtet. Ihn interessiert vor allem die

Frage, wie es der neuen Regierung gelingen kann, ihre Souveränität in einem Gebiet durchzusetzen, in dem sie relativ schwach verankert ist. Zum historischen Hintergrund des hier geschilderten Konfliktszenarios gehört der Umstand, dass in der Nähe Gas gefördert wird und in der Vergangenheit die Guaraní seitens der lokalen Großgrundbesitzer sklavenähnlichen Verhältnissen unterworfen waren. Zwar hat der Regierungsantritt von Evo Morales eine neue Situation geschaffen, die jedoch nicht automatisch auf das lokale Kräfteverhältnis übertragen werden kann. Um sich gegenüber der lokalen Elite durchzusetzen, bedarf es einer geopolitischen Allianz zwischen Staat und Guaraní, die nach der Eskalation vom 13. April für letztere zur Überlebensfrage geworden ist (S. 59). Gustafson versteht die jüngsten Auseinandersetzungen deshalb zu Recht als einen neuen Abschnitt im historischen Kampf der Guaraní gegen den inneren Kolonialismus (S. 63).

Gabriela Valdivia beschäftigt die Frage, mit welchen Mitteln die agrarkapitalistische Elite des östlichen Tieflandes versucht, ihre (regionale) Hegemonie durchzusetzen (S. 67-87). Ihr Beitrag ist klar auf das Verhältnis von Klassenkampf und Regionalismus gerichtet (S. 83). Ausführlich stellt sie die historische Entwicklung der Region unter dem Aspekt der Modernisierung (ab 1953) und Internationalisierung (ab 1985) des Agrarsektors dar. In diesem Zusammenhang verdient die Tatsache hervorgehoben zu werden, dass bereits 1976 im östlichen Tiefland 63 Prozent der bolivianischen Lohnarbeiter konzentriert waren. Den zweiten Schwerpunkt ihrer Analyse bilden die diskursiven Strategien der Agrarelite (S. 76-83). In Hinblick auf die eingangs gestellte Frage gelangt sie zu dem Schluss, dass die regionale agrarkapitalistische Elite mit dem Versuch gescheitert ist, ihre Hegemonie durchzusetzen. Als Ursachen benennt die Autorin zum einen das grundsätzlich veränderte Verhältnis der regionalen Elite zum Zentralstaat, dem in der Vergangenheit eine zentrale Rolle bei der Absicherung der regionalen Hegemonie zugekommen war, die nun infolge des Machtwechsels von 2006 entfällt (S. 69, 84). Zum anderen haben sich die unterschiedlichen Klassenpositionen innerhalb des Agrarsektors als zu stark erwiesen, um durch die angewandten Diskursstrategien ausgehebelt zu werden.

Nicole Fabricant setzt sich in ihrem Beitrag (S. 88-107) mit einem interkulturellen Phänomen ganz eigener Art auseinander: Bei ihren Feldstudien zur Landlosenbewegung MST, die 2000 im Gran Chaco (Tarija) gegründet worden war und deren Mitglieder sich in ihrer geographischen, sozialen und ethnischen Herkunft bzw. Zugehörigkeit stark unterscheiden, stellte sie in zahlreichen Versammlungen fest, dass der Bezug zum andinen *ayllu* eine zentrale Rolle spielt. Er dient in den Debatten um die Ausrichtung der MST im Departement Santa Cruz, die dort mit 15 eigenen Siedlungen stark präsent

ist, als entscheidendes Argument für die Orientierung auf ein gemeinschaftliches Produktionsmodell. Dieser »Transport der Erinnerung« von den Anden in den Oriente (S. 90, 94)<sup>15</sup> kann als Beispiel für »erfundene Traditionen« oder auch für eine »geborgte (sozialistische) Utopie« interpretiert werden (S. 95, 102). Die Diskrepanz zwischen »echtem« und »erfundem« *ayllu*, die vor allem auf die ethnisch-kulturellen, sozialen und institutionellen Unterschiede zwischen Anden und Oriente zurückzuführen ist, findet ihre Widerspiegelung in verschiedenen Konflikten innerhalb der MST: Zwischen Führung und einfachen Mitgliedern, zwischen Kollektiv und Individuum sowie zwischen Theorie und Praxis (S. 103ff.).<sup>16</sup> Vor diesem Hintergrund plädiert die Autorin für eine Synthese zwischen (geeigneten) andinen und eigenen »östlichen« Erfahrungen der MST-Mitglieder (S. 98, 103f.). Der Beitrag von Nicole Fabricant stellt ein interessantes und sehr anregendes Beispiel dafür dar, wie komplex und überraschend sich die Identitätsfrage gestalten kann, die hier vor allem auf das Verhältnis Klasse – Region (unter dem Gesichtspunkt ethnisch-kultureller Symbolik und Tradition) fokussiert ist.

Joshua Kirshner beschäftigt sich in seinem Beitrag ebenfalls mit dem Identitätsproblem von Gruppen mit unterschiedlicher regionaler, ethnischer und sozialer Herkunft (S. 108-124). Er untersucht auf der Grundlage von 14-monatigen Feldforschungen in der Stadt Santa Cruz (2006-2007), welche Haltung Migranten gegenüber der Autonomiebewegung einnehmen. Ausgehend von der Erkenntnis, dass diese Bewegung kein reines Eliteprojekt ist und die Unterstützung der Mehrheit der Einwohner des Departements Santa Cruz findet, beschreibt er zunächst deren Entstehung und verschiedene ihrer Charakteristika.<sup>17</sup> Dabei zeigt sich jedoch ein innerer Widerspruch zwischen der Selbstdarstellung von Santa Cruz als »Laboratorium für das neue Bolivien« durch Rúben Costas, dem Präfekten des Departements, einerseits und der konstruierten Dichotomie zwischen Colla und Camba, die der Cruzeño-

---

15 Eine solche Übertragung kann man auch in Städten wie El Alto oder Quillacollo (vgl. Robert Albro im Mai-Heft) beobachten, die sich allerdings in einem entscheidenden Punkt von der MST unterscheiden: Während die genannten Städte im Altiplano oder in den Valles liegen und ihre Einwohner auf eigene Erfahrungen und Kontakte mit den indigenen Gemeinschaften des benachbarten ländlichen Raums verweisen können, fehlen diese bei den MST-Mitgliedern, die im Oriente beheimatet sind, zumeist. Hier trägt der *ayllu*-Bezug deutliche Züge eines »idealisierten Substituts«.

16 Solche Konflikte sind aber auch in den »echten« *ayllus* zu beobachten, wie der von Fabricant selbst angeführte Verweis auf das »Aymara-Paradox« (S. 103) zeigt. Vgl. dazu: Xavier Albó: *La paradoja aymara: Solidaridad y faccionalismo*. La Paz 1977. Besonders S. 21.

17 Der »lowland exceptionalism« (S. 111), bei dem Rasse, Ethnizität und die geographische Distanz zum Zentrum in früheren Perioden der bolivianischen Geschichte miteinander verwoben sind (vgl.: José Luis Roca: *Fisionomía del regionalismo boliviano*. La Paz / Cochabamba 1980.) spielt im Falle der Autonomiebewegung von Santa Cruz eine besondere Rolle.

Identität zugrunde gelegt wird, andererseits (S. 112). Auch wenn Kirshner selbst keinen expliziten Zusammenhang zwischen diesem Widerspruch und seinen Forschungsergebnissen herstellt, legen diese einen solchen nahe. Er konnte drei unterschiedliche Gruppen von Migranten feststellen, die sich sowohl in ihrer regional-ethnischen und sozialen Herkunft als auch in ihrer Haltung gegenüber der Autonomiebewegung unterscheiden: Während Migranten mit bäuerlichem Hintergrund aus dem Hochland eine ablehnende Position beziehen, unterstützen jene aus dem Tiefland diese; Migranten, die ebenfalls aus dem Hochland stammen, jedoch den Mittelschichten zuzurechnen sind, nehmen eine mittlere Position ein (S. 113ff.). Keiner der Tiefland-Migranten unterstützt die indigenen Autonomieforderungen (S. 116).<sup>18</sup>

Claudia Peña Claros (S. 125-139) widmet sich der Frage, welches theoretische Konzept sich am besten für die Erklärung der Autonomiebewegung von Santa Cruz eignet. Nachdem sie Konzepte der »sozialen Bewegungen« vorgestellt hat, die hinsichtlich der Zugehörigkeit der Autonomiebewegungen unterschiedliche Positionen vertreten (125ff.), gelangt sie zu dem Schluss, dass diese als adäquater Ansatz nicht geeignet sind. Sie favorisiert vielmehr das Populismuskonzept von Ernesto Laclau.<sup>19</sup> Auf dieser Grundlage kommt sie zu einem ähnlichen Ergebnis wie Webber im Mai-Heft: In Bolivien stehen sich »zwei hegemoniale Blöcke« gegenüber, die beide einer spezifischen sozialen und politischen Realität entsprechen und mit ähnlichen Diskursstrategien arbeiten.<sup>20</sup> Abschließend bekräftigt Peña ihre Position dergestalt, dass sich mit Hilfe des Populismus-Ansatzes Schlüsselaspekte des gegenwärtigen politischen Kampfes in Bolivien aufzeigen ließen und dass der Populismus selbst als spezifischer Weg zur Erlangung der Hegemonie unter den Bedingungen einer fragmentierten Gesellschaft begriffen werden müsse (S. 137).<sup>21</sup>

Denise Humphreys Bebbington und Anthony Bebbington (S. 140-160) nehmen eine Analyse des Regionalkonflikts in Tarija unter dem Fokus der Ressourcenfrage vor. Die Autoren argumentieren, dass Hegemonie, die sich

18 Dieses Gruppenmuster wird teilweise durch die vom Autor ebenfalls durchgeführte Untersuchung des politischen Verhaltens im Stadtviertel konterkariert, wo sich eine klassenmäßig bedingte Abgrenzung zum »reichen Stadtzentrum« sowie größere Gemeinsamkeiten trotz unterschiedlicher Herkunft feststellen lassen (S. 117ff.).

19 Vgl.: Ernesto Laclau: *On Populist Reason*. London / New York 2005.

20 Während die Eliten von Santa Cruz die Autonomie als »catchall-Begriff« oder »empty signifier« einsetzen, tue dies auf dem Gegenpol die Regierung mit Konzepten wie »Entkolonialisierung« und »indigena-campesino-Identität« ebenfalls (S. 130). Im Hegemoniediskurs beider Blöcke spielt das Feindbild eine zentrale Rolle, wobei Evo für beide die Funktion eines »privileged signifier« einnimmt, da die Opposition über keine adäquate Führungsfigur verfügt (S. 134f.).

21 Vgl.: René Zavaleta: *Las masas en noviembre*. In: Derselbe: *Bolivia, Hoy*. México D.F. 1983. S. 11-59.

auf einen spezifischen Typus von Identität (Ethnie, Klasse oder Region) gründe, nie stabil sein könne (S. 142). Dies belegen sie anhand des »Ressourcen-Regionalismus«, der besonders für das Departement Tarija charakteristisch ist (S. 143-152). Allerdings – so die Autoren – zeitige die strategische Ressource Erdgas, deren wichtigste Lager- und Förderstätten in Tarija liegen, unterschiedliche Wirkungen (S. 154ff.). Zum einen ist Gas für alle politischen und sozialen Akteure von zentraler Bedeutung. Zum anderen führt die Ressourcenfixierung aber auch zu Konflikten innerhalb des Departements und spalte die Gesellschaft, was sich u.a. in wechselnden und multiplen Identitäten widerspiegle. Als Illustration dienen ihnen die Konflikte zwischen der Stadt Tarija und der Provinz Gran Chaco, wo die Gasvorkommen konzentriert sind. Drittens bleibe der in Tarija dominante »Ressourcen-Regionalismus«, wie andere »place-based identities« (S. 155) auch, ein politischer Faktor von zentraler Bedeutung.

Miguel Centellas behandelt in seinem Beitrag den »neuen Regionalismus« in Chuquisaca (S. 161-176). Im Prozess der Ausarbeitung der neuen Verfassung erlangte 2007 die historisch belastete Hauptstadtfrage unverhofft politische Brisanz. Sucre, die »alte« Hauptstadt, machte Front gegen die »neue« Hauptstadt La Paz und verbündete sich dabei mit den Autonomiebewegungen des Oriente. Am 29. Juni 2008 wurde Savina Cuéllar als Kandidatin der Opposition mit 52 Prozent zur ersten indigenen Präfektin Boliviens gewählt, wobei der enorme Zuspruch in Sucre (73 Prozent) den Ausschlag gab. Auch beim Wiederwahl-Referendum im August 2008 zeigte sich im Departement Chuquisaca eine ähnliche Polarisierung zwischen der Hauptstadt und dem Rest des Departements, wie im vorherigen Beitrag für Tarija konstatiert worden war: Während in Sucre 67 Prozent der Wähler gegen Evo Morales stimmten<sup>22</sup>, fand er bei der ländlichen Bevölkerung mehrheitlich Unterstützung. Dies steht in scharfem Kontrast zu den Wahlergebnissen der Jahre 2005 und 2006, in denen die MAS klare Mehrheiten für sich verbuchen konnte. Für Centellas ist diese jäh aufbrechende Polarisierung Grund genug, die dominante Konfliktperzeption »indigenes Hochland vs. mestizisch-weißes Tiefland« wegen ihrer Eindimensionalität infrage zu stellen (S. 161f.). Cuéllar repräsentiert für ihn die Multidimensionalität der indigenen Akteure. Diese resultiere daraus, dass die indigenen Völker universelle Forderungen haben,

---

22 Zum Vergleich: In der Hochburg der regionalistischen Opposition, in der Stadt Santa Cruz, betrug der Anteil der Befürworter eines Rücktritts von Evo Morales 66 Prozent. Aber anders als die Stadt Santa Cruz ist Sucre viel stärker indigen geprägt. Mit 61 Prozent indigenem Bevölkerungsanteil liegt Sucre gleichauf mit La Paz, während dieser Anteil in Santa Cruz nur 32 Prozent und in der Stadt Tarija 19 Prozent beträgt. Vgl. dazu im Beitrag von Centellas Seite 169.

die sie mit anderen Subalternen, die unter unterschiedlichen Formen der Diskriminierung leiden, teilen. Wie andere politische Menschen auch hätten sie aber ebenfalls partikulare Interessen und Merkmale (Sprache, Region, Ideologie, Religion etc.). Dies kann – wie auch die Entwicklung der 1990er Jahre gezeigt hat – von (indigenen) Politikern ganz unterschiedlich genutzt und mobilisiert werden (S. 173). Centellas bezeichnet die auf den ersten Blick so gegensätzlichen Bewegungen der indigenen Völker einerseits und der Befürworter der regionalen Autonomie andererseits deshalb als »Zwillinge der Demokratisierung« (S. 170).

### *Bilanz und Ausblick*

Lässt man alle Beiträge noch einmal Revue passieren, dann kristallisieren sich einige Punkte heraus, die über die zweite Amtszeit von Evo Morales hinaus die weitere Entwicklung in Bolivien prägen werden. Am Ende dieser Rezension soll versucht werden, den eingangs benannten Prozess der Entkolonialisierung genauer auszuleuchten. Zentrale Bedeutung besitzt zweifellos die Frage des weiteren Entwicklungsweges. Wie kann es Bolivien gelingen, mit der jahrhundertealten Fixierung auf den Rohstoffexport zu brechen und alternative Strukturen aufzubauen? Das hier besonders relevante Verhältnis von Akteur und Struktur wird in zahlreichen Beiträgen thematisiert, allerdings aus unterschiedlichen Perspektiven und mit unterschiedlichen Schlussfolgerungen. Setzt man die wenigen ökonomisch-strukturell ausgerichteten Analysen (die von Kaup sowie jene über den Nationalen Entwicklungsplan) zu den akteursbezogenen Darstellungen in Bezug, dann wird zumindest zweierlei deutlich: Zum einen gibt es klar erkennbare Zwänge der Pfadabhängigkeit und der Einbindung in das kapitalistische Weltsystem, die jeder Akteur, der dies ändern will, kennen und beachten muss. Von daher verbietet sich jedes voluntaristische Vorpreschen. Weitere Schritte auf der Suche nach einem alternativen Entwicklungspfad sind nur in dem Maße möglich, wie es die nationalen und internationalen Kräfteverhältnisse erlauben. Im Vergleich zur ersten Amtszeit von Evo Morales dürfte sich die innenpolitische Situation deutlich zu seinen Gunsten verändert haben. Zum anderen ist gerade das weite und komplexe Feld der politischen und gesellschaftlichen Akteure sehr dynamischen Ausdifferenzierungs- und Verschiebungsprozessen unterworfen, die sich aus ganz unterschiedlichen Quellen speisen. Im Folgenden sollen auf der Basis der zuvor kommentierten Beiträge relevante Trends und kritische Punkte im Akteursfeld benannt werden:

Erstens gewinnt das Identitätsproblem weiter an Bedeutung. Dies resultiert zum einen aus der Notwendigkeit, den Entkolonialisierungsprozess, in

dem die unterschiedlichen Identitäten eine entscheidende Rolle spielen, zu forcieren und zu vertiefen. Zum anderen ist das Identitätsproblem in Bolivien besonders komplex und dynamisch. Dies bezieht sich nicht nur auf die allgemeingültige Feststellung, dass Identitäten multipel sind, sondern auch darauf, dass gerade die letzten vier Jahre durch neue und unverhoffte Verschiebungen, Ausdifferenzierungen und Wechsel von Identitäten gekennzeichnet waren.

Zweitens wird zunehmend deutlich, dass gerade indigene Identitäten mehrdimensional und variabel sind. Dies gilt sowohl für ethnische Vielfalt als auch hinsichtlich der Folgen, die mit Migration und Urbanisierung verbunden sind. Auch die soziale Ausdifferenzierung der indigenen Bevölkerung wird sich beschleunigen. Vor diesem Hintergrund erweisen sich Strategien und Konzepte, die die ethnische Exklusivität betonen, als gefährlich. Im Sinne der Neugründung Boliviens auf interkultureller Grundlage rücken die Öffnung der indigenen Diskurse und die Betonung der Gemeinsamkeiten mit allen anderen subalternen Gruppen in den Vordergrund.

Drittens lässt sich erkennen, dass die bisherige Polarisierung in zwei ethnisch, sozial und territorial klar abgrenzbare Macht- und Hegemonieblöcke zunehmend »aufgeweicht« wird. Als Beleg lassen sich sowohl die aufbrechenden Konflikte innerhalb des jeweiligen »Lagers« (Stadt-Land, Ausdifferenzierung indigener Interessen, Scheitern der bisherigen Oppositionsstrategie) als auch die oben bereits erwähnten Neubestimmungen von Identität anführen.

Viertens eröffnen die sich abzeichnenden Verschiebungen allen politischen Akteuren neue Möglichkeiten. Das Regierungslager sieht sich in noch stärkerem Maße mit den Partikularinteressen seiner sozialen Basis konfrontiert, kann aber zugleich die neuen Spielräume nutzen, die sich ihm nach dem Durchschreiten des »Bifurkationspunktes« im Oriente bieten. Die Opposition wird versuchen, sich neu zu formieren und kann sich dabei die neuen Identitätskonflikte innerhalb des »indigenen« Blocks zunutze machen. Mit Chuquisaca hat sich sogar (vorerst nur kurzzeitig) die Möglichkeit eines oppositionellen indigenen Regionalismus abgezeichnet.

Fünftens wird sich die Zukunft des Transformationsprozesses im Oriente entscheiden. Ohne die Umgestaltung des neuen ökonomischen Zentrums des Landes bleiben Neugründung und Entkolonialisierung unvollendete und gefährdete Projekte. Dies gilt ebenso für die oben aufgeworfene Frage des Entwicklungspfades. Zum jetzigen Zeitpunkt zeichnen sich zwei grundsätzliche Szenarien ab: Zum einen könnte die Regierung verstärkt versuchen, die regionalen Eliten des Oriente politisch einzubinden, um sich auf diese Weise das ökonomische Potential des »Media Luna« für ein nationales Projekt

der Neuausrichtung des Wirtschaftsmodells auf kapitalistischer Grundlage nutzbar zu machen. Zum anderen besteht gerade jetzt die Möglichkeit, den »indigen-popularen« Block durch die Einbeziehung der Subalternen des Oriente zu erweitern und zu konsolidieren. Damit wäre eine entscheidende Voraussetzung für den Wechsel des Entwicklungspfades gegeben, was allerdings die ökonomische Entmachtung der regionalen Elite in Gestalt einer konsequenten Agrarreform implizieren würde. Es sei abschließend die Prognose gewagt, dass die notwendige Richtungsentscheidung während der zweiten Amtszeit von Evo Morales gefällt werden muss. Ansonsten läuft Bolivien Gefahr, weiter fragmentiert zu werden. Damit wäre die Chance, einen neuen Entwicklungspfad einzuschlagen, dauerhaft verspielt.

Peter Gärtner

*Lessmann, Robert: Das neue Bolivien. Evo Morales und seine demokratische Revolution. Rotpunktverlag, Zürich 2010 (252 S.).*

Nach vier Jahren Präsidentschaft von Evo Morales und seiner beeindruckenden Wiederwahl im Dezember 2009 ist ein erster zusammenfassender Überblick über die Entwicklung des neuen Boliviens fällig. Im deutschsprachigen Raum ist dafür kaum einer besser qualifiziert als Robert Lessmann, der sowohl über das alte wie auch das neue Bolivien schon umfangreich publiziert hat. Dass er mit »Das neue Bolivien – Evo Morales und seine demokratische Revolution« die erste Gesamtdarstellung der Neugründung des Landes vorgelegt hat, ist deshalb folgerichtig. Lessmann hat ein Referenzwerk verfasst, das weit in die Geschichte zurückblickt, um die aktuelle Situation besser einordnen und beschreiben zu können.

Lessmann steht dabei dem *proceso de cambio*, dem Wandlungsprozess im Sinne der Neugründung des Landes, grundsätzlich positiv gegenüber. Er spart aber auch nicht mit Kritik, wenn er sie für notwendig erachtet. Dass die Darstellung der Geschichte zum Teil fundierter und konsistenter erscheint, wundert dabei nicht. Denn natürlich kann die aktuelle Situation noch nicht abschließend bewertet werden. Grundsätzlich aber ist für Lessmann eine Veränderung zum alten, neoliberalen Modell, zur alten Abhängigkeit vom Westen deutlich erkennbar: »Alles in allem wurde der versprochene Prozess des Wandels eingeleitet, der besonders in Lateinamerika – als möglicherweise beispielgebend – aufmerksam verfolgt wird, dessen Richtung sich abzeichnet, der aber nach der Einschätzung des Vizepräsidenten mehrere Generationen dauern wird« (S. 15).

Der Autor verfällt nicht der in Bolivien zum Teil vorherrschenden »Romantik des Alten«. Er sieht die Möglichkeiten und die Potenzen in einer Rückbesinnung auf das Gemeinschaftsgefühl der Indigenen, aber er beschreibt auch ganz eindeutig die Despotie der vorkolonialen Zeit. Es wird in Lessmanns Darstellung klar, dass die neue Gesellschaft, wenn sie eine befreite Gesellschaft sein will, zwar auf der alten aufbauen muss und dort auch viele Bezugspunkte findet, sie aber vieles von dem abstreifen muss, was die Menschen über Jahrhunderte, man kann fast sagen Jahrtausende, in Abhängigkeit und Unfreiheit gehalten hat.

Gerade in Bolivien ist es wichtig, die archaischen Strukturen zu kennen und zu verstehen, da sie teilweise so gut wie ungebrochen und ansonsten untergründig fortbestehen. Lessmann: »Unter der Decke eines nach europäischem Muster gestrickten politischen und gesellschaftlichen Systems lebte eine indianische Parallelwelt weiter, mit ihrer traditionellen Medizin, mit eigenen Mechanismen kollektiver Entscheidungsfindung und Rechtsprechung« (S. 17). Die Regierung Morales ist sich schon ob ihrer Basis aus den indigenen sozialen Bewegungen dessen bewusst. Es besteht die Chance, dass vielleicht erstmals in der Geschichte der emanzipatorischen Bewegung kein – oft nur scheinbarer und deklamierter – Bruch mit dem Alten oder eine reine Rückbesinnung stattfinden kann. Es besteht die Chance, dass Marx' auf Russland bezogene, aber durchaus auch auf Bolivien übertragbare Feststellung Wirklichkeit wird, die Dorfgemeinde könne »Stützpunkt der sozialen Wiedergeburt«<sup>23</sup> sein – denn, so schrieb Marx in Anlehnung an den Ethnologen Morgan, »das neue System, zu dem die moderne Gesellschaft tendiert, wird eine Wiedergeburt des archaischen Gesellschaftstypus in einer höheren Form sein«<sup>24</sup>

Dass Lessmann in der Beschreibung der bolivianischen Geschichte respektive der indigenen Hochkulturen auf das Marxsche Modell der »asiatischen Produktionsweise« mit ihrer politischen Form der »orientalischen Despotie« zurückgreift (S. 59), die konkreter als »Wasserbaugesellschaften«<sup>25</sup> beschrieben werden können, ist folgerichtig und ein Hinweis für weitere, breiter angelegte Studien der andinen Geschichte. Diese erscheinen umso notwendiger, wenn Lessmann Begriffe wie »Feudalisierung« (S. 77) oder »semifeudale Wirtschaft« (S. 87) verwendet, die er nicht spezifisch definiert und die letztlich nicht haltbar sind, versteht man unter Feudalismus – nach Marx – eine progressiv-voranschreitende, durch die Dialektik von Stadt und

23 Marx Engels Werke. Bd. 19. S. 243.

24 Ebenda. S. 386.

25 Der Begriff stammt, hier ist Lessmann zu korrigieren, von Karl August Wittfogel und nicht von Immanuel Wallerstein.

Land, ein besonderes Heereswesen sowie eine spezifische Verbindung von Ackerbau und Viehzucht bestimmte Gesellschaftsformation.<sup>26</sup> Hier wäre noch vieles zu bearbeiten, denn nur eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte ermöglicht den Aufbau einer neuen Gesellschaft aus der alten, ohne dass untergründige Strukturen weiter bestehen und die Versuche am Ende wieder nur zu einer despotischen Herrschaft degenerieren, wie dies in der Sowjetunion oder auch in China der Fall war oder noch ist. Dass Lessmann diesen geschichtsphilosophischen Rahmen nicht bearbeiten kann, ist nachvollziehbar, die Problematik der Begrifflichkeiten bleibt.

Er setzt dennoch bei der historischen Betrachtung der Tiwanaku- und Inka-Kulturen wichtige Eckpfeiler, was ihn vor Verklärung und Mystifikation schützt. Denn natürlich ist der *ayllu* als in abgelegenen Regionen noch fast ungebrochene traditionelle Organisationsform der Gemeinde eine Form von Gemeinschaftlichkeit, die in der modernen, individualistischen westlichen Gesellschaft verloren ist. Gleichwohl ist ihr Zwangscharakter nicht zu leugnen. »Andine Symbolik erlaubt Gruppenerkennung sowie Rückversicherung der Gruppenidentität und erfüllt darüber hinaus rituell-religiöse Zwecke im Sinne kollektiver Erinnerung. *Ayllu* ist Gemeinschaft, Weltsicht, Landschaft und Ritual, ein metaphorischer Makro-Haushalt« (S. 31), schreibt Lessmann. Der Einzelne habe sich dem Kollektiv unterzuordnen, dessen Wille nicht von ihm in freier positiver Entscheidung für die Gemeinschaft, sondern von der abstrakten Logik einer außer ihm stehenden Gemeinschaft gebildet wird. Lessmann durchdringt dieses Kernproblem der Differenz von alter und potentiell neuer Gesellschaft zu wenig. Genau an diesem Punkt wäre es für die weitere Forschung nötig, nicht nur weiter in die Tiefe zu gehen, sondern auch die spezifischen Differenzen zu einer befreiten, antikapitalistischen Gesellschaft sowie deren Bedingungen herauszustellen.

Lessmann begnügt sich mit der Beschreibung dessen, was er aktuell und historisch vorfindet und das ist für die Übersichtlichkeit der Studie auch sinnvoll. Alles andere hätte die Arbeit überladen, zumal aufgrund der mangelhaften Vorarbeiten noch vieles auf dem Feld einer spezifisch historischen und ökonomischen Analyse zu leisten ist. Dennoch liefert der bis vor den Beginn unserer Zeitrechnung angesetzte historische Rückblick auf die Tiwanaku-Kultur, die über Jahrhunderte den Raum des heutigen Boliviens dominierte, viele Anknüpfungspunkte für das Verständnis des heutigen Boliviens. Die *ayllu*-Struktur bildete damals schon die Basis für die Organisation der

26 Vgl. hierzu die einführende Studie von Alfred Schröder: Asiatische, feudale oder kapitalistische Gesellschaft? In: <http://www.kommunistische-debatte.de/geschichte/feudalismus1993.html> (Abruf 26. März 2010). Diese spezifische Verwendung des Begriffs ist sinnvoll, verliert er doch sonst seine Fähigkeit, die historische Realität abzubilden.

Hochkultur, die Lessmann als »zentralisiertes Gemeinwesen mit fortlaufenden Knotenpunkten von Autoritäten, strategischen Interaktionen und Einflüssen« beschreibt (S. 48) und die dann im 12. Jahrhundert möglicherweise aufgrund von Rivalitäten der Elitefraktionen gepaart mit einer Agrarkrise untergegangen ist (S. 52). Die Inkas, deren Reich streng genommen nur 95 Jahre existierte, übernahmen einige der Heiligtümer sowie der Herrschaftsformen der alten Kultur. Die Spanier wiederum, die das Inkareich im Laufe des 16. Jahrhundert besiegten, behielten ebenso Strukturen des Inkareiches bei und auch die *mallkus*, die Vorsteher der *ayllus*, behielten ihre Stellung. Nun waren sie neuen Herren verpflichtet.

»Die alten andinen Eliten lernten schnell die notwendigen Umgangsformen der spanischen Bürokratie, und die ethnische wurde bereits hier (noch im 16. Jahrhundert) auch zur Klassenbeziehung«, stellt Lessmann fest (S. 68). Ebenso kam es zu einer religiösen »Symbiose«, in der alte und neue Glaubensvorstellungen verschmolzen (S. 72). Für die meisten Bolivianer bedeutete die *Conquista* ansonsten ein elendiges Schuftentum im Bergbau oder aber für die auf dem Land Verbliebenen die Fortdauer einer auf Subsistenz ausgerichteten Landwirtschaft. Ändern sollte sich das auch nicht mit der Unabhängigkeit – Lessmann folgt hier sicherlich zu Recht der traditionellen Geschichtsschreibung –, sondern erst mit der Revolution von 1952. Ihren ökonomischen Kern, den Staatskapitalismus sowie dann später den Neoliberalismus der 1980er Jahre fasst er unter der Überschrift »Zwei gescheiterte Modelle« treffend zusammen. Dabei integrierte die Revolution zwar große Teile der Bevölkerung, aber doch »nur zu einem gewissen Grade« (S. 89). Die Diktatur der 1970er Jahre baute die Staatswirtschaft aus, konnte damit aber keinen Erfolg haben. Eine etwas genauere Analyse, warum denn der Staatskapitalismus in der Abhängigkeit vom Weltmarkt nicht in der Lage ist, eine eigenständige Entwicklung zu leisten, fehlt leider bei Lessmann. Er begnügt sich mit der Feststellung, dass die Wirtschaft zerrüttet gewesen sei, das Land verschuldet und international isoliert (S. 97).

Dem Staatskapitalismus folgte 1985 der Neoliberalismus und mit ihm begannen langsam und in den 1990er Jahren immer stärker auch die Gegenbewegungen Fuß zu fassen, da die Armut immer mehr zunahm und den einfachen Menschen beispielsweise die Alternative des Koka-Anbaus genommen wurde. Bei der kundigen und gut gegliederten Zusammenfassung der Entwicklung hin zu den diversen Staatskrisen Anfang des 21. Jahrhunderts, die in die Präsidentschaft von Evo Morales mündeten, kommt Lessmann seine jahrelange Beschäftigung mit der Thematik zugute. Er versucht, die schwierige Gemengelage der Organisationen der *campesinos* zu entwirren, was zwar nicht immer gelingt, was aber aufgrund der vielen unterschiedlichen

Ebenen und Vereinigungen auch fast ein eigenes Buch nötig machen würde. Die Grundlinien des bolivianischen *sindicalismo* sowie der Struktur der Basisorganisationen werden klar und das ist gerade aufgrund der bei vielen Betrachtern immer noch herrschenden Unklarheit über den Charakter der Bewegungen des Landes ein wichtiger Beitrag des Buches.

Auf dieser Basis wäre es eigentlich sinnvoll gewesen, den Aufbau der heutigen Regierungspartei *Movimiento al Socialismo* (MAS) und ihre Beziehungen zur Basis stärker zu durchleuchten, als es Lessmann tut. Denn nicht nur der Staat muss sich modifizieren, will er Ausdruck einer wirklichen Neugründung sein, auch die Bewegungen und ihre Partei müssen sich an die neuen Verhältnisse gewöhnen, in denen sie nicht mehr nur gegen, sondern für eine bestimmte Politik einzustehen haben. Diesem Grundproblem des aktuellen Boliviens hätte Lessmann nicht nur in der Darstellung der MAS, sondern allgemein beim darauf folgenden Überblick über die Entwicklungen seit 2005 vielleicht mehr Beachtung schenken sollen. Insbesondere über die Neudefinition des dialektischen Verhältnisses der Bewegungen zum Staat kann das neue Bolivien Realität werden. Wenn die Regierung die alten Muster des Staates übernimmt und die Bewegungen beim Protest stehen bleiben, wird keine neue Gesellschaft entstehen können. Der negativen Beschreibung der Problematik (S. 228) hätte zumindest eine positive Alternative gut getan, durchaus auch mit dem Blick über den Tellerrand hinaus. Hier hätte sich das neue Venezuela, das Lessmann fast gänzlich außen vor lässt und dem er scheinbar sehr skeptisch gegenüber steht, mit seinen im Aufbau befindlichen Strukturen der *consejos comunales* und der *comunas* angeboten. Dass die bolivianische Regierung sich teilweise so verhielt wie eine außerparlamentarische Bewegung und im Prozess der Verfassungsgebung lieber soziale Organisationen schickte als die Polizei, zeigt wie vieles andere, da ist dem Autor recht zu geben, dass noch einiges zu tun ist. Denn schließlich kann das auch bedeuten, dass die Regierung fürchtete, Polizei und Militär nicht unter Kontrolle zu haben (S. 142).

Um von einer Neugründung sprechen zu können, braucht es letztlich mehr als die zweifellos wichtige Landreform, deren Erfolge aber auch Grenzen Lessmann gut beschreibt. Dass das Eigentumsrecht für Land nach der Verfassung nur so lange gilt, wie es eine soziale und wirtschaftliche Funktion erfüllt (S. 165), zeigt nicht nur den indigenen Einfluss, sondern ist auch ein Schritt hin zu einer gemeinschaftlichen Produktion. Zumindest dann, wenn Sozial- und Wirtschaftspolitik und damit auch die Frage des Eigentums stärker bestimmt werden. Denn für eine Entwicklung weg vom Kapitalismus reicht eine Beschränkung auf eine neue Sozialpolitik nicht aus. Ein wie auch immer aufgefasster Keynesianismus (S. 14) führt in die Sackgasse, das hat

die Geschichte gerade auch in Lateinamerika bewiesen. Dass auf diesem Feld noch sehr viele Unklarheiten bestehen, zeigt Lessmann auf, ebenso die Notwendigkeit, sich von der Abhängigkeit weiter Landstriche von Koka zu befreien. Dass dies unter dem Kokabauernführer Evo Morales sicherlich einfacher geht als unter früheren Regierungen ist klar, denn »die im Konsens erzielten Reduzierungen haben gewiss größere Nachhaltigkeitschancen« (S. 197) als die auf Zerstörung setzende Politik bis 2005. Es verwundert etwas, dass Lessmann die Rolle der ALBA auf dem Weg zu einer neuen Gesellschaft dabei nur am Rande erwähnt, ist doch ein alternativer, solidarischer Markt, an dessen Entstehen Bolivien einigen Anteil haben kann und auch schon hat, ein wichtiger Schritt weg von der Dominanz des neoliberalen Kapitalismus.

Zu Recht bemängelt Lessmann, dass aufgrund fehlender Erfahrung in öffentlichen Ämtern und der Dominanz des Präsidenten bei vielen Entscheidungen eine »Tendenz zu untransparenten und autokratischen Strukturen« angelegt ist (S. 231). Dem wäre durch das oben angedeutete notwendige neue Verhältnis zwischen Staat und Bewegung entgegenzutreten, was auf beiden Seiten Kompromisse nötig macht. Gerade auch mit Blick auf die Opposition, deren Autonomieforderungen Lessmann gut beschreibt und in ihrer Interessenlage anschaulich begründet, gibt es zu Morales derzeit keine Alternative. »Dessen Scheitern würde in der Tat die akute Gefahr bürgerkriegsähnlicher Auseinandersetzungen und eines Auseinanderbrechens der staatlichen Einheit implizieren.« Dennoch: Der Autor schließt mit der vorsichtig optimistischen Einschätzung: »Das Pendel scheint – gerade nach dem Wahlergebnis vom 6. Dezember 2009 – sehr deutlich im Sinne des Wandels auszuschlagen!« Wer diesen Wandel verstehen will, kommt an Lessmanns Buch nicht vorbei.

Helge Buttkezeit

*Tanja Ernst/ Stefan Schmalz (Hrsg.): Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Evo Morales. Nomos. Baden Baden 2009 (236 S.).*

Das Bolivien unter Evo Morales ist mittlerweile zu einem viel beachteten Forschungsgegenstand geworden. Seit 2006 fanden mehrere wissenschaftliche Tagungen statt, die ihre Ergebnisse jeweils in Sammelbänden zusammenfassten bzw. zum Teil noch zusammenfassen werden. Für den Bolivien-Interessierten hierzulande kann dies ein Vorteil sein – erfährt er doch aus den Forschungen einiges, was er sich sonst mühsam durch nicht immer leicht erreichbare Primärquellen aneignen müsste – es kann sich aber auch zur Last entwickeln, will man alle Ergebnisse studieren und stößt dabei immer wie-

der auf die gleichen Argumente und ständig wiederholte, sattsam bekannte Aussagen. Das Buch, in dem Tanja Ernst und Stefan Schmalz die Ergebnisse einer Kasseler Tagung aus dem Sommer 2008 zusammenfassen, enthält beides. Zum einen interessante Einblicke und Analysen des Boliviens in Neugründung, zum anderen aber auch ärgerliche Aufsätze, deren Lektüre denjenigen kaum weiterbringt, der sich ein wenig mit der Situation auskennt, und die Neueinsteigern ein verzerrtes Bild liefert. Dieses wird dann allerdings, das ist eine der Stärken des vorliegenden Bandes, durch eine Pluralität der verschiedenen Autoren ausgeglichen. Der Christdemokrat Stefan Jost kann hier ebenso veröffentlichen wie die radikale Indigenistin Fabiola Escárzaga.

Die Pluralität zeigt sich insbesondere bei den vier Beiträgen zur neuen Verfassung. *Oscar Vega* schreibt aus Sicht des indigenen Bolivianers über ihre Notwendigkeit, *Stefan Jost* kritisiert das vorliegende Ergebnis unter dem Blickwinkel der westlichen Demokratievorstellung, die auch dem Kommentar von *Jonas Wolff* zugrunde liegt, während *Almut Schilling-Vacaflor* versucht, verschiedene Ebenen der Diskriminierung in der Verfassungsgebenden Versammlung zu durchleuchten. Der bolivianische Intellektuelle Vega, der auch Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung war, lädt dazu ein, »mit einer anderen Art des Denkens zu beginnen, [...] jene Wege zu betreten, auf denen sich die indigenen Völker und Nationen in einem Moment bewegen, in dem die internationale Ordnung instabil und ihre Funktionsweise gestört ist, wodurch die Zukunft des Planeten und seiner Bewohner aufs Spiel gesetzt wird« (S. 18).

Vegas Beitrag ist, auch wenn er an der Oberfläche stecken bleibt, immerhin als Gegenbild zumindest zu Josts kritischen Anmerkungen zu lesen, die der deutsche Politikwissenschaftler und Jurist auf Grundlage eines westlichen Rechtspositivismus verfasst hat. Dieser wird eins zu eins von Europa auf die Verhältnisse in Bolivien übertragen, so dass er dem »Hegemonieprojekt der MAS«, das Jost für den Prozess der Verfassungsgebung ausgemacht hat, entgegensteht. Unter diesen Voraussetzungen erkennt er eine »konzeptlose Indigenisierung der Verfassung«. Die politische Entwicklung ist für ihn unvorhersehbar – logisch, es geht ja auch um etwas Neues – und der notwendige Kern eines erfolgreichen Neuaufbaus, die Doppelstrategie in den Institutionen und gleichzeitig außerparlamentarisch zu agieren, kann von ihm nur als Strategie zum Machterhalt verstanden werden und nicht als Weg zu einer neuen Form von Regierung jenseits der Repräsentation.

Die Kritikpunkte, die Jost wie auch Wolff zu Recht anführen – zu nennen sind die sich teilweise widersprechenden Regelungen in der Verfassung oder auch die Schwierigkeit eines echten Minderheitenschutzes –, sind nicht von der Hand zu weisen, auch wenn der Grund ihrer Problematisierung oft

genug im Dunkeln bleibt. So fragt man sich beispielsweise, um welche schützenswerte Minderheit es Wolff seitenlang konkret geht. Um die, welche die überwältigende Mehrheit der Produktionsmittel besitzt? Oder um die zahlenmäßig kleinen Völker des Tieflands? Gerade bei der Beantwortung dieser Frage formuliert Wolff so unverständlich, dass man annehmen mag, dass es ihm selber entweder unklar oder aber peinlich ist, wessen Interessen er vertritt. Es ist logisch, dass eine am liberalen Repräsentationsmodell geschulte Demokratietheorie der andinen Form der partizipativen, protagonistischen Demokratie skeptisch gegenüber stehen muss. Vielleicht wäre es aber auch sinnvoll, dass sie ihre Maximen einmal selbstkritisch in Frage stellt. Das fehlt sowohl bei Wolff wie auch bei Jost.

Ganz anders sieht Almut Schilling-Vacaflor den Prozess der Verfassungsgebung. Denn während die beiden zuvor genannten Autoren implizit die Gefahr beschreiben, dass die alte Elite abgedrängt wird, versucht sie, die weiter bestehenden Formen von Diskriminierung der Indigenen und der Frauen im Prozess zu erfassen. Dafür aber hätte sie keinen Pierre Bourdieu gebraucht, der zur Aufklärung hier nichts beiträgt und dessen von der Autorin benutzten Theoreme so banal wirken wie ihre eigene folgende Aussage: »Die RepräsentantInnen der MAS-Fraktion verstanden sich insgesamt stärker als direktes Sprachrohr für jene Bevölkerungsgruppen, die sie vertraten« (S. 61). Ja für welche denn sonst? Es bedarf sicher einer tieferen Analyse, aber sowohl der Versuch, mit Bourdieu die Diskriminierung zu erklären als auch mit (unter anderem) Poulantzas die staatliche Reorganisation der Erdgaspolitik, wie dies *Isabella Margerita Radhuber* versucht, zeigen zumindest hier den geringen Wert dieser Theorien für eine Strukturanalyse. Beide wirken aufgesetzt und banal. Die Beiträge gewinnen dort an Qualität – vor allem der von Radhuber – wo es um die empirische Untersuchung des Gegenstandes geht.

Schon den Aufsätzen zur Verfassungsfrage kann man bei aller Kritik eines nicht absprechen: Sie machen deutlich, dass das Projekt von Evo Morales und der hinter ihm stehenden Bewegung etwas grundsätzlich anderes darstellt als das, was wir mit westlichen Begriffen zu beschreiben gewohnt sind. Aber was ist es? Handelt es sich um eine Regierung der sozialen Bewegungen? Zwei Autoren aus Lateinamerika haben darauf unterschiedliche Antworten. *Pablo Mamani Ramírez* stellt heraus, dass es sich bei der Präsidentschaft von Evo Morales um eine indigene Machtergreifung gehandelt habe und die Regierung trotz ihres reformistischen Charakters »konkrete Ansätze kollektiver sowie individueller gesellschaftlicher (Inter)Aktion« biete und einen neuen Raum für traditionelle indigene Formen von Kommunalpolitik schaffe (S. 68). Das Selbstbild der kolonialen Macht sei in Frage gestellt und gleichzeitig ist für die Indigenen sichtbar geworden, dass auch einer der ihren Präsident

werden kann, »insofern haben alle neun Million Bolivianer an der Präsidentschaft teil« (S. 72).

Zwar relativiert er die letzte Aussage nur indirekt, aber wie auch bei *Fabiola Escárzaga* scheinen bei Mamani Ramírez indigene und westliche Denkweise keine Symbiose eingehen zu können. Denn was an der Aussage von Vizepräsident Álvaro García Linera, dass es nicht um die Repräsentanz der Indigenen in der Regierung, sondern um ein gesamtgesellschaftliches Befreiungsprojekt geht, ist eigentlich paternalistisch (S. 73)? Das sollte sich zumindest Mamani Ramírez fragen. Nun mag die konkrete Umsetzung paternalistischen Charakter haben. Aber die interessante Vorstellung, dass es eine kulturelle Verbindung geben kann, wird in diesem Buch von niemandem ausgearbeitet. Die Chance, die in der Zusammensetzung der MAS aus Strömungen des Nationalismus, Marxismus und Indianismus besteht, sieht Mamani Ramírez offenbar nicht.

Das Gleiche gilt für Escárzaga, die die Regierung dafür kritisiert, dass sie die sozialen Bewegungen integriert. Für sie ist die Erfahrung in Bolivien letztlich eine reformistische: »Die antikapitalistische gesellschaftliche Mobilisierung, die sich zeitweise bis zum Aufstand entwickelte, wurde eingedämmt und in eine parlamentarische Richtung kanalisiert« (S. 91). Das stimmt zwar, aber es stellt sich doch die Frage, ob das nicht auch positive Aspekte hat? Escárzaga scheint hier gefangen von einer antiparlamentarischen Ideologie, zumal wenn sie schreibt, dass Morales politische Machtbeziehungen mit ihm als *Caudillo* etablierte. Die besondere Bedeutung des Präsidenten im Prozess kann so nicht einfach abgetan werden. Auf die Spitze treibt sie ihre Kritik an der derzeitigen Politik, wenn sie davon spricht, dass diese das Land nach 2005 noch weiter von den Hoffnungen auf eine Dekolonialisierung entfernt hat als vorher. Das ist Unsinn. Die Kritik der radikalen Indigenen hat in Teilen ihre Berechtigung. Escárzagas Stoßrichtung hin zu einem indigenen Staat, der letztlich, denkt man ihre Worte einen kleinen Schritt weiter, den Rassismus nur umdreht, führt in die Irre. Dies wäre sicher noch weiter zu belegen. Zunächst mag der Hinweis genügen, dass es genau das indigene Staatsgebilde der Inkas war, das den spanischen Eroberern hoffnungslos unterlegen war und zwar nicht nur, weil Schwarzpulver fehlte. Hier muss dringend weiter diskutiert werden, auch und gerade in Bolivien selber.

Weniger provokant ist der Beitrag von *Tanja Ernst* zur sozialen Ungleichheit. Sie setzt auf Zahlen. Zwar hätte man sich die Aussage, dass, was die Bildung betrifft, nach wie vor »deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen, zwischen ländlicher und urbaner, zwischen indigener und nicht-indigener sowie zwischen einkommensschwacher und -starker Bevölkerung« (S. 132) bestehen, auch irgendwie denken können, aber abseits solcher

Banalitäten liefert Ernst einen guten Einblick in das, was passiert ist und gleichsam auch in das, was noch fehlt. Sozialpolitik einigermaßen top, Wirtschaftspolitik vielleicht nicht gleich hopp, aber doch zumindest ausbaufähig. Da gibt es viel zu tun, will die Neugründung nachhaltig sein. Gleiches gilt für den Bereich der Landverteilung, die *Juliana Ströbele-Gregor* untersucht. Sie sieht in der Landfrage vor allem die kulturelle Dimension (ohne die ökonomische auszusparen), denn es gehe um die Reziprozität als ein wichtiges Element der indigenen Weltanschauung, in der es das Konzept Landbesitz nicht gebe. Dass es der Bewegung von Morales deswegen vor allem darum geht, die indigenen Gemeinschaften mit Landrechten auszustatten, stellt Ströbele-Gregor klar heraus. Zu Recht weist sie darauf hin, dass es beispielsweise in einigen Schutzgebieten Konflikte mit dort ansässigen indigenen Völkern gibt. Denn aufgrund von Landmangel im Hochland wurden und werden zum Teil auch weiterhin Indigene in eigentlich geschützte Gebiete geschickt. Abschließend widmet sich die Autorin umfassend den Konflikten mit den Tiefland-departements. Auch sie konstatiert, dass die Gräben zwischen den Lagern bestehen bleiben. Das liest man fast bei jedem Aufsatz.

Auch bei *Andreas Hetzer*, der einen kundigen Überblick über die Mediensituation des Landes gibt, in dem das Radio das Leitmedium darstellt, da es billig ist und die meisten Menschen erreichen kann. Schon früher gab es dabei kommunale Stationen, die heute stärker gefördert werden, um den Medien der Oligarchen entgegenzutreten. Interessant ist dabei, dass die Medien mit Ausnahme der großen Fernsehsender in Bolivien allgemein Probleme haben, sich selber zu finanzieren. Dass sie vor allem den Interessen ihrer Inhaber dienen sollen, verwundert (nicht nur) deshalb kaum. Wenn es den Privatsendern und den privaten Medien zumindest teilweise darum geht, »den politischen und sozialen Gegner Evo Morales als Person abzuwerten und ein Klima der politischen und sozialen Instabilität zu inszenieren« (S. 179), was nicht einmal in den liberalsten Medientheorien als Aufgabe von Journalismus beschrieben wird, dann muss man den Freiheitsbegriff von Hetzer hinterfragen, für den er sich am Ende seiner Ausführungen einsetzt (S. 184). Denn solcherart Freiheit dürfen Medien zumindest in Deutschland nicht haben, Hochverrat und Schmähkritik wird verfolgt. Das sollte auch in Bolivien zur Normalität werden. Den Zensur-Schrei der Oligarchen muss man aushalten und argumentativ abwehren.

Die letzten beiden Beiträge des Buches befassen sich mit der Außenpolitik, die für ein kleines und armes Land wie Bolivien von besonderer Bedeutung ist. Dass sich die Beziehungen zu den USA vor allem über die Drogenpolitik definieren, diese aber von den Vereinigten Staaten nur als Druckmittel verwendet wird – Peru und Kolumbien haben als engste Verbündete weniger

Erfolge aufzuweisen als das in Washington mittlerweile verfemte Bolivien – macht *Bettina Schorr* klar. Ihr Aufsatz ist, ebenso wie der von Mitherausgeber *Stefan Schmalz* über die außenpolitische Umorientierung des Landes, ein solider Überblick geworden. Beide stellen heraus, dass die Entwicklung Boliviens nicht nur von inneren, sondern auch äußeren Faktoren abhängt – insbesondere von den Regierungen in Washington und Brasilia und der Wirtschaftsentwicklung Venezuelas. Gleichzeitig ist, so schreibt Schmalz sicher zu Recht, die Verhandlungsmacht unter Morales gestärkt worden, was gerade bei einem so abhängigen Land wie Bolivien einiges heißt.

Eines wird nach dem intensiven Studium der Aufsätze dieses Bandes überdeutlich: Besser als die ständige Wiederholung der Ausgangslage, die zu Beginn der meisten Aufsätze steht, wäre dort eine klare Stellungnahme zum jeweiligen Standpunkt des Autors aufgehoben. Denn dass es diesen gibt, ist klar und sollten sich auch die Autoren selber vor Augen führen. Die neutrale Wissenschaft ist eine Erfindung derer, die ansonsten auch gerne von der Alternativlosigkeit des Sachzwangs eines neoliberalen Kapitalismus sprechen. Wenn man sich dessen bewusst ist und versucht, jeweils die Stoßrichtung der Aufsätze zu erkennen, dann kann man diesen materialreichen und in Teilen sicher auch streitbaren Band mit Gewinn lesen.

Helge Buttkereit

*Crabtree, John/ Laurence Whitehead (Hrsg.): Unresolved tensions. Bolivia past and present. University of Pittsburgh Press. Pittsburgh 2008 (309 S.).*

### *Kämpfe, Kontinuitäten und Widersprüche in Bolivien<sup>27</sup>*

Bolivien war lange Zeit von gängigen internationalen politischen Debatten und Angelegenheiten ausgeschlossen. Selbst die restlichen Länder Südamerikas haben häufig die Existenz ihres indigenen Herzens im Inneren des Kontinents übersehen. Im Dezember 2005 jedoch rückte das ärmste Land Südamerikas in den Blickpunkt, als Evo Morales bei den Wahlen die Stimmenmehrheit erlangte und der erste indigene Präsident des Landes wurde. Morales' Wahl zum Präsidenten fand vor dem Hintergrund einer gewaltigen Welle links-indigener Aufstände statt, die mit dem »Wasserkrieg« von Cochabamba gegen die Privatisierung im Jahr 2000 begann und ihren Höhepunkt

---

<sup>27</sup> Original: Jeffery R. Webber: Struggle, continuity and contradiction in Bolivia. In: International Socialism. Nr. 125/2010.

mit der Entmachtung der neoliberalen Präsidenten Gonzalo Sánchez de Lozada und Carlos Mesa in den Jahren 2003 bzw. 2005 erreichte.

Morales, seit der Gründung der Bewegung zum Sozialismus (*Movimiento al Socialismo* -MAS) Mitte der 1990er deren Vorsitzender, brach nach den Wahlen kurzerhand zu einer Blitzreise rund um den Globus auf. Infolge dieser Reise erlangte Bolivien so große internationale Aufmerksamkeit wie zuletzt nach dem schicksalhaften Tod Che Guevaras im Jahr 1967 oder vielleicht vorher mit der Revolution von 1952.

Konservative lateinamerikanische Experten, wie etwa Mexikos einstiger Linkspolitiker Jorge Castañeda, schlossen sich der Sicht der Bush-Regierung an, Evo als jüngstes Beispiel einer beunruhigend unkontrollierbaren Strömung innerhalb einer weitreichenden, von einer Linkswende erfassten Regionalpolitik anzuprangern. Was mit ersten Rissen bei der Legitimierung des Neoliberalismus begann, brach inmitten der schwerwiegenden, ganz Lateinamerika erfassenden Wirtschaftskrise in den späten 1990ern und frühen 2000ern vollständig auf.

Die wirtschaftliche Rezession in dieser Zeit verursachte eine Reihe von Revolten, die das System erschütterten, so in Argentinien, Ecuador oder in Bolivien selbst. Außerparlamentarische Kämpfe wurden später von grundlegenden Veränderungen in der Wahlkampfpolitik begleitet, als linke und Mitte-Links-Regierungen in einem Land nach dem anderen an die Macht kamen. Ungeachtet der tatsächlichen Beschaffenheit der verschiedenen einst gewählten Regierungen ist unbestritten, dass sie ihre anfängliche Unterstützung vor allem aus ihrem Versprechen an die Massen bezogen, eine Alternative zu den bereits zwei Jahrzehnte währenden neoliberalen Exzessen und der Not, die sie geschürt hatten, zu bieten.

Morales, der aus bescheidenen ländlichen Verhältnissen stammt und seine politische Entwicklung vor allem dem antiimperialistischen Kampf der Kokabauern-Bewegung in den 1980er und 1990ern verdankt, unterstrich von Anfang an auf symbolische Art und Weise seine Bindungen zu Venezuela und Kuba. Die konservativen Falken in Washington klammerten sich ihrerseits an diesem Bild fest, um den neuen bolivianischen Präsidenten zu dämonisieren.

Dieselbe Symbolik, die den Zorn der Dinosaurier des Kalten Krieges in Washington schürte, beflügelte gleichzeitig die Vorstellungskraft von großen Teilen der internationalen Linken. Allzu oft wurde dabei auf eine sorgfältige Überprüfung der tatsächlichen Bilanz der Morales-Regierung einerseits sowie des historischen Verlaufs der Klassenkämpfe und des indigenen Widerstands im letzten Jahrzehnt andererseits verzichtet. Nur wenige haben beispielsweise die revolutionären, antikapitalistischen Ziele der Protestwelle

zwischen 2000 und 2005 ernsthaft in Betracht gezogen sowie die Tatsache berücksichtigt, dass Morales und die MAS eine entscheidende Rolle bei der Kanalisierung der freigesetzten Energien gespielt haben, weg von der Straße und hin zu einer Politik, die auf Wahlen und einen populistischen Reformismus gerichtet war.

Es zeigte sich, dass sowohl Konservative als auch unkritische Linkspolitiker das Ausmaß, in dem die Wahlen vom Dezember 2005 Veränderungen der politischen und sozialen Strukturen Boliviens herbeigeführt haben, stark überzogen darstellten. Zum einen bleiben unter Evo die überlieferten Strukturen weiterhin bestehen und zum anderen hat seine Regierung zu keinem Zeitpunkt die revolutionären, anti-kapitalistischen und indigen-freiheitlichen Bestrebungen derjenigen Protestbewegungen geteilt, die in den ersten fünf Jahren dieses Jahrzehnts die bolivianische Politik bestimmt haben.

Wenn wir die zweite Amtszeit von Morales betrachten – er erlangte einen erdrutschartigen Sieg bei den Dezember-Wahlen, so verweist das Programm der MAS auf eine verstärkte Hinwendung zu einem gemäßigten Reformismus und zum Ausgleich mit ausländischem und inländischem Privatkapital. Vizepräsident Álvaro García Linera hat die Wirtschaftspläne der Regierung als Errichtung eines Anden-Amazonas-Kapitalismus in den nächsten 50 bis 100 Jahren bezeichnet. Seiner Meinung nach bleibt der Übergang zum Sozialismus ohne ein ausgedehntes Zwischenstadium, das durch anhaltendes industrielles kapitalistisches Wachstum gekennzeichnet ist, ein utopischer Traum.

Der anstehende neue Wahlzyklus ist ein geeigneter Zeitpunkt, um sich ein Bild von der Kluft zwischen der Idealvorstellung und der tatsächlichen Realität der gegenwärtigen Volkswirtschaft Boliviens zu machen. Dies war anscheinend auch der Beweggrund für den kürzlich veröffentlichten Band *Unresolved Tensions: Bolivia Past and Present*, der von John Crabtree und Laurence Whitehead herausgegeben wurde. Bedauerlicherweise haben die beiden Briten, langjährige Beobachter der Entwicklung in Bolivien, mit dem Buch eine sehr unausgewogene und unbefriedigende Publikation vorgelegt. Trotz des selbst verkündeten Anspruchs distanzierter Objektivität – das Buch ist »nicht dazu bestimmt, irgendeinen bestimmten Standpunkt zu untermauern« und setzt sich aus Beiträgen von »wohlwollenden, aber neutralen Außenstehenden«<sup>28</sup> zusammen – kann der Großteil des Inhalts innerhalb des links-liberalen Spektrums verortet werden. Abgesehen von den lobenswerten Kapiteln, die von Luis Tapia und Carlos Arze verfasst wurden, vollzieht sich

---

28 John Crabtree / Laurence Whitehead (eds.): *Unresolved Tensions: Bolivia Past and Present*. Pittsburgh 2008. S. 255.

die Debatte im Wesentlichen innerhalb eines Links-Rechts-Rahmens, der von gemäßigten Befürwortern des konservativen Lagers der MAS-Regierung bis hin zu zurückhaltenden wissenschaftlichen Rechtfertigungen der neofaschistischen Rechten in den Departements im östlichen Tiefland, den Regionen des *Media Luna* (Halbmond) Tarija, Santa Cruz, Beni und Pando, reicht.

Gleichwohl kann eine aufmerksame Lektüre der gesamten Arbeit wichtige Erkenntnisse über die ideologische Einbettung von Analysen der bolivianischen Politik sowie vereinzelt Splitter nützlichen empirischen Datenmaterials über den wirtschaftlichen Zustand und die Besonderheiten des natürlichen Ressourcenreichtums des Landes vermitteln.

### *Ethnizität*

Die Publikation *Unresolved Tensions* umfasst die Themenfelder Ethnizität, Regionalismus, Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft, Verfassungsreform, wirtschaftliche Entwicklung und Globalisierung.

Der erste Teil, der das Thema Ethnizität behandelt, hat eine Debatte zwischen Xavier Albó, Carlos Toranzo und Diego Zavaleta Reyles zum Gegenstand. Albó, ein Jesuitenpriester und angesehener Kulturanthropologe, spielt in einer komplett anderen Liga als seine Diskussionspartner. Selbst wenn man das fast vollständige Fehlen von Politischer Ökonomie in seiner Analyse in Betracht zieht, ist Albós Arbeit dennoch ungleich reicher an historischer Tiefe und Nuancierung als die von Toranzo oder Zavaleta Reyles.

Albó geht bei seiner Untersuchung von den Ergebnissen der nationalen Volkszählung des Jahres 2001 aus. Darin wurden Personen über 15 Jahre gefragt, welcher ethnischen Gruppe sie sich zugehörig fühlen: »Etwa 31 Prozent bezeichneten sich als Quechua, 25 Prozent als Aymara (die höchste Bevölkerungszahl beider ethnischer Gruppen findet sich in der westlichen Anden-Region im Land) und weitere 6 Prozent fühlen sich einer der 31 kleineren indigenen Gruppen (*originario*) und Mojeños (0,9 Prozent) zugehörig. Mit anderen Worten: Beinahe zwei Drittel der Bevölkerung (62 Prozent) sagten, dass sie der einen oder anderen dieser ethnischen Gruppen angehören.«<sup>29</sup>

Bolivien sticht neben Guatemala als eines der wenigen Länder Lateinamerikas hervor, in denen sich bis zum Anfang des 21. Jahrhunderts eine mehrheitlich indigene Bevölkerung erhalten hat. Dies ist eine außergewöhnliche Geschichte des Überlebens, die in dem Jahrhunderte währenden indigenen Widerstand verwurzelt ist. Zu bedenken sind in diesem Zusammenhang beispielsweise die Aussagen von Beamten, welche die Volkszählung im Jahr

---

29 Ebenda. S. 13.

1900 durchführten und sich hinsichtlich der indigenen Bevölkerung in dieser Zeit wie folgt äußern mussten: »In kurzer Zeit wird die indigene Rasse angesichts der fortwirkenden statistischen Gesetze, wenn nicht vollständig aus dem Blickfeld verschwunden, so doch auf einen Bruchteil reduziert sein.«<sup>30</sup>

Albó arbeitet ein nützliches historisches Panorama der politischen Kämpfe heraus, die sich um Ethnizität drehen sowie – zumindest schemenhaft – mit den gleichzeitig stattfindenden Klassenkämpfen und den Prozessen der Staatenbildung seit der Kolonialzeit in Wechselwirkung stehen. Entgegen der im Allgemeinen eingenommenen Sichtweise einer unangefochtenen kolonialen und neokolonialen Herrschaft über eine passive indigene Mehrheit hebt Albó die Bedeutung mehrerer Wellen indigener Aufstände (und ebenso die Zusammenarbeit indigener Eliten mit den Kolonialherren) hervor, die sich über Jahrhunderte erstreckten. Indigene Volksgruppen haben keinesfalls »nur eine passive, vopolitische Haltung« im Angesicht der Beherrschung eingenommen, sondern waren vielmehr die Akteure hinter »fortwährenden Kämpfen und Aufständen«, die sich gegen die unterschiedlichen Autoritätsstrukturen in den kolonialen und republikanischen Epochen richteten.<sup>31</sup>

Albó ist am wenigsten überzeugend, wenn er die Entwicklung Boliviens nach den Umbrüchen von 1989 klischeehaft damit wiedergibt, dass der »klassenbasierte Ansatz« bei der Beschreibung von Volksaufständen nunmehr zugunsten eines »verstärkt ethnisch definierten Paradigmas« zurückgedrängt wird.<sup>32</sup> Vielmehr waren kämpferische Auseinandersetzungen »von unten«, deren Ziele der Sozialismus und die indigene Befreiung waren, eng mit den einflussreichsten Volksbewegungen des 21. Jahrhunderts verflochten, und repräsentierten ein – nach meinen Worten – »gemeinsames oppositionelles Bewusstsein«.<sup>33</sup>

Überdies verfährt Albó allzu nachsichtig mit der zahlenmäßig kleinen indigenen Elite, die ihre Basis innerhalb der Massenbewegungen verlassen und sich ironischerweise dem neoliberalen Multikulturalismus angeschlossen hat, der im Verlauf der 1990er Jahre als offizielle Staatspolitik übernommen wurde. Das deutlichste Beispiel dafür ist Victor Hugo Cárdenas, der während der Hochphase neoliberaler Strukturanpassung zum ersten Aymara-Vizepräsidenten Boliviens gewählt wurde.

Letztlich argumentiert Albó völlig an den Tatsachen vorbei, wenn er behauptet, dass die MAS-Regierung möglicherweise nicht versöhnlich genug mit der neofaschistischen Rechten der *Media Luna*-Departements umgegan-

30 Ebenda.

31 Ebenda. S. 16f.

32 Ebenda. S. 24.

33 Jeffery Webber: Red October. Left-Indigenous Struggles in Modern Bolivia. i. E.

gen sei. »Augenscheinlich« behauptet Albó, hätten sich die Diskrepanzen zwischen den Vorstellungen des östlich-bourgeois und des links-indigenen Blocks »durch einige [allzu harte] Positionen der MAS-Regierung unnötig verschärft«. <sup>34</sup> Das Gegenteil trifft zu. Die MAS hat neofaschistischen rechten Bürgerwehren zu einer Blütezeit verholfen, und die Regierungen der Departements im östlichen Tiefland, die sie unterstützen, durften ungestraft agieren.

### *Regionalismus*

Der zweite Teil des Buches, der sich mit dem Thema Regionalismus beschäftigt, ist weit davon entfernt, die wichtige Frage nach der ungleichen und kombinierten Entwicklung des Kapitalismus in verschiedenen geografischen Regionen in Bolivien in den vergangenen beiden Jahrhunderten in angemessener Weise zu behandeln.

Ein wichtiges Kennzeichen für die Fragwürdigkeit des Publikationsprojekts als Ganzes ist die Behandlung des Aufsatzes von José Luis Roca als ernsthaftes wissenschaftliches Zeugnis. Ungeachtet tatsächlicher historischer Befunde hält Roca in seinem Kapitel daran fest, dass regionalistisch motivierte Konflikte in der bolivianischen Geschichte wirkungsvoll klassenbezogene und ethnische Spannungen unter ihrem Dach subsumierten und sie die bis in die Gegenwart reichende und das Land spaltende zentrale Trennlinie darstellen. In ideologischer Hinsicht schließt sich Roca den separatistischen Kräften der *Media Luna*-Departements an, die sich einem vermeintlichen, von La Paz ausgehenden Zentralismus entgegenstellen. Eine Lösung für den tief greifenden regionalistischen Konflikt bildet nach Roca die Übertragung autonomer Machtbefugnisse auf jedes der neun Departements, ähnlich wie es der östlich-bourgeoise Block des *Media Luna* gefordert hat. Dies wird nach Roca angeblich zur lang ersehnten Dezentralisierung politischer Macht führen und möglicherweise eine anhaltende Entwicklungsfähigkeit Boliviens als vereinigt Land gewährleisten.

Roca übersieht in seiner Argumentation die gewaltigen Erdgasvorkommen, den großen agrar-industriellen Grundbesitz sowie das industrielle und finanzielle Kapital in den Departements Santa Cruz und Tarija. Eine radikale Umverteilung der Reichtümer des Landes von oben nach unten und entlang geographischer, ethnischer und klassenbezogener Linien ist heutzutage eine dringende Notwendigkeit. Die Forderungen nach Autonomie, die vom östlichen Tiefland ausgehen, spiegeln eine politische Kampagne wider, die das

---

<sup>34</sup> John Crabtree / Laurence Whitehead (eds.): *Unresolved Tensions*. S. 29.

Ziel hat, jedwede moderate Bewegung der Regierung Morales zu diesem Zweck durch Destabilisierung zu blockieren.<sup>35</sup>

Roca zitiert beipflichtend das berühmt-berüchtigte rassistisch gefärbte Buch *Pueblo Enfermo* (Krankes Volk), das Anfang des 20. Jahrhunderts von dem Historiker Alcides Arguedas verfasst wurde. Roca stimmt Arguedas darin zu, dass der Erfindergeist und der Ideenreichtum einiger Gruppen der bolivianischen Bevölkerung gerühmt werden können, dass jedoch »der Eigensinn der Aymaras von La Paz« nur bedauert werden kann. Rocas auserwähltes Volk des *Media Luna* ist erfrischend fortschrittlich und weitestgehend Befürworter von »neokapitalistischen Entwicklungen und Marktökonomien«. Die größtenteils indigenen Departements im Westen sind im Gegensatz dazu »stark von einem Traditionalismus beeinflusst« und sehnen sich nach einer an der Vergangenheit ausgerichteten »Rückkehr zu prähispanischen gesellschaftlichen Mustern in ganz Bolivien.«<sup>36</sup>

Diese Analyse Rocas ist ungefähr so anspruchsvoll wie die von Gabriela Oviedo, einer ehemaligen Miss Bolivien, die sich vor einigen Jahren auf infame Art und Weise in öffentliche Angelegenheiten einmischte. Sie äußerte gegenüber der Schönheitswettbewerbspresse, dass sie die Tatsache verabscheue, dass Außenstehende Bolivien für ein Land halten, das lediglich von kleinen Indianern bevölkert ist. Oviedo wollte uns dagegen wissen lassen, dass sie aus dem östlichen Teil stammt, wo die Eliten groß und weiß sind und sehr häufig über hervorragende Englisch-Kenntnisse verfügen.<sup>37</sup>

Die Autorin eines weiteren Kapitels in diesem Abschnitt der Publikation ist Rossana Barragán, die sich als ernstzunehmende Historikerin deutlich von Roca abhebt. Sie entkräftet viele seiner grob vereinfachenden Formulierungen, insbesondere die Ansicht, dass Santa Cruz bis zum Ende des 20. Jahrhunderts ein Opfer der Vernachlässigung durch den Zentralstaat war. »Wir weisen darauf hin« erklärt Barragán, »dass es die Zentralregierung war, die die einzelnen Regionen finanzierte, obwohl sie zu einem gewissen Grad für das Entstehen eines Regionalismus in Santa Cruz Ende des 20. Jahrhunderts verantwortlich war. Wir vertreten die Auffassung, dass – wenn es eine einzelne Staatspolitik gab, die anhaltend und beständig war, dann diese, die Santa Cruz auf Kosten des notwendigen inneren Gleichgewichts

35 Vgl. unter anderem: Mark Weisbrot / Luis Sandoval: The Distribution of Bolivia's Most Important Natural Resources and the Autonomy Conflicts. Center for Economic and Policy Research. Washington July 2008. URL: [www.cepr.net/documents/publications/bolivia\\_land\\_2008\\_07.pdf](http://www.cepr.net/documents/publications/bolivia_land_2008_07.pdf). Dieser Beitrag ist von uns ins Deutsche übersetzt worden. Siehe erster Halbband.

36 John Crabtree / Laurence Whitehead (eds.): Unresolved Tensions. S. 74.

37 Frederico Fuentes: Bolivia: The Real Divide. In: Green Left Weekly. 23 February 2005. URL: [www.greenleft.org.au/2005/616/35332](http://www.greenleft.org.au/2005/616/35332).

begünstigte.«<sup>38</sup> Obgleich die Abhandlung von Barragán ein wichtiges Korrektiv darstellt, konzentriert sich die Autorin darin etwas verkürzt auf die geographischen Ursprünge und Verteilungsmuster finanzieller Ressourcen, die in der bolivianischen Geschichte zum Zentralstaat hinführten und von ihm ausgingen. Wir benötigen nach wie vor eine weitaus umfassendere Analyse, welche die ungleichen und kombinierten Entwicklungen des Kapitalismus und die besonderen Vielschichtigkeiten regionaler, klassenbezogener und ethnischer Vernetzungen im bolivianischen Kontext untersucht. Ohne diese Art von Analyse können wir unmöglich vorgeben, den »Regionalismus« in Bolivien zu verstehen.

### *Verknüpfung von Staat und Gesellschaft*

Es überrascht nicht, dass im Zusammenhang mit den in den vergangenen Jahren gärenden Massenbewegungen in Bolivien für die etablierten Soziologen und Politikwissenschaftler die Hauptsorge das Schreckgespenst der Revolution war sowie die damit verbundene Notwendigkeit, die Rebellen aus der Unterschicht unter Kontrolle zu bekommen und gleichzeitig die Ordnung von oben wiederherzustellen.

George Gray Molina, der Leiter des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen in Bolivien und Autor des Leitkapitels in diesem Abschnitt von *Unresolved Tensions*, hält fest: »In den vergangenen Jahren hat sich die Aufmerksamkeit auf die relative Stärke sozialer Bewegungen und – neben anderen Dimensionen des Gleichgewichts zwischen Staat und Gesellschaft – auf die Schwächung traditioneller politischer Parteien, demokratischer Institutionen und des Rechtsstaats verlagert.«<sup>39</sup> Gray Molina zufolge heißt es in einem UN-Gutachten, das 2007 veröffentlicht wurde, dass »die Bolivianer Gesetze nicht als bindend empfinden, da die meisten denken, dass ›Gesetze ungerecht sind‹ und dass ›ungerechte Gesetze gebrochen werden können.« Weiter merkt er dazu an, dass in der »öffentlichen Meinung Boliviens die ›Reichen‹ und ›Politiker‹ als die schlimmsten Übeltäter bezeichnet werden.« Zudem äußert Gray Molina seine Sorge darüber, dass »die meisten Bolivianer weiterhin die ›gängige‹ Praxis der Strafverfolgung befürworten, sich aber zur selben Zeit das Recht auf Gesetzesübertretung, Protest und Aufhebung von Gesetzen vorbehalten.«<sup>40</sup>

Insbesondere für Revolutionäre ergibt sich daraus die Frage, wie die ideologische Unzufriedenheit mit der herrschenden Ordnung, die ihren Ausdruck

38 John Crabtree / Laurence Whitehead (eds.): *Unresolved Tensions*. S. 83.

39 Ebenda. S. 109.

40 Ebenda. S. 120.

in einer anwachsenden Folge von Protesten in den ersten fünf Jahren des 21. Jahrhunderts gefunden hat, in eine vollständige Transformation der gesellschaftlichen und politischen Strukturen des Landes im Interesse der Mehrheit der indigenen Arbeiter und Bauern umgelenkt werden kann.<sup>41</sup>

Für Liberale wie George Gray Molina stellt das Errichten und Bewahren eines ordnungsgemäßen institutionellen Apparates zur Regelung der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft die Hauptaufgabe dar, um die ansteigende Flut niederzudrücken und den Status quo zu festigen – ein Status quo, der nur kosmetisch zurechtgemacht wird, ohne jedoch das Fundament zu verändern. Die besten Chancen für Liberale bietet nach Gray Molina ein gewisser »institutioneller Pluralismus«, der das Fortbestehen von »Leerstellen im Staat« ermöglicht: »Orte, wo die bürokratische oder juristische Präsenz des Staates durchlässig ist ... wo Autorität, Legitimation und Staatsgewalt fortwährend hinterfragt werden«<sup>42</sup> – von Gewerkschaften, indigenen Gemeinschaften und sozialen Bewegungen. Aber nur solange, wie diese im Zaum gehalten werden können und das übergeordnete System liberaler kapitalistischer Herrschaft nicht in seinem Innern bedroht ist. Im Großen und Ganzen, schließt Gray Molina seine Betrachtung, lassen die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft unter Evo Morales viele Kontinuitäten mit dem vorangegangenen Staatsmodell erkennen und scheinen so zu funktionieren, dass sie grundlegenden liberalen Zielen entsprechen.

Die herrschende Klasse Boliviens und ihre »organischen« Intellektuellen sind natürlich in diesem Punkt gespalten. Konservative wie Franz Xavier Barrios Suvelza vertreten – ganz im Stil des konservativen US-amerikanischen Politikwissenschaftlers Samuel Huntington – die Auffassung, dass eine prätorianische Gesellschaft wie Bolivien die Art von »Politisierung«, wie sie unter Morales geschieht, d. h. die zunehmende Einbeziehung der breiten Volksschichten in eine demokratische Regierungspolitik, nicht überleben kann. Folglich wird die Wiederherstellung von ausdrücklich »apolitischen« und »antidemokratischen« Bereichen innerhalb des Staates gefordert. »Diese Auseinandersetzung«, schreibt Barrios Suvelza, »betrifft die Tatsache, dass der gegenwärtige Transformationsprozess in Bolivien eine Tendenz beinhaltet ... die Staatsform in Richtung einer unbegrenzten und ungezügelter Demokratie umzugestalten, einer Demokratie, der die Beruhigung der erhitzten Gemüter fehlt. Die Stoiker würden dies als pathetischen Staat bezeichnen.«

41 Vgl.: Forrest Hylton / Sinclair Thomson: *Revolutionary Horizons: Past and Present in Bolivian Politics*. London/ New York 2007. Zu meiner eigenen Stellungnahme in diesen Fragestellungen vgl. verschiedene Zeitschriftenartikel seit 2005. In: *Monthly Review*, *Historical Materialism*, *Against the Current* und *New Socialist*.

42 John Crabtree / Laurence Whitehead (eds.): *Unresolved Tensions*. S. 113.

Der Ausdruck »pathetisch« bezieht sich in diesem Zusammenhang auf »eine Staatsform, in der demokratische und politisierte Kräfte den Staat immer weiter durchdringen.«<sup>43</sup> Man kann Suvelza förmlich vor Entsetzen zurückweichen sehen, wenn er über die »Art und Weise [schreibt], mit welcher die Demokratie die entscheidungsrelevanten Sphären überschwemmt hat« und die während der Morales-Regierung »zu einer Beeinträchtigung der ademo-kratischen und apolitischen Zustandsfunktionen geführt hat.«<sup>44</sup> Dies ist die Art von politischer Philosophie, wie sie kürzlich von Roberto Micheletti und seinen Anhängern in Honduras inszeniert wurde, als diese Ende Juni 2009 der Welt gegenüber ihren militärischen Staatsstreich gegen den demokratisch gewählten Manuel Zelaya zu rechtfertigen suchten.

### *Verfassungsreform*

Der vierte Teil des Buches, der sich mit der Verfassungsreform befasst, dreht sich wie der vorherige Abschnitt um die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft. Es überrascht daher nicht, dass Eduardo Rodríguez Veltzé, der Autor des längsten Kapitels zu diesem Thema, als einzig annehmbaren Einflussfaktor in dieser Debatte die Kluft zwischen liberalen und konservativen Kräften hinsichtlich angemessener Strategien für den Erhalt der wesentlichen Grundsätze der politischen Ordnung und dem Aufrechterhalten des bestehenden Klassengefüges anführt. Zu seiner Biographie gehören eine juristische Ausbildung an der Kennedy School der Harvard University, eine Amtszeit als Präsident des bolivianischen Obersten Gerichtshofs und eine kurze Amtsperiode als Präsident der Republik, zwischen dem Sturz von Carlos Mesa im Juni 2005 und den Wahlen, die Morales im Dezember desselben Jahres ins Amt brachten.

Der Leser, der bis zum Kapitel 9 durchgehalten hat, wird dort mit einer kurzen Verschnaufpause von den Angstgefühlen der Oberschichtintellektuellen hinsichtlich der sozialen Ordnung belohnt – dort äußert einer der wichtigsten radikalen Politiktheoretiker im gegenwärtigen Bolivien seine Meinung zu Fragen der »konstituierenden« und »konstituierten« Macht. Luis Tapia ist, neben Álvaro García Linera und anderen, ein Gründungsmitglied des radikal-intellektuellen Forums *La Comuna*, benannt nach der Pariser Kommune von 1871.<sup>45</sup> Seine theoretischen und politischen Schriften können schwerpunktmäßig unterteilt werden in Interpretationen des Werks

<sup>43</sup> Ebenda. S. 125.

<sup>44</sup> Ebenda. S. 133.

<sup>45</sup> Vgl.: Forrest Hylton: The Landslide in Bolivia. In: *New Left Review*. 37/ Jan.-Feb. 2006. S. 69-72.

von René Zavaleta Mercado (wohl der wichtigste marxistische Intellektuelle in Bolivien im 20. Jahrhundert) und in pointierte Beiträge, in denen er den Verlauf links-indigener aufständischer Bewegungen in den vergangenen Jahren zu verstehen und gleichzeitig zu beeinflussen versucht. Obgleich dieser Beitrag weit davon entfernt ist, Tapias beste Arbeit zu sein, stellt er dennoch die theoretisch anspruchsvollste und historisch fundierteste Abhandlung in diesem Sammelband dar.

Obgleich Tapia die Begriffe »konstituierende« und »konstituierte« Macht von dem italienischen autonomen Marxisten Antonio Negri übernimmt, überträgt er sie in den Kontext bolivianischer Staatsbildung und sozialer Kämpfe in den vergangenen zwei Jahrhunderten. »Konstituierte Macht« erklärt Tapia, »neigt dazu, mit der Verfassung und mit den unterschiedlichen Institutionen gleichgesetzt zu werden, die im Laufe der Zeit an einem bestimmten Ort als Staat agieren.«<sup>46</sup> Konstituierende Macht dagegen bildet sich heraus, »wenn Vorhaben oder Kräfte in Erscheinung treten, die die Beziehung zwischen Staat und Zivilgesellschaft sowie deren Schauplätze, die beteiligten Subjekte, deren Beziehungen untereinander und folglich die politische Form in einer Gesellschaft zu transformieren versuchen«. In diesem Sinne kann »konstituierende Macht als ein Phänomen beschrieben werden, das zu Krisenzeiten in Erscheinung tritt oder selbst eine politische Krise verursacht, die unter anderem zu einer Neugestaltung eines Landes führen kann.«<sup>47</sup>

Anders als die meisten Mitwirkenden in diesem Buch ist Tapia empfänglich für historische und materielle Prozesse und Strukturen. »Jede konstituierte Macht hat ihre geschichtliche Entwicklung«, schreibt er. Statt aus dem Äther heraus aufzusteigen »ist es eine Anhäufung politischer, sozialer und historischer Aspekte, die von Lernprozessen und Erfahrungen, ebenso wie von Konflikten und Gegensätzen begleitet wird, und die (gelegentlich) zu einer Entwicklung in bestimmten Aspekten oder (zeitweise) zu einem Aufzehen und Verfall führen kann.«<sup>48</sup>

Folglich erinnert uns Tapia daran, dass die erste Verfassung der bolivianischen Republik, die ein Ergebnis der Unabhängigkeit im Jahr 1825 darstellt, fast vollständig die mehrheitlich indigene Bevölkerung des neuen Landes ignorierte. Mit der Erringung der Unabhängigkeit von den spanischen Konquistadoren änderte sich zwar die politische Situation, doch eine sie begleitende soziale Revolution blieb aus. Die Verfassunggebende Versammlung von 1938 führte ein Arbeitsgesetzbuch und andere Sozialreformen ein, da die Bauern und Arbeiter zunehmend in der Lage waren, ihre gesellschaft-

46 John Crabtree / Laurence Whitehead (eds.): *Unresolved Tensions*. S. 161.

47 Ebenda. S. 162.

48 Ebenda. S. 161.

liche Macht in militante soziale Bewegungen umzusetzen. Die Revolution von 1952 trieb diese Entwicklungen weiter voran, indem sie im Kontext einer tiefgreifenden Krise der sozialen Ordnung neue Veränderungen in Gang setzte. Das Konfliktfeld von Klassenkämpfen und indigenen Widerstandspolitiken im Prozess der Verfassungsgebung von 2006-2007 versprach, vielleicht mehr als irgendeine andere historische Periode, die größte Aussicht auf Veränderung, weil die Versammlung infolge tiefgreifender sozialer und politischer Aufstände zusammentrat, die zwischen 2000 und 2005 von den Unterschichten ausgingen.

Letztlich zeigt Tapia, wie die Versammlung hinter ihr Versprechen zurückfiel, was zum Teil auf den Versuch der MAS zurückzuführen ist, die Vertretung der breiten Volksschichten an sich zu reißen. Trotz Tapias durchaus anfechtbarer Überzeugung, die MAS wäre eine Arbeiterpartei, die die Staatsmacht ergriffen hat, erkennt er vollständig das kompromissorientierte Ergebnis des verfassungsgebenden Prozesses: »Das Zusammentreten der Versammlung war eng an die Präsenz politischer Parteien geknüpft, sowohl die der Opposition (die aus Prinzip dagegen waren) als auch der Regierungspartei, welche als Spitze der Exekutive dazu neigte, die konstituierende der konstituierten Macht unterzuordnen. Auf diese Weise beschränkte sie die Bandbreite möglicher Veränderungen, die sich im Vorfeld aus den Protestwellen heraus abzeichneten und die gut und gerne hätten zustande kommen können, wenn die neue politische Ordnung die gesamte Vielfalt sozialer Organisationen beim Aufbau der neuen politischen Regierungsinstitutionen berücksichtigt hätte.«<sup>49</sup>

### *Wirtschaftliche Entwicklung und Globalisierung*

Die letzten Abschnitte des Buchs, Teil fünf und sechs, behandeln »Strategien wirtschaftlicher Entwicklung« und das Verhältnis Boliviens zur »Globalisierung«. Carlos Miranda, ein Energieberater und ehemaliger Inspektor für Kohlenwasserstoffe unter einer der früheren neoliberalen Regierungen, verfasste einen Aufsatz zum Thema »Erdgas und seine Bedeutung für die bolivianische Wirtschaft«. Der Begleitartikel von Fernanda Wanderley dagegen ist ein grundlegend neostrukturalistischer Aufsatz über die Notwendigkeit von Boliviens Volkswirtschaft, über die »schmale Basis« (Erdgas) hinauszugehen und sich in Richtung einer Wirtschaft mit einer »breiten Basis« zu bewegen, deren Export-Profil eine Anzahl nicht-traditioneller Erzeugnisse

---

<sup>49</sup> Ebenda. S. 171.

umfasst.<sup>50</sup> Dieser Argumentation folgt ein Artikel von Juan Antonio Morales, der zwischen 1995 und 2006 Präsident der Zentralbank von Bolivien war und möglicherweise der einzige Intellektuelle im Land ist, der noch fest an das orthodoxe neoliberale Modell glaubt, das zuerst im Jahr 1985 in Bolivien eingeführt wurde.

Glücklicherweise führt uns das Kapitel von Carlos Arze Vargas, ein marxistischer Wirtschaftswissenschaftler und Leiter des sehr bedeutsamen Forschungsinstituts für die Arbeits- und Landwirtschaftsentwicklung (*Centro de Estudios para el Desarrollo Laboral y Agrario*) in La Paz<sup>51</sup>, wieder zurück in die Realität Boliviens in den 1980ern und 1990ern, zumindest insofern, als dass diese Welt von der großen Mehrheit der Arbeiterklasse und der Landbevölkerung erlebt wurde.

Arze beginnt damit, auf einer allgemeinen Ebene aufzuzeigen, dass neoliberale Globalisierung kein unvermeidbarer Prozess ist, was auch immer die »Hypothesen soziologischer und wirtschaftlicher Theorien sein mögen, die Entwicklung als einen historischen Prozess betrachten, der zu einer unangefochtenen Herrschaft von Marktkräften führt.«<sup>52</sup> Auch handelt es sich dabei nicht nur um eine natürliche Entfaltung erweiterter kultureller und wirtschaftlicher Wechselbeziehungen, die von technologischem Fortschritt vorangetrieben wurden. Dagegen war – wie Arze vollkommen zu Recht betont – die neoliberale Globalisierung seit den 1980ern »ein bewusst eingeleiteter Prozess, der von bestimmten führenden kapitalistischen Branchen vorangetrieben wurde und darauf ausgerichtet war, Bedingungen wiederherzustellen, die sich günstig auf eine Kapitalbildung auswirkten.«<sup>53</sup> Überdies verschwand der Staat nicht, wie es etwa die neoliberale Ideologie nahelegen würde, sondern vielmehr »erfüllte der Staat auch weiterhin seine grundlegende Funktion, die Reproduktion der Kapitalakkumulation innerhalb einer bestimmten geographischen Einheit zu garantieren.«<sup>54</sup>

Die neoliberale Reorganisation hatte einen gewaltigen Einfluss auf die Arbeitswelt in Bolivien. »Der Arbeitstag wurde im Laufe des Angleichungs-

---

50 Neostrukturalistische Argumente von dieser Sorte waren die Hauptstützen eines orthodoxen Neoliberalismus in Lateinamerika seit Mitte der 1990er Jahre. Sie finden ihren stärksten Ausdruck, sowohl theoretisch als auch empirisch, in den Arbeiten der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik, einem Organ der Vereinten Nationen. Zu einer scharfen Kritik am Neostrukturalismus aus einer radikalen Perspektive heraus, die dem Marxismus entlehnt ist, vgl. Fernando Ignacio Leiva: *Latin American Neoliberalism: The Contradictions of Post-Neoliberal Development*. Madison 2008.

51 Vgl.: [www.cedla.org](http://www.cedla.org).

52 John Crabtree / Laurence Whitehead (eds.): *Unresolved Tensions*. S. 238.

53 Ebenda. S. 239.

54 Ebenda. S. 240.

zeitraums länger« zeigt Arze auf, »was Arbeitgebern die Produktion höherer Mehrwerte ermöglichte. Die durchschnittliche Arbeitszeit wuchs um ein paar Stunden pro Tag an, wovon besonders Fabrikarbeiter betroffen waren. Die durchschnittlichen Arbeitsstunden pro Woche stiegen auf ... 50 im Jahr 2000 an. Der Arbeitstag war auch von Doppelschichten oder anderen Nebenjobs betroffen, die die Arbeiter ausführten, um über die Runden zu kommen.«<sup>55</sup>

Obwohl Arzes Kapitel eine willkommene Abwechslung liefert, ist es bedauerlich, dass die Herausgeber nicht in der Lage waren, etwas von seinem aktuellen Material in die Publikation aufzunehmen. Seine Abhandlung in diesem Band deckt die neoliberale Phase der 1980er und 1990er auf umfassende Weise ab, bietet aber keine Informationen für die Zeit, seit die Morales-Regierung ihr Amt antrat. So bildet die Arbeit keinen wirkungsvollen Kontrapunkt zu den unterschiedlichen liberalen und konservativen Kommentaren zu diesen Themen, die den Großteil des Bandes beherrschen.

### Fazit

Obleich Crabtree und Whitehead ihre Publikation *Unresolved Tensions* als einfache Darstellung der Vielfalt unterschiedlicher Sichtweisen in der gegenwärtigen bolivianischen Politik anpreisen, haben sie das Zentrum der Debatte fast unmerklich nach rechts verschoben. Von der Diskussion werden – mit den Ausnahmen von Tapia und Arze – Stimmen aus dem linken Flügel der MAS-Regierung und deren Sympathisanten übertönt ebenso wie diejenigen Intellektuellen, die (zahlenmäßig nicht unbedeutend) sich selbst gänzlich links der MAS positionieren. Die tatsächliche Polarisierung vor Ort während der ersten Jahre der MAS-Regierung hat meiner Meinung nach eine Debatte hervorgebracht, die sowohl nach links als auch nach rechts polarisiert. Das Verfolgen eines Mittelwegs und liberalen Kurses ist zunehmend zu einer heiklen Position geworden, da die tatsächlichen sozio-politischen Aufspaltungen und Gegensätze, die unter der Oberfläche brodeln, sich immer unverhüllter zeigen.

Beim Lesen des Buches wird man hilfreich von »neutralen« Außenstehenden an die Hand genommen, die meinen, dass ein soziales Gleichgewicht ohne tiefgreifende Veränderungen der bestehenden Klassenverhältnisse und rassistischen kolonialen Beziehungen möglich ist, solange bescheidene Reformen in den Status quo einfließen.

Diese Sichtweise zeigt sich auch in den abschließenden Absätzen des Schlusswortes, das von Herausgeber Laurence Whitehead verfasst wurde:

---

<sup>55</sup> Ebenda. S. 249.

»Größere Verbesserungen sind möglich.« Weiter schreibt er: »Das Ergebnis könnte man zusammenfassend als Neugründung der Republik bezeichnen und diese könnte genügend Unterstützung aufbringen, um sich gegen jedwede Art unvermeidlichen Widerstands und Gegenwehr zu behaupten. Doch das Geheimnis des Erfolgs ist nicht, alle bisherigen Errungenschaften willkürlich zu verwerfen oder zu missachten ... Eine sich begrenzende Originalität könnte eine wirkliche Grundlage für eine stärker konsensfähige Zukunft bereitstellen, wohingegen ein utopisches Dogma von einer ungehemmte Neugründung viel wahrscheinlicher den Teufelskreis der Vergangenheit wiederherstellt.«<sup>56</sup>

Ein konsensfähiger Weg in Richtung einer stärker auf Gleichheit ausgerichteten liberalen kapitalistischen Demokratie in Bolivien ist möglich, eine, in der soziale Verbesserungen in allen Bereichen erlangt werden können, ohne den Teufelskreis von Konflikten und Auseinandersetzungen ... Wer ist hier utopisch?

Jeffery R. Webber (Aus dem Englischen: Christine Fischer)

---

56 Ebenda. S. 269.

# Anhang



# Chronologie zur Geschichte Boliviens

## *Präkoloniale Zeit*

- ab 1000 v. Chr. Erste Kulturen entstehen (Monumente, Textilien, Metallarbeiten).
- ca. 300 v. Chr. Pucar-Kultur nördlich des Titikakasees.
- ca. 1 n. Chr. Tiwanaku-Kultur, die erste Hochkultur entwickelt sich.
- 370 - 900 n. Chr. Klassische Phase der Tiwanaku, die bis heute durch ihre erstaunliche monumentale Architektur, Bautechniken, Ton- und Metallarbeiten und Bewsserungstechniken beeindruckten.  
Moxos-Kultur, welche im Tiefland in perfekter Anpassung an die Natur lebt, aus der Luft sind Konstruktionen von Hügeln und Kanälen angeblich noch heute zu erkennen.
- ca. 900 - 1200 Imperiale Phase der Tiwanaku; Ausdehnung des Reiches, schließlich Zerfall.
- ca. 1200 - 1400 Kleinere Nachfolgekulturen der Tiwanaku; aber auch Kulturen in anderen Teilen Boliviens: Mollo-Kultur im tropischen Flachland, Yampezi-Indianer, Uru-Völker sowie die Chiriguano.  
In Peru entwickelt sich die Kultur der Inka, welche bis zum 15. Jh. gegenüber anderen Völkern nicht wesentlich hervorragen. Ihre Kultur zeigt deutliche Anleihen bei den Tiwanaku, die von manchen Wissenschaftlern als »Mutter« der Inkakultur gewertet wird. Die Inkamythologie selbst verlegt ihren Ursprung in die unmittelbare Nähe der Tiwanaku: An den Titikakasee.
- 1450 - 1532 Die Inka übernehmen die Kontrolle großer Teile des heutigen Boliviens, sie integrieren die noch vorhandenen Verwaltungsstrukturen der Tiwanaku in ihr System. Das Inkareich reicht bis weit in den Regenwald hinein, dort stoßen sie auf die Chiriguano.

*Kolonialzeit*

- 1527 Der Inka Huayna Kapak wird Opfer der durch die Spanier und Portugiesen eingeschleppten Pockenseuche. In den Folgejahren liefern sich die zwei Söhne Atahualpa und Huáscar einen Bürgerkrieg um die Nachfolge.
- 1532 - 1536 Atahualpa entscheidet den Bürgerkrieg für sich, wird aber während der Feier zur Inthronisierung durch die spanischen Eroberer Francisco Pizarro und Diego de Almagro in einem Handstreich gefangen genommen und getötet. Mit dem Tod Atahualpas ist das Ende der Inkas besiegelt. Pizarro und de Almagro kommen wenig später wegen Streitigkeiten untereinander ums Leben.
- 1545 In Potosí wird die reichste Silberader der Welt entdeckt, die neu gegründete Stadt entwickelt sich innerhalb kürzester Zeit zu einer der fünf Weltmetropolen; die Spanier finanzieren mit diesem Silber zeitweise ein Viertel ihres Staatshaushaltes.
- 1548 - 1574 La Paz, Santa Cruz, Cochabamba und Tarija werden gegründet, im Westen wollen die Spanier einen Zugang zum Atlantik erzwingen, stoßen aber auf den Widerstand der Chiriguano.
- 1675 - 1767 Jesuiten bauen Missionen im Westen und Nordwesten auf.
- 1776 Das Vizekönigreich Peru, das im Prinzip Südamerika umfasst, wird aufgeteilt; die Verwaltung des Großteils Boliviens fällt in den Bereich des Vizekönigreichs Rio de la Plata, zwischen beiden Vizekönigreichen kommt es bald zu Streitigkeiten.
- 1780 - 1782 Antikoloniale Aufstände mit starker indigener Prägung v.a. in den Zentren Cuzco, Potosí, Oruro und La Paz. Die Anführer Tupac Amaru II, Tupac Katari, Bartolina Sisa und Tomás Katari werden von den Spaniern hingerichtet.

*Unabhängigkeit*

- 1809 Beginn der Unabhängigkeitskriege in ganz Südamerika.
- 1813 - 1824 Simón Bolívar, geboren in Caracas (Venezuela), befreit mit seiner Armee Kolumbien, Venezuela, Ecuador und Peru;

- von Süden her marschiert ihm die Armee des nun unabhängigen Argentinien entgegen.
- 1825 Am 6. August wird die Republik Bolivien, benannt nach Simón Bolívar, gegründet; erster Präsident wird dessen General Antonio José de Sucre.
- 1829 Ein anderer General Bolívars, Andrés Santa Cruz y Calahumana, der bereits Präsident Perus ist, folgt Sucre auf den Präsidentenstuhl.
- 1836 - 1839 Unter Santa Cruz peruanisch-bolivianische Union. Diese wird schließlich durch die militärische Intervention Argentiniens und Chiles beendet.
- 1840 - 1849  
bis 1879 65 versuchte oder gelungene Staatsstreiche. Die Instabilität sorgte für den weiteren Niedergang Boliviens; die schnell wechselnden Präsidenten sind oft kriminell oder unfähig.
- 1879 - 1883 Salpeterkrieg mit Chile. Im Abkommen von Valparaíso zur Beilegung des Salpeterkriegs verliert Bolivien 1884 seine Küstenprovinz Antofagasta an Chile (endgültige vertragliche Regelung am 20. Oktober 1904) und wird dadurch zu einem Binnenstaat ohne Anschluss ans Meer, was zu einem nationalen Trauma Boliviens wird. Chile verpflichtet sich im Gegenzug zum Bau einer Eisenbahnstrecke von Arica nach La Paz, um Bolivien den freien Zugang zum Pazifik zu ermöglichen.
- 1898 - 1899 La Paz wird nach einem Bürgerkrieg zwischen Liberalen und Konservativen Regierungssitz. Die Allianz zwischen liberalen Eliten sowie Aymara und Quechua wie auch die Rebellion von Pablo Zárata Willka scheitern, was zu weiterer Unterdrückung der indigenen Bevölkerung führt.

## *20. Jahrhundert*

- um 1900 Reiche Erzvorkommen bescheren den »Zinnbaronen« enorme Einnahmen. Diese erlangen in den Folgejahren fast uneingeschränkte Macht in Bolivien.
- 1903 Im Vertrag von Petrópolis tritt Bolivien die Provinz Acre an Brasilien ab und erhält dafür Gebiete von Mato Grosso und 20 Mio. Pfund Sterling.
- 1932 - 1935 Chacokrieg gegen Paraguay, etwa 50.000 Bolivianer sterben, Bolivien verliert einen Großteil des Chaco Boreal (ca.

- 200.000 km<sup>2</sup>). In diesem Landesteil werden reiche Erdölvorkommen vermutet, die Interessen der Ölmultis Standard Oil Company (USA) und British Petroleum (GB) spielen eine wichtige Rolle. Durch diesen und die vorangegangenen Grenzkriege mit seinen Nachbarn verliert Bolivien etwa die Hälfte seines ursprünglichen Staatsgebietes.
- 1939 Präsident German Busch Becerra, der die Macht der Minenbarone einschränken wollte, wird tot in seiner Villa aufgefunden.
- 1946 Präsident Villaroel, welcher sich 1943 an die Macht geputscht hatte und ebenfalls Reformen gegen die Oligarchie initiiert, wird in La Paz durch einen Mob gehängt.
- 1952 Am 9. April verhilft eine von Teilen der Armee, Studenten und Gewerkschaften angeführte Revolte dem an seiner Amtseinsetzung gehinderten Paz Estenssoro (MNR) an die Macht. Die antioligarchisch und antiimperialistisch orientierte MNR wird stärkste politische Kraft im Land und leitet umfassende sozialrevolutionäre Maßnahmen ein. Am 30. Oktober führt die Verstaatlichung der Zinnminen bei einem Preisverfall auf dem Weltmarkt zu Kapitalmangel und Absatzschwierigkeiten. Am 2. August 1953 werden in einer umfassenden Landreform die Latifundien und die Leibeigenschaft abgeschafft. Über vier Millionen Hektar Agrarland werden an Kleinbauern vergeben. Die bis dahin marginalisierten Indígenas erhalten die vollen Bürgerrechte und das aktive und passive Wahlrecht, die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter wird gefördert, die Streitkräfte werden aufgelöst und die Waffen an Bauern- und Arbeitermilizen verteilt. Es kommt zu massiver Kapitalflucht und rapidem Währungsverfall. Die USA üben massiven Druck aus und fordern eine Rücknahme der revolutionären Maßnahmen.
- 1964 Militärputsch von General René Barrientos.
- 1966 - 1967 Die vor allem im extrem verarmten Hochland operierende Guerilla (insbesondere die marxistisch orientierte Nationale Befreiungsarmee ELN) erhalten Unterstützung durch Ernesto Che Guevara und einige Kubaner, jedoch ohne große internationale Hilfe. Das revolutionäre Vorhaben

- scheitert durch Verrat, aufgrund der sozialen Strukturen der Bauern, von denen nur geringe Unterstützung kommt, sowie wegen mangelnder Hilfe durch die Kommunistische Partei. Das bolivianische Militärregime erhält Unterstützung durch die CIA. Guevara wird Anfang Oktober 1967 gefangen genommen und am 9. Oktober hingerichtet.
- 1969 - 1971 Mehrere Militärputsche von rechts und links; 1972 bis 1978 Militärdiktatur von General Hugo Banzer; Aufbau einer Geheimpolizei durch Klaus Altmann (während der deutschen Besetzung Frankreichs Gestapo-chef von Lyon), der erst 1983 nach Frankreich ausgeliefert wird.
- 1980 García Meza wird nach einem Militärputsch Präsident. Er arbeitet eng mit der Drogenmafia zusammen und bleibt international isoliert. 1993 wird er wegen Mordes in 49 Fällen und weiteren Delikten zu 30 Jahren Haft verurteilt.
- 1982 Die Militärregierung unter Guido Vildoso Calderón beruft am 5. Oktober ein Parlament ein, das Hernán Siles Suazo (MNRI) zum Präsidenten wählt. Am 10. Oktober endet die Militärherrschaft. In dieser schweren Epoche der Repression entstehen zahlreiche indigene Organisationen, die in den heutigen Parteien MIP und MAS ihre Nachfolger haben.
- 1985 Die Inflationsmarke erreicht 25.000 Prozent. Paz Estenssoro wird zum vierten Mal Präsident und leitet zahlreiche Reformen ein.
- 1989 Jaime Paz Zamora (MIR) wird Präsident (bis 1993). Die neoliberale Politik führt einerseits zur makroökonomischen Stabilisierung, andererseits verstärkt sie die Armut weiter. Die USA beginnen den Kampf gegen den Kokainanbau mithilfe der Regierung, deren Mitglieder teilweise aber zeitgleich in den Drogenhandel verstrickt sind.
- 1993 - 1997 Erste Präsidentschaft von Gonzalo Sánchez de Lozada (MNR). Privatisierung bolivianischer Gasvorkommen, die durch internationale Energiekonzerne aufgekauft werden.
- 1997 Ex-Diktator Banzer (ADN) wird Präsident, kann sein Amt aber aufgrund einer Krankheit nur bis 2001 ausüben. Vizepräsident Jorge Quiroga übernimmt bis 2002 die Regierungsgeschäfte.

## 21. Jahrhundert

- ab 2000 Aufstände, Streiks und Blockaden der unzufriedenen Bevölkerung; in Cochabamba kommt es nach der Privatisierung der Wasserversorgung zum Wasserkrieg (*Guerra del agua*), mit dem der *Ciclo Rebelde* (bis 2005) eingeleitet wird.
- 2002 - 2003 Aus den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen geht die MNR als stärkste politische Kraft hervor (22,46 Prozent). Gonzalo Sánchez de Lozada wird erneut zum Präsidenten gewählt, sein Gegenkandidat Evo Morales, ein Kokabauer, unterliegt nur knapp. Nach wochenlangen Unruhen wird Sánchez de Lozada am 17. Oktober 2003 gestürzt. Ihm folgt Vizepräsident Carlos Mesa im Amt nach. Mesa tritt im Juni 2005 zurück, Interimspräsident Rodríguez Veltze setzt Neuwahlen an.
- Dezember 2005 Mit fast 54 Prozent der Stimmen erringt die MAS einen deutlichen Wahlsieg.
- Januar 2006 Der Aymara Evo Morales (MAS) wird erster indigener Präsident des Landes.
- Mai 2006 Nationalisierung der Erdöl- und Gasvorkommen.
- Juli 2006 Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung, die im August 2006 zum ersten Mal zusammentritt. Die Regierungspartei MAS erringt eine Mehrheit von ca. 53 Prozent. Volksbefragung zur Autonomie mit landesweiter Ablehnung, aber Zustimmung in den Departements des Tieflandes (*Media Luna*).
- Juli 2007 Der Aushandlungsprozess um eine neue Staatsordnung für das Andenland gerät erneut ins Stocken. Streitpunkte sind vor allem die territoriale Neuordnung des Landes als plurinationaler Staat, Änderungen in der Grundbesitzregelung und der Plan, zukünftig eine Wiederwahl des Präsidenten zu ermöglichen.
- Nach monatelanger Blockade im Kongress sichert sich die MAS in einem »historischen Pakt« mit der konservativen Opposition die zur Bestätigung der Gesetzesnovelle erforderliche Zweidrittelmehrheit. Dies bewahrt den Verfassungsprozess vor dem Scheitern, die MAS muss aber auf zahlreiche Forderungen der Gegenseite eingehen.

- Dezember 2007 Die Verfassungsgebende Versammlung in Oruro, die von der Opposition boykottiert wird, stimmt dem neuen Verfassungsentwurf zu.
- Mai 2008 In Santa Cruz wird ein illegales Autonomiereferendum durchgeführt. Die anderen Departements des *Media Luna* (Pando, Beni und Tarija) folgen diesem Beispiel.
- August 2008 Abwahlreferendum über den Verbleib des Präsidenten, des Vizepräsidenten und der Präfekten. Evo Morales und sein Vize García Linera, aber auch die oppositionellen Präfekten des Tieflandes werden im Amt bestätigt.
- September 2008 Versuch eines »Zivilputsches« unter Führung der Präfekten des Tieflandes. Besetzung und Zerstörung von öffentlichen Einrichtungen durch oppositionelle und zivile Gruppen. In Pando kommt es zu einem Massaker an 18 indigenen *campesinos*, an dem auch Angehörige der Präfektur beteiligt sind. Ein Krisengipfel der UNASUR leitet Gespräche zwischen Regierung und Opposition ein.
- Januar 2009 Landesweites Verfassungsreferendum. Die neue Verfassung (*Nueva Constitución Política del Estado*) wird mit 61 Prozent der Stimmen angenommen.
- Dezember 2009 Die MAS gewinnt die Präsidentschaftswahlen mit einer deutlichen Mehrheit von knapp über 64 Prozent, baut ihr Ergebnis von 2005 weiter aus und sichert damit Evo Morales eine zweite und (vorerst) letzte Amtszeit.
- April 2010 Bei den Gouverneurs- und Bürgermeisterwahlen erringt die MAS Siege in fünf Departements und 200 Kommunen, bekommt aber in Gestalt der Linkspartei *Movimiento sin Miedo*, welche die Bürgermeisterwahlen in La Paz für sich entscheiden kann, eine neue Herausforderung. In Cochabamba findet auf Einladung von Präsident Morales die »Weltkonferenz der Völker zum Klimawandel und zu den Rechten von Mutter Erde« statt.
- Juni 2010 Die CIDOB initiiert am 21. Juni einen Marsch der indigenen Völker Ostboliviens von Trinidad nach La Paz, um verfassungsmäßige Rechte einzuklagen und gegen Mega-projekte zu protestieren.
- Juli/August 2010 Streiks und Proteste im Departement Potosí, einer MAS-Hochburg, dessen politische Kräfte die Umsetzung verschiedener, von der Regierung zugesagter Entwicklungsprojekte (u.a. einen Flughafen) fordern.



## Kleines Bolivien-Lexikon

### *Ayllu*

Das *Quechua*- und *Aymara*-Wort steht für Abstammung und Verwandtschaft. Es ist auch als extensive Familie zu verstehen. Vor der spanischen Invasion, und zum Teil auch noch heute (2010), leb(t)en die Menschen in *ayllus*. Die Inkas benutzten es gleichrangig mit *panaka*, wobei sich das erstere auf die männliche Abstammung und das zweite auf die weibliche bezog. Es ist und war der kleinste soziale Knoten der Gesellschaft, wobei sich der Zusammenschluss zur Dorfgemeinde ebenfalls *ayllu* nannte. Vor allem die Aymara verwenden dafür jedoch auf der Ebene des Dorfes den Begriff *jata*. Dann kam die *marka*, eine größere Bündelung der oben genannten Art der Knoten, also mehrerer *ayllus*, die zudem meist mit einem urbanen Zentrum, *marka*, verbunden waren. Bei der *marka* handelt es sich um eine regionale Organisationsform. Die Chronisten bezeichneten sie als Provinzen. Die Inka kannten darüber hinaus noch eine andere Ebene: die *suyu*. Bekannt vor allem sind die *Tawa ntin suyu* (Gesamtheit der vier Dimensionen), unter denen die *ayllu* siedelten. Die *jata* und *marka* bestehen bis heute als kulturelle und sozialökonomische Organisationsform der Menschen auf dem Altiplano Boliviens fort. Sie stellen die »paradiesische« Eigenverantwortung jedes einzelnen, die Selbstversorgung auf dem niedrigsten ökonomischen Niveau und eine konsensorientierte Organisation mit dem *jilajata* (auch als *jiliri* oder *malkku* bezeichnet) an der Spitze, dar. In einem *ayllu* gelten mehr oder weniger die Prinzipien der Gegenseitigkeit (*ayni*) und der Rotation (*mit'a*), nicht nur für den jährlich gewählten *jilajata*, sondern auch für den sozialen, kulturellen und ökonomischen Nutzen und die ergänzende Teilhabe. (MP)<sup>1</sup>

---

1 Autorenkürzel: FQ – Florian Quitzsch, GT – Gabriele Töpferwein, KS – Kristin Seffer, MP – Murichi Poma, PG – Peter Gärtner, SSC – Sven Schaller, WD – Wencke Dittmann.

**Banzer Suárez, Hugo**

(\*10. Mai 1926 – †5. Mai 2002), aus Santa Cruz stammend, Militärdiktator und später demokratisch gewählter Präsident Boliviens. Er gelangte 1971 durch einen Putsch an die Macht und regierte Bolivien diktatorisch bis 1978 (Periode bekannt als »Banzerato«). Der in diese Zeit fallende starke wirtschaftliche Aufschwung des Landes konnte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass es unter Banzer zu schweren Menschenrechtsverletzungen kam. Banzer blieb als Chef seiner Partei ADN weiterhin politisch aktiv und wurde 1997 nach mehreren Anläufen (1979, 1980, 1985, 1989, 1993) als Präsident des Landes gewählt. Seine Amtszeit war geprägt durch ein extremes, von den USA diktiertes Vorgehen gegen den illegalen Koka-Anbau sowie eine fortgesetzte wirtschaftsliberale Politik, die zu starken sozialen Spannungen in Bolivien führte. Während des »Wasserkrieges« (siehe Ciclo Rebelde) im Jahr 2000 schickte Banzer Sondereinheiten des Militärs und der Polizei nach Cochabamba, um »die Investitionssicherheit zu garantieren« – mit einer Bilanz von einem Toten und etlichen Verletzten. Aufgrund einer Krebserkrankung konnte Banzer seine Amtsperiode (bis 2002) nicht beenden und musste die Geschäfte 2001 an seinen Vizepräsidenten Jorge »Tuto« Quiroga abgeben. (FQ)

**Camba/Colla**

Wenn man überhaupt von einer soziokulturellen Spaltung in Bolivien sprechen kann, ist es der von beiden Seiten konstruierte und »gepflegte« Gegensatz zwischen Personen aus dem Hoch- und dem Tiefland – zwischen *Collas* und *Cambas*. Diese geografisch-kulturellen Termini werden zur Bezeichnung von Bolivianern aus dem Westen und Osten des Landes verwandt. Der Begriff *Colla* (abgeleitet vom *Quechua*-Wort *Kollasuyu*, ein Teil des Inkaimperiums) wird im Osten des Landes – v.a. in den Departments Santa Cruz, Beni und Pando – meist in abwertender Weise für die aus dem Hochland stammenden indigenen Migranten, in ihrer Mehrheit *Quechua*- oder *Aymara*-Sprecher, verwendet. Der Begriff *Camba*, der einen positiven Bedeutungswandel erfahren hat, steht für Nicht-*Collas* und wird vor allem von europäischstämmigen bzw. mestizischen Personen im Tiefland als Selbstidentifikation und zur Abgrenzung benutzt. Damit soll der geographische und kulturelle Unterschied zu aus dem Hochland stammenden Personen betont werden. Die Betonung liegt neben unterschiedlichen ethischen Werten auch auf dem äußeren Erscheinungsbild (Kleidung), kulturellen Bräuchen sowie Traditionen oder der Sprache. *Camba* hatte ursprünglich eine negative Konnotation, welche die arme bzw. indigene Landbevölkerung im Tiefland bezeichnete. (FQ)

### ***Central Obrera Bolivana (COB)***

Dt.: Bolivianische Arbeiterzentrale. Die COB hatte von 1952 bis 1985 mehr Einfluss auf die politische Situation Boliviens als irgendeine andere Organisation und auch im lateinamerikanischen Vergleich war sie die autonome Gewerkschaft mit dem größten Einfluss auf Politik und Wirtschaft ihres Landes. Geleitet wurde die COB von 1952 bis 1987 von Juan Lechín Oquendo, einer der wichtigsten Persönlichkeiten in der jüngeren Geschichte Boliviens. Ihre Geschichte hängt eng mit der Revolution von 1952 zusammen (siehe dort). Kurz nach den Aufständen von 1952 entstand sie als Dachverband aller Arbeitergewerkschaften Boliviens. Ihre größte soziale Basis stellten bis 1985 die Minenarbeiter dar, die wie die Mehrheit aller Arbeiter aktiv am Sturz der Militärjunta 1952 beteiligt waren. In den Jahren nach 1952 konnte sie ihre Hauptforderungen, die Verstaatlichung der Zinnminen sowie eine Agrarreform, durchsetzen und regierte gemeinsam mit der Partei *Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR)* bis 1964. In den Jahren der Militärdiktaturen von 1964-1978 wurde die COB systematisch zerschlagen, aber aus dem Exil und Untergrund gelang es ihren Mitgliedern, zum Zentrum des Kampfes für die Demokratie zu werden. Beim Übergang zur Demokratie zwischen 1978 und 1982 spielte die Gewerkschaft dann eine ganz entscheidende Rolle. Ab 1985 verlor die COB jedoch aufgrund neoliberaler Reformen erheblich an Schlagkraft. Ihre Fähigkeit, Arbeiter zu mobilisieren und Forderungen durchzusetzen, hing direkt mit einem Wirtschaftsmodell zusammen, das auf staatlichen Großbetrieben basierte. Gegenüber der Privatisierung von Staatsbetrieben zeigte sie sich als machtlos und durch die Massenentlassungen, vor allem im Zuge der Schließung der staatlichen Minen, verlor sie ihre soziale Basis. Bis heute hat die COB und mit ihr die Arbeiterbewegung Boliviens ihre Durchsetzungsfähigkeit nicht zurückgewonnen. (WD)

### ***Chacokrieg***

Dieser Krieg dauerte von 1932 bis 1935. In ihm kämpften Bolivien und Paraguay um das strittige Grenzgebiet des Chaco, ein trockenes und unwegsames Territorium von etwa 290.000 km<sup>2</sup>, in dem gerade einmal 70.000 Menschen lebten. Der Krieg wurde vom bolivianischen Präsidenten Daniel Salamanca in der Hoffnung begonnen, über den Paraguay-Fluß einen Zugang zum Atlantik zu erlangen. Ein weiteres Motiv ergab sich aus der inneren Krisensituation, von der abgelenkt werden sollte. Vermeintliche Erdölfunde, die später irrtümlicherweise zum wichtigsten Kriegsgrund erklärt wurden, heizten die Stimmung zusätzlich an. Nach anfänglichen Erfolgen gerieten die bolivianischen Truppen in die Defensive. Im letzten Kriegsjahr gelang es ihnen nur unter schweren Opfern, eine Großoffensive Paraguays abzuweh-

ren. Die wachsende Kriegsmüdigkeit in beiden Ländern führte schließlich am 12. Juni 1935 zu einem vorläufigen Ende der Kampfhandlungen. Am 21. Juli 1938 wurde in Buenos Aires durch Bolivien und Paraguay ein Friedens- und Freundschaftsvertrag unterzeichnet. Die menschlichen und materiellen Kosten waren auf beiden Seiten enorm hoch. Von den 200.000 Soldaten, die Bolivien im Verlaufe des Krieges mobilisierte, kamen 50.000 ums Leben und 20.000 gerieten in Gefangenschaft. Paraguay hatte 40.000 Tote zu beklagen. Der Ausgang des Krieges wurde von den Bolivianern als demütigende Niederlage empfunden und stürzte den oligarchischen Staat in eine schwere Krise, die 1952 in eine Revolution mündete. (PG)

### ***Cholo***

In der segregierten Kolonialgesellschaft Bezeichnung für Nachkommen einer bestimmten biologischen Vermischung aus Spaniern und Indigenen. Im Andenraum besitzt dieser Begriff – je nach Zeit und Ort – eine wechselnde und unscharfe Bedeutung. In ihm kann sich sowohl die Übernahme bestimmter kultureller Elemente der spanischen Eroberer (Kleidung, Sprache, Haarschnitt, Gewohnheiten) durch die indigene Bevölkerung als auch die negativ konnotierte (Fremd-)Beschreibung von Indigenen oder Mestizen mit erkennbarem andinen Habitus ausdrücken. Während in Peru zwischen Mestizos und Cholos zumeist klar unterschieden wird, ist dies in Bolivien weniger eindeutig. Im Laufe des 19. Jahrhunderts kam dort der Begriff des »cholo« verstärkt in Gebrauch, weil einerseits ein Teil der indigenen Bevölkerung dem zunehmenden Steuerdruck zu entkommen suchte und deshalb einen »taktischen« Identitätswechsel vollzog. Andererseits wurde die Umbenennung von »indio« in »cholo« von offiziellen Stellen gezielt benutzt, um einen besseren Zugriff auf den Landbesitz der indigenen Dorfgemeinschaften zu erreichen. Mit der zunehmenden Migration von Indigenen in die Stadt bürgerte sich für diese Bevölkerungsgruppe ebenfalls die Bezeichnung als »cholos« ein. Für Alcides Arguedas (1879-1946), führender liberaler Intellektueller und Autor des Buches »Pueblo enfermo« (dt: Krankes Volk; erstmals 1909 erschienen), stellt der »cholo« (hier für »Rassenmischung« verwendet) den Inbegriff »rassischer Entartung« und den Hauptgrund für die Zurückgebliebenheit Boliviens dar. Nach der Revolution von 1952 wurde »cholo« als Ausdruck zunehmender kultureller *Mestizaje* eher positiv interpretiert. Bis heute ist die Bewertung von »cholo« gesellschaftlich umstritten: Für die einen verbindet sich damit sozialer Aufstieg und kulturelle Anpassung, für andere bleibt er mit den Stigma einer unklaren oder negativ bewerteten andinen Identität behaftet. Im Zuge der gegenwärtigen Re-Ethnisierung in Bolivien verliert er jedoch zunehmend an Bedeutung. (PG)

### ***Ciclo Rebelde (2000-2005)***

So wird jener Zyklus von Mobilisierungen, Protesten, Blockaden und Erhebungen bezeichnet, in dessen Ergebnis Evo Morales und die MAS an die Regierung gelangten. Er begann Anfang 2000 mit dem so genannten *Wasserkrieg*, der durch die Privatisierung der Wasserversorgung von Cochabamba ausgelöst worden war – eine Maßnahme, die Präsident Hugo Banzer später wieder rückgängig machen musste. Nachdem sich die *Cocaleros* des Chapare, die Bauerngewerkschaften des Altiplano, die Nachbarschaftsräte von El Alto und die indigenen Völker des Oriente der Protestbewegung angeschlossen hatten, geriet das System der »paktierten Demokratie« zunehmend in die Existenzkrise. Diese zeigte sich zum einen im überraschenden Wahlerfolg der MAS bei den Wahlen vom Juni 2002, zum anderen im Sturz des damaligen Präsidenten Sánchez de Lozada im Oktober 2003. Der wichtigste Auslöser für diesen ersten Höhepunkt des *Ciclo Rebelde* war der so genannte *Gaskrieg*. Als die Absicht der Regierung bekannt geworden war, bolivianisches Erdgas zu Vorzugsbedingungen an Chile und die USA zu liefern, brach ein Sturm der Entrüstung los, der in der Forderung nach Nationalisierung aller Naturressourcen gipfelte. Weitere Forderungen waren die Wiederaufnahme der Agrarreform und die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung. Zusammen bildeten sie die Kernpunkte der *Agenda de Octubre*. Der Gaskrieg fand seine Fortsetzung im Referendum vom Juli 2004 und im Rücktritt von Präsident Carlos Mesa im Juni des darauf folgenden Jahres. Dessen Nachfolger, Eduardo Rodríguez, gab dem Druck von unten nach und zog die allgemeinen Wahlen auf den Dezember 2005 vor. In deren Ergebnis wurde Evo Morales mit einer überraschenden Mehrheit von 54 Prozent zum ersten indigenen Präsidenten in der Geschichte Boliviens gewählt. Der *Ciclo Rebelde* von 2000 bis 2005 kann somit als Anfangsetappe eines langwierigen Transformationsprozesses interpretiert werden, der die Neugründung des Landes zum Ziel hat (siehe auch Chronologie). (PG)

### ***Confederación de los Pueblos Indígenas de Bolivia (CIDOB)***

Dt.: Konföderation der Indigenen Völker Boliviens. 1982 als Organisation aller 34 indigenen Völker des östlichen Tieflandes gegründet, die insgesamt 700.000 Menschen zählen und deren Siedlungsgebiet etwa die Hälfte des nationalen Territoriums umfasst. Damit ist CIDOB in sieben der neun Departements des Landes präsent. Der Prozess des Zusammenschlusses der indigenen Völker im Osten Boliviens begann 1979 auf Initiative der Guaraní. Mit ihrem »Marsch für Territorium und Würde« im August 1990, der die solidarische Unterstützung der Quechua und Aymara des Hochlandes fand, setzten die Indigenen des Tieflandes ihre zentralen Forderungen mit Nach-

druck auf die nationale Agenda. Zu diesen gehörte später auch die Forderung nach Neugründung Boliviens durch die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung mit dem Ziel, einen plurinationalen Staat zu errichten. Im nationalen Rahmen beteiligte sich CIDOB an der Gründung des »Politischen Instruments« der sozialen Bewegungen und indigenen Völker. Die dort praktizierten Bündnisse fanden im *Ciclo Rebelde* 2000-2005 ihre Fortsetzung. CIDOB ist Mitglied des Zusammenschlusses der Indigenen Organisationen des Amazonasbeckens (*Coordinadora de Organizaciones Indígenas de la Cuenca Amazónica* – COICA), dem die indigenen Völker von acht lateinamerikanischen Ländern angehören. Der von CIDOB am 21. Juni 2010 initiierte Marsch von Trinidad nach La Paz machte die ernststen Differenzen deutlich, die zwischen verschiedenen sozialen und indigenen Bewegungen in Hinblick auf die konkrete Umsetzung der Land- und Autonomieforderungen bestehen. Während die eng mit der Regierung zusammenarbeitende CSUTCB eine Neuverteilung der *Tierras Comunitarias de Origen* (TCO), die vor allem im Osten Boliviens liegen, zugunsten der *campesinos*, *cocaleros* und Siedler fordert, solidarisierten sich andere Bewegungen, auch solche des Hochlandes, mit den indigenen Völkern des Tieflandes, die ihre Territorien und verfassungsmäßigen Rechte verteidigen. Weitere Konfliktpunkte mit der Regierung sind der geplante Bau von Straßen und Megaprojekten in den Siedlungsgebieten der in CIDOB zusammengeschlossenen Nationalitäten und die Verfügungsgewalt über die dort vorhandenen Naturressourcen. Präsident der CIDOB ist Adolfo Chávez Beyuma vom Volk der Tacana aus dem Departement La Paz. Höchste Instanz der Organisation ist die *Gran Asamblea Nacional de Pueblos Indígenas*, die alle vier Jahre zusammentritt, was zuletzt im Juli 2006 der Fall war. (PG)

### ***Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia (CSUTCB)***

Dt.: Einheitsgewerkschaft der Landarbeiter und Bauern Boliviens. Am 26.7.1979 als Nachfolgeorganisation der Nationalen Konföderation der Landarbeiter und Bauern Boliviens (*Confederación Nacional de Trabajadores Campesinos de Bolivia* - CNTCB) gegründet, gilt sie heute als stärkste soziale Bewegung des Landes. Die Neukonstituierung war notwendig geworden, um den Bruch des *Pacto Militar-Campesino* (PMC) auch auf organisatorischer Ebene deutlich zu machen. Von 1979 bis 1988 war Genaro Flores, ein Aymara aus La Paz, Exekutivsekretär der CSUTCB. In seiner Person drückte sich der bestimmende Einfluss des Katarismo auf den Gewerkschaftsverband aus. So behielten auch die Föderationen von La Paz, Oruro und Potosí den Namen »Túpac Katari«, den sie als Zeichen der Hinwendung zum indianistischen

Diskurs Mitte der 1970er Jahre übernommen hatten. Ab 1988 war ein Rückgang des Einflusses des Katarismo zu verzeichnen. 1995 war die CSUTCB an der Schaffung des »Politischen Instruments« der sozialen und indigenen Bewegungen Boliviens maßgeblich beteiligt. Die persönlichen Auseinandersetzungen in der *Cocalero*-Bewegung zwischen Evo Morales und Alejo Véliz führten zur Spaltung der CSUTCB, weshalb Felipe Quispe Huanca 1998 als Kompromisskandidat gewählt wurde, um die Einheit wiederherzustellen. Unter seiner Führung (bis 2003) vollzog die Organisation eine erneute Wende zum Katarismo. Zudem wurde 2000 die Indigenen-Bewegung Pachakutik (MIP) als politischer Arm der CSUTCB gegründet. Dies führte dann später zum Konflikt mit Evo Morales, der sich 1999 mit der Gründung der MAS-IPSP innerhalb der *Cocalero*-Bewegung durchgesetzt hatte. Die daraus resultierende neuerliche Spaltung der CSUTCB hält bis heute an, wobei allerdings die Parallelorganisation unter der Führung von Rufo Calle deutlich an Einfluss verloren hat. Mit Román Loayza an der Spitze der CSUTCB (1996-1998 und 2003-2006) sicherte sich Evo Morales die Unterstützung dieser schlagkräftigen Organisation, was unter Issac Avalos (2006-2010) mit der engen Anbindung an die MAS-Regierung seine Fortsetzung fand. Im Mai 2010 wurde Roberto Coraite Cruz (Departement Potosí) zum neuen CSUTCB-Exekutivsekretär gewählt. Schwesterorganisation der Landarbeiter- und Bauerngewerkschaft ist der Nationale Verband der Landarbeiter-, Indigenen und Originären Frauen Boliviens (*Confederación Nacional de Mujeres Campesinas, Indígenas y Originarias de Bolivia* »*Bartolina Sisa*« – CNMCIQB »BS«) unter dem Vorsitz von Leonida Zurita. (PG)

### ***Consejo Nacional de Ayllus y Markas del Qullasuyu (CONAMAQ)***

Dt.: Nationaler Rat der Ayllus und Markas von Qullasuyu. Als Zusammenschluss bereits bestehender Organisationen der Ayllus des Altiplano (Hochland) am 22. März 1997 in Ch'alla gegründet. Die interne Organisation ähnelt der der *ayllus* und *markas*. An der Spitze stehen zwei Apu Mallkus, die zusammen mit den beiden Apu Tallas die Organisation nach außen repräsentieren. Alle zwei Jahre werden diese Ämter in einem festgelegten Rotationsystem neu besetzt. Das Hauptziel besteht in der Wiederherstellung des Qullasuyu. Mit diesem Namen wird jener Teil des Inkareiches bezeichnet, der das Hochland Boliviens umfasste. Im Prozess der Neugründung forderte CONAMAQ eine Umbenennung des Landes in »Qullasuyu«, konnte sich aber nicht durchsetzen – nicht zuletzt deshalb, weil sich die Tiefland-Indigenen nicht mit dem historischen Bezug zum Inkareich identifizieren. Der Rat, in dem 16 suyus (hier: Nationen oder Nationalitäten) des Hochlandes zusammengeschlossen sind, versteht sich als deren politisches Zentrum mit dem

Anspruch der Selbstregierung und -bestimmung des Hochlandes. Aufgrund der starken Betonung der historischen Wurzeln und kulturellen Traditionen aus vorkolonialer Zeit gilt CONOMAQ bei anderen sozialen und indigenen Organisationen als konservativ und essentialistisch. Umgekehrt lehnt der Rat die westlichen Werte und Prinzipien ab, die er bei den Gewerkschaften und politischen Parteien vermutet. Zur Regierung von Evo Morales hat CONAMAQ ein eher distanzierendes Verhältnis. Die Organisation ist Gründungsmitglied der *Coordinadora Andina de Organizaciones Indígenas* (Andiner Zusammenschluss der Indigenen Organisationen – CAOI). (PG)

### ***Costas Aguilera, Rubén***

(\*6. Okt. 1955 in Santa Cruz), amtierender Gouverneur des Departement Santa Cruz, einer der Oppositionsführer gegen die MAS-Regierung von Evo Morales und Autonomiebefürworter. Er ist der Sohn von Rubén Costas Menacho und Guedy Aguilera de Costas, ist verheiratet und hat vier Kinder. Als studierter Agraringenieur übernahm er Funktionen in Lobbyverbänden des Großgrundbesitzes und der Agrarindustrie, so war er beispielsweise Vorsitzender der Viehzüchtervereinigung Boliviens, des Milchproduzentenverbands und der Landwirtschaftskammer des Ostens. In den Jahren 2003 und 2004 hatte er den Vorsitz des *Comité Pro Santa Cruz*, Sammelbecken der konservativen Eliten und treibende Kraft des Autonomieprozesses, inne. 2005 wurde er bei den ersten direkten Wahlen zum Präfekten des Departement Santa Cruz gewählt. 2008 im landesweiten Abwahlreferendum mit 66 Prozent im Amt bestätigt und im April 2010, nach Verabschiedung der neuen Verfassung 2009, mit 54 Prozent zum Gouverneur des autonomen Departement von Santa Cruz gewählt. (FQ)

### ***Exportzyklen***

Bezeichnung für die Abfolge verschiedener Phasen in der Wirtschaft des Rohstofflieferanten Bolivien, die durch die Dominanz eines Exportguts gekennzeichnet sind. Nach dem dominierenden Rohstoff unterscheidet man Exportzyklen für Silber (16. bis Ende des 19. Jahrhunderts), Zinn (um 1900 bis 1980er Jahre) und Öl/ Gas (seit den 1970er/ 80er Jahren). Genau genommen handelt es sich jeweils um mehrere Zyklen, da Schwankungen der internationalen Nachfrage ein Auf und Ab der Produktion und damit der Exporte bedingten. Das wirtschaftlich rückständige Bolivien, das sowohl bei Silber und Zinn als auch bei Erdöl und -gas über reiche Ressourcen verfügt, fördert fast ausschließlich für den Export. Es verfügt selbst über keine leistungsfähige verarbeitende Industrie. Exporterlöse flossen fast ausschließlich in den Konsum, Effekte für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des

Landes blieben weitgehend aus. Die Rückständigkeit und die einseitige Exportorientierung stürzten Bolivien bei einem Rückgang der internationalen Nachfrage in tiefe Krisen. Die Wechsel der Exportzyklen waren jeweils mit grundlegenden Veränderungen im Land verbunden. Der Beginn des 'Zinnzyklus' wurde begleitet von der Macht ablösung der Konservativen durch die Liberalen und der Verlegung des politischen Machtzentrums von Sucre nach La Paz (1899). In der Folge übernahmen die Zinndynastien (siehe Zinnbarone) faktisch die Herrschaft im Land. Seit den 1950er Jahren, insbesondere seit dem verstärkten Ausbau der Öl- und Gasindustrie in den 1970er/ 1980er Jahren (Beginn des Exportzyklus' von Öl/Gas), verschob sich das wirtschaftliche und merkantile Zentrum Boliviens von der Andenregion in Richtung Osten, nach Santa Cruz. Dieser Wechsel im Exportzyklus ging nicht nur mit einer regionalen Machtverschiebung einher, sondern auch mit einem grundlegenden Paradigmenwechsel des Staats- und Entwicklungsmodells (Neoliberalismus). (GT)

### ***García Linera, Álvaro***

(\*19. Okt. 1962 in Cochabamba). Aktueller Vizepräsident Boliviens, Intellektueller, Soziologe und Mathematiker. Nach einem Mathematikstudium an der *Universidad Nacional Autónoma de México* schloss sich der Mestize aus einer mittelständischen Familie der indigenen Bewegung Boliviens an. Mitte der 1980er Jahre organisierte er gemeinsam mit Quechuas und Aymaras die *Ayllus Rojos*, eine Gruppierung indigener Dorfgemeinschaften, die vor allem im bolivianischen Hochland aktiv war. Später wurde er Ideologe des 1990 u.a. von Felipe Quispe gegründeten *Guerrilla Ejército Guerrillero Tupak Katari* (EGTK). Gemeinsam mit anderen Mitgliedern des EGTK wurde García Linera 1992 verhaftet. Ohne Prozess und Richterspruch verbrachte er fünf Jahre im Gefängnis. Die Zeit nutzte er, um zu lesen, Soziologie zu studieren und Bücher zu schreiben. Danach begann er als Dozent für Soziologie, Politikwissenschaften und Kommunikationswissenschaften an verschiedenen Universitäten Boliviens zu arbeiten. Er ist Mitbegründer der Gruppe *Comuna*, die mit ihren Schriften die Entwicklung der sozialen Bewegungen Boliviens begleitet hat. Außerdem ist er ein gefragter Analyst der politischen Situation in Bolivien. 2005 wurde Linera zum Vizepräsidenten Boliviens gewählt, ein politischer Schachzug von Evo Morales, um auch die städtische Mittelschicht anzusprechen. (WD)

### ***Indigenismo/Indianismo***

Beim *Indigenismo* handelt es sich um einen Diskurs von nicht-indigenen Intellektuellen, der sich Anfang der 1920er Jahre in Lateinamerika heraus-

bildete und später in vielen Ländern der Region die Regierungspolitik beeinflusste. Er thematisiert die ungerechte soziale Situation und die rassistische Diskriminierung der indigenen Völker. Letztlich besteht das Anliegen des Indigenismo darin, diesen als rückständig geltenden Teil der Bevölkerung in die moderne Gesellschaft zu integrieren, wofür die Preisgabe der indigenen Identität die Voraussetzung bilden soll. Am radikalsten war der revolutionäre Indigenismo, den der peruanische Marxist José Carlos Mariátegui (1895-1930) vertrat. Aus der Analyse der sozialökonomischen Situation der »Indios« leitete er die politische Schlussfolgerung ab, dass diesen eine Schlüsselrolle in der Revolution der Arbeiter und Bauern Lateinamerikas zukommt. In Bolivien gilt Franz Tamayo (1879-1956) als bedeutendster Wegbereiter des Indigenismo. Der Begriff des *Indianismo* ist dagegen weniger eindeutig. Ursprünglich handelte es sich um eine literarische Strömung, die den »Indio« romantisierte. Im Zuge der Re-Ethnisierung, die zu Beginn der 1970er Jahren einsetzte, wandelte sich auch die Bedeutung von Indianismo. Ausgehend von der positiven Umwertung des Terminus »Indio« zielt er auf die Selbstbefreiung der indigenen Völker. Der Indianismo versteht sich dabei als ein alternatives historisches Projekt, welches das westliche Zivilisationsmodell zurückweist und die ethnisch-kulturellen Unterschiede diesem gegenüber betont. Die Paradoxie besteht darin, dass er zumeist von indigenen Intellektuellen vertreten wird, die selbst ein (spätes) Produkt der Modernisierung ihrer interkulturellen Gesellschaften sind. Führende Vertreter des Indianismo in Bolivien, der hier vor allem in Gestalt des *Katarismo* in Erscheinung tritt, sind Fausto Reinaga und Felipe Quispe. (PG)

### ***Koka/Cocaleros***

Der Kokastrauch gilt als die älteste Kulturpflanze auf dem amerikanischen Kontinent. Bereits seit Jahrtausenden werden seine Blätter gegen Hunger, Kälte und die Höhenkrankheit gekaut. Von den spanischen Eroberern wurde Koka als Stimulus für die brutal ausgebeuteten Bergleute eingesetzt. Verwendet wurde und wird die Pflanze, die einen hohen ernährungsphysiologischen Wert besitzt, auch für medizinische und religiöse Zwecke. Obwohl zwischen 1951 und 1988 ihre Kultivierung in Bolivien als illegal galt, überlebte dort ein Markt für Koka. 1988 trat das Gesetz 1008 in Kraft, das den Anbau und den Gebrauch des Kokastrauches rechtlich regelt. Traditionell wird Koka in der Region Yungas im Departement La Paz angebaut. Die Region Chapare im Departement Cochabamba kam erst später hinzu. Der dort in den 1980er Jahren einsetzende Koka-Boom war auf den Niedergang des Bergbaus und der traditionellen Landwirtschaft zurückzuführen. Eine Zeit lang galt Chapare als das weltweit größte Anbaugelände für Koka. Die Einwohnerzahl des

Kolonisierungsgebietes stieg von 137.000 (1992) auf über 220.000 Menschen (2005) an. Bereits 1982 wurde die *Federación del Trópico*, der Gewerkschaftsverband der Tropen in Cochabamba, als Selbstorganisation der eingewanderten Bauern und Bergarbeiter gegründet. Seit 1985 steht Evo Morales als Generalsekretär an der Spitze der Vereinigung. Während der 1990er Jahre kam es immer wieder zu gewaltsamen Konflikten zwischen *Cocaleros* und Regierung. Als 1994 die Strategie *Zero Coca* (Null Koka) verkündet wurde, rief dies den Widerstand der *Cocaleros* aus dem Chapare auf den Plan. Sie solidarisierten sich mit anderen gesellschaftlichen Sektoren und die daraus resultierenden Massenproteste mündeten in den *Ciclo Rebelde* ein, der schließlich im Dezember 2005 zum überwältigenden Wahlsieg von Evo Morales führte. Die neue Regierung legalisierte im Sommer 2008 den Anbau von 1.000 Hektar Koka im Chapare und bemüht sich außerdem um die internationale Legalisierung des traditionellen und industriellen Gebrauchs von Kokablättern. (KS)

### ***Morales Ayma, Juan Evo***

(\*26. Nov. 1959 im *ayllu* Isallawi), Sohn einer Aymara-Familie. Zunächst erlangte er als Führer der Kokabauern, dann als Politiker Bekanntheit und Anerkennung. Zum Präsidenten wurde Morales am 18.12.2005 mit 54 Prozent und erneut am 06.12.2010 mit 64 Prozent der Stimmen demokratisch gewählt. Nach 473 Jahren ist er auf dem heutigen Territorium Boliviens das erste indigene Staatsoberhaupt. In Lateinamerika gelten Benito Juárez (1861-1872) aus Mexiko und Alejandro Toledo (2001-2006) aus Peru als die ersten indigenen Staatsoberhäupter. Es gibt Belege für den Abschluss des Abiturs, ohne dass er einem Studium nachging. Inzwischen scheint Morales die Wichtigkeit einer guten Bildung erkannt zu haben. Obwohl innerhalb der Familie eine Diskussion über die Herkunft des Namens Morales entbrannt ist, schweigt der jetzige Präsident öffentlich darüber, dass seine Vorfahren den Namen Katarí trugen. Ebenfalls geht er nicht auf den Ursprung seines Vornamens Evo, der eine Abkürzung von Evaristo ist, ein. Gemäß seiner Selbsteinschätzung ist er ein zielstrebigere Mensch, eine wahrscheinlich aus seiner Leidenschaft für den Fußball resultierende Eigenschaft. Hinzu kommen seine ausgeprägte Intuition für politische Ereignisse und sein Festhalten an einmal gefassten Vorhaben. Diese Charakteristika trugen maßgeblich zum Erfolg seiner politischen Karriere bei. Immerhin gewann die von ihm geführte Partei MAS zwischen 2005 und 2010 sieben Mal bei verfassungsmäßigen Volksabstimmungen und allgemeinen Wahlen. Er hat anscheinend kaum Probleme, sich von Verwandten und Bekannten zu trennen, wofür die Mütter seiner beiden Kinder (Alvaro und Eva) ein Beispiel darstellen. Er gilt als ein ehrlicher und

nicht korrupter Staatsmann. So forderte Morales seine Rivalen auf, ihre persönlichen Konten offen zu legen. (MP)

***Movimiento Al Socialismo – Instrumento Político por la Soberanía de los Pueblos (MAS-IPSP)***

Dt.: Bewegung zum Sozialismus – Politisches Instrument für die Souveränität der Völker. Die MAS stellt seit Januar 2006 die Regierung des Landes und ist damit die politische Führungskraft des gegenwärtigen Transformationsprozesses. Offiziell wird der Januar 1999 als Gründungsdatum angegeben, da die Organisation zu jenem Zeitpunkt unter dem genannten Namen in das Wahlregister eingetragen worden war. Dennoch beginnen die meisten Darstellungen über die MAS mit den Bemühungen der *Cocaleros* und anderer sozialer Bewegungen um die Schaffung eines eigenen »politischen Instruments«. 1995 wurde in Santa Cruz die Versammlung für die Souveränität der Völker (*Asamblea por la Soberanía de los Pueblos – ASP*) ins Leben gerufen. Zu den Gründungsorganisationen der ASP gehörten der Bauerndachverband (*CSUTCB*), in dem die *Cocaleros* großes Gewicht haben, der Verband der Siedler (*CSCB*), die Organisation der Landarbeiterinnen (*FNMCB-BS*) und der Dachverband der Indígenas des bolivianischen Ostens (*CIDOB*). Nachdem es innerhalb der ASP zu einem Richtungskampf zwischen ihrem Vorsitzenden Alejo Veliz und *Evo Morales*, damals wie heute Führer der wichtigsten *Cocalero*-Gewerkschaft, gekommen war, gründete letzterer 1998 das Politische Instrument für die Souveränität der Völker (*IPSP*). Um noch an den 1999 anstehenden Kommunalwahlen teilnehmen zu können, entschloss sich die Führung des *IPSP*, mit der MAS, damals eine der vielen Miniparteien, über eine Übernahme des Parteinamens zu verhandeln. Mit dem überraschenden Erfolg bei den Parlamentswahlen von 2002, der der Partei aus dem Stand den zweiten Platz knapp hinter der *MNR* bescherte, gelang der Durchbruch auf nationaler Ebene. Bei den allgemeinen Wahlen vom Dezember 2005 schlug *Evo Morales*, Präsidentschaftskandidat der MAS, mit fast 54 Prozent schließlich alle Rekorde. Im Dezember 2009 wurde er dann sogar mit über 64 Prozent der Stimmen wieder gewählt. Sowohl aufgrund seiner Entstehungs- als auch seiner Erfolgsgeschichte wird die MAS häufig als eine Art politische Konföderation der sozialen Bewegungen bezeichnet. Aus der Symbiose zwischen sozialer Bewegung und politischer Partei lassen sich gleichermaßen ihre Stärken und Schwächen ableiten. Dieser »symbiotische Dualismus« zeigt sich auch in der ideologischen Orientierung der MAS, die eine Mischung aus linkem Antiimperialismus und indigenem Nationalismus darstellt. Manche sprechen auch von »indianischem Sozialismus«. (PG)

### ***Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR)***

Dt.: Nationalistisch-Revolutionäre Bewegung. Die MNR ist die wichtigste Partei Boliviens in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Den Grundstein dafür legte sie in der Revolution von 1952. Die Partei wurde 1941 im Gefolge des Chacokrieges gegründet und versuchte vor 1952 auf zwei Wegen an die Regierung zu gelangen, die jedoch beide scheiterten: Einmal mittels Putsch im Bündnis mit Reformmilitärs unter Gualberto Villarroel, der von 1943-1946 regierte; zum anderen mittels Teilnahme an den Wahlen 1951, die die MNR zwar gewinnen konnte, aber durch einen Rechtsputsch an der Machtübernahme gehindert wurde. Ihre große Stunde schlug dann im April 1952, als mit einer siegreichen Volkserhebung die »Nationale Revolution« einen grundlegenden, aber unvollendet gebliebenen Wandel Boliviens einleitete. Unter ihren beiden historischen Führern, Víctor Paz Estenssoro und Hernán Siles Zuazo, stellte die Partei bis 1964 die Regierung. Dabei profitierte sie von zahlreichen Maßnahmen, die die Situation der Mehrheit der bolivianischen Bevölkerung deutlich verbesserten, wie die Agrarreform, die Nationalisierung der Bodenschätze oder die Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Unter den zumeist rechten, repressiven Militärregierungen, deren Ära – mit kleinen Unterbrechungen – von 1964 bis 1982 anhielt, setzte eine Polarisierung ein, die sich auch in der Spaltung der MNR niederschlug. Während der sich »authentisch« nennende rechte Parteiflügel unter Paz Estenssoro die Kollaboration mit den Militärs suchte, nahm der linke Flügel unter Führung von Siles Zuazo in Gestalt der MNR der Linken (MNRI), die 1972 im chilenischen Exil gegründet worden war, den Kampf gegen die Banzer-Diktatur auf. Nach Beginn der Demokratisierung 1982 gelang es der MNR insgesamt dreimal (1985-1989, 1993-1997 und 2002-2003), den Präsidenten zu stellen. Allerdings markierte die letzte MNR-Regierung von Gonzalo Sánchez de Lozada, die im Oktober 2003 durch eine breite Protestbewegung hinweggefegt wurde, bereits das Ende dieser Ära. Bei den Wahlen im Dezember 2005 erreichte die MNR nur noch 6,5 Prozent, um dann vier Jahre später endgültig in der Bedeutungslosigkeit zu verschwinden. (PG)

### ***Paktierte Demokratie***

Variante formal-demokratischer Herrschaftsausübung, die auf einem formellen oder informellen Pakt der politischen Elite beruht. In Bolivien wurde sie 1985 mit dem »Pakt für die Demokratie« (*Pacto por la Democracia*) zwischen MNR und ADN aus der Taufe gehoben. Dieser Pakt bildete die Grundlage der Regierung von Paz Estenssoro (1985-1989), die einen grundsätzlichen Wechsel des Staats- und Entwicklungsmodells im Zeichen des Neoliberalismus durchsetzte. Das Spektrum der Paktparteien wurde später durch die vormals

linke MIR erweitert, die mit Unterstützung der ADN von Hugo Banzer 1989 die Regierung übernahm. Dieser kam dann schließlich 1997 an die Macht, konnte seine Präsidentschaft wegen eines Krebsleidens aber nur bis 2001 ausüben. Zur Regierungskoalition von Banzer gehörten neben der MIR erstmals zwei »neopopulistische« Parteien (UCS, CONDEPA), die zusammen ein Drittel der Wählerstimmen erhalten hatten. Die letzte MNR-Regierung von Sánchez de Lozada, der 2002 zum zweiten Mal zum Präsidenten gewählt worden war, sah sich einer doppelten Herausforderung gegenüber: Zum einen erschütterte eine breite Protest- und Widerstandsbewegung seit 2000 das Land (*Ciclo Rebelde*), zum anderen hatte die MAS unter Evo Morales bei den Wahlen knapp hinter der MNR den zweiten Platz belegt und stellte damit eine starke parlamentarische Opposition dar. Bereits nach 14 Monaten musste Sánchez de Lozada unter dem Druck der Massenbewegung im Oktober 2003 fluchtartig das Land verlassen. Die Wahl von Evo Morales im Dezember 2005 bereite dem auf einem Elitepakt beruhenden »demokratischen Neoliberalismus« (F. Mayorga), dessen gemeinsamer Nenner in der Herstellung von politischer Stabilität zur reibungslosen Durchsetzung neoliberaler Reformen (Washington Consensus) bestanden hatte, schließlich ein Ende. (PG)

***Paz Estenssoro, Víctor***

(\*2. Okt. 1907; †7. Juni 2001), Führer des MNR und mehrfach Präsident Boliviens. Nach dem Studium und ersten politischen Aktivitäten nahm er am Chacokrieg teil. 1941 gründete er gemeinsam mit anderen jungen Politikern und Intellektuellen den MNR. Von 1941 bis 1945 übte er verschiedene Ministerämter aus und war eine der wichtigsten Stützen der Regierung von Gualberto Villarroel (1943-1946). Nach dessen Sturz 1946 lebte er bis 1952 im Exil in Buenos Aires. Zwischen 1952 und 1964 war er dreimal Präsident Boliviens. Nach dem Putsch des damaligen Oberbefehlshabers der Armee und Vizepräsidenten René Barrientos verbrachte er die Jahre 1964 bis 1971 wiederum im Exil. Zwischen 1971 und 1973 arbeitete er mit der Militärdiktatur von Hugo Banzer zusammen, um dann 1974 erneut ins Exil zu gehen. Nach dem vorzeitigen Rücktritt von Hernán Siles Zuazo 1985 übernahm er bis 1989 ein letztes Mal das Präsidentenamt. In dieser Zeit wurde in Gestalt der »Neuen Ökonomischen Politik«, deren Grundlagen mit dem *Decreto Supremo* 21060 vom 29. August 1985 gelegt worden waren, die neoliberale Wende vollzogen. 1990 trat Paz Estenssoro vom Vorsitz der MNR, den er seit 1950 innehatte, zurück. Er verstarb im Alter von 93 Jahren in seiner Heimatstadt Tarija. (PG)

### ***Pazifikkrieg***

In diesem auch als Salpeterkrieg bezeichneten Konflikt kämpften Bolivien und Peru auf der einen, Chile auf der anderen Seite gegeneinander. Beiden Seiten ging es um die Kontrolle über eine Region, die zwar dünn besiedelt, aber reich an Bodenschätzen war. Die Kampfhandlungen wurden am 14. Februar 1879 mit der Okkupation der bolivianischen Hafenstadt Antofagasta durch chilenische Truppen eröffnet. Hauptverlierer des Krieges war Bolivien, das seinen Zugang zum Pazifik verlor und seine gesamte Küstenprovinz an Chile abtreten musste. Nach dem Ausscheiden Boliviens (Mai 1880) hatte Peru die Last des Widerstandes gegen Chile allein zu tragen. Durch den frühzeitigen Verlust des peruanischen Kriegsschiffes »Huáscar« - eines der modernsten seiner Zeit - im Oktober 1879 waren die alliierten Truppen bereits zuvor in die Defensive geraten. Mit der Einnahme der Marinebasis von Arica fiel die letzte Bastion, die der chilenischen Armee den Weg nach Lima versperrte. Sie drang rasch nach Norden vor und eroberte im Januar 1881 die peruanische Hauptstadt. In den folgenden zwei Jahren lieferten sich beide Seiten noch erbitterte Kämpfe, ehe im Oktober 1883 zwischen Chile und Peru ein Friedensvertrag geschlossen wurde. Im Ergebnis des Krieges konnte die siegreiche Nation ihr Territorium auf Kosten der beiden Kriegsverlierer um mehrere hundert Kilometer nach Norden ausdehnen. Neben den reichen Salpetervorkommen in der Atacamawüste erlangte Chile die Seeherrschaft über den Südpazifik. (PG)

### ***Quispe Huanca, Felipe***

(\*22. Aug. 1942 in Ajllata Grande), auch bekannt als »El Mallku« (Kondor auf *aymara*, auch für Anführer verwendet), Mitbegründer der Guerillaorganisation *Ejercito Guerrillero Tupac Katari (EGTK)* und der radikal-indianistischen Partei MIP sowie zeitweise Generalsekretär der *CSUTCB*. Er studierte Geschichte an der *Universidad Mayor de San Andrés* und veröffentlichte verschiedene Arbeiten über die Anführer des antikolonialen, indigenen Widerstandes Tomás Katari, *Tupac Katari* und Bartolina Sisa. Der aus der Provinz Omasuyos stammende *Aymara* ist einer der radikalsten Führer der bolivianischen *Campesino*-Bewegung und postulierte wiederholt die politische Hegemonie der *Aymara* in Bolivien bzw. im Hochland. Mit anderen gründete er 1990 die kleine Guerillaorganisation EGTK, wofür er 1992 zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Nach seiner Haftentlassung übernahm er den Posten des Generalsekretärs der *Campesino*-Gewerkschaft CSUTCB. Im »Wasserkrieg« (siehe *Ciclo Rebelde*) von Cochabamba im Jahr 2000 avancierte Quispe zu einem der wichtigsten Sprecher der Widerstands-

front gegen das Privatisierungsvorhaben. Als Kandidat der 2000 gegründeten Partei MIP erreichte Quispe bei den Präsidentschaftswahlen von 2002 6,1 Prozent der Stimmen, während die MIP nach den Wahlen von 2005 mit 2,1 Prozent vorläufig wieder in der Bedeutungslosigkeit verschwand. Er ist einer der schärfsten Kritiker von Evo Morales, dem er die Spaltung und politische Instrumentalisierung der indigenen und sozialen Bewegungen durch die Regierung vorwirft. (FQ)

### ***Revolution von 1952***

Die Revolution begann am 9. April mit einer bewaffneten Volkserhebung und bewirkte grundlegende Veränderungen in Bolivien. Sie führte zur Zerschlagung des oligarchischen Staates und zum Aufstieg der Mittelschichten, aus denen sich in Gestalt der MNR eine neue politische Führungsgruppe entwickelte. Zu den wichtigsten Errungenschaften der Revolution zählen das allgemeine Wahlrecht (Dekret vom 21. Juli 1952), die Nationalisierung des Bergbaus (Dekret vom 31. Oktober 1952), die Agrarreform (Dekret vom 2. August 1953) und die Bildungsreform (1955). Sie legte den Grundstein für ein staatskapitalistisches Entwicklungsmodell, das auch nach dem Militärputsch von 1964 gegen die MNR-Regierung von Paz Estenssoro bis Mitte der 1980er Jahre fortgesetzt wurde. Ab 1956 verlor die Revolution deutlich an Schubkraft, was viele Fachautoren dazu veranlasst hat, dies mit dem Ende des revolutionären Prozesses im engeren Sinne gleichzusetzen. Den Hintergrund für das »Versanden« der Revolution bildete der Rechtsschwenk der MNR-Führung, welcher daran gelegen war, den Einfluss der Arbeitermilizen und Gewerkschaften zurückzudrängen. Dies gelang ihr durch den Aufbau und Einsatz von Bauernmilizen sowie durch die Reorganisation der 1952 zerschlagenen Armee. 1964 fühlten sich die Militärs schließlich stark genug, selbst die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Damit gehörte die *Revolución* endgültig der Vergangenheit an. (PG)

### ***Sánchez de Lozada, Gonzalo***

(\*1. Juli 1930 in La Paz), auch »Goni« genannt, führender Politiker und zweifacher Präsident Boliviens. Im Rahmen der »paktierten Demokratie« übte er 1993-1997 und 2002-2003 das höchste Staatsamt aus. Er stammt aus einer wohlhabenden Unternehmerfamilie und lebte bis 1951 in den USA, wo er Literatur und Philosophie studierte. In den 1950er Jahren versuchte er sich in verschiedenen Filmprojekten. 1962 gründete er die Bergbaugesellschaft COMSUR und stieg später zu einem der erfolgreichsten Unternehmer des Landes auf. 1985 wurde er als MNR-Vertreter von Cochabamba in den Senat gewählt, dessen Vorsitz er dann übernahm. Als Planungsminister der Regie-

nung von Paz Estenssoro (1985-1989) war er gemeinsam mit Jeffrey Sachs, einem Ökonomieprofessor aus Harvard, den die Regierung als Berater nach La Paz geholt hatte, Hauptarchitekt der neoliberalen Strukturreformen. Bei den Präsidentschaftswahlen von 1989 belegte »Goni« als Kandidat des MNR mit 25,6 Prozent zwar den ersten Platz, kam aber erst 1997 ins höchste politische Amt. In seiner ersten Regierungszeit führte er die neoliberale Politik mit der Privatisierung der wichtigsten Staatsunternehmen und Reformen der »zweiten Generation« (Verfassungs-, Bildungs-, Verwaltungs- und Landreform) fort. Während seiner zweiten Amtszeit kam es wegen einer umstrittenen Steuerreform und des »Gaskrieges« (siehe *Ciclo Rebelde*) zu heftigen Protesten, die er blutig unterdrücken ließ. Am 17. Oktober 2003 trat er zurück und setzte sich nach Miami ab. Die tragische Bilanz seiner 14monatigen Regierung waren 112 Tote. Seit 2004 läuft in Bolivien gegen ihn ein juristisches Verfahren wegen Völkermords. (PG)

### ***Santa Cruz y Calahumana, Andrés de***

(\*5. Dez. 1792; †25. Sep. 1865), Präsident von Peru und Bolivien, Gründer einer Konföderation zwischen beiden Ländern. Er wurde als Sohn eines Spaniers und einer indigenen Mutter, die vom Inka-Adel abstammte, in La Paz geboren. Im Unabhängigkeitskrieg kämpfte er zunächst auf der Seite der Royalisten und geriet im Dezember 1820 in Kriegsgefangenschaft. 1821 trat er in die Befreiungsarmee von San Martín ein und wurde später von Bolívar aufgrund seiner militärischen Erfolge im Kampf gegen die Spanier erst zum General, dann zum Marschall befördert. 1824 nahm er als Chef des Generalstabes an der Entscheidungsschlacht von Junín teil und erhielt dafür den Grad eines Großmarschalls von Peru. 1825 wurde er Präfekt von La Paz und stand 1826-1827 als gewählter Präsident an der Spitze Perus. 1829 bis 1839 übte er das Amt des Präsidenten von Bolivien aus. 1836 schuf er die Bolivianisch-Peruanische Konföderation, die er als *Supremo Protector* bis 1839 regierte. In der Schlacht von Yungay (20. Januar 1839) wurde er von chilenischen Truppen besiegt, die von seinem Hauptwidersacher, dem peruanischen General Agustín Gamarra, unterstützt wurden. Aus dem Exil in Ecuador unternahm er mehrmals vergeblich den Versuch, an die Regierung zurückzukehren. Von seinen Gegnern wurde er an Chile ausgeliefert. Später musste er ins französische Exil gehen, wo er starb. (PG)

### ***Siles Zuazo, Hernán***

(\*19. März 1913; †6. Aug. 1996), neben Paz Estenssoro bedeutendster Führer der MNR und zweimaliger Präsident Boliviens. Sein Vater war Hernando Siles Reyes, der 1926-1930 das Land regierte. Ab 1940 saß Siles Zuazo für

drei Legislaturperioden als Abgeordneter von La Paz, seinem Geburtsort, im Parlament. Er gehört zu den Mitbegründern der MNR und regierte 1956–1960 zum ersten Mal als Präsident. 1969 gründete er im Exil die MNR de Izquierda und stand in scharfer Opposition zur Militärdiktatur von Hugo Banzer, was zugleich zum endgültigen Bruch mit Paz Estenssoro führte. 1978 kehrte er nach Bolivien zurück und organisierte mit anderen Linksparteien die UDP. Als deren Präsidentschaftskandidat gewann er bei den Wahlen von 1980 die relative Mehrheit, konnte aber wegen eines rechten Militärputsches sein Amt erst 1982 antreten. Bis 1985 stand er an der Spitze einer UDP-Regierung, musste aber aufgrund der schweren ökonomischen Krise vorzeitig zurücktreten. Er verstarb in Montevideo, wo er die letzten Jahre seines Lebens verbracht hatte. (PG)

### ***Tupac Katari*** (*Julián Apaza*)

\*ca. 1750 in Ayo Ayo, Provinz Sicasica, hingerichtet am 13. Nov. 1781. Er gilt als bedeutendster Führer der »Großen Rebellion« 1780–1782 in Oberperu, die die spanische Kolonialherrschaft auf schwerste erschütterte. Unter seinem Kommando wurde La Paz zweimal belagert, konnte jedoch trotz hoher Verluste unter der Stadtbevölkerung nicht erobert werden. Nach der Niederlage gegen die Truppen von General José de Reseguín, die vom Vizekönig in Buenos Aires entsandt worden waren, musste er sich zurückziehen. Von Tomás Inca Lupe, seinem Stellvertreter, an die Spanier verraten, wurde er von diesen hingerichtet. Seine Frau, *Bartolina Sisa*, kämpfte mit ihm gemeinsam gegen die Spanier. Der letzte Widerstand seiner Anhänger wurde 1782 gebrochen. Tupac Katari und Bartolina Sisa gelten heute in Bolivien als wichtigste Symbolfiguren des indigenen anticolonialen Widerstandes. In Namen von Tupac Katari erfolgte in den 1970er Jahren eine Rückbesinnung indigener Intellektueller und Gewerkschaftsführer auf ihre ethnisch-kulturellen Wurzeln (*Katarismo*). Die damit einsetzende »Ethnisierung des Politischen« mündete schließlich in die Forderung nach einer Neugründung Boliviens. (PG)

### ***Vivir bien***

Es handelt sich um die offizielle Übersetzung des aus dem *aymara* stammenden Begriffs *suma qamaña*, der auch in der jetzigen Verfassung Boliviens (Art. 8) verankert ist. Dennoch sollte es als *buen convivir* (Gut Zusammenleben) verstanden werden. Die Entstehung des spanischen Begriffs *vivir bien* erklärt diese ungenaue Übersetzung. Man wollte den analogen Aymara-Begriff für das spanische Wort »desarrollo« (Entwicklung) finden. In der Sprache der Aymara gab es keine Entsprechung für dieses aus der westlichen Tradition stammende Wort. Dennoch einigte man sich auf *suma qamaña*. Nun über-

setzte man es auf Spanisch als *vivir bien*. Aber bei der inhaltlichen Erläuterung von *suma qamaña* ging man weit über den Inhalt des Begriffs *vivir bien* hinaus. Man stellte fest, dass es bei dem Aymara-Wort eigentlich um ein gutes Zusammenleben geht. Die korrekte Übersetzung ins Spanische ist also *buen convivir*. Obwohl in anderen indigenen Sprachen ähnliche Begriffe existieren, so z.B. *sumaj kawsay* und *qhapaj ñan* in *quechua* (der Weg des Wohlseins), benutzt die jetzige bolivianische Regierung *vivir bien* öfters als offiziellen Ausdruck des gesellschaftlichen Ziels ihres Regierungsprogramms. In Ecuador wird hingegen eher die spanische Bezeichnung »buen vivir« für den gleichen Sachverhalt verwendet. Das »Gut Zusammenleben« drückt die Weltanschauung der Indigenen aus, die sich auf ein Leben im Einklang mit dessen Energie-Spiritualität (Glaube, Ratio und Emotion), ein gegenseitiges und friedliches Zusammenleben mit der materiellen Umwelt (Menschen, Tiere und irdische Natur), eine wiederkehrende Zeit und eine unbedingte Beachtung des himmlischen Raumes (Kosmos) richtet. Im Unterschied zu der westlichen Weltanschauung, betonen *suma qamaña* oder *qhapaq ñan* nicht die egoistische Individualität, sondern die Kollektivität mit dem Individuum als einem Teil derselben. Weiterhin sieht es das menschliche Leben als Teil der *Pachamama* (Mutter Erde) - und nicht als bloße Handelsware (MP).

### ***Zinnbarone / Rosca***

Nach der Ära des Silberbergbaus übernahmen ab Beginn des 20. Jahrhunderts die Zinnbarone die wirtschaftliche Vorherrschaft in Bolivien. Die bedeutendsten Zinnbarone waren Simón I. Patiño, Moritz Hochschild und Carlos Víctor Aramayo. Patiño, aus armen Verhältnissen stammend, kontrollierte 1924 etwa die Hälfte der bolivianischen Zinnproduktion und gehörte Mitte der 1940er Jahre zu den reichsten Männern weltweit. Hochschild, ein gebürtiger Deutscher, wurde bis in die 1930er Jahre zum zweitwichtigsten Zinnexporteur. Im Gegensatz zu Patiño wirkte er jedoch nicht nur in Bolivien und im Zinnsektor, sondern baute eine der größten Erzhandelsfirmen in Südamerika auf. Der dritte wichtige Zinnbaron war Aramayo, Nachfahre eines »Silberkönigs«, der – wie die anderen Zinnbarone – sein Vermögen im Ausland anlegte. Obwohl die Zinnbarone ungemein hohe private Reichtümer anhäuften, profitierte die arme bolivianische Bevölkerung kaum vom Zinnabbau. Trotzdem spielte der Zinnbergbau eine wichtige Rolle in der bolivianischen Arbeiterbewegung, weil dort die ersten Gewerkschaften entstanden. Als *Rosca* (dt.: Gewinde; umgangssprachlich auch »Clique«) werden das Herrschaftssystem der Zinnbarone und die damit verbundenen Gruppen bezeichnet. (SSC)



## Politische Parteien und Organisationen Boliviens

<i>Name der Partei</i>	<i>Jahr der Gründung</i>	<i>Gründer bzw. führende Vertreter</i>
<b>Ära der Konservativen und Liberalen (1880-1920)</b>		
Konservative Partei (Partido Conservador – PC)	1884	Aniceto Arce und Mariano Baptista
Liberale Partei (Partido Liberal – PL)	1883	Eliodoro Camacho, José Manuel Pando und Ismael Montes
Demokratische Partei (Partido Demócrata – PD) (Ableger der Konservativen)	1884	Gregorio Pacheco Leyes
Republikanische Partei (Partido Republicano – PR)	1914	José Manuel Pando, Bautista Saavedra Mallea, Daniel Salamanca
<b>Ära der Republikaner (1920-1932)</b>		
Genuine Republikanische Partei (Partido Republicano Genuino – PRG)	1920	Daniel Salamanca
Nationalistische Partei (Partido Nacionalista – PN)	1927	Rafael Taborga
Republikanisch-Sozialistische Partei (Partido Republicano Socialista – PRS)	1932	Bautista Saavedra Mallea
<b>Chacokrieg und Krise des oligarchischen Staates (1932-1952)</b>		
Revolutionäre Arbeiterpartei (Partido Obrero Revolucionario – POR)	1934	Guillermo Lora Escóbar
Bolivianische Sozialistische Falange (Falange Socialista Boliviana – FSB)	1937	Oscar Unzaga de la Vega

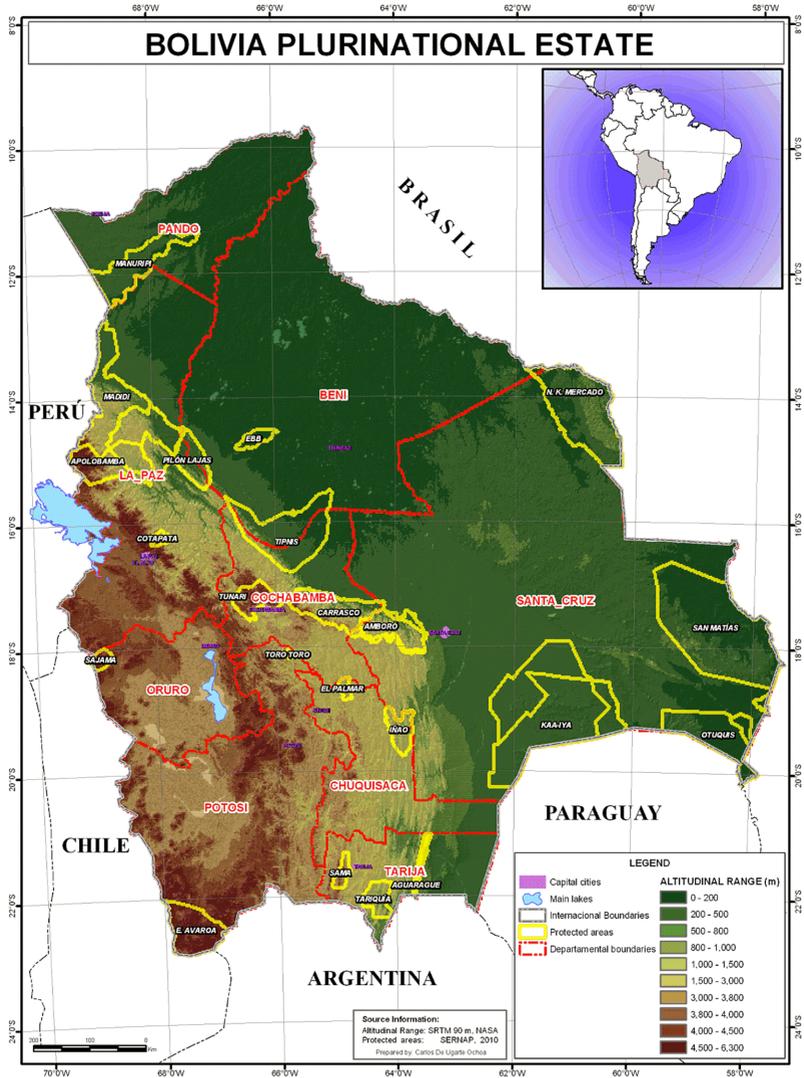
Front der Bolivianischen Linken (Frente de Izquierda Boliviana – FIB)	1940	José Antonio Arze
Nationalistisch-Revolutionäre Bewegung (Movimiento Nacionalista Revolucionario – MNR)	1942	Víctor Paz Estenssoro
Antifaschistisch-Demokratische Front (Frente Democrática Antifascista – FDA)	1944	unbekannt
Partei der Republikanisch-Sozialistischen Einheit (Partido Unión Republicano Socialista – PURS) (Zusammenschluss aus PRS und PRG)	1946	Enrique Herzog Garaizabal
Partei der Revolutionären Linken (Partido de Izquierda Revolucionaria – PIR)	Mitte der 1940er Jahre	José Antonio Arze
Kommunistische Partei Boliviens (Partido Comunista de Bolivia – PCB)	1950	Sergio Almaraz Paz
<b><i>Revolution und MNR-Herrschaft (1952-1964)</i></b>		
Christlich-Demokratische Partei (Partido Demócrata Cristiano – PDC)	1954	Benjamín Miguel Harb
Sozialdemokratische Partei (Partido Social Demócrata – PSD)	1960er Jahre	Luis Adolfo Siles Salinas
Authentische Revolutionäre Partei (Partido Revolucionario Auténtico – PRA)	1961	Walter Guevara Arce
Revolutionäre Partei der Nationalistischen Linken (Partido Revolucionario de Izquierda Nacionalista – PRIN)	1961	Juan Lechín Oquendo und Lidia Gueiler Tejada
<b><i>Ära der Militärdiktaturen (1964-1982)</i></b>		
Kommunistische Partei Boliviens – Marxistisch-Leninistisch (Partido Comunista de Bolivia Marxista Leninista – PCB – ML)	1965	Federico Escobar Zapata
Revolutionäre Bolivianische Front (Frente Revolucionario Boliviano – FRB)	1965	René Barrientos Ortuño

Bewegung der Revolutionären Linken (Movimiento de Izquierda Revolucionaria – MIR)	1971	Jaime Paz Zamora
Sozialistische Partei (Partido Socialista – PS)	1971	Marcelo Quiroga Santa Cruz
Nationalistisch-Revolutionäre Bewegung der Linken (Movimiento Nacionalista Revolucionario de Izquierda – MNRI)	1972	Hernan Siles Zuazo
Sozialistische Partei Eins (Partido Socialista Uno – PS-1)	1978	unbekannt
Revolutionäre Befreiungsbewegung Tupaq Katari (Movimiento Revolucionario Tupaq Katari de Liberación – MRTKL)	1978	Víctor Hugo Cárdenas Conde
Revolutionäre Linksfront (Frente Revolucionario de Izquierda – FRI)	1978	Manuel Morales Dávila
Nationalistische Demokratische Aktion (Acción Democrática Nacionalista – ADN)	1979	Hugo Banzer Suárez
Demokratische und Volksunion (Unión Democrática y Popular – UDP)	1982	Allianz von PC, MIR und MNRI
Bewegung der Revolutionären Linken-Massen (Movimiento Izquierda Revolucionario-Masas – MIR-MASAS)	1982	Walter Delgadillo
<b>Demokratisierung und »Paktierte Demokratie« (1982-2005)</b>		
Bewegung Freies Bolivien (Movimiento Bolivia Libre – MBL)	1985	Antonio Aranibar Quiroga
Guerrillaarmee Tupak Katari (Ejército Guerrillero Tupak Katari – EGTK)	1986	Felipe Quispe Huanca
Bewegung zum Sozialismus - Unzaguista (Movimiento al Socialismo - Unzaguista – MAS-U)	1987	David Añez Pedraza
Bürgereinheit der Solidarität (Unión Cívica Solidaridad – UCS)	1989	Max Fernández Rojas

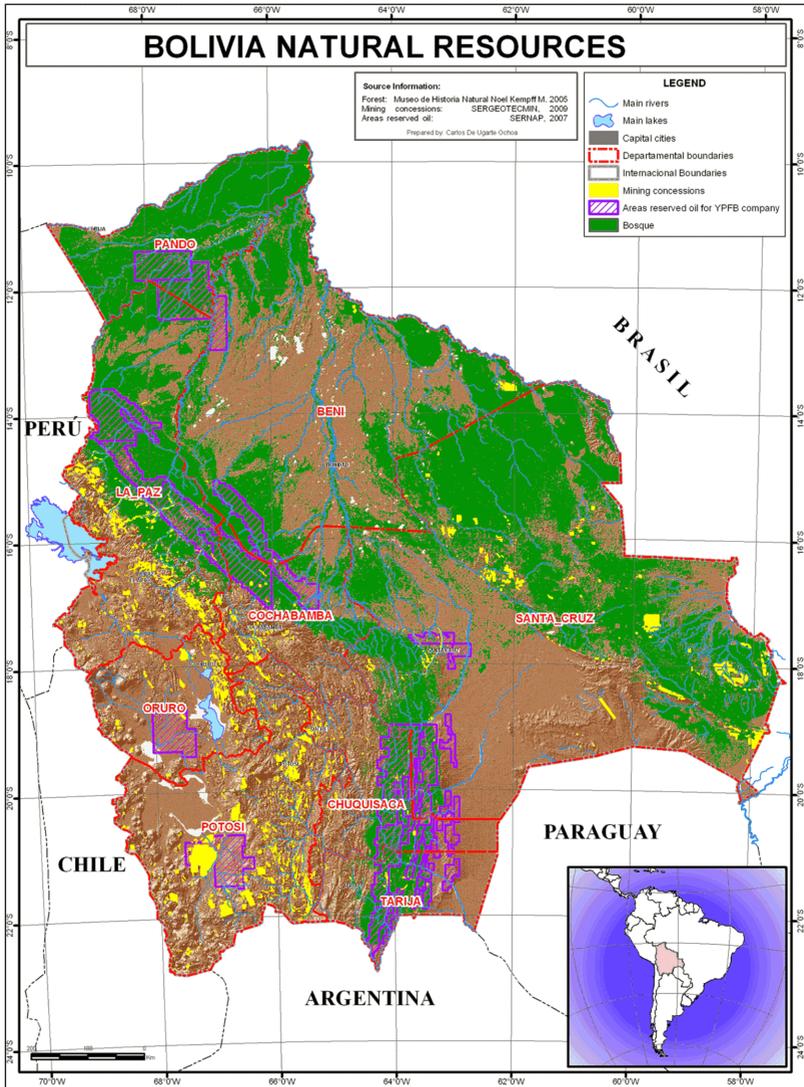
Gewissen des Vaterlandes (Conciencia de Patria – CONDEPA)	1989	Carlos Palenque Avilés
Neue Republikanische Kraft (Nueva Fuerza Republicana – NFR)	1997	Manfred Reyes Villa
Politisches Instrument zur Souveränität der Völker (Instrumento Político por la Soberanía de los Pueblos – IPSP)	1995	Alejo Veliz
Bewegung ohne Furcht (Movimiento Sin Miedo – MSM)	1999	Juan del Granado
Bewegung zum Sozialismus - Politisches Instrument für die Souveränität der Völker (Movimiento Al Socialismo - Instrumento Político por la Soberanía de los Pueblos – MAS-IPSP)	1999 (1987)	Evo Morales Ayma
Indigenen-Bewegung Pachakuti (Movimiento Indígena Pachacuti – MIP)	2000	Felipe Quispe Huanca
Nationale Einheit (Unidad Nacional – UN)	2003	Samuel Doria Medina
Sozialdemokratisches Bolivien (Bolivia Social Demócrata – BSD)	2003	Rime Choquehuanca
Bewegung der Revolutionären Linken - Neue Mehrheit (Movimiento Izquierda Revolucionario - Nueva Mayoría – MIR-NM)	2005	Jaime Paz Zamora
Bewegung der Sozial-Patriotischen Einheit (Movimiento de Unidad Social Patriótica – MUSPA)	2005	Ana María Flores
Demokratische und Soziale Kraft (Poder Democrático y Social – PODEMOS)	2005	Jorge Quiroga Ramirez

<b><i>Beginn der Neugründung (2006-2010)</i></b>		
Soziale Allianz (Alianza Social – AS)	2006	René Juaquino
Völker für die Freiheit und Souveränität (Pueblos por la Libertad y Soberanía – PULSO)	2007	Alejo Véliz Lazo
Menschen (GENTE)	2008	Victor Hugo Cárdenas Conde
Fortschrittsplan für Bolivien – Nationale Konvergenz (Plan Progreso para Bolivia – Convergencia Nacional – PPB-CN)	2007	José Luis Paredes
Nationale Koordinierung für den Wechsel (Coordinadora Nacional por el Cambio – CONALCAM)	2007	Zusammenschluss von 16 sozialen Bewegungen zur Unterstützung der Regierung von Evo Morales
Antiimperialistisch-Revolutionäre Allianz (Alianza Revolucionaria Antiimperialista – ARA)	2009	Allianz aus sieben politischen Gruppierungen
Grüne (Verdes)	2009	Rubén Costas Aguilera
Weg zur Veränderung – Nationale Allianz (Camino al Cambio – Alianza Nacional – CC)	2009	Mario Cossio Cortez
Beni Zuerst (Primero el Beni – PRIMERO)	2009	Ernesto Suarez Sattori
Bewegung für die Souveränität (Movimiento Por la Soberanía – MPS)	2010	Lino Villca
Bewegung der Katari-Kataristen (Movimiento Katarista de Katari)	2010	Simón Yampara Huarachi
Politisches Instrument für den Wechsel (Instrumento Político para el Cambio – IPC)	2010	Félix Patzi Paco

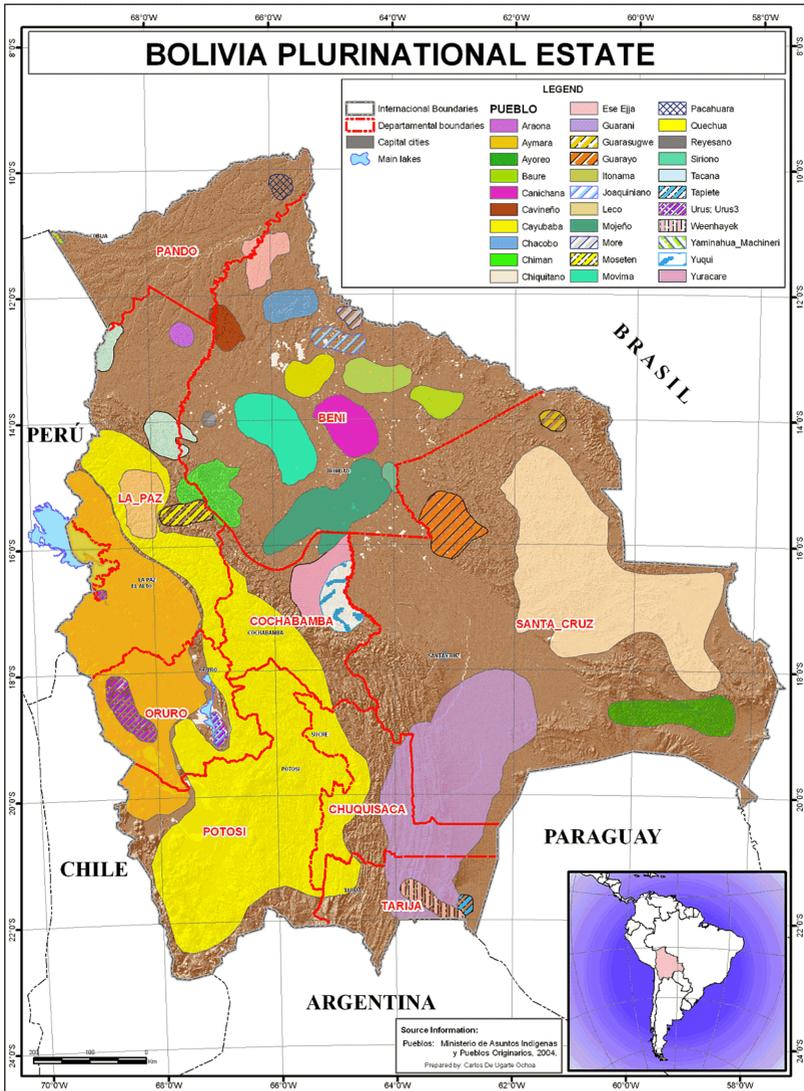
Karte 1: Bolivien – physische Karte



Karte 2: Bolivien – natürliche Ressourcen



Karte 3: Bolivien – indigene Völker



Karte 4: Bolivien – territoriale Verluste



## Abkürzungsverzeichnis

ABI	- Agencia Boliviana de Información
AC	- Asamblea Constituyente
ALBA	- Alternativa Bolivariana para las Américas
ALP	- Asamblea Legislativa Plurinacional
ASP	- Asamblea por la Soberanía de los Pueblos
ATPDEA	- Andean Trade Promotion and Drug Eradication Act
BMZ	- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
CAINCO	- Cámara de Industria, Comercio, Servicios y Turismo
CAN	- Comunidad Andina de Naciones
CAO	- Cámara Agropecuaria del Oriente
CCIM	- Central de Cabildos Indígenales Mojeños
CPIB	- Central de Pueblos Indígenas del Beni
CEPAL	- Comisión Económica para América Latina y el Caribe
CIDOB	- Confederación de Pueblos Indígenas de Bolivia
CNE	- Corte Nacional Electoral
CNRA	- Consejo Nacional de Reforma Agraria
COB	- Central Obrera Boliviana
COMIBOL	- Corporación Minera de Bolivia
CONALDE	- Consejo Nacional Democrático
CONAMAQ	- Consejo Nacional de Ayllus y Markas del Qullasuyu
COR	- Central Obrera Regional
CSUTCB	- Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia
CONSAQ	- Consejo Nacional de Suyus Aymaras y Quechuas del Qullasuyu
CPSC	- Comité pro Santa Cruz
DEA	- US Drug Enforcement Agency
ECOSOC	- UN Economic and Social Council
EGTK	- Ejército Guerrillero Túpac Katari
FEJUVE	- Federación de Juntas Vecinales
FES	- Función Económica y Social

FELCN	– Fuerza Especial de Lucha Contra el Narcotráfico
FNMCB-BS	– Federación Nacional de Mujeres Campesinas de Bolivia Bartolina Sisa
GTZ	– Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
HDI	– Human Development Index
IDH	– Impuesto Directo a los Hidrocarburos
ILO	– International Labour Organization
INC	– Instituto Nacional de Colonización
INCSR	– International Narcotics Control Strategy Report
INE	– Instituto Nacional de Estadística de Bolivia
INRA	– Instituto Nacional de Reforma Agraria
IWF	– Internationaler Währungsfond
LPP	– Ley de Participación Popular
MERCOSUR	– Mercado Común del Sur
MITKA	– Movimiento Indio Tupaj Katari
MNCL	– Movimiento Nación Camba de Liberación
MRTKL	– Movimiento Revolucionario Túpac Katari de Liberación
MST	– Movimiento Sin Tierra
NCPE	– Nueva Constitución Política del Estado
NGO	– Non-Governmental Organization (dt.: NRO)
OECD	– Organisation for Economic Co-operation and Development
OTB	– Organizaciones Territoriales de Base
PMC	– Pacto Militar Campesino
PNUD	– Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo (eng.: UNDP)
TCO	– Tierras Comunitarias de Origen
UNASUR	– Unión de Naciones Suramericanas
UNESCO	– United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNODCCP	– United Nations Office on Drug Control and Crime Prevention
USAID	– United States Agency for International Development
YPFB	– Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos

## Weiterführende Literatur

- Alarcón, Carlos / Böhr, Carlos / Romero, Carlos: Hacia una Constitución democrática, viable y plural - Tres miradas. La Paz 2008.
- Albó, Xavier: Movimientos y poder indígena en Bolivia, Ecuador y Perú. La Paz 2008.
- Albó, Xavier: Ciudadanía étnico- cultural en Bolivia. La Paz 2005.
- Albó, Xavier / Barnadas, Josep: La cara india y campesina de nuestra historia. La Paz 1990 (3. Auflage).
- Albó, Xavier / Barrios Suvelza, Franz X.: Por una Bolivia plurinacional e intercultural con autonomías. IDH / PNUD. La Paz 2006.
- Albó, Xavier / Romero, Carlos: Autonomías indígenas en la realidad boliviana y su nueva constitución. La Paz 2009.
- Albro, Robert: Roosters at Midnight. Indigenous Signs and Stigma in Local Bolivian Politics. Santa Fe 2010.
- Anales de la XXII. Reunión Anual de Etnología: Racismo de ayer y hoy. Bolivia en el contexto mundial. 2 Bde. La Paz 2009.
- Andersen, Lykke E.: Rural-Urban Migration in Bolivia: Advantages and Disadvantages. La Paz 2002.
- Arguedas, Alcides: Historia General de Bolivia. La Paz 1975 (1. Auflage 1922).
- Arguedas, Alcides: Pueblo enfermo. La Paz 1909.
- Arze, José Roberto / Gómez de Aranda, Blanca: Contribución académica a la historiografía boliviana : exposición bibliográfica. La Paz 2000.
- Arze Aguirre, René Danilo / Mendoza Pizarro, Javier / Trigo O'Connor d'Arlach, Eduardo: La guerra de la independencia al derecho y al revés : nueve aportes para comprender mejor el nacimiento de Bolivia. La Razón. La Paz 2008.
- Asociación Boliviana de Ciencia Política (ABCP): Las dos Bolivias:¿Cuál identidad? La Paz 2008.
- Augener, Jan Eduard: Subregionale Integration und Außenpolitik in der neo-liberalen Epoche in Lateinamerika. Bolivien, Brasilien, Chile und Costa Rica im Vergleich. Münster 2008.

- Ayo, Diego: Democracia boliviana. Un modelo para (des)armar. 32 entrevistas. La Paz 2007.
- Bairón Castrillo, Máximo: Historia económica de Charcas – Bolivia. Tomo I. De Tiahuanaco al final de la Guerra Bolivariana (1830). La Paz 2008.
- Bairón Castrillo, Máximo: Historia económica de Charcas – Bolivia. Tomo II. Del Gobierno del General Andrés de Santa Cruz a la Revolución de 1952. La Paz 2008.
- Barnadas, Joseph M.: Es muy sencillo, llámenle Charcas. Sobre el problema de los antecedentes coloniales de Bolivia y de su histórico denominación. La Paz 1989.
- Barragán, Rossana: Indios, mujeres y ciudadanos. Legislación y ejercicio de la ciudadanía en Bolivia (siglo XIX). La Paz 1999.
- Barragán, Rossana et al. (comp.): El siglo XIX. Bolivia y América Latina. La Paz 1997.
- Barragán, Rossana / Roca, José Luis: Regiones y poder constituyente en Bolivia. Cuaderno de Futuro. La Paz 2005.
- Baustista Rafael: Pensar Bolivia. Del Estado colonial al Estado plurinacional. El proceso de revolución democrático-cultural: 2003-2009. La Paz 2009.
- Blanes Jiménez, José / Calderón Gutiérrez, Fernando / Dandler Hanhart, Jorge Erwin: Formación y evolución del espacio nacional. Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo (PNUD). La Paz 2003 (2. Auflage).
- Blum, Volkmar: Hybridisierung von unten. Nation und Gesellschaft im mittleren Andenraum. Münster 2001.
- Bonilla, Heraclio: El futuro del pasado. Las coordenadas de la configuración de los Andes. 2 Bde. Lima 2005.
- Bopp, Franziska / Ismar, Georg (Hrsg.): Bolivien – Neue Wege und alte Gegensätze. Berlin 2006.
- Brockmann Quiroga, Erika / Navarro Miranda, César / Reyesvilla Méndez, Walter: Reorganización del Sistema Político en Bolivia: Alternativas Partidarias en la presente Coyuntura. La Paz 2008.
- Bukes, Georg: Der Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratisierung. Das Beispiel Bolivien. Beiträge zur Lateinamerika-Forschung Band 3. Hamburg 2000.
- Büsches, Christian / Bustos, Guillermo / Kaltmeier, Olaf (comp.): Etnicidad y poder en los países andinos. Quito 2007.
- Campero Prudencio, Fernando (dir.): Bolivia en el siglo XX. La formación de la Bolivia contemporánea. La Paz 1999.

- Cavieres, Eduardo / Cajias de la Vega, Fernando (coord.): Chile – Bolivia, Bolivia – Chile: 1820-1930. Desarrollos políticos, económicos y culturales. Valparaíso 2008.
- Chalup, Lourdes (coord.): Élités cruceñas y autonomías departamentales. Una mirada desde las subjetividades. Santa Cruz 2006.
- Chávez, Marxa et al.: Sujetos y formas de la transformación política en Bolivia. La Paz 2006.
- Chávez Reyes, Silvia / Böhrt Irahola, Carlos / Villa Gómez, Andrés Torrez: Puentes para un diálogo democrático Proyectos de Constitución y Estatutos: compatibilidades y diferencias. La Paz 2008.
- Chávez Zamorano, Omar / Paredes Zárate, Ramiro/ Velasco Aguilar, Wilma: La autonomía electoral: historia política e institucional del sistema electoral boliviano (1825-2006). Konrad Adenauer Stiftung. La Paz 2007.
- Centre for Latin American Research and Documentations (CEDLA): Revolutionary Politics. Bolivia's New Natural Resource Policy. Amsterdam 2009.
- Confederación de Pueblos Indígenas de Bolivia: Plan estratégico de la CI-DOB (2007-2013). Santa Cruz 2008.
- Consejo Nacional de Ayllus y Markas del Qullasuyu: Plan estratégico del CONAMAQ (2008-2013). La Paz 2008.
- Crabtree, John: Perfiles de la protesta: política y movimientos sociales en Bolivia. La Paz 2005.
- Crabtree, John / Whitehead, Laurence (eds.): Unresolved Tensions. Bolivia – Past and Present. Pittsburgh 2008.
- Crespo Rodas, Alberto/ Crespo Fernández, José / Kent Solares, María Luisa (comps.) Los bolivianos en el tiempo. La Paz 1995.
- Crespo, Alfonso: Santa Cruz, el cóndor indio. La Paz 2005 (zuerst 1944).
- Demélas, Marie-Danielle: La Invención Política. Bolivia, Ecuador, Perú en el siglo XIX. Lima 2003.
- Dencker, Angela: Der Indio in der bolivianischen Gesellschaft und Literatur der Jahrhundertwende. Frankfurt a. M. 1983.
- Draper, Jim / Draper, Melissa Crane (eds.): Dignity and Defiance: Stories from Bolivia's Challenge to Globalization. Berkeley 2009.
- Dunkerley, James: Bolivia: Revolution and the Power of History in the Present. Essays. London 2007.
- Dunkerley, James: Orígenes del poder militar. Bolivia 1879-1935. La Paz 2003.
- Dunkerley, James: Rebellion in the Veins. Political Struggle in Bolivia, 1952-1982. London 1984.

- Ernst, Tanja / Schmalz, Stefan (Hrsg.): Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales. Baden-Baden 2009.
- Espasandín López, Jesús / Iglesias Turrión, Pablo (coords.): Bolivia en movimiento. Acción colectiva y poder político. 2007.
- Espinoza C., Jorge: Reforma agraria en Bolivia. Cochabamba 1984.
- Evia, Jose Luis / Roberto Laserna / Stergios Skaperdas: Conflicto social y crecimiento económico en Bolivia (1970-2005). CERES 2008.
- Farcau, Bruce W.: The Chaco War. Bolivia and Paraguay, 1932-1935. Westport (Conn.) / London 1996.
- Fellenberg, Peter: Charakter und Etappen der Bolivianischen Revolution 1952 bis 1955/56. Dissertation. Leipzig 1983.
- Fritz, Thomas: Die Plünderung ist vorbei. Boliviens Nationalisierung der Öl- und Gasindustrie. FDCL. Berlin 2006.
- Fundación Tierra: I Censo Agropecuario de 1950. Versión reeditada y digitalizada por la Fundación Tierra. La Paz 2009.
- Fundación Tierra: Bolivia post-constituyente. Tierra, territorio y autonomías indígenas. Memoria del Seminario Internacional. La Paz 26, 27 y 28 de octubre 2009. La Paz 2009.
- Galindo Soza, Mario et al.: Visiones aymaras sobre las autonomías. Aportes para la construcción del Estado nacional. La Paz 2007.
- García, Raúl Alfonso: Diez años de reforma agraria en Bolivia. 1953-1963. La Paz 1963.
- García Linera, Álvaro: Forma valor y forma comunidad. Aproximación teórica-abstracta a los fundamentos civilizatorios que preceden al Ayllu Universal. La Paz 2009.
- García Linera, Álvaro: La potencia plebeya. Acción colectiva e identidades indígenas, obreras y populares en Bolivia. La Paz 2008.
- García Linera, Álvaro (coord.): Sociología de los movimientos sociales en Bolivia. Estructuras de movilización, repertorios culturales y acción política. La Paz 2004.
- García Linera, Álvaro / Tapia, Luis / Vega Camacho, Oscar / Prada, Raúl: La transformación pluralista del Estado. La Paz 2007.
- García Linera, Álvaro / Tapia, Luis / Vega Camacho, Oscar / Prada, Raúl: Horizontes y límites del estado y el poder. La Paz 2005.
- Geddes, Charles: Patiño: el rey del estaño. Madrid 1984.
- Gill, Lesley: Peasants, Entrepreneurs, and Social Change: Frontier Development in Lowland Bolivia. Boulder 1987.

- Goedeking, Ulrich: Politische Eliten und demokratische Entwicklung in Bolivien 1985-1996. Münster 2003.
- Goedeking, Ulrich / Zuazo, Moira: Konfliktszenarien und soziopolitische Akteure in Bolivien. Berlin 2006.
- Gotkowitz, Laura: A Revolution for our Rights. Indigenous Struggles for Land and Justice in Bolivia, 1880-1952. Durham / London 2007.
- Gray Molina, George: Ethnic Politics in Bolivia: »Harmony of Inequalities« 1900-2000. CRISE Working Paper No. 15. Oxford 2007.
- Gray Molina, George: Bolivia's Long and Winding Road. Inter-American Dialogue Working Paper. Washington 2008.
- Grindle, Merilee / Domingo, Pilar (eds.): Proclaiming Revolution: Bolivia in Comparative Perspective. Cambridge (Mass.) / London 2003.
- Gustafson, Bret: New Languages of the State. Indigenous Resurgence and the Politics of Knowledge in Bolivia. Durham 2009.
- Gutiérrez Aguilar, Raquel: Los ritmos del Pachakuti. La Paz 2008.
- Gutiérrez Aguilar, Raquel / Escárzaga, Fabiola (coord.): Movimiento indígena en América Latina: resistencia y proyecto alternativo. 2 Bde. México 2005 / 2006.
- Guzmán, Ismael / Niñez, Eulogio / Patí, Pelagio / Urapotina, Julio / Valdez, Miguel / Montecinos, Alfredo: Saneamiento de la tierra en seis regiones de Bolivia, 1996-2007. La Paz 2008.
- Harnecker, Marta / Fuentes, Federico: MAS-IPSP. Instrumento político que surge de los movimientos sociales. 2008.
- Hausotter, Carola: Das Recht indigener Völker Lateinamerikas auf interne Selbstbestimmung. Eine rechtsvergleichende Studie der rechtlichen Ausgestaltung von indigenen Selbstbestimmungsrechten im Völkerrecht und in den Ländern Nicaragua, Ekuador, Mexiko, Guatemala und Bolivien. Baden-Baden 2010.
- Heath, Dwight Braley / Erasmus, Charles John / Buechler, Hans Christian: Land Reform and Social Revolution in Bolivia. New York 1969.
- Heydt-Coca, Magda von der: Die bolivianische Revolution von 1952. Köln 1982.
- Hurtado, Javier: Katarismo. La Paz 1991 (1986).
- Hylton, Forrest / Thomson, Sinclair: Revolutionary Horizons: Past and Present in Bolivian Politics. London / New York 2007.
- Hylton, Forrest et al.: Ya es otro tiempo el presente. Cuatro momentos de insurgencia indígena. La Paz 2005.

- IDEA Internacional et al. (eds.): *Miradas. Nuevo Texto Constitucional*. La Paz 2010.
- Instituto Nacional de Reforma Agraria (INRA) / Embajada Real de Dinamarca: *Estadísticas agrarias. Tenencia de la tierra en Bolivia (1953-2002)*. La Paz 2002.
- Instituto Nacional de Reforma Agraria (INRA): *Breve historia del reparto de tierras en Bolivia. De la titulación colonial a la reconducción comunitaria de la reforma agraria*. La Paz 2008.
- Irurozqui Victoriano, Marta (eda.): *La mirada esquivada. Reflexiones históricas sobre la interacción del Estado y la ciudadanía en los Andes (Bolivia, Ecuador y Perú), siglo XIX*. Madrid 2005.
- Irurozqui Victoriano, Marta: *La ciudadanía en debate en América Latina. Discusiones historiográficas y una propuesta teórica sobre el valor público de la infracción electoral*. Instituto de Estudios Peruanos. Documento de Trabajo No. 139. Lima 2004.
- Irurozqui Victoriano, Marta: *»A bala, piedra y palo«. La construcción de la ciudadanía política en Bolivia 1826-1952*. Sevilla 2000.
- Irurozqui Victoriano, Marta: *La armonía de las desigualdades: Elites y conflictos de Poder en Bolivia, 1880-1920*. Lima 1994.
- Jäger, Thomas (Hrsg.): *Bolivien – Staatszerfall als Kollateralschaden*. Wiesbaden 2009.
- Jost, Stefan: *Bolivien – Politisches System und Reformprozesse 1993-1997*. Opladen 2003.
- Klein, Herbert S.: *Bolivia – The Evolution of a Multi-Ethnic Society*. New York / Oxford 1992. (Neuaufgabe 2003).
- Klein, Herbert S.: *Haciendas and Ayllus. Rural Society in the Bolivian Andes in the Eighteenth and Nineteenth Centuries*. Stanford 1993.
- Klein, Herbert S.: *Parties and Political Change in Bolivia, 1880-1952*. Cambridge et al. 1969.
- Kohl, Benjamin / Farthing, Linda: *Impasse in Bolivia. Neoliberal hegemony and popular resistance*. London / New York 2006.
- Kohler, Liu: *Unterdrückt aber nicht besiegt. Die bolivianische Bauernbewegung von den Anfängen bis 1981*. Bonn 1981.
- Langer, Eric: *Economic Change and Rural Resistance in Southern Bolivia, 1880-1930*. Stanford 1989.
- Larson, Brooke: *Cochabamba, 1550-1900. Colonialism and Agrarian Transformation in Bolivia*. Durham / London 1998.

- Laserna, Roberto et al.: Poder y cambio en Bolivia 2003-2007. La Paz 2009.
- Laserna; Roberto / Villarroel, Miguel: Enero de 1970 - enero de 2008. 38 años de conflictos sociales en Bolivia. CERES 2008.
- Lazo Zubieta, Jhonny: Historia del Racismo en Bolivia. Régimen Político, Iglesia Católica y Pueblos Indígenas. La Paz 2010.
- Lessmann, Robert: Das neue Bolivien. Evo Morales und seine demokratische Revolution. Zürich 2010.
- Lorini, Irma: El nacionalismo en Bolivia de la pre- y posguerra del Chaco (1910-1945). La Paz 2006.
- Lucero, José Antonio: Struggle of Voice. The Politics of Indigenous Representation in the Andes. Pittsburgh 2008.
- Mansilla, H.C.F.: La crisis de la Identidad Nacional y la Cultura Política. La Paz 2006.
- Marquéz Tavera, Manuel Silverio: Die Landwirtschaft im Entwicklungsprozess Boliviens. Göttingen 1979.
- Martínez, Armando/ Chust, Manuel (eds.): Una independencia, muchos caminos. El caso de Bolivia (1808-1826). Castelló de la Plana 2008.
- Mayorga, Fernando: Partidos políticos y democracia en Bolivia. August 2008.
- Medio siglo de la Revolución Nacional de 1952. III Congreso Nacional de Sociología. Revista de Sociología, No. 24. La Paz 2003.
- Mendieta Pareda, Pilar: Indígenas en Política. Una mirada desde la historia. La Paz 2008.
- Mesa, José de / Gisbert, Teresa / Mesa Gisbert, Carlos: Historia de Bolivia. La Paz 2007 (6. Auflage).
- Monasterios, Karin / Stefanoni, Pablo / Do Alto, Hervé (eds.): Reinventando la nación en Bolivia. Movimientos sociales, Estado y poscolonialidad. La paz 2007.
- Montoya Rojas, Rodrigo (coord.): Voces de la tierra. Reflexiones sobre movimientos políticos indígenas en Bolivia, Ecuador, México y Perú. Lima 2008.
- Morales, Evo: La revolución democrática y cultural. Diez discursos de Evo Morales. La Paz 2006.
- Moreno, Isabel / Aguirre, Mariano: Refounding the State in Bolivia. FRIDE Working Paper No. 31. Madrid 2007.
- Muñoz-Pogossian, Betilde: Electoral Rules and the Transformation of Bolivian Politics. The Rise of Evo Morales. New York 2008.
- Olivera, Oscar: Cochabamba! Water War in Bolivia. Boston 2004.

- O'Phelan Godoy, Scarlett: La gran rebelión en los Andes: de Tupac Amaru a Tupac Catari. Cusco 1995.
- O'Phelan Godoy, Scarlett: Un siglo de rebeliones anticoloniales. Perú y Bolivia 1700-1783. Cusco 1988.
- Ormachea Saavedra, Enrique: Revolución agraria o consolidación de la vía terrateniente. El Gobierno del MAS y las políticas de tierras. La Paz 2008.
- Pacheco, Diego: El indianismo y los indios contemporáneos en Bolivia. La Paz 1992.
- Pajuelo Teves, Ramón: Reinventando comunidades imaginadas: movimientos indígenas, nación y procesos sociopolíticos en los países centroandinos. Lima 2007.
- Pampuch, Thomas / Echalar, Agustín: Bolivien. München 2009.
- Patzi Paco, Félix: Insurgencia y sumisión. Movimientos sociales e indígenas (1983-2007). La Paz 2007.
- Paz Ballivián, Danilo / Zaballos Hurtado, Hernán: Diagnóstico de la reforma agraria boliviana. 50 años de reforma agraria en Bolivia. La Paz 2003.
- Peña Claros, Claudia / Boschetti, Alejandra: Desafiar el mito cambia-colla. Interculturalidad, poder y resistencia en el Oriente boliviano. La Paz 2008.
- Peralta Ruiz, Víctor / Irurozqui Victoriano, Marta: Por la Concordia, la fusión y el unitarismo. Estado y caudillismo en Bolivia, 1825-1880. Madrid 2000.
- Pérez Luna, Mamerto: No todo grano que brilla es oro. Un análisis de la soya en Bolivia. La Paz 2007.
- Perreault, Thomas: Natural Gas, Indigenous Mobilization and the Bolivian State. UNRISD 2008.
- Plata, Wilfredo: Autonomías, tierra y territorio. Sistematización de nueve coloquios interculturales. Fundación Tierra. La Paz 2007.
- Platt, Tristan: Estado boliviano y ayllu andino. Lima 1982.
- PNUD / FES-ILDIS / Plural: Tenemos pechos de bronce ... pero no sabemos nada. Memoria de la Conferencia Internacional: Revoluciones a los cincuenta años de la Revolución Boliviana. La Paz 2003.
- PNUD Bolivia: Informe Nacional sobre Desarrollo Humano 2007. El Estado del Estado en Bolivia. La Paz 2007.
- PNUD Bolivia: Informe Nacional sobre Desarrollo Humano 2008. La otra frontera. Usos alternativos de recursos naturales en Bolivia. La Paz 2008.
- PNUD Bolivia/ IDEA Internacional: Configuraciones políticas en los departamentos de Bolivia. La Paz 2008.
- Postero, Nancy Gray: Now We Are Citizens. Indigenous Politics in Postmulticultural Bolivia. Stanford 2007.
- Poma, Muruchi: Evo Morales. Die Biografie. Leipzig 2007.

- Prado Salmón, Fernando / Seleme Antelo, Susana / Peña Claros, Claudia: Poder y elites en Santa Cruz. Santa Cruz de la Sierra 2007.
- Puhle, Hans-Jürgen: Tradition und Reformpolitik in Bolivien. Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in einem südamerikanischen Entwicklungsland. Hannover 1970.
- Queiser Morales, Waltraud: Bolivia – Land of Struggle. Boulder et. al. 1992.
- Radhuber, Isabella: Die Macht des Landes. Der Agrardiskurs in Bolivien. Münster u.a. 2009.
- Regalsky, Pablo: Etnicidad y clase: El estado boliviano y las estrategias andinos de manejo de su espacio. La Paz 2003.
- Reinaga, Fausto: La revolución india. La Paz 1970.
- Richard, Nicolás: Mala guerra: Los indígenas en la Guerra del Chaco, 1932-1935. Asunción del Paraguay / Paris 2008.
- Rivera Cusicanqui, Silvia: Violencia e interculturalidad. Paradojas de la etnicidad en la Bolivia de hoy. La Paz 2007.
- Rivera Cusicanqui, Silvia: »Oprimidos pero no vencidos«: Luchas del campesinado aymara y qhechwa 1900-1980. La Paz 2003.
- Robins, Nicholas A.: Genocide and millennialism in upper Peru: the great rebellion of 1780 - 1782. Westport (Conn.) / London 2002.
- Roca, José Luis: Ni con Lima ni con Buenos Aires. La formación de un Estado nacional en Charcas. La Paz 2007.
- Roca, José Luis: Fisonomia del regionalismo boliviano. La Paz / Cochabamba 1980.
- Rocha, José Antonio et al.: Autonomías indígenas, construcción de nación y fortalecimiento del Estado. La Paz 2008.
- Rojas Ríos, César: Democracia de alta tensión. Conflictividad y cambio social en la Bolivia del siglo XXI. La Paz 2007.
- Salmón, Josefa: El espejo indígena: El discurso indigenista en Bolivia, 1900-1956. La Paz 1997.
- Sater, William Frederick: Andean tragedy: fighting the war of the Pacific, 1879 - 1884. Lincoln et al. 2007.
- Schilling-Vacaflor, Almut: Recht als umkämpftes Terrain. Die neue Verfassung und indigenen Völker Boliviens. Dissertation. Wien 2009.
- Sevilla, Rafael / Benavides, Ariel (Hrsg.): Bolivien – Das verkannte Land. Bad Honnef 2001.
- Shultz, Jim / Crane Draper, Melissa (eds.): Desafiando la globalización. Historias de la experiencia boliviana. La Paz 2008.

- Siles Salinas, Jorge. *La independencia de Bolivia*. Madrid 1992.
- Sivak, Martin: *Evo Morales: The Extraordinary Rise of the First Indigenous President of Bolivia*. Houndmills (Basingstoke) 2010.
- Soruco, Ximena (coord.): *Los barones del Oriente. El poder en Santa Cruz ayer y hoy*. Fundación Tierra. La Paz 2008.
- Stavig, Ward / Schmidt, Ella (eds.): *The Tupac Amaru and Catarista Rebellions. An Anthology of Sources*. Indianapolis / Cambridge 2008.
- Stefanoni, Pablo: *El nacionalismo indígena como identidad política: La emergencia del MAS-IPSP (1995-2003)*. Buenos Aires 2003.
- Stefanoni, Pablo / Do Alto, Hervé: *Evo Morales – de la coca al Palacio. Una oportunidad para la izquierda indígena*. La Paz 2006.
- Stern, Steve (comp.): *Resistencia, rebelión y conciencia campesina en los Andes. Siglos XVIII al XX*. Lima 1990.
- Svampa, Maristella / Stefanoni, Pablo / Fomillo, Bruno: *Balance y perspectivas. Intelectuales en el primer gobierno de Evo Morales*. La Paz 2010.
- Tamayo, Franz: *Creación de una pedagogía nacional*. La Paz 1910.
- Tanaka, Martín (ed.): *La nueva coyuntura crítica en los países andinos*. Lima April 2009.
- Tapia, Luis: *La coyuntura de la autonomía relativa del estado*. La Paz 2009.
- Teijeiro Villarroel, José: *La rebelión permanente. Crisis de identidad y persistencia étnico-cultural aymara en Bolivia*. La Paz 2007.
- Thomson, Sinclair: *We alone shall rule: Native Andean Politics in the Age of Insurgency*. Madison 2002.
- Ticona, Esteban: *Organización y liderazgo aymara 1979-1996*. La Paz 2006.
- Ticona, Esteban / Rojas, Gonzalo / Albó, Xavier: *Votos y whipalas: campesinos y pueblos originarios en democracia*. La Paz 1995.
- Toranzo Roca, Carlos: *Rostros de la democracia: una mirada mestiza*. La Paz 2006.
- Tórrez, Yuri F. / Zegada, María Teresa et al.: *Movimientos sociales en tiempos de poder. Articulaciones y campos de conflicto en el gobierno del MAS (2006-2007)*. La Paz 2008.
- Urbano, Henrique (comp.): *Tradición y modernidad en los Andes*. Cusco 1992.
- Urioste, Miguel / Kay, Cristóbal: *Latifundios, avasallamientos y autonomías. La reforma agraria inconclusa en el Oriente*. Fundación Tierra. La Paz 2005.

- Urioste Fernández de Córdova, Miguel / Barragán Romano, Rossana / Colque Fernández, Gonzalo: Los nietos de la reforma agraria. Tierra y comunidad en el altiplano de Bolivia. La Paz 2007.
- Urquiola, Miguel (coord.): Geography and Development in Bolivia. Migration, Urban and Industrial Concentration, Welfare, and Convergence: 1950-1992. La Paz 1999.
- Valenzuela Castaños, Carlos Ricardo: Tierra y territorio en Bolivia. Centro de Documentación e Información Bolivia (CEDIB). Cochabamba 2008.
- Van Cott, Donna Lee: From Movements to Parties in Latin America. The Evolution of Ethnic Politics. Cambridge et al. 2005.
- Vargas Vega, John D. (Hrsg.): Proceso agrario en Bolivia y América Latina. La Paz 2003.
- Vargas Vega, John D. (Hrsg.): La reforma agraria desde las regiones. Tierra y territorio. La Paz 2004.
- Villegas N., Pablo: Los Recursos Naturales en Bolivia. La Paz 2008.
- Webber, Jeffery: Red October. Left Indigenous Struggles in Modern Bolivia. i. E.
- Webber, Jeffery: Rebellion to Reform in Bolivia. Class Struggle, Indian Liberation and the Politics of Evo Morales 2000-2010. i. E.
- World Bank: Bolivia Towards a New Social Contract. A Country Social Analysis. Vol. 2. Washington D. C. 2006.
- Yampara H., Simón: Movimiento katarista de Katari. La Paz 2010.
- Yampara H., Simón: Descentralización y autonomía desde la visión de los pueblos originarios. La Paz 2005.
- Yapu, Mario (comp.): Modernidad y pensamiento descolonizador. La Paz 2006.
- Yashar, Deborah J.: Contesting Citizenship in Latin America. The Rise of Indigenous Movements and the Postliberal Challenge. Cambridge et al. 2005.
- Zapata, Álvaro: Ciudadanía, clase y etnicidad. Un estudio sociológico sobre la acción colectiva en Bolivia a comienzos del siglo XXI. La Paz 2006.
- Zavaleta Mercado, René: Lo nacional-popular en Bolivia. Mexiko 1986.
- Zavaleta Mercado, René (comp.): Bolivia hoy. Mexiko 1983.
- Zavaleta Mercado, René: Bolivia: Crecimiento de la idea nacional. La Habana 1967.

Zibechi, Raúl: Bolivien – Die Zersplitterung der Macht. Hamburg 2008.

Zuazo, Moira: ¿Cómo nació el MAS? La ruralización de la política en Bolivia.  
La Paz 2008.

## Autoren und Übersetzer

### *Autoren*

**Jorge Luis Choquehuanca Zeballos**, geb. 1972 in La Paz (Bolivien), Dr. rer. nat.

Agrarwissenschaftler. Studium an den Universitäten San Andrés/Bolivien und Göttingen. Arbeits- und Forschungsschwerpunkt: Erhaltung der Biodiversität in allen Höhenlagen Boliviens. Mitarbeiter der Planungsabteilung der Behörde für Schutzgebiete (SERNAP).

**Peter Gärtner**, geb. 1957, Dr. phil. habil.

Politikwissenschaftler. Studium an der Universität Leipzig. Senior Researcher am Global and European Studies Institute (GESI) der Universität Leipzig. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Globalisierung, indigene Völker und Bewegungen, regionale Spezialisierung: Lateinamerika. Vorsitzender von Quetzal – Leipziger Lateinamerika Verein e.V. und Mitglied der Redaktion des Online-Magazins »Quetzal«.

**Romina Luz Hermoza Cacsire**, geb. 1982 in Lima (Peru), LL.M.

Rechts- und Politikwissenschaftlerin. Studium an den Universitäten Nacional Mayor de San Marcos in Lima (Peru) und Leipzig. Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte: Menschenrechte, Staats- und Verfassungsrecht, Europarecht und Internationales Recht. Mitglied der Redaktion des Online-Magazins »Quetzal«.

**Andreas Hetzer**, geb. 1979, M.A.

Medienwissenschaftler. Studium an den Universitäten Siegen und Santiago de Compostela (Spanien). Seit 2007 Lehrkraft für besondere Aufgaben im Fachbereich 1/Politikwissenschaft an der Universität Siegen, Promotion zur Rolle von Medien in politischen Transitionsprozessen am Beispiel Boliviens. Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte: Politische und mediale Transforma-

tionsprozesse in Lateinamerika sowie Kritische Medientheorie und Politische Ökonomie der Medien.

**Jhony Lazo Zubieta**, geb. 1965 in Cochabamba (Bolivien)  
Politikwissenschaftler und Jurist. Außerdem Studium der Philosophie. Direktor des CIDH (Centro de Investigación y Desarrollo Humano), Cochabamba. Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte: soziale und indigene Bewegungen in Bolivien.

**Robert Lessmann**, geb. 1960, Dr. phil.  
Journalist, Buchautor und Konsultant. Studium an den Universitäten Erlangen und Wien. Promotion zur Drogenproblematik in Bolivien, Kolumbien und den USA. Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaften der Universität zu Köln. Jüngste Veröffentlichung: »Das neue Bolivien« Zürich 2010.

**Sebastian Matthes**, geb. 1982, Dipl.-Soz.  
Diplom-Soziologe. Studium an der Leibniz-Universität Hannover. Mitarbeit in der Dokumentationsstelle Lateinamerika. Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte: Internationale Beziehungen; Gesellschaften, Kulturen und politische Systeme Lateinamerikas; Ethnizität und Rassismus sowie soziale Bewegungen in Bolivien.

**René Michalsky**, geb. 1978, M.A.  
Soziologe. Studium an der Universität Magdeburg. Promotion in Soziologie. Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte: Qualitative Sozialforschung, Nichtregierungsorganisationen und neue soziale Bewegungen, kollektive Identitäten, soziale Innovation, Entwicklungssoziologie. Mitarbeit in verschiedenen entwicklungspolitischen Organisationen (terre des hommes, Pუსisuyu).

**Ingo Niebel**, geb. 1965, M.A.  
Historiker und Journalist. Studium an der Universität zu Köln. Mehrere Aufenthalte in den ALBA-Staaten Venezuela, Bolivien, Nicaragua und Kuba. Veröffentlichungen zu Venezuela und zum Baskenland.

**Muruchi Poma**, geb. 1950 in Wila Apachita (Bolivien), Dr. oec.  
Ökonom, Publizist, Buchautor und Referent. Studium an der Universität Leipzig. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Geschichte des ökonomischen Denkens. Jüngste Veröffentlichung: »Evo Morales. Die Biografie«. Leipzig 2007. Mitglied der Redaktion des Online-Magazins »Quetzal«.

**Florian Quitzsch**, geb. 1977, M.A.

Kommunikations- und Medienwissenschaftler. Studium an der Universität Leipzig. Mitarbeiter einer Umwelt-NGO in Leipzig. Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte: Lateinamerika insbes. Bolivien und Chile mit Fokus auf Ressourcen, Klimawandel und soziale Bewegungen. Mitglied der Redaktion des Online-Magazins »Quetzal«.

**Nancy Romer**, geb. 1947, Ph.D.

Psychologin. Studium an den Universitäten New York und Michigan. Professorin für Psychologie am Brooklyn College, Mitglied der National Women's Studies Associations und Association for Women in Psychology. Neuere Veröffentlichung: »Resisting Neoliberalism Across the Americas.« Liberty Tree: Journal of the Democratic Revolution, 2007.

**Luis Sandoval**

Forschungsassistent am Center for Economic and Policy Research (CEPR) in Washington (USA).

**Sven Schaller**, geb. 1975, Dr. phil.

Politikwissenschaftler und Ökonom. Studium an der Universität Leipzig. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Entwicklungstheorien und Nord-Süd-Beziehungen, Agrarreform und ländliche Armut in Peru. Mitglied der Redaktion des Online-Magazins »Quetzal«.

**Bettina Schorr**, geb. 1976, M.A.

Politikwissenschaftlerin. Studium an der Universität zu Köln. Arbeit an der Promotion zur Entstehung und den Folgen sozialer Bewegungen (Fallstudie zum Bewegungssektor Boliviens) sowie Lehrbeauftragte an der Universität zu Köln. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Bolivien/Andenraum; Außenpolitik der USA gegenüber dem Andenraum/ Drogenpolitik; soziale Bewegungen in Lateinamerika. Mehrere Veröffentlichungen zur Drogenproblematik in Bolivien.

**Gabriele Töpferwein**, geb. 1958, Dr. phil.

Diplomsoziologin und Referentin. Studium an der Universität Leipzig. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: empirische Sozialforschung zu Hochschule, Stadtentwicklung, Resozialisierung, Gesundheitswesen. Mitglied der Redaktion des Online-Magazins »Quetzal«.

**Carlos Eduardo de Ugarte Ochoa**, geb. 1975 in La Paz (Bolivien).

Geograph. Studium an der Universität San Andrés (Bolivien). Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Geomatik, Bekämpfung von Waldbränden, Biosphärenreservate und Bewirtschaftung und Schutz von Flusstälern. Mitarbeiter für geografische Informationssysteme und Raumplanung der Behörde für Schutzgebiete (SERNAP).

**Mark Weisbrot**, geb. 1954, Dr. oec.

Ökonom und Publizist. Studium an der Universität Michigan. Co-Direktor des Center for Economic and Policy Research (CEPR) in Washington (USA) und Präsident der NGO Just Foreign Policy. Kolumnist u.a. für Washington Post, The New York Times, Los Angeles Times, Boston Globe, The Guardian.

**Simón Yampara Huarachi**, geb. 1952 (Bolivien)

Soziologe. Studium an der Universidad Mayor de San Andrés in La Paz; während der 1980er Jahre enge Zusammenarbeit mit Silvia Rivera. Führendes Mitglied der MRTKL; 1983/ 1984 Minister für Bauernangelegenheiten in der Regierung von Hernando Siles; später für die MSM im Rathaus der Stadt La Paz tätig. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: andine Kultur und Kosmowision; Interkulturalität, Organisation und Bedeutung der Ayllus (Pacajes und Karangas).

### *Übersetzer*

Übersetzungen aus dem Englischen: Christine Fischer, Elisa Gärtner, Anja Kanbach.

Übersetzungen aus dem Spanischen: Gerhard Mertschenk, Jürgen Mirtschink, Franziska Pfab, Ariane Stark, René Steffen.

Koordinierung: Monika Grabow.